

Sicherheit und außenpolitische Rolle

Zu den sicherheitspolitischen Kulturen und der Ukrainepolitik Polens und Tschechiens

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
am Fachbereich III (Geschichte, Politikwissenschaft, Klassische
Archäologie, Ägyptologie, Papyrologie, Kunstgeschichte)
an der Universität Trier

Verfasser: Thomas Winter, geb. am 28. Oktober 1981 in Löningen

1. Berichterstatter: Prof. Dr. Hanns W. Maull
2. Berichterstatter: Prof. Dr. Klaus Ziemer

Datum der mündlichen Prüfung: 14. August 2013

Abstract

Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung sind die deutlichen Unterschiede in den Ukrainepolitiken Polens und Tschechiens. Das Erkenntnisinteresse ist, worauf diese Unterschiede im außenpolitischen Verhalten zweier Staaten, die in der Außenpolitikforschung meistens als Vertreter einer relativ homogenen Gruppe betrachtet werden, zurückzuführen sind. Die Studie geht auf Basis bisheriger konstruktivistischer Forschung zur polnischen Sicherheitspolitik von der Hypothese aus, dass dies mit kulturellen Faktoren zu tun hat, speziell der unterschiedlichen sicherheitspolitischen Bewertung der Ukraine und Osteuropas im Allgemeinen sowie unterschiedlichen ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen, die sich hieraus ergeben. Die Fragestellung lautet daher, welche ukrainebezogenen, sicherheitspolitisch motivierten Rollenkonzeptionen sich in Polen und Tschechien nach 1989 herausgebildet haben. Zur Beantwortung dieser Fragestellung wird zunächst auf Grundlage der Forschung zur politischen und zur strategischen Kultur das Konzept der sicherheitspolitischen Kultur entwickelt und die Rollentheorie als bislang in der diesbezüglichen Forschung kaum rezipiertes Analyseinstrument vorgestellt, das aus mehreren Gründen Vorteile gegenüber anderen Ansätzen hat. Methodisch wird eine wissenssoziologische Diskursanalyse durchgeführt, die als Instrument zur Erfassung von sozial konstruierter Wirklichkeit dient, sich aufgrund derselben metatheoretischen Grundlagen hervorragend in das Modell sicherheitspolitischer Kultur einfügt und daher für eine Analyse der Entstehung von Rollenkonzeptionen geeignet ist.

Die Untersuchung ergibt, dass in Polen die Bedrohungskonstruktion einer möglichen Wiederkehr des russischen Imperiums zentral ist und eine unabhängige, stabilisierte Ukraine als Schutz hiergegen aufgefasst wird. Die sich ergebenden ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen sind Teil eines weitgehend konsensuellen Komplexes sicherheitspolitischer Rollenkonzeptionen, die abgesehen von rollenspezifischen sicherheitspolitischen Zielen auch zentral durch die Bedrohungskonstruktion der politischen Marginalisierung motiviert und daher häufig als Führungsrollen charakterisierbar sind.

Tschechien zeichnet sich hingegen durch das weitgehende Fehlen einer Bedrohungskonstruktion des russischen Imperialismus aus, stattdessen wird die Ukraine stärker als Quelle von Gefahren konstruiert. Zudem ist die sicherheitspolitische Kultur Tschechiens von einer konzeptionellen Unterkomplexität, einem Mangel an Konsens, einer Konstruktion Tschechiens als machtloser Akteur sowie einer Unterordnung der Außenpolitik unter innenpolitische Fragen gekennzeichnet. Daher fehlen im tschechischen Falle nicht nur jegliche ukrainepolitische Rollenkonzeptionen, es ist grundsätzlich ein Mangel an klaren Vorstellungen darüber festzustellen, welche Rollen Tschechien in der internationalen Politik spielen soll.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	7
Tabellenverzeichnis	9
I. Einleitung	10
1. Thema und Erkenntnisinteresse	10
1.1. Konkretisierung der Problemstellung:	
Ein kurzer Abriss der Ukrainepolitik Polens und Tschechiens.....	12
1.1.1. Diplomatische Beziehungen und Kontakte auf Regierungsebene	12
1.1.2. Wirtschaftliche Beziehungen.....	13
1.1.3. Die Visapolitik gegenüber der Ukraine	15
1.1.4. Die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU.....	17
1.1.5. Die Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO	19
1.2. Begründung des theoretischen Zugangs und Spezifizierung der Untersuchungsziele...	20
1.3. Fragestellung und Arbeitshypothesen	24
2. Zum Forschungsstand	25
2.1. Konstruktivistische Studien zu Polen.....	25
2.2. Konstruktivistische Studien zu Tschechien	28
3. Vergleich und Fallauswahl	30
3.1. Gründe für das komparative Forschungsdesign	30
3.2. Die Auswahl der beiden Vergleichsfälle	32
3.2.1. Plausibilisierung der Arbeitshypothesen – Unterschiede zwischen den Vergleichsfällen	32
3.2.2. Ausschluss weiterer Einflussfaktoren – Gemeinsamkeiten zwischen den Vergleichsfällen..	36
4. Zur Gliederung der Studie	37
II. Theoretischer Zugang und Methode	38
1. Das Forschungsprogramm der strategischen Kultur	38
2. Konstruktivistische Eckpunkte	43
3. Sicherheitspolitische Kultur und sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen	47
3.1. Politische Kultur	47
3.2. Außen- und sicherheitspolitische Kultur	52
3.3. Sicherheitspolitik als Modus von Außenpolitik.....	53
3.3.1. Sicherheit als soziale Konstruktion	54
3.3.2. Sicherheitspolitische Kultur als Bestandteil außenpolitischer Kultur.....	56
3.4. Rollentheorie und außenpolitische Rollenkonzeptionen.....	57
3.5. Sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen und sicherheitspolitische Kultur.....	61
3.6. Zusammenfassung und Verhältnis zu alternativen Ansätzen	63

4. Diskursanalyse als Erhebungsmethode	66
4.1. Diskursverständnis und Verbindung mit dem vorgestellten Kulturmodell.....	67
4.1.1. Der Foucault'sche Diskursbegriff.....	67
4.1.2. Die postmarxistische Diskurstheorie von Laclau und Mouffe	69
4.1.3. Der Poststrukturalismus der Kopenhagener Schule.....	70
4.2. Wissenssoziologische Diskursanalyse nach Reiner Keller	74
4.2.1. Sprache, Diskurse und Akteure	75
4.2.2. Diskurse und Praktiken.....	77
4.2.3. Dispositive	78
4.2.4. Verstehen und Erklären	78
4.3. Wissenssoziologische Diskursanalyse und sicherheitspolitische Kultur	79
5. Das methodische Vorgehen	81
5.1. Die Festlegung des Diskursfeldes.....	83
5.2. Die Fragestellungen	85
5.3. Das Untersuchungsmaterial	87
5.4. Erhebung und Auswertung.....	88
III. Nationale Sicherheit und die Rolle der Ukraine in Polen	94
1. Sicherheits- und Bedrohungskonstruktionen in Polen 1989-1994	95
1.1. Die Frühphase – Erste Reorientierung 1989-1990.....	95
1.1.1. Die territorial-militärische Dimension des polnischen Sicherheitsbegriffes.....	96
1.1.2. Die politische Dimension des polnischen Sicherheitsbegriffes.....	99
1.1.3. Die ökonomische Dimension des polnischen Sicherheitsbegriffes	108
1.1.4. Weitere Dimensionen des polnischen Sicherheitsbegriffes	109
1.1.5. Der weitere Diskursverlauf in der Tagespresse.....	110
1.2. Osten, Westen oder „Dritter Weg“? – Richtungskämpfe 1991-1993.....	112
1.2.1. Die territorial-militärische Dimension.....	113
1.2.2. Die politische Dimension.....	129
1.2.3. Die ökonomische Dimension	144
1.2.4. Weitere Dimensionen des Sicherheitsbegriffs.....	146
1.3. Die Verankerung der Westbindung – Konsensbildung 1993-1994	148
2. Sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen 1989-1994	157
2.1. Polen als Mitgestalter der europäischen Ordnung.....	158
2.2. Polen als europäischer Stabilitätsfaktor.....	160
2.3. Polen als Unterstützer der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn.....	164
2.4. Polen als Brücke zwischen Ost und West.....	166
2.4.1. Polen als Unterstützer der Transformation in Osteuropa.....	167
2.4.2. Polen als Unterstützer der europäischen Integration der östlichen Nachbarländer	168

3. Ukrainepolitische Rollenkonzeptionen 1989-1994	172
3.1. Die Konstruktion der Ukraine als Akteur.....	172
3.2. Polen als Unterstützer der Unabhängigkeit und Transformation der Ukraine.....	175
3.3. Polen als Unterstützer der europäischen Integration der Ukraine.....	177
4. Polnische sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen bis 2009.....	179
4.1. Hintergrund: Die sicherheitspolitische Diskursformation 1998-2009	179
4.2. Die Entwicklung der polnischen sicherheitspolitischen Rollenkonzeptionen	185
4.2.1. Polen als Mitgestalter der europäischen Ordnung	186
4.2.2. Polen als verlässlicher Bündnispartner	196
4.2.3. Polen als europäischer Atlantiker	199
4.2.4. Polen als globaler sicherheitspolitischer Akteur	202
4.2.5. Polen als regionaler Stabilitätsfaktor	204
4.2.6. Polen als Unterstützer der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn	206
4.2.7. Polen als Brücke zwischen Ost und West.....	206
4.3. Die Entwicklung der polnischen ukrainepolitische Rollenkonzeptionen	214
4.3.1. Die Konstruktion der Ukraine als Akteur.....	214
4.3.2. Polen als Unterstützer der Unabhängigkeit und Transformation der Ukraine.....	217
4.3.3. Polen als Unterstützer der euro-atlantischen Integration der Ukraine	220
IV. Nationale Sicherheit und die Rolle der Ukraine in Tschechien	223
1. Sicherheits- und Bedrohungsstrukturen in Tschechien.....	228
1.1. Vom Idealismus zur Realpolitik: Die Tschechoslowakei (1989-1992)	228
1.1.1. Die innenpolitische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes	229
1.1.2. Die territorial-militärische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes	231
1.1.3. Die politische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes	239
1.1.4. Die ökonomische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes.....	247
1.2. Sieg der „Realisten“ – der Beginn der Ära Klaus	251
1.3. Orientierung nach Westen – und nach innen: 1993-1999.....	254
1.3.1. Die innenpolitische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes	256
1.3.2. Die territorial-militärische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes	259
1.3.3. Die politische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes	272
1.3.4. Die ökonomische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes.....	281
1.4. Die sicherheitspolitische Diskursformation 2003-2009	288
2.1.1. Die Entwicklung von Bedrohungsstrukturen.....	288
2.1.2. Strukturelle Entwicklungen der Diskursformation.....	291
2.1.3. Die Rolle der Ukraine in der außen- und sicherheitspolitischen Diskursformation	299
2. Sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen in Tschechien	301
2.2. Tschechische sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen 1989-1992.....	302
2.2.1. Die Tschechoslowakei als regionaler Stabilitätsfaktor	302

2.2.2. Die Tschechoslowakei als Zentrum der KSZE	303
2.3. Tschechische sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen 1992-1999.....	305
2.3.1. Tschechien als verlässlicher Bündnispartner	305
2.3.2. Tschechien als eigenverantwortlicher Akteur	307
2.3.3. Tschechien als Unterstützer einer Politik der offenen Tür der NATO	307
2.3.4. Tschechien als militärisch neutraler Akteur	308
2.2.5. Weitere Rollenkonzeptionen in der sicherheitspolitischen Diskursformation	309
2.4. Tschechische sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen 2003-2009.....	309
2.4.1. Tschechien als verlässlicher Bündnispartner	309
2.4.2. Tschechien als eigenverantwortlicher Akteur	310
2.4.3. Tschechien als Unterstützer einer Politik der offenen Tür der NATO	311
2.4.4. Tschechien als europäischer Atlantiker	311
2.4.5. Tschechien als militärisch neutraler Akteur	311
2.4.6. Weitere Rollenkonzeptionen in der sicherheitspolitischen Diskursformation	312
V. Diskussion der Ergebnisse	313
1. Sicherheit und ukrainepolitische Rollenkonzeptionen - zentrale	
Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Vergleichsfälle	313
2. Diskussion weiterer Gründe für die fehlenden	
ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen in Tschechien	318
2.1. Führungsrollen als „Größenwahn“ – die Konstruktion Tschechiens als	
machtloser Akteur	318
2.2. Die identitäre Konstruktion Tschechiens als westliches Land	322
2.3. Die allgemeine konzeptionelle Schwäche tschechischer Außen- und	
Sicherheitspolitik	323
2.3.1. Die Bedeutung der innenpolitischen Dimension von Sicherheit.....	325
2.3.2. Parteiensystem und Wahlen in Tschechien	325
2.3.3. Die Unterordnung der Außen- unter die Innenpolitik	328
3. Reflexionen zum Forschungsdesign	332
VI. Zusammenfassung und Desiderata.....	336
Anhang.....	340
Primärquellen	347
Literaturverzeichnis.....	368

Abkürzungsverzeichnis

AK	Armia Krajowa (Heimatarmee)
AWS	Akcja Wyborcza Solidarność (Wahlaktion Solidarität)
BBWR	Bezpartyjny Blok Wspierania Reform (Parteiloser Block zur Unterstützung der Reformen)
BMD	Ballistic Missile Defence
ČSL	Československá strana lidová (Tschechoslowakische Volkspartei)
ČR	Česká republika (Tschechische Republik)
ČSFR	Česko-Slovenská federativní republika (Tschechisch-slowakische Föderative Republik)
ČSSD	Česká strana socialně demokratická (Tschechische Sozialdemokratische Partei)
ČSSR	Československá socialistická republika (Tschechoslowakische Sozialistische Republik)
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GW	Gazeta Wyborcza (Wahl-Zeitung)
HSD-SMS	Hnutí za samosprávnou demokracii – Společnost pro Moravu a Slezsko (Bewegung für Selbstverwaltungsdemokratie – Gesellschaft für Mähren und Schlesien)
HZDS	Hnutie za demokratické Slovensko (Bewegung für eine demokratische Slowakei)
KDU	Křesťanská a demokratická unie (Christliche und demokratische Union)
KDU-ČSL	Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová (Christliche und demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei)
KP	Konwencja Polska (Polnische Konvention)
KPN	Konfederacja Polski Niepodległej (Konföderation des unabhängigen Polen)
KSČ	Komunistická strana Československa (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei)
KSČM	Komunistická strana Čech a Moravy (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens)
LB	Levý blok (Linker Block)
LPR	Liga Polskich Rodzin (Liga polnischer Familien)

ND	Narodowa Demokracja (Nationaldemokratie)
MFD	Mladá Fronta Dnes (Junge Front Heute)
NSZZ-	Niezależny Samorządny Związek Zawodowy „Solidarność“ (Unabhängige „Solidarność“ selbstverwaltete Gewerkschaft „Solidarität“)
ODA	Občanská demokratická aliance (Bürgerlich-demokratische Allianz)
ODS	Občanská demokratická unie (Bürgerlich-demokratische Union)
ODÚ	Občianska demokraticka únia (Bürgerlich-demokratische Union)
OF	Občanské forum (Bürgerforum)
OH	Občanské hnutí (Bürgerbewegung)
OKP	Obywatelski Klub Parlamentarny (Bürgerliche Parlamentsfraktion)
ÖP	Östliche Partnerschaft
OUN	Orhanisazija Ukrajinskich Nazionalistiw/Організація Українських Націоналістів (Organisation Ukrainischer Nationalisten)
PC	Porozumienie Centrum (Zentrumsverständigung)
PiS	Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit)
PKLD	Parlamentarny Klub Lewicy Demokratycznej (Parlamentsfraktion der demokratischen Linken)
PO	Platforma Obywatelska (Bürgerplattform)
PPS	Polska Partia Socjalistyczna (Polnische Sozialistische Partei)
PSL	Polskie Stronnictwo Ludowe (Polnische Volkspartei)
PSL-O	Polskie Stronnictwo Ludowe – Odrodzenie (Polnische Volkspartei - Wiedergeburt)
PZKS	Polski Związek Katolicko-Społeczny (Polnisches Katholisch-Gesellschaftliches Bündnis)
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei)
RdR	Ruch dla Rzeczypospolitej (Bewegung für die Republik)
RKN	Ruch Katolicko-Narodowy (Katholisch-Nationale Bewegung)
RP	Rudé Právo (Rotes Recht)
Rz	Rzeczpospolita (Republik)
SD	Stronnictwo Demokratyczne (Demokratische Partei)
SdPL	Socjaldemokracja Polska (Polnische Sozialdemokratie)
SLD	Sojusz Lewicy Demokratycznej (Bündnis der Demokratischen Linken)
SPR-RSČ	Sdružení pro republiku – Republikanská strana Československa (Bündnis für die Republik – Republikanische Partei der Tschechoslowakei)

SZ	Strana Zelených (Partei der Grünen)
UChS	Unia Chrześcijańsko-Spoleczna (Christlich-Gesellschaftliche Union)
UD	Unia Demokratyczna (Demokratische Union)
ULB	Ukraina, Litwa, Białoruś (Ukraine, Litauen, Weißrussland)
UP	Unia Pracy (Arbeitsunion)
UPA	Ukrajinska Powstanska Armija/Українська Повстанська Армія (Ukrainische Aufstandsarmee)
UPR	Unia Polityki Realnej (Union für Realpolitik)
US	Unie svobody (Freiheitsunion)
US-DEU	Unie svobody – Demokratická unie (Freiheitsunion – Demokratische Union)
UW	Unia Wolności (Freiheitsunion)
V4	Visegrád-4 / Visegrád-Gruppe
VPN	Verejnosť proti násiliu (Öffentlichkeit gegen Gewalt)
VV	Věci veřejné (Öffentliche Angelegenheiten)
ZEI	Zentraleuropäische Initiative
ZChN	Związek Chrześcijańsko-Narodowy (Christlich-Nationales Bündnis)
ZSL	Zjednoczone Stronnictwo Ludowe (Vereinigte Volkspartei)

Tabellenverzeichnis

Tabellensatz 1: Polnische sicherheitspolitische Diskurse 1989-1994.....	153
Tabellensatz 2: Tschechische sicherheitspolitische Diskurse 1989-1999.....	284

I. Einleitung

1. Thema und Erkenntnisinteresse

Als ab dem Jahr 1989 die kommunistischen Regime Europas nacheinander zusammenbrachen, endete auch die Ära der sowjetischen Vorherrschaft in der östlichen Hälfte des Kontinents. Im Zuge der Demokratisierung der nun wieder oder gar erstmals unabhängigen Länder Ostmitteleuropas wurde in der Regel auch ihre jeweilige Außen- und Sicherheitspolitik einer Totalrevision unterzogen. In den meisten Fällen hieß dies zunächst vor allem, dass sich diese Staaten von der Sowjetunion bzw. ab 1991 der Russländischen Föderation ab- und den westlichen Institutionen, insbesondere der NATO und der EU, zuwandten. Mittlerweile sind die meisten dieser Länder Mitglieder einer oder beider dieser zwei Organisationen.

In der Außenpolitikforschung haben diese Staaten, insbesondere Polen, vor allem bezüglich der entsprechenden Beitrittsprozesse und ihrer Mitgliedschaft in diesen Organisationen, kurz: für ihren "Weg nach Westen" Aufmerksamkeit erhalten. Abgesehen hiervon ist jedoch im deutschen und englischen Sprachraum – mit gewissen Einschränkungen bezüglich Polens – ein erheblicher Mangel an systematischen empirischen Studien zur Außen- und Sicherheitspolitik der ehemaligen Ostblockstaaten und – abgesehen von Russland selbst – der ehemaligen Sowjetrepubliken zu beklagen. Dies dürfte gemeinsam mit dem offensichtlichen „Drang nach Westen“, der tatsächlich die meisten dieser Staaten kennzeichnet bzw. in der Nachwendezeit gekennzeichnet hat, einen nicht unerheblichen Anteil daran haben, dass sie bezüglich ihrer Außen- und Sicherheitspolitik zum Teil noch immer als homogene Masse behandelt werden. Exemplarisch hierfür kann eine Studie von Meyer (2006) stehen, in welcher die strategischen Kulturen der klassischen „Großen Drei“ der EU (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) sowie Polens verglichen werden und letzteres als Vertreter der ehemals kommunistischen Staaten ausgewählt wird, weil es „representative of their shared experiences of foreign domination“ sei (Meyer 2006: 8). Allerdings offenbart bereits ein grober historischer Überblick etwa der Geschichte Polens, Tschechiens und Ungarns, dass diese Staaten mit Fremdherrschaft extrem *unterschiedliche* Erfahrungen gemacht haben. Selbst zu Ostblockzeiten bestanden zudem erhebliche Unterschiede im außenpolitischen Spielraum der Satellitenstaaten der UdSSR und ihrer Abhängigkeit vom Moskauer Zentrum (vgl. Diedrich/Heinemann/Ostermann 2008). Es besteht allerdings nur wenig Gelegenheit, dies auch zur Kenntnis zu nehmen, weil für viele dieser Länder kaum ausführliche Überblickswerke zur Außen- und Sicherheitspolitik nach 1990 in westlichen Sprachen existieren. Das hat wahrscheinlich auch damit zu tun, dass

es sich hierbei ausschließlich um kleine und – zumindest für europäische Verhältnisse – mittelgroße Staaten handelt, die in der Disziplin der Internationalen Beziehungen, die man durchaus als „power-centered“ bezeichnen kann (Neumann/Gstöhl 2006: 3), leider traditionell eher vernachlässigt werden.

Tatsächlich unterscheiden sich die Staaten Ostmittel- und Osteuropas nicht nur hinsichtlich ihrer politischen und wirtschaftlichen Transformationserfolge, sie verfolgen in bestimmten Bereichen zum Teil auch sehr unterschiedliche außenpolitische Linien. Sehr deutlich wird dies anhand der Ostpolitiken Polens und Tschechiens. Denn während die östlichen Nachbarn, insbesondere der „strategische Partner“ Ukraine, für Polen seit der Wende eine große außenpolitische Bedeutung haben und die äußerst aktive Ostpolitik Polens daher Gegenstand zahlreicher Debatten und Veröffentlichungen ist, fragt sich die tschechische Forschung noch immer, ob überhaupt eine tschechische Ostpolitik existiere und sieht erst in den vergangenen Jahren eine gewisse Belebung der Beziehungen Tschechiens zu den Staaten Osteuropas, (vgl. Katochvíl 2007), nachdem in den Neunzigerjahren gar eine „totale Abwendung von allem, was den europäischen Osten [...] betrifft“ (Valenta 2001: 111) festzustellen war. Insbesondere die Vernachlässigung anderer postsowjetischer Staaten als Russland ging so weit, dass noch 2004 in der tschechischsprachigen Fachliteratur der Begriff „tschechische Ostpolitik“ explizit mit den tschechisch-russischen Beziehungen gleichgesetzt wurde (vgl. Votápek 2004: 99).

Die Ursachen hierfür stellen ein nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht ebenso interessantes wie wenig ergründetes Thema dar. Da beide Länder Mitglieder von NATO und EU sind, beeinflussen sie potenziell oder faktisch auch die Politik dieser Organisationen gegenüber Nichtmitgliedern. Um die Politik Polens und Tschechiens zu verstehen und mit ihnen konstruktiv umgehen zu können, ist es unerlässlich, etwas über ihre Gründe zu erfahren. Die Themenstellung dieser Dissertation ist also nicht nur wissenschaftlich, sondern auch unmittelbar politisch relevant.

Das zentrale empirische Erkenntnisinteresse dieser Arbeit ist also die Frage, worauf die deutlichen Unterschiede zwischen den Ostpolitiken Polens und Tschechiens zurückzuführen sind. Dabei gilt der Blick der Untersuchung speziell der Ukrainepolitik beider Staaten, da hier die Unterschiede besonders stark hervortreten und der Ukraine neben Russland eine politische Schlüsselstellung in Osteuropa zukommt.

Im Folgenden werden einige wesentliche Aspekte der Ukrainepolitik Polens und Tschechiens kurz aufgezeigt; dabei ist keine erschöpfende Darstellung angestrebt, sondern lediglich ein kurzer Abriss, um den Sachverhalt zu konkretisieren, der das zentrale „Rätsel“ dieser Untersuchung bildet.

1.1. Konkretisierung der Problemstellung:

Ein kurzer Abriss der Ukrainepolitik Polens und Tschechiens

1.1.1. Diplomatische Beziehungen und Kontakte auf Regierungsebene

Polen nahm bereits 1990 im Rahmen seiner „Politik der Zweigleisigkeit“ Kontakt mit den einzelnen Sowjetrepubliken auf, ein erstes Dokument über die Zusammenarbeit mit der Ukraine wurde im Oktober unterzeichnet. Im September 1991 wurden über den Austausch von Sondergesandten de facto bereits diplomatische Beziehungen aufgenommen, bevor die Ukraine unabhängig wurde (vgl. Menkiszak/Piotrowski 2002: 220-221). Polen erkannte diese am 6.12.1991 als erster Staat diplomatisch an (Rada Ministrów RP 1991), im Mai 1992 wurde ein Nachbarschafts-, Freundschafts- und Kooperationsabkommen unterzeichnet (vgl. Menkiszak/Piotrowski 2002: 273). Ab 1994 verband beide Länder offiziell eine „enge Partnerschaft“, ab 1996 eine „strategische Partnerschaft“ (vgl. Kuźniar 2008: 161).

Die bilateralen Beziehungen sind sehr intensiv. Hervor sticht insbesondere die hohe Frequenz von Treffen auf höchster Ebene. So kam Polens Präsident Alexander Kwaśniewski (1995-2005) im Durchschnitt sechsmal im Jahr mit seinem ukrainischen Amtskollegen Leonid Kutschma zusammen (vgl. Kuźniar 2008: 242), sein Nachfolger Lech Kaczyński (2005-2010) stand dem im Verhältnis zu Wiktor Juschtschenko nicht nach (vgl. Szeptycki 2009: 157). Die Ministerpräsidenten treffen sich etwas seltener, aber dennoch sehr häufig. Für die Außenminister vereinbarte man bereits Anfang der Neunzigerjahre mindestens ein jährliches Treffen (vgl. Ziemer 2001: 60). Diese Intensität ist ganz wesentlich auf das Betreiben Polens zurückzuführen, das sich um die Westbindung und die Demokratisierung der Ukraine bemüht. Das Streben nach engen Kontakten wurde auch durch das unentschlossene Lavieren der Ukraine zwischen dem Westen und Russland („multivektorale Außenpolitik“), ihre wiederholten innenpolitischen Krisen, die stagnierende Demokratisierung und geschichtspolitische Probleme zwischen den beiden Ländern nicht geschmälert. Das hierdurch aufgebaute Vertrauen erwies sich während der politischen Krise nach den gefälschten ukrainischen Präsidentschaftswahlen Ende 2004 für Polens erfolgreiche Vermittlung als entscheidend (vgl. Kuźniar 2008: 310-311). Auch auf Ebene der Parlamente, der Verwaltung und der Fachressorts ist ein dichtes Netz von Kontakten entstanden (vgl. Kuźniar 2008: 163). Polen unterhält neben der Botschaft in Kiew sechs Generalkonsulate: in Lemberg (seit 1994), Charkow (1996), Luzk und Odessa (2002) (vgl. Gerhardt 2007: 260) sowie in Winniza (2010) (vgl. MSZ o.D.) und Sewastopol (2011) (vgl. ONET.pl 6.5.2011). Damit ist Polen das Land mit dem dichtesten Netz diplomatischer Vertretungen in der Ukraine.

Auch die Tschechoslowakei nahm mit der Ukraine bereits vor deren Unabhängigkeit Kontakt auf, um etwa über wirtschaftliche Kooperation oder das Problem ukrainischer Atomwaffen Gespräche zu führen. Dennoch war weiterhin der tschechoslowakische Botschafter in Moskau zuständig (vgl. FMZV 1991c: 1491). Am 8.12.1991 erkannte Prag die Ukraine diplomatisch an (vgl. FMZV 1991d), im Mai 1992 wurde ein Nachbarschafts-, Freundschafts- und Kooperationsabkommen unterzeichnet (vgl. FMZV 1992). Im November 1992 wurde ein tschechoslowakischer Botschafter ernannt, der jedoch sein Amt nicht mehr antrat (vgl. Archiv MZV ČR 2013). Erst die Tschechische Republik war ab April 1993 durch einen Botschafter in Kiew vertreten (vgl. MZV ČR o.D.a).

Seitdem befinden sich die tschechisch-ukrainischen Kontakte „auf der Ebene von Standardbeziehungen zweier Länder, deren außenpolitische Beziehungen Wachstumspotenzial haben.“ (MZV ČR 2008a: 233). Gegenseitige Besuche auf Ebene der Staats- und Regierungschefs finden im Vergleich zu Polen eher selten (in mehrjährigen Abständen) statt, auch sonst sind Treffen auf Regierungsebene mäßig intensiv. 2002-2004 waren diese gar auf die Teilnahme Präsident Kutschmas am NATO-Gipfel in Prag 2002 und auf Besuche der ukrainischen Agrar- und Schulminister in Tschechien 2003 beschränkt (vgl. MZV 2003: 230-232, 2004: 263-265, 2005: 276-278).

Tschechien hat neben der Botschaft in Kiew zwei Generalkonsulate in Lemberg (seit 2003) und Donezk (2007) sowie ein Honorarkonsulat in Charkow. Nachdem Botschafter Jaroslav Bašta im März 2010 wegen eines Visavergabeskandals abberufen wurde, blieb sein Posten fast anderthalb Jahre vakant. Erst im August 2011 wurde mit Ivan Počuch ein neuer Botschafter berufen (vgl. Dostál/Karásek/Thim 2012: 47).

1.1.2. Wirtschaftliche Beziehungen

Für Polen wie für Tschechien ist die Ukraine ein untergeordneter Wirtschaftspartner. Der Anteil der Ukraine am Außenhandel bewegt sich in beiden Fällen im niedrigen einstelligen Prozentbereich und liegt damit deutlich unter jenem Russlands.¹ Auch gegenseitige Investitionen finden nur in geringem Umfang statt.

Dennoch ist zu beobachten, dass sich das Engagement beider Länder unterscheidet. Tschechische Firmen sind durchaus in der Ukraine aktiv, und auch die tschechischen

¹ Der Anteil der Ukraine am polnischen Außenhandel betrug 2008 2,29 % (am Gesamtumsatz); dabei gingen 3,74 % der polnischen Exporte in die Ukraine, umgekehrt bezog Polen 1,11 % seiner Importe von dort. Für Russland ergeben sich 7,7 %/5,2 %/9,74 %, vgl. Ministerstwo Gospodarki (2009: Tabelle 3). Für Tschechien betrug der Anteil der Ukraine am gesamten Außenhandel 2008 0,89 %; der Anteil der Exporte betrug 1,01 %, jener der Importe 0,77 %. Für Russland ergeben sich hier 4,54 %/2,73 %/6,39 % (eigene Berechnungen auf Grundlage von Ministerstvo průmyslu a obchodu/Český statistický úřad 2008: 42, 66, 69).

Regierungen pflegen wirtschaftsbezogene Kontakte mit Kiew, jedoch geschieht dies alles auf eher niedrigem Niveau. Die Tschechoslowakei/Tschechien hat sich nach der Wende wirtschaftlich bewusst schnell von Osteuropa abgekoppelt (vgl. Král 2010: 6).

Dagegen versuchte Polen gerade in den Neunzigerjahren, die Wirtschaftsbeziehungen zur Ukraine in beide Richtungen zu intensivieren. Zeichen hiervon sind Initiativen zur Gründung einer polnisch-ukrainischen Bank, zur Einrichtung gegenseitiger Handelszentren und einer polnisch-ukrainischen Handelshochschule sowie Werbekampagnen für ukrainische Produkte in Polen (vgl. Gerhardt 2007: 237). Auch hat die polnische Regierung durch vielfache Gesprächsrunden und Konferenzen, insbesondere durch wiederholte polnisch-ukrainische Wirtschaftsgipfel oder durch das seit 1990 jährlich stattfindende Wirtschaftsforum in Krynica – die wichtigste ostmitteleuropäische Wirtschaftskonferenz – versucht, eine Verbesserung der ökonomischen Beziehungen zu erwirken (vgl. Kuźniar 2008: 164). All das konnte jedoch das wirtschaftliche Auseinanderdriften der beiden Länder nicht verhindern. Insbesondere Korruption und undurchsichtige bürokratische Prozesse, die stärkere Ausrichtung der ukrainischen Wirtschaft auf Russland sowie geradezu feindliche Akte wie die Aufhebung von Steuererleichterungen für polnische Unternehmen in ukrainischen Sonderwirtschaftszonen oder ein Einfuhrverbot für polnisches Fleisch, beides 2007 durch die Regierung Timoschenko verantwortet, stehen jedoch einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen entgegen (vgl. Kuźniar 2008: 313-314). Auch die seit den Neunzigerjahren debattierte und bis heute nicht ernsthaft in Angriff genommene Verlängerung der Ölpipeline Odessa-Brody nach Danzig ist ein Symbol für die eher mäßig erfolgreiche Wirtschaftskooperation beider Länder.

Bezüglich der Versorgung mit russischen Energieträgern ist die Ukraine für Tschechien von weit größerer Bedeutung als für Polen. Obwohl Tschechien sich bereits in den Neunzigerjahren durch den Anschluss an die westeuropäischen Versorgungsnetze unabhängiger gemacht hat (vgl. Weichsel 2004), importierte es bis zur Gaskrise Anfang 2009 74,5% seines Erdgases aus Russland,² Polen hingegen „nur“ 66,7% (MFD 9.1.2009). Dabei wird Tschechien über die Transgas-Pipeline via Ukraine versorgt, Polen hingegen über die Jamal-Pipeline, die Weißrussland durchquert. Daher fiel auch während des russisch-ukrainischen Erdgasstreits Anfang 2009 die Gaslieferung nach Tschechien, nicht aber nach Polen aus (vgl. Sapper/Weichsel 2009: I.2). Auch die Erdölimporte aus Russland laufen für Tschechien über den ukrainischen Zweig der Druschba-Pipeline, für Polen über den weißrussischen (vgl. Sapper/Weichsel 2009: I.5).

² 2009 fiel dieser Anteil unter anderem aufgrund des Ausfalls russischer Gaslieferungen während des russisch-ukrainischen Gasstreits im Januar auf knapp unter 59% ab (vgl. Ministerstvo průmyslu a obchodu 2010: 4-5).

1.1.3. Die Visapolitik gegenüber der Ukraine

Nach wie vor der Wende konnten Ukrainer visafrei nach Polen einreisen. Trotz eines massiven Anstiegs der Grenzübertritte und auch der Kriminalität lehnte Polen die Einführung von Visa für Ukrainer und andere Osteuropäer ab und erhöhte stattdessen die Anzahl der polnisch-ukrainischen Grenzübergänge (vgl. Gerhardt 2007: 254-255).

Im Zuge der Beitrittsverhandlungen forderte die EU von den Kandidaten ab 1998 die Einführung der Visumpflicht für eine Reihe von Staaten, darunter Russland, die Ukraine und Weißrussland. Trotz wiederholter Aufforderungen widersetzte sich Polen sehr lange und führte erst zum 1.10.2003 Visa für diese Länder ein. Im Gegensatz zu den russischen und weißrussischen Bürgern erhielten Ukrainer ihr Visum kostenlos (vgl. Gerhardt 2007: 261-262). Die Einführung der Gebühren für Ukrainer wie auch die anderen Verschärfungen der Visavergabe, die das Schengener Abkommen mit sich brachte, zögerte Polen bis zu seinem Beitritt zum Schengenraum am 21.12.2007 hinaus. Dafür wurden die Regelungen für ukrainische Saisonarbeiter gelockert und das Antragsprozedere vereinfacht (vgl. Szeptycki 2009: 168). Zudem wurden die Konsulate mit mehr Personal und Technik ausgestattet, um die Visavergabe zu vereinfachen (vgl. Kaźmierkiewicz et al. 2006: 29-30).

Polen stellt von allen EU-Mitgliedern mit Abstand die meisten Visa für Ukrainer aus und hat hierbei die liberalste Vergabepolitik der Visegrád-Staaten. 2004 lag der Anteil abgelehnter Anträge von Ukrainern mit 0,75% so niedrig, dass Konsulatsangehörige zum Teil Druck verspürten, diesen Wert näher an den EU-Durchschnitt zu bringen (vgl. Kaźmierkiewicz et al. 2006: 38, 43). Auch legt Polen den Schwerpunkt – anders als etwa Ungarn – nicht auf die Grenzregion oder die eigene Minderheit in der Westukraine, sondern fördert allgemein die Mobilität der Ukrainer in Richtung EU (vgl. Kaźmierkiewicz 2005: 4). Ein Abkommen über den kleinen Grenzverkehr wurde sogar lange Zeit verschleppt und erst im März 2008 abgeschlossen. Es musste noch im selben Jahr überarbeitet werden, weil es zu liberal war und gegen EU-Recht verstieß (vgl. Szeptycki 2009: 169). Für die Fußball-Europameisterschaft 2012 setzte sich Polen für die Aufhebung der Visumpflicht für Ukrainer ein, auch dies scheiterte jedoch an der Rechtslage in der EU (Klymenko 2011: 3). Daher richtete Polen 14 neue Visavergabepunkte in der Ukraine ein, um Personen, die vom nächsten Konsulat weit entfernt wohnen, die Antragstellung zu erleichtern (Kommersant Ukraina 9.11.2011).

Auch die Tschechoslowakei bzw. Tschechien hatte zunächst kein Visaregime mit der Ukraine, obwohl ab Mitte der Neunzigerjahre die Arbeitsmigration – legal wie illegal – massiv zunahm und die Ukrainer mit mehreren Hunderttausend Angehörigen bald zur wohl größten Ausländergruppe in Tschechien machte. 2007 lebten etwa 120.000 Ukrainer legal in

Tschechien (vgl. Kratochvíl 2008: 235), zudem hielten sich schätzungsweise 100.000 bis 200.000 illegal im Land auf (vgl. Votápek 2004: 105; Král 2007: 13).

Der Forderung nach einer Visumpflicht durch die EU kam Tschechien rasch nach; die Entscheidung hierzu wurde grundsätzlich bereits Anfang 1998 gefällt und inhaltlich zudem mit dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen und illegale Migration begründet (vgl. MFD 16.1.1998). Schließlich führte Tschechien als erster Visegrád-Staat im Juni 2000 das Visaregime kurzfristig ein – ohne vorherige Absprache mit der Ukraine oder den anderen betroffenen Staaten (vgl. Kaźmierkiewicz et al. 2006: 28). Die Angleichung an die Schengen-Bestimmungen führte Tschechien, anders als Polen, bereits zum 1.5.2004 durch (vgl. Právo 20.9.2004). Lediglich als die Ukraine nach der Orangen Revolution 2005 die Visapflicht für EU-Bürger aufhob, strich Tschechien bis zum Schengen-Beitritt Ende 2007 die Gebühren für Kurzzeitvisa (vgl. Kaźmierkiewicz et al. 2006: 32).

Tschechien hat an den von Schengen-Ländern an Ukrainer ausgegebenen Visa einen Anteil von 8% und liegt damit an dritter Stelle nach Polen und Deutschland (vgl. Sushko 2010). Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Tschechien sehr restriktiv mit der Vergabe umgeht. Das Land weist unter allen EU-Staaten die höchste Ablehnungsrate auf, im Wesentlichen aufgrund von Bedenken, dass die Antragsteller illegal in Tschechien arbeiten wollen. 2004 wurden daher 6% aller Anträge abgelehnt (vgl. Kaźmierkiewicz et al. 2006: 31), 2009 aufgrund der Wirtschaftskrise gar 17% (vgl. Sushko 2010). In einer Untersuchung von acht alten und neuen EU-Mitgliedsländern schnitt Tschechien bei den Wartezeiten vor Ort, der Bearbeitungszeit der Anträge und der Hilfsbereitschaft des Personals am schlechtesten ab (vgl. Sushko 2010). Obwohl die Antragsteller teilweise tagelang Schlange stehen müssen, um ihre Papiere einzureichen, wird in den Konsulaten eher noch Personal abgebaut (vgl. Kratochvíl 2008: 236). Generell ist zu beobachten, dass die tschechische Visapolitik stark an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet ist. Während die Regierung etwa 2007 noch einen Plan zur Vergabe von Green Cards vorstellte, weil sie von anhaltendem Arbeitskräftebedarf ausging (vgl. Kratochvíl 2008: 235), zahlte sie 2009, als aufgrund der Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit unter den Gastarbeitern stieg, eine „Rückkehrprämie“ und verschärfte gleichzeitig die Visavergabe (vgl. Právo 12.2.2009). Für Ukrainer wurde rund ein halbes Jahr lang die Vergabe von Arbeitsvisa völlig eingestellt. Zudem wurde die Antragstellung ab 2009 dadurch erschwert, dass Antragsteller einen Nachweis erbringen müssen, dass sie nicht mit TBC oder Syphilis infiziert sind (vgl. Sushko 2010).

1.1.4. Die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU

Polen zeigt große Aktivität, wenn es darum geht, die Ukraine an die EU heranzuführen. Bereits bei der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen im Frühjahr 1998 wies Polen auf die Notwendigkeit hin, eine „östliche Dimension“ der EU-Außenbeziehungen zu entwickeln (vgl. Batt et al. 2003: 47). Die Gestaltung der ENP versuchte es zu beeinflussen, indem es Anfang 2003 ein Non-Paper verbreitete, das vor allem in Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Ukraine recht weitreichend war (vgl. MSZ 2003), erzielte jedoch eher begrenzte Erfolge. Gleichzeitig wirkte Polen auf die Ukraine ein, um deren pro-europäische Orientierung zu stärken und sie an westliche politische und wirtschaftliche Standards heranzuführen. Ausdruck dessen war etwa die Einrichtung der Ständigen Polnisch-Ukrainischen Konferenz zur Europäischen Integration 1998 sowie die ebenfalls 1998 maßgeblich durch polnisches Betreiben zustande gekommene Polnisch-Amerikanisch-Ukrainische Initiative zur Zusammenarbeit (PAUCI) (vgl. Menkiczak/Piotrowski 2002: 235-236).

Seit seinem Beitritt betätigt sich Polen als Fürsprecher der Ukraine und versucht, die EU-Partner davon zu überzeugen, ihr eine Beitrittsperspektive zu geben.³ Während der Orangen Revolution betrieb Polen intensives Lobbying, um die EU-Partner für die Geschehnisse zu interessieren. Erst auf nachhaltiges Drängen Präsident Kwaśniewskis fuhr Javier Solana, Hoher Beauftragter für die GASP, mit zu den Verhandlungen nach Kiew (vgl. Tygodnik Powszechny 2005). Das Europäische Parlament forderte Anfang 2005 auf Initiative polnischer Abgeordneter die Kommission auf, die EU-Ukrainepolitik ambitionierter zu gestalten und verwies ausdrücklich auf das Recht der Ukraine, sich um die EU-Mitgliedschaft zu bewerben (vgl. Kuźniar 2008: 312). Polen bemühte sich, das Interesse der häufig als ukrainepolitisch desinteressiert und indifferent kritisierten westlichen Partner an der Ukraine und ihrer Integration aufrecht zu erhalten bzw. überhaupt erst zu wecken, auch wenn die politische Dauerkrise in der Ukraine nach der Orangen Revolution und die sukzessive Rückabwicklung der bisherigen Demokratisierungsschritte dieses Unterfangen zunehmend verkomplizieren.

Seinen bisher größten Erfolg hatte Polen mit der Schaffung der Östlichen Partnerschaft (ÖP), was auch der pragmatischeren Herangehensweise der Regierung Tusk zuzuschreiben ist. So verzichtet die ÖP auf Beitrittsrhetorik und legt den Schwerpunkt mehr auf eine praktische Annäherung der sechs Partnerländer – darunter prominent der Ukraine – an die EU. Polen stellte das Projekt – nachdem es den Boden damit bereitet hatte, dass es Litauen zur Aufgabe seines Vetos gegen einen neuen EU-Russland-Vertrag bewegen konnte (vgl. Ochmann 2010: 3) – gemeinsam mit Schweden im Mai 2008 den EU-Partnern vor. Der Europäische Rat stimmte

³ Für eine Bestandsaufnahme kurz nach dem Beitritt vgl. Borkowski (2006)

der Umsetzung im Juni 2008 zu, der Gründungsgipfel fand schließlich im Mai 2009 in Prag statt.

Die ÖP hat sich seitdem allerdings wegen der alles überlagernden Wirtschafts- und Finanzkrise, der aufgrund der fehlenden Beitrittsperspektive eher skeptischen Haltung der Partnerländer und der Rückschritte bei der Demokratisierung insbesondere der Ukraine eher verhalten entwickelt. Dennoch versucht Polen, das Projekt voranzutreiben und hat es zu einem Schwerpunkt seiner Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2011 gemacht. So übernahm es die Organisation des zweiten ÖP-Gipfels, der eigentlich im Mai 2011 in Budapest hätte stattfinden sollen, und konnte trotz der Finanzkrise und der Konzentration Europas auf die arabische Welt ein höheres Budget für die ÖP erreichen (vgl. Nowak 2012: 15). Bezüglich der Ukraine sorgte Polen vor allem für den Abschluss der Verhandlungen über das Freihandels- und das Assoziierungsabkommen. Zwar sind beide bisher nicht unterzeichnet, sollte sich die Situation in der Ukraine ändern, liegen so allerdings schnell umsetzbare Optionen auf dem Tisch (vgl. Nowak 2012: 15). Bereits 2010 hatte Polen ein Treffen der EU-Außenminister mit jenen der Partnerländer organisiert und eine „Gruppe der Freunde der Östlichen Partnerschaft“ initiiert, über die Drittländer ÖP-Projekte mitfinanzieren können (vgl. OSW 2010). Gleichzeitig wirkt Polen beständig auf Kiew ein, um es dazu zu bringen, sich mehr auf die EU zuzubewegen und die Demokratisierung voranzutreiben (vgl. Lang 2012: 4).

Tschechien hingegen begann erst nach dem Beitritt, sich im EU-Kontext mit Osteuropa zu befassen. Da Prag bis dahin kein Konzept entwickelt hatte, welche Rolle Tschechien innerhalb der EU spielen sollte, suchte man nach Betätigungsfeldern und entdeckte dabei die EU-Ostpolitik (vgl. Král 2007: 4). Eine erste Initiative gab es 2007, als Tschechien im Rahmen des Vorsitzes in der Visegrád-Gruppe ein Non-Paper verfasste, das bereits den Grundriss für die ÖP enthielt, die Ukraine aber nicht gesondert herausstellte (vgl. MZV ČR 2008b). Ziel war es vor allem, Unterstützung der V4-Partner für die tschechische EU-Ratspräsidentschaft zu generieren (vgl. Král/Bartovic/Řiháčková 2009: 51). Der Vorschlag war allerdings zu vage und zu unkoordiniert platziert, um bei der EU auf Resonanz zu stoßen. Während Polen in Folge die Führung übernahm, verhielt sich Tschechien unterstützend, aber nicht weiter initiativ. Die ÖP wurde auch für Tschechiens EU-Ratspräsidentschaft zunächst als wichtig, aber nicht als prioritär behandelt und rutschte eher aufgrund anderweitiger Umstände die Liste hinauf: Die tschechische Ratlosigkeit gegenüber der neuen US-Regierung, der blockierte Beitrittsprozess Kroatiens und die Tatsache, dass die EU durch den Georgienkrieg die Einrichtung der ÖP beschleunigte und der Gründungsgipfel nun in die Zeit der tschechischen Präsidentschaft fiel, ließen die ÖP deutlicher als Möglichkeit zur Profilierung erscheinen (vgl. Král 2010: 11-12;

Tulmets 2009: 209). Zudem passte das Projekt gut zu Tschechiens sonstigen Prioritäten: einem ökonomisch offenen und liberalen Europa, dem Thema Energiesicherheit sowie dem barrierefreien Reisen (vgl. Král/Bartovic/Řiháčková 2009: 52). Während Tschechien die Inauguration der ÖP mit großem Engagement umsetzte, ist zu beobachten, dass es danach zwar mit Polen an der weiteren Entwicklung zusammenarbeitet, das Interesse jedoch zurückging (vgl. Tulmets 2010: 207). Tschechien zeigt sich, wie schon zuvor, eher reaktiv, seine Politik passt es eher jener der EU insgesamt an (vgl. Cibulková 2011: 220). So unterstützt Tschechien eine Beitrittsperspektive für die Ukraine, jedoch ist dies im Rahmen der allgemeinen Präferenz Tschechiens für künftige Erweiterungen zu sehen; die Ukraine hat in diesem Rahmen keine Sonderstellung inne (vgl. Král 2005: 31). Stattdessen liegt der ostpolitische Schwerpunkt auf den Beziehungen zu Russland als wichtigstem Land in Osteuropa sowie zu Weißrussland, das neben Kuba hauptsächliches Ziel einer allgemeinen tschechischen Politik der Demokratieförderung ist, während die Ukraine nicht im Fokus der tschechischen Außenpolitik steht. Auch im EU-Kontext spielt letztere vor allem hinsichtlich des Ausbaus von Handelsbeziehungen und der Sicherung der Energieversorgung eine Rolle.

1.1.5. Die Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO

Während Polen Anfang der Neunzigerjahre ukrainische Ideen einer militärischen Zusammenarbeit in Mitteleuropa zugunsten des NATO-Beitritts klar zurückwies, unterstützte es mit zunehmender Beitrittsperspektive die Kooperation zwischen NATO und Ukraine und setzte sich maßgeblich für die NATO-Ukraine-Charta ein, die 1997 unterzeichnet wurde und eine militärische Kooperation zwischen NATO und Ukraine vorsieht (vgl. Kuźniar 2008: 162). Polen förderte diese Zusammenarbeit aktiv durch Beteiligung am NATO-Ukraine-Rat und der Initiative zur Einrichtung eines polnisch-ukrainischen Bataillons (POLUKRBAT) für die Teilnahme an internationalen Einsätzen. Das Bataillon war ab 2000 Teil der KFOR (vgl. Menkiszak/Piotrowski 2002: 243), zudem waren nach dem Irakkrieg 2003 ukrainische Einheiten in der von Polen verwalteten Besatzungszone im Einsatz (vgl. Guryn 2003).

Das polnische Lobbying für einen NATO-Beitritt der Ukraine hielt sich zunächst in Grenzen, da die Ukraine diesen nicht anstrebte und die übergroße Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor dagegen ist. Als Präsident Kutschma dennoch 2002 die Möglichkeit eines Beitritts ins Spiel brachte, setzte sich Polen massiv für die Teilnahme der Ukraine am Prager NATO-Gipfel 2002 ein (vgl. Kuźniar 2008: 246). Ergebnis war der NATO-Ukraine-Aktionsplan zur Verbesserung der Zusammenarbeit. Auch nach der Orangen Revolution, als kurze Zeit eine klare Westorientierung der Ukraine möglich erschien, engagierte sich Polen und betrieb (erfolglos)

massives Lobbying für die Verabschiedung eines Membership Action Plans (MAP) für die Ukraine auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008.

Dieser Einsatz hat in den vergangenen Jahren nachgelassen, da die politische Dauerkrise in der Ukraine die Entwicklung hemmte und zudem 2010 Wiktor Janukowytsch, der eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ablehnt, zum Präsidenten gewählt wurde. Die Ukraine kehrte in Folge zu ihrer „multivektoralen Außenpolitik“ zurück. Der auf polnische Initiative (vgl. GW 17.11.2009) 2009 beschlossene Aufbau einer litauisch-polnisch-ukrainischen Brigade für die Beteiligung an NATO-Einsätzen (LITPOLUKRBRIG) wurde nicht weiterverfolgt. Dennoch tritt Polen weiterhin als Befürworter einer engeren Anbindung der Ukraine an die NATO auf (vgl. Klymenko 2011: 3).

Für Tschechien lässt sich konstatieren, dass es grundsätzlich eine Erweiterung der NATO befürwortet. Dies schließt auch eine Unterstützung einer künftigen ukrainischen NATO-Mitgliedschaft mit ein (vgl. Tulmets 2009: 211). Tschechien entfaltet auf diesem Gebiet jedoch offenbar keine Aktivitäten, die über eine deklarative Unterstützung hinausgehen.

1.2. Begründung des theoretischen Zugangs und Spezifizierung der Untersuchungsziele

Die Ukrainepolitiken Polens und Tschechiens sind also ganz offensichtlich von großen Unterschieden gekennzeichnet. Auf die Frage nach den Gründen bieten Erklärungsansätze, die vor allem auf materielle Faktoren abstellen, nur wenig überzeugende Antworten. Zwar ist Tschechien in jeder Hinsicht – geographisch, militärisch, wirtschaftlich, demographisch etc. – wesentlich kleiner als Polen und hat daher ein geringeres materielles Machtpotenzial aufzubieten. Der Schluss, dass Polen deshalb ostpolitisch aktiver ist, weil es mehr Ressourcen hierfür aufbringen kann und demnach identische oder ähnliche Interessen besser zu verfolgen in der Lage ist, ist jedoch nicht sehr überzeugend. Zum einen lässt die im Vergleich zu Polen eher geringe Aktivität Tschechiens den Schluss zu, dass selbst die vorhandenen Ressourcen nicht ausgenutzt werden (vgl. Kratochvíl 2008: 241-242). Zum anderen gibt es teils kleinere Länder, die deutlich aktiver sind. Litauen etwa ist ostpolitisch recht engagiert und hat – ungeachtet der jüngsten Abkühlung der polnisch-litauischen Beziehungen aufgrund von Differenzen bezüglich der polnischen Minderheit in Litauen – in der Vergangenheit bei wichtigen Initiativen immer wieder eng mit Polen kooperiert, vor allem in Hinblick auf die Ukraine und die GUAM-Staaten allgemein (vgl. Galbreath/Lašas/Lamoreaux 2008: 77-99).

Auch die Erklärung, dass Tschechien im Gegensatz zu Polen nicht an den postsowjetischen Raum grenze und deswegen weniger interessiert an der Ukraine sei, relativiert sich nicht nur

mit einem nochmaligen Blick auf Litauen, das von der Ukraine ähnlich weit entfernt ist wie Tschechien, sondern auch bei einer Betrachtung der ukrainepolitischen Aktivitäten von an die Ukraine grenzenden EU-Mitgliedern. Ungarn etwa hat keine besonders intensiven Beziehungen zur Ukraine und beschränkt seine Aktivitäten weitgehend auf die Oblast Transkarpatien, wo etwa 150.000 ethnische Ungarn leben. Das einzige östliche Nachbarland der EU, in dem Ungarn intensiv politisch aktiv ist, ist hingegen Moldau (vgl. Rácz 2010: 34; Póti 2006: 66, 72-73). Auch die Ukrainepolitiken Rumäniens (vgl. Fürst 2008: 283-295; Denca 2009) und der Slowakei (vgl. Leška 2006: 69-103) sind mit jener Polens nicht vergleichbar.

Zudem bestand auch die tschechoslowakische Ostpolitik von 1990 bis 1992 im Wesentlichen im Streben nach Abnabelung von der ehemaligen Hegemonialmacht (Truppenabzug, Auflösung von Warschauer Pakt und RGW). Trotz einer gemeinsamen Grenze mit der UdSSR, bzw. später der Ukraine, zeigte sich Prag ansonsten auch zu dieser Zeit eher passiv, so dass sich in dieser Hinsicht kein mit dem Wegfall der Ostgrenze korrelierender „Bruch“ der Prager Ostpolitik feststellen lässt (vgl. Valenta 2001: 95). So wurde schon im April 1990 in der ersten außenpolitischen Generaldebatte im polnischen Sejm Enttäuschung darüber ausgedrückt, dass sich die Tschechoslowakei vor allem für den Süden Europas interessiere (vgl. Sejm RP 1990a: 48). Eine deutliche Korrelation zwischen diesen materiellen Faktoren und ostpolitischer Aktivität lässt sich also in der Gesamtschau kaum ausmachen.

Die Einbindung der beiden Länder in internationale Organisationen oder Regime – Ansatzpunkt institutionalistischer Erklärungsversuche – kann ebenfalls kaum für diese Unterschiede verantwortlich sein, sind Polen und Tschechien doch bis auf vereinzelte Ausnahmen (etwa den Ostseerat) nicht nur Mitglieder derselben Institutionen, sondern diesen auch noch in fast allen Fällen gleichzeitig beigetreten. Dementsprechend ist es auch unplausibel, dass unterschiedliche institutionelle Zwänge, Anreize, Lern- oder Sozialisationseffekte oder eine unterschiedlich lange Wirkungsdauer derselben der Grund für die Unterschiede sind.⁴ Gerade auch bezüglich der Frage, weshalb Polen im Rahmen der EU-Ostpolitik viel aktiver ist als Tschechien, ist diese Perspektive wenig hilfreich.

Vielversprechender erscheinen konstruktivistische, akteurszentrierte Ansätze, welche die Außenpolitik von Staaten als maßgeblich von akteursspezifischen ideellen Faktoren beeinflusst sehen. Solche Ansätze haben in der Disziplin der Internationalen Beziehungen und in der Außenpolitikforschung insbesondere durch den weltpolitischen Umbruch der Jahre 1989-1991

⁴ Natürlich konnte die Tschechische Republik bestimmten Organisationen und Regimen – etwa der UNO, der KSZE oder dem Atomwaffensperrvertrag – erst mit ihrer Gründung am 1.1.1993 beitreten. Da sie damit jedoch lediglich die Nachfolge der Tschechoslowakei angetreten hat und die Tschechen den gemeinsamen Staat und gerade auch dessen Außenpolitik weitgehend dominiert haben, entkräftet dies nicht das Argument.

Auftrieb bekommen und sich mittlerweile stark ausdifferenziert – so beschäftigen sich Studien mit außen- (vgl. Maull 2001a) und sicherheitspolitischer (vgl. Reeb 2003; Florack 2007; Winter 2007) oder strategischer Kultur (vgl. zusammenfassend Howlett 2005; Lantis 2009), internationalen und nationalen Normen (vgl. etwa Katzenstein 1996) und außenpolitischen Rollenkonzeptionen (vgl. etwa Krotz 2001; Aggestam 2004) sowie nationalen Identitäten (vgl. etwa Joerißen/Stahl 2003a; Stahl 2006), um nur die prominentesten zu nennen. Sie unterscheiden sich substantiell mal mehr, mal weniger, haben jedoch alle gemeinsam, dass sie sich auf ideelle bzw. immaterielle, in der Regel maßgeblich durch historische Erfahrungen begründete Faktoren konzentrieren, die in einen Wirkungszusammenhang mit der Außenpolitik der betreffenden Staaten gestellt werden. Dabei wird in der Regel der Einfluss materieller Faktoren wie der geographischen Lage oder der Ressourcenausstattung nicht verneint. Vielmehr wird postuliert, dass die Bedeutung dieser materiellen Phänomene von immateriellen Faktoren abhängt. Als Kronzeuge für die Relevanz dieser Konzepte wurde vielfach Deutschland angeführt, das nach dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung eine bemerkenswerte außenpolitische Kontinuität an den Tag legte. Insbesondere erfüllte es die Vorhersagen (neo-)realistischer Theoretiker nicht, dass es schnell wieder unilaterales Großmachtverhalten und gar den Willen zum Erwerb von Nuklearwaffen zeigen würde (vgl. Mearsheimer 1990; Waltz 1993). Daher war das wiedervereinigte Deutschland bereits vielfach Gegenstand entsprechender Arbeiten, die sich etwa mit Rollenkonzepten, Identitäten oder strategischer Kultur beschäftigten (vgl. Maull 1990, 1992; Kirste/Maull 1996; Kirste 1998; Berger 1998; Duffield 1998; Harnisch/Maull 2001; Schwab-Trapp 2002; Longhurst 2004; Wilke 2007).

Die bisherige, noch nicht besonders umfangreiche konstruktivistische Forschung zum polnischen Fall hat in ersten Studien gezeigt, dass in der polnischen Außenpolitik historisch begründete Vorstellungen über die nationale Sicherheit eine herausragende Rolle spielen – verschiedene Autoren sprechen davon, dass Polen eine regelrechte „Belagerungsmentalität“ (Frank 2003: 23) an den Tag lege und sein Sicherheitsbedürfnis „beinahe obsessive Züge“ (Ziemer 2009: 64) habe. Auch in Überblickswerken wird festgestellt, dass es für Außenstehende den Eindruck machen müsse, dass Polen in Sachen nationaler Sicherheit „über-übertreibe“ (Kuźniar 2001: 15). Trotz deutlicher Hinweise darauf, dass spezifisch nationale Sicherheits- und Bedrohungskonzeptionen auch in der Politik Polens gegenüber seinen östlichen Nachbarn und insbesondere gegenüber der Ukraine eine wichtige Rolle spielen, ist dieser Zusammenhang bisher in der Forschung stark vernachlässigt worden. Stattdessen

standen vor allem Polens Integration in die NATO und die EU sowie Polens grundsätzliche Haltung zur GASP und insbesondere zur ESVP im Zentrum konstruktivistischer Forschung.

Die Tschechische Republik hingegen war bisher noch fast überhaupt nicht Gegenstand entsprechender Studien. Ein Blick auf die tschechische Geschichte lässt vor allem die Annahme plausibel erscheinen, dass die unterschiedlichen historischen Erfahrungen beider Länder dazu geführt haben, dass der osteuropäische Raum im Allgemeinen und die Ukraine im Speziellen mit unterschiedlicher sicherheitspolitischer Bedeutung belegt wird, was zu den erwähnten Differenzen im ukrainepolitischen Engagement der zwei Länder führt.

Für die Analyse dieser Zusammenhänge wird das Konzept der sicherheitspolitischen Kultur angewendet, welches sich zentral mit der Konstruktion von (äußerer staatlicher) Sicherheit befasst und auf Studien zur strategischen sowie zur politischen Kultur aufbaut. Somit werden insbesondere historisch gewachsene Bedrohungs- bzw. Sicherheitskonstruktionen sowie damit verknüpfte Handlungsdispositionen in den Blick genommen.

Dabei stellt sich jedoch die Frage nach der zentralen Analysekategorie und einer entsprechenden Methode – eine notorische Schwäche von Arbeiten zur strategischen und sicherheitspolitischen Kultur, welche oftmals alternative Ansätze und selbst die einschlägige Literatur zur politischen Kultur nur eingeschränkt oder gar nicht zur Kenntnis nehmen. Anstatt der langen Reihe oft unverbunden nebeneinander stehender Vorschläge einen weiteren „eigenen“ hinzuzufügen, halte ich es für sinnvoll, auf den in der Außenpolitikforschung gut etablierten Begriff der Rollenkonzeption zurückzugreifen. Diese lassen sich als „Verdichtungen“ von außen- bzw. in diesem Falle sicherheitspolitischer Kultur begreifen (vgl. Kirste/Maull 1996; Maull 2001a). Rollenkonzeptionen machen letztere analytisch greifbarer und sind aufgrund ihrer präskriptiven Eigenschaft wesentlich handlungsnäher als abstraktere Konzepte wie Weltbilder, Werte oder Identitäten, rekurrieren aber maßgeblich auf diese. Die Erhebung polnischer und tschechischer Sicherheits- und Bedrohungsstrukturen und hierauf rekurrierender, ukraineebezogener Rollenkonzeptionen stehen damit im Mittelpunkt dieser Studie.

Dabei verfolge ich neben diesem (im Vordergrund stehenden) empirischen auch ein theoretisches Forschungsinteresse: Der Forschung zur strategischen/sicherheitspolitischen Kultur, die von verschiedenen Wissenschaftlern als „atomized research agenda“ (Hoffmann/Longhurst 1999: 31) und als „disorganized and non-cumulative“ (Poore 2003: 283-284) beschrieben wurde, soll mit der Kombination aus Rollentheorie und Diskursanalyse eine gangbare und in anderen Zusammenhängen bereits erprobte, bislang jedoch weitgehend ignorierte Möglichkeit eines Forschungsdesigns aufgezeigt werden. Wie die Ausführungen in

Kapitel II noch zeigen werden, können die Abgrenzungen zwischen einigen konstruktivistischen Ansätzen zur Erklärung von Außenpolitik dabei durchaus als überzeichnet angesehen werden.

1.3. Fragestellung und Arbeitshypothesen

Die zentrale Frage dieser Dissertation lautet also, welche auf die Ukraine bezogenen, sicherheitspolitisch motivierten Rollenkonzeptionen sich in Polen und Tschechien nach 1989 herausgebildet haben.

Dabei stehen folgende zwei Arbeitshypothesen im Vordergrund:

1. In beiden Ländern gibt es eine grundsätzliche Präferenz für eine unabhängige, stabile und demokratische Ukraine sowie deren Integration in westliche Strukturen wie EU und NATO. Diese Präferenz ist in Polen jedoch wesentlich stärker ausgeprägt, was sich in deutlichen Unterschieden zwischen den polnischen und den tschechischen Rollenkonzeptionen niederschlägt. Dabei kann Polen als sehr aktiver „Antreiber“ einer Stabilisierung und Westintegration der Ukraine gelten, während die Tschechische Republik sich allenfalls als „Unterstützer“ konzipiert.
2. Diese Unterschiede sind wesentlich auf unterschiedliche Verständnisse nationaler Sicherheit und insbesondere auf historisch bedingte unterschiedliche Beurteilungen der Bedeutung einer unabhängigen und demokratischen Ukraine für die eigene Sicherheit zurückzuführen, die in Polen viel stärker ausgeprägt ist als in Tschechien.

Zur Beantwortung der Fragestellung werden zunächst mit Hilfe eines diskursanalytischen Instrumentariums die grundlegenden Sicherheits- und Bedrohungskonstruktionen beider Länder erhoben. Ziel ist es, in diesem ersten Schritt herauszufinden, wie in Polen und Tschechien äußere Sicherheit verstanden wird, welche grundlegenden Bedrohungen identifiziert werden und welche Möglichkeiten zur Verminderung oder Neutralisierung dieser Bedrohungen wahrgenommen werden.

Im zweiten Schritt werden die außenpolitischen Diskurse dann auf ukrainespezifische außenpolitische Rollenkonzeptionen untersucht. Über die argumentative Herleitung der Rollenkonzeptionen soll erfasst werden, inwiefern diese einen sicherheitspolitischen Hintergrund haben. Der vorhergehende Schritt der Analyse von Sicherheits- und Bedrohungskonstruktionen ist also notwendig, um bestimmen zu können, welche der konstruierten Rollenkonzeptionen als Teil der *sicherheitspolitischen* Kultur gelten können.

2. Zum Forschungsstand

2.1. Konstruktivistische Studien zu Polen

Obwohl es der Zusammenbruch des Ostblocks war, welcher den konstruktivistischen Ansätzen in den Internationalen Beziehungen den entscheidenden Entwicklungsschub gab, existieren bisher nur verhältnismäßig wenige konstruktivistische Studien zu ostmitteleuropäischen Ländern, von denen die meisten sich auf Polen beziehen. Ilya Prizel postulierte 1998 in einer Arbeit über Polen, die Ukraine und Russland einen Zusammenhang zwischen nationaler Identität und Außenpolitik. Es mangelt der an sich interessanten und ausführlichen Arbeit jedoch an theoretischer Reflexion insbesondere eben dieses Zusammenhangs. Prizel geht dabei über einige eher allgemein gehaltene Ausführungen zur „dialektischen Beziehung“ zwischen beiden Phänomenen nicht nennenswert hinaus (vgl. Prizel 1998: 12-37).

2003 erschienen zwei erste Studien zur polnischen Sicherheitspolitik, die sich in das konstruktivistische Paradigma einordnen lassen. Cornelia Frank stellte fest, dass die Forschung die Frage nach den Auswirkungen historischer Erfahrungen auf die polnische Sicherheitspolitik bisher noch nicht einmal gestellt habe und legte hierzu eine erste, 2005 nochmals aktualisierte deutschsprachige Untersuchung vor (vgl. Frank 2003, 2005). Diese nähert sich mit Hilfe von Pierre Bourdieus Konzept des sozialen Habitus der polnischen Position zur ESVP an. Frank liefert damit grundsätzlich überzeugende erste Ergebnisse, allerdings ist als wesentliches Manko eine nur eingeschränkte empirische Unterfütterung mit Primärquellen zu verzeichnen. Im selben Jahr erschien die bisher einzige diesbezügliche umfangreichere polnischsprachige Veröffentlichung, welche das Konzept der strategischen Kultur auf Polen und Deutschland anwendet (vgl. Malinowski 2003). Der Band kommt allerdings bezüglich des polnischen Falles über erste Anfangsbetrachtungen nicht hinaus. Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, dass die polnischsprachige Forschung zur polnischen Außen- und Sicherheitspolitik in der Regel entweder historisch-deskriptiv oder eher normativ-politikberatend ausgerichtet ist. Der Mangel an theoretischer und methodologischer Reflexion und Fundierung, der diese Studien regelmäßig kennzeichnet, führt dazu, dass die Zusammenhänge, welche das Konzept der strategischen Kultur postuliert, zwar in der Regel als gegeben betrachtet oder, mit den Worten Olaf Osicas (2003: 95), „erspürt“, jedoch bisher kaum systematisch analysiert wurden. Eine weitere Publikation des Herausgebers des erwähnten Bandes stellt einen eher zusammenfassenden Überblicksaufsatz dar (vgl. Malinowski 2005).

Diese Veröffentlichungen zeichnet zudem eine Konzentration auf die ESVP und die transatlantischen Beziehungen aus; die Frage der Ostpolitik wird weitgehend ausgeklammert. Eine erste konstruktivistische Arbeit hierzu wurde von Sebastian Gerhardt (2007) angefertigt.

Gerhardt untersuchte die polnische Ostpolitik mit Hilfe eines identitätsbasierten Diskursanalyse-Konzeptes und legte damit eine interessante Studie zum Wandel der traditionellen polnischen Ostpolitik vor. Auch wenn Fragen nationaler Sicherheit abschnittsweise behandelt werden, handelt es sich allerdings nicht um eine schwerpunktmäßig sicherheitspolitische Arbeit. Zudem scheint Gerhardt – ebenso wie die genannten Publikationen zur Sicherheitspolitik – eher ein traditionelles, zumindest aber a priori bestimmtes Verständnis von Sicherheit zugrunde zu legen, was sich nicht mit dem Sicherheitsbegriff dieser Arbeit deckt.

In einem Papier zur polnischen Sicherheitspolitik ging erstmals Marcin Zaborowski auf einen Zusammenhang zwischen der polnischen strategischen Kultur und der östlichen Dimension polnischer Sicherheitspolitik ein, allerdings widmet er der Thematik nur wenige Zeilen (vgl. Zaborowski 2004: 10). Ausführlicher wird diese in einem von Zaborowski gemeinsam mit Kerry Longhurst verfassten Band besprochen (vgl. Longhurst/Zaborowski 2007: 58-73). Leider fehlt es diesem jedoch (bis auf eine kurze Definition der „security culture“) nicht nur an Ausführungen zum angewandten Modell und der Methodik der Untersuchung, die beiden Autoren lassen es auch in erheblichem Maße an Belegen für ihre Schlussfolgerungen mangeln, ganz zu schweigen von der Behandlung der schwierigen Frage, wie die „Sicherheitskultur“ mit dem Policy-Output zusammenhängt. Auch hier ist zu bemerken, dass die östliche Dimension polnischer Außen- und Sicherheitspolitik zwar behandelt wird, grundsätzlich aber auch hier der Schwerpunkt auf der Rolle Polens als „neuer Atlantiker“ in der EU liegt.

Der Frage einer Konvergenz polnischer Vorstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik mit jenen anderer EU-Mitglieder widmet sich eine Studie von Christoph Meyer (2006), der eine Untersuchung zu strategischen Kulturen innerhalb der EU vorlegte, welche die Liste der „üblichen“ Fälle – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – um Polen erweiterte. Als einer der ersten widmet er sich der Frage, inwiefern sich strategische Kulturen in Europa einander annähern und vielleicht sogar erste Ansätze einer europäischen strategischen Kultur erkennen lassen. Meyers Studie lässt jedoch vor allem einen Abgleich der strategischen Kulturen mit der Außen- und Sicherheitspolitik der behandelten Staaten vermissen, was aus der Einbeziehung von kulturbedingtem Verhalten in seinen Kulturbegriff resultiert, wodurch die Argumentation leider tautologisch wird (vgl. Meyer 2006: 19-20). Heiko Fürst konzentriert sich in seiner Studie zwar auf die Untersuchung der GASP-Diskurse in Polen, Rumänien und Ungarn und vermeidet so dieses Problem, widmet aber leider einem möglichen Zusammenhang mit dem tatsächlichen Policy-Output keine größere Aufmerksamkeit (vgl. Fürst 2008: 13). Zudem kranken beide Untersuchungen an dem – allerdings in der Forschung zu

ostmitteleuropäischen Staaten durchaus weit verbreiteten – Mangel, dass sie sich weitgehend auf in westlichen Sprachen vorliegendes Material stützen. Das Problem dabei ist nicht so sehr eine mögliche Verfälschung von Quellen durch Übersetzung, sondern durch die Verfügbarkeit übersetzter Texte letzten Endes anhand nicht nachvollziehbarer Kriterien eingeschränkte und vorselektierte Materialauswahl.

In meiner eigenen Forschung zur sicherheitspolitischen Kultur Polens (vgl. Winter 2007, 2009) habe ich das Konzept der strategischen Kultur in modifizierter Form – als „sicherheitspolitische Kultur“ – auf den polnischen Fall angewandt. Zur Erhebung der sicherheitspolitischen Kultur wurde eine Analyse sicherheitspolitischer Normen durchgeführt, anschließend wurden die Ergebnisse in Beziehung zur GASP- und ESVP-Politik Polens gesetzt. Die Frage nach dem genaueren Zusammenhang zwischen sicherheitspolitischer Kultur und Ostpolitik Polens ist ein Desiderat dieser Vorarbeiten.

Zudem sind kürzlich auch erste Beiträge erschienen, welche die im Rahmen dieser Arbeit ebenfalls zentrale Rollentheorie auf den polnischen Fall anwenden. Wiederum steht jedoch die Frage der transatlantischen Orientierung Polens und seiner Position zur militärischen Integration der EU im Vordergrund (vgl. Frank 2008, 2011; Ziemer 2009), oder die Untersuchung wird mit einer sehr eng gefassten, nicht sicherheitspolitisch relevanten Fragestellung durchgeführt (vgl. Normann 2005). Eine erste vergleichende Studie, die Polen und Tschechien näher betrachtet, beschäftigt sich wiederum mit der Sozialisation bzw. mit dem Normentransfer zwischen NATO und den neuen Mitgliedsstaaten im Bereich zivil-militärischer Beziehungen (vgl. Frank 2010).

Die Ergebnisse der angeführten Studien legen – in Bestätigung des in zahllosen weiteren Publikationen dargelegten „Gespürs“ der meisten Polen-Experten – nahe, dass die Außenpolitik Polens maßgeblich durch bestimmte, spezifisch polnische Bedrohungsperzeptionen bzw. Sicherheitskonzeptionen motiviert wird, die durch historische Erfahrungen der letzten Jahrhunderte verursacht sind. Ein Blick auf die Geschichte Polens plausibilisiert diesen Befund: Einst die dominante Großmacht in Osteuropa, gelangte Polen-Litauen im 18. Jahrhundert immer mehr unter den Einfluss der aufstrebenden Großmächte Preußen und Russland. Diese behinderten aktiv die Modernisierung des Königreiches und teilten den zerrütteten Staat schließlich gemeinsam mit der Donaumonarchie unter sich auf. Nach dem Wiener Kongress befand sich der größte Teil Polens unter der immer repressiver werdenden russischen Herrschaft. Erst der Zusammenbruch aller drei Mächte im Ergebnis des Ersten Weltkrieges brachte Polen zurück auf die politische Landkarte. Es folgte neben den Auseinandersetzungen mit Deutschland um die Westgrenze ein polnisch-sowjetischer Krieg um die Ostgrenze, den

Polen für sich entscheiden konnte. Vielfach angeführter Kristallisationspunkt der polnischen Bedrohungsperzeptionen war schließlich der Zweite Weltkrieg, der eine erneute Aufteilung zwischen Deutschland und der Sowjetunion, den Tod eines großen Teils der Bevölkerung, Deportationen und Terrorherrschaft, die Verwüstung des Landes und schließlich die erzwungene Westverschiebung, Kommunismus und die Eingliederung in den Ostblock mit sich brachte, aus dem sich Polen erst 1989-1991 wieder befreien konnte.

Dementsprechend stellen diesbezügliche Studien grundsätzlich fest, dass Polens Sicherheitspolitik von der prekären Lage zwischen Russland und Deutschland und der Angst vor einer erneuten deutsch-russischen Zusammenarbeit zu Lasten Polens, Misstrauen gegenüber europäischen Sicherheitsgarantien und einer daraus resultierenden starken transatlantischen Orientierung sowie einem deutlichen Bestreben geprägt ist, nie wieder marginalisiert und zum Objekt von Großmachtinteressen gemacht zu werden. Die Auswirkungen dieser Orientierungen speziell auf die Ostpolitik sind jedoch auch in der vorhandenen Literatur ein eher vernachlässigtes Thema. Hierbei zeigen erste Ergebnisse insbesondere, dass der Demokratisierung Russlands und der Unabhängigkeit der zwischen Polen und Russland liegenden Staaten sowie einer Führungsrolle Polens in der EU-Ostpolitik große sicherheitspolitische Bedeutung beigemessen wird (vgl. Winter 2007: 90-94).

2.2. Konstruktivistische Studien zu Tschechien

Die konstruktivistische Literatur zur tschechischen Außen- und Sicherheitspolitik stellt eine weit größere Schwierigkeit dar, weil zur tschechischen Außenpolitik allgemein bisher nur sehr wenig in westlichen Sprachen publiziert worden ist (vgl. etwa Weichsel 2000; Pogatschnigg 2003). Auch die Sichtung tschechischsprachiger Literatur zum Thema schafft hier nur geringe Abhilfe. Ebenso wie im polnischen Falle kann festgestellt werden, dass tschechische Literatur zur Außenpolitik des Landes überwiegend historisch-deskriptiv oder politikberatend angelegt ist. Daher sind hier vor allem einführende Überblickswerke zu finden, welche allerdings die Orientierung wesentlich erleichtern (vgl. Pick/Handl 2004; Ort 2005) Vor allem im Umfeld des *Ústav mezinárodních vztahů* (Institut für Internationale Beziehungen), einem regierungsnahen Forschungsinstitut, ist in den vergangenen Jahren diesbezüglich allerdings eine Professionalisierung festzustellen. So bieten Kořan und Belko (2007) eine interessante Analyse der relevanten Akteure und Strukturen tschechischer Außenpolitik. Auch erste konstruktivistische Studien sind in der jüngsten Vergangenheit erschienen, beschäftigen sich allerdings meist nicht schwerpunktmäßig mit tschechischer Sicherheits- oder Ostpolitik, sondern mit tschechischen Diskursen über die EU (vgl. Drulák 2005; Beneš 2010). Die

wenigen, die sich mit der strategischen/sicherheitspolitischen Kultur Tschechiens auseinandersetzen, kommen ähnlich wie der Sammelband von Malinowski über erste Anfangsbetrachtungen nicht hinaus. So unternimmt Eichler (2010) einen inhaltsanalytischen Vergleich der US-amerikanischen, der europäischen und der tschechischen Sicherheitsstrategie und kommt zu dem Schluss, dass Tschechien eher dem präventiven europäischen Ansatz als dem präemptiven Ansatz der USA zuneige. Handl (2010) stellt fest, dass sich die tschechische strategische Kultur – bezogen auf die Anwendung militärischer Gewalt – nach dem NATO- und EU-Beitritt der deutschen mit ihrem „low profile“ angenähert habe, aber auch bislang noch nicht konsolidiert sei.

Auch die raren konstruktivistischen Publikationen in westlichen Sprachen beschäftigen sich nicht schwerpunktmäßig mit sicherheits- oder ostpolitischen Fragen (vgl. Zurovchak 1997). Erst kürzlich sind hierzu Publikationen erschienen. Stéphane Lefebvre (2010) untersucht das Entstehen einer tschechischen strategischen Kultur zwischen 1993 und 1998. Neben dem bereits angesprochenen Sprachproblem sind auch hier methodologische Unklarheiten, die Konzentration auf Militärpolitik und eher erste allgemeine Reflexionen als Ergebnisse festzuhalten. Zu letzteren zählen, dass in Tschechien die Lösung sozialer und ökonomischer Probleme gegenüber sicherheitspolitischen Fragen Priorität hatte, die Sicherheit der Staates als hochgradig abhängig von der Lage in Europa insgesamt betrachtet wird und in Anbetracht des geringen militärischen Potenzials ein *balancing* gegenüber Russland (durch die Westintegration) verfolgt wird. Frank (2010) untersucht den Sozialisationsprozess Polens und Tschechiens in der NATO im Bereich zivil-militärischer Beziehungen, konkret der Institutionalisierung der demokratischen Kontrolle über das Militär, und kommt vor allem zu dem Schluss, dass die Sozialisationsbemühungen der NATO in Tschechien auf deutlich weniger Interesse stießen als in Polen und die Prozesse daher mit deutlich unterschiedlicher Geschwindigkeit abliefen (vgl. Frank 2010: 378). Frank legt damit eine erste vergleichende Studie für diese beiden Länder vor, was jedoch angesichts der sehr unterschiedlichen Fragestellungen für den Zweck der vorliegenden Arbeit nur begrenzt weiterhilft.

Weitere Studien, die sich mit der tschechischen Sicherheitspolitik auseinandersetzen, fehlen noch. Konstruktivistische Untersuchungen beschäftigen sich eher mit der EU-Integration, so etwa eine Studie von Anneke Hudalla (2003), die sich auf Grundlage des *dramatic actor model* mit dem Europadiskurs und der Integrationspolitik Tschechiens auseinandersetzt. Eine für die vorliegende Arbeit inhaltlich wie methodisch hilfreiche Studie war Mats Brauns (2008) Untersuchung des tschechischen EU-Diskurses. Auch ist Tschechien Gegenstand einer Studie zur Position mitteleuropäischer EU-Staaten zur GASP (vgl. Quistorff 2008).

3. Vergleich und Fallauswahl

In Hinblick auf die Fallauswahl geht diese Untersuchung grundsätzlich von der empirisch weitgehend gesicherten Annahme einer historisch bedingten Dominanz des Sicherheitstopos in der polnischen Außenpolitik und einer großen Bedeutung aus, die in diesem Zusammenhang der Ukraine zukommt. Anstatt eine Einzelfallstudie zu erstellen, wird der postulierte Zusammenhang im Rahmen einer komparativen qualitativen Analyse anhand des polnischen und des tschechischen Falles untersucht. Die Arbeit lässt sich also in den Bereich der vergleichenden Außenpolitikforschung einordnen.

3.1. Gründe für das komparative Forschungsdesign

Eine komparative Untersuchungsanlage bedeutet zwar, bei gleichen verfügbaren Ressourcen die Fälle nicht so intensiv und detailliert untersuchen zu können, wie dies bei einer Einzelfallstudie möglich wäre. Dafür erhöht sich jedoch die theoretische Reichweite der Ergebnisse. Erst im Vergleich werden Spezifika des Einzelfalles erkennbar, und der Vergleich erlaubt belastbarere und generalisierbarere Aussagen über die postulierten Zusammenhänge als das Studium nur eines einzelnen Falles. Man kann daher sagen, dass

„[b]y comparing states faced with an analogous situation, we are able to produce a more detailed and complete picture of certain processes and trends in foreign policy. Furthermore, comparison can provide us with insights into causation (loosely defined) by going beyond description of *what* is the case to suggest *why* it is the case.“ (Aggestam 2004: 15)

Dies ist auch und gerade dann wichtig, wenn mit Konzepten gearbeitet wird, die keine einfache, direkte Kausalkette von A nach B im Sinne eines Billiardkugel-Ansatzes beinhalten, sondern – wie die Rollentheorie – postulieren, dass bestimmte, allgemeine Politiklinien wesentlich von sozialen Konstruktionen beeinflusst werden, die nur einen Handlungsrahmen abstecken, anstatt einzelne Entscheidungen detailliert vorzugeben. Insbesondere aufgrund der chronischen Schwierigkeiten, welche die Herstellung einer Verbindung zwischen ideellen Faktoren wie Kultur bzw. Rollenkonzeptionen und einem bestimmten Policy-Output mit sich bringt, kann die Anwendung der vergleichenden Methode nur gewinnbringend sein, da auf diese Weise auch einige andere Einflussfaktoren, die von alternativen Erklärungsansätzen angeführt werden könnten, im Sinne eines Most Similar Case Design (MSCD) (vgl. Przeworski/Teune 1970)

ausgeschlossen oder zumindest in ihren möglichen Auswirkungen begrenzt werden können, so dass der postulierte Zusammenhang – oder seine Abwesenheit – deutlicher hervortritt.⁵

Dabei ist darauf zu achten, dass sich der „Vergleich“ nicht in einer Aneinanderreihung von Einzelfallstudien erschöpft, sondern strukturiert und fokussiert ist. Strukturiert ist er dann, wenn festgelegte Forschungsfragen „are asked of each case under study to guide and standardize data collection, thereby making systematic comparison and cumulation of the findings of the cases possible.“ (George/Bennett 2005: 67) Es geht also darum, der Untersuchung der Fälle ein einheitliches Analyseraster zugrunde zu legen; ein Kriterium, das viele Studien der vergleichenden Außenpolitikforschung nur eingeschränkt erfüllen (vgl. Boeckle/Stahl 2003; Aggestam 2004: 21). Fokussiert ist ein Vergleich dann, wenn „it deals only with certain aspects of the [...] cases examined.“ (George/Bennett 2005: 67) Es wird also grundsätzlich keine umfassende Erklärung polnischer und tschechischer Außen- und/oder Sicherheitspolitik, sondern eine Untersuchung eines spezifischen Zusammenhangs angestrebt.

In diesem Sinne sollen die sicherheitspolitischen Kulturen und aus diesen sich ergebende sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen sowie die Rolle der Ukraine in diesem Kontext für die Fälle „Polen“ und „Tschechien“ im Rahmen eines systematischen, strukturierten und fokussierten Vergleichs untersucht werden. Die Entscheidung für eine Anzahl von zwei Fällen ergibt sich vor allem daraus, dass

- das umfangreiche Material, das für die geplante Diskursanalyse gesichtet werden muss, eine Abwägung zwischen höherer Fallzahl (Reichweite) und der Intensität der Bearbeitung jedes Falles (Tiefe) verlangt;
- aufgrund der Notwendigkeit, für eine sinnvolle Untersuchung der politischen Diskurse originalsprachliches Material zu verwenden, schlicht praktische Beschränkungen vorhanden sind. Eine Analyse etwa Ungarns, Rumäniens oder der Slowakei als dritten Fall hätte das Erlernen einer weiteren Sprache nötig gemacht.

⁵ Um einem in der „stark konstruktivistischen“ Literatur verbreiteten Missverständnis in Bezug auf ähnlich angelegte Studien vorzubeugen, sei hierbei gesagt, dass es *nicht* darum geht, im Rahmen dieses Ansatzes etwa ideelle gegen materielle Faktoren zu testen und damit zu behaupten, dass materielle Phänomene einen direkten, eigenständigen und von menschlicher Kognition unabhängigen Effekt auf menschliches Handeln haben können. Wie später noch deutlich wird, betrachte ich den Effekt materieller Phänomene grundsätzlich als durch ideelle Konstruktionen vermittelt. Allerdings erkenne ich die Notwendigkeit an, mich mit konkurrierenden Erklärungsansätzen nicht nur auf der Grundlage theoretischer und philosophischer Erörterungen, sondern auch empirisch auseinanderzusetzen. Es geht also nicht darum, dass ich mich im Rahmen meines Forschungsdesigns mit dem Erklärungspotenzial materieller versus ideeller Faktoren befasse, sondern darum, ein *Modell*, das ideellen Faktoren einen zentralen Erklärungswert zuweist, solchen *Modellen* entgegenzusetzen, die eher auf materielle Faktoren abheben und diesen (zumindest oberflächlich) einen eigenständigen Erklärungswert zugestehen. Diese Sichtweise wird also zur Erhöhung der Validität meiner eigenen Ergebnisse beim *Untersuchungsaufbau berücksichtigt*, nicht jedoch in die *theoretischen Fundamente* meiner eigenen Untersuchung *integriert*.

3.2. Die Auswahl der beiden Vergleichsfälle

3.2.1. Plausibilisierung der Arbeitshypothesen – Unterschiede zwischen den Vergleichsfällen

Tschechien bildet einen geeigneten Vergleichsfall, weil seine Ukrainepolitik als „abhängige Variable“ und seine Geschichte als ein die tschechische sicherheitspolitische Kultur mutmaßlich stark bestimmender Einflussfaktor sich deutlich von der polnischen unterscheiden.

Die weiter oben vorgestellten Hypothesen werden in ihrer komparativen Dimension zwar noch nicht von substantiellen Forschungsergebnissen gestützt, da entsprechende Studien zu Tschechien und erst recht vergleichende Untersuchungen bisher fehlen, sie können aber durch einen kurzen Blick auf die tschechische Geschichte im Vergleich zur polnischen zumindest vorläufig und grob plausibilisiert werden.

In den ersten Jahrhunderten seiner politischen Existenz war Böhmen – ebenso wie Polen – vor allem mit seinen deutschen Nachbarn konfrontiert. Nach dem Ende der Přemysliden-Dynastie mit dem Tode Václavs III. ging die böhmische Krone bald an die Luxemburger, und Prag wurde unter Kaiser Karl IV. Residenzstadt des Heiligen Römischen Reiches. Nach einem hussitischen (Jiří z Poděbrad) und jagiellonischen (Vladislav II. und Ludwig II.) Zwischenspiel fiel die Krone nach dem Untergang der ungarischen Armee bei Mohács 1526 schließlich endgültig an die Habsburger. Während des Aufstiegs des Russischen Reiches zur Großmacht war Böhmen also kein unabhängiger politischer Akteur und zudem geographisch von Russland getrennt. Anders als das sich ständig im Krieg mit dem Zarenreich befindliche Polen kam Böhmen demnach nicht direkt mit Russland als Gegner oder gar als Rivalen um regionale Hegemonie in Kontakt. Durch diese fehlende direkte Konfrontation mit russischer Vorherrschaft bildete sich zudem im 19. Jahrhundert das tschechische Nationalbewusstsein vorrangig in Abgrenzung und Konfrontation zur deutschen Bevölkerung und zum Herrschaftszentrum in Wien heraus, während die Polen mit preußischer, habsburgischer, vor allem aber russischer Unterdrückung zu kämpfen hatten. Entsprechend war der Panslawismus, in dem die russische Führung der slawischen Nationen eine wichtige Rolle spielt, in Polen wenig populär, in Böhmen dafür umso mehr (vgl. Krzoska 2009; Lemberg 2009). Nach Gründung der Tschechoslowakei in Anschluss an den Ersten Weltkrieg führte die Frage der Grenzziehungen vor allem zu Konflikten mit Österreich und Ungarn, die im Versailler Vertrag endgültig geregelt wurden. Für Polens Ostgrenze war dies nicht der Fall, da Sowjetrußland an der Konferenz nicht teilnahm. Folge war der polnisch-sowjetische Krieg.

Auch der Zweite Weltkrieg verlief für beide Länder sehr unterschiedlich. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39 war ein im Wesentlichen von Nazi-Deutschland betriebenes Geschehen, während die Besetzung Polens im September 1939 eine deutsch-sowjetische

Kooperation war. Im Vergleich zu Polen kam es im „Protektorat Böhmen und Mähren“ zu weitaus weniger Massenerschießungen, Deportationen und anderen Terrorakten, mithin zu viel geringeren Bevölkerungsverlusten, die zudem ausschließlich durch die deutschen Besatzer verursacht waren. Schätzungen bewegen sich für Tschechien bei etwa 330.000 bis 360.000 Opfern (Brenner 2009: 34), was rund 2% der Vorkriegsbevölkerung ausmachte, während in Polen 5,6 bis 5,8 Millionen Menschen ausgelöscht wurden, was etwa einem Sechstel der Bevölkerung entsprach (Materski/Szarota 2009: 29-30). Ebenso war das Gebiet des heutigen Tschechien bis kurz vor Kriegsende im Gegensatz zum teilweise völlig verwüsteten Polen kein Schauplatz von Kriegshandlungen. Während Stalin nach der Entdeckung der Katyń-Massengräber den Kontakt zur polnischen Exilregierung unter Władysław Sikorski abbrach und die Rote Armee der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes sowie der Zerstörung Warschaus durch die Wehrmacht tatenlos zusah, ja den Kampf der Heimatarmee (AK) sogar behinderte, unterhielt die tschechoslowakische Exilregierung unter Edvard Beneš zu den sowjetischen Machthabern beste Kontakte, so dass das Land mit Hilfe tschechoslowakischer Legionen befreit werden konnte. Abgesehen von der Abtrennung des im Wesentlichen von Ruthenen, Ungarn und Juden bewohnten Transkarpatiens, das der ukrainischen SSR zugeschlagen wurde, blieb das Staatsgebiet der Zwischenkriegszeit intakt, während Polen große Gebiete an die UdSSR abtreten und trotz des Zugewinns der deutschen Ostgebiete eine Verkleinerung seines Territoriums um knapp 20% und massive Umsiedlungen in Kauf nehmen musste. Etwa 1,8 Millionen Polen mussten ihre Heimat in den bis dahin polnischen Ostgebieten (*kresy*) verlassen (vgl. Ciesielski 2006: 1-75). Auch die Etablierung der kommunistischen Herrschaft verlief unterschiedlich: Polen wurde sie durch das von Moskau gebildete „Lubliner Komitee“ gegen den Willen der Bevölkerung und der Exilregierung oktroyiert, in der Tschechoslowakei war sie Resultat freier Wahlen im Jahr 1946, aus denen die Kommunisten als stärkste Kraft hervorgingen, und dem Staatsstreich eben jener tschechoslowakischen Kommunisten im Februar 1948. Erst die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 war ein offener Akt gewaltsamer Unterdrückung durch Moskau.

Während diese historischen Fakten die Annahme vorläufig plausibel erscheinen lassen, dass die sehr unterschiedliche Ukrainepolitik der beiden Länder mit unterschiedlichen Auffassungen von der sicherheitspolitischen Bedeutung Osteuropas zusammenhängt, spricht noch ein weiterer Umstand dafür, dass gerade die Zusammenarbeit mit der Ukraine für Polen ganz wesentlich einen strategischen Hintergrund hat. Insbesondere die historischen Konflikte der beiden Völker, die in den gemischt besiedelten Gebieten Galizien und Wolhynien schon 1918-1919 zu Krieg zwischen dem wiederentstandenen polnischen Staat und der neu ausgerufenen

Ukrainischen Volksrepublik führten und während des Zweiten Weltkrieges schließlich unter den Augen der deutschen Besatzer in einen äußerst blutigen Partisanenkrieg mündeten, sprächen nämlich eher gegen eine enge politische Kooperation. Insbesondere die Auseinandersetzungen 1943-1944 stellen bis heute ein schwieriges Thema in den polnisch-ukrainischen Beziehungen dar. Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und ihr militärischer Arm, die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA), die auch mit den Nationalsozialisten kollaborierte, begannen 1943, die polnische Bevölkerung in den Grenzen des geplanten ukrainischen Staates systematisch zu ermorden. Bis 1944 wurden zehntausende polnische Zivilisten von der UPA massakriert, durch Racheakte der polnischen AK kamen zwar weniger, aber ebenfalls zehntausende ukrainische Zivilisten ums Leben. Noch 1947 wurden im Rahmen der „Aktion Weichsel“ etwa 150.000 Ukrainer aus Südpolen in die ehemaligen deutschen Gebiete zwangsumgesiedelt, um Separatismus zu unterdrücken.

Dennoch entwickelte sich die Zusammenarbeit nach der Wende recht gut, obwohl nicht nur wichtige symbolische Schritte der Aussöhnung auf beiden Seiten weiterhin ausstehen, sondern von ukrainischer Seite unter anderem die Restauration polnischer Kriegsdenkmäler und Friedhöfe jahrelang behindert wurde. Das Paradox, dass die Beziehungen zur Ukraine sich wesentlich besser entwickelten als jene zu Litauen, wurde bereits im Mai 1992, nicht einmal ein halbes Jahr nach der Unabhängigkeit der Ukraine, von Bronisław Geremek in einer Debatte im polnischen Parlament angesprochen (vgl. Sejm RP 1992: Geremek).

Die historischen Erfahrungen spiegeln sich auch in den Einstellungen der Bevölkerung gegenüber den Ukrainern wieder. Noch Mitte der 1990er fanden 42 % der Polen, daß die Ukraine eine Gefahr für die territoriale Integrität Polens darstelle. Damit lag die Ukraine deutlich hinter Deutschland (56 %), aber klar vor Russland (30 %) (vgl. CBOS 1993: 4). Unter den Ländern, vor denen Polen sich ganz generell fürchten müsse, lag die Ukraine hinter den beiden großen Nachbarn auf dem dritten Platz (vgl. CBOS 1993: 3). Erst in der zweiten Hälfte der 1990er sah die polnische Bevölkerung allmählich keine nennenswerte Gefahr mehr im östlichen Nachbarn (vgl. CBOS 1997: 4).

Unabhängig von Bedrohungsperzeptionen ist ansonsten das Image der Ukrainer in der polnischen Bevölkerung schlecht bis allenfalls neutral. 1992 belegten die Ukrainer in einer repräsentativen Umfrage des polnischen Meinungsforschungsinstitutes CBOS zu Sympathie und Antipathie gegenüber anderen Völkern unter 22 Nationen den letzten Platz (vgl. CBOS 1992: 3). Noch 2003 lag die Ukraine auf der polnischen „Beliebtheitsskala“ auf Rang 24 von 28, noch hinter Russen und Juden und lediglich vor Serben, Roma, Rumänen und Arabern (vgl. CBOS 2003: 2). Selbst während der Orangen Revolution, die in Polen eine Welle der

Unterstützung für die Ukraine auslöste, deklarierten mehr Polen Antipathie (34 %) gegenüber den Ukrainern als Sympathie (29 %) (vgl. CBOS 2004: 1). Erst 2008 gibt es in der regelmäßig durchgeführten Umfrage erstmals ein leichtes (wenn auch statistisch nur gerade eben signifikantes) Übergewicht der Sympathisanten (34 % zu 31 %) (vgl. CBOS 2008: 2), seitdem hält sich das Ansehen der Ukrainer bei den Polen knapp im neutralen Bereich.

Daher ist es unplausibel, dass Polens Pro-Ukraine-Politik ihren Grund in einer historischen Verbundenheit oder traditioneller Sympathie zwischen den beiden Völkern hat. Eher ist es plausibel, dass die polnische politische Elite aus gewichtigeren Gründen den Willen aufgebracht hat, die historischen Gräben zur Ukraine zu überwinden, und trotz der gemeinsamen Geschichte gute Beziehungen zur Ukraine aufbauen konnte, was gewisse Parallelen zu den deutsch-polnischen Beziehungen aufweisen würde.

Die Beziehungen Tschechiens zur Ukraine sind hingegen nicht von historischem Ballast belastet. Das tschechische Außenministerium bezeichnet die gemeinsame Vergangenheit als „problemlos“ (MZV ČR 2007: 233), und auch in der politischen Debatte werden keine historischen „Stolpersteine“ sichtbar. Zwar gab es in Wolhynien auch eine kleine tschechische Minderheit, die im Zweiten Weltkrieg und dem polnisch-ukrainischen Bürgerkrieg zwischen die Fronten geriet (vgl. Vaculík 1998: 73-74), diese Episode spielt jedoch in den tschechisch-ukrainischen Beziehungen allenfalls eine marginale Rolle, zumal es sich um Siedler handelte, die erst Mitte des 19. Jahrhunderts aus wirtschaftlichen Gründen in Wolhynien angesiedelt und nach dem Zweiten Weltkrieg „repatriert“ wurden; das Gebiet war jenseits dessen nie von Tschechen besiedelt oder von Tschechien/der Tschechoslowakei beherrscht.

Zur Sympathie oder Antipathie der Tschechen gegenüber Ukrainern zeigen Umfragen etwa des Meinungsforschungsinstituts CVVM, dass Sympathie und Antipathie sich seit Beginn der Neunzigerjahre recht stabil die Waage halten. Die Durchschnittswerte liegen in Bezug auf die Ukrainer in der Regel nahe am Mittelwert der Skala, stets mit einer leichten Neigung zur Antipathie. Allerdings liegen die Ukrainer damit dennoch ziemlich am Ende der Rangliste, in der Regel nur vor Roma, den Bewohnern des Westbalkans und, seitdem diese einbezogen werden, Bewohner des Nahen und Mittleren Ostens (vgl. CVVM 2001a, 2005, 2012a). In den Medien werden Ukrainer im Wesentlichen mit Kriminalität, Schwarzarbeit und der „ukrainischen Mafia“ in Verbindung gebracht (Král 2007: 3-4). Gerade organisierte und sonstige Kriminalität sind diejenigen Probleme, welche die Bürger Tschechiens über die Jahre hinweg stabil am meisten beunruhigen (vgl. CVVM 2001b: 2, 2012b: 3)

3.2.2 Ausschluss weiterer Einflussfaktoren – Gemeinsamkeiten zwischen den Vergleichsfällen

Während also die Unterschiede in den historischen Entwicklungen und Erfahrungen zwischen den beiden Ländern den postulierten Zusammenhang mit den Unterschieden in den Ostpolitiken zumindest vorläufig plausibel erscheinen lassen, gibt es wesentliche Ähnlichkeiten, welche sie für ein MSCD geeignet erscheinen lassen:

- In beiden Fällen handelt es sich um (parlamentarische) Demokratien westlichen Typs;⁶ dies ist auch eine Grundvoraussetzung für die geplante Untersuchung, die auf öffentliche Debatten abzielt, wie sie in Diktaturen i.d.R. nicht stattfinden.
- Beide Länder sind ehemals sozialistische Staaten, die ab 1989 eine erhebliche politische und wirtschaftliche Transformation bewältigen mussten, welche insbesondere den wirtschaftlichen Entwicklungsstand noch immer prägt. Das Wohlstandsniveau beider Länder kann dabei, ungeachtet der Unterschiede in der Wirtschaftskraft insgesamt, als vergleichbar betrachtet werden.⁷
- Beide Länder gehören seit 1999 NATO und seit 2004 der EU an; weiterhin sind beide bis auf wenige Ausnahmen (z.B. den Ostseerat) Mitglieder derselben internationalen Organisationen und Regime, und dies i.d.R. auch gleich lange, sofern man die tschechoslowakische Mitgliedschaft bis Ende 1992 berücksichtigt.
- Beide Länder befinden sich im östlichen Mitteleuropa mit Deutschland als direktem und Russland als indirektem bzw. im polnischen Falle lediglich durch die Exklave Kaliningrad auch direktem Nachbarn. Sie liegen damit im vielfach beschworenen geopolitischen „Zwischenraum“ zwischen den weitaus größeren Staaten.
- Die Ukraine ist für beide Länder ein untergeordneter Wirtschaftspartner (vgl. S. 13).

Dass die Unterschiede zwischen den beiden Ländern – insbesondere bezüglich materieller Faktoren – den Vergleich nicht weniger sinnvoll machen, ergibt sich aus Abschnitt 1.2.

⁶ Während dies im Falle Tschechiens unstrittig ist, wird Polen auch heute noch häufig als „semipräsidentielles“ oder „parlamentarisch-präsidentielles“ System bezeichnet, (vgl. etwa Ziemer/Matthes 2010; Schäfer 2008). Da die polnische Regierung einzig dem Parlament verantwortlich ist, der Präsident also nicht das Recht hat, über die Zusammensetzung der Regierung zu entscheiden oder diese aus eigener Kompetenz zu entlassen (er hat lediglich ein Erstvorschlagsrecht für den Premierminister, es ist aber zwingend ein Vertrauensvotum des Sejms nötig), ist das polnische politische System jedoch – in jedem Falle ab 1997 – klar als parlamentarisch zu klassifizieren. Dies ungeachtet der Tatsache, dass der Präsident durchaus gewisse Kompetenzen im legislativen (suspensives Veto) und außen-/verteidigungspolitischen Bereich (z.B. Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Ernennung von Botschaftern und Generälen) besitzt. Diese sind mit jenen des tschechischen Präsidenten durchaus vergleichbar.

⁷ So liegt Tschechien in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (zu offiziellen Wechselkursen wie auch kaufkraftbereinigt) einige Plätze vor Polen, jedoch kann nicht von größeren Unterschieden die Rede sein (vgl. IMF 2009). Beim Human Development Index (HDI) liegen beide Länder fast gleichauf (vgl. UNDP 2007: 229).

4. Zur Gliederung der Studie

Die vorliegende Arbeit gliedert sich einschließlich dieser Einleitung in sechs Kapitel.

In Kapitel II werden die theoretischen Grundannahmen dargelegt, wobei ein offener Sicherheitsbegriff mit theoretischen Überlegungen zu politischer Kultur und außenpolitischen Rollenkonzeptionen zu einem Modell sicherheitspolitischer Kultur verknüpft und gegen alternative Ansätze abgegrenzt wird. Weiterhin wird der Zusammenhang zwischen sicherheitspolitischer Kultur und tatsächlichem außenpolitischem Handeln thematisiert. Im Anschluss wird mit der Diskursanalyse eine Methode zur Erhebung und Auswertung der notwendigen Daten vorgestellt und schließlich die genaue Vorgehensweise einschließlich der erhobenen Quellenmaterialien erläutert.

In Kapitel III werden zunächst grundlegende Merkmale polnischer Sicherheitskonstruktionen herausgearbeitet und wahrgenommene Bedrohungen sowie Faktoren, die in der sicherheitspolitischen Diskursformation als bedrohungsvermindernd oder -neutralisierend definiert werden, identifiziert. Dabei werden nicht nur die verschiedenen Dimensionen und „Objekte“ von Sicherheit herausgearbeitet, sondern auch miteinander konkurrierende sicherheitspolitische Diskurse. Danach wird herausgearbeitet, welche außenpolitischen Rollenkonzeptionen sich aus diesen grundlegenden Konstruktionen nationaler Sicherheit ergeben, und inwiefern ukrainepolitische Rollenkonzeptionen, die im außenpolitischen Diskurs auftauchen, hierauf bezogen werden.

In Kapitel IV wird eine analoge Analyse für den tschechischen Fall durchgeführt, die sich grundsätzlich an derselben Vorgehensweise orientieren soll, um eine Vergleichbarkeit der Untersuchungen zu gewährleisten.

Kapitel V dient der Diskussion der Analyseergebnisse, der Suche nach möglichen Erklärungsfaktoren für die festgestellten Unterschiede, die sich nicht unmittelbar aus dem sicherheitspolitischen Diskurs ergeben, und einer Reflexion des Forschungsdesigns.

Kapitel VI fasst die Ergebnisse und offene Forschungsfragen zusammen und schließt damit diese Arbeit ab.

II. Theoretischer Zugang und Methode

1. Das Forschungsprogramm der strategischen Kultur

Grundlage für das Konzept der sicherheitspolitischen Kultur ist die Forschung zur strategischen Kultur. Diese ist einer der etabliertesten Ansätze zur Erforschung des Einflusses von Kultur auf Außen- und Sicherheitspolitik. Grundsätzlich wurde diese Forschungsrichtung bereits mit den Nationalcharakter-Studien im Zweiten Weltkrieg begründet (vgl. Desch 1998: 144-145), der Begriff selbst jedoch wurde erst von Jack Snyder (1977) in einer Studie zur sowjetischen Nuklearstrategie geprägt. Bis dahin hatten die massiv vom Behaviorismus beeinflussten Disziplinen der Internationalen Beziehungen und der Außenpolitikforschung Kultur kein nennenswertes Erklärungspotenzial zugesprochen und sie allenfalls als Residualkategorie angeführt, wenn alle anderen Erklärungsversuche versagten. Was nicht erklärbar war, musste dann also an kulturellen Faktoren liegen. Thompson, Ellis und Wildavsky (1990: 128) stellen allerdings treffend fest, dass „[i]nvoking political culture in this way is little better than saying, ‚I don’t know.‘“ Kultur war also lange kein ernsthaft erwogener Erklärungsansatz in den Internationalen Beziehungen und der Außenpolitikforschung.

Daher befindet sich die strategische Kultur, auch wenn die Begriffe „Strategie“ und „Kultur“ bereits wesentlich älter sind, als analytisches Konzept noch immer in seiner „nominal infancy“ (Haglund 2009: 16). Es ist gerade 35 Jahre alt, und nur in einem Zeitraum weniger Jahre – den 1990ern – hat es eine nennenswerte theoretische Entwicklung erfahren. Deswegen gibt es noch immer keine allgemein akzeptierte Definition von strategischer Kultur, ganz zu schweigen von einem fertigen methodischen Werkzeugkasten für Forscher, die an dem Konzept interessiert sind. David Haglund (2009: 16) weist darauf hin, dass es bei der „definitiven Promiskuität“ der Begriffe „Strategie“ und (vor allem) „Kultur“ kein Wunder sei, dass der Gegenstand dieser Forschungsrichtung bis heute bemerkenswert undefiniert geblieben sei.

Als einer der einflussreichsten Forscher auf diesem Gebiet gilt Alastair Iain Johnston. Er begründete die mittlerweile gängige Unterteilung in drei Forschungs-„Generationen“ (vgl. Johnston 1995: 5). Die erste Generation der späten 1970er und frühen 1980er Jahre beschäftigte sich mit kulturellen Unterschieden zwischen den USA und der Sowjetunion in Hinblick auf die jeweilige Nuklearstrategie. Man wollte US-Entscheidungsträger darauf hinweisen, dass sie es im Falle der Sowjetunion nicht mit rationalen, ahistorischen und akulturellen Strategen zu tun hatten, die zufällig für das „Red team“ spielten (Snyder 1977: 4), sondern mit einem Gegner, der eine spezifisch sowjetisch-russische kulturelle Prägung hatte, wenn es um strategisches

Verhalten ging (vgl. Pipes 1977; Booth 1979; Gray 1981, 1986; Lord 1985; Jacobson 1990). Snyder (1977: 4) definierte strategische Kultur als

„the sum total of ideas, conditioned emotional responses, and patterns of habitual behavior that members of a national strategic community have acquired through instruction or imitation and share with each other with regard to nuclear strategy.“

Johnston lobte diesen Beitrag zur Etablierung von Kultur innerhalb der Forschung zu Strategie und Sicherheitspolitik, kritisierte jedoch – was ihn als Positivisten ausweist – diese erste Generation dafür, keine falsifizierbare Theorie oder irgendeine Art von Forschungsdesign entwickelt zu haben (Johnston 1995: 5-12). Das Konzept sei überdeterminiert (weil es alle möglichen Variablen beinhalte), gleichzeitig unterdeterminiert (eine einzige strategische Kultur sei für alles strategische Verhalten verantwortlich) sowie tautologisch (weil es das zu erklärende Verhalten als erklärenden Faktor miteinbeziehe).

Die zweite Generation, die Mitte der 1980er Jahre entstand, betrachtet strategische Kultur vor allem als Mittel zur Manipulation der Massen und postulierte einen Unterschied zwischen den Motiven, welche die Entscheidungsträger öffentlich vorbrachten, und jenen, die wirklich ausschlaggebend waren (vgl. Luckham 1984; Klein 1988). Sie blieb im weiteren einflusslos.

Die dritte Generation, die nach Ende des Kalten Krieges aufkam, vermeidet insbesondere den Determinismus der ersten und konzeptualisiert strategische Kultur als unabhängige und strategisches Verhalten als abhängige Variable. Zudem fühlt sie sich kompetitiven Theoretikern verpflichtet, was Johnston als weitere Stärke im Vergleich zu den ersten beiden identifiziert. Ein besonders einflussreicher Band wurde von Peter J. Katzenstein (1996) herausgegeben. Die Beiträge beschäftigten sich insbesondere mit der Rolle von nationaler Identität (vgl. Berger 1996) und internationalen Normen (vgl. Price/Tannenwald 1996; Finnemore 1996), enthielten aber auch Beiträge etwa zum Einfluss von Organisationskultur auf Sicherheitspolitik (vgl. Kier 1996). Zur selben Zeit begannen zudem einige Forscher, den Begriff „strategische Kultur“ wegen seines engen Fokus auf Militär- bzw. Nuklearstrategie abzulehnen und stattdessen von „Kultur nationaler Sicherheit“ (vgl. Duffield 1998) oder „politisch-militärischer Kultur“ zu sprechen (vgl. Berger 1998). Insgesamt stellten die Neunzigerjahre die Zeit der hauptsächlich theoretischen Entwicklung strategischer Kultur dar. Aus dieser Zeit stammt auch die am häufigsten zitierte und einigen Forschern zufolge „most ambitious and sophisticated“ (Haglund 2009: 18) Definition strategischer Kultur. Johnston definierte diese als

„ideational milieu which limits behavioral choices. [...] Strategic culture is an integrated system of symbols (e.g. argumentation structures, languages, metaphors) which acts to establish pervasive and long-lasting strategic preferences by formulating concepts of the role and efficacy of military force in interstate political affairs, and by clothing these

conceptions with such an aura of factuality that the strategic preferences seem uniquely realistic and efficacious.“ (Johnston 1998: 46)

Johnston zufolge besteht strategische Kultur aus einem zentralen Paradigma – Annahmen über die Natur der strategischen Umgebung – sowie Annahmen auf einer stärker operativen Ebene, welche die Optionen für den Umgang mit Bedrohungen betreffen. Deutlich wird bei ihm auch, dass strategische Kultur Verhalten beeinflusst, aber nicht im Detail determiniert. Zentral ist für ihn die Trennung von Kultur und Verhalten, um die Falsifizierbarkeit der Theorie zu erreichen oder zumindest andere Variablen überhaupt von strategischer Kultur unterscheiden zu können. Weiterhin nimmt er an, dass es Überlappungen von strategischen Kulturen verschiedener Staaten sowie strategische Subkulturen innerhalb von Staaten geben kann. Kultur wird also nicht essentialistisch im Sinne eines „Nationalcharakters“ verstanden.

Diese Auffassung strategischer Kultur rief Vertreter der „ersten Generation“ auf den Plan, was zur bis heute zentralen Theoriedebatte führte, die Johnston mit Colin Gray 1999 in der *Review of International Studies* austrug. Gray argumentierte, dass man strategische Kultur und strategisches Verhalten nicht als unabhängige und abhängige Variablen trennen könne, weil Kultur den „Kontext“ von Strategie darstelle und es einen stetigen „Verkehr“ zwischen Kultur und Verhalten gebe (vgl. Gray 1999). Er betrachtet alles strategische Verhalten als kulturelles Verhalten und ist der Ansicht, dass diese Einheit zwischen kulturellem Einfluss und Politik „denies the existence of the boundaries needed for the study of cause and effect.“ Stattdessen solle strategische Kultur behandelt werden als „the context that can provide understanding of what behaviour means.“ Er postuliert allerdings auch, dass Sicherheitsgemeinschaften sich in einer Weise verhalten können, die ihrer strategischen Kultur massiv widerspricht, weswegen Johnston antwortete, dass Grays Argumentation wolkig und tautologisch sei und dass dessen Weigerung, Kultur und Verhalten analytisch zu trennen, es unmöglich mache, herauszufinden, was dann für solches Verhalten verantwortlich sei:

„His approach is, at base, to say that everything matters and everything is connected to everything else. I don't see why it clarifies things to say that an action is influenced by an amorphous cultural context that includes, among other things, the class of action itself. A tautology is a tautology, whether or not it is wrapped in some ‚holistic‘ faux anti-positivism.“ (Johnston 1999: 520)⁸

Zudem waren sich die beiden uneins, ob strategische Kultur national-territorial gebunden sein sollte (Gray), oder ob man die Möglichkeit multipler strategischer Kulturen innerhalb und zwischen Staaten annehmen sollte (Johnston). Diese Debatte spiegelt im Wesentlichen die

⁸ Regelrecht gehässig kommentiert David Haglund (2009: 20) in diesem Zusammenhang Grays – vielleicht tatsächlich etwas verunglückten – Satz „culture is as culture does.“ Haglund zufolge gibt es „an ineradicable Forrest Gump aspect to Gray's use of strategic culture as context rather than causality.“

sozialwissenschaftliche Spaltung von Positivisten und Interpretivisten wider, zwischen Vertretern des „Erklärens“ und jenen des „Verstehens“ – eine Unterscheidung, die samt meiner eigenen Positionierung noch näher erläutert wird, aber grundsätzlich auch überzeichnet werden kann.

Man könnte argumentieren, dass kürzlich eine vierte Generation auf den Plan getreten ist, die sich mit der möglichen Entstehung einer europäischen strategischen Kultur beschäftigt (oder zumindest mit einer Konvergenz strategischer Kulturen innerhalb der EU) (vgl. Rynning 2003; Hyde-Price 2004; Cornish/Edwards 2001, 2005; Giegerich 2006; Meyer 2006). Alles in allem war jedoch die Gray-Johnston-Debatte die letzte wirklich einflussreiche Diskussion zur Theorie der strategischen Kultur. Es wird beklagt, dass seitdem „theory-driven debate on the subject has largely ceased.“ (Wilke 2007: 10) In den vergangenen Jahren gab es stattdessen eine Vielzahl an Fallstudien zu dem Thema (vgl. Howlett 2005; Johnson/Kartchner/Larsen 2009), wobei viele Autoren sich ohne wirklich überzeugende Argumente einfach der Position Grays oder jener Johnstons anschließen (vgl. Meyer 2006: 19-20), einige die Theorie erst gar nicht diskutieren (vgl. Longhurst/Zaborowski 2007) oder lediglich die bisherige Entwicklung nacherzählen (vgl. Sondhaus 2006: 1-13) und andere sich in intensiven Beschreibungen ergehen, die interessant sind, aber den Leser mit der Frage zurücklassen, was diese mit irgendeiner Konzeption strategischer Kultur zu tun haben sollen (vgl. Cornish/Edwards 2001, 2005). Das bedeutet nicht, dass es keine Autoren gibt, die sich mit Theorieentwicklung beschäftigt hätten (vgl. Longhurst 2004; Wilke 2007; Hiuyun 2007). Allerdings stehen die vorgebrachten Vorschläge oftmals eher unverbunden nebeneinander. Die Studien der letzten Jahre haben demnach zwar wertvollen empirischen Ertrag gebracht, auf theoretischer Ebene kann man jedoch sagen, dass das Bild einer „atomized research agenda“ (Hoffmann/Longhurst 1999: 31), die „disorganised and non-cumulative“ (Poore 2003: 283-284) ist, noch immer Gültigkeit hat.

Diese Schwächen haben auch damit zu tun, dass man sich zwar der Schwierigkeit, ein Phänomen wie Kultur zu definieren, zu operationalisieren und es mit Verhalten in Verbindung zu bringen, bewusst ist, andererseits aber kurioserweise oft kaum auf Forschungsliteratur zu verwandten Ansätzen der Außenpolitikforschung, ja oftmals nicht einmal auf jene zur politischen Kultur zurückgreift. Selbst auf der Forschung zur strategischen Kultur wird konzeptionell oft nur begrenzt aufgebaut (Ausnahmen sind der Katzenstein-Band und vor allem die Gray-Johnston-Debatte). Stattdessen wird nach einer Zusammenfassung der Theorieentwicklung vielfach versucht, das Rad neu zu erfinden, und so werden neue „eigene“ Vorschläge unterbreitet, wie strategische Kultur zu konzeptionalisieren und zu erfassen ist. Oft

wird dabei zudem methodisch wenig transparent gearbeitet.⁹ Gerade auch der methodologische Aspekt ist in dieser Forschungsrichtung noch deutlich unterentwickelt.

In letzter Zeit haben einige Forscher sich zur Operationalisierung strategischer Kultur wieder stärker auf Normen bezogen (vgl. Keating 2004; Mirow 2009) oder Rollenkonzeptionen mit dem Konzept der strategischen Kultur verbunden. Giegerich (2006) ist bislang der einzige, der strategische Kultur und Rollenkonzeptionen verbindet, allerdings dient die Rollentheorie in seiner Arbeit nur einer groben Klassifikation und ist nicht das zentrale Analyseinstrument.

Eben letztere Möglichkeit wird in dieser Untersuchung genutzt, um ein in anderen Zusammenhängen bereits erprobtes, jedoch in diesem Forschungsprogramm bisher weitgehend ignoriertes Analyseinstrument für die Erfassung strategischer bzw. sicherheitspolitischer Kultur nutzbar zu machen. Inhaltlich rücke ich dabei von der *strategischen* Kultur ab und ziehe den Begriff *sicherheitspolitische Kultur* vor. Dies liegt am starken Schwerpunkt des ersten Begriffes auf der Frage militärischer Gewaltanwendung. Allerdings ist es, auch wenn solche Untersuchungen sinnvoll sein mögen und in Anbetracht der Geschichte des Strategiebegriffs auch weiterhin unter dem Etikett „strategische Kultur“ firmieren sollten, zumindest ebenso sinnvoll, diesen eine breitere Perspektive zur Seite zu stellen, die den Blick darauf lenkt, was Staaten überhaupt als Sicherheitsproblem wahrnehmen und wie sie darauf reagieren, ohne sich von vornherein auf den Aspekt militärischer Gewalt oder gar allein auf Massenvernichtungswaffen (vgl. Johnson/Kartcher/Larsen 2009) zu beschränken. Dementsprechend wähle ich zur Bearbeitung meiner Fragestellung einen Zugang, der helfen soll, zu erfassen, was Staaten überhaupt unter Sicherheit verstehen, welche Bedrohungen sie für ihre Sicherheit sehen und wie sich für sie in dieser Hinsicht sinnvolle Verhaltensoptionen darstellen.

Ein weiteres Problem des Begriffes der strategischen Kultur ist ihre Wandelbarkeit. Einige Forscher wie Snyder (1977) oder Johnston (1998) behandeln strategische Kultur als Quasi-Konstante.¹⁰ Zwar gehen andere Forscher stärker davon aus, dass strategische Kultur sich auch wandeln kann, in der Regel wird jedoch selten nachvollziehbar dargelegt, wie dies geschieht. Die Ausführungen hierzu beschränken sich häufig auf den – meist anhand der deutschen Niederlage von 1945 belegten – Hinweis, dass „Schocks“ zu tiefgreifenden Veränderungen führen können, während diese sich sonst nur sehr langsam abspielen (vgl. Macmillan/Booth/Trood 1999: 12-13; Longhurst 2004: 18).

⁹ Das ist allerdings ein allgemeines Problem bei vielen konstruktivistisch orientierten Studien, vgl. hierzu Ulbert (2005: 27).

¹⁰ Johnston (1998) etwa zieht zur Untersuchung der chinesischen strategischen Kultur die Sieben Militär-Klassiker heran – diese stammen bis auf eine Schrift, einen Dialog zwischen Kaiser Tang Taizong und General Li Weigong, ausnahmslos aus der Zeit vor Christi Geburt.

Im Folgenden lege ich dar, wie sich auf konstruktivistischer Grundlage das Konzept der politischen Kultur, ein offener Sicherheitsbegriff und der Begriff der nationalen Rollenkonzeption zu einem Modell sicherheitspolitischer Kultur verknüpfen lassen, bevor ich mit der wissenssoziologischen Diskursanalyse einen Vorschlag zur methodischen Erfassung einbringe, der einerseits der Notwendigkeit eines hermeneutischen Zugangs, andererseits jener einer methodischen Kontrolle und Nachvollziehbarkeit der Analyseschritte gerecht wird. Ein wesentlicher Vorteil der diskursanalytischen Perspektive liegt in der Bewältigung der zum Teil schwindelerregenden Fülle an möglichen Faktoren, die strategische bzw. sicherheitspolitische Kultur ausmachen oder beeinflussen sollen.¹¹

2. Konstruktivistische Eckpunkte

Während die Ansätze, die unter dem Begriff „Konstruktivismus“ zusammengefasst werden, einiges gemeinsam haben, unterscheiden sie sich jedoch zum Teil erheblich voneinander, weswegen mittlerweile allgemein die Ansicht vertreten wird, dass man überhaupt nicht von „dem“ Konstruktivismus sprechen kann (vgl. Fearon/Wendt 2003; Checkel 2004). Dies zwingt den Forscher, zu erklären, was genau gemeint ist, wenn eine Arbeit als „konstruktivistisch“ bezeichnet wird.

Praktisch alle Konstruktivisten können sich auf einige grundlegende ontologische Sachverhalte einigen und betonen die Bedeutung immaterieller oder ideeller Faktoren wie Werte, Normen, Identitäten und ähnlichem für politisches Handeln. Der Ausgangspunkt konstruktivistischen Denkens ist der, dass die soziale Welt aus Fakten besteht, die „only by human agreement“ (Searle 1995: 1) Fakten darstellen. Soziale Strukturen als solches in sozialen, kollektiven Beständen abgelegtes Wissen werden von den Akteuren geschaffen, die wiederum von den Strukturen, die sie selbst erzeugt haben, konstituiert und in ihrem Handeln begrenzt werden (vgl. Berger/Luckmann 1966; Giddens 1984; Wendt 1999). Hieraus folgt, dass nach konstruktivistischer Auffassung Ideen nicht nur „beliefs held by individuals“ (Goldstein/Keohane 1993: 3) sind,¹² welche die Handlungen dieser Individuen beeinflussen, sondern *kollektives* oder *intersubjektives* Wissen, das die soziale Realität definiert und nicht auf individuelle Kognition reduziert werden kann. Akteure und soziale Strukturen konstituieren

¹¹ Vgl. für eine Sammlung möglicher Einflussfaktoren etwa Lantis (2009: 39-41).

¹² Seltsamerweise wird diese Definition oftmals als „die“ gültige Definition von Ideen herangezogen und völlig übersehen, dass ein großer Unterschied zwischen der bei Goldstein und Keohane dargestellten rationalistischen Auffassung von Ideen und dem Begriff im konstruktivistischen Paradigma besteht.

sich gegenseitig, sie sind kodeterminiert, was den Konstruktivismus von herkömmlichen Akteurs- oder Strukturtheorien unterscheidet.

Die Betonung immaterieller Faktoren bedeutet nicht, dass materielle Faktoren nicht existent oder unwichtig sind (im Sinne der Frage, *ob* sie einen Einfluss besitzen), sondern nur, dass ihre Auswirkungen auf soziales Handeln (im Sinne der Frage, *welchen* Einfluss sie besitzen) grundsätzlich durch ideelle bzw. soziale Konstruktionen vermittelt werden. Mit anderen Worten: Akteure handeln gegenüber materiellen Objekten und anderen Akteuren auf der Grundlage einer sozial konstruierten Bedeutung, welche diesen Objekten oder Akteuren zugeschrieben wird (vgl. Wendt 1999: 93-138). Inwiefern identische oder ähnliche materielle Phänomene abhängig von ihrer sozialen „Aufladung“ sehr unterschiedlich wahrgenommen werden können, zeigt sich etwa daran, dass nicht existente iranische Kernwaffen, welche zudem gegenwärtig nicht einmal in die Nähe der Grenzen Deutschlands verbracht werden könnten, diplomatische Anstrengungen von deutscher Seite auslösen, um eine Materialisierung dieses Szenarios zu verhindern, während das Angebot des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, nach dem Deutschland eine teilweise Kontrolle über die französische *force de frappe* eingeräumt werden sollte, bei Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzlerin Angela Merkel auf Ablehnung stieß (SPON 15.9.2007). Insofern lässt sich sagen, dass von einem so verstandenen Konstruktivismus

„weder die Widerständigkeit von Wirklichkeit noch die unabhängig von Sinnzuweisungen bestehende Existenz von physikalischen Phänomenen und Prozessen geleugnet, wohl aber die Zulässigkeit eines naiven Objektivismus bestritten [wird], der die *Herstellung* von Fakten ausblendet und bei seiner Berufung auf deren Geltung übersieht, welche Bedeutungs-Unterstellungen er immer schon voraussetzt.“ (Keller 2008: 271, Hervorhebung im Original)

Es wäre falsch, zu behaupten, dass rationalistische Theorien immaterielle Faktoren gar nicht berücksichtigen oder dies theorieimmanent gar nicht könnten.¹³ Auch wenn die Bedeutung materieller Variablen oft in den Vordergrund gestellt wird, gehen rationalistische Theorien davon aus, dass immaterielle Faktoren großen, ja gar zentralen Einfluss besitzen – die Anarchie im internationalen System ist ein wesentliches Beispiel, ebenso wie unterschiedliche Formen von Regeln in institutionalistischen Ansätzen. Auch wird, wie bereits erwähnt, implizit von einer bestimmten Bedeutung materieller wie immaterieller Phänomene für die Akteure ausgegangen. Was konstruktivistische Ansätze von rationalistischen unterscheidet, ist, dass sie immaterielle Variablen explizit problematisieren, anstatt sie einfach als gegeben zu

¹³ Für eine interessante Diskussion über die Grenzen der Dichotomisierung von Rationalismus und Konstruktivismus vgl. Fearon/Wendt (2003).

betrachten und bestimmte Bedeutungen a priori vorauszusetzen. Anstatt vor dem Hintergrund konstanter, exogen vorgegebener Interessen, Bedeutungszuweisungen etc. und der Annahme einer instrumentellen Rationalität eigennütziger Akteure die Auswirkungen bestimmter, oftmals materieller Faktoren zu untersuchen, nehmen Konstruktivisten die immateriellen Faktoren selbst unter die Lupe und postulieren ihre Kontingenz und Wandelbarkeit. Wie immaterielle Faktoren – im Rahmen dieser Arbeit also vor allem Konstruktionen nationaler Sicherheit und Rollenkonzeptionen – entstehen, sich wandeln und politisches Handeln beeinflussen, ist daher das zentrale Forschungsfeld von Konstruktivisten.

Während diese generell die Rolle von Ideen im sozialen Leben betonen und die sozial konstruierten Akteure und Strukturen problematisieren, ist dieser „ontologische Kern“ (Risse 2003: 105) praktisch alles, was sie eint. Es gibt keine gemeinsame Epistemologie oder Methodologie für alle Konstruktivisten. Während grundsätzlich „das ganze Spektrum positivistischer, de- und rekonstruktiver Methoden sowohl in Form quantitativer als auch qualitativer Verfahren Anwendung [findet]“ (Ulbert 2005: 24) und eine Einteilung anhand von Methoden nur schwerlich möglich ist, werden die verschiedenen konstruktivistischen Strömungen häufig anhand epistemologischer Unterschiede geordnet. Relativ weit verbreitet ist dabei die Einteilung in:

- konventionelle Konstruktivisten (die eine positivistische Epistemologie vertreten),
- interpretivistische Konstruktivisten (die den Positivismus ablehnen, aber dennoch dem wissenschaftlichen Realismus anhängen und sich stärker auf die im konventionellen Konstruktivismus vernachlässigte Rolle der Sprache konzentrieren) und
- kritische, radikale oder postmoderne Konstruktivisten (die sowohl Positivismus als auch wissenschaftlichen Realismus ablehnen und eine normative Dimension hinzufügen; meist dient dies der Aufdeckung sozialer/diskursiver Machtstrukturen) (vgl. Fearon/Wendt 2003; Ulbert 2005; Checkel 2006).

Die vorliegende Arbeit kann nicht an einem einzigen Ort dieses Spektrums verortet werden, sondern nimmt sowohl eine positivistische als auch eine interpretative Perspektive ein. Das muss nicht unbedingt eine „Inkonsistenz“ (Stahl 2006: 23) sein. Beide Perspektiven lassen sich durchaus sinnvoll kombinieren, sofern man sie auf unterschiedliche Erkenntnisinteressen anwendet.

Im Rahmen der von Hollis und Smith (1990) in die Internationalen Beziehungen eingeführten Unterscheidung zwischen „Erklären“ und „Verstehen“ lässt sich die interpretative Perspektive

dem Verstehensansatz zuordnen. Hier wird eine Innenperspektive eingenommen, aus der die Beschaffenheit der sozialen Realität in beiden Ländern erschlossen werden soll. Bestimmte Eigenschaften sozialer Kollektive sollen so unter Bezugnahme auf die Strukturen und Prozesse erschlossen werden, die der Existenz dieser Eigenschaften zugrunde liegen, also für diese nicht kausal, sondern konstitutiv verantwortlich sind. Hier steht weniger die Frage nach dem „Warum?“, sondern jene nach dem „Wie ist das möglich?“ im Vordergrund. Dies ist die Perspektive, aus welcher das Phänomen der sicherheitspolitischen Kultur und damit verbundener Rollenkonzeptionen untersucht werden soll.

Die positivistische Perspektive lässt sich hingegen dem eher deduktiv-nomologischen Erklärensansatz zuordnen. Dabei werden die Untersuchungsgegenstände aus einer Außenperspektive betrachtet und versucht, Erklärungsmuster im Sinne von Ursache-Wirkungs-Beziehungen herauszuarbeiten. Dies ist die Perspektive, aus welcher letzten Endes die Ergebnisse der Analyse zum tatsächlichen Policy-Output in Verbindung gesetzt werden, der in der Einleitung beschrieben wurde. Hier wird also aus einer Außenperspektive heraus betrachtet, wie sich das ukrainepolitische Verhalten beider Staaten bzw. ihrer außenpolitischen Entscheidungsträger darstellt und ob sich ein Zusammenhang zu den festgestellten – und *in diesem Schritt* als gegeben betrachteten – ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen herstellen lässt. Somit steht hier die Frage nach dem „Warum?“ von Politiklinien im Vordergrund.¹⁴

Es soll also einerseits aus einer Innenperspektive die Konstruktion von Rollenkonzeptionen „verstehend“ untersucht werden, andererseits aber aus einer positivistischen, „erklärenden“ Außenperspektive das Verhalten Polens und Tschechiens betrachtet und auf einen möglichen Wirkungszusammenhang mit diesen Rollenkonzeptionen untersucht werden. Meines Erachtens können beide Perspektiven trotz ihrer unterschiedlichen epistemologischen Annahmen dadurch, dass man sie auf unterschiedliche Erkenntnisinteressen anwendet und die Ergebnisse zueinander in Beziehung setzt, fruchtbar miteinander kombiniert werden, ohne dass dadurch ein „Theorienmischmasch“ (Stahl 2006: 23) entsteht. Dies ist auch schlicht notwendig, da sich unweigerlich die Frage nach der Relevanz des „Verstandenen“ stellt.

¹⁴ Das bedeutet nicht, dass einfache, eindeutige Ursache-Wirkungs-Beziehungen angenommen werden. Rollenkonzeptionen geben Verhaltensrahmen vor und schaffen zusammen mit anderen Bedingungen einen Kontext für Handlungen. Wie diese exakt zusammenspielen und schließlich – letzten Endes im menschlichen Gehirn – zu Entscheidungen führen, ist derzeit ebenso unmöglich festzustellen, wie man die Kräfte, die zwischen zwei kollidierenden Billiardkugeln wirken, direkt beobachten kann. Insofern muss man Joerßen und Stahl (2003b: 404) zustimmen, dass das zur Entscheidungstheorie noch fehlende Band zwischen Diskurs und Entscheidung (zumindest derzeit noch) „unendlich schwer“ zu erzeugen ist. Wenn sich aber feststellen lässt, dass Rollenkonzeptionen gemäß der dargelegten theoretischen Annahmen regelmäßig mit entsprechenden außenpolitischen Linien korrelieren und es auch Hinweise auf einen tatsächlichen Einfluss der Rollenkonzeptionen gibt, können wir dennoch annehmen, dass wir eine – zumindest teilweise – Erklärung für dieses Verhalten gefunden haben.

3. Sicherheitspolitische Kultur und sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen

Im Folgenden lege ich zunächst mein grundlegendes Verständnis von politischer und sicherheitspolitischer Kultur dar, bevor ich hierauf aufbauend nationale Rollenkonzeptionen als zentrale Analysekategorie einführe.

3.1. Politische Kultur

Der Begriff der politischen Kultur wurde von Gabriel A. Almond (1956) in die Politikwissenschaft eingeführt und einige Jahre später mit einer von ihm und Sidney Verba (Almond/Verba 1963) verfassten Fünfländerstudie endgültig etabliert. Der Versuch, politische Kultur zu definieren, führte schnell zu einer kaum noch zu überschauenden Anzahl an Vorschlägen. Dasselbe gilt für den methodologischen Aspekt. So bemerkt Berthold Löffler (2003: 127), dass das Problematische am Konzept der politischen Kultur sei, „daß es gar kein Konzept der politischen Kultur gibt. Allenfalls gibt es verschiedene Ansätze.“

Völliges Chaos herrscht dennoch nicht. Die Forschung zur politischen Kultur teilt sich grob in zwei Richtungen auf. Einerseits gibt es den auf Gabriel Almond zurückgehenden Ansatz. Almond selbst definiert politische Kultur wie folgt:

„Political culture theory defines political culture in these ways:

- (a) political culture is the set of subjective orientations to politics in a national population, or a sub-set of a national population;
- (b) political culture has cognitive, effective [sic!] and evaluative components (it includes knowledge and beliefs about political reality, feelings with respect to politics and commitments to political values);
- (c) the content of political culture is the result of childhood socialization, education, media exposure and adult experiences with governmental, social and economic performance;
- (d) political culture affects political and governmental structure and performance; it constrains it, but surely does not determine it. The casual [sic!] arrows between culture and structure and performance go both ways.“ (Almond 1993: 15)

Die zweite Strömung hat sich in Kritik an einigen zentralen Aspekten dieses Ansatzes herausgebildet. Demnach ist ein grundsätzliches Problem der Almond'schen Auffassung von politischer Kultur ihr subjektives bzw. akteursorientiertes Kulturverständnis und die darauf beruhende Verwendung von Umfragedaten. Zwar kann politische Kultur ohne individuelle Subjekte als Träger nicht existieren, dennoch ist sie – wie etwa auch Sprache, die ebenfalls auf Individuen als Träger angewiesen ist – kein individuelles, sondern ein kollektives, ein soziales Phänomen (vgl. Rohe 1994: 163), das dem Einzelnen als historisch gewachsener, „objektiv-

geistiger Strukturzusammenhang“ (Mannheim 1964: 414) gegenübertritt. Damit ist gemeint, dass politische Kultur zwar immer wieder aufs neue den individuellen Trägern vermittelt werden muss, aber „nicht jeweils von Grund auf neu erfunden wird, sondern [...] bereits vorgefunden wird“ (Rohe 1994: 164). Das bedeutet jedoch nicht, dass politische Kultur unverrückbar feststeht, sie kann von ihren Trägern auch (bewusst oder unbewusst) verändert werden. In diesem Sinne kann politische Kultur als Teil der sozial konstruierten (objektivierten) Wirklichkeit im wissenssoziologischen Sinne verstanden werden, als sozialer Wissensbestand, der von Akteuren konstruiert und von „Nachgeborenen“ als objektive Realität erlebt und reproduziert wird, aber auch verändert werden kann (vgl. Berger/Luckmann 1966: 63-146).¹⁵ Hierdurch relativiert sich auch der Wert von Umfragedaten, die auf der Ebene des Individuums ansetzen. Abgesehen vom Problem des individualistischen Fehlschlusses, also des problematischen Schließens von Daten über Individuen auf Eigenschaften von Kollektiven, muss Rohe zufolge der soziale Verpflichtungscharakter von Kultur stärker erfasst werden, als es die Umfrageforschung zu leisten vermag. Um den Kern politischer Kultur zu erfassen, sei es notwendig, herauszufinden, „welche Tabus in einem sozialen Verband existieren, wie die Beweislastregeln funktionieren, also was ‚man‘ eigens begründen und rechtfertigen muss und welche Argumente und Handlungen wie selbstverständlich ohne Begründung durchgehen“ (Rohe 2003: 114), da das Mehrheitliche nicht eo ipso auch das Maßgebliche sei. Ronald L. Jepperson und Ann Swidler weisen etwa darauf hin, dass die dominante öffentliche Kultur im mittelalterlichen Europa zwar christlich, die „Kultur“ auf einer individuellen Ebene (etwa jener der Bauern) aber heidnisch und synkretistisch gewesen sei. Die Erhebung und Aggregation individueller Orientierungen mittels Umfragen würde in diesem Falle „not produce a representation of the dominant public culture.“ (Jepperson/Swidler 1994: 365) Daraus folgt auch, dass Kultur, um Handlungen zu beeinflussen, nicht unbedingt von den Individuen internalisiert werden muss. Kultur im kollektiven Sinne kann auch dann für das Handeln eines Akteurs maßgeblich sein, wenn sie dessen individuellen Akteurspräferenzen widerspricht, wie etwa Audie Klotz anhand der Wirkung globaler Normen auf die US-Sanktionspolitik gegenüber dem Apartheidregime Südafrikas feststellte (vgl. Klotz 1995). Kultur kann demnach die Verfolgung individueller Interessen (deren Existenz nicht geleugnet wird) durch Akteure verhindern, hemmen oder bestimmte Wege vorzeichnen, auf denen diese Interessen realisiert werden können. Andreas Dörner (2003: 593) bringt es verbal auf den Punkt:

¹⁵ Für einen ausführlichen Überblick über die konzeptionelle Entwicklung des Begriffes der politischen Kultur vgl. Schuppert (2008: 3-80).

„Politische Kultur definiert den Raum des Sagbaren und dadurch auch den Raum des Machbaren, weshalb verschiedene Kulturen, die durchaus vergleichbare institutionelle Arrangements und ähnliche politische Systemstrukturen aufweisen, in den Problemlösungen gleichwohl große Unterschiede aufweisen können.“

Zudem wird kritisiert, dass der Ansatz nach Almond und Verba lediglich über Umfragen erhebbare, oberflächliche Einstellungen und Meinungen gegenüber politischen Systemen messe und bezüglich des historisch gewachsenen, nicht oder nur halb bewussten und damit schwer „abfragbaren“ Kerns politischer Kultur – das, was selbstverständlich ist und nicht eigens begründet werden muss – auf systematische Erkenntnisgrenzen stoße (vgl. Wehling 1993: 92; Rohe 2003: 114). Ein Einstellungswandel (z.B. sinkende Akzeptanz eines politischen Systems) ist demnach nicht gleichbedeutend mit einem Kulturwandel, sondern kann auch aufgrund eines Wandels äußerer Umstände (z.B. verminderte Leistungsfähigkeit des Systems) stattfinden. Daher ist Rohe zufolge nicht nur nach Einstellungen zu fragen, sondern auch nach „Wahrnehmungsmustern und Beurteilungsmaßstäben, die solchen Einstellungen zugrundeliegen.“ (Rohe 2003: 112) Es gehe um Grundannahmen im Sinne von Maßstäben, „an Hand derer Politik wahrgenommen, interpretiert und beurteilt wird“, sowie um damit verknüpfte operative Ideen im Sinne von „Wissen darüber, wie Probleme angegangen werden, welche ‚Antworten‘ sich in der Vergangenheit bewährt haben und welche nicht und wie man öffentlich reden und auftreten muss, wenn man politisch erfolgreich sein will.“ (Rohe 2003: 112) Kultur sei

„so etwas wie eine kollektive Theorie des Politischen [...], mit einer spezifischen Sicht politischer Grundprobleme und entsprechenden ‚Antworten‘ oder ‚Lösungen‘, die nicht zuletzt die historischen Krisenerfahrungen des jeweiligen Kollektivs spiegeln.“ (Rohe 1987: 40)

Von Rohe stammt auch die Unterscheidung zwischen politischer Sozio- und Deutungskultur (vgl. Rohe 1994: 168-171). Dabei bezeichnet der Begriff der Soziokultur das „fraglos Hingenommene“, den Bereich unhinterfragter Selbstverständlichkeiten, während der Begriff der Deutungskultur die Ebene der Reflexion über Soziokultur beschreibt. Deutungskulturen thematisieren also Elemente der Soziokultur, sei es in problematisierender oder in affirmativer Weise. Auf dieser Ebene findet demnach die (Re-)Konstruktion politischer Kultur statt.

Trotz anhaltender Auseinandersetzungen um den Begriff der politischen Kultur hat sich die Sichtweise von Kultur als kollektivem Phänomen mittlerweile auf breiter Front durchgesetzt, und zwar nicht nur in der Politikwissenschaft, sondern auch in der Soziologie und benachbarten Wissenschaften. Statt mit dem Innenleben von Individuen und ihrer Sozialisation beschäftigt man sich nun stärker mit den Strukturen, in die Akteurshandeln eingebettet ist. „Die

handlungsrelevanten Elemente von Kultur sind dann nicht intern angesiedelte Werte, Weltbilder oder Bedeutungszuweisungen, sondern Diskurse, Institutionen, Symbole und sozial organisierte Praktiken.“ (Jetschke/Liese 1999: 291) Vermieden werden sollte es dabei allerdings, den umgekehrten Fehler zu begehen und einen allzu strukturlastigen Begriff von Kultur zu wählen, der die Akteure hinter der Struktur verschwinden lässt: „A plausible theory of political culture must not turn the individual into an automaton, passively receiving and internalizing political norms.“ (Thompson/Ellis/Wildavsky 1990: 218) Denn die Akteure, welchen durch die politische Kultur bestimmte Denk- und damit Handlungsräume verschlossen, andere aber überhaupt erst eröffnet werden, konstituieren und perpetuieren wiederum diese politische Kultur, können sie aber auch verändern. Akteure und Kultur sind demnach kodeterminiert.

Die Frage politischer Subkulturen

Da die Nationalcharakterstudien nicht nur Vorläufer der Forschung zur strategischen, sondern auch zur politischen Kultur waren, wird beides noch immer sehr häufig als national-territorial gebunden und homogen betrachtet. Doch auch wenn der Untersuchungsrahmen in der Regel der Nationalstaat ist, muss ersteres nicht der Fall sein: „The tendency to attach culture to nations persists despite strong evidence suggesting that variation in political attitudes and values within countries is often greater than those between countries.“ (Thompson/Ellis/Wildavsky 1990: 219)

Wie bereits Almonds (1993: 15) Definition deutlich macht, kann es auch politische Kulturen von „sub-set[s] of a national population“ geben, anders ausgedrückt: politische Teil- oder Subkulturen.¹⁶ Erkennbar wird das etwa im Rahmen nationaler Einigungsprozesse wie der deutschen Wiedervereinigung, in denen sich erst nach und nach eine „nationale“ politische Kultur herausbildet (vgl. etwa Greiffenhagen/Greiffenhagen 1993; Rütter 1995). Gruppen unterhalb der Ebene der Gesamtbevölkerung können politische Teilkulturen herausbilden, welche sich zu weiten Teilen mit der politischen Kultur der übrigen Bevölkerung überschneiden können, so dass diese Teile als Elemente einer gesamtgesellschaftlichen oder nationalen politischen Kultur aufgefasst werden können. Die Teilkultur kann sich aber auch in wesentlichen Merkmalen von der „Mehrheitskultur“ unterscheiden oder ihr sogar diametral

¹⁶ So beschäftigt sich im Rahmen des von Dirk Berg-Schlosser und Ralf Rytlewski (1993) herausgegebenen Sammelbandes „Political Culture in Germany“ ein ganzer Buchteil mit insgesamt vier Aufsätzen ausschließlich mit politischen Subkulturen in Deutschland. Auch im „Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland“ von Greiffenhagen und Greiffenhagen ist regionaler/lokaler politischer Kultur ein eigener Eintrag gewidmet, vgl. Wehling (2002).

gegenüberstehen. In diesem Extremfall wäre dann Max Kaase (1983: 161) zuzustimmen, dass „die Nation bzw. die Gesamtbevölkerung gar nicht sinnvoll als Träger der politischen Kultur ausgemacht werden kann.“ Ein Beispiel hierfür wäre sicherlich das ehemalige Jugoslawien, bei dem man kaum von einer einheitlichen, gesamt-nationalstaatlichen politischen Kultur reden konnte (vgl. Wehling 1993: 91). Ein deutlicher Hinweis darauf, dass sich auch die Forschung zur strategischen Kultur vom essentialistischen, nationalstaatsgebundenen Begriff der strategischen Kultur wegentwickelt, sind erste Versuche, die strategische Kultur von Entitäten wie al-Qaida untersuchen (vgl. Long 2009).

Wenn man politische Kultur allerdings nicht a priori als an eine nationale Gesamtbevölkerung gebunden versteht, können nicht nur Gruppen unterhalb, sondern auch oberhalb der nationalen Ebene als Träger politischer Kultur fungieren. So ist die Herausbildung einer supra- oder transnationalen politischen Kultur, die auf europäischer Ebene oder auf jener bestimmter Parteienfamilien Gültigkeit besitzt, vorstellbar. Schwierig ist hier sicherlich die Frage, bis zu welchem Punkt wir es noch mit einer politischen Kultur zu tun haben, deren Elemente lediglich umstritten sind, und ab wann es legitim ist, von unterschiedlichen Teilkulturen zu sprechen. Auf diesen Aspekt wird später noch genauer eingegangen (s. S. 80).

Zusammenfassung

Bis hierher sind zunächst einige grundlegende Eigenschaften politischer Kultur festzuhalten, wie ich sie im Rahmen dieser Dissertation auffasse. Es handelt sich bei politischer Kultur um einen von einer Gesellschaft oder Teilen derselben sozial konstruierten und damit kollektiven, politikbezogenen Wissensbestand im wissenssoziologischen Sinne. Dieser besteht – in Anlehnung an Rohe formuliert – aus folgenden Elementen:

- 1) Wahrnehmungs- und Deutungsmuster im Sinne von Weltbildern, mittels derer die politische bzw. politikrelevante „Realität“ erfahren und interpretiert wird, also kollektives Wissen über die Beschaffenheit von politisch relevanten Akteuren, Objekten und Sachverhalten sowie Zusammenhängen zwischen ihnen;
- 2) Beurteilungsmaßstäbe, anhand derer Politik bewertet wird; also kollektive, grundlegende normative Überzeugungen im Sinne von Werten;
- 3) operative Ideen als kollektive Vorstellungen über angemessene „Lösungen“ für die sich stellenden politischen Probleme, wobei diese in Form von mehr oder weniger spezifischen, wertegestützten Verhaltenserwartungen (Normen) an die relevanten Akteure formuliert werden.

Dies ist eine Definition politischer Kultur, die in ihren Grundzügen – wenn auch in verschiedenen Formen und mit unterschiedlichen theoretischen Grundlagen – in vielen Publikationen gerade auch zur strategischen Kultur vertreten wird. Die „Schichtung“ politischer Kultur in tiefer liegende Elemente, die eher grobe Orientierungen vorgeben und relativ stabil sind, und „oberflächlichere“ Elemente, die stärker auf konkretes Handeln bezogen und damit auch spezifischer, dafür aber auch leichter veränderbar sind, haben viele Konzeptualisierungen von politischer, sicherheitspolitischer oder strategischer Kultur gemein, auch wenn diese Elemente teilweise recht unterschiedlich benannt und definiert werden.

Praktiken, Rituale oder sonstiges Verhalten bleiben dabei ausgeklammert. Sowohl in der Forschung zur politischen als auch zur strategischen Kultur wird überzeugend argumentiert, dass zwar nicht nur „Wissen“ auf Verhalten einwirkt, sondern auch der umgekehrte Prozess stattfindet, dass es allerdings notwendig ist, beides analytisch zu trennen, um nicht tautologisch zu argumentieren (vgl. Almond 1993: 16; Johnston 1998: 6, 1999). Auch in der anthropologischen Kulturforschung wird ein entsprechendes Kulturverständnis vertreten (gl. Geertz 1973). Es mag kontraintuitiv sein, Kultur allein als soziales Wissen zu betrachten und Verhalten getrennt davon zu behandeln. Anders ist das Konzept „Kultur“ jedoch kein nützliches Analyseinstrument.

3.2. Außen- und sicherheitspolitische Kultur

Außenpolitik wird im Rahmen dieser Arbeit verstanden als

„those actions which, expressed in the form of explicitly stated goals, commitments and/or directives, and pursued by government representatives acting on behalf of their sovereign communities, are directed toward objectives, conditions and actors – both governmental and non-governmental – which they want to affect and which lie beyond their territorial legitimacy.“ (Carlsnæs 2003: 335)

Es handelt sich also um diejenigen Handlungen (oder bewusstes Unterlassen) staatlicher politischer Entscheidungsträger, welche auf Akteure, Objekte oder Sachverhalte jenseits des eigenen staatlichen Territoriums gerichtet sind.

Hieran anschließend kann außenpolitische Kultur definiert werden als ein politikfeldspezifischer, auf die Außenpolitik bezogener Teil politischer Kultur, wie sie im Rahmen dieser Studie verstanden wird. Dabei ist festzuhalten, dass außenpolitische Kultur in der Regel Weltbilder, Werte und Normen der „allgemeinen“ politischen Kultur in unterschiedlichem Maße reflektieren wird (vgl. Sampson/Walker 1987).

Der Einfluss außenpolitischer Kultur auf Außenpolitik lässt sich analog zum Einfluss der politischen Kultur auf Politik im Allgemeinen verstehen. Ebenso, wie politische Kultur den

Raum des Sagbaren und damit des Machbaren einschränkt, ohne dabei detailliert einzelne Entscheidungen zu determinieren, schränkt eine außenpolitische Kultur demnach den Handlungsspielraum außenpolitischer Entscheidungsträger ein und begünstigt somit bestimmtes „typisches“ Verhalten und bestimmte außenpolitische Linien, ohne deterministisch Handlungsvorschriften für einzelne Entscheidungen zu machen und andere Einflussfaktoren auszuschließen. Wie alles andere menschliche Handeln ist auch Außenpolitik von vielen verschiedenen Faktoren beeinflusst. Mit außenpolitischer Kultur kann man Außenpolitik nicht *detailliert* erklären und schon gar nicht en detail verlässlich prognostizieren, aber Licht auf die Frage werfen, wieso Staaten bzw. ihre Vertreter in ähnlichen situativen und institutionellen Kontexten unterschiedliche Ziele und Strategien verfolgen und zumindest grobe Erwartungen für künftiges Handeln formulieren.

Dies ist ein Merkmal praktisch aller Ansätze, die mit Hilfe ideeller Faktoren (z.B. Identitäten, Rollenkonzeptionen, Diskursen)¹⁷ Außenpolitik erklären oder verstehen wollen: Diese haben „value first of all for ‚overall‘ policies, whereas a decision on the approved level of nitrite in salami is likely to be more unpredictably influenced by issue specific lobbying interests.“ (Wæver 2001: 28) Außenpolitische Kultur ist *handlungsleitend* in dem Sinne, dass sie den Spielraum außenpolitischer Entscheidungsträger begrenzt und diese zur Einhaltung bestimmter außenpolitischer Linien anhält, nicht jedoch *handlungsbestimmend* in dem Sinne, dass sie in Billardkugel-Manier außenpolitische Entscheidungen determinieren würde.

3.3. Sicherheitspolitik als Modus von Außenpolitik¹⁸

Außenpolitik kann dabei die verschiedensten Bereiche umfassen. Auswärtige Kulturpolitik ist ebenso Außenpolitik wie der Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens oder eine Kriegserklärung. Um Aussagen über die Sicherheitspolitik eines Staates treffen zu können, muss diese zunächst von anderen Bereichen der Außenpolitik abgegrenzt werden.

Sicherheit kann man grundsätzlich betrachten als „Zustand, in dem sich Individuen, Gruppen und Staaten nicht von ernststen Gefahren bedroht fühlen bzw. sich wirksam vor ihnen geschützt sehen.“ (Meier/Roßmanith/Schäfer 2003: 348) Die äußere Sicherheit und damit auch die Sicherheitspolitik von Staaten wurde bis in die 1980er Jahre hinein vor allem territorial und militärisch definiert. Während des Kalten Krieges wurde dieser Rahmen in der Forschung selten verlassen; Sicherheit wurde betrachtet als Abwesenheit einer Bedrohung für territoriale

¹⁷ Gerade die nicht-tautologischen Studien zur strategischen Kultur vertreten eine ganz ähnliche Position, vgl. exemplarisch Johnston (1998) sowie Macmillan/Booth/Trood (1999).

¹⁸ Dieses Unterkapitel bis einschließlich „Sicherheit als soziale Konstruktion“ ist in Teilen meiner Diplomarbeit entnommen (vgl. Winter 2007: 22-25).

Integrität, Souveränität und politisches System sowie für die Überlebensfähigkeit und Unabhängigkeit seiner Bevölkerung vor äußerer Beherrschung (vgl. Witulski 2002: 25; Wilhelm 2006: 16-17; Dettke 2004). Sicherheitspolitik war etwas demnach „dann, wenn der militärische Faktor eine Rolle spielt.“ (Siedschlag 2006a: 13) Sie bestand also vor allem darin, dass der Staat

„mit Hilfe der Aufstellung und Ausstattung und Unterhaltung militärischer Streitkräfte, dem Abschluß von Verträgen und Bündnissen [...] den Schutz seines Territoriums und der politischen und sozialen Interessen seiner Bürger vor Bedrohungen von außen gewährleisten muß.“ (Woyke 1986)

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Entstehung neuer Konflikte und Gefahren hat sich der Sicherheitsbegriff allerdings gewandelt. Im Zuge der Entwicklung eines *erweiterten Sicherheitsbegriffes* wird Sicherheit zunehmend nicht mehr allein als militärisches Problem wahrgenommen, auch wenn diese Komponente weiterhin zentraler Bestandteil des Konzeptes ist.¹⁹ Hinzugekommen sind Probleme wie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, ethnisch oder religiös bedingte Konflikte und Bürgerkriege, globale Umweltprobleme, Ressourcenknappheit, internationaler Terrorismus oder Destabilisierung von Staaten und Regionen (vgl. Meier/Roßmanith/Schäfer 2003: 103; Wilhelm 2006: 16), worauf Akteure entsprechend reagieren müssen. Dies kann nicht mehr allein durch das Aufstellen von Streitkräften geschehen, sondern erfordert ein „sicherheitspolitische[s] Gesamtkonzept [...], bei dem Außen-, Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik wechselseitig optimiert werden.“ (Varwick 2000: 323)

3.3.1. Sicherheit als soziale Konstruktion

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich allerdings, dass man nicht einfach abstrakt und deduktiv „objektive“ Sicherheitsprobleme für einen bestimmten Staat bestimmen kann – zumindest nicht in der Erwartung, dass das für sein Verhalten nennenswerte Bedeutung hat. So wie die politische Kultur sozial konstruiert und objektiviert ist, so ist es auch die Sicherheit einer staatlich verfassten Gesellschaft und ihre Wahrnehmung von Bedrohungen. Ob ein Staat (bzw. dessen Politiker und politikrelevante Bevölkerungsschichten) ein Phänomen als Bedrohung seiner Sicherheit wahrnimmt, ja wie er seine Sicherheit überhaupt definiert, „hängt weitgehend vom subjektiven Empfinden, den historischen Erfahrungen, dem Selbstverständnis und dem Verhältnis zur Umwelt ab.“ (Meier/Roßmanith/Schäfer 2003: 348) Um die

¹⁹ Dass der Sicherheitsbegriff weiterhin stark militärisch geprägt ist, zeigt z.B. Woykes Handwörterbuch zur Internationalen Politik. Dem Begriff „Sicherheit“ ist dort kein eigener Artikel gewidmet, vielmehr wird dieses Thema in dem Artikel „Militärpolitik/Sicherheitspolitik“ abgehandelt (vgl. Dettke 2004).

Sicherheitspolitik eines Staates erklären zu können, ist eine Untersuchung materieller Faktoren und vermeintlich „objektiver“ Bedrohungen unzureichend. Wenn etwa, um ein bereits angeführtes Beispiel noch einmal aufzugreifen, in Deutschland die Aussicht auf einen kernwaffenbewehrten Iran zu diplomatischen Anstrengungen führt, um dieses Szenario zu verhindern, gleichzeitig aber die unmittelbare Nachbarschaft zur Nuklearmacht Frankreich nicht als Bedrohung empfunden und sogar das Angebot, teilweise Kontrolle über dessen Atomwaffenarsenal zu übernehmen, ausgeschlagen wird, greift eine materielle Sicht auf das Problem zu kurz. Es gilt also, gesellschaftlich konstruierte Sicherheitsverständnisse zu analysieren, da diese den Deutungsrahmen dafür liefern, was eine Gesellschaft überhaupt als Sicherheitsproblem wahrnimmt. Peter Katzenstein merkt etwa an, dass sich die Geburtenförderungs politik einiger Staaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts nur verstehen lässt, wenn man berücksichtigt, dass diese damals als Mittel zur Stärkung nationaler Sicherheit galt, und fasst den Gedanken in dem eigentlich einleuchtenden Satz zusammen: „What scholars and policy makers consider to be national security issues is not fixed but varies over time.“ (Katzenstein 1996b: 10)

Es sei an dieser Stelle noch einmal deutlich davor gewarnt, bestimmte „grundlegende“ oder „natürliche“ Bedrohungswahrnehmungen und Sicherheitsbedürfnisse einfach *a priori* dem „Staat an sich“ zuzuschreiben, wie es selbst einige Konstruktivisten tun (vgl. Wendt 1999: 130-132). Ted Hopf hat vollkommen Recht mit seiner Bemerkung in Bezug auf Identitätsanalysen, oft gebe es in diesen „too many a priori foundational claims that both hinder the social context from speaking for itself and often put words into its mouth.“ (Hopf 2002: 2) Unter Umständen kann selbst die Aufgabe der eigenen staatlichen Existenz für einen Staat und/oder seine Bürger keine Bedrohung, sondern im Gegenteil sogar erwünscht sein. Man denke etwa an die Wiedervereinigung Deutschlands, die erst durch die freiwillige Selbstaufgabe der DDR möglich wurde, oder die von der Bevölkerung weitgehend unterstützten Bestrebungen des weißrussischen Diktators Lukaschenko in den Neunzigerjahren, Weißrussland mit Russland wiederzuvereinigen.²⁰ Auch die Dismembration der Tschechoslowakei war eine von den politischen Eliten dieses Landes aus freien Stücken – wenn auch gegen den Willen der Bevölkerung – herbeigeführte Entscheidung. Damit kann aber sogar ein unbedingter Wille zum Selbsterhalt, mag er auch auf noch so viele Staaten zutreffen, nicht einfach als quasi-naturgesetzliche Konstante definiert werden.²¹ Dementsprechend ist es aus konstruktivistischer

²⁰ Für eine ausführliche Darstellung der russisch-weißrussischen Beziehungen vgl. Eberhart (2008: 9-80).

²¹ Angesichts der Bedenkenlosigkeit, mit der in vergangenen und gegenwärtigen Kriegen von einigen Staaten die eigenen Bürger „verheizt“ wurden und werden, kann man argumentieren, dass dies nicht einmal uneingeschränkt für die physische Existenz der eigenen Bevölkerung gilt.

Perspektive sinnvoller, statt von einem bereits inhaltlich aufgeladenen *erweiterten* Sicherheitsbegriff von einem *offenen* Sicherheitsbegriff auszugehen.

Daraus folgt auch, dass es keine konkreten Maßnahmen oder Komponenten der „Sicherheitspolitik an sich“ gibt. Wer etwa behauptet, dass Sicherheitspolitik in jedem Falle die Aufstellung einer Armee beinhaltet, bekommt Probleme bei der Erklärung der Sicherheitspolitik von Staaten, die über gar kein Militär verfügen, wie etwa Island (das seine Verteidigung in die Hände seiner NATO-Partner gelegt hat) oder Costa Rica (das die unbewaffnete Neutralität gewählt hat). Eine angemessene Definition von Sicherheitspolitik muss diesen Umständen Rechnung tragen und eine Aufladung des Begriffes mit bestimmten Sicherheitskonzeptionen, Bedrohungswahrnehmungen und sicherheitspolitischen Praktiken, so „selbstverständlich“ sie dem (selbst kulturell eingebetteten) Forscher auch erscheinen mögen, vermeiden. Wie Sicherheitspolitik am Ende konkret aussieht, ist ungeachtet gewisser Muster und Gemeinsamkeiten zwischen den meisten Staaten eine *empirische* Frage.

Somit kann im Grunde jedes Problem der Außenpolitik zu einem sicherheitspolitischen Problem werden, und dementsprechend kann auch jedes zur Verfügung stehende außenpolitische (und innenpolitische – siehe das Beispiel Geburtenförderung) Instrument zu einem Instrument der Sicherheitspolitik werden. Sicherheitspolitik ist – im Gegensatz zur klassischen militärischen Verteidigungspolitik, zu deren Analyse die traditionelle Perspektive durchaus angemessen sein kann – also nicht als ein a priori bestimmbarer *Sektor* von Außenpolitik zu betrachten, sondern als ein *Modus* von Außenpolitik. Welche Gegenstandsbereiche von Außenpolitik in diesen Modus versetzt werden, kann sich von Fall zu Fall unterscheiden und muss empirisch bestimmt werden.

Sicherheitspolitik kann man in diesem Sinne definieren als dasjenige Handeln eines Staates bzw. seiner politischen Entscheidungsträger, das dazu dient, die Entstehung von Bedrohungen von außerhalb des eigenen Staatsgebietes für den Staat und seine Bürger zu verhindern oder zumindest einen wirksamen Schutz vor solchen Bedrohungen zu schaffen. Was dabei als (potentielle) Bedrohung wahrgenommen wird und welche Reaktionsmöglichkeiten hierfür erwogen werden, muss im Einzelfall erst ermittelt werden.

3.3.2. Sicherheitspolitische Kultur als Bestandteil außenpolitischer Kultur

Sicherheitspolitische Kultur kann somit definiert werden als diejenigen Aspekte außenpolitischer Kultur, welche das Verständnis von äußerer Sicherheit, die Wahrnehmung äußerer Bedrohungen für Staat und Bürger und Vorstellungen über mögliche Lösungen im

Sinne von Handlungsoptionen umfassen. Sicherheitspolitische Kultur umfasst also zentral – im Sinne des oben aufgezeigten geschichteten Modells – folgende Elemente:

- 1) Sicherheits- und Bedrohungskonstruktionen im Sinne von Weltbildern, die definieren, was Sicherheit bedeutet, unter welchen Bedingungen der betreffende Staat und seine Gesellschaft sicher sein können, und was für externe Bedrohungen für sie existieren;
- 2) Beurteilungsmaßstäbe im Sinne von kollektiven Werten, die beeinflussen, was für Ziele bzw. Interessen legitimerweise verfolgt werden können, um das übergeordnete Ziel „Sicherheit“ zu erreichen;
- 3) operative Ideen in Form von Verhaltenserwartungen (Normen), die festlegen, welches Verhalten der Staat (bzw. seine außenpolitischen Entscheidungsträger) zur Realisierung seiner Ziele bzw. Interessen an den Tag legen soll und welches nicht.

Diese Schichtung macht deutlich, dass es problematisch ist, ein komplexes Phänomen wie (sicherheitspolitische) Kultur als einheitliches Konzept oder als eine einzige Variable zu betrachten. Daher ist es schwierig und vielleicht auch gar nicht zielführend, sicherheitspolitische Kultur an sich als zentrale Analysekategorie (im Sinne einer „unabhängigen Variablen“) zu wählen, wenn es um die Frage geht, welchen Einfluss sie auf das außenpolitische Verhalten des betreffenden Staates hat. So schlägt Valerie Hudson (1997: 17) vor, Kultur nur als *indirekte* Variable zu betrachten, die außenpolitisches Verhalten über andere Variablen beeinflusst. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, dies zu tun. Eine davon ist das mittlerweile gut ausgearbeitete und in der Außenpolitikforschung etablierte Konzept der außenpolitischen Rollenkonzeption.

3.4. Rollentheorie und außenpolitische Rollenkonzeptionen

Der Rollenbegriff stammt aus der Soziologie und beschreibt „ein Bündel normativer Verhaltenserwartungen, die von einer oder mehreren Bezugsgruppen an Inhaber sozialer Positionen herangetragen werden.“ (Peuckert 1992: 252) Es geht hier also um das „Verhalten, das vom Inhaber einer bestimmten gesellschaftlichen Stellung [...] allgemein erwartet wird.“ (Gaupp 1983: 21) Das Konzept ist in die Außenpolitikforschung übernommen worden und hat sich mittlerweile zu einem wichtigen Instrument für die Erklärung unterschiedlicher bzw. individueller Außenpolitikstile oder -linien von Staaten entwickelt. Laut Hudson und Vore (1995: 226) ist dieser Ansatz „one of the few conceptual tools we have for the study of how society and culture serve as a context for a nation’s foreign policy.“

Einer der ersten, welche die Rollentheorie für die Außenpolitikforschung nutzbar machten, war Kalevi Jaakko Holsti (1970), der eine Studie über die Rollenkonzeptionen von 71 verschiedenen Staaten anfertigte. Dabei unterschied er zwischen drei Merkmalen von Rollen, die ich grundsätzlich für die vorliegende Arbeit übernehmen möchte:

- 1) *Rollenerwartungen* (role prescriptions): Dies sind Verhaltenserwartungen, welche von außen, in diesem Falle also von anderen Akteuren innerhalb des internationalen Systems, an die Inhaber einer Rolle herangetragen werden;
- 2) *Nationale Rollenkonzeptionen* (national role conceptions): Dies sind „the policymaker’s own definitions of the general kinds of decisions, rules and actions suitable to their state, and of the functions, if any, their state should perform on a continuing basis in the international system or in subordinate regional systems“; (Holsti 1970: 245-246) hier handelt es sich also um Verhaltenserwartungen, welche die Inhaber einer Rolle an sich selbst richten. Dies ist für Holsti die zentrale Variable, mit der er Unterschiede in den außenpolitischen Linien verschiedener Staaten erklären will. Dabei betont er, dass Staaten in der Regel über mehrere Rollenkonzeptionen verfügen, die nicht unbedingt völlig kompatibel miteinander sein müssen. Aus der Definition ergibt sich auch die grundsätzlich induktive Erhebung von Rollenkonzeptionen.
- 3) *Rollenverhalten* (role performance): Dies ist „the general foreign policy behavior of governments.“ (Holsti 1970: 245) Hier wird klar, dass es auch bei diesem Ansatz nicht um detaillierte Erklärungen von Entscheidungen und schon gar nicht um deren Prognose geht, sondern darum, grundsätzliche Unterschiede außenpolitischer Linien zu erklären.

Ein wesentlicher Schritt war die Übertragung der Rollentheorie auf Staaten als Akteure im internationalen System. Dabei kann man es durchaus als zulässig betrachten, „den Staat’ in einer Verkürzung auf das Kollektiv relevanter außenpolitischer Entscheidungsträger [...] als Träger außenpolitischer Rollenkonzepte aufzufassen.“ (Kirste/Maull 1996: 287-288)

Ein wichtiger Aspekt dieser Übertragung ist, dass das Rollenverhalten im Falle von Staaten, anders als im Falle von individuellen Akteuren, als grundsätzlich mehr vom ego-Part, also nationalen Rollenkonzeptionen, beeinflusst gesehen wird. Rollenerwartungen von anderen Akteuren im internationalen System existieren, werden jedoch als weniger einflussreich betrachtet. Begründet wird dies mit der Souveränität von Staaten und der Beobachtung, dass

das internationale System noch nicht als integrierte Gesellschaft mit bestimmten „sozialen Positionen“, die Staaten innehaben, betrachtet werden kann. (Holsti 1970: 243)

Dass der Tatbestand der Souveränität dazu führt, dass nationale Rollenkonzeptionen die Oberhand über Rollenerwartungen (auch etwa in Form vertraglicher Verpflichtungen) haben, kann unter heutigen Bedingungen der internationalen Verflechtung zunehmend bezweifelt werden. Doch es gibt auch noch ein weiteres Argument dafür, vor allem nationale Rollenkonzeptionen in den Blick zu nehmen, zumindest sofern es um Demokratien geht.

Denn Außenpolitik hat sich in einer Demokratie grundsätzlich genauso zu legitimieren wie jede andere Politik auch (vgl. Maull 2001a: 648), die regierenden Eliten müssen also auch ihre Außenpolitik vor der Bevölkerung verantworten. Sofern nationale Rollenkonzeptionen konkret ausgeformt sind, breit geteilt und für wichtig befunden werden, ist gegen sie in demokratischen Systemen höchstens kurzfristig Politik zu machen. Verstoßen Politiker gegen diese mehr als nur vereinzelt oder in besonders wichtigen Fragen, wird dies dazu führen, dass ihre Politik als illegitim betrachtet wird und sie abgewählt werden. Kommt es zu einem Konflikt zwischen Rollenerwartungen externer Akteure und den eigenen Rollenkonzeptionen, der nicht leicht durch einen für die Bevölkerung akzeptablen Kompromiss zu lösen ist, so haben außenpolitische Entscheidungsträger grundsätzlich zwei Möglichkeiten.

Sie können einerseits den Erwartungen nicht nachgeben. Dies wird vor allem dann der Fall sein, wenn diese mit den eigenen Rollenkonzeptionen inkompatibel sind und auch zum gegebenen Zeitpunkt keine Möglichkeiten zur Verfügung stehen, beides in Einklang zu bringen. Die Politik etwa Deutschlands und Japans während des Golfkrieges 1990 reflektiert diese Einsicht:

„In Japan, widespread antimilitary sentiments [...] prevented the Kaifu government from dispatching even small, military support teams to the Persian Gulf. And although Helmut Kohl's conservative government in Germany desperately sought to find ways to rise above checkbook diplomacy and express solidarity with its western allies, antimilitary sentiments similar to those in Japan also ruled the day in Germany.“ (Berger 1998: 2)

Es gibt allerdings auch die Möglichkeit, dass die Entscheidungsträger die Erwartungen ganz oder teilweise erfüllen. Die Herstellung von Legitimität – und damit auch die Sicherung der eigenen Wiederwahl – kann in diesem Falle durch den Versuch geschehen, die vorhandenen Rollenkonzeptionen entweder zu verändern (was im Normalfall eher über lange Frist funktionieren wird) oder die umstrittene Entscheidung über entsprechende Deutungsangebote mit den vorhandenen Rollenkonzeptionen kompatibel zu machen. Dies kann über diskursive Prozesse geschehen, wie sie in Teilkapitel 4 beschrieben werden. Problematische Rollenerwartungen können also, genügend Zeit und politisches Geschick vorausgesetzt, ganz oder teilweise mit den eigenen Rollenkonzeptionen kompatibel gemacht werden. Ein Beispiel

hierfür ist Deutschland, das trotz der veränderten Rahmenbedingungen und der veränderten Erwartungen an sein außen- und auch militärpolitisches Engagement seine Politik zwar angepasst, aber dies grundsätzlich gemäß seiner Zivilmacht-Rollenkonzeption getan hat (vgl. Maull 2001b). Dabei ist allerdings zu erwarten, dass sich bei solchen Prozessen auch die nationalen Rollenkonzeptionen teilweise wandeln (vgl. Kirste 1998: 169-221, 473-474).

Dementsprechend sollte bei der Erfassung von Rollenkonzeptionen auch die Frage nach Stabilität und Wandel gestellt werden. Dabei ist Stabilität natürlich nicht als Starre oder Unveränderlichkeit zu verstehen. In gewissem Ausmaß finden beständig Re-Interpretationen und Anpassungen an neue Umstände statt. Ändern sich Rollenkonzeptionen aber wesentlich oder gar grundlegend, kann dies ein Hinweis auf stark veränderte Rahmenbedingungen oder Rollenerwartungen sein. Stabile externe Rollenerwartungen jedoch, welche das Rollenverhalten eines Staates dauerhaft beeinflussen, sollten aufgrund der Notwendigkeit der Legitimation gegenüber der eigenen Bevölkerung bereits auf die eine oder andere Weise – sei es durch Inkorporation in die eigenen Rollenkonzeptionen oder durch Rollenkonzeptionen, welche die Notwendigkeit der Erfüllung externer Erwartungen beinhalten – in die existierenden nationalen Rollenkonzeptionen integriert sein.

Daher kann man insgesamt grundsätzlich erwarten, dass „individuelles Verhalten staatlicher Repräsentanten also eine Ableitung des außenpolitischen Rollenkonzepts einer Nation darstellt.“ (Kirste/Maull 1996: 287)

Dabei ist der Einfluss von außenpolitischen Rollenkonzeptionen auf die Außenpolitik als umso höher anzunehmen, je spezifischer sie sind (Spezifizität), je konsensualer sie innerhalb der politischen Elite sind und je mehr sie von breiten Bevölkerungskreisen gestützt werden (Kommunalität) (vgl. Boeckle/Rittberger/Wagner 1999: 7-8). Eine weniger starke Bindewirkung werden sie jedoch entfalten,

„when these conceptions are incompatible, vague, unstructured, and lacking detail, when a state is confronted with rapidly changing power shifts and circumstances abroad or fractured public opinion at home, and when political leaders are in a position to implement radically new policies without threat of domestic political consequences.“ (Holsti 1970: 304)

Die Frage, inwiefern sich auf Grundlage festgestellter Rollenkonzeptionen bestimmte Politikrichtungen erwarten lassen, ist also von Schlüssigkeit und Detailliertheit der Rollenkonzeptionen, dem Grad ihrer Akzeptanz bei Eliten und Bevölkerung, der Abhängigkeit der außenpolitischen Entscheidungsträger von dieser Akzeptanz und auch von äußeren Bedingungen abhängig. Tauchen etwa völlig neue Probleme auf, für welche die vorhandenen Rollenkonzeptionen keine Lösungsmöglichkeiten anbieten, gibt es mehr Platz für individuelle

Strategien und Entscheidungen einzelner Politiker. Aber auch grundsätzlich ist der Erklärungsanspruch der Rollentheorie explizit begrenzt: Rollenkonzeptionen geben einen Rahmen angemessenen Verhaltens vor, sie determinieren jedoch nicht einzelne Entscheidungen im Detail. Man kann sagen,

„that this apparatus sits rather loosely on the actors. No role could possibly be specified in enough detail to make all decisions automatic. [...] There are some specific duties of a role, some dos and don'ts which set limits to what may be attempted. But there is also an area of indeterminacy, governed only by a broad duty to act so as to be able to justify oneself afterwards.“ (Hollis/Smith 1990: 155)

3.5. Sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen und sicherheitspolitische Kultur

Werden außenpolitische Rollenkonzeptionen analysiert, geht es selten nur um diese (relativ) dauerhaften Handlungsorientierungen, sondern in der Regel auch um die Frage, aus welchen Quellen sich diese Rollenkonzeptionen speisen. In der Regel werden als mögliche Einflussfaktoren – ähnlich wie beim Konzept der strategischen Kultur – eine Vielfalt materieller Variablen (z.B. Geographie oder Ressourcenausstattung), kulturelle Faktoren wie Weltbilder, Werte oder Normen und die nationale bzw. außenpolitische Identität angegeben. Legt man das hier vertretene Verständnis von politischer Kultur und insbesondere den Gedanken, dass der Einfluss materieller Faktoren durch die ihnen zugeschriebene kulturelle Bedeutung vermittelt ist, zugrunde, kann man sagen, dass die zwei zentralen Konzepte, die zum Verständnis oder zur Erklärung von Rollenkonzeptionen herangezogen werden können, politische Kultur und Identität sind. Oftmals bleiben die Ausführungen zu den genauen Zusammenhängen aber eher vage: „there have been few studies explicitly linking the role concept with political culture and identity in foreign policy.“ (Aggestam 2004: 13-14)

Die begriffliche Trennung von Rollenkonzeptionen, Identität und Kultur ist dabei nicht ganz unproblematisch. Gerade Rollenkonzeptionen und Identitäten stehen sich konzeptionell so nah, dass sie manchmal sogar als Synonyme betrachtet werden (vgl. Breuning 1997: 102-103, Winter 2007: 32).²² Rollenkonzeptionen lassen sich nach dem oben dargelegten Verständnis zwar als Bündel von Verhaltenserwartungen – oder Normen – betrachten, die außenpolitischen Entscheidungsträgern bestimmte Handlungsorientierungen vorgeben. Allerdings liegt es auf der Hand, dass sich in Rollenkonzeptionen auch das identitäre Selbstverständnis von staatlichen Akteuren ausdrückt, da sie auch eine Antwort auf die Frage geben, welche Funktion ein Staat in der internationalen Politik erfüllen soll, wo also der „Platz“ dieses Staates ist oder sein soll.

²² Für eine ausführliche Diskussion vgl. Breuning (2011).

Identitäten sind dabei jedoch abstrakter, grundsätzlicher und weniger handlungsnah, sie geben stärker als Rollenkonzeptionen eine Antwort auf die Frage „Wer sind wir?“ denn auf die Frage „Was sollen wir tun?“ Demnach sind „identity concepts [...] self-referential and provide self-definition in a more general sense“, während „the role concept indicates more precisely how [...] cultural norms find expression in foreign policy.“ (Aggestam 2004: 14) Während beide Begriffe also erhebliche Überschneidungen aufweisen, kann man sagen, dass Rollenkonzeptionen durch ihren Charakter als Normenbündel analytisch wesentlich greifbarer und durch ihre präskriptiven Eigenschaften zudem wesentlich handlungsnäher sind als abstrakte Identitäten bzw. Identitätselemente. Dass letztere in der Regel nicht ausreichen, um Außenpolitik zu erklären oder zu verstehen, zeigt dabei auch die Tatsache, dass Forschungsarbeiten, die mit Identität als zentralem Konzept arbeiten, in der Regel dennoch – etwa über Rollenkonzepte (vgl. Aggestam 2004) oder über durch Diskurse mit Identitätselementen verknüpfte „Handlungsempfehlungen“ (vgl. Stahl 2006: 58) – die Ebene von konkreteren Handlungserwartungen einflechten müssen.

Eine Möglichkeit ist also, nationale Identität als einen die nationalen Rollenkonzeptionen beeinflussenden Faktor ins Zentrum der Betrachtung zu rücken. Eine andere Möglichkeit besteht – ohne den Einfluss von nationaler Identität als solcher dabei zu negieren – darin, sich stärker auf den Einfluss von Kultur zu konzentrieren.

Außenpolitische Rollenkonzeptionen kann man dabei durchaus als Bestandteil oder „Verfestigung“ außenpolitischer Kultur am „oberen“ Ende des Schichtenmodells verorten. Sie setzen sich demnach zuvörderst aus außenpolitischen Normen zusammen, die bestimmte außenpolitische Handlungsorientierungen vorgeben und sich auf kulturelle Weltbilder und Werte gründen. Will man nun feststellen, inwiefern diese außenpolitischen Rollenkonzeptionen als Ausdruck einer *sicherheitspolitischen* Kultur verstanden werden können, ist die argumentative Herleitung der Rollenkonzeptionen entscheidend. Entsprechend der oben angeführten Unterscheidung von außen- und sicherheitspolitischer Kultur betrachte ich dabei diejenigen außenpolitischen Rollenkonzeptionen als sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen, die sich argumentativ auf Sicherheits- und Bedrohungskonstruktionen zurückführen lassen bzw. mit ihnen diskursiv verknüpft sind und sich somit in einem sicherheitspolitischen Modus befinden. Das bedeutet demnach, dass eine staatlich verfasste Gesellschaft mehrere unterschiedliche außenpolitische Rollenkonzeptionen haben kann, während nur ein Teil von ihnen – eben jene, die sich als Reaktion auf Bedrohungsperzeptionen bzw. zur Aufrechterhaltung der äußeren Sicherheit herausgebildet haben – als sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen zu betrachten sind.

Entsprechend sind im Fortgang der Studie ganz zentral zwei Aspekte zu untersuchen: Zum einen außenpolitische Rollenkonzeptionen, und zum anderen die Sicherheits- und Bedrohungskonstruktionen, die in diesen beiden Ländern existieren. Durch die Inbezugsetzung beider Phänomene wird erst erkennbar, welche Rollenkonzeptionen ganz oder teilweise sicherheitspolitischer Natur sind.

3.6. Zusammenfassung und Verhältnis zu alternativen Ansätzen

Sicherheitspolitische Kultur soll hier definiert sein als derjenige Teil der in die allgemeine politische Kultur eines Landes eingebetteten außenpolitischen Kultur, durch den bestimmte Aspekte von Außenpolitik in einen sicherheitspolitischen Modus versetzt werden und der entsprechende Handlungsdispositionen beinhaltet. Begrifflich und konzeptionell rücke ich damit vom Konzept der strategischen Kultur vor allem deswegen ab, weil es mir um die grundsätzliche Frage geht, wie nationale Sicherheit verstanden wird und ich daher nicht bereits vorab inhaltliche Eingrenzungen vornehmen will, Studien zur strategischen Kultur sich aber lediglich mit Fragen militärischer Gewaltanwendung befassen.

Zur Operationalisierung sicherheitspolitischer Kultur greife dient dabei das konzeptionell gut entwickelte und bereits erprobte Instrument außenpolitischer Rollenkonzeptionen, die als Verfestigung außenpolitischer Kultur betrachtet werden können. Die Frage, inwiefern eine außenpolitische Rollenkonzeption Ausdruck nicht nur einer allgemeinen außenpolitischen, sondern speziell einer *sicherheitspolitischen* Kultur ist, soll dabei durch die Untersuchung der argumentativen Herleitung beantwortet werden. Es gilt also, neben den Rollenkonzeptionen selbst auch gesellschaftlich konstruierte Sicherheits- und Bedrohungsverständnisse zu analysieren, um feststellen zu können, welche außenpolitischen Rollenkonzeptionen sich zumindest teilweise aus sicherheitspolitischen Erwägungen ergeben.

Dabei gibt es insbesondere zwei gut etablierte Alternativen für die Erklärung unterschiedlichen außenpolitischen Verhaltens: Normen und Identitäten. Dabei soll mit der Präferenz für den Rollenansatz nicht behauptet werden, beide hätten keinen Erklärungswert. Der Nutzen eines Erklärungsansatzes kann grundsätzlich nicht unabhängig von der Forschungsfrage bewertet werden, die einer Studie zugrunde liegt.

Insofern ergibt sich der Verzicht auf die ausführliche Untersuchung des Faktors „Identität“ vor allem aus der Fragestellung in Verbindung mit begrenzten Ressourcen. Ein Einfluss von Identität oder Identitätselementen auf nationale Rollenkonzeptionen wird nicht verneint (s.o.), der Schwerpunkt liegt jedoch auf der Frage, inwiefern sozial konstruierte Sicherheits- und Bedrohungsverständnisse die nationalen Rollenkonzeptionen Polens und Tschechiens

beeinflussen. Dass es Gründe für die Annahme gibt, dass dieser Faktor eine gewichtige Rolle spielt, ergibt sich aus den Ausführungen in Kapitel 1.

Soweit Identität *alternativ* als zentrale Variable dienen könnte, haben Rollenkonzeptionen den wesentlichen Vorteil, analytisch greifbarer und wesentlich handlungsnäher zu sein. Soll Identität zur Erklärung von Außenpolitik dienen, ist in der Regel im Rahmen entsprechender Untersuchungen letzten Endes doch die Herstellung einer Verbindung zu handlungsnäheren Elementen nötig. Der Faktor „Identität“ wird allerdings insofern berücksichtigt, als sich in Rollenkonzeptionen dadurch, dass sie dem betreffenden Staat eine bestimmte Funktion – oder eben Rolle – im internationalen System zuweisen, auch das außenpolitische Selbstverständnis der staatlich verfassten Gesellschaft ausdrückt.

Ebenso, wie Identität und Rollenkonzeptionen eng miteinander verwandt sind, sind es auch kulturelle Normen und Rollenkonzeptionen. Im Grunde kann man letztere als Bündel von Normen betrachten, die auf bestimmte Weltbilder und Werte rekurrieren, zusammen bestimmte außenpolitische Handlungsorientierungen bereitstellen und dabei eine Antwort auf die Frage geben, welche Funktion ein Staat in der internationalen Politik erfüllen soll. Der Unterschied liegt demnach weniger im grundsätzlichen Untersuchungsgegenstand, sondern eher im Aggregationsniveau. „Zerlegt“ man eine Rollenkonzeption in seine Einzelnormen, ergibt sich nicht nur schnell ein unübersichtliches und komplexes „Puzzle“, welches eine Verbindung mit außenpolitischem Verhalten schwieriger aufzuzeigen macht. Auch die Qualität von Rollenkonzeptionen, dem Staat eine bestimmte Funktion oder Rolle in der internationalen Politik zuzuschreiben, kann bei einer solchen Desaggregation schnell zu weiten Teilen verloren gehen. Ein wesentlicher Vorteil von Rollenkonzeptionen ist daher auch hier ihre „Handhabbarkeit“ als Analyseinstrument. Zudem ist davon auszugehen, dass Rollenkonzeptionen als Normenbündel, in denen zudem das Selbstbild einer politischen Gemeinschaft zum Ausdruck kommt, an sich wesentlich stabiler sind als einzelne, isolierte Normen – ohne dass dabei allerdings Stabilität im Sinne von unveränderlicher Starrheit verstanden wird. Da es hier darum geht, relativ stabile Handlungsorientierungen zu erklären, ist auch in dieser Hinsicht der Rollenansatz dem Gebrauch von Normen zur Analyse von Außenpolitik vorzuziehen. Dennoch ist das hier vorgestellte Modell für einen Wandel von Rollenkonzeptionen auf jeden Fall offen. Von einem letzten Ansatz muss dieses Modell noch abgegrenzt werden: jenem der *securitization* der Kopenhagener Schule. Dieser befasst sich ebenfalls zentral mit der Frage, wie bestimmte Phänomene sprachlich als Bedrohungen konstruiert, damit also in einen „Sicherheitsmodus“ versetzt und auf dieser Basis bestimmte „Notfallmaßnahmen“ legitimiert

werden (vgl. Wæver 1995, 2000; Buzan/Wæver/de Wilde 1998: 21). Allerdings hat dieser Ansatz auch Schwächen und fügt sich nicht ohne weiteres in das hier vorgestellte Modell ein. Ein wesentlicher Unterschied ist, dass im Rahmen dieser Studie diskursive Prozesse untersucht werden, die zur Dominanz bestimmter Sicherheits- und Bedrohungskonzeptionen über einen gewissen Zeitraum führen, wobei die politischen und historischen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Beides leistet das Konzept der *securitization* nicht: Hier werden Themen in einem bestimmten Moment durch (i.d.R. von politischen Eliten ausgeführte) Sprechakte sicherheitsrelevant. Durch die Konzentration auf diesen „Moment“ des Sprechens werden die sozialen und politischen Bedingungen, welche die *securitization* erst möglich machen, jedoch ausgeblendet. Zudem fügen sich langfristige Prozesse der Konstruktion von Sicherheit und Bedrohungen nur schwerlich in dieses Konzept ein.

Weiterhin konzentriert sich der Ansatz einzig auf die Konstruktion von Bedrohungen und postuliert einen Gegensatz zwischen Sicherheit und Politik. Versicherunglichung findet also statt, wenn ein Phänomen „is presented as an existential threat, requiring emergency measures and justifying actions outside the normal bounds of political procedure.“ (Buzan/Wæver/de Wilde 1998: 23-24) Die Handlungen, zu denen Versicherunglichung führt, liegen dann im Bereich von „panic politics“ (Buzan/Wæver/de Wilde 1998: 34), in dem die normalerweise verbindlichen politischen Regeln nicht mehr gelten.

Die Identifizierung von Bedrohungsstrukturen – was wird als Bedrohung der eigenen Sicherheit wahrgenommen? – ist auch im Rahmen dieser Arbeit eine zentrale Aufgabe. Dennoch ist diese Sichtweise zu eng gefasst. Ebenso wichtig ist es, sich damit zu befassen, wie Sicherheit an sich überhaupt verstanden wird – was hat in einer Gesellschaft Priorität, was sind die Dinge, die wichtig sind und geschützt werden müssen, was wäre für den Staat und seine Gesellschaft ein sicherer Zustand? Solche Fragen lassen sich alleine mit einer Betrachtung von Sprechakten, die bestimmte Phänomene als existenzielle Bedrohungen darstellen, nur schwerlich beantworten. Ebenso wird sich bereits aus der Themenstellung ergeben, dass es hier nicht um die Erklärung von „Panikpolitik“ geht, welche sich außerhalb normaler Politik in einem „Notfallmodus“ abspielt. Vielmehr ergibt sich aus allem bisher Gesagten, dass „normale“ und langfristige Außenpolitik, die ein externer Beobachter vielleicht gar nicht als Sicherheitspolitik begreifen (und deswegen möglicherweise als seltsam oder irrational bewerten) würde, vor dem kulturellen Hintergrund einer politischen Gemeinschaft als ebendies verstanden werden kann. Die Konstruktion nationaler Sicherheit ist also vom Begriff der *securitization* abzugrenzen.²³

²³ Für eine grundsätzliche Kritik an diesem Konzept vgl. McDonald (2008).

4. Diskursanalyse als Erhebungsmethode

In der Regel werden Rollenkonzeptionen durch eine Inhaltsanalyse außenpolitischer Grundsatzreden und -dokumente erhoben. Im Rahmen dieser Dissertation wird jedoch der Weg einer Diskursanalyse gewählt. Dies hat gegenüber rein inhaltsanalytischen Methoden vor allem den Vorteil, dass eine diskursanalytische Perspektive explizit von der Annahme text- oder aussageübergreifender Zusammenhänge ausgeht, welche intersubjektive, soziale Strukturen (eben *Diskurse*) darstellen, die den „Raum des Sagbaren“ definieren – in eben jenem Sinne, in dem ich hier auch sicherheitspolitische Kultur verstehe. Ein Text ist also explizit nicht – wie in inhaltsanalytischen und den meisten anderen qualitativen Verfahren angenommen – ein vollständiges Dokument eines Falles, der eine in sich konsistente und abgeschlossene Fallstruktur widerspiegelt, sondern ein Fragment, das die Diskursstruktur in der Regel nur partiell repräsentiert und erst zusammen mit anderen Texten eine Rekonstruktion der Bedeutungsstruktur erlaubt, in die es eingebettet ist. Zudem berücksichtigt diese Perspektive – zumindest in der hier angewandten wissenssoziologischen Form – den Diskursverlauf, den historischen und situativen Kontext und die Akteure, die den Diskurs prägen. Dies erscheint mir für eine Erhebung von Sicherheits-/Bedrohungskonstruktionen und entsprechender Rollenkonzeptionen besser geeignet als eine rein inhaltsanalytische²⁴ – nicht zuletzt, weil sie auf denselben wissenssoziologischen und konstruktivistischen Grundlagen basiert wie das vorgestellte Modell sicherheitspolitischer Kultur.

Im Bereich der Außenpolitikforschung, und insbesondere der Integrationsforschung, hat es in den letzten Jahren eine starke Zunahme an diskursanalytischen Studien gegeben (vgl. etwa Larsen 1997; Diez 1998, 1999, 2001; Hansen/Wæver 2001; Joerißen/Stahl 2003; Wæver 2004; Hansen 2006; Stahl 2006; Fürst 2008). Eine zentrale Stellung nimmt hier die poststrukturalistisch ausgerichtete Kopenhagener Schule ein, die sich vor allem mit der diskursiven Konstruktion nationaler Identität beschäftigt, dem Diskurs über Nation und Staat eine entscheidende Bedeutung für die Europapolitik der untersuchten Staaten zuerkennt und viele weitere Studien maßgeblich beeinflusst hat.²⁵

²⁴ Dabei muss allerdings angemerkt werden, dass die entsprechenden Inhaltsanalysen in empirischen Arbeiten zu Rollenkonzeptionen häufig eine – zufällige oder beabsichtigte – Nähe zu einer eher diskursanalytischen Methodik zu haben scheinen. Oftmals ist dies jedoch nicht näher nachvollziehbar, da das genaue methodische Vorgehen vielfach sehr intransparent ist. Ein Beispiel hierfür ist die Studie von Aggestam, die auf die Nähe zur Diskursanalyse selbst ausdrücklich hinweist, jedoch bemerkt, sie führe keine „linguistic analysis of discourse“ (Aggestam 2004: 21) durch. Aufgrund der begrenzten Ausführungen zur Methode (diese gehen bezüglich der Materialauswertung über den Hinweis, dass entsprechende Dokumente einem „systematic reading“ unterzogen werden, kaum hinaus) lässt sie jedoch keine Rückschlüsse darauf zu, wie weit genau die Parallelen zu einer – ob nun eher linguistischen oder eher sozialwissenschaftlichen – Form von Diskursanalyse tatsächlich gehen.

²⁵ Für einen theoretischen Überblick vgl. Wæver (2001) sowie Hansen (2006).

Die vorliegende Arbeit kann in gewisser Hinsicht als poststrukturalistisch²⁶ bezeichnet werden, sie weicht jedoch in einigen wesentlichen Punkten vom Poststrukturalismus der Kopenhagener Schule (insbesondere in ihrer „starken“ Ausprägung)²⁷ ab und bezieht entsprechend des vorgestellten konstruktivistischen Modells sicherheitspolitischer Kultur auch zentrale Gedanken der Wissenssoziologie mit ein. Die eingenommene Perspektive entspricht hierdurch weitgehend dem von Reiner Keller entwickelten Ansatz der wissenssoziologischen Diskursanalyse (vgl. Keller 1997, 2001, 2007, 2008). Im Folgenden soll eine – zwangsläufig knappe – Darstellung des poststrukturalistischen Ansatzes in der Außenpolitikforschung und seiner Probleme erfolgen, bevor das dieser Dissertation zugrunde liegende Modell erläutert und mit dem vorgestellten Modell sicherheitspolitischer Kultur verknüpft wird.

4.1. Diskursverständnis und Verbindung mit dem vorgestellten Kulturmodell

4.1.1. Der Foucault'sche Diskursbegriff

Die wissenschaftliche Karriere des an sich relativ alten Wortes „Diskurs“ beginnt mit dem französischen Strukturalismus der 1950er und 1960er Jahre. Eine zentrale Rolle spielt hier Michel Foucault, auf dessen Diskursbegriff sich die meisten diskursanalytischen Forschungsprogramme grundlegend beziehen (vgl. Foucault 1974a, 1974b, 1988).

Der französische Philosoph untersuchte gesellschaftliche Phänomene wie Wahnsinn, Sexualität oder Strafen aus einer grundsätzlich konstruktivistischen bzw. wissenssoziologischen Perspektive und betrachtete seine Forschungsgegenstände als historisch kontingente, diskursiv konstruierte Erscheinungen. So gebe es z.B. kein zeitloses „Wesen“ des Wahnsinns „an sich“, sondern nur historisch kontingente Formen von Wissen und Praktiken, die Wahnsinn nicht einfach beschreiben und mit ihm umgehen, sondern die ihn erst konstituieren (vgl. Foucault 1973). Das zentrale Medium dieser Wirklichkeitskonstitution ist hierbei die Sprache. Der Begriff des Diskurses bezeichnet dabei eine Menge von an unterschiedlichen Stellen erscheinenden, einzelnen Äußerungen, die nach demselben Muster oder Regelsystem gebildet worden sind und soziale Wirklichkeit konstituieren. In einem berühmten Zitat Foucaults sind Diskurse „als Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen.“ (Foucault 1988: 74) Ein Diskurs ist also nicht einfach eine Debatte, sondern ein „Aussagesystem [...], das die Menge der von ihm beherrschten Aussagen durch endlich viele

²⁶ „Poststrukturalistisch“ ist allerdings nicht mit „anti-strukturalistisch“ gleichzusetzen; für eine entsprechende Diskussion Hansen (2006: 17-36).

²⁷ Es muss beachtet werden, dass die Kopenhagener Schule nur bedingt ein einheitliches Forschungsprogramm darstellt. Die deutliche Abgrenzung betrifft hier insbesondere die „stark“ poststrukturalistische Ausrichtung, wie sie etwa von Lene Hansen (2006) vertreten wird.

Regeln zusammenhält“ (Frank 1983: 216) und durch diese Regeln des Sprachgebrauchs auch die soziale Wirklichkeit bestimmt: „Discourses organise knowledge systematically, and thus delimit what can be said and what not.“ (Wæver 2001: 29)

Es geht hier also – das sei zur Vermeidung von Missverständnissen gesagt – *weder* um *discourse analysis* im Sinne von ethnomethodologischer oder linguistischer Gesprächsanalyse, *noch* um diskursive Prozesse im Sinne der habermas’schen *Diskursethik*, sondern um die Untersuchung der *diskursiven Konstruktion von Wirklichkeit*.

Die „Verknappungsprozesse“, denen der Diskurs somit die potentiell unendliche Menge möglicher Äußerungen unterwirft, betreffen auch die Menge möglicher Sprecher. Den Gedanken, dass Diskurse Ermächtigungs- und Ausschlusskriterien beinhalten, die legitime Sprecher von illegitimen unterscheiden,²⁸ entwickelte Foucault in Reaktion auf seine poststrukturalistischen Kritiker, die ihm Ahistorizität und Strukturobjektivismus vorwarfen. Seine später entwickelte „genealogische“ Perspektive betont stärker die prozessuale Seite von Diskursen und insbesondere auch die Bedeutung von Macht/Wissen-Komplexen. Diskursphänomene betrachtet er nun als „strategische Spiele aus Handlungen und Reaktionen, Fragen und Antworten, Beherrschungsversuchen und Ausweichmanövern, das heißt als Kampf.“ (Foucault 2002: 671) Mit anderen Worten: Durch Diskurse finden Auseinandersetzungen um die Definitionshoheit über bestimmte Phänomene statt, sie laufen demnach nicht macht- und herrschaftsfrei ab.

„Wahrheit‘ ist demnach keineswegs eine ‚richtige‘ Abbildung von Realität und niemals eine substanzielle Qualität von Aussagen, sondern ein historisch kontingentes Ergebnis von Wissenspolitiken.“ (Keller 2008: 139)

Hier wird der konstruktivistische Grundgedanke deutlich, dass Diskursstrukturen als soziale Strukturen einerseits Äußerungen strukturieren und damit die soziale Wirklichkeit (und damit auch soziale Akteure und ihre Handlungsmöglichkeiten) konstituieren, andererseits aber – auch wenn es Foucault an einem konkreten Akteurskonzept mangelt – selbst durch Akteurshandeln konstituiert werden.

Während der Foucaultsche Diskursbegriff ein zentraler Bezugspunkt diskursanalytischer Forschung ist, war sein Werk auch starker Kritik von vielen Seiten ausgesetzt. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive fehlt es ihm – auch in seinen späteren „genealogischen“ Werken, welche die Kritik am Strukturdeterminismus seines „archäologischen“

²⁸ Ein bei Foucault zentrales und häufig zitiertes Beispiel sind etwa wissenschaftliche Diskurse, innerhalb derer legitime Sprecherpositionen unter anderem durch formale Qualifikationen erst erworben werden müssen.

Diskurskonzeptes aufgegriffen – insbesondere an einer überzeugenden Konzeption des sozialen Akteurs. Diese ist aber notwendig, denn

„[e]rst durch den Einbau spezifischer Akteurskategorien lässt sich ein soziologisch plausibles Verständnis des Verhältnisses von Diskursen und diskursiven Ereignissen, von Diskursen als strukturierenden und strukturierten Strukturen gewinnen.“ (Keller 2008: 150)

Anders gesagt: Wie die Diskursstruktur zu konkreten Aussagephänomenen führt und wie und warum ein Diskurs sich wandelt, vermag Foucault trotz der Überwindung seines starren Strukturalismus nicht zu erklären. Dabei sollte allerdings auch beachtet werden, dass Foucault in seinem Schaffen eher Wert auf empirische Untersuchungen als auf theoretische und methodologische Ausführungen gelegt hat und daher eher als zentraler Referenzpunkt für spätere Diskurstheorien zu betrachten ist denn als Schöpfer einer konsistenten Diskurstheorie.²⁹

4.1.2. Die postmarxistische Diskurstheorie von Laclau und Mouffe

Neben stärker linguistisch orientierten Weiterentwicklungen³⁰ ist besonders die von den Politikwissenschaftlern Ernesto Laclau und Chantal Mouffe entwickelte postmarxistische Diskurstheorie von Bedeutung. Sie hat den Gebrauch der Diskursanalyse gerade in der Außenpolitik- und Integrationsforschung stark beeinflusst. Laclau und Mouffe (1985) beschäftigen sich vor allem mit der Einbindung von Subjekten in Diskurse und der Subjektconstitution durch Diskurse und entwickeln dabei die Diskurstheorie zu einer allgemeinen Sozialtheorie der Konstruktion von individuellen und kollektiven Identitäten.

Beide vertreten in poststrukturalistischer Tradition ein differentielles Verständnis von Sprache. Diese wird nicht als Medium betrachtet, das eine außersprachliche Realität mehr oder weniger korrekt repräsentiert (im Sinne eines referentiellen Sprachverständnisses), sondern als eigenständiges soziales System, das durch interne Differenzbildungen Bedeutungen generiert. Sprachliche Zeichen werden als grundsätzlich frei verfügbare *Elemente* betrachtet, die relational zu anderen Elementen platziert und erst dadurch zu bedeutungsgeladenen *Momenten* werden (Laclau/Mouffe 1985: 105-106). Dementsprechend ist auch Identität ein Verhältnisbegriff, der seinen Gehalt dadurch erhält, dass sprachliche Zeichen in Äquivalenzketten miteinander verknüpft und durch Differenzbildungen in Opposition zu anderen identitären Äquivalenzketten gesetzt werden. Letzten Endes geht es Laclau und Mouffe

²⁹ Foucault meinte selbst, dass dies auch nicht seine Absicht gewesen sei und er etwa in der „Archäologie“ weder eine Theorie entwickelt noch sich näher mit methodischen Fragen befasst habe, vgl. Foucault (2002).

³⁰ Zu nennen sind hier insbesondere die deutschsprachige Kritische Diskursanalyse, vertreten vor allem durch Siegfried Jäger und Jürgen Link, sowie die stärker soziologisch und weniger ideologiekritisch ausgerichtete Critical Discourse Analysis um Norman Fairclough und Ruth Wodak.

grundsätzlich darum, „das Politische als Antagonismus“ (Mouffe 2007: 17) und die Konstruktion von kollektiven Identitäten als negativen Abgrenzungsprozess eines positiv verstandenen ‚Wir‘ gegen ein bedrohliches ‚Sie‘ zu begreifen.

Ein weiteres zentrales Merkmal dieser Diskurstheorie ist die Ablehnung der Foucaultschen Trennung von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken, da alle, auch nicht-sprachliche Praktiken als bedeutungsgenerierende Artikulationen verstanden werden. Hierdurch werden Diskurse mit dem Begriff des Sozialen quasi gleichgesetzt – jede soziale Praxis ist eine Praxis der Sinnerzeugung, die als diskursiv begriffen wird und die Identitäten von Subjekten und Objekten formt.

Auch Laclau und Mouffe gehen wie Foucault davon aus, dass Diskurse nie herrschaftsfrei ablaufen können und durch Macht konstituiert werden. Erst durch Macht können sich bestimmte diskursive Konstruktionen gegenüber anderen durchsetzen und werden dann als *hegemonial* beschrieben. Der angewandte Hegemoniebegriff verortet die Akteure einerseits innerhalb der diskursiven Struktur, begreift letztere jedoch wiederum als Ergebnis von Akteurshandeln, wodurch insbesondere dem Problem des fehlenden Akteurskonzeptes bei Foucault begegnet werden soll. Laclau und Mouffe teilen dabei grundsätzlich Foucaults Machtbegriff, verorten ihn jedoch – entsprechend der Gleichsetzung des Diskursiven mit dem Sozialen – alleine innerhalb des Diskurses. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass es sich bei der Hegemonie von Diskursen nur um eine tendenzielle oder temporäre handelt; Diskurse sind nie endgültig und vollständig konstituiert, sondern immer machtbedingten Wandlungsprozessen unterworfen (Laclau/Mouffe 1985: 106).

Für den Prozess der Diskursstrukturierung sind in diesem Modell *leere Signifikationen* zentral, also Zeichen/Begriffe, die noch keinen oder keinen besonders stark fixierten Bedeutungsinhalt besitzen und genau dadurch zur Projektionsfläche für Hegemonisierungsbestrebungen und damit für politische Konkurrenz werden. *Diskursive Knotenpunkte* sind schließlich zentrale Begriffe, die ein bestimmtes Bedeutungssystem und unterschiedliche, konkurrierende Diskurse im Rahmen einer *diskursiven Formation* zusammenhalten. Dies kann etwa „Kommunismus“ innerhalb verschiedener kommunistischer Diskurse oder eben „Sicherheit“ innerhalb verschiedener sicherheitspolitischer Diskurse sein. Diese zentralen Begriffe stehen entsprechend in der Regel im Zentrum des diskursiven bzw. politischen Deutungskampfes.

4.1.3. Der Poststrukturalismus der Kopenhagener Schule

Der auf den theoretischen Annahmen von Foucault und Laclau/Mouffe basierende poststrukturalistische Diskursansatz hat im Bereich der diskursorientierten (vergleichenden)

Außenpolitik- und Integrationsforschung vor allem durch die Kopenhagener Schule erheblichen Einfluss gewonnen. Die diskursive Konstruktion nationaler Identität wird hier als wesentlicher Einflussfaktor für Außen- oder Europapolitik präsentiert.

Die Konjunktur diskursanalytischer Außenpolitikstudien kann in gewissem Sinne als Reaktion auf beständige Schwierigkeiten der Außenpolitikforschung gesehen werden. Zum einen ist Außenpolitik von vielen Faktoren beeinflusst, so dass es – wie bereits erwähnt – schwierig bis unmöglich ist, spezifische außenpolitische Entscheidungen detailliert zu erklären oder gar zu prognostizieren³¹ – erst recht nicht mit einem auch nur halbwegs generalisierbaren, auf unterschiedliche Staaten anwendbaren Modell, das sich nicht fallweise aus dem jeweiligen Fundus innenpolitischer ad-hoc-Erklärungsfaktoren bedient. Konsequenterweise vertritt die Kopenhagener Schule einen gewissen „Minimalismus“ und will nur allgemeine Außenpolitiklinien erklären: „we could often ‚explain‘ more easily some specific policy change by taking in specific domestic factors, but this would take structure out of the study and reduce it to *ad hoc* explanations.“ (Wæver 2001: 28)

Zum anderen hat Außenpolitikforschung – ebenso wie Forschung zu anderen Politikfeldern – häufig mit Entscheidungen und Entwicklungen zu tun, die hinter verschlossenen Türen ablaufen und oft auch von individuellen Überzeugungen oder Motiven der Entscheidungsträger sowie anderen kognitiven, psychologischen oder sonstigen schwer erhebbaren Faktoren beeinflusst sind. Hier entpuppt sich eine vordergründige Schwäche von Diskursanalysen als eine Stärke: nämlich ihre strenge Begrenzung auf öffentliche Texte. Was Entscheidungsträger oder Bevölkerung *tatsächlich* denken, ist aus dieser Perspektive irrelevant, da sie annimmt, dass Diskurse Wirklichkeit konstituieren und damit Außenpolitik strukturieren.

„One often finds a confusion of discourse analysis with psychological or cognitive approaches, or a commonsensical assumption that the ‚real‘ motives must be what we are all interested in, and texts can only be a (limited) means to get to this. Not so! Structures within discourse condition possible policies.“ (Wæver 2001: 27)

Diese Perspektive „leugnet nicht die Existenz von Dingen außerhalb ihres Zugriffsrahmens, erkennt aber an, dass Sie [sic!] sich ihrer Methode entziehen.“ (Fürst 2008: 14) Wæver zeigt ganz richtig auf, dass dieser Verzicht bei gleichzeitig beschränktem Erklärungsanspruch eine Stärke sein kann. Erweist sich dieses Modell als geeignet, allgemeine Außenpolitiklinien zu erklären, ist dies gegenüber Erklärungsansätzen, die auf „verborgene“ Motive zielen und alle möglichen, z.T. schwer oder gar nicht zugänglichen Faktoren berücksichtigen müssen oder müssten, ein gewaltiger methodischer Vorteil: Wenn sich herausstellt, dass ein Diskurs „has

³¹ Valerie Hudson (2007: 5) weist etwa darauf hin, dass sogar die Wandfarbe eines Verhandlungsraumes Entscheidungen beeinflussen kann, um die außerordentliche Komplexität des Gegenstandes zu verdeutlichen.

both a certain inertia and a relatively strong structuring effect on foreign policy, one has found a location for studying a domestic factor which is at the same time important *and accessible*.“ (Wæver 1994: 254, meine Hervorhebung)

Das von der Kopenhagener Schule angewandte Modell führt jedoch auch zu Problemen, insbesondere in seiner „stark“ poststrukturalistischen, sehr eng an Laclau und Mouffe angelehnten Form. Zunächst weisen an diesem Modell ausgerichtete Untersuchungen eine massive Konzentration auf die Konstruktion kollektiver Identitäten auf, was in hohem Maße auf deren zentrale Stellung in der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe zurückzuführen ist. Die Nachteile gegenüber der Rollentheorie, gerade im Lichte der vorliegenden Fragestellung, wurden bereits erläutert. Hier zeigt sich zudem eine „Diskrepanz zwischen dem universalistischen Anspruch dieser Diskurstheorie und der letztlich doch sehr engen Anwendungsperspektive im Hinblick auf Prozesse der Subjekt- und Identitätskonstruktion“ (Keller 2008: 164), die hinsichtlich der Verbindung zur praktischen Außenpolitik und gerade auch bezüglich des angewandten Sicherheitsbegriffes (s.u.) problematisch ist.

Mats Braun (2008) weist zudem darauf hin, dass durch die Beschränkung auf den nationalen Diskurs über die nationale Identität die Gefahr besteht, dass wichtige Einflüsse anderer, nicht an das nationale Setting gebundener Diskurse ignoriert werden. Anhand des tschechischen Beispiels zeigt er auf, dass internationale Diskurse über Ökonomie und Modernisierung, die von tschechischen Politikern in die nationale Diskursarena hineingetragen wurden, einen wesentlichen Einfluss auf den tschechischen Europadiskurs haben, aber vom geschichteten Identitätsmodell der Kopenhagener Schule nicht erfasst werden.

Durch die Gleichsetzung des Diskursiven mit dem Sozialen wird weiterhin das Diskurskonzept arg überstrapaziert, „weil analytische Unterscheidungen verschiedener gesellschaftlicher Strukturebenen und Strukturierungsformen einschließlich der Differenzierung zwischen Diskursen und Praktiken damit unterlaufen werden.“ (Keller 2008: 164) Dadurch wird – ähnlich wie in der Gray’schen Auffassung strategischer Kultur – in stark poststrukturalistisch ausgerichteten Arbeiten wie jenen von Lene Hansen insbesondere eine analytische Trennung von Diskurs und politischer Praxis verunmöglicht. Außenpolitik in all ihren Erscheinungsformen wird dann als diskursive Praktik verstanden, die Teil des identitären Diskurses ist. Politik und Diskurs werden somit gleichgesetzt – solche Studien

„conceptualize identity and policy as ontologically inseparable and this inseparability is enacted through discourse, and they cannot therefore adopt an epistemology documenting the causal effects of identity and foreign policy.“ (Hansen 2006: 27)

Ähnlich wie Gray stehen diese Arbeiten vor dem Dilemma, dass sie zwar anerkennen, dass es zu einer der diskursiv konstruierten Identität massiv widersprechenden Politik kommen kann, aber theorieimmanent keine Möglichkeit haben, dies schlüssig zu erklären. Schlimmer noch: Durch die Feststellung, dass bei einem Auseinanderfallen von Identitätsdiskurs und Politik entweder das eine oder das andere von Politikern „angepasst“ wird, weil es eine Präferenz für Konsistenz gibt (vgl. Hansen 2006: 28), beinhaltet diese Sichtweise durch die hier sozusagen durch die Hintertür doch erfolgte analytische Trennung beider Phänomene einen offensichtlichen Widerspruch.

Dass politische Praxis durch einen entsprechenden Diskurs nicht nur beeinflusst wird, sondern auch auf ihn zurückwirkt, ihn damit reproduziert (oder modifiziert) und somit sowohl als Produkt als auch als „Produktionsfaktor“ des Diskurses gelten kann, wird hier nicht bestritten. Bestritten wird nur, dass sich etwa ein außenpolitischer Diskurs (oder jener über nationale Identität) und Außenpolitik nicht analytisch trennen lassen. Außenpolitik ist eine Praktik, die zwar den Diskurs reproduzieren oder modifizieren mag, aber deswegen nicht notwendigerweise selbst als unmittelbar zum außenpolitischen Diskurs gehörend aufgefasst werden muss (s.u.). Letzten Endes ist diese analytische Trennung nicht nur machbar, sondern schlicht eine Notwendigkeit, da es sonst unmöglich wird, eine vollkommen berechnete Forderung zu erfüllen: „show me your discourse matters and how much.“ (Price/Reis-Smit 1998: 282) Andere poststrukturalistische Diskursanalysen gehen nicht so weit wie Hansen,³² bringen jedoch Diskurs und Verhalten nicht systematisch und nachvollziehbar in Verbindung (vgl. Hansen/Wæver 2001) oder verzichten gleich ganz auf eine Betrachtung außenpolitischer Praxis und konzentrieren sich alleine auf nationale Diskurse (vgl. Fürst 2008; Braun 2008).

Ein weiteres Problem poststrukturalistischer Untersuchungen, das im Rahmen der vorliegenden Arbeit bedeutsam ist, ist ihr ausschließlich auf die kollektive Identität bezogener Sicherheitsbegriff. So begreift Hansen Sicherheit entsprechend der Identitätskonzeption von Laclau und Mouffe als

„ontological necessity for the state, not because the state has to be protected from external threats but because its identity depends on them. Threats and insecurities [...] constitute the state: the state only knows who and what it is through its juxtaposition against the radical, threatening other.“ (Hansen 2006: 34)

Ein solcher Sicherheitsbegriff ist jedoch zum einen bereits massiv inhaltlich aufgeladen, zum anderen durch die Art der Aufladung viel zu eng gefasst, um tatsächlich zur Erhellung der Frage

³² Wæver (2001:26) spricht im Theorieteil des gemeinsam mit Hansen herausgegebenen Bandes zur Europapolitik der nordischen Staaten gar explizit von einer *kausalen* Beziehung zwischen Diskurs und Politik, die durch die vorgestellte Diskurstheorie *erklärt* werden soll, während Hansen (2006: 19) diese Möglichkeit vehement verneint.

beitragen zu können, wie in einer Gesellschaft Sicherheit und Bedrohung verstanden werden.³³ Gerade auch in diesem Punkt ist der generellen Kritik von Reiner Keller an empirischen Anwendungen der poststrukturalistischen Diskurstheorie zuzustimmen, dass hier Daten „zur Illustration der theoretischen Zusammenhänge bzw. zur Auffüllung der Konzepte mit Beispielen [dienen], [...] aber nicht als eigenständige Ebene der Theoriebildung einbezogen [werden].“ (Keller 2008: 165)

Zudem enthalten entsprechende Untersuchungen meist kaum Hinweise zum methodischen Vorgehen. Es ist daher nur begrenzt nachvollziehbar, wie die Forscher zu ihren Ergebnissen gekommen sind (vgl. Hansen/Wæver 2001; Hansen 2006; Stahl 2006; Fürst 2008).³⁴

4.2. Wissenssoziologische Diskursanalyse nach Reiner Keller

Reiner Keller und seine Augsburger Kollegen haben in den vergangenen Jahren maßgeblich zur Etablierung der Diskursanalyse im deutschen Sprachraum beigetragen (vgl. Keller et al. 2001, 2004, 2005a). Dabei ist insbesondere das von Keller entwickelte Forschungsprogramm der Wissenssoziologischen Diskursanalyse für die vorliegende Studie von Bedeutung. Keller vermittelt dabei zwischen Wissenssoziologie und Diskursanalyse und damit „zwischen mehr oder weniger entfernt Verwandten der Wissensanalyse, die je eigene Wege gegangen sind, ohne sich durch einen systematischen Erfahrungsaustausch anregen zu lassen.“ (Keller et al. 2005b) Einerseits will Keller durch die Einbeziehung der Diskursperspektive dem Paradox begegnen, dass empirische Forschungen in der Wissenssoziologie das Individuum als Wissensträger in den Mittelpunkt stellen und sich bisher nicht ernsthaft mit kollektiven Wissensvorräten befassen haben. Die Analyse diskursiver Prozesse der Erzeugung, Zirkulation und Manifestation kollektiver Wissensvorräte soll dieses Defizit ausgleichen. Gleichzeitig will er im Zuge einer Versozialwissenschaftlichung insbesondere die Empiriefähigkeit der Diskurstheorien durch eine Einbeziehung qualitativer Methoden der Sozialforschung stärken und die Probleme der Relationierung von Diskursen, diskursiven Ereignissen (Äußerungen) und sozialen Akteuren durch eine Einbettung in die sozialkonstruktivistische Wissenssoziologie lösen. Ihm geht es um eine Analyse der sozialen Prozesse, „in denen spezifisches Wissen zur gesellschaftlichen Wirklichkeit wird.“ (Keller 2008: 190)

³³ Eine geeignetere Perspektive nimmt hier Fürst (2008: 72-76) ein, der jedoch im Gegensatz zu seiner detailliert ausgeführten Diskurstheorie die im Diskurs konstruierten Elemente sozialer Wirklichkeit nur sehr grob darlegt.

³⁴ Vgl. allerdings Braun (2008) für eine Untersuchung, die in vorbildlicher Weise das methodische Vorgehen darlegt und nachvollziehbar macht.

4.2.1. Sprache, Diskurse und Akteure

Das Sprachverständnis dieses Ansatzes folgt der poststrukturalistischen Auffassung, dass Sprache kein Instrument zur Repräsentation einer außersprachlichen Realität ist, sondern ein eigenständiges System, das über Differenzbildungen Bedeutungen generiert. Basierend auf der Sprachtheorie von Ferdinand de Saussure und seiner Trennung von Sprachsystem (*langue*) und Sprachgebrauch (*parole*) sowie von Bezeichnendem (*signifiant*) und Bezeichnetem (*signifié*) und der *arbiträren* Beziehung zwischen beidem (vgl. de Saussure 1967) betonten Kritiker des Strukturalismus, dass sprachliche Zeichen nie eine Bedeutung per se haben. Vielmehr bestimmt der *Gebrauch* von Zeichen ihre Bedeutung. Um diese Bedeutung erfassen zu können, „ist der systemische Kontext des Auftauchens [sprachlicher Zeichen], der Diskurs, notwendig.“ (Fürst 2008: 51)

Keller zeigt die Kompatibilität dieses Sprachverständnisses mit dem wissenssoziologischen Theoriegerüst auf und schließt, dass soziale Wissensbestände im Sinne der Wissenssoziologie

„nichts anderes als Differenz-Systeme von Zeichen [sind], die durch den Zeichengebrauch sozialer Kollektive entstehen“ und „dem einzelnen Individuum und Bewusstsein immer schon als mehr oder weniger stark fixierter ‚Bestand‘ vorgängig [sind].“ (Keller 2008: 201)

Sprache ist dabei als „ein soziohistorisches Produkt von Institutionalisierungsprozessen“ und Sprachverwendung als „eine durch soziale und sozialstrukturelle Konventionalisierungen geregelte gesellschaftliche Praxis“ zu betrachten (Keller 2008: 202).

Als Diskurs wird nun der Strukturierungszusammenhang verstreuter diskursiver Aussageereignisse – oder *Diskursfragmente* – bezeichnet, ein „strukturierter Zusammenhang von differenzbildenden Typisierungen, der wiederum konkrete [...] Sprachereignisse anleitet.“ (Keller 2008: 205) Solche strukturell verknüpften Aussagekomplexe stellen dabei Behauptungen über Phänomenbereiche auf Dauer und versehen diese mit mehr oder weniger starken Geltungsansprüchen. Diskurse bilden „Welt“ also nicht ab, sondern konstituieren Realität. Sie „erzeugen [...] ‚Definitionen der Situation‘ und verknüpfen damit Handlungskonzepte.“ (Keller 2008: 258) Daraus ergibt sich, dass „nicht alles über alles in beliebiger Weise *und* handlungspraktisch erfolgreich gesagt und getan werden [kann].“ (Keller 2008: 271)

Die Strukturregeln eines Diskurses sind jedoch nicht als vollständig determinierende Erzeugungsmechanismen zu verstehen, sondern eher als Regeln oder Spielanleitungen. Das entscheidende „Bindeglied“ zwischen der Diskursstruktur und hierauf rekurrierender Äußerungen ist dabei der Sprecher als sozialer Akteur, der in der Foucaultschen Perspektive³⁵

³⁵ Vor allem in jener der „Archäologie“ (vgl. Foucault 1974a).

noch völlig durch den Diskurs determiniert ist. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse wendet sich gegen diesen starren Strukturalismus, der soziale Akteure im Grunde zu „kulturellen Deppen“ (Viehöver 2005) erklärt; stattdessen spielen hier interpretierende Akteure eine bedeutende Rolle. *Diskursive Praktiken* sind dabei „typische Handlungsweisen der Kommunikation, deren Ausführung als konkrete Handlung [...] der interpretativen Kompetenz sozialer Akteure bedarf und von letzteren aktiv gestaltet wird.“ (Keller 2008: 255)

Die durch einen Diskurs konstituierte Bedeutungsstruktur kann also grundsätzlich als potentiell dauerhaft, aber nicht als starr und unveränderlich betrachtet werden. Diskurse sind immer Wandlungsprozessen unterworfen, die nicht zufällig ablaufen, sondern sich einerseits aus der „Einpassung“ einer Diskursstruktur in die aktuellen Bedingungen eines situativen Kontextes durch die Akteure, andererseits aus Kämpfen um Deutungshoheit ergeben. Diskursstrukturen sind immer auch Machtstrukturen, welche eine Konstruktion sozialer Wirklichkeit einer oder mehreren anderen erfolgreich entgegensetzen.

„Soziale Akteure agieren also nicht als freie Gestalter der Diskurse. Sie sind ihnen andererseits auch nicht bedingungslos unterworfen oder ausgeliefert. Als aktiv wahrnehmende und regelinterpretierend Handelnde setzen sie ihre Handlungskompetenzen in diskursiven Ereignissen und im Vollzug diskursiver Praktiken ein. Nicht zuletzt daraus entsteht die Diskursdynamik.“ (Keller 2008: 221)

Diskurse instruieren also das diskursive Handeln von Akteuren, werden aber erst durch sie (re)produziert und potentiell auch transformiert. Sie sind damit soziale Strukturen im sozialkonstruktivistischen, wissenssoziologischen Sinne.

Gerade die Übernahme eines soziologischen Akteurskonzeptes ist ein großer Vorteil gegenüber stärker linguistisch orientierten, zum Teil strukturdeterministischen Diskurstheorien, da erst durch diese Ausdehnung der Analyse über die rein sprachliche Ebene eines Diskurses hinaus seine Aufrechterhaltung und sein Wandel wirklich verstanden werden können. Das Akteurskonzept der Wissenssoziologischen Diskursanalyse ist dabei von einer dreifachen Relationierung von Akteuren und Diskursen gekennzeichnet:

- *Sprecherpositionen* bezeichnen Orte des legitimen Sprechens innerhalb von Diskursen, welche von sozialen Akteuren als Rollenspieler eingenommen und interpretiert werden; die Legitimität kann bestimmten Bedingungen unterliegen (z.B. einer bestimmten Qualifikation); die Sprecher können implizite oder explizite *Diskurskoalitionen* bilden;
- *Subjektpositionen* werden in Diskursen erzeugt und beziehen sich auf bestimmte Adressaten(bereiche); hier geht es nicht um die Positionierung von sozialen Akteuren

als Sprecher im Diskurs, sondern innerhalb der durch den Diskurs konstituierten sozialen Wirklichkeit;

- *Soziale Akteure* sind Individuen oder Kollektive, die sich auf die erwähnten Sprecher- oder Subjektpositionen beziehen, diese einnehmen und ausführen – allerdings nicht als „Automaten“, sondern als aktiv Handelnde, die eigene Interpretations- und Realisierungsleistungen erbringen (vgl. Keller 2008: 222-223).

4.2.2. Diskurse und Praktiken

Ein Punkt, in dem das Forschungsprogramm der Wissenssoziologischen Diskursanalyse deutlich von der „stark“ poststrukturalistischen Position abweicht und sich stärker Foucault zuwendet, ist das Verhältnis von Diskursen und Praktiken. Praktiken sind

„Handlungsmuster, die durch den kollektiven Wissensvorrat als Handlungsrepertoire zur Verfügung gestellt werden, ein sozial konventionalisiertes, mehr oder weniger explizit gewusstes Rezept- oder Skript-Wissen über die ‚angemessene‘ Art und Weise von Handlungsvollzügen.“ (Keller 2008: 226)

Keller (2007: 62, 2008: 255-258) unterscheidet dabei zwischen drei Typen von Praktiken:

1) Praktiken der Diskurs(re)produktion

Dies sind Muster von Äußerungsformen und Handlungsweisen im Diskurs, die seine Realität konstituieren.

2) Diskursgenerierte Modellpraktiken

Dies sind auf Modellen für die vom Diskurs betroffenen diskursexternen Praxisfelder basierende Praktiken.

3) Diskursunabhängige Praktiken

Dies sind tradierte und routinisierte Arten, etwas zu tun, die zunächst eine diskursunabhängige Ebene sprachlicher oder nicht-sprachlicher Handlungsvollzüge bilden.

Alle drei Formen von Praktiken können diskursiver oder nicht-diskursiver bzw. sprachlicher oder nicht-sprachlicher Natur sein. Keller räumt ein, dass die Unterscheidung zwischen diesen Typen nicht immer einfach ist.

„Dennoch ist es hilfreich, zunächst eine diskursunabhängige Ebene der Praktiken anzunehmen und die Beziehungen zwischen Diskursen und dieser Ebene zum Gegenstand der Analyse zu machen. Nur so kann [...] ein vorschneller Kurzschluss von Positionen im Diskurs auf Handlungsvollzüge in der Praxis vermieden werden [...].“ (Keller 2008: 257)

Diese Perspektive ist ein wesentlicher Vorteil gegenüber den eng an Laclau und Mouffe orientierten Arbeiten, weil sie auch die Möglichkeit in Betracht zieht, „dass Diskurse keine bzw. nur minimale Machtwirkungen über ihre eigene (Re)Produktion hinaus entfalten.“ (Keller 2008: 266)

4.2.3. *Dispositive*

Als *Dispositive* bezeichnet Keller in Anlehnung an Foucault „die tatsächlichen Mittel der Machtwirkungen eines Diskurses“; Dispositive sind

„der institutionelle Unterbau, das Gesamt der materiellen, handlungspraktischen, personellen, kognitiven und normativen *Infrastruktur* der Produktion eines Diskurses und der *Umsetzung* seiner angebotenen ‚Problemlösung‘ in einem spezifischen Praxisfeld. Dazu zählen bspw. die rechtliche Fixierung von Zuständigkeiten, formalisierte Vorgehensweisen, spezifische (etwa sakrale) Objekte, Technologien, Sanktionsinstanzen, Ausbildungsgänge u.a. Diese Maßnahmenkomplexe sind einerseits Grundlagen und Bestandteile der (Re-) Produktion eines Diskurses, andererseits die Mittel und Wege, durch die ein Diskurs in der Welt interveniert.“ (Keller 2008: 258, Hervorhebung im Original)

Dispositive umfassen also mehr als nur den Diskursbegriff: „Miteinbezogen als eigenständige Analyseebenen sind *Praktiken* [...] sowie zum anderen *ihre symbolischen Objektivierungen und materialen Vergegenständlichungen*.“ (Schneider/Hirsland 2005, Hervorhebung im Original) So ist etwa das Duale System der Mülltrennung einschließlich seiner materiellen Manifestationen und Praktiken Teil des Dispositivs eines spezifischen Abfalldiskurses (vgl. Keller 1998). Allerdings bleibt der Dispositiv weiterhin ein eher diffuser Begriff, dessen Analyse konzeptionell und forschungspraktisch weiterer Entwicklungsleistungen bedarf (vgl. Schneider/Hirsland 2005). Daher wird eine Dispositivanalyse hier nicht angestrebt.

4.2.4. *Verstehen und Erklären*

Die wissenssoziologische Diskursanalyse zielt auf die Rekonstruktion der *diskursiven Konstruktion sozialer Wirklichkeit*. Dies impliziert laut Keller ein Moment des *Verstehens* und des *Erklärens*, beides sei jedoch miteinander „verwickelt.“

Verstanden werden sollen vor allem die Erscheinungsweisen und Verläufe der untersuchten Diskurse. Dieser Prozess erfasst

„die Mechanismen der Diskursformation in Gestalt eingesetzter kommunikativer Gattungen, institutioneller Strukturierungen von Sprecherpositionen, die Ausfüllung dieser Rollen durch tatsächliche ‚Sprecher‘, die Konstruktion des Wissens und der Welt, die sie dabei vornehmen, die Kontexte und Diskursfelder, in die Diskurse einbezogen sind, die

Veränderungen der Diskurse, die Diskursverläufe und -effekte, die daraus bzw. zwischen konfligierenden Diskursen entstehenden Dispositive der Weltintervention u.a.“ (Keller 2008: 272)

Erklärt werden sollen zum einen die Diskursentwicklungen selbst, zum anderen die gesellschaftlichen Folgen oder Effekte von Diskursen, wobei verschiedene diskursimmanente oder diskursexterne Faktoren bedeutsam sein können. Gerade auch durch die Berücksichtigung diskursexterner Interessen, Strategien, Macht- bzw. Herrschaftsverhältnisse oder soziostruktureller Faktoren ist die wissenssoziologische Diskursanalyse in der Lage, die Sprachzentriertheit linguistischer Ansätze zu überwinden und „das von Foucault angesprochene Gefüge diskursiver Formationen nicht nur textimmanent, sondern über verschiedene Datenformate und methodische Triangulation erschließen zu können.“ (Keller 2008: 273)

Zusammenfassend kann man also das Forschungsprogramm der Wissenssoziologischen Diskursanalyse als eine „Vervollständigung“ einer grundsätzlich inhaltlich neutralen und offenen Diskursperspektive um ein soziologisches Akteurskonzept und qualitative Methoden der Sozialforschung verstehen, die sich nicht einfach nur die Inhalte von Diskursen – also von Wissensbeständen, welche soziale Wirklichkeit konstituieren – zu bestimmten Zeitpunkten aufdecken will, sondern „ihre Genese und ihre Veränderungen als Ergebnis der diskursiven Deutungsarbeit sozialer Akteure“ (Keller 2008: 243) betrachtet.

4.3. Wissenssoziologische Diskursanalyse und sicherheitspolitische Kultur

Die bisherigen Ausführungen sollten deutlich gemacht haben, dass das vorgestellte Modell sicherheitspolitischer Kultur und die wissenssoziologische Diskurstheorie miteinander kompatibel sind. Die soziale Konstruktion sicherheitspolitischer Kultur, welche für die betreffende soziale Gruppe die sicherheitspolitische Wirklichkeit konstituiert und Handlungsanleitungen bereitstellt, läuft demnach über (deutungs-)kulturelle Diskurse ab. Sicherheitspolitische Kultur wird gleichsam als „Inhalt“ oder „Wesen“ entsprechender Diskurse verstanden, als der in diesen und durch diese konstruierte Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Soziale Akteure konstituieren demnach einen oder mehrere deutungskulturelle sicherheitspolitische Diskurse, die wiederum Teile der sicherheitspolitischen Wirklichkeit für die betreffenden Akteursgruppen konstituieren. Die jeweilige Diskursstruktur beschränkt dabei den Umfang dessen, was sinnvoll über sicherheitspolitische Phänomene gesagt werden kann und konstituiert das Sicherheitsverständnis und Bedrohungswahrnehmungen des sozialen Kollektivs. Der Diskurs und damit die sicherheitspolitische Wirklichkeitskonstruktion wird durch Praktiken der Diskursreproduktion reproduziert, aber auch „aktualisiert“, also durch die

Interpretation und Anwendung der Diskursstrukturen durch die sozialen Akteure verändert. Dies geschieht einerseits, indem diese Konstruktionen situativ angewandt und an äußere Bedingungen angepasst werden, andererseits aber auch durch Konflikte um Deutungshoheit. Das Interesse gilt also sozialen Strukturen, die Wirklichkeit konstituieren und in die Akteurshandeln eingebettet ist, und nicht den inneren Motiven oder Gedanken sozialer Akteure. Sicherheitspolitische Subkulturen lassen sich aus dieser Perspektive definieren, sofern es möglich ist, sicherheitspolitische Diskurse zu identifizieren, die ein klar abgegrenztes, mit anderen Diskursen inkompatibles Verständnis von Sicherheit oder inkompatible Normen/Rollenkonzeptionen konstruieren. Dies gilt umso mehr, wenn diese Diskurse klar abgrenzbaren Diskurskoalitionen zurechenbar sind. Zwar ist eine entsprechende Definition in dieser hermeneutischen Vorgehensweise in gewisser Hinsicht immer eine Ermessensentscheidung, gerade die Offenlegung des Materials und dessen Auswertung (vgl. Kapitel II.5) sollte aber eine Möglichkeit sein, hier zumindest entsprechende Überprüfungen vorzunehmen. Mit den durch den Diskurs konstituierten Wirklichkeitskonstruktionen sind Handlungsmodelle verknüpft, welche für die vom Diskurs abgedeckten diskursexternen Praxisfelder – hier die Außen- bzw. Sicherheitspolitik – Handlungsvorgaben bereitstellen. Außen- bzw. Sicherheitspolitik wird somit als diskursgenerierte Modellpraktik verstanden.

Zwar kann Sicherheitspolitik – unter anderem auch, weil sie wie jede Außenpolitik zu einem nicht unwesentlichen Teil aus Sprachhandlungen besteht – auch als diskursreproduzierende Praktik verstanden werden, da der hier erfolgte Handlungsvollzug stabilisierend oder transformierend auf die Diskursstrukturen zurückwirkt. Wie bereits erläutert, sollte dies aber nicht dazu führen, dass Diskurs und Politik für ontologisch untrennbar erklärt werden, weil die Argumentation sonst tautologisch wird. Als sicherheitspolitische Diskurse, in denen sicherheitspolitische Kultur konstituiert wird, werden somit Praktiken der Diskurs(re)produktion *innerhalb der nationalen Diskursarena* verstanden, da sich hier die hauptsächlichsten diskursiven „Aushandlungsprozesse“ innerhalb des politischen Gemeinwesens abspielen. Sicherheitspolitik, wie sie weiter oben definiert wurde, ist dann eine diskursgenerierte Modellpraktik, die nicht auf die (Re)Produktion eines nationalen Diskurses, sondern auf Adressaten außerhalb des Nationalstaates und damit außerhalb der nationalen Diskursarena gerichtet ist.

Die entscheidende Frage, inwiefern sich sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen mit entsprechendem politischen Handeln in Verbindung bringen lassen, lässt sich also in die Sprache der wissenssoziologischen Diskursanalyse so „übersetzen“, dass der Zusammenhang zwischen diskursiv konstruierten Handlungsmodellen und damit verbundenen Subjektpositionen (Rollenkonzeptionen) und Modellpraktiken (Policy-Output) untersucht wird.

5. Das methodische Vorgehen

Die methodologischen Herausforderungen einer Diskursanalyse sind beachtlich (vgl. Milliken 1999). Während diese schon seit einiger Zeit Konjunktur in der Außenpolitikforschung hat, bleibt sie in dieser und auch anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen in Hinblick auf die Vorgehensweise und vor allem deren Transparenz und Nachvollziehbarkeit noch immer häufig hinter ihren stärker linguistisch ausgerichteten Pendants zurück:

„Während die *discourse analysis* über vergleichsweise exakte Methoden der Sprach- und Textanalyse verfügt, bleiben die Analyse- und Interpretationsprozesse in poststrukturalistisch begründeten Untersuchungen intransparent bzw. bewegen sich auf einem Abstraktionsniveau, das wenig Rückbezüge auf empirische Daten zulässt.“ (Keller 2008: 115)

Dies mag einerseits mit der Notwendigkeit einer hermeneutischen Herangehensweise zu tun haben, da es nicht unbedingt einfach ist, die einzelnen Analyse- und Interpretationsschritte detailliert nachvollziehbar und transparent zu gestalten. Andererseits ist jedoch offensichtlich, dass die unvermeidliche Qualität diskursanalytischer Erkenntnisse nicht als „Wahrheit“, sondern ihrerseits als diskursive Äußerungen, als „Diskurse über Diskurse“, oft zu der erwähnten Intransparenz beiträgt. Auf Grundlage der Einsicht, dass Diskursanalyse grundsätzlich mit Interpretationsarbeit verbunden ist und zudem auch Forscher notwendigerweise „nur“ zur diskursiven Konstruktion ihrer Forschungsgegenstände beitragen und damit sozusagen „Wissen über Wissen“ (mit)konstruieren, wurde in der Vergangenheit häufig implizit die falsche Schlussfolgerung gezogen, dass methodologische Fragen nicht von allzu großer Bedeutung sind. Doch wenn man die Generierung wissenschaftlicher Erkenntnisse ebenso als sozialen und diskursiven Prozess begreift wie die Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit im Allgemeinen, bedeutet dies gerade nicht, dass das zu einer relativistischen und unreflektierten Praxis des „anything goes“ führen sollte. Diese Position wird hier nicht nur aus wissenschaftlichen, sondern auch aus normativ-politischen Gründen vertreten. Denn, um Johnston zu paraphrasieren: Schlecht gemachte Studien zu strategischen oder sicherheitspolitischen Kulturen können im schlimmsten Falle nicht zu größerer Erkenntnis führen, sondern stattdessen vor allem Stereotypen festigen (Johnston 1998: 63). Und eine wesentliche Möglichkeit, gute von schlechten Studien zu unterscheiden, liegt nun einmal darin, nicht nur die theoretischen Grundlagen einer Studie, sondern auch ihr methodisches Vorgehen einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Die Offenlegung von Interpretationsprozessen sollte daher ein zentrales Qualitätskriterium diskursanalytischer Untersuchungen sein.

Das heißt jedoch nicht, dass es einen „Königsweg“ der Diskursanalyse oder ein Set an standardisierten Methoden gibt. Die genaue Vorgehensweise muss sich zwangsläufig am

Forschungsgegenstand und an der Fragestellung orientieren, die an diesen herangetragen wird. Dabei werden je nach dieser Maßgabe unterschiedliche qualitative Methoden der Sozialforschung herangezogen, die jedoch an die Diskursperspektive (vor allem an die Annahme textübergreifender Strukturzusammenhänge) angepasst werden müssen. Zudem spielen in der Diskursanalyse auch abduktive Schlüsse eine wesentliche Rolle. Ziel kann daher nicht sein, eine standardisierte Vorgehensweise zu entwickeln. Ziel ist es vor allem, die Analyse- und Interpretationsschritte offenzulegen, nachvollziehbar zu machen und gute Begründungen dafür zu liefern, wieso bestimmte Schlussfolgerungen gezogen werden.

Verschiedene neuere diskursanalytische Untersuchungen sowie die Wissenssoziologische Diskursanalyse orientieren sich hierbei am methodischen Vorgehen der gegenstandsbezogenen Theoriebildung oder *grounded theory* (vgl. Fürst 2008, Braun 2008, Keller 2008). Dies ist eine Vorgehensweise, welche die gegenstandsnahe, empirisch begründete und grundsätzlich induktive Theoriebildung zum Ziel hat, anstatt aus allgemeinen Modellen abgeleitete Hypothesen zu testen (vgl. Glaser/Strauss 1967; Strauss/Corbin 1998). Der Ansatz der *grounded theory* ist insbesondere dazu geeignet, den weiter oben bereits beschriebenen Bias zugunsten bereits vorab angenommener Phänomene und Zusammenhänge zu vermeiden und die Analyse so lange und so weit wie möglich für alternative Ergebnisse offen zu halten, weswegen er auch im Rahmen dieser Dissertation Anwendung findet. Zwar wird hierbei das weiter oben vorgestellte Modell sicherheitspolitischer Kultur angewendet, dieses ist jedoch bezüglich des „Inhalts“ von Sicherheits- und Bedrohungskonzeptionen sowie Rollenkonzeptionen und der in Betracht gezogenen Zusammenhänge offen genug, um mit dieser Vorgehensweise kompatibel zu sein. Insbesondere geht es darum, möglichst unbeeinflusst von Vorkenntnissen und Hypothesen über Zusammenhänge zwischen Geschichte, Sicherheits- und Bedrohungskonstruktionen, Rollenkonzeptionen und Ukrainepolitik nicht vorhandene Annahmen zu bestätigen, sondern in einem offenen Analyseprozess die Daten für sich selbst sprechen zu lassen.

Nach Keller lässt sich eine Diskursanalyse grundsätzlich in den folgenden Schritten aufbauen, an denen sich diese Studie ebenfalls orientiert: Zunächst wird das zu untersuchende Diskursfeld festgelegt, was grob über inhaltliche, institutionelle und/oder akteursbezogene Kriterien erfolgen kann. Ein zweiter Schritt besteht in der Formulierung der Fragestellungen an den ausgewählten Untersuchungsgegenstand. Schließlich erfolgt die Bestimmung des Materials und der Erhebungs- und Auswertungsverfahren (vgl. Keller 2007: 80-81).

5.1. Die Festlegung des Diskursfeldes

In beiden Ländern – Polen wie Tschechien – werden inhaltlich im Grunde jeweils zwei Diskursfelder für die Zeit nach der Wende untersucht:

Zum einen geht es um diejenigen Diskurse, in deren Zentrum Fragen nationaler Sicherheit stehen, die also definieren, wie nationale Sicherheit verstanden wird, welche tatsächlichen oder potentiellen externen Bedrohungen existieren und wie ein sicherheitspolitisch wünschenswertes internationales Umfeld aussähe. Diesen Zusammenhang mutmaßlich mehrerer, konkurrierender oder sich ergänzender sicherheitspolitischer Diskurse bezeichne ich als *sicherheitspolitische Diskursformation*.

Zum anderen geht es um diejenigen Diskurse, in deren Zentrum die Konzeption der Ukraine als Akteur sowie die Formulierung von Handlungserwartungen an außenpolitische Entscheidungsträger in Bezug auf die Ukrainepolitik stehen und die Rollenkonzeptionen gegenüber der Ukraine beinhalten. Diesen Zusammenhang mutmaßlich mehrerer, konkurrierender oder sich ergänzender ukrainebezogener Diskurse bezeichne ich als *ukrainepolitische Diskursformation*.

Besondere Aufmerksamkeit kommt hierbei der Frage zu, ob und, wenn ja, wie diese Diskurse miteinander verknüpft sind, inwiefern sich also ukrainepolitische Rollenkonzeptionen auf sicherheitspolitische Diskurse beziehen bzw. damit begründet werden.

Bezüglich des institutionellen Settings geht es hier grundsätzlich um die öffentliche Diskursarena. Dies ergibt sich aus der erwähnten Annahme, dass in demokratischen Systemen auch die Außenpolitik vor der Öffentlichkeit, also den Wählern, gerechtfertigt und begründet werden muss und zu erwarten ist, dass grundlegende außenpolitische Orientierungen daher auch öffentlich erörtert werden. Allerdings nehme ich dabei – und hier findet auch gleich eine akteursbezogene Einschränkung statt – eine Verengung auf die politische Arena vor, beschränke mich also auf Diskursfragmente, die von Angehörigen der politischen Elite formuliert werden. Diese vorab vorgenommene Einschränkung auf die Kultur der politischen Elite ist grundsätzlich nicht ganz unproblematisch, da auch andere Akteure (z.B. Wissenschaftler, Publizisten, Journalisten) zur Strukturierung der Diskurse beitragen oder entscheidende Impulse liefern können. Allerdings sprechen mehrere Gründe für diese Vorgehensweise, die daher auch in der Regel bei Analysen außenpolitischer Diskurse und strategischer/sicherheitspolitischer Kultur vorgenommen wird:

Erstens zwingt die ansonsten ausufernde und in letzter Konsequenz uneinholbare Materialmenge zu einer Einschränkung, da hier die sicherheits- und ukrainepolitischen Diskurse zweier Länder über einen Zeitraum von etwa 20 Jahren erhoben werden.

Zweitens sind Diskurse grundsätzlich als offene Systeme zu betrachten, und es ist anzunehmen, dass in der Gesellschaft vorhandene und relevante Diskurse sich in jenen der politischen Elite widerspiegeln werden. Es kann also davon ausgegangen werden, dass – gerade in Demokratien – die sicherheitspolitische Kultur der Eliten nicht grundsätzlich von jener der Gesellschaft abweicht. Bei der Zusammenstellung eines breiten Korpus von Diskursfragmenten, die von Politikern erzeugt werden, sollte es unwahrscheinlich sein, dass relevante Positionen nicht berücksichtigt werden.

Drittens kann die Beschränkung auf die politische Elite sogar gewinnbringend sein. Denn während ihre Diskurse die Grundkonstanten der gesellschaftlichen Anforderungen an Außen- und Sicherheitspolitik widerspiegeln werden, ist anzunehmen, dass sie aufgrund der Kompetenzen und Ressourcen, über die Politiker verfügen, erheblich detaillierter, komplexer und konsistenter sind. Hierdurch – und durch die Nähe zu den relevanten Entscheidungsstrukturen – ist anzunehmen, dass die Elitendiskurse auch über eine größere Handlungsrelevanz verfügen (vgl. Duffield 1998: 34; Giegerich 2006: 39; Fürst 2008: 67). Dies gilt insbesondere auch für den Fall, dass Außen- und Sicherheitspolitik für die Bevölkerung eher nachrangige Themen darstellen. In diesem Falle relativiert sich zwar die Annahme der Übereinstimmung bzw. der aus demokratietheoretischen Gründen zwingenden Rückbindung der Eliten- an die Massenkultur, erstere wird dadurch jedoch nur noch relevanter. Politiker werden also gewissermaßen als „privileged storyteller“ (Milliken 1999: 236) oder als exponierte Vertreter bestimmter Diskurskoalitionen betrachtet.

Und zuletzt ist diese Vorgehensweise nicht nur aus diskurstheoretischer Perspektive und forschungspraktischen Gründen zu rechtfertigen, sondern verträgt sich auch mit der vorgestellten Konzeptualisierung von sicherheitspolitischer Kultur als *kollektiven* Wissensbestand: Denn es geht gerade *nicht* darum, was „die einfachen Leute“ oder „die Politiker“ *wirklich* über nationale Sicherheit und die Ukraine denken, sondern darum, wie „man“ im öffentlichen Raum über diese Phänomene sprechen kann oder muss (vgl. Wæver 2001: 26-27). Während eine Konzentration auf den Diskurs der politischen Elite vorgenommen wird, kann – und hier gehe ich im Einklang mit dem induktiven Ansatz der *grounded theory* vor – die genaue Feststellung der relevanten Sprecher erst sukzessive im Laufe der Analyse erfolgen. Zwar orientiere ich mich durchaus an gewissen Ämtern, von denen ich annehme, dass sie für die zentralen Themenbereiche legitime Sprecherpositionen kennzeichnen. Hierzu gehören vor allem die jeweiligen Präsidenten, die Regierungschefs, die Außen- und Verteidigungsminister sowie die außen- und/oder sicherheitspolitischen Sprecher von Parlamentsfraktionen und die jeweiligen Parteivorsitzenden. Allerdings ist dies keine abschließende Festlegung, da sich

einige dieser Sprecher im Verlaufe der Analyse als einflusslos, andere, hier nicht aufgeführte hingegen als entscheidend herausstellen können. Ein Beispiel ist der tschechoslowakische, später tschechische Präsident Václav Havel, für den sich im Laufe der Analyse ergab, dass er zum einen sehr stark Werte und Moral thematisierte, sich aber eher selten zu sicherheitspolitischen Fragen äußerte, und zudem im Ausland deutlich stärker rezipiert wurde als in Tschechien selbst. Die Analyse ist also als durchaus offener Prozess zu charakterisieren, der sich an den Grundsätzen des *theoretical sampling* orientiert (vgl. Strauss/Corbin 1998: 201-215).

Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass Diskurse und Rollenkonzeptionen, um Auswirkungen auf außenpolitisches Handeln zu haben, *konsensuell* oder zumindest *dominant* sein müssen. Als *dominant* wird ein Diskurs dann betrachtet, wenn sich eine überwiegende Mehrheit der Sprecher innerhalb des entsprechenden Argumentationsrahmens bewegt, es aber noch Diskurskoalitionen bzw. eine nennenswerte Anzahl an Sprechern gibt, die dies nicht tun. Die Dominanz eines Diskurses wird umso stärker, je mehr Sprecher ihn vertreten, je partiübergreifender er formuliert wird (da verschiedene Parteizugehörigkeiten schon grundsätzlich diskursive Unterschiede auf verschiedensten Feldern implizieren; ist dies im sicherheitspolitischen Bereich nicht der Fall, scheint sich der Diskurs trotz sonstiger Unterschiede durchgesetzt zu haben) und je weniger expliziter Widerspruch formuliert wird. Ein besonderer Hinweis auf Dominanz ist die Nutzung ein- und desselben Argumentationsmusters (etwa einer Bedrohungskonstruktion oder einer Rollenkonzeption) zur Begründung und Verteidigung widerstreitender Positionen.

Als *konsensuell* wird ein Diskurs dann betrachtet, wenn allenfalls vereinzelter, isolierter Widerspruch formuliert wird und ansonsten praktisch alle Sprecher den Diskurs reproduzieren oder ihm zumindest nicht entgegenarbeiten.

5.2. Die Fragestellungen

Die Fragestellungen, die an die sicherheitspolitische Diskursformation herangetragen werden, lauten wie folgt:

- Wie wird der Begriff der nationalen Sicherheit verstanden? Was sind die zu schützenden Güter, welche abgrenzbaren Dimensionen von Sicherheit gibt es?
- Welche potentiellen oder tatsächlichen Bedrohungen für die nationale Sicherheit werden identifiziert?
- Wer sind die relevanten Akteure im internationalen Umfeld, die hierbei eine Rolle spielen? Wie werden diese als Subjekte positioniert?
- Wie wird das eigene Land als Subjekt positioniert?

- Was wäre ein sicherer Zustand? Welche Phänomene oder Zustände tragen grundsätzlich zu einer Erhöhung der Sicherheit bei?
- Welche Rolle spielen historische Erfahrungen für diese Auffassungen von Sicherheit und Bedrohung?
- Welche grundsätzlichen Handlungsweisen werden als angemessen dargestellt, um Sicherheit zu gewährleisten?
- Welche Rolle spielt im Kontext dieser Fragen der osteuropäische Raum bzw. der geographische Raum östlich des Territoriums der beiden Akteure?
- Inwiefern lassen sich in Hinblick auf diese Fragen verschiedene, konkurrierende Diskurse voneinander abgrenzen? Wie tief gehen dabei die Unterschiede?
- Wie entwickeln sich diese Zusammenhänge im Laufe der Zeit?

Die Fragestellungen, die an die ukrainepolitische Diskursformation herangetragen werden, lauten wie folgt:

- Wie wird die Ukraine als Subjekt im internationalen System und im enger begriffenen europäischen Staatensystem positioniert?
- Wie wird gegenüber der Ukraine der eigene Staat als Subjekt positioniert?
- Welche allgemeinen Handlungsempfehlungen werden in Bezug auf die Ukraine formuliert? Anders gesagt: Wie sollte die Politik gegenüber der Ukraine aussehen? Wie stellt sich dies im bilateralen Verhältnis und im Rahmen der multilateralen Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine da?
- Wird dem eigenen Staat eine bestimmte Funktion oder Rolle im Hinblick auf die Ukraine zugeschrieben, und wenn ja, worin besteht diese?
- Stehen diese Rollenkonzeptionen, sofern vorhanden, in Verbindung zu den vorher erhobenen sicherheitspolitischen Diskursen? Anders formuliert: Inwiefern wird der Ukraine eine sicherheitspolitische Bedeutung zugeschrieben, und inwiefern sind die ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen sicherheitspolitisch motiviert?
- Wie entwickeln sich diese Zusammenhänge im Laufe der Zeit?

Dies sind grundsätzliche Leitfragen, die Aufstellung ist nicht abschließend oder definitiv. Es ist ein Grundcharakteristikum der *grounded theory*, dass während des Forschungsprozesses weitere Fragen an die Daten gestellt werden – entweder zur genaueren Klärung von Details im Analyseprozess oder zur tatsächlichen Modifikation des vorgestellten Fragenkataloges, wenn sich dies im Laufe der Analyse als sinnvoll oder notwendig erweist.

5.3. Das Untersuchungsmaterial

Ähnlich wie bei vielen anderen Analysen öffentlicher Diskurse stehen in dieser Untersuchung Äußerungen von Politikern in öffentlichen Foren und den Massenmedien im Vordergrund. Dabei beschränke ich mich auf in Textform vorliegende Daten. Grundsätzlich beziehe ich mich hierbei auf Diskursbeiträge im nationalen Rahmen, die an Akteure im nationalen Umfeld gerichtet sind, was bedeutet, dass als Diskursfragmente ausschließlich originalsprachliche Beiträge (polnisch und tschechisch, bzw. für die Debatten im tschechoslowakischen Parlament 1989-1992 auch slowakisch)³⁶ verwendet werden. Hierzu zählen vor allem

- Reden zur Außenpolitik, die von den Präsidenten, Regierungschefs und Außen- und Verteidigungsministern gehalten wurden;
- Debatten in den Unterhäusern der Parlamente; hierzu zählen Reden der Staats- und Regierungschefs sowie der jeweiligen Minister vor dem Parlament (z.B. das jährliche „Exposé“ des Außenministers in Polen) und evtl. daran anschließende außenpolitischen Grundsatzdebatten sowie speziell angesetzte Debatten zu Themen von größerer Relevanz (z.B. zum NATO-Beitritt oder zu außenpolitischen Krisen);
- Von Angehörigen der politischen Elite verfasste Kommentare, Aufsätze oder mit ihnen geführte Interviews in den jeweils zwei größten seriösen Tageszeitungen beider Länder. Dies sind in Polen die *Gazeta Wyborcza* (GW) und die *Rzeczpospolita* (Rz), in Tschechien die *Mladá Fronta Dnes* (MFD) und die *Právo* (bis 1995 *Rudé Právo*, RP);

Diese Aufzählung ist nicht abschließend oder definitiv, da die Datenerhebung, wie bereits erwähnt, ein offener Suchprozess ist. Im Untersuchungsverlaufe wurden auch noch andere offenbar relevante Dokumente, vor allem Sicherheits- und Außenpolitikstrategien sowie Parlamentsbeschlüsse mit einbezogen. Im tschechischen Falle wurden zudem für einen begrenzten Zeitraum die Analyse auf die drittgrößte Tageszeitung *Lidové Noviny* (LN) ausgedehnt.

Dabei ist festzuhalten, dass hier eine Beschränkung auf textförmige Daten stattfindet. Eine systematische Analyse etwa von audiovisuellen Daten (Fernsehdebatten, Talkshows) oder Dispositiven (z.B. Denkmäler, Gebäude, Gedenkfeiern) findet nicht statt. Dies ist nicht nur aus forschungspraktischen Gründen (Aufwand, Zugänglichkeit, Fragen der adäquaten

³⁶ Wie in Kapitel V noch ausgeführt wird, sind aufgrund der klaren Trennung der politischen Öffentlichkeiten in Tschechien und der Slowakei, der massiven Dominanz der Tschechen innerhalb der Tschechoslowakei, der personellen Kontinuität der entscheidenden Akteure und der sich hieraus ergebenden großen Kontinuität der tschechischen Diskurse innerhalb der Tschechoslowakei und im Rahmen des eigenen Staates Äußerungen von Slowaken nicht Bestandteil des Korpus. Sie werden nur gelegentlich angeführt, wenn dies argumentativ geboten ist. Eine Ausnahme bildet Marian Čalfa als Premierminister der ersten beiden Nachwenderegierungen.

Datenauswertung) nötig, die Analyse solcher über Texte hinausgehender Daten ist aus eben diesen Gründen konzeptionell und methodologisch noch immer unterentwickelt und daher in der Regel bisher auch nicht Teil von Diskursanalysen.

Für die Erhebung werden vorwiegend Online-Quellen verwendet. Dies ist möglich, da mittlerweile eine Vielzahl an Dokumenten über das Internet zugänglich ist. Eine erste, nicht jedoch abschließende Aufstellung der Bezugsquellen betrifft:

- die Quellensammlung *Zbiór Dokumentów* für eine Sammlung polnischer außenpolitischer Reden und Dokumente für den Zeitraum bis 2002;
- die im Internet bereitgestellten (ab 1999) und ansonsten gedruckten Ausgaben der vom tschechischen Außenministerium herausgegebenen Monatsschrift *Měsíčník „Zahraniční politika České republiky“* für außenpolitische Reden, Interviews etc. tschechischer Politiker (analog zum polnischen *Zbiór Dokumentów*);
- die Internetseiten der Premierkanzleien, der Präsidenten und des Außen- und Verteidigungsministeriums für aktuellere Beiträge;
- Gedruckte Sammlungen von Reden der Präsidenten, sofern diese über das Online-Angebot hinausgehen (dies ist etwa für Havel und Klaus nicht der Fall);
- die Internetseite des polnischen und des tschechischen Parlaments für die stenographischen Berichte von Reden und Debatten ab 1989 sowie für Polen für den Zeitraum 1989-1991 (X. Legislaturperiode) die gedruckten Protokolle;
- Die Internetarchive der genannten Zeitungen sowie gedruckte, über Bibliotheken zugängliche Ausgaben für die Zeit vor Einrichtung der Archive.

5.4. Erhebung und Auswertung

Die prominenteste Anwendung der Rollentheorie in der deutschen Außenpolitikforschung – die Publikationen zum Zivilmacht-Ansatz von Hanns Maull und seinen Kollegen – beruht auf der vorab vorgenommenen Konstruktion eines Idealtyps (eben jenes der Zivilmacht) und der darauf folgenden Untersuchung von außenpolitischen Grundsatzdokumenten und -reden sowie außenpolitischen Verhaltens, um durch einen Vergleich mit dem abstrakten Idealtyp die Ergebnisse fallübergreifend vergleichbar zu machen.

Dies ist eine grundsätzlich sinnvolle Form der Untersuchung, jedoch erfordert es meine etwas offenere Fragestellung, induktiv vorzugehen und nicht ein bereits vorab festgelegtes Kategorienschema auf die zu analysierenden Daten anzuwenden. Der Grundgedanke der *grounded theory* entspricht dem: Anstatt das Material auf vor Untersuchungsbeginn bestimmte

Konzepte und Kategorien hin zu untersuchen, sollen diese sukzessive während des Analyseprozesses gebildet und im weiteren Verlaufe verfeinert, modifiziert oder verworfen werden. In diesem Punkt ähnelt meiner Untersuchung eher der von Mats Braun über den tschechischen EU-Diskurs oder (mutmaßlich) jener von Lisbeth Aggestam über europapolitische Rollenkonzeptionen von Deutschland, Großbritannien und Frankreich.

Dementsprechend habe ich zunächst für beide Diskursfelder anhand von ausgewähltem Material eine detaillierte Mikroanalyse durchgeführt, um erste Kategorien und ein erstes Strukturgerüst für die Diskursanalyse zu generieren. Das Vorgehen orientiert sich an den entsprechenden Ausführungen von Strauss und Corbin und wendet insbesondere die Techniken des *theoretical sampling* (vgl. Strauss/Corbin 1998: 57-71), des offenen, axialen und selektiven Kodierens (vgl. Strauss/Corbin 1998: 101-161) sowie der minimalen und maximalen Kontrastierung an. Es trägt vor allem dazu bei, unbewusst bereits vorhandene Hypothesen und interpretative Automatismen nicht nur zu kontrollieren, sondern ggf. überhaupt erst bewusst zu machen.

Nachdem so eine erste Diskursstruktur mit den entsprechenden Kategorien erstellt wurde, wurde für beide Länder jeweils das Material von 1989 bis 2009 der Analyse unterzogen. Die vorläufige Diskursstruktur war dabei erst einmal vor allem eine Suchhilfe und unterlag während der Analyse auch noch Veränderungen.

Um den Gang der Untersuchung nachvollziehbar zu machen, werden die dabei produzierten Dokumente – Notizen, bearbeitete Quellen, den Zwischenstand dokumentierende Zusammenfassungen etc. – exemplarisch im Anhang beigelegt.

Die Mikroanalyse

Für die sicherheitspolitische Diskursformation wurden die im Parlament vorgetragene außenpolitischen Grundsatzreden der Außenminister beider Länder im April 1993 sowie die Reaktionen hierauf untersucht. Zunächst wurde angenommen, dass sich zu diesem Zeitpunkt – nach der Unsicherheit der unmittelbaren Nachwendejahre – in beiden Staaten die grundsätzliche außenpolitische Orientierung bereits herauskristallisiert hatte und nun – nachdem die UdSSR zerfallen und der Abzug der letzten russischen Soldaten vertraglich vereinbart oder schon vollzogen war – auch offen formuliert werden konnte. Die wesentlichen Grundlinien des neuen außen- und sicherheitspolitischen Denkens sollten sich also in den Grundsatzreden sowie in den Reaktionen hierauf wiederfinden.

Der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski (parteilos) präsentierte dem polnischen Sejm am 29. April 1993 das jährlich vorgetragene „Exposé“ des Außenministers, eine Art

Jahresbericht und gleichzeitig programmatische Grundsatzrede zur polnischen Außenpolitik (vgl. Sejm RP 1993a). Dabei wurden diese Rede sowie die am Tag darauf folgende außenpolitische Generaldebatte im Sejm der Detailanalyse unterzogen. Ähnliches gilt für das außenpolitische Konzept, das der tschechische Außenminister Josef Zieleniec (ODS) wenige Tage zuvor, am 21. April 1993, vor dem tschechischen Abgeordnetenhaus (Poslanecká sněmovna) vorgetragen hatte (vgl. PSP ČR 1993b: 19-20).

In beiden Fällen wurden zunächst anhand der Fragestellungen, die an den Text herangetragen wurden (siehe Punkt 5.2), die beiden Außenpolitikprogramme analysiert. Dies erschien als sinnvoller Ausgangspunkt, weil sie zum einen recht umfangreiche und gleichzeitig argumentativ kohärente Dokumente waren und zum anderen mutmaßlich die wesentlichen und wichtigsten Aspekte polnischer bzw. tschechischer Außenpolitik präsentierten und daher die Chance, eine möglichst große Anzahl an Konzepten und Verbindungen unter ihnen zu finden, am größten erschien. Die Reden wurden aus den Parlamentsarchiven in eine Word-Datei kopiert und im Fließtext mit Markern versehen, welche offenbar relevante Begriffskategorien (z.B. „Bedrohung“) sowie ihre Eigenschaften (z.B. „Wichtigkeit“) und Dimensionen (z.B. „niedrig-hoch“) festhalten (vgl. exemplarisch Anhang A). Im tschechischen Falle wurden in diesem Schritt noch Artikel aus gedruckten Zeitungen ausgewertet. Ein Beispiel für eine solche Auswertungsnotiz findet sich in Anhang B.

Die Hauptkategorien, die letzten Endes gebildet wurden, waren: „Sicherheit als Konzept“, „Bedrohungen“, „sicherheitspolitische Ziele“, „sicherheitspolitische Instrumente“, „externe Akteure“, „Polen/Tschechien als Akteur“ und „historische Anknüpfungen“. Zudem wurden bereits hier „sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen“ festgehalten. Die Inhalte der einzelnen Kategorien wurden zunächst in Codenotizen (Anhang C für ein Beispiel) festgehalten und schließlich in einer Zusammenfassung komprimiert (siehe Anhang D).

Danach wurden die Beiträge der Parlamentsabgeordneten zu den folgenden Grundsatzdebatten in selber Weise analysiert, was einen sinnvollen nächsten Schritt darstellt, weil es erlaubt, gezielt wenig und stark kontrastierendes Material zu finden, was bei einer Debatte von Vertretern der Regierungskoalition und der Oppositionsparteien zu erwarten ist. In Polen wurden inklusive des Exposés von Außenminister Skubiszewski und seiner Antwort auf die Redebeiträge 30 von 40 Beiträgen berücksichtigt, im tschechischen Falle acht von zehn. Im Zuge der Debatte wurde die Analyse teilweise erweitert. So stellte ich für den polnischen Fall fest, dass die Diskussion sich auch auf fundamentale außenpolitische Bedingungen wie das grundsätzliche Funktionieren von internationalen Beziehungen erstreckte. Für Tschechien bestätigte sich die Vermutung, dass aus Gründen der Genese des Parlaments – Näheres im

entsprechenden Kapitel – die außen- und sicherheitspolitische Diskussion stärker über die Presse geführt wurde. Daher wurden in die Mikroanalyse für den tschechischen Fall auch 22 Gastartikel und Interviews relevanter Sprecher aus der MFD und der RP sowie fünf Reden von Präsident Václav Havel mit einbezogen, um das Material anzureichern.

Im Anschluss erstellte ich eine erste Zusammenfassung der identifizierten Diskurse (vgl. exemplarisch Anhang E), in welcher festgehalten war, welche abgrenzbaren Argumentationsmuster bzw. Aussagesysteme der Diskurs enthielt und wie sie zusammenspielten (z.B. konträre Gegenüberstellung/Unvereinbarkeit oder Komplementarität/Überschneidung). Da allerdings die einzelnen Diskurse teils auch Überschneidungen aufweisen und häufig auf völlig konsensual geteilte Dimensionen von Sicherheit und Bedrohungsstrukturen rekurrieren, erschien es sachdienlicher, in der folgenden Darstellung der Sicherheitsbegriffe eine Gliederung nach den Dimensionen des Sicherheitsbegriffes vorzunehmen und in diesem Rahmen die unterschiedlichen Diskurse herauszuarbeiten.

Für die ukrainepolitische Diskursformation wurde etwas weniger weit zurückgegriffen und die Orange Revolution zum Mittelpunkt der Mikroanalyse gemacht. Der Grund hierfür ist, dass wir es hier mit einem Ereignis zu tun haben, in dem die Ukraine im Mittelpunkt stand und für das zu erwarten war, dass es in beiden Ländern – wie in ganz Europa – zu intensiver Berichterstattung und entsprechenden Äußerungen von Seiten führender Politiker geführt hat. Zudem waren beide Länder, Polen wie Tschechien, zu diesem Zeitpunkt bereits Mitglieder der Europäischen Union, was für die Frage, welche Rollenkonzeptionen in beiden Ländern für den Kontext der EU-Ostpolitik existieren – welche Funktionen also dem eigenen Land in diesem multilateralen Rahmen für die Ukrainepolitik zugeordnet sind – von Bedeutung ist.

Hierbei wurden alle Beiträge – Artikel, Interviews, Kommentare o.ä. – mit Bezug auf die politischen Ereignisse in der Ukraine im Zeitraum zwischen dem 1. November 2004 und dem 1. Februar 2005 aus den Online-Archiven (Polen) bzw. durch Sichtung gedruckter Exemplare (Tschechien) der jeweils zwei auflagenstärksten überregionalen Qualitäts-Tageszeitungen eingeholt. Für Polen waren dies 382 Beiträge aus der *Gazeta Wyborcza* und 119 Beiträge aus der *Rzeczpospolita*, für Tschechien zunächst 79 Beiträge aus der *Mladá Fronta Dnes* und 51 aus der *Právo*. Anschließend wurden alle Beiträge eliminiert, die keine Diskursfragmente von hier relevanten Sprechern beinhalteten, etwa rein beschreibende Berichte, Interviews mit oder Gastartikel von ukrainischen Politikern oder redaktionelle Kommentare.

Am Ende wurden aus den polnischen Zeitungen 51 redaktionelle Artikel mit oft recht ausführlichen Stellungnahmen teils gleich mehrerer Sprecher, 20 Gastartikel, 13 Interviews, ein Teilabdruck einer Rede Präsident Kwaśniewskis sowie ein Komplettabdruck des zentralen

Artikels des in den Siebzigerjahren in der Pariser Exilzeitschrift *Kultura* entwickelten „ULB-Konzeptes“ berücksichtigt, da sich zu diesem Zeitpunkt schon abzeichnete, dass dieses Konzept erheblichen Einfluss auf die polnische sicherheits- wie auch ukrainepolitische Diskursformation hat. Da die Orange Revolution im Rahmen der außenpolitischen Generaldebatte im Jahr 2005 eine wesentliche Bedeutung hatte, wurde diese mit in die Analyse einbezogen. Für Tschechien wurde aufgrund der überraschend geringen Menge an relevantem Material zudem noch die drittgrößte Tageszeitung *Lidové Noviny* mit 21 weiteren Beiträge in die Analyse einbezogen, so dass am Ende elf Artikel mit Aussagen tschechischer Sprecher, ein Interview und acht Gastartikel in die Analyse einfließen.

Methodisch wurde analog zur sicherheitspolitischen Diskursformation vorgegangen, dabei allerdings – entsprechend der unter Punkt II.5.2 aufgeführten Fragestellungen – speziell auf ukrainepolitische Rollenkonzeptionen geachtet.

Die Makroanalyse

Auf Grundlage dieser Daten wurden dann die Materialien für den Zeitraum ab 1989 untersucht (vgl. exemplarisch Anhang F). Die bisher erstellte Diskursstruktur diente dabei als Suchraster und wurde im Verlauf ggf. modifiziert oder auch erweitert (wenn etwa im Zeitverlauf neue Rollenkonzeptionen dazukamen oder sich, wie im tschechischen Falle, herausstellte, dass Diskurse und Rollenkonzeptionen vor 1993 existiert hatten, aber bereits weggefallen waren). Der Zeitraum der Analyse erstreckt sich dabei grundsätzlich von 1989 bis 2009. Dabei habe ich die Entwicklung der Diskursformationen zunächst von 1989 bis 1994 durchgehend und dann in jeweils Fünfjahresabständen um 1999, 2004 und 2009 herum untersucht, dabei aber auch wesentliche Debatten und Dokumente aus der Zeit dazwischen berücksichtigt (in Polen etwa die Parlamentsdebatte zum NATO-Beitritt 1998 oder die Sicherheitsstrategie von 2007). Im polnischen Falle erwies sich diese Vorgehensweise als sinnvoll, da sich bis 1994 tatsächlich ein weitgehender sicherheitspolitischer Konsens herausgebildet hatte, im tschechischen habe ich aufgrund des Fehlens eines solchen Konsenses und der bis 1994 noch nicht gefestigten Diskursformation die Analyse so modifiziert, dass der Zeitraum 1989-1999 durchgehend ausgewertet wurde, um die diskursiven Aushandlungsprozesse über einen längeren Zeitraum beobachten zu können und auch der Tatsache, dass durch die Dismemberation der Tschechoslowakei ab 1993 neue außenpolitische Bedingungen herrschten, zu berücksichtigen. Dabei gilt die Aufmerksamkeit nicht nur der Frage, inwiefern sich die vorläufige Struktur – also vor allem sicherheitspolitische Diskurse und ukrainepolitische Rollenkonzeptionen – im Material wiederfindet oder nicht, sondern auch der Frage, wie und warum sie sich in den

Jahren zuvor herauskristallisiert hat, wie sie sich seitdem entwickelt hat und was die wesentlichen Gründe für diese Entwicklungen sind.

An diesem Punkt lief die Analyse etwas auseinander. Bereits die Mikroanalyse des polnischen Falles hatte gezeigt, dass zwei von drei erkennbaren ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen nicht nur sicherheitspolitisch relevant, sondern auch tief in eine Struktur untereinander verbundener, nicht ukrainespezifischer sicherheitspolitischer Rollenkonzeptionen eingebettet sind, so dass es auch in der Makroanalyse nötig erschien, die weitere Entwicklung letzterer zu untersuchen. Letzteres gilt auch für Tschechien – jedoch aus einem gänzlich anderen Grund. Bereits die Mikroanalyse von 1993 und 2004/2005 zeigte, dass in Tschechien überhaupt keine erkennbaren und wenigstens von einer nennenswerten Minderheit getragenen ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen formuliert wurden. Die Makroanalyse wurde daher – bei gleichzeitigem Augenmerk darauf, ob nicht doch noch entsprechende Konstruktionen zu finden sind – eher unter der Leitfrage durchgeführt, ob die Tatsache, dass es praktisch keine ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen gibt, sicherheitspolitische Gründe haben könnte.

Für den polnischen Fall wurden 15 Parlamentsdebatten (i.d.R. Grundsatzdebatten zur Außenpolitik aus Anlass des jährlich vorgestellten Exposé), zehn Dokumente wie Sicherheitsstrategien oder Parlamentsbeschlüsse, 14 Reden polnischer Präsidenten, ein zusätzliches Interview mit Außenminister Radosław Sikorski, 21 Wahlkampfmaterialien aus den Parlamentswahlen 1989, 1991 und 1993 sowie 142 Gastbeiträge, Interviews oder Artikel mit Aussagen relevanter Sprecher in den Korpus einbezogen.

Für den tschechischen Fall ergibt sich eine höhere Anzahl an Einzelquellen, da es hier, anders als im polnischen Falle, keine „bequeme“ Verdichtung von außen- und sicherheitspolitisch relevanten Äußerungen in längeren parlamentarischen Grundsatzdebatten gibt. Daher wurden zum einen mehr (meist deutlich kürzere) Parlamentsdebatten zu spezifischen Themen berücksichtigt, zum anderen fielen wesentlich mehr Pressequellen an, da die außen- und sicherheitspolitische Debatte gerade in den Neunzigerjahren deutlich stärker über die Presse als im Parlament geführt wurde.

Insofern ergeben sich für Tschechien 32 Parlamentsdebatten, 13 Dokumente wie Sicherheitsstrategien, 14 Reden der Präsidenten, eine zusätzliche Rede von Außenminister Jiří Dienstbier, 25 Wahlkampfmaterialien³⁷ aus den Wahlen 1989, 1990, 1992, 1996, 1998, 2004 und 2009, sowie 298 Gastbeiträge, Interviews oder Artikel mit Aussagen relevanter Sprecher.

³⁷ Für einige nicht mehr existierende Parteien – US, US-DEU, SPR-RSČ und HSD-SMS – waren dabei keine Wahlprogramme mehr auffindbar. Da es sich ohnehin nur um kleine Parteien handelt, die zudem nur einige Jahre im Parlament vertreten waren, gehe ich nicht davon aus, dass dies die Ergebnisse nennenswert verzerrt.

III. Nationale Sicherheit und die Rolle der Ukraine in Polen

Polen war vor 1989 ein ständiger Unruheherd des Ostblocks gewesen. 1956, 1968, 1970, 1976 und 1980 erhob sich das Volk und wurde in der Regel mit Waffengewalt zum Schweigen gebracht. Gegen die Gewerkschaft und Freiheitsbewegung Solidarność, der zeitweise fast ein Viertel der Bevölkerung und fast ein Drittel der Mitglieder der kommunistischen PZPR angehört hatten, wusste sich die Führung nur mehr mit der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 zu helfen. Nach der Aufgabe der Breschnew-Doktrin durch die UdSSR kam es zu einer Annäherung von Staatsführung und Opposition, die schließlich zu den Verhandlungen am Runden Tisch von Februar bis April 1989 führten. Ergebnis war, dass am 4. Juni 1989 „halbfreie“ Wahlen abgehalten wurden, bei denen 35% der Sitze im Sejm (dem Unterhaus) frei besetzt werden konnten, während der wieder geschaffene Senat völlig frei gewählt werden konnte. Die Niederlage der PZPR, die keinen einzigen der freien Sitze erringen konnte, führte zu einer rasanten Erosion des bisherigen Systems. Während Wojciech Jaruzelski, der das Kriegsrecht zu verantworten hatte, von der Nationalversammlung zum Staatspräsidenten gewählt wurde, kam eine von der PZPR geplante Regierung unter Czesław Kiszczak nicht mehr zustande, weil die bisherigen Blockparteien zur Opposition überliefen. So wurde Tadeusz Mazowiecki erster nichtkommunistischer Nachkriegs-Ministerpräsident Polens.

Während sich die PZPR nach und nach reformierte und die bis heute im Parlament vertretene postkommunistische, später eher sozialdemokratische SLD als ihre Nachfolgepartei betrachtet werden kann, zerbrach das Oppositions-Sammelbecken „Solidarność“ sehr schnell in eine Vielzahl von Parteien. Bis heute relevant sind nach einem Konsolidierungsprozess die konservativ-liberale Bürgerplattform (PO) und die nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), die seit 2001 existieren.

Die lauter werdenden Rufe nach vollständiger Demokratisierung führten 1990 zu freien Präsidentschaftswahlen, die der Solidarność-Führer Lech Wałęsa gewann, und 1991 zu freien Parlamentswahlen. Da der Sejm massiv fragmentiert war und damit auch die Regierungen sehr instabil waren, wurde eine 5%-Sperrklausel eingeführt, die bei den vorgezogenen Wahlen von 1993 nicht nur zu einer stärkeren Konzentration führte, sondern auch einem großen Teil des zersplitterten Post-Solidarność-Spektrums den Weg ins Parlament versperrte. Die Folge war, dass 1993, also schon vier Jahre nach dem Beginn des Systemwandels und nur zwei Jahre nach der vollständigen Demokratisierung, bereits wieder eine von den Nachfolgern der ehemaligen Staatspartei geführte Regierung ins Amt kam.

1. Sicherheits- und Bedrohungsstrukturen in Polen 1989-1994

1.1. Die Frühphase – Erste Reorientierung 1989-1990

Bis etwa 1994 sollte sich in Polen ein weitgehender außen- und sicherheitspolitischer Konsens etablieren. Der Weg von den Juniwahlen 1989 bis dorthin zeigt die zentralen Dimensionen von Sicherheit und die grundlegenden sicherheitspolitischen Ziele sowie die hieraus entstandenen Rollenkonzeptionen sehr deutlich auf, da diese erst in langen Diskussionsprozessen herausgearbeitet werden mussten. Es zeigt sich, dass eine Kenntnis der Debatten dieser Jahre notwendig ist, um spätere „Axiome“ und „Selbstverständlichkeiten“ polnischer Sicherheitspolitik zu verstehen, wozu auch die ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen gehören, die später zum Teil kaum noch hinterfragt werden.

Die Diskussion kam jedoch – sicherlich insbesondere aufgrund der Unsicherheit über das mögliche Verhalten der UdSSR, deren Truppen immer noch auf polnischem Boden stationiert waren – erst langsam in Schwung. Während Außen- und Sicherheitspolitik im Wahlkampf von 1989 (vgl. Warszawski Komitet Obywatelski 1989: 2), in Tadeusz Mazowieckis erster Regierungserklärung vor dem Parlament und auch in der hierauf folgenden Debatte noch keine allzu große Rolle spielte (vgl. Sejm PRL 1989: 6-48)³⁸, trat am 16. März 1990 eine neue Verteidigungsdoktrin in Kraft (vgl. Komitet Obrony Kraju 1990). Zudem stand das Thema „Sicherheit“ weitgehend im Vordergrund der ersten, zweitägigen außenpolitischen Generaldebatte, die im Anschluss an die Präsentation des ersten „Exposés“ des parteilosen Außenministers Krzysztof Skubiszewski (vgl. Sejm RP 1990a: 7-19) am 26. und 27. April 1990 im Sejm stattfand, und wurde zunehmend auch in der Tagespresse diskutiert. Insbesondere die Sejmdebatte zeigt gerade auch aufgrund der zum Teil unterschiedlichen sicherheitspolitischen Vorstellungen, dass der Sicherheitsbegriff zwar ganz klar eine klassische militärisch-territoriale, aber auch eine hiermit eng verknüpfte und mindestens ebenso bedeutsame politische sowie eine deutlich erkennbare, wenn auch weniger bedeutsame ökonomische Dimension besitzt.

Das Thema „Sicherheit“ dominiert die Debatte klar: Sämtliche Abgeordneten, die im Namen ihrer Fraktionen sprechen, und die meisten, die individuelle Beiträge leisten, nehmen auf das Thema Bezug und machen es häufig zum Schwerpunkt ihrer Beiträge. Von insgesamt 40

³⁸ Die stenographischen Berichte des Sejms sind unterschiedlich verfügbar. Für die Protokolle der X. Legislaturperiode (1989-1991, nur gedruckt verfügbar) und alle ab dem 1.12.2004 (Beginn der Verfügbarkeit von PDFs auf der Website des Sejms) sind daher bei den Quellenangaben Seitenzahlen angegeben. Die Protokolle ab der I. Legislaturperiode bis zum 30.11.2004 sind auf der Website des Sejms über eine Datenbank verfügbar. Für einzelne Beiträge gibt es allerdings keine individuelle URL. Statt Seitenzahlen oder einer URL sind daher hier die Namen der Abgeordneten und bei mehreren Beiträgen ggf. die Nummer des Beitrags genannt, auf den sich die Angaben beziehen, gezählt nach den Anzahlen der Links im Protokoll.

Debattenteilnehmern sprechen 30 zum Thema Sicherheit. Von vielen wird sie auch explizit als oberstes Ziel der polnischen Außenpolitik definiert; ihr Stellenwert zeigt sich zudem darin, dass sie das zentrale Ziel zu sein scheint, auf das sich die meisten anderen Prioritäten der polnischen außenpolitischen Konzeption beziehen, wie sich im weiteren Verlauf zeigen wird.

Die grundlegenden Ziele bzw. Objekte von Sicherheit – also jene Güter, die geschützt werden müssen – sind im Material de facto konsensual und werden regelmäßig deutlich hervorgehoben: Erhalt und Stärkung der Souveränität und Unabhängigkeit Polens, damit einhergehend der Bestand der Demokratie sowie die marktwirtschaftliche Transformation in Polen, die Unverletzlichkeit der Grenzen (vor allem der deutsch-polnischen) und die territoriale Integrität des Landes. Damit bewegt sich zu diesem Zeitpunkt der Sicherheitsbegriff bezüglich der zu schützenden Werte in einem sehr klassischen Rahmen. Bei genauerer Untersuchung ergibt sich, dass er drei hauptsächliche Dimensionen besitzt, auf welche sich die relevanten sicherheitspolitischen Diskurse beziehen.

Im Folgenden werden zunächst die grundlegenden Dimensionen des polnischen Sicherheitsbegriffes dargestellt und anhand dieser die relevanten sicherheitspolitischen Diskurse rekonstruiert. Eine Zusammenfassung dieser Diskurse bis 1994 findet sich zur besseren Orientierung in Tabellensatz 1 auf den Seiten 153-156.

1.1.1. Die territorial-militärische Dimension des polnischen Sicherheitsbegriffes

Der militärische Faktor – mögliche Bedrohungen Polens durch einen militärischen Angriff auf sein Territorium und die Möglichkeit gewaltsamer Grenzänderungen oder militärischer Unterwerfung und Polens militärische Reaktionsmöglichkeiten auf solche Gefahren – spielt aufgrund der Natur der Sache eine zentrale Rolle in der Verteidigungs- bzw. Militärdoktrin von 1990, steht aber auch in der Sejmdebatte durchaus deutlich im Vordergrund.

Zwar wird immer wieder, gerade von Skubiszewski, deutlich betont, dass durch die politischen Veränderungen in Europa die Rolle des Militärs abgenommen habe und ein Krieg, der Polen in Mitleidenschaft ziehen könnte, viel weniger wahrscheinlich sei. Dies gilt selbst für eine mögliche militärische Aggression Moskaus. So stellt Ryszard Zieliński von der Christlich-Sozialen Union (UChS) anlässlich der parallel zur Sejmsitzung stattfindenden Eskalation der Situation in der litauischen SSR fest:

„Sollte die Politik Moskaus unter dem Vorwand des litauischen Problems letzten Endes von Gewalt dominiert werden, bedroht uns selbst das nicht. Die Rückkehr von Panzern und Beratern nach Warschau, Budapest oder Prag erscheint nach menschlichen Maßstäben unmöglich.“ (Sejm RP 1990a: 116)

Dennoch wird die Möglichkeit der Materialisierung einer militärischen Gefahr prinzipiell weiter in Betracht gezogen. Entsprechend wurde von der neuen Regierung das Ziel einer allgemeinen Abrüstung in Europa propagiert, wozu nicht nur Massenvernichtungswaffen, sondern auch konventionelle Waffen sowie der Aufbau von militärischen Kontakten etwa zum Zwecke von Inspektionen oder Verhandlungen über Militärdoktrinen zählten (vgl. Sejm RP 1990a: 11). Dieses Ziel wurde von niemandem in Frage gestellt, allerdings muss auch festgestellt werden, dass außer Skubiszewski kaum jemand dieses Thema ansprach. Eine zentrale Rolle spielte hingegen die Frage nach der deutsch-polnischen Grenze, die durchweg von allen Beteiligten als Grundstein der polnischen Sicherheit, als nicht verhandelbar und teils sogar als essentieller Baustein des Friedens in Europa dargestellt wurde, so auch in Polens erster Nachwende-Militärdoktrin:

„Das Fundament der polnischen Verteidigungsdoktrin ist die Sicherung der territorialen Integrität des Landes. Die Republik Polen betrachtet die Unveränderlichkeit und Unantastbarkeit seiner gegenwärtigen Grenzen als wesentliche Bedingung für Frieden auf dem europäischen Kontinent. Eine Infragestellung der Dauerhaftigkeit und Beständigkeit der westlichen Grenze Polens bedeutet eine Untergrabung eines wesentlichen Bestandteils der europäischen Ordnung.“ (Komitet Obrony Kraju 1990)

Die noch bestehende Unsicherheit über die polnische Westgrenze – auch vor dem Hintergrund der Unsicherheit über das zu erwartende militärische Potential des wiedervereinigten Deutschland – ist auch der wesentliche Grund dafür, dass selbst die neue Führung noch weiterhin an Polens Mitgliedschaft im Warschauer Pakt festhielt. Zwar wurde rundum gefordert, dass dieser nur noch die Funktion der kollektiven Verteidigung statt jener der politischen Kontrolle der UdSSR über ihre Satellitenstaaten wahrnehmen solle (wobei die Solidarność-Eliten die Freiheit von politischer Bevormundung durch die Sowjetunion im Vergleich zu den Sozialisten besonders betonten) (vgl. GW 30.10.1989; Sejm RP 1990a), allerdings sah selbst Mazowiecki noch die Notwendigkeit des Bestehens des Warschauer Paktes und der Stationierung sowjetischer Truppen in Polen und befand sich damit noch weitgehend auf der Linie der polnischen Postkommunisten (vgl. Rz 22.2.1990). Hier zeichnete sich jedoch bereits ab, dass das Solidarność-Lager zunehmend eine andere Position zu vertreten begann, da etwa Skubiszewski im Sejm bereits klar ankündigte, dass man sich um einen Abzug der sowjetischen Truppen bemühen werde (vgl. Sejm RP 1990a: 12). In jedem Falle wird Folgendes klar: Während das eigene Militär konsensual als Grundstein der nationalen Sicherheit angesehen und die Kontrolle Polens durch fremdes Militär abgelehnt wurde, vertraten praktisch alle Beteiligten explizit oder implizit die Position, dass Polens militärisches Potential in jedem Falle zu klein sei, um sich wirksam selbst gegen militärische Bedrohungen

wehren zu können – zumal angesichts der möglichen Gegner.³⁹ Recht prägnant formulierte dies Włodzimierz Wiertelak von der „Polnischen Volkspartei – Wiedergeburt“ (PSL-O), einer Abspaltung der 1989 aufgelösten Blockpartei „Vereinigte Volkspartei“ (ZSL):

„Vor allem dürfen wir nicht vergessen, dass Polen in der Mitte Europas liegt, und dass wir unsere Nachbarn weder ändern noch sie uns frei aussuchen können, sowie dass wir in Europa weder eine wirtschaftliche noch eine militärische Großmacht sind.“ (Sejm RP 1990a: 90)

Was dabei jedoch klar blieb – und ebenfalls bereits auf eine Abkehr vom Warschauer Pakt hindeutet – ist, dass die polnische Armee auch im Rahmen des Warschauer Paktes für keine Aggression, sondern einzig zur Verteidigung Polens zur Verfügung stehen sollte (vgl. etwa Sejm RP 1990a: 16, 28).

Der militärische Aspekt von Sicherheit bezog sich allerdings nicht nur auf einen eventuellen direkten militärischen Konflikt mit einem anderen Staat wie Deutschland, sondern auch allgemein auf mögliche Konflikte in Europa. So galt es nicht nur, Angriffe auf Polen selbst zu verhindern, sondern auch militärische Auseinandersetzungen in Europa allgemein. Der Grund, in den Debattenbeiträgen zwar wahrnehmbar, aber oft eher implizit vermittelt, wurde in der Verteidigungsdoktrin sehr deutlich formuliert und hing unmittelbar mit der geographischen Lage Polens zusammen:

„Ein eventueller Konflikt könnte ganz Europa oder einen Teil davon umfassen [...]. Es bestünde die Gefahr, dass er zu einem Konflikt mit begrenztem oder unbegrenztem Einsatz von Atomwaffen wird. Auch kann die Möglichkeit eines Einsatzes solcher Waffen oder anderer Massenvernichtungswaffen schon zu Beginn der Kriegshandlungen nicht völlig ausgeschlossen werden.

Schauplatz des entscheidenden Ringens wäre in jedem Falle Mitteleuropa, und Polen würde als strategischer Ort für Transit und die Stationierung von Zweitschlagstruppen und Reserven – selbst unabhängig von seinem Willen – in den Krieg hineingezogen. Aus diesem Grund bedeutet jeder Krieg in Europa die Gefahr der Vernichtung der polnischen Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur.“ (Komitet Obrony Kraju 1990)

Diese geopolitischen Erwägungen waren (und sind) der Grund dafür, wieso militärische Auseinandersetzungen in Europa auch ohne Beteiligung Polens als Gefahr wahrgenommen werden, selbst wenn die Sejmdebatte deutlich erkennen lässt, dass die Entwicklungen im internationalen Umfeld durchgehend als positiv wahrgenommen und die militärische Bedrohung als abnehmend betrachtet wurde. Dass zwischenstaatliche Streitigkeiten und sonstige Konflikte ohne direkte Beteiligung Polens aufgrund ihres Eskalationspotenzials

³⁹ Einzig Marek Bartosik (vgl. Sejm RP 1990a: 104-107) von der PKLD sieht eine Art Neutralität Polens mit Sicherheitsgarantien der Großmächte als Lösung. Auf seinen Vorschlag geht jedoch niemand ein, stattdessen vertreten alle anderen Sprecher, die sich zum Thema äußern, hiermit nicht kompatible Positionen.

durchaus als Gefahr für Polens Sicherheit konstruiert wurde, führte auch zur großen Bedeutung der zweiten Dimension von Sicherheit: der politischen.

1.1.2. Die politische Dimension des polnischen Sicherheitsbegriffes

Die politische Dimension von Sicherheit beschreibt jene Aspekte des Sicherheitsbegriffes, die Bedrohungen politischer Natur und politische Gegenmaßnahmen betreffen, auch wenn sie insofern mit der militärischen Dimension verwoben ist, als politische Bedrohungen häufig als solche betrachtet werden, weil sie in Folge zur Materialisierung militärischer Bedrohungen führen können. Wesentliches Instrument „politischer“ Sicherheitspolitik ist demnach nicht das Militär, sondern die Diplomatie bzw. Verhandlungen mit anderen Akteuren sowie die Gestaltung und Verregelung politischer Beziehungen anstelle von militärischer Abschreckung bzw. der Bereitschaft, militärisch gegen einen Aggressor vorzugehen.

In Konsequenz der dominanten Vorstellung, Polen sei zu einer eigenständigen militärischen Verteidigung nicht in der Lage, und auch aufgrund der Wahrnehmung (potenziell) gewalttätiger Konflikte in Europa als Gefahr für Polen, war diese Dimension von Sicherheit zumindest in der Diskussion wesentlich prävalenter und inhaltlich komplexer, auch wenn aufgrund der Verwebung mit der militärischen Dimension kaum zu sagen ist, ob sie als inhaltlich überwiegend gegenüber letzterer bezeichnet werden kann. Deutlich im Vordergrund standen dabei folgende vier sicherheitspolitische Ziele, deren gemeinsames Leitziel Frieden und geopolitische Stabilität auf dem europäischen Kontinent sind.

1.1.2.1. Die Einigung Europas

In der Debatte dominierten die politische Kooperation im Allgemeinen und die politische Integration im Speziellen als sicherheitspolitische Instrumente. Aus der Erkenntnis der eigenen militärischen Schwäche und des praktisch unausweichlichen Betroffenseins Polens von innereuropäischen Konflikten aufgrund seiner geographischen Lage wurde der Imperativ der (sicherheits-)politischen Einigung Europas, also des Abbaus konfrontativer Trennlinien in Europa abgeleitet; man kann insofern bereits hier von einem *europäischen Einigungsdiskurs* sprechen, nach dessen Logik politische Kooperation und Integration zur Konfliktprävention und -lösung dienen und zudem das Machtpotenzial größerer Staaten einhegen sollen. Dies betraf insbesondere Deutschland, über das die Meinungen etwas auseinandergingen. Es gab unter den Solidarność-Eliten einen weitgehenden Konsens darüber, dass die deutsche Wiedervereinigung – unter der Voraussetzung der Anerkennung der Westgrenze Polens –

wünschenswert und auch notwendig war, da ohne sie ein Ende der Teilung Europas und damit Sicherheit für Polen nicht realisierbar sei. So führte der Solidarność-Abgeordnete Bronisław Geremek (OKP) aus:

„Die Wiedervereinigung Deutschlands haben wir also nicht als notwendiges Übel, mit dem man sich arrangieren muss, sondern als unerlässlichen Prozess des Wiederaufbaus Europas betrachtet, der Überwindung der post-jaltanischen Teilung, der Veränderung der Beziehungen auch zwischen Polen und der Sowjetunion. Die Veränderungen der Situation Deutschlands berührt doch auf natürliche und direkte Weise die Veränderung der Situation Polens in Europa und erlaubt die Wiedererlangung der polnischen Souveränität.“ (Sejm RP 1990a: 33)

Skubiszewski zufolge wäre eine Aufrechterhaltung der Teilung ein „Sprengsatz“ und würde stets von einer möglichen Revision überschattet sein (vgl. Sejm RP 1990a: 160). Von Vertretern der ehemaligen Blockparteien wurde Deutschland aber auch weiterhin – in Fortführung des früheren kommunistischen Deutschlanddiskurses, welcher die „deutsche Gefahr“ und die Frage der Westgrenze als wesentliches Legitimationsinstrument für den engen Schulterschluss mit der Sowjetunion konstruiert hatte – deutlich als Bedrohung dargestellt. Dabei wurde nicht nur der Verbleib in der NATO, sondern auch die in der deutschen Verfassung und Rechtsprechung postulierte und teils als Bedrohung für die territoriale Integrität Polens interpretierte Weiterexistenz des Deutschen Reiches thematisiert. So erklärt Józef Oleksy (PKLD):

„Wir widersprechen ebenso der Konzeption einer Wiedervereinigung Deutschlands auf Grundlage des Artikels 23 der Verfassung der BRD und der Konzeption eines Verbleibs des wiedervereinigten Deutschlands in der vollen Integration in der NATO.“ (Sejm RP 1990a: 23)

Auch von Vertretern stärker nationalistischer Gruppierungen innerhalb der „Solidarność-Fraktion“ (OKP) wurde Deutschlands Wiedervereinigung als gefährlich konstruiert. Aus diesen Gruppierungen sollten sich Parteien wie die Christlich-Nationale Vereinigung (ZChN) und ab 2001 vor allem die nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und die nationalistisch-klerikale Liga Polnischer Familien (LPR) entwickeln. Gerade Sprecher der ZChN und LPR lehnten sich in ihrer außenpolitischen Konzeption zum Teil deutlich an den Diskurs der deutschlandfeindlichen (und russlandfreundlichen) „Nationaldemokratie“ (ND) unter Roman Dmowski aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts an,⁴⁰ argumentierten sehr viel

⁴⁰ Die Nationaldemokratie unter ihrem „chief publicist and ideologist“ Dmowski (Davies 2001: 117) bildete ab Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg die wichtigste Gruppierung des nationalistischen, „rechten“ politischen Spektrums und war der wesentliche Gegenspieler des politischen Lagers um Józef Piłsudski, die wichtigste politische Führungspersonlichkeit im Polen der Zwischenkriegszeit. Die Nationaldemokratie vertrat eine ethnonationalistische, minderheitenfeindliche und illiberale Politik, welche die Nation im völkischen Sinne als „natürliche“ Gemeinschaft begriff. Innenpolitisch betrieb die ND eine Politik der ethnischen Homogenisierung Polens durch Assimilierung von Minderheiten sowie die Diskriminierung nichtpolnischer Bürger, darunter auch Juden. Die staatliche Unabhängigkeit zählte nicht zu ihren Prioritäten, stattdessen propagierte Dmowski eine

deutlicher mit historischen Feindbildern – und setzten implizit eine gewisse historische Unveränderlichkeit der Beziehungen mit Deutschland voraus. Jan Łopuszański (OKP), der später einer der führenden Mitglieder der ZChN werden sollte, erklärte etwa:

„Natürlich, ich lausche mit großem Interesse den Äußerungen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, aber als Pole erinnere ich mich, dass es zwei deutsche Szenarien in Bezug auf Polen gegeben hat. Das erste, mit dem Schwert in der Hand, würde ich konventionell als „pommersch“ bezeichnen. Aber es gab auch das „schlesische“. Für uns, für Polen, war es nicht weniger schmerzhaft. Dort gab es natürlich weniger Schwerter, dafür jedoch eine brutale zivilisatorische Expansion, die unser polnisches Element vernichtete.“ (Sejm RP 1990a: 67)

Marek Jurek (OKP), der später gemeinsam mit Łopuszański ebenfalls ein führendes Mitglied der ZChN werden und noch später während der PiS-Regierungen als Abgeordneter dieser Partei das Amt des Parlamentspräsidenten innehaben sollte, nahm – ähnlich wie die Postkommunisten – auf das Dogma der Weiterexistenz des Reiches Bezug:

„Aber niemand in Polen stellt das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung in Frage, allerdings wird das Recht der Deutschen, das Deutsche Reich wieder aufzubauen, in Frage gestellt. Die Deutschen, und insbesondere die Bundesrepublik, sollten am besten erklären, dass abgesehen von den zwei deutschen Staaten kein anderer Staat existiert, dass das Deutsche Reich nicht existiert.“ (Sejm RP 1990a: 101)

Die gemäßigten Solidarność-Eliten unterstützten hingegen den Einigungsprozess, propagierten eine notwendige Versöhnung mit Deutschland und konstruieren es als Macht, die künftig aller Wahrscheinlichkeit nach europäisch und Polen freundlich gesonnen sein würde. Sie knüpften argumentativ jedoch durchaus an diese Konstruktion Deutschlands nicht nur als militärischer, sondern auch politischer Bedrohung an und leiteten hieraus – sozusagen für alle Fälle – die Notwendigkeit einer Einbettung Deutschlands in europäische Strukturen zur Einhegung seines Machtpotenzials ab. So erklärte Skubiszewski auf einer Pressekonferenz:

„Man muss eine Vorstellung davon haben, was in Zukunft passieren kann. [...] Denn ich sehe eine große Gefahr, die sich aus der Existenz eines vom Rest Europas isolierten, mächtigen Giganten ergibt, zu dem Deutschland nach seiner Wiedervereinigung werden wird. Daher sollte es in die bestehenden europäischen Strukturen eingebettet werden.“ (Rz 10.-11.2.1990)

Das ist eine Position, der sich angesichts der kaum noch aufzuhaltenden Wiedervereinigung auch die ehemaligen Machthaber anschlossen, wodurch sie deutlich dominant wurde:

Entwicklung Polens innerhalb des Zarenreiches. Auch nach dessen Zusammenbruch und der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit durch Polen betonte er die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Russland und den anderen slawischen Staaten gegen das als übermächtig empfundene Deutschland, das er als Hauptbedrohung für Polen begriff. Weiterführend zur „polnischen Frage“ in Bezug auf Deutschland und Russland vgl. Dmowski (1908), zur „extraordinary symmetry“ des Antagonismus zu Piłsudskis Positionen und der Dominanz beider Persönlichkeiten im Polen des frühen 20. Jahrhundert vgl. Davies (2001: 113-129).

„Es liegt in Polens lebenswichtigen Interesse, dass das wiedervereinigte Deutschland zu einem integralen Bestandteil eines vereinten, gemeinsamen Europas wird und dem Streben nach jedweder Art von Hegemonie entsagt. Alles, was die Regierung in dieser Richtung unternimmt, wird die Unterstützung unserer Fraktion erhalten“ (Sejm RP 1990a: 23)

Vertreter des nationalistischen Spektrums – oder Sprecher dessen, das sich im weiteren Verlauf durchaus als *ND-Diskurs* bezeichnen lässt – standen dieser Position hingegen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Nach Łopuszański war die deutsche Wiedervereinigung per se gleichbedeutend mit einer Destabilisierung des Kontinents. Statt einer Einhegung könnte es zu einer Ermächtigung Deutschlands kommen, denn es

„stellt sich die Frage, ob dieses vereinte Europa eher Deutschland in seinen expansionistischen Antrieben zügeln wird, oder ob es doch eher zu einem Instrument deutscher Expansion werden wird, insbesondere auf dem Gebiet Osteuropas?“ (Sejm RP 1990a: 67)

Vertreter der konservativen Bauernpartei "Polnische Volkspartei" (PSL) stießen ins selbe Horn und sollten wenig später sogar in ihrem ersten Parteiprogramm eine derartige Einigung Europas ablehnen und für eine „Allianz mit slawischen Ländern, insbesondere mit Russland“ (GW 27.6.1990) eintreten was in dieser Form allerdings ein Einzelfall blieb.

Während es im Falle Deutschlands speziell um die Einbindung und Einhegung dessen Machtpotenzials durch Integration ging, sollte diese europäische Integration auf Grundlage der bestehenden Institutionen nach Logik des Einigungsdiskurses aber auch ganz generell zwischenstaatliche Konflikte in Europa verhindern. Am prägnantesten bringt Außenminister Skubiszewski dies zum Ausdruck:

„Wie sehen die Möglichkeiten der polnischen Politik aus, also der Politik eines Staates mit einer einzigartigen Position auf dem Kontinent, zwischen zwei Kolossen? Genau hier erhält die europäische Zusammenarbeit und die Perspektive eines [gesamteuropäischen] Sicherheitssystems oberstes Gewicht. [...] So wie das deutsche Problem seine angemessene Lösung in einer europäischen Antwort findet, so wird auch Polens Situation in einer europäischen Friedensordnung mit einem hohen Grad an Verflechtung und Kooperation zwischen den Staaten sicher sein. Zu Zeiten der Zweiten Republik war es nötig, in Kategorien von Allianzen, Veränderungen des Machtgefüges, der Existenz oder des Fehlens eines Gleichgewichtes der Kräfte zu denken. Die gesamteuropäische Kooperation soll eine andere Welt sein, die Antagonismen eliminiert oder zumindest verringert, ohne die Vorbereitung von Aggression und Annexion.“ (Sejm RP 1990a: 14-15)

Im historischen Kontext ging es hier – in der Formulierung Wojciech Polaks vom Polnischen Katholisch-Gesellschaftlichen Bund (PZKS) – um nichts anderes als die

„Abkehr von der Jalta-Potsdam-Ordnung, die Wurzel des europäischen Sicherheitssystems mit der Aufteilung in zwei Blöcke, die sich politisch, militärisch, wirtschaftlich und ideologisch unterscheiden. In der Realität kann die Konsequenz einer solchen Teilung nur die Einrichtung eines möglichen Schlachtfeldes beider Supermächte auf europäischem Territorium sein.“ (Sejm RP 1990a: 50)

Das „Ende Jaltas“, die „Einigung Europas“ und die allseits, auch von Seiten der früheren Blockparteien, wiederkehrende Forderung nach einem Ende der „künstlichen Teilung Europas“ (Sejm RP 1990a: 21) gründete und gründet demnach in der Vorstellung von der grundsätzlichen Gefährlichkeit von Trennlinien innerhalb Europas, die mehrere Lager konfrontativ gegeneinander stellen und auf diese Weise konfliktfördernd wirken.

Die Grundlage für dieses gesamteuropäische Sicherheitssystem, für die Einigung des Kontinents, sollten die bereits bestehenden Institutionen wie die EG und der Europarat sein, insbesondere aber die KSZE als bereits vom Umfang her gesamteuropäische Institution, der fast alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada angehören. Sie sollte zu einer Organisation ausgebaut werden, die durch permanente Konsultation und Instrumente zur Konfliktprävention und Konfliktlösung sowie eine Integration von Ost- und Westeuropa innerhalb eines einheitlichen kooperativen Sicherheitssystems verhindern sollte, dass Streitigkeiten sich zu bewaffneten Konflikten auswachsen, die auch Polen in Mitleidenschaft ziehen würden. Dieses Sicherheitssystem sollte über kurz oder lang die bisherigen Allianzen – Warschauer Pakt und NATO – ersetzen. Diese Position wurde unwidersprochen von den allermeisten Sprechern propagiert, sowie auch die politischen Initiativen der Solidarność-Regierung in diese Richtung Anklang fanden. Hierzu gehörte vor allem der Vorschlag, einen „Rat der europäischen Zusammenarbeit“ als permanentes Konsultationsorgan der KSZE mit Sitz in Warschau einzurichten – ein Projekt, das auch von den ehemaligen Machthabern nachdrücklich unterstützt wurde (vgl. Sejm RP 1990a: 21-22).

Das hinter dieser Position stehende Ziel war somit politische Stabilität in Europa – nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern ganz allgemein die allseitige Akzeptanz bestehender Grenzen, der nationalen Souveränität der europäischen Staaten und gewaltfreie Konfliktlösung zwischen ihnen sowie die Berechenbarkeit, dass dieser Zustand auch so bleibt. Stabilität in diesem Sinne wurde von Sprechern aller politischen Richtungen als Ziel immer wieder betont und kann als ein Grundstein polnischer Sicherheitsvorstellungen bzw. sicherheitspolitischer Ziele betrachtet werden. Er wurde bereits von Premierminister Mazowiecki in seiner Regierungserklärung vom 12. September 1989 unterstrichen:

„Ich möchte, dass für alle externen Beobachter der sich in Polen abspielenden Veränderungen klar ist, dass das, was bei uns vor sich geht, niemanden bedroht und auch nicht die internationale Stabilität untergräbt. Im Gegenteil, internationale Beziehungen, die sich auf Souveränität und Partnerschaft gründen, sind stabiler als eine Ordnung auf der Grundlage von Dominierung und Gewalt.“ (Sejm PRL 1989: 19)

In der Situation der Sejmdebatte bezog sich die Frage der Stabilität insbesondere auch auf die fortschreitenden Auflösungserscheinungen innerhalb der Sowjetunion, und in diesem

Zusammenhang wurden regelmäßig auch Nationalismen in den umgebenen Ländern als Bedrohung konstruiert, da sie konfliktfördernd wirken. Skubiszewski stellte dies deutlich in den Kontext des Aufbaus eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems:

„Wir sehen aber nicht über Bedrohungen hinweg. [...] An die Stelle des bisherigen Systems, von dem wir uns mit Erleichterung verabschieden, sind noch keine Mechanismen der Konfliktprevention getreten, und wenn es schon einen Streit gibt, existieren Methoden seiner effektiven Lösung bisher praktisch noch nicht. Und gerade in unserem Teil Europas kommt der Nationalismus auf, und es leben alte Auseinandersetzungen unter anderem, aber nicht nur bezüglich nationaler Minderheiten wieder auf. Zum Glück gibt es hier keine polnische Beteiligung, aber alleine schon dieses Phänomen gestaltet das politische Bild der Region, zu der wir gehören.“ (Sejm RP 1990a: 19)

1.1.2.2. Die Demokratisierung des Ostblocks

Untrennbar verknüpft mit dem Ziel der Einigung Europas war (und ist) zudem jenes der Demokratisierung der bisher kommunistischen Staaten. Die im Kontext der polnischen Transformation und auch der Westintegration zentralen Werte „Freiheit“, „Demokratie“ und „Marktwirtschaft“ wurden auch für andere Länder, insbesondere für die Sowjetunion als wünschenswerte Charakteristika konstruiert. Demokratie und die Achtung von Menschenrechten als Bestandteile der inneren Ordnung der Staaten in der Region wurden so als friedensfördernd und konflikthemmend konstruiert. Diese Argumentationslinie wurde im späteren Diskursverlauf dominant, tauchte jedoch in der Debatte von 1990 nur vereinzelt explizit auf. So wünschte sich Oleksy einen Erfolg der Perestrojka, und auch Lesław Lech von der ehemaligen Blockpartei „Demokratische Partei“ (SD) erklärte, dass eine weitere Demokratisierung der Sowjetunion im „vitalen Interesse“ Polens liege (Sejm RP 1990a: 24, 38). Zieliński (UChS) zeigte zudem sehr prägnant die Verbindung dieses Zieles zum Topos „Einheit Europas“ und der Bedrohungskonstruktion von Trennlinien in Europa auf. Nach der Erklärung, eine Rückkehr sowjetischer Panzer nach Warschau sei unmöglich, fuhr er fort:

„Möglich ist jedoch ihr Sturm nach Wilna und Kaunas. Auch wenn uns das nicht direkt betreffen würde, wäre es dennoch auch für uns eine Tragödie. Wir wollen und brauchen Freundschaft mit Russland, wir wollen nicht in die Rolle einer Vormauer gedrängt werden, in diesem Falle einer Vormauer der Demokratie.“ (Sejm RP 1990a: 116)

Zieliński nahm hier mit dem Wort „przedmurze“ (Vormauer oder Bollwerk) klar Bezug auf die frühere Selbstwahrnehmung Polens bzw. Polen-Litauens als „Antemurale Christianitatis“ (pl. przedmurze chrześcijaństwa) im jahrhundertelangen und verlustreichen Kampf gegen die Osmanen, aber auch gegen das orthodoxe Moskau, und brachte damit klar zum Ausdruck, dass Polen nicht wieder als „Frontstaat“ der westlichen Zivilisation gegen „Moskau“ stehen wolle. Die Lösung wurde in der Demokratisierung der Sowjetunion selbst gesehen.

1.1.2.3. Vermeidung politischer Marginalisierung

Das Regierungsprojekt, Warschau zu einem Zentrum des gesamteuropäischen Sicherheitssystems zu machen, weist zudem deutlich auf einen weiteren zentralen, konsensuellen Aspekt der politischen Dimension von Sicherheit hin: die unbedingte Vermeidung einer politischen Marginalisierung oder Isolierung Polens. Auch hier kommen die geographische Lage Polens zwischen den weit mächtigeren Staaten Deutschland und Sowjetunion sowie seine historischen Erfahrungen zum Tragen, die auf die Gefahr einer Verständigung der Großmächte über Polens Köpfe hinweg verweisen – und darauf, dass Polen schon früher von seinen Verbündeten im Stich gelassen worden ist, weil es schlicht nicht als wichtig genug betrachtet wurde.

Konsequenterweise war und ist eines der wesentlichen sicherheitspolitischen Ziele die Beteiligung an allen Entscheidungen, welche die Sicherheit Polens und auch Europas als Ganzes betreffen.⁴¹ So wurde etwa konsensual eine breite Beteiligung Polens an den 2+4-Verhandlungen gefordert bzw. wurden die diesbezüglichen Erfolge der Regierung gelobt (oder als nicht ausreichend kritisiert), da es hier aus polnischer Sicht eben nicht nur um Deutschland gehe, sondern um die Frage der polnischen Westgrenze und überhaupt um die Sicherheit Europas und damit auch Polens. Die Beteiligung an Polen betreffenden Entscheidungen stellte also ein wesentliches Ziel dar. Zudem dienten verschiedene sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen (s.u.) zentral dem Ziel einer politischen Aufwertung Polens zu einem wichtigen, zentralen Spieler auf der europäischen politischen Bühne. Andernfalls, so etwa Oleksy, könnte Polen sich „unter der Brücke der Verständigung anderer Länder“ (Sejm RP 1990a: 22) wiederfinden – was als deutlicher Hinweis auf frühere „Verständigungen“ anderer Länder über Polen hinweg gedeutet werden kann, insbesondere auf den Hitler-Stalin-Pakt von 1939. Łopuszański begründete seine Forderung nach einem „autonomen“ Polen mit der Ablehnung von Entscheidungen über Polen durch „fremde Interessen“ (Sejm RP 1990a: 69). Und auf die Frage des Postkommunisten Orzechowski (fraktionslos), ob Rapallo wirklich nur noch ein Gespenst sei, oder ob es nicht zum Schaden Polens wiederauferstehen könne, antwortete Skubiszewski:

„Meines Erachtens gibt es diese Befürchtung heute nicht mehr, aber das war auch eines der Motive meines von Anfang an beharrlichen Widerstandes, was deutsche Neutralität angeht.

⁴¹ Diesbezüglich wird in Schriften über Polen häufig die Formel des „Nic o nas bez nas“ („Nichts über uns ohne uns“) angeführt. Diese bezog sich ursprünglich auf das mit der „Nihil novi“-Verfassung von 1505 für den polnischen König eingeführte und weitreichend geltende Verbot, neue Gesetze ohne die Zustimmung des Adelsparlamentes zu erlassen (vgl. Davies 2001: 261). Im Zeitverlauf wandelte sich der Bezugsrahmen dieser Phrase hin zur internationalen Politik. Es beschreibt nun den Grundsatz, dass nichts, was Polen betrifft, ohne es entschieden werden darf. Kurioserweise taucht diese in der Literatur häufig als regelrechte Chiffre benutzte Formulierung im Material fast nirgends auf, auch wenn ihr Bedeutungsgehalt eine konsensuale Position widerspiegelt.

Denn ein neutrales Deutschland könnte in die Falle dieser großen Politik im Osten gelockt werden, die sich auf dem polnischen Rücken abspielen und über uns hinwegmarschieren würde. Ich habe diese Befürchtungen nicht. Das sind eher historische Erwägungen, das betone ich, und ich habe keinerlei kritische Bemerkungen an die Adresse der UdSSR, noch an die Adresse Deutschlands, keine konkreten Befürchtungen. Aber man muss an alles denken.“ (Sejm RP 1990a: 163-164)

Auch hier wird deutlich, dass es insbesondere um die Gefahr einer möglichen „Verständigung“ zwischen Deutschland und der Sowjetunion geht. Unterschiede zeichnen sich zwischen den Vertretern der Solidarność-Eliten und den ehemaligen Machthabern allerdings bezüglich der Suche nach Verbündeten zur Vermeidung internationaler Marginalisierung ab. Erstere nahmen klaren Kurs auf die demokratisch-marktwirtschaftlichen Institutionen, insbesondere die EG und den Europarat, und versuchten vor allem, die Beziehungen zu den westlichen Demokratien zu verbessern, auch um auf diese Weise Polens neue Unabhängigkeit von der Sowjetunion zu festigen und den Erfolg der politischen und wirtschaftlichen Transformation sicherzustellen. Während dies von den Sozialisten nicht grundsätzlich abgelehnt wurde, warnten sie eindringlich davor, hierüber die Beziehungen zur UdSSR zu vernachlässigen oder gar antisowjetische Ressentiments zu schüren:

„Polens Beziehungen zur Sowjetunion erachten wir für mindestens ebenso prioritär wie das Streben nach Vertiefung der Verbindungen zu Westeuropa. Die Beziehungen mit der UdSSR sind für Polen wichtig, unabhängig von den inneren Entwicklungen in diesem großen Land, auch wenn wir uns vollständig für die Stärkung der gorbatschow'schen Perestrojka aussprechen und ihr die größten Erfolge wünschen. [...] Polen könnte seine natürlichen wirtschaftlichen Verbindungen mit der Sowjetunion verlieren und gleichzeitig abseits der tatsächlichen europäischen Integration verbleiben und damit politisch, aber vor allem ökonomisch im luftleeren Raum hängen. Die Folgen einer politischen Selbstisolierung Polens und der Zerstrittenheit mit den Nachbarn kennen wir nur allzu gut aus der Geschichte.“ (Sejm RP 1990a: 24)

Hier wird sehr gut deutlich, wie versucht wurde, die umfassend akzeptierte Bedrohungs konstruktion „internationale politische Marginalisierung“ zu nutzen, um unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen: Die Vertreter der Solidarność wollten mit Verweis hierauf eher die Beziehungen zum Westen ausbauen und eine Festigung der Unabhängigkeit von der UdSSR erreichen, während die ehemaligen Machthaber diese Bedrohungs konstruktion nutzten, um die Aufrechterhaltung der intensiven Beziehungen mit der Sowjetunion zu propagieren. Man kann hier durchaus von einem *moskauorientierten Diskurs* und einem *westorientierten Diskurs* (als „Keimzelle“ der folgenden Integrationsdiskurse) sprechen, die um die Deutungshoheit über eine gemeinsame Bedrohungs konstruktion ringen. Dieser Gegensatz sollte allerdings nicht als zu kritisch überzeichnet werden, denn auch die neuen Eliten traten grundsätzlich für gute bilaterale Beziehungen mit der Sowjetunion ein – auf partnerschaftlicher und gleichberechtigter Basis.

1.1.2.4. Gutnachbarschaftliche Beziehungen und regionale Zusammenarbeit

Denn während durch alle Fraktionen hinweg jegliche Unterordnung und Ungleichbehandlung Polens durch andere Akteure und insbesondere die UdSSR abgelehnt wurde (grundsätzlich auch seitens der Postkommunisten), bildete das Ziel, gute und freundschaftliche Beziehungen zu anderen Staaten und insbesondere zu den direkten Nachbarn aufzubauen, eine weitere Grundkonstante im Rahmen der politischen Dimension des polnischen Sicherheitsbegriffes. Dadurch sollte auch abseits der gesamteuropäischen Kooperation und Integration die Grundlage für Konfliktprävention und -lösung gelegt und eine Stabilisierung des politischen Umfeldes erreicht sowie eine Isolierung Polens verhindert werden.

Während die Notwendigkeit guter Beziehungen zu den beiden großen Nachbarn Deutschland und Sowjetunion eine unbestrittene Selbstverständlichkeit darstellte, propagierte die neue Regierung auch einen Ausbau der regionalen multilateralen Beziehungen, insbesondere auch im Rahmen regionaler Kooperationen wie des Dreiecks Warschau-Prag-Budapest, in Südeuropa oder im baltischen Raum. Der bereits zitierte Hinweis Oleksys auf die polnische Geschichte spielt auch hier eine Rolle; denn Polens Schwäche in der Zwischenkriegszeit, die ihren Teil zur Niederlage im September 1939 beisteuerte, rührte auch daher, dass es sich durch seine aggressive und chauvinistische Außenpolitik mit zum Teil gewaltsamen Grenzrevisionen auf Kosten der angrenzenden Staaten⁴² derart isoliert hatte, dass unter allen direkten Nachbarn im Herbst 1939 nur Rumänien nicht mit Polen verfeindet war (vgl. Davies 2001: 27). Eine Wiederholung dieses Szenarios galt es somit auch aufgrund Polens geopolitischer Lage zu vermeiden, wie Skubiszewski betonte:

„Von unserer Seite aus sind wir für verschiedene Bündnisse offen, dies umso mehr, als unsere geopolitische Lage an und für sich bereits im Widerspruch zu Isolation steht.“ (Sejm RP 1990a: 17)

Dieses Ziel wurde von keinem beteiligten Sprecher in Frage gestellt, auch wenn nur wenige explizit darauf Bezug nehmen, derweil die meisten vor allem über Deutschland, die Sowjetunion und die Lage in Europa allgemein sprechen. Dennoch definierte Skubiszewski die regionalen bi- und multilateralen Beziehungen als wesentliche Säule der polnischen Außenpolitik, und im Zeitverlauf – insbesondere mit der vollständigen Veränderung der Nachbarschaft Polens – sollte diese Position klar dominant werden.

⁴² So erzwang Polen im März 1938 – im Windschatten des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich – von Litauen unter Gewaltandrohung die Anerkennung der Annexion des Wilna-Gebietes und beteiligte sich im Oktober 1938 an der Seite Hitler-Deutschlands aktiv an der Zerschlagung der Tschechoslowakei, indem es das zwischen Warschau und Prag umstrittene Teschener Schlesien besetzte (vgl. Davies 2001: 111-112). Zuvor hatte Polen bereits den Krieg gegen Sowjetrußland geführt und gewonnen und sein Territorium weit nach Osten ausgedehnt.

1.1.3. Die ökonomische Dimension des polnischen Sicherheitsbegriffes

Eine im Vergleich zur militärischen und der politischen Dimension von Sicherheit etwas weniger bedeutsame, aber dennoch klar vorhandene Dimension des polnischen Sicherheitsbegriffes ist die ökonomische. Es fällt auf, dass das Vorhandensein dieser Dimension von niemandem bestritten und im Gegenteil regelmäßig bestätigt wurde, jedoch vor allem die Vertreter der ehemaligen Blockparteien sie vergleichsweise stark betonten. Offenbar wurde vor dem Hintergrund der noch aus Ostblockzeiten engen wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion der ökonomische Aspekt von Sicherheit genutzt, um für das Ziel einer Aufrechterhaltung der Bindungen zur Sowjetunion und gegen eine direkte Unterstützung der dortigen Reformkräfte zu argumentieren. Zu seiner bereits zitierten Warnung vor der Gefährlichkeit eines Abbruchs der wirtschaftlichen Verbindungen zur Sowjetunion führte Oleksy etwa aus:

„Aber wenn irgendwelche Kräfte, die Einfluss auf die sowjetische Politik ausüben, zu dem Schluss kommen, dass die polnische Regierung das Interesse ihres Landes so versteht, dass es mit der Schwächung und dem Zerfall der UdSSR verbunden ist, wenn Polen in Moskau als angrenzender Unterstützer der innersowjetischen zentripetalen Tendenzen wahrgenommen wird, dann können wir viele Möglichkeiten der Realisierung unserer Interessen in diesem Land und schrittweise den sowjetischen Absatzmarkt für die polnische Industrie verlieren, den einzigen Markt, auf den wir heute in großem Stil polnische Industrieprodukte exportieren können. Gleichzeitig könnten die Lieferungen von Rohstoffen und Energiequellen an Polen begrenzt werden.“ (Sejm RP 1990a: 24)

Bereits hier klang auch die Frage der „Energiesicherheit“ an, die nach der Jahrtausendwende größere Bedeutung erlangen sollte. Oleksy brachte zudem die beschriebene wirtschaftliche Misslage mit der Bedrohungskonstruktion „Marginalisierung“ in direkte Verbindung, indem er nicht nur (wie oben zitiert) auf die mögliche Isolierung Polens innerhalb der Region hinwies, sondern auch ganz grundsätzlich argumentierte:

„Vor allem sollten sich die Polen bewusst machen, dass nur die Stärke und Produktivität unserer Wirtschaft uns wirkliche Partnerschaft, Respekt und Anerkennung garantieren können. Wie die Wirtschaft, so die Position eines Landes und die Effektivität seiner Außenpolitik.“ (Sejm RP 1990a: 22)

Auch Lech (SD) wies auf die grundsätzliche Bedeutung der Wirtschaft für die Bedeutung Polens in den internationalen Beziehungen hin, in denen ein wirtschaftlich schwaches Polen „für niemanden ein interessanter Partner“ sei (Sejm RP 1990a: 40). Zwei Abgeordnete (Józef Wójcik, „Pax“, und Orzechowski, fraktionslos) nutzten hierbei auch das Feindbild „Deutschland“. Letzterer warnte etwa vor einer Gefahr für die „ökonomische Sicherheit“ Polens durch die deutsche „zivilisatorische, ökonomische, technologische, organisatorische und kulturelle Übermacht“, durch die Polen von einem Vasallen der Sowjetunion zu einem „zivilisatorisch-wirtschaftlichen Satelliten des vereinigten Deutschlands“ (Sejm RP 1990a: 61)

werden könnte. Dieser Bedrohungs konstruktion wurde von mehreren Sprechern, darunter Skubiszewski, allerdings ausdrücklich widersprochen; eine Gefahr durch eine „Invasion deutschen Kapitals“ oder ein Aufkaufen der polnischen Wirtschaft bestehe nicht, Investitionen seien sogar notwendig (vgl. Sejm RP 1990a: 166).

Die Sprecher aus dem Solidarność-Lager verknüpften die wirtschaftliche Dimension stärker mit dem Einheitsdiskurs und damit mit der Bedrohungs konstruktion einer neuen Teilung Europas, die dieses Mal nicht auf politisch-militärischen, sondern auf ökonomischen Blockbildungen durch eine fortschreitende Integration Westeuropas und das Zurückbleiben Osteuropas beruhte. So führt Polak (PZKS) aus:

„Es gibt also die Gefahr, dass an die Stelle des ‚Eisernen Vorhangs‘ eine schwer zu überwindende Barriere in Gestalt ökonomischer Distanz tritt. Den Staaten Osteuropas, darunter auch Polen, droht eine Abschiebung an die Peripherie Europas, in eine Position als Rohstoffversorger und Reservoir billiger Arbeitskraft für das integrierte Westeuropa. [...] Die Aufrechterhaltung der ökonomischen Teilung Europas wäre nichts anderes als lediglich die Realisierung einer neuen Version der Jalta-Potsdam-Ordnung und eine Niederlage Europas.“ (Sejm RP 1990a: 50-51)

Auf diese Weise wurde die Integration in die EG, die grundsätzlich von Vertretern beider Lager als Ziel vertreten bzw. gebilligt wurde, in einen sicherheitspolitischen Kontext gestellt: Die Integration ist notwendig, damit die Transformationsländer, darunter Polen, den Anschluss nicht verlieren und es nicht zu einer erneuten Teilung Europas mit allen unerwünschten Folgen oder zu einer ökonomischen „Vasallisierung“ Polens kommt. Skubiszewski bezeichnete die EG – etwas widersprüchlich, da in der Gesamtargumentation die KSZE klar im Zentrum steht – sogar als „harten Kern“ der europäischen Einigung (Sejm RP 1990a: 11).

1.1.4. Weitere Dimensionen des polnischen Sicherheitsbegriffes

Zwei schlesische Abgeordnete – Jerzy Rusecki (SD) und Stefan Kozłowski (OKP) – konstruierten eine ökologische Dimension nationaler Sicherheit. Kozłowski stellte vor allem die Atomkraftwerke in Deutschland, der Tschechoslowakei und der UdSSR sowie die Einbringung giftiger Abwässer in die Flüsse durch die Tschechoslowakei als Bedrohung der polnischen Sicherheit dar (vgl. Sejm RP 1990a: 148-149). Auch Rusecki beklagte diese Zustände und versuchte dabei, an den zentralen Begriff der territoriale Unverletzlichkeit anzuknüpfen:

„Es ist heutzutage schwierig, sich eine klassische Aggression der Nachbarn gegen Polen vorzustellen, aber mit einer ökologischen Aggression haben wir ständig zu tun. Giftiger Staub, Gase und Abwässer überqueren unsere Grenzen, zerstören unser Territorium, vergiften Pflanzen und Menschen.“ (Sejm RP 1990a: 95)

Skubiszewski bestätigte die Gefahr durch Atomkraftwerke sogar in seiner Antwort, ansonsten spielte die ökologische Dimension von Sicherheit in der Debatte allerdings keine nennenswerte Rolle. Einzig Polak (PZKS) griff das Thema noch auf, allerdings wurde der ökologische Aspekt hier als rein instrumentell bzw. sekundär dargestellt: So könnte Polens Integration in das sich vereinigende Europa gefährdet sein, wenn sich sein Image als „ökologische Müllhalde“ bei einer zunehmend umweltbewussten westeuropäischen Bevölkerung verfestigen sollte (vgl. Sejm RP 1990a: 52-53). Noch erfolgloser war der Versuch der PSL – als Bauernpartei die einzige klassische Klientelpartei in Polen – die Interessen ihrer Klientel mit der nationalen Sicherheit zu verknüpfen, indem Autarkie im Bereich der Lebensmittelversorgung zur Grundlage der nationalen Sicherheit erklärt wurde (vgl. GW 27.6.1990).

Eine Dimension, die auch später noch insbesondere im Rahmen des ND-Diskurses auftauchen sollte, ist die national-kulturelle. Orzechowski (parteilos) warnte vor einer „Bedrohung für die nationale Identität“ und die „kulturelle Souveränität“ Polens durch Deutschland (vgl. Sejm RP 1990a: 64). Łopuszańskis „schlesisches Szenario“ kann ähnlich gelesen werden. Auch dieser Aspekt ist allerdings – im Rahmen der *sicherheitspolitischen* Diskursformation, jenseits derselben sicher nicht – als randständig anzusehen.

1.1.5. Der weitere Diskursverlauf in der Tagespresse

Der weitere Verlauf der außen- und sicherheitspolitischen Diskussion spielte sich – bezüglich der hier definierten Diskursarena – im Wesentlichen in der Tagespresse ab. Hier wurden, sicherlich insbesondere aufgrund der fast ausschließlichen Repräsentation der Regierungseliten in Gastbeiträgen und Interviews in den zwei größten Tageszeitungen des Landes, vor allem die wesentlichen bereits dargestellten Punkte bekräftigt. Speziell die Vermeidung einer weiteren Blockkonfrontation durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem entwickelte sich zum praktisch unwidersprochenen Mantra der exekutiven Eliten in Form des Außenministers (Skubiszewski, vgl. GW 26.7.1990b), des Bevollmächtigten für die Reformverhandlungen im Warschauer Pakt (Jerzy Nowak, vgl. Rz 22.8.1990), des neuen Botschafters in Washington (Kazimierz Dziwanowski, vgl. GW 3.2.1990; Rz 13.7.1990) oder des neu gewählten Staatspräsidenten (Lech Wałęsa, vgl. GW 15.11.1990). Dasselbe gilt für die Stabilität in Polens geographischer Umgebung. Dieses prioritäre Ziel ist der wesentliche Grund dafür, wieso der Austritt aus dem Warschauer Pakt gewünscht, aber nicht akut forciert wurde. Sowohl der Verteidigungsminister, Vizeadmiral Piotr Kołodziejczyk (vgl. Rz 8.8.1990), als auch Jerzy Nowak, der im Auftrag des Außenministeriums für Polen die Reformverhandlungen im Bündnis führte, machen sehr deutlich, dass die Region – in Ermangelung des gewünschten

gesamteuropäischen Sicherheitssystem – politisch noch zu instabil für eine Auflösung des Warschauer Paktes sei und dieser dabei vorerst noch als Sicherheitsgarantie dienen müsse. Nowak knüpfte dabei an bereits erwähnte Bedrohungskonstruktionen an:

„Eine plötzliche Auflösung des Warschauer Paktes könnte ein ‚Vakuum‘ entstehen lassen, das unterschiedliche Kräfte ausfüllen könnten, z.B. nationalistische. Um dem vorzubeugen, könnte man einen Umbau des Warschauer Paktes in eine Art ‚Klub‘ von Ländern in Erwägung ziehen, die an der Aufrechterhaltung von Stabilität in unserer Region interessiert sind und die sich in Sachen Abrüstung und Aufbau eines neuen Sicherheitssystem in Europa konsultieren. Das wäre auch gleichzeitig ein Bündnis für kollektive Verteidigung im Sinne von Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen.“ (Rz 22.8.1990)

Hier wird sehr deutlich, dass der Warschauer Pakt nur noch so lange existieren sollte wie unbedingt nötig, und in der Zwischenzeit allenfalls als Instrument für die Erreichung der eigentlichen Ziele dienen sollte, insbesondere des Aufbaus eines gesamteuropäischen Sicherheitssystem. Aber selbst das war schon eine „Position auf dem Rückzug“. Skubiszewski etwa gab sich zu einer derartigen Rolle des Warschauer Paktes eher skeptisch. Stattdessen deutete er bereits vorsichtig einen Kurs Polens auf die westlichen Verteidigungsbündnisse an:

„Ich schließe jedoch nicht aus, dass, auch auf Initiative der NATO hin, die Staaten des Warschauer Paktes – neben den Gesprächen im Rahmen der KSZE, in Wien und in Genf – mit der NATO gewisse Fragen der Abrüstung und des Aufbaus von Vertrauensmitteln besprechen werden. [...] Während Polen noch im Warschauer Pakt verbleibt, hat es keine Interessen, die von denen der Staaten abweichen, die zur NATO oder zur Westeuropäischen Union gehören.“ (Rz 22.8.1990)

Die Forderung nach einer Auflösung des Warschauer Paktes sollte im Zeitverlauf immer dominanter werden. Ende 1990 sprach sich auch der neu gewählte Präsident Lech Wałęsa, außenpolitisch eher unbeschlagen, unmissverständlich dafür aus:

„Im Laufe des kommenden Jahres sollte die Struktur des Warschauer Paktes liquidiert werden [...] Unsere Sicherheit sollte auf bilateralen Abkommen mit unseren Partnern sowie einem europäischen Sicherheitssystem beruhen, an dem auch die Vereinigten Staaten und Kanada teilnehmen.“ (GW 15.11.1990)

Diese Einbeziehung der USA wurde auch bereits in Rufen nach ihrer fortgesetzten politischen und militärischen Präsenz in Europa als Stabilitäts- und Sicherheitsgarantie deutlich. Bisher tauchte diese Forderung nur zweimal im Material auf (vgl. Rz 13.7.1990; Sejm RP 1990a: 29), sie sollte sich jedoch bald zu einem Axiom der polnischen Sicherheitspolitik entwickeln. Ebenfalls findet sich mehrfach die nachdrückliche Betonung der Bedeutung von politischer Stabilität in Europa (vgl. Rz 8.8.1990; 22.8.1990; 16.11.1990) und unveränderlichen Grenzen – nicht nur in Hinblick auf die Oder-Neiße-Linie, sondern auch auf mögliche Revisionsforderungen gegenüber Litauen und der Ukraine (vgl. Rz 15.5.1990).

1.2. Osten, Westen oder „Dritter Weg“? – Richtungskämpfe 1991-1993

Polens nationale Sicherheit blieb auf Jahre hinaus das beherrschende Thema im außenpolitischen Diskurs – Sicherheit war „das zentrale Problem unserer Politik“ (Rz 25.3.1991), wie Skubiszewski es in einem Interview ausdrückte. In den Jahren 1991 bis 1993 rangen alte und neue Eliten insbesondere um die „geographische“ sicherheitspolitische Ausrichtung Polens: Während sich immer deutlicher eine klare euro-atlantische Position der Reformeliten herauskristallisierte, stellten sich vor allem die Postkommunisten und teilweise auch die PSL dem entgegen und betonten stattdessen das Ziel einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur unter Inklusion Russlands sowie guter Beziehungen mit dem Osten. Dass keine unüberwindbaren Gräben aufbrachen, ist offenbar der Tatsache zu verdanken, dass sowohl die alten Kader für eine Integration in die EG – und damit in eine der westlichen Institutionen – waren, als auch die neuen Eliten gute Beziehungen zu Moskau als Ziel polnischer Sicherheitspolitik formulierten.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion Ende 1991 und die Entstehung neuer Staaten an Polens Ostgrenze führte zur Formulierung einer Ostpolitik jenseits von Moskau. Während die Postkommunisten hier vor allem, wie bereits zuvor, ökonomisch für positive Beziehungen argumentierten, griffen die Solidarność-Eliten auf die in den 1970er Jahren entwickelte „ULB-Konzeption“ (Ukraina, Litwa, Białoruś) der Pariser Exilzeitschrift *Kultura* zurück, nach der die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Ukraine, Litauens und Weißrusslands für Polen immense sicherheitspolitische Bedeutung hat (vgl. Mieroszewski 1974). Während die inhaltlichen Prämissen dieser ostpolitischen Konzeption mitsamt der daran hängenden Rollenkonzeptionen sich deutlich von jener der Postkommunisten unterschieden, wiesen beide doch auch Überschneidungen auf, die sie zumindest teilweise aneinander anschlussfähig machten.

Es gab auch mehr oder weniger deutliche Diskurspositionen für Neutralität, Dritte Wege und Ähnliches. Sie blieben jedoch eher Randphänomene, die keine nennenswerten Diskurskoalitionen zusammenbrachten.

Die Untersuchung der sicherheitspolitischen Diskursformation 1991-1993 zeigt, dass der Sicherheitsbegriff tendenziell komplexer wurde, die zu schützenden Werte und die wesentlichen Dimensionen von Sicherheit jedoch dieselben blieben. Ganz allgemein wurden regelmäßig das internationale Recht, Souveränität, Respekt vor bestehenden Grenzen und die Gleichberechtigung von Staaten als universale Werte betont, die für alle gelten müssen (vgl. Sejm RP 1991a: 16). Die Analyse der Diskursformation zeigt sehr deutlich, dass auch über die auseinanderlaufenden Positionen von alten und neuen Eliten und auch über die Reaktionen auf neue internationale Gegebenheiten hinweg der Schwerpunkt der polnischen Sicherheits- und

Bedrohungskonzeptionen weiterhin klar auf der militärischen, der politischen und der ökonomischen Dimension lagen. Die wesentlichen Rahmenbedingungen – Polens eigene Schwäche, seine schwierige geopolitische Lage und sein aus beidem resultierendes Bedürfnis nach Schutz von außen und einer wichtigen Position im internationalen System – stellten ebenfalls Konstanten dar, die nicht immer explizit thematisiert wurden, die jedoch offenbar konsensuale Grundannahmen darstellten, auf Grundlage derer die Sprecher dann ihre Positionen formulieren.

Dabei zeigt sich immer deutlicher eine Thematisierung innenpolitischer Bedingungen für Polens äußere Sicherheit. So sagt der zeitweilige Premierminister Jan Krzysztof Bielecki während der außenpolitischen Generaldebatte am 8. Mai 1992:

„Heute entscheidet über die Stärke eines Staates nicht die Armee, sondern die Entschlossenheit zur Umsetzung der Vision von einem stabilen und sicheren Staat, eines vollständig demokratischen und wirtschaftlich auf dem freien Markt beruhenden Polen.“
(Sejm RP 1992: Bielecki)

Stark ist laut Bielecki ein „stabiler“ und ein „demokratischer“ Staat, was über die Verknüpfung mit Polens „internationaler Position“ direkt mit seiner Sicherheit zusammenhängt: Nur ein Staat, der stabil ist, ist stark, nur ein starker Staat gilt etwas in der Welt, und nur, wer etwas gilt, kann sich vor Marginalisierung und letzten Endes Eroberung oder Unterdrückung sicher fühlen (siehe oben). Es können noch weitere Faktoren ausgeführt werden, die für eine erfolgreiche Außen- und damit auch Sicherheitspolitik als hochgradig relevant konstruiert werden: politische Glaubwürdigkeit und Kohärenz, eine verlässliche und kontinuierliche Politik, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Prosperität und einiges mehr. Diese Faktoren werden ab 1991 zu einem konsensualen und immer wieder betonten Element, das allerdings in der vorliegenden Untersuchung als solches nicht eingehender betrachtet wird, da diese sich entsprechend der Fragestellung mit der Konstruktion äußerer Sicherheit und auswärtiger Sicherheitspolitik befasst.

1.2.1. Die territorial-militärische Dimension

Nachdem Deutschland die Oder-Neiße-Grenze Ende 1990 endgültig anerkannt hatte, verschwand es als Bedrohung nicht völlig aus der Debatte; bis heute versuchen insbesondere nationalistische Gruppierungen, die „klassische“ Bedrohungskonstruktion eines Verlustes der Oder-Neiße-Gebiete an Deutschland zu perpetuieren, was allerdings nur mehr eingeschränkt gelingt. Stattdessen trat diese territoriale Bedrohung nach Deutschlands Verzicht auf Revisionsansprüche (und auch durch die als unberechenbarer konstruierte Entwicklung im Osten)

weitgehend in den Hintergrund. Skubiszewski führte in seiner Darstellung polnischer sicherheitspolitischer Probleme im Februar 1991 die Wiedervereinigung sogar als positives Beispiel dafür an, wie durch multilaterale Verhandlungen und die Berücksichtigung der Interessen aller Betroffenen Sicherheit erreicht werden kann (vgl. Sejm RP 1991a: 18).

Dass stabile Grenzen und territoriale Integrität ein fundamentaler Baustein nationaler, aber auch internationaler Sicherheit sind, klang im Material häufig implizit und hier und dort auch mal explizit an,⁴³ ist aber angesichts der Lösung der Oder-Neiße-Frage nicht mehr sonderlich virulent. Wie wichtig diese bald weitgehend unausgesprochene Selbstverständlichkeit im polnischen sicherheitspolitischen Diskurs war, zeigen auch die durchgehend ablehnenden Reaktionen auf vereinzelte Fragen nach möglichen Grenzänderungen *zugunsten* Polens während des Zerfalls der Sowjetunion (etwa bezüglich des Gebietes um Wilna, das ein historisches Zentrum polnischer Kultur ist und in der Zwischenkriegszeit von Polen annektiert worden war).⁴⁴ Stabilität (und damit: die Anerkennung bestehender Grenzen) und gute Beziehungen zu den Nachbarn (s.u.) standen hier als Werte deutlich über einer möglichen Wiedergewinnung von früher polnischen, auch weiterhin von Polen besiedelten Gebieten – ein Standpunkt, der auch in den „Grundlagen der polnischen Sicherheitspolitik“ von 1992 noch einmal unterstrichen wurde (vgl. Komitet Obrony Kraju 1992).

Die Gefahr eines großen Krieges in Europa wurde weiterhin als verschwindend gering konstruiert. Dennoch war territorial-militärische Dimension von Sicherheit eine der hauptsächlichen, da mögliche militärische Konflikte geringeren Ausmaßes, gelegentlich unter dem Schlagwort „Balkanisierung“, immer noch als Bedrohung konstruiert wurden. Sehr deutlich machte dies Adam Michnik, der 1989-1991 für die OKP im Sejm saß und bis heute Chefredakteur der *Gazeta Wyborcza* ist. 1991 sagte er zum Ende des Ostblocks, das Souveränität und Selbstbestimmung gebracht habe:

„Dies ist der Beginn einer neuen Ordnung, das Ende des post-jaltanischen Europa, und dies ist die Hoffnung dieser neuen Ordnung, ihre Bedrohung hingegen ist, dass das Europa Jaltas durch das Europa Sarajewos ersetzt wird – durch einen balkanisierten Kontinent, voller Stammeskonflikte und Hass.“ (Sejm RP 1991b: 125)

⁴³ So befürchtet Jarosław Kaczyński (PC), dass die in den deutsch-polnischen Grenzgebieten eingerichteten Euroregionen Polens territoriale Integrität untergraben könnten (vgl. Sejm RP 1993b: Kaczyński).

⁴⁴ So erklärt Skubiszewski dem Sejm im Februar 1991 auf die Frage eines Abgeordneten hin, ob Polen sich im Falle der Unabhängigkeit Litauens um eine Wiedereingliederung des Wilna-Gebietes bemühen werde, unter dem Applaus der Anwesenden, dass das auf gar keinen Fall passieren werde; vorher hatte bereits ein weiterer Abgeordneter scharf gegen derartige Forderungen protestiert (vgl. Sejm RP 1991a: 53).

Die Position, dass Polen seine Sicherheit auf eigene militärischer Stärke bauen müsse und z.B. Neutralität eine Option wäre, ist in der Diskursformation völlig marginal.⁴⁵ Praktisch konsensual war hingegen die Ansicht, dass dies aufgrund Polens geringer Größe und seiner geopolitischen Lage – Deutschland und die Sowjetunion werden also implizit als auch weiter potenziell militärische Bedrohungen konstruiert – völlig aussichtslos sei und daher andere Wege als klassisch militärische gefunden werden müssen, Polens Sicherheit zu garantieren. So erklärte Jacek Merkel, Staatssekretär für nationale Sicherheit im Präsidentialamt, Anfang 1991 in der *Gazeta Wyborcza*:

„Wir wissen nicht, was für ein Staat jenseits der östlichen Grenze der Republik Polen entstehen wird. Aber unabhängig davon, ob das eine Föderation, Russland oder die Sowjetunion sein wird, wird er über ein gewaltiges militärisches Potenzial verfügen. Auch eine Konfrontation Polens mit Deutschland wäre wie ein Zusammenstoß eines Syrenka [ein polnisches, von 1957 bis 1983 gefertigtes Auto, T.W.] mit einem BMW. Deswegen haben wir nicht die Absicht, unsere Position in Europa auf militärischem Potenzial aufzubauen.“
(GW 1.3.1991)

Auch Janusz Onyszkiewicz, stellvertretender Verteidigungsminister und später zweimaliger Verteidigungsminister (1992-1993 und 1997-2000), sagte deutlich, dass Polen Sicherheit nur durch „politische Aktivitäten [...], und nicht durch militärische Mittel“ (GW 14.3.1991) erlangen könne. Entsprechend gering ist die Stellung der polnischen Armee im Rahmen der Diskursformation. Das bedeutet nicht, dass eine Verzichtbarkeit des Militärs postuliert worden wäre; das war nirgends der Fall, die Armee wurde im Gegenteil als wesentlicher Garant für Polens Sicherheit konstruiert, so auch in den „Grundlagen der polnischen Sicherheitspolitik“ (vgl. Komitet Obrony Kraju 1992). Trotzdem zeigt sich, dass dieser Faktor in der Gesamtschau keinen Schwerpunkt der sicherheitspolitischen Diskursformation darstellte. Das eigene Militär war offensichtlich eine notwendige oder zumindest selbstverständliche und daher kaum weiter diskutierte, nicht aber hinreichende Bedingung für die Sicherheit Polens. Die hinreichenden Bedingungen sind wiederum das, worauf sich die Debatte konzentrierte.

1.2.1.1. Abzug der sowjetischen Truppen und der Warschauer Pakt

Der Abzug der sowjetischen, später russischen Truppen zog sich auch aufgrund des Zusammenhangs mit dem Transit der Truppen aus Ostdeutschland bis September 1993 und damit länger hin als etwa im tschechischen oder ungarischen Falle. Entsprechend lange wurde

⁴⁵ So bemängelt Tadeusz Iwiński (SLD) in der Generaldebatte 1993, dass noch nicht einmal ernsthaft eine mögliche Neutralität erwogen werde, ohne hierauf auch nur eine Reaktion zu erhalten (vgl. Sejm RP 1993b: Iwiński). Das Thema kommt nur selten auf, und dann in der Regel in Form einer klarstellenden Ablehnung, die explizit erfolgt, um Missverständnisse auszuschließen.

die Angelegenheit in Polen diskutiert. Die grundlegende Bewertung hatte sich jedoch bereits Ende 1990, Anfang 1991 durchgesetzt: Nachdem die Oder-Neiße-Grenze vom wiedervereinigten Deutschland anerkannt worden war und sich die Ansicht weitgehend⁴⁶ durchgesetzt hatte, dass vom westlichen Nachbarn keine militärische Gefahr mehr ausgehe, forderten ausnahmslos alle Sprecher mit Solidarność-Hintergrund, die sich zu dieser Frage äußerten, den möglichst schnellen Abzug der sowjetischen bzw. russischen Armee, am deutlichsten die Vertreter von nationalkonservativen oder religiös geprägten Gruppierungen wie der von den Kaczyński-Brüdern gegründete Zentrumsverständigung (PC), die als Vorläuferin der heutigen PiS verstanden werden kann, oder der „Katholischen Wahlaktion“ (WAK), eines Wahlbündnisses, im Rahmen dessen auch die ZChN zu den ersten freien Parlamentswahlen im Oktober 1991 antrat (vgl. PC 2001; WAK 2001a, 2001b). Die ehemaligen Blockparteien hielten sich bei diesem Thema mit Äußerungen gänzlich zurück, sowohl in den Parlamentsdebatten als auch im Wahlkampf von 1991 (vgl. PSL 2001a, 2001b; SLD 2001a). Das mag mangelnde Zustimmung signalisieren, manifestierte sich jedoch nicht in einem expliziten Gegendiskurs. Niemand unter den Sprechern sprach sich ab 1991 noch im Geringsten für einen Verbleib der sowjetischen Truppen in Polen aus.

Der Truppenabzug wurde einerseits als grundsätzliche Frage der polnischen Souveränität konstruiert; fremde Truppen auf polnischem Boden, zumal russische, wurden durchweg als unerwünscht beschrieben. Dabei betonten die Sprecher regelmäßig, dass Polen der Hausherr sei und daher auch über die Frage der Stationierung zu entscheiden habe. Hier ging es offenbar darum, dass Polen frei von den fremden Truppen sein musste, um ein souveräner und ernstzunehmender Partner für andere Staaten zu sein.

Andererseits brachten Teile der Post-Solidarność-Eliten dieses Thema mit der Instabilität innerhalb der Sowjetunion und den gegenwärtig schwierigen polnisch-sowjetischen Beziehungen in Verbindung und konstruierten damit eine konkrete militärische Gefahr. So erklärte Barbara Labuda von der Demokratischen Union (UD), einer der bedeutenderen Post-Solidarność-Parteien mit liberal-konservativer Ausrichtung, im Rahmen einer Frage zu Skubiszewskis sicherheitspolitischer Rede im Sejm im Februar 1991:

„Die Beziehungen Polens mit der Sowjetunion befinden sich derzeit in einer Phase, die allgemeine Beunruhigung auslöst. Das hängt mit der inneren Lage dieses Landes und mit einer gewissen Modifikation der internationalen Politik Moskaus zusammen. Vor diesem Hintergrund weckt das Fehlen eines nahen Termins für den Abzug der sowjetischen Armee aus Polen Befürchtungen.“ (Sejm RP 1991a: 31)

⁴⁶ Eine Ausnahme bilden im Wesentlichen Vertreter nationalistischer Parteien, die an den ND-Diskurs anschließen, v.a. Vertreter der ZChN und der „Union für Realpolitik“ (UPR), deren staatskritische programmatische Ausrichtung man grob mit jener der US-amerikanischen Republikaner vergleichen kann.

Dass diese Befürchtungen berechtigt seien, stellten Sprecher der neuen Eliten insbesondere nach dem Putsch im August 1991 fest, so etwa Jacek Maziarski (PC) (vgl. Rz 29.8.1991) und Verteidigungsminister Piotr Kołodziejczyk (vgl. Rz 11.9.1991).

Ähnlich sieht die Situation bezüglich des Warschauer Paktes aus. War dieser auch von Teilen der Solidarność-Eliten bis Ende 1990 noch – zumindest halbherzig – als kurzfristig noch notwendiges Verteidigungsbündnis konstruiert worden, so fiel mit dem deutsch-polnischen Grenzvertrag und dem weiteren Vertragswerk um die deutsche Wiedervereinigung offenbar auch diese Notwendigkeit vollständig weg. Skubiszewski, schon vorher skeptisch bezüglich des Nutzens des Warschauer Paktes, erklärte im Februar 1991, dass der Warschauer Pakt eigentlich auch nie wirklich Sicherheit gegeben habe, sondern lediglich „Instrument einer imperialen Politik“ gewesen sei (vgl. Sejm RP 1991a: 54). Widerspruch gab es nicht.

1.2.1.2. Die NATO und die USA

Fielen die Vertreter der ehemaligen Blockparteien in der Diskussion um die Auflösung des Warschauer Paktes und den Abzug der sowjetischen Truppen noch durch Schweigen auf, zeigten sich in der Debatte um die künftige Rolle der NATO und Polens Beziehungen zu ihr zunehmend zwei deutlich konträre Diskurskoalitionen, die wiederum weitgehend identisch mit den Reformeliten einerseits und den ehemaligen Blockparteien, insbesondere aber den Vertretern der postkommunistischen SLD, andererseits waren.

Bereits Anfang 1991 zeigte sich, dass der NATO – der „überlebenden“ und weiterhin stabilen Allianz freier Demokratien – im Rahmen eines transatlantischen Kooperationsdiskurses zunehmende Bedeutung für die Sicherheit Polens und ganz Europas beigemessen wurde. Sie wurde von Teilen der Post-Solidarność-Eliten und auch von ersten Vertretern der PSL (vgl. Sejm RP 1991b: 116) als wesentlicher Stabilitätsfaktor auf dem Kontinent bezeichnet und sollte daher auch eine gesamteuropäische Rolle übernehmen, allerdings im Rahmen des zu schaffenden und die UdSSR mit einbeziehenden gesamteuropäischen Sicherheitssystems auf Grundlage der KSZE. Die Forderung nach einer sicherheitspolitischen Rolle der NATO wurde so mit dem europäischen Einigungsdiskurs – bzw. der Bedrohungskonstruktion jedweder Teilung Europas in Gruppen oder Blöcke – verknüpft und machte praktisch seine militärische Dimension aus. So erklärte Skubiszewski im Februar 1991 im Sejm:

„Sicherheit in Europa kann nicht selektiv sein. In der Realität jedoch gibt es einen Unterschied zwischen dem westlichen und dem mittleren und südöstlichen Teil des Kontinents. Die Sache läuft im Wesentlichen auf eine gesamteuropäische Rolle des

Nordatlantikpaktes hinaus. [...] Im Laufe der Zeit sollte es zu einer gewissen Fusion des KSZE-Systems und der NATO kommen.“ (Sejm 1991a: 18-19)

Ganz wesentliches Ziel – und Konsequenz der Forderung nach der Behandlung ganz Europas als einheitlichen Sicherheitsraum – war es, die NATO dazu zu animieren, sich für die Sicherheit Ostmitteleuropas zu engagieren, anstatt eine Teilung Europas in sichere und unsichere Staaten hinzunehmen. Es deutete sich also an, dass die NATO durch die Einbeziehung der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten in ihr Sicherheitssystem (nicht unbedingt durch deren Beitritt) ein zentrales Instrument der sicherheitspolitischen Einigung des Kontinents werden und Schutz gegen lokale und regionale militärische Konflikte sowie gegen eine mögliche Unterwerfung durch die beiden großen Nachbarn bieten sollte. Ganz deutlich spielte hier wieder die geopolitische Lage Polens eine Rolle (wobei zudem klar wird, dass die Bedrohungs konstruktion „Deutschland“ latent weiter vorhanden ist):

„Eine Anforderung ist besonders elementar – ganz Europa sollte als ein einheitlicher Sicherheitsraum betrachtet werden. [...] Insbesondere Mitteleuropa darf in Sachen Sicherheit nicht zu einer grauen, neutralen oder Pufferzone werden. Ein Gebiet in dieser Position, bezüglich seiner geographischen Lage, wird leicht zu einem Objekt der Rivalität stärkerer Staaten. Das ist eine wichtige Grundlage unserer Sicherheitspolitik, vor dem Hintergrund unserer Lage zwischen Deutschland und der UdSSR.“ (Sejm 1991a: 17-18)

Dass Bedrohungen von Seiten Deutschlands weiterhin für potenziell möglich gehalten wurden, zeigt auch die Tatsache, dass – in geringerem Umfang, aber doch deutlich erkennbar – weiter einzelne Sprecher ohne Widerspruch das Ziel einer Einhegung Deutschlands durch dessen NATO-Mitgliedschaft formulierten.

Bisher ging es um eine multilaterale, gesamteuropäische Lösung mit einer Rolle der NATO als einziges erfolgreiches Militärbündnis und Stabilitätsanker in Europa. Ersten Fragen nach einer möglichen Mitgliedschaft Polens im Bündnis erteilte Skubiszewski entsprechend eine Absage, deren Begründung – die Forderung käme zu schnell, und die NATO sei selbst nicht bereit – allerdings bereits eine Relativierung beinhaltete:

„Ein Beitritt zum Nordatlantikpakt kommt mit Blick auf das Gleichgewicht in der Region, in der wir uns befinden, und im Hinblick darauf, dass diese Region sich erst sicherheitspolitisch organisiert, nicht in Frage. Hier gilt es nicht, zu beschleunigen, was sich überhaupt nicht dazu eignet. Außerdem will das atlantische Bündnis überhaupt keine neuen Mitglieder wie Polen.“ (Sejm 1991a: 49)

Auch in der Generaldebatte im Juni 1991 wurde die NATO praktisch ausschließlich im Rahmen des Aufbaus eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems auf Basis der KSZE diskutiert. Insgesamt ist allerdings festzustellen, dass die NATO bisher insgesamt noch keine zentrale Rolle in der sicherheitspolitischen Diskursformation spielte.

Ändern sollte sich das mit dem Augustputsch 1991 in der Sowjetunion. Dieser wurde in Polen allseits als veritable Bedrohung konstruiert (s.o.). Erste implizite Forderungen nach einem NATO-Beitritt wurden in Reaktion auf den Putsch seitens der PC laut (vgl. Rz 19.8.1991), die diesen Punkt auch – jetzt schon etwas deutlicher – in ihr Wahlprogramm schrieb (vgl. PC 1991). Die Regierungsvertreter sprachen hingegen weiterhin nur vom Ziel einer gesamteuropäischen Rolle der NATO im Rahmen eines neuen Sicherheitssystems sowie des Ausbaus der Beziehungen Polens zur NATO und weisen auch mit Blick auf Ungarns abgelehnten Beitrittsantrag auf die Sinnlosigkeit entsprechender Bestrebungen Polens hin (vgl. GW 6.11.1991, 9.11.1991). Dieser Standpunkt war offenbar ganz wesentlich dem Zögern der NATO bezüglich einer möglichen Osterweiterung geschuldet und weniger einer prinzipiellen Ablehnung einer NATO-Mitgliedschaft.

Nach den Wahlen bildete Jan Olszewski (PC) Anfang Dezember 1991 eine neue Regierung, die weitgehend von der nationalkonservativen PC und der nationalistisch-klerikalen ZChN dominiert war, was die Durchsetzung eines sich formierenden *transatlantischen Integrationsdiskurses*, der einen Beitritt Polens zum Ziel erhob, beschleunigte. Unterstützt wurde dies zusätzlich durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung – Olszewski warnte gar vor Gefahren für die polnische Ostgrenze (vgl. GW 30.1.1992). Als in Dokumenten des Verteidigungsministeriums erstmals das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft auftauchte, kritisierten der parteilose Skubiszewski und Vizeverteidigungsminister Onyszkiewicz (UD) dies noch mit dem Hinweis, dass die offene Forderung nach einer Aufnahme Polens in die NATO zu diesem Zeitpunkt die Beziehungen zum Bündnis sogar verschlechtern könnte (vgl. GW 13.10.1992). Onyszkiewicz musste kurz darauf aus parteipolitischen Gründen seinen Hut nehmen, was auch als Schwächung der Position Skubiszewskis im Verteidigungsministerium interpretiert wurde (vgl. GW 14.2.1992). Der neue Verteidigungsminister Jan Parys, welcher der PC nahestand, forderte auch diejenigen Generäle, welche das Gefühl hatten, die Annäherung Polens an die NATO nicht mittragen zu können, zum Rücktritt auf (vgl. GW 2.7.1992). Der transatlantische Integrationsdiskurs wurde ganz wesentlich durch diese Veränderungen in der Exekutive immer dominanter.

Entsprechend dieser neuen Linie, und sicherlich auch aufgrund der langsamen Öffnung der NATO für eine mögliche Erweiterung um Polen, sprach Skubiszewski erstmals im Mai 1992 in seinem Exposé – fast beiläufig – davon, dass nicht nur die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der NATO der Integration Polens in das Sicherheitssystem dieser Allianz diene, sondern dass auch die Mitgliedschaft ein „perspektivisches Ziel“ sei (Sejm RP 1992: Skubiszewski a). Während diese Äußerung noch keine deutlichen Reaktionen unter den Post-

Solidarność-Eliten hervorrief (allein Jarosław Kaczyński verwies in dem Zusammenhang nochmals auf den Augustputsch und darauf, dass die KSZE Polen sicher nicht zu schützen imstande sei, was man als Zustimmung interpretieren kann, vgl. Sejm RP 1992: Kaczyński) und Sprecher der PSL sich nicht zur Sache äußerten, zeigte sich bereits erster Unmut unter den Vertretern der postkommunistischen SLD. Longin Pastusiak präsentierte hier im Namen der Fraktion eine Vision, die als „harte Linie“ im Rahmen des europäischen Einheitsdiskurses bezeichnet werden kann und noch stärker vom „atlantischen“ Szenario entfernt ist als die bisherige Regierungslinie, da sie langfristig gar keine Rolle für die NATO mehr vorsah:

„Die NATO ist heute ein Minderheitenbündnis, dem nur 14 europäische Staaten angehören und das keine neuen Mitglieder wie uns will. Europa wird erst dann wirklich sicher sein, wenn alle Länder unseres Kontinents sich gleichermaßen sicher fühlen. Ich denke, dass unser Land viel Prestige auf internationaler Ebene gewinnen würde, wenn die polnische Regierung einen Vorschlag zur Schaffung eines gesamteuropäischen Systems kollektiver Sicherheit machte, als Ergebnis der Entwicklung der KSZE, eines institutionalisierten gesamteuropäischen Bündnisses mit eigenem Kommando, mit eigenen Streitkräften, mit der Teilnahme der Vereinigten Staaten und Kanadas.“ (Sejm RP 1992: Pastusiak)

Ungeachtet der grundsätzlichen Unterstützung dieser Vision durch Skubiszewski führte die zunehmende Offenheit der NATO gegenüber einer Osterweiterung – und sicherlich auch die Demonstration der Unfähigkeit des KSZE-Systems in Jugoslawien – im Zeitverlauf zu deutlicheren Formulierungen der polnischen Regierung im Rahmen des transatlantischen Integrationsdiskurses. Die erste unmissverständliche Erklärung zu Polens Ambitionen auf eine NATO-Mitgliedschaft machte die neue Premierministerin Hanna Suchocka (UD) im Oktober 1992 im Umfeld einer Sitzung des NATO-Rates in Brüssel (vgl. GW 8.10.1992). Dabei nahm sie auf eine Konstruktion Bezug, die bereits vorher stellenweise von Regierungsvertretern vorgebracht worden war: jener der NATO als einziger Sicherheitsorganisation, die sich bewährt habe und daher ein zuverlässiger Stabilitätsfaktor in Europa sein könne, was insbesondere mit der Position der USA in diesem Bündnis und ihrer militärischen Präsenz in Europa zusammenhängt. Die NATO-Mitgliedschaft – in Verbindung mit einer WEU-Mitgliedschaft, die jedoch stets jener in der NATO nachgeordnet war – wurde auch als „strategisches“ (und damit prioritäres) Ziel in die kurz darauf beschlossenen „Grundlagen der polnischen Sicherheitspolitik“ aufgenommen:

„Im Bewusstsein, dass der Nordatlantikpakt der grundlegende Faktor für politische Stabilität und Frieden in Europa bleibt, schätzt Polen insbesondere den euroatlantischen Charakter dieses Bündnisses und spricht sich für eine Präsenz amerikanischer Truppen auf unserem Kontinent aus. Das strategische Ziel Polens in den Neunzigerjahren ist die Mitgliedschaft in der NATO und der Westeuropäischen Union als europäischer Säule der NATO und wesentlichem Bestandteil eines europäischen Systems kollektiver Sicherheit.“ (Komitet Obrony Kraju 1992)

Die deutlichste Auseinandersetzung über die Frage einer polnischen NATO-Mitgliedschaft entspannte sich nach diesem endgültigen Einschwenken des Regierungslagers auf den transatlantischen Integrationsdiskurs in der Generaldebatte im April 1993 und im Wahlkampf desselben Jahres. Die NATO sollte Skubiszewski zufolge weiterhin Teil eines umfassenden Geflechts unterschiedlicher Organisationen (insbesondere der KSZE, der EG und der WEU) werden, das zu einem kooperativen, später kollektiven Sicherheitssystem entwickelt werden sollte. Im Vordergrund stand jedoch mittlerweile Polens Mitgliedschaft in diesem „einzigem realen“ Sicherheitsbündnis in Europa. Auch wovon diese Mitgliedschaft Polen hauptsächlich schützen sollte, sagte Skubiszewski sehr deutlich:

„In den Beziehungen zu den östlichen Ländern, darunter mit Russland, können wir die Existenz von Kräften, die eine Rekonstruktion der alten imperialen Ordnung anstreben, nicht ignorieren. Im lebenswichtigen Interesse Polens liegt einerseits die Unterstützung der auf Demokratie und Unabhängigkeit ausgerichteten Kräfte in diesen Ländern, andererseits aber müssen wir in Übereinstimmung mit unserer Staatsraison und unserer strategischen Orientierung an der westlichen Zivilisation, angesichts einer möglichen gefährlichen Entwicklung die institutionellen Bindungen mit den Strukturen des Westens vertiefen, bei prioritärer Behandlung der Verbindungen mit dem euroatlantischen Sicherheitssystem.“
(Sejm RP 1993a: Skubiszewski)

Die Bedrohungskonstruktion einer Wiederkehr des russischen Imperiums – befeuert durch die Unsicherheit über den künftigen Kurs Russlands und durch dessen innenpolitische Krise sowie mutmaßlich verstärkt durch die dezidiert antikommunistische Haltung derjenigen Sprecher, die sich für die Westintegration aussprachen – zeigt sich hier deutlich als treibende Kraft hinter dem mittlerweile zentralen Ziel des NATO-Beitritts. Auch hier führte Skubiszewski die unbedingte Vermeidung einer „Pufferzone“ verminderter Sicherheit in Mitteleuropa an, die potenzielle Hegemonen zur wie auch immer gearteten Unterwerfung faktisch einladen würde. Diesem transatlantischen Integrationsdiskurs inklusive seiner zentralen Bedrohungskonstruktion schloss sich mittlerweile eine Vielzahl von Sprechern während der Sejmdebatte an. Eine mögliche Hegemonie Deutschlands wurde zwar ebenfalls hier und da ins Feld geführt, war jedoch im Vergleich zur Bedrohung durch neue imperiale Bestrebungen Russlands eher unbedeutend. Ebenfalls deutlich wird die parallele Abwertung der KSZE als sicherheitspolitisches Instrument. Während Skubiszewski trotz der mittlerweile klaren Dominanz des euroatlantischen Integrationsdiskurses in der Diskursformation weiterhin an einer prominenten Rolle für die KSZE festhielt, die insbesondere der Konfliktprävention dienen und nötigenfalls die NATO zu militärischer Friedensschaffung oder -erhaltung ermächtigen sollte, erklärten mehrere Vertreter des Post-Solidarność-Spektrums, dass die KSZE, im Gegensatz zur NATO, schlicht keine wirkliche Sicherheit bieten könne. So sagte Andrzej

Kostarczyk von der „Bewegung für die Republik“ (RdR), einer Abspaltung von der PC ohne nennenswerte inhaltliche Abweichungen, über die neue Priorisierung:

„Sie ist auch deswegen wichtig, weil wir sie als Signal einer endgültigen Verschiebung der Akzente in der Außenpolitik des Staates verstehen, weg von dem, was wir die Helsinki-Philosophie nennen würden, also die Suche nach Sicherheitsgarantien für Polen in der Strömung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz, hin zu Organisationen, die reale Garantien geben können. [...] Ich habe nicht die Absicht, die Bedeutung der Konferenz zu negieren, aber erwarten wir doch von ihr nicht etwas, was sie Polen in ihrer gegenwärtigen Gestalt nicht geben kann“ (Sejm RP 1993b: Kostarczyk)

Auch andere Politiker wie Jarosław Kaczyński (PC) drückten deutliche Zustimmung zur neuen Hierarchisierung – erst die NATO, dann die KSZE – aus. Unterstützung für den alten KSZE-Kurs erhielt Skubiszewski mittlerweile nurmehr aus den Reihen der postkommunistischen SLD. Letzten Endes führte er allerdings Rückzugsgefechte und fühlte sich trotz allem am Ende der Debatte gezwungen, zu erklären, dass nur die NATO „echte“ – militärische – Sicherheit bieten könne. Dies zeigt sehr deutlich, wie ein Sprecher, der offensichtlich abweichende Überzeugungen hatte, sich zunehmend genötigt sah, seine Äußerungen einem immer dominanter werdenden Diskurs anzupassen. Zudem zeigt es sehr deutlich, dass im Rahmen der polnischen sicherheitspolitischen Diskursformation, so viele Dimensionen der Sicherheitsbegriff auch haben mag, letzten Endes der militärische Faktor den Ausschlag gibt. Erstmals fand auch die WEU häufigere Erwähnung. Ziele waren eine enge Zusammenarbeit und letzten Endes eine Mitgliedschaft. Die WEU spielte jedoch eine deutlich geringere Rolle als die NATO selbst und wurde zwar regelmäßig mit ihr in einem Atemzug, aber dennoch eher als Ergänzung (v.a. als „europäischer Pfeiler der NATO“) präsentiert, was mutmaßlich damit zu tun hat, dass es sich hier um eine Organisation ohne Beteiligung der USA handelte. Dies ist bereits ein deutlicher Hinweis darauf, dass die NATO vor allem wegen der dominanten Rolle Washingtons als Garant harter Sicherheit konstruiert wurde.

Die Sprecher der SLD trugen diesen atlantischen Kurs in der Form nicht mit und betonten stattdessen eher die bisherige gesamteuropäische Vision, die auch den Osten Europas mit einschloss; zumindest vorerst sei die NATO weiterhin ein gegen den postsowjetischen Raum gerichtetes Bündnis, was einem Beitritt Polens in Hinblick auf dessen Interessen in Osteuropa entgegenstehe. Insofern verband sich hier ein noch vorhandener moskauorientierter Diskurs mit dem europäischen Einigungsdiskurs. So erklärte Józef Oleksy (SLD):

„Wir erinnern daran, dass Polens Ambitionen damals darin bestanden, zur Institutionalisierung der KSZE als Fundament dieses Sicherheitssystems beizutragen, unterstützt durch die Präsenz eines Militärbündnisses. Heute haben wir diese Richtung praktisch vergessen, stattdessen akzentuiert Polen sehr stark seinen Willen, der NATO beizutreten. Das Bündnis der Demokratischen Linken bestreitet nicht die Notwendigkeit

des Beitritts Polens zu Militärbündnissen, insbesondere, da unser Land zum ersten Mal ohne Allianz dasteht, wenn es um Militär- und Verteidigungsbeziehungen geht. Wir denken aber, dass Polen erst dann einen entschlossenen Standpunkt in dieser Sache einnehmen kann, wenn das Wesen, die Natur und die Ziele der NATO neu bestimmt werden, denn trotz der grundsätzlichen Änderung der geopolitischen Situation der NATO als Militärbündnis hat sie ihre Natur und ihren Charakter nicht geändert.“ (Sejm RP 1993b: Oleksy c)

Hieraus ergab sich allerdings auch ein „Ausweg“ für den Sprecher: Sollte die NATO ihren Charakter ändern – weg von einem gegen Moskau gerichteten Militärbündnis – wäre eine Mitgliedschaft möglich. Dass es um die Gefahr einer Konfrontation mit Russland bzw. dem postsowjetischen Raum geht, verdeutlicht auch der Beitrag von Tadeusz Iwiński (SLD):

„Natürlich, solange das Bündnis existiert, muss man mit ihm im Rahmen des [NATO-Kooperations-]Rates, und nicht nur dort, zusammenarbeiten. Im Allgemeinen jedoch endet die Zeit der Militärpakte. Die Erweiterung der NATO um Polen würde ihre Grenze bis an den Bug vorschieben und objektiv unsere Beziehungen zu den östlichen Nachbarn verschlechtern.“ (Sejm RP 1993b: Iwiński)

Damit kann man von einer konkurrierenden Diskurskoalition sprechen, die allerdings an grundlegenden Zielen und Werten anknüpfte, die auch von den Post-Solidarność-Eliten geteilt werden. So nahmen die Vertreter in Anknüpfung an den moskauorientierten Diskurs direkt Bezug auf die fundamentale Bedeutung guter Beziehungen zu den östlichen Nachbarn sowie die Bedrohungskonstruktion von neuen, konfrontativen Trennlinien bzw. das Ziel einer sicherheitspolitischen Einigung Europas. Der wesentliche Unterschied ist hier die höhere Bewertung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn, insbesondere Russland, sowie das Fehlen der Bedrohungskonstruktion der Rückkehr des russischen Imperialismus. Stattdessen wurde die – auch von der „Gegenseite“ regelmäßig vorgetragene – Bedrohung durch nationalistische Konflikte in den Vordergrund gestellt (vgl. SLD 2001b, 2001c). Die Position der SLD-Sprechern und die Akzentuierung der Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems nach der alten Konzeption fand sich auch in den Materialien der SLD zum Wahlkampf von 1993 wieder (vgl. SLD 2001b, 2001c).⁴⁷ Dies war ein Grund, wieso Post-Solidarność-Politiker einen möglichen Wahlsieg der SLD als Bedrohung für Polens Sicherheit konstruierten und eine Rückkehr in die russische Einflussphäre und damit einen erneuten Souveränitätsverlust an die Wand malten (vgl. GW 17.9.1993).

In der PSL waren die Stimmen gespalten, was nicht verwunderlich ist, handelt es sich doch um eine ehemalige Blockpartei, die gerade versuchte, an ihre Vorkriegstradition als konservative Bauernpartei anzuknüpfen und sich daher in einem Transformationsprozess befand. Ihr

⁴⁷ Dabei muss allerdings bemerkt werden, dass Außen- und Sicherheitspolitik im Wahlkampf 1993 keine hervorgehobene Rolle spielten. Stattdessen lag der Schwerpunkt eher auf Innen- und Wirtschaftspolitik (vgl. Słodkowska 2001b).

Vorsitzender, Waldemar Pawlak, fordert eine „selbständige“ Politik, die „offen in alle Richtungen“ sei, Wojciech Mojzesowicz vertrat eine Position, die jener Iwińskis entsprach. Mikołaj Kozakiewicz hingegen hatte sich bereits dem Beitrittsdiskurs angeschlossen (vgl. Sejm RP 1993b: Kozakiewicz). Erkennbare Positionen zum NATO-Beitritt sind, mutmaßlich aufgrund dieser internen Differenzen sowie des Charakters der PSL als Klientelpartei des ländlichen Raumes, in den untersuchten Wahlkampfmaterialien der PSL von 1991 und 1993 nicht zu finden (vgl. PSL 2001b, 2001c, 2001d, 2001e).

Weniger Kontroversen rief die Frage der militärischen Präsenz der USA in Europa hervor. Für die Post-Solidarność-Eliten waren die USA – entsprechend ihrer Rolle als zentrale Macht in der NATO – ein wesentlicher Garant für Sicherheit und Stabilität in Europa. Erst die militärische Rolle der USA innerhalb der NATO scheint letztere, wie bereits erwähnt, überhaupt so bedeutsam zu machen. Skubiszewski äußerte auch einmal ganz deutlich,

„dass die Rolle der US-Truppen in Europa mit der Position der NATO und dem Funktionieren der NATO verknüpft ist. Würde die NATO sich auflösen, gäbe es hier auch keine amerikanischen Truppen. Es gibt keine andere Formel für die amerikanische Präsenz in Europa.“ (Sejm RP 1992: Skubiszewski b)

Diese Präsenz wurde jedoch auch grundsätzlich als wichtiger Stabilitätsfaktor für Europa konstruiert – und dies bereits Anfang 1990 seitens Jan Czajjas als Vertreter der PSL „Wiedergeburt“, eines Reformflügels der ehemaligen Blockpartei (vgl. Sejm RP 1990a: 29). Skubiszewski bezeichnete in seinem Exposé vom Juni 1991 die Präsenz der US-Truppen in Europa als „wesentlichen Faktor für die Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität“ in Europa (Sejm RP 1991b: 18), ein Jahr später gar als „notwendige Bedingung“ hierfür (Sejm RP 1992: Skubiszewski a). Diese Darstellung, mutmaßlich unterstützt durch die offenkundige Unfähigkeit Europas, der Balkankrise Herr zu werden, erhielt Zustimmung in der UD und auch von Seiten der wieder vereinigten PSL. Sie fand auch ihren Weg in die „Grundlagen der polnischen Sicherheitspolitik“ (vgl. Komitet Obrony Kraju 1992). Einzig Oleksy als Vertreter der SLD schien anzudeuten, dass er dieser Darstellung nicht zustimme, da er skeptisch fragte, ob dies auch eine künftige Stationierung amerikanischer Truppen in Polen bedeute (vgl. Sejm RP 1992: Oleksy). Insgesamt spielte diese Frage im Diskurs allerdings keine größere explizite Rolle und wird vor allem von Regierungsvertretern und in den „Grundlagen“ thematisiert. Da die Gegenwart von US-Truppen ganz wesentlich mit der Rolle der NATO als Stabilitätsgarant in Europa verknüpft war und die WEU im Vergleich hierzu eine recht geringe Rolle spielte, kann allerdings davon ausgegangen werden, dass die regelmäßige Forderung nach einer sicherheitspolitischen Rolle der NATO von Seiten der Post-Solidarność-Eliten die Forderung nach einer US-Militärpräsenz in Europa beinhaltet, zumal eine enge bilaterale

Kooperation mit den USA innerhalb dieser Diskurskoalition eine praktisch konsensuale Position war.

1.2.1.3. Intermarium und NATO-bis – Dritte Wege der Bündnispolitik

Zeitweilig traten auch noch Alternativvorschläge für eine sicherheitspolitische Orientierung im militärischen Bereich auf den Plan. Der Vorschlag, die Neutralität zu wählen, erfolgte nur sehr vereinzelt und führte sofort zu deutlicher Ablehnung. So antwortete Skubiszewski im Februar 1991 auf entsprechende Fragen:

„Einen solchen Status werden wir nicht erhalten, weil man mit verbalen Deklarationen weder etwas an der Geopolitik noch an der Geostrategie ändert, und wir würden uns von der Möglichkeit von Absicherungen abschneiden, welche die derzeit in Europa existierenden Sicherheitsorganisationen darstellen. Gerade hier könnte eine gewisse Gefahr der Isolation entstehen [...].“ (Sejm RP 1991a: 50)

Während der Vorschlag der Neutralität meist von Abgeordneten kommt und daher leicht „abzubügeln“ war, war dies bei einem Vorschlag Präsident Wałęsas schwieriger. Wałęsa hielt sich mit konzeptionellen Vorschlägen zur Sicherheitspolitik eher zurück, auch wenn der polnische Präsident im außen- und sicherheitspolitischen Bereich durchaus Einfluss hatte (und auch heute noch hat). Im März 1992 schlug er allerdings während eines Besuches in Deutschland ohne Absprache mit der Regierung die Bildung einer „NATO-bis“ („Zweite NATO“) vor, eines nicht näher definierten ostmitteleuropäischen Bündnisses (vgl. GW 30.3.1992). Erst Monate später erklärte er grob, was er darunter verstand: einen Militärpakt der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten einschließlich Russlands, das die gegenwärtigen Grenzen garantieren, Gewaltverzicht festschreiben und seine Massenvernichtungswaffen der NATO übergeben sollte (vgl. GW 14.10.1992).

Der Vorschlag rief von Beginn an Unmut hervor, weil er nicht abgestimmt war und damit zu widersprüchlichen Positionen in der polnischen Außenpolitik führte. Auch seine postulierte Realitätsferne (er beinhaltete immerhin, dass Russland seine Atomwaffen der NATO übergeben sollte) sorgte vor diesem Hintergrund für Konsternation. Da Präsident Wałęsa seinen Vorschlag mehrfach wiederholte, kritisierten ihn mehrere Abgeordnete während der Generaldebatten 1992 und auch 1993 deutlich.

Die Regierung selbst versuchte eher geräuschlos, die Diskussion absterben zu lassen, was durchaus bemerkenswert ist, da einige ihrer exponiertesten Vertreter der PC zuzurechnen sind, die im öffentlichen Konflikt mit Wałęsa stand und bereits in ihrem Wahlprogramm von 1991 jegliche „dritten Wege“ dieser Art als „gefährlichen Fehler“ gebrandmarkt hatte (vgl. PC 1991). Der parteilose Skubiszewski sandte wenige Tage nach Wałęsas erster Äußerung eine

Anweisung an alle diplomatischen Vertretungen Polens, dass bei Nachfragen klarzustellen sei, dass es keinerlei Änderung des Pro-NATO-Kurses Polens gebe (vgl. GW 4.4.1992). Später rang er dem Präsidenten das Versprechen ab, nicht mehr über das Projekt zu sprechen – allerdings erfolglos (vgl. GW 3.11.1992). Stattdessen präsentierte Wałęsa nun die „NATO-bis“ als Vorstufe und Vorbereitung zur Integration in das westliche Verteidigungsbündnis. Diese Vorstellung wurde von Regierungsvertretern klar zurückgewiesen, weil ein solches Bündnis Polens NATO-Beitritt verlangsamten oder verhindern könne (vgl. GW 13.10.1992). Im Laufe des Jahres 1993 verlief die Idee dann im Sande, ohne dass Wałęsa auch nur ansatzweise eine Diskurskoalition hierfür hätte schmieden können.

Ein nahezu identisches⁴⁸ Konzept vertrat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Konföderation des Unabhängigen Polen (KPN) unter dem Namen „Intermarium“ (pl. „międzymorze“) – eine Konföderation der ehemaligen Ostblockstaaten ohne Russland, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, die Ostmitteleuropa wirtschafts- und sicherheitspolitisch neu ordnen sollte, in der geistigen Tradition von Józef Piłsudski, der eine solche Konföderation zu Beginn der Zwischenkriegszeit verfolgt hatte. Das Konzept wurde in den außenpolitischen Generaldebatten 1992 und 1993 von KPN-Vertretern postuliert (vgl. Sejm RP 1992: Król; 1993b: Moczulski), aber ganz klar von den wenigen Sprechern, die überhaupt darauf eingehen, als unklar, anachronistisch und gefährlich abgelehnt, weil es Polen in Konfrontation mit Russland bringe (vgl. Sejm RP 1993b: Oleksy c, Niesiołowski).

Ein ähnliches Schicksal war einem wiederum sehr ähnlichen Vorschlag von außen beschieden: Die Ukraine präsentierte im Mai 1993 die Vision eines „Stabilisierungs- und Sicherheitsraumes“ in Ostmitteleuropa, der Teil eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems werden sollte (vgl. GW 24.5.1993). Das Konzept entsprach weitgehend Wałęsas „NATO-bis“, jedoch hatten sich der transatlantische Integrationsdiskurs in Polen außerhalb des postkommunistischen Spektrums mittlerweile so weit durchgesetzt, dass sich selbst der polnische Präsident bei einem Staatsbesuch in Kiew nicht zum „Krawtschuk-Plan“ äußern wollte und die Idee letzten Endes ebenfalls im Sande verlief (vgl. GW 26.5.1993). Trotz der bereits zu diesem Zeitpunkt enormen sicherheitspolitischen Bedeutung der Ukraine für Polen (s.u.) war man sich im Klaren, dass eine derartige Kooperation Polens NATO-Beitritt wahrscheinlich verhindern würde. Der NATO-Schutzschirm hatte also deutliche Priorität.

⁴⁸ Dionizy Krawczyński, Vizevorsitzender der KPN, meinte gar, dass dieses Konzept von Wałęsa nur in „NATO-bis“ umbenannt und dann als eigene Idee präsentiert worden sei (vgl. GW 3.10.1992).

1.2.1.4. Die Region Kaliningrad

Zentrale Bedrohungs konstruktion im immer stärker werdenden transatlantischen Integrationsdiskurs war eine mögliche Rückkehr des russischen Imperiums. Konsequenz war das zentrale sicherheitspolitische Ziel „NATO-Beitritt“, um in den euroatlantischen Sicherheitsraum integriert zu werden und vor einem möglichen Neoimperialismus Moskaus – und anderen Gefahren – geschützt zu sein.

Auffällig ist die Rolle der Region Kaliningrad in der sicherheitspolitischen Diskursformation. Das Gebiet des früheren Königsberg war im Kalten Krieg militärisches Sperrgebiet und die dortige Konzentration von Militär die höchste in Europa gewesen. Eine Öffnung erfolgte erst ab Anfang der Neunzigerjahre. Während des Rückzugs der sowjetischen Truppen aus den ehemaligen Satellitenstaaten, insbesondere vom Territorium der ehemaligen DDR, wurden viele zeitweilig im Kaliningrader Gebiet stationiert. Was auffällt, ist, dass es trotz der Tatsache, dass dies seit Ende 1991 der einzige Punkt ist, an dem Polen direkt an den „potenziellen Unterdrücker“ grenzt, in der sicherheitspolitischen Diskursformation fast keine Rolle spielt.

Vereinzelt wurde die massive Truppenkonzentration von 200.000 Soldaten im Jahr 1992 von polnischen Politikern als potenzielle Bedrohung konstruiert und eine Reduktion gefordert (vgl. GW 3.3.1993, 24.7.1992). Insgesamt spielt Kaliningrad jedoch praktisch keine Rolle in der sicherheitspolitischen Diskursformation der frühen Jahre, insbesondere nicht in den „Grundlagen“ und den jährlichen Generaldebatten. Dort, wo auch marginale Positionen repräsentiert waren, sprach nur ein unabhängiger Abgeordneter 1992 Kaliningrad im Zusammenhang mit dem allgemeinen Ziel der Abrüstung in Polens Umgebung an (vgl. Sejm RP 1992: Musioł). Ansonsten fällt der Name Kaliningrad über die Jahre hinweg nur wenige Male im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Kooperation oder dem Bau einer Autobahn sowie dem Interesse Polens an freier Schifffahrt durch das Pillauer Tief.

Während in Polen die Entstehung neuer Staaten an der Ostgrenze als vorteilhaft konstruiert wurde, schien die Existenz der Exklave Kaliningrad diese Einschätzung nicht zu schmälern. Sie spielt keine nennenswerte Rolle, was trotz der klar territorial-militärischen Schutzfunktion der NATO als Hinweis darauf gelesen werden kann, dass die Bedrohungs konstruktion „Russland“ sich wesentlich stärker auf den wie auch immer zu bewerkstellenden Wiederaufbau einer hegemonialen Stellung Russlands in Osteuropa (mit oder ohne Zuhilfenahme von Militär) als auf die „klassische“ Gefahr eines militärischen Überfalls bezog. Diese Beobachtung machte in den Siebzigerjahren bereits Juliusz Mieroszewski, Co-Autor des für die neue polnische Außenpolitik einflussreichen „ULB-Konzeptes“:

„Wir fürchten die Russen. Wir fürchten die Russen nicht auf dem Schlachtfeld, weil wir vor noch nicht allzu langer Zeit einen beträchtlichen Sieg über sie errungen haben. Unter uns leben noch Menschen, die an der Schlacht vor Warschau 1920 teilgenommen haben. Wir fürchten uns vor dem russischen Imperialismus – den russischen politischen Plänen.“
(Mieroszewski 1974)

1.2.1.5. Allgemeine Abrüstung

Über die Frage des NATO-Beitritts und des Abzugs russischer Truppen hinaus war die allgemeine Abrüstung in Europa weiterhin ein unwidersprochenes, aber insgesamt nicht dominantes Ziel in der polnischen sicherheitspolitischen Diskursformation. Die konventionelle Abrüstung in Europa wurde von Skubiszewski in seinen Exposés wiederholt als Kernelement europäischer Sicherheit dargestellt. In diesem Lichte wurde der KSE-Vertrag als wesentlicher politischer Erfolg präsentiert (vgl. Sejm RP 1991b: 13-14). 1993 betonte Skubiszewski auch die „historische Bedeutung“ der Chemiewaffenkonvention, die unmittelbare Auswirkungen auf Polens Sicherheit habe. Seine Position erhielt nur vereinzelt beiläufige Zustimmung (vgl. Sejm RP 1991b: 145), aber auch keinen expliziten Widerspruch. Das mag mit der Tatsache zu tun haben, dass dieses Ziel maßgeblich über Verhandlungen im Rahmen der KSZE und der UNO erreicht werden soll, die sicherheitspolitische Diskursformation sich ab Ende 1991 aber zunehmend auf die NATO-Frage konzentrierte. Allerdings erklärte auch Verteidigungsminister Kołodziejczyk im März 1991 die Abrüstung in Europa zum „besten Rezept für Sicherheit in Europa.“ (GW 21.3.1991) Zudem erhielt das Ziel einer allgemeinen Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa auch einen eigenen Abschnitt in den „Grundlagen der polnischen Sicherheitspolitik“ von 1992. Alles in allem kann es als praktisch exklusive Position der Solidarność-Exekutive betrachtet werden.

Im ukrainepolitischen Zusammenhang ist auffällig, dass die Frage der – insbesondere nuklearen – Abrüstung der Ukraine im Diskurs praktisch nicht auftauchte. Einzig in der Erklärung der polnischen Regierung, in der diese am 2. Dezember 1991 die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannte, wird von der Ukraine die Einhaltung des KSE-Vertrages, des START-Abkommens und der Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag gefordert (vgl. Rada Ministrów RP 1991). Ansonsten wird allenfalls allgemein von der Gefährlichkeit des „beträchtlichen militärischen Potenzials“ auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gewarnt (vgl. Komitet Obrony Kraju 1992). Auch wenn Polen grundsätzlich die Aufgabe des ukrainischen Atomwaffenarsenals unterstützte (vgl. GW 7.6.1993), wurde der Sachverhalt im untersuchten Material praktisch nicht thematisiert.

1.2.2. Die politische Dimension

Während mit zunehmender Bedeutung des Themas „NATO-Beitritt“ die territorial-militärische Dimension des polnischen Sicherheitsbegriffes stärker akzentuiert wurde, bedeutet dies nicht, dass die politische Dimension in ihrer Bedeutung schwand. Beide schienen sich im Gegenteil wesentlich stärker zu verzahnen, auch und gerade durch die Forderung nach einer NATO-Erweiterung, die neben der EG eine der wesentlichen Säulen der europäischen Einigung, der Aufwertung des internationalen Status Polens und einer „Denationalisierung“ von Sicherheit bilden sollte. Durch den Zerfall der Sowjetunion kam der Aspekt der guten bilateralen Beziehungen zu den neuen Nachbarn sowie der geopolitischen Stabilisierung und der demokratischen Transformation der GUS-Staaten erhebliche Bedeutung zu.

1.2.2.1. Die Westorientierung als Weg zur europäischen Einigung

Bereits im vorherigen Abschnitt wurde dargelegt, dass die KSZE einen sukzessiven Bedeutungsverlust erlitt und immer stärker ein NATO-Beitritt Polens in den Vordergrund trat. Bis zu seiner Amtsaufgabe nach dem Wahlsieg der Postkommunisten hielt Skubiszewski trotzdem daran fest, dass die KSZE und auch der Europarat ganz wesentlich der Überwindung der Teilung Europas dienen und durch komplexe Verflechtung und kooperative Konfliktlösung konflikthemmend wirken könnten. Insgesamt ging jedoch die Bedeutung dieser Institutionen im polnischen sicherheitspolitischen Diskurs entsprechend der obigen Darstellung kontinuierlich zurück. 1993 erhielt Skubiszewski im Wesentlichen noch aus den Reihen der SLD, die einen NATO-Beitritt ablehnte, Zustimmung für den alten KSZE-Kurs.

Neben der NATO kristallisierte sich vor allem die Europäische Gemeinschaft bzw. später die Europäische Union⁴⁹ zunehmend als zentrale Organisation heraus, die durch ihre Erweiterung nach Osten die Jalta-Ordnung überwinden und das Ziel der „Einheit Europas“ durch Integration erreichen helfen sollte. Anfangs wurde die EG noch im Wesentlichen als erfolgreiche ökonomische Kooperation verstanden. Entsprechend wurde die Mitgliedschaft in ihr – von Skubiszewski schon Anfang 1991 als „strategisches Ziel“ bezeichnet (Sejm RP 1991a: 20) – auch ökonomisch verstanden, aber in Sejm nicht wesentlich diskutiert, insbesondere nicht in sicherheitspolitischen Zusammenhängen (allenfalls über den „Umweg“ der ökonomischen Dimension des Sicherheitsbegriffes, aber auch hier nicht explizit). Nur vereinzelt brachten polnische Politiker einen künftigen EG-Beitritt vage mit Polens Sicherheit in Verbindung (vgl. GW 1.3.1991).

⁴⁹ Im Material werden diese Begriffe nur selten präzise verwendet, teilweise wird noch 1993 von der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ gesprochen.

Dies änderte sich angesichts der zunehmenden Integration Westeuropas und der zunehmenden Instabilität bzw. des letztendlichen Zerfalls der Sowjetunion. Zwar diente die EU-Integration auch weiterhin rein ökonomischen Zielen. Dennoch wurde der sich weiter integrierende Westen darüber hinaus immer mehr als Hort der Stabilität und damit auch der Sicherheit verstanden, während der Osten – also im Wesentlichen die ehemalige UdSSR – gerade zerfiel und im Chaos zu versinken drohte. Die oben beschriebene Orientierung hin zur NATO aufgrund der Unsicherheit über die Entwicklungen im Osten war insofern nur ein (allerdings ein wesentlicher) Bestandteil einer umfassenden, auch durch das Teilen westlicher Werte wie Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechte gestützte Orientierung hin zum Westen. Diese trat schrittweise an die Stelle der aufgrund der instabilen und unvorhersehbaren Verhältnisse im Osten immer weniger möglich scheinenden gesamteuropäischen Integration und bildete auch immer mehr den Rahmen einer Integration Polens in die EG.

Ab Mitte 1992 – die Olszewski-Regierung war bereits im Amt – bezeichnete Skubiszewski diese schrittweise Integration explizit als Bestandteil der polnischen Sicherheitspolitik, da diese letzten Endes helfe, Polen im sicheren und stabilen Westen zu verankern:

„Unsere Bindungen [zur EG], Resultat der polnischen Politik der letzten zweieinhalb Jahre, sind eine konkrete Garantie für unsere äußere Sicherheit und für die demokratische und marktwirtschaftliche Transformation, die auf natürliche Weise weitere Bindungen zum Westen und die Stärkung unserer Sicherheit auf anderen Ebenen bedingt und erleichtert.“
(Sejm RP 1992: Skubiszewski a)

Auch der Beitritt zu Europarat, EFTA oder OECD wurde von Skubiszewski nun verstärkt als Mittel zum Zweck der Integration in den Westen konstruiert. Die wichtigste Rolle spielte mittlerweile jedoch die EG. Die Mitgliedschaft in ihr sollte jenseits rein wirtschaftlicher Aspekte wesentliches Element der Integration Polens in die stabile und sichere euro-atlantische Staatengemeinschaft sein, weswegen zunehmend zusammenfassend von einer Integration in die „westeuropäischen“ (was die NATO miteinschließt) oder „euro-atlantischen“ Strukturen die Rede war. Die sicherheitspolitische Qualität der EG-Integration als Ausweg aus der Lage zwischen dem „sich vereinigenden Westeuropa und der zerfallenden UdSSR“ wurde Ende 1992 auch in die „Grundlagen der polnischen Sicherheitspolitik“ aufgenommen (vgl. Komitet Obrony Kraju 1992). Dieser *europäische Integrationsdiskurs* wurde zunehmend von Abgeordneten der Post-Solidarność-Eliten mitgetragen und erhielt – bezüglich der EG – auch Zustimmung von Vertretern der Postkommunisten. Andrzej Wielowieyski (UD) ließ in der Sejmdebatte 1993 verlauten, dass eine Infragestellung der europäischen Integration „ein Schlag gegen die Grundfesten unserer nationalen Existenz und Sicherheit“ sei, da erst diese Integration Polen aus dem Sicherheitsvakuum zwischen Deutschland und Russland befreie (vgl. Sejm RP

1993b: Wielowieyski). Verteidigungsminister Onyszkiewicz erklärte – in Übereinstimmung mit den „Grundlagen“ – die NATO-Mitgliedschaft Mitte 1993 gar zu einer Funktion der EG-Mitgliedschaft (vgl. GW 24.7.1993) – was allerdings auch die Rangfolge der Ziele deutlich macht. Denn trotz aller sicherheitspolitischen Relevanz blieb im Rahmen des transatlantischen Integrationsdiskurses klar, dass die EG im Gegensatz zur NATO selbst keine „harte“ Sicherheit zu geben imstande sei und die NATO somit nicht ersetzen könne. Zudem wurde die EG weiterhin sicherheitspolitisch mit dem Ziel der Einhegung des deutschen Machtpotenzials verknüpft, was auch für Polens Mitgliedschaft galt:

„[D]enken wir daran, dass zum ersten Mal seit zweieinhalb Jahrhunderten keine Bedrohung aus dem Westen existiert, allerdings unter einer Bedingung, nämlich dass Deutschland tief in Europa und den Nordatlantikkpakt integriert ist. [...] Erst ein in Europa integriertes Polen wird die Chancen darauf erhöhen, dass auch Deutschland in dieses Europa eingebunden bleibt. Deshalb hat die Integration mit Europa dieses zusätzliche Ziel, das ist ungemein wichtig.“ (Sejm RP 1991b: 16)

Dieser Aspekt wurde jedoch im Diskursverlauf nach 1990 nur mehr selten betont, mutmaßlich weil nach der entsprechend geregelten Wiedervereinigung das Ziel der Einhegung Deutschlands bereits als weitgehend erreicht betrachtet wurde. Vor allem Sprecher des ND-Diskurses griffen darauf zurück, indem sie – allerdings nicht ohne deutlichen Widerspruch – die erfolgreiche Einhegung Deutschlands in Frage stellten und die Bedrohung eines Deutschland konstruierten, das zwar Europa nicht mehr militärisch unterwerfen, aber dafür die künftige EU dominieren wolle. Sie konstruierten dabei, insbesondere nach dem Vertrag von Maastricht und der damit einhergehenden tieferen politischen Integration, einen Beitritt nicht mehr als erwünscht, sondern sogar als bedrohlich für Polens Sicherheit. Erstmals zeigte sich in der Sejmdebatte von 1993 expliziter Widerstand gegen die Integration von Seiten nationalistischer und religiös geprägter Parteien, insbesondere der ZChN. Marek Jurek, der ein Jahr zuvor lediglich eine offene Diskussion über Chancen und Risiken der europäischen Integration gefordert hatte (vgl. Sejm RP 1992: Jurek), erklärte nun einen Beitritt zur künftigen EU de facto zu einer Gefahr für Polens Souveränität und damit für einen zentralen Wert, dessen Schutz die polnische Sicherheitspolitik dient:

„[U]nsere Unterstützung für von Polen eingegangene Verpflichtungen [aus dem EG-Assoziierungsabkommen] – der Grundsatz ‚pacta sunt servanda‘ – bezieht sich auf Fakten, die geschaffen wurden, aber nicht auf Doktrinen, in deren Namen sie geschaffen wurden. Und auf dieser Grundlage akzeptiert die Christlich-Nationale Vereinigung nicht die Doktrin, nach der unsere wirtschaftliche Integration, unsere Annäherung an die Europäischen Gemeinschaften der Beginn des Verzichts Polens auf die nationale Souveränität zugunsten einer supranationalen Europäischen Union sein soll. (Applaus) Eine Doktrin, gemäß der Polen den Vertrag von Maastricht unterstützt und von vornherein akzeptiert, akzeptieren wir nicht (Applaus).“ (Sejm RP 1993b: Jurek a)

Jurek begründete diese Haltung damit, dass die Grundlage für Polens Außenpolitik das nationale Interesse sein müsse, welches das „grundlegende Faktum“ in der heutigen Welt darstelle. Er erhob Souveränität im Sinne einer absoluten Selbstbestimmung eines ethnisch homogenen nationalen Organismus zum obersten Wert und erteilte jeglichem Souveränitätsverzicht nach dem Muster der EU eine Absage. Nicht nur bedeute dies einen Verlust an Selbstbestimmung, es könne noch zu viel Schlimmerem führen: Während Deutschland 1991 die nationalen Aspirationen der Kroaten und Slowenen zur Kenntnis genommen habe, sei die „doktrinäre Politik“ der EG, die den supranationalen Organismus Jugoslawien habe erhalten wollen, für die nun sichtbaren Folgen verantwortlich. Diese grundsätzlich positive Bewertung der deutschen Haltung hinderte Jurek aber nicht daran, auch Deutschland dennoch als Bedrohung darzustellen:

„Leider hat sich gezeigt, dass ein einzelner Staat, wenn er der mächtigste ist, in der Lage ist, auf der Basis von Fakten und einer realistischen Bewertung der Situation die eigene Politik anderen aufzuzwingen, die eigene Politik sogar bei einer supranationalen Gemeinschaft durchzusetzen, die den ganzen westlichen Teil des Kontinents umfasst.“
(Sejm RP 1993b: Jurek b)

Deutsche Hegemonie wurde hier also auf andere Weise – über den „Umweg“ der EU – als Bedrohung für die Selbstbestimmung der Nationalstaaten konstruiert, die der EU angehören. Letzten Endes stemmten sich die Vertreter dieses Diskurses nicht gegen eine Kooperation und Integration mit Westeuropa – sie begrüßten dies sogar. Jedoch sollte dies auf rein intergouvernementale Weise ohne Souveränitätstransfer geschehen, der auch die polnische Kultur und nationale Identität bedrohen würde. Mehrfach wurde hier das Schlagwort vom „Europa der Vaterländer“ benutzt, das dem Maastricht-Modell vorzuziehen sei (vgl. Sejm RP 1993b: Moczulski, Niesiołowski).

Noch deutlicher warnte Janusz Korwin-Mikke von der konservativ-nationalistischen UPR vor einer deutschen Gefahr, gleichzeitig zeigten er und Jurek deutliche Sympathien gegenüber Russland, laut Korwin-Mikke ein „natürlicher Partner“ Polens (vgl. Sejm RP 1992: Korwin-Mikke b). 1992 erklärte Jurek eine Belebung der Beziehungen zu Russland gar zum „Imperativ“ der polnischen Außenpolitik (vgl. Sejm RP 1992: Jurek).

Die Gesamtschau – Deutschland als Bedrohung, Russland als Partner, zugleich eine ethnonationalistische Grundeinstellung mit Ablehnung politischer Integration und einem sehr „westfälischen“ (die Welt als Ansammlung uneingeschränkt souveräner Nationalstaaten) und „hobbesianischen“ (gnadenlose Konkurrenz dieser Nationalstaaten untereinander) Verständnis von internationaler Politik – zeigt einer eng Orientierung am Diskurs der Zwischenkriegs-Nationaldemokratie, weswegen es umso legitimer erscheint, von einem „ND-Diskurs“ zu sprechen.

Auch Leszek Moczulski von der KPN vertrat eine Gegenposition zur Integration in die EG/EU, da sich die Konzeption des „Intermarium“ ebenso auf die wirtschaftliche Integration bezog (vgl. Sejm RP 1993b: Moczulski). Die Reaktionen waren, wie oben beschrieben, durchweg ablehnend. Dasselbe gilt für die von Lech Wałęsa gleichzeitig mit der NATO-bis postulierte EWG-bis, die allerdings noch schneller im Sande verlief, weil sich die wesentliche Kontroverse auf die „Zweite NATO“ bezog und auf die „Zweite EWG“ inhaltlich nirgends wirklich eingegangen wurde. Damit war der „europäische Integrationsdiskurs“ bis 1993 zwar nicht zu einem konsensualen, durchaus aber klar dominanten Diskurs innerhalb der sicherheitspolitischen Diskursformation geworden, da mit dem Beitritt sicherheitspolitisch ganz wesentlich die Integration Polens in den stabilen und sicheren Westen identifiziert wurde.

1.2.2.2. Die Rolle der KSZE

Der beschriebene Bedeutungsverlust der KSZE schritt sehr schnell voran. Schon 1991 zeigte sich, dass vor allem Skubiszewski immer wieder das Ziel einer Stärkung der KSZE und ihrer Rolle als zentraler Baustein eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems vertrat. Zustimmung kam vor allem noch von Vertretern des gemäßigten Teils der Solidarność-Opposition (vgl. Sejm RP 1991b: 118, 131, 144) sowie aus dem postkommunistischen Spektrum (vgl. Sejm RP 1991b: 152). Vertreter anderer Gruppierungen äußerten sich kaum. 1992 war die Vision einer Sicherheitskooperation unter dem Dach der KSZE dann fast nur mehr eine Sache der Exekutive. Während der Sejmdebatte sprach sich von den Abgeordneten gerade noch der kurz zuvor abgetretene Premier Jan Krzysztof Bielecki für das Dreieck NATO-WEU-KSZE aus. Während die meisten Abgeordneten sich eines Kommentars zur Sache enthielten, griff Jarosław Kaczyński (PC) diese Position direkt an und konstatierte, dass die KSZE Polen sicher nicht zu schützen in der Lage sei.

„Ich muss zugeben – das ist auch der Standpunkt unserer Fraktion – dass das besondere Gewicht manchmal etwas verwundert, das dieser Institution, die nur dann Sicherheit bieten kann, wenn es gerade keine Gefahren gibt, im Rahmen der polnischen Außenpolitik verliehen wird.“ (Sejm RP 1992: Kaczyński)

Einzig Skubiszewski stellte sich dem entgegen und versuchte, durch Anknüpfung an Fragen militärischer Sicherheit (Abrüstung) und unter Verweis auf die euroatlantischen Aspirationen Polens die Bedeutung der KSZE zu verteidigen:

„[Kaczyński] sagt, dass man der KSZE nicht so großes Gewicht beimessen sollte. Nein, dem kann ich nicht zustimmen. Hier ist aus verschiedenen Gründen weiter zu arbeiten – auch aus rein pragmatischen Gründen. Würden wir uns von der KSZE distanzieren – was keinerlei Grundlage hat, weil dort ganz konkrete Schritte vorbereitet werden, die unsere

Sicherheit stärken, schon alleine jene bezüglich der Abrüstung unserer stärkeren Nachbarn – dann würden wir uns selbst die Beziehungen zum atlantischen Bündnis und den Vereinigten Staaten sehr erschweren.“ (Sejm RP 1992: Skubiszewski b)

Dass dieser Kurs in der Exekutive – selbst nach der Amtsübernahme Olszewskis – noch eine gewisse Unterstützung hatte, zeigt sich daran, dass der KSZE in den „Grundlagen der polnischen Sicherheitspolitik“ von Ende 1992 erheblicher Platz eingeräumt wurde. Die KSZE sollte zur Prävention zwischenstaatlicher Konflikte, zu Abrüstungsverhandlungen und zur Stabilisierung der ehemaligen Sowjetrepubliken dienen (vgl. Komitet Obrony Kraju 1992).

Dennoch hielt der Bedeutungsverlust des KSZE-Diskurses an. 1993 hielten außer Skubiszewski nur noch die Vertreter der SLD am KSZE-Diskurs fest, um eine Alternative zum NATO-Diskurs präsentieren zu können. Skubiszewski versuchte immer wieder – erfolglos – für seinen KSZE-Kurs mit einer Anknüpfung an praktisch konsensuelle sicherheitspolitische Ziele Unterstützung zu generieren. So konstruierte er die KSZE weiterhin als effektives Mittel zur Konfliktprävention und als Instrument zur Statusaufwertung Polens:

„Polen gehört doch zur Speerspitze der KSZE, wir gehören zur Gruppe der acht oder neun Staaten, die am meisten Initiative zeigen. Das sind Großmächte – Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Russland, Deutschland; dann kommen Polen, Holland, Schweden, man könnte noch ein oder zwei Staaten hinzufügen. Das ist der Kern der KSZE, das ist die Erfüllung der Wünsche des Oberst Beck,⁵⁰ dass Polen mit den Großmächten zusammenarbeiten möge, als gleichberechtigter Partner. Dort ist es geschehen.“ (Sejm RP 1993b: Skubiszewski)

Auch der Hinweis auf die Bedeutung der KSZE für die Statusaufwertung Polens vermochte jedoch nicht zu überzeugen.

1.2.2.3. Bilaterale Beziehungen und regionale Kooperation

Praktisch konsensuell war hingegen das sicherheitspolitische Ziel guter bilateraler Beziehungen zu den Nachbarstaaten und weiteren mächtigen Ländern des euro-atlantischen Raumes sowie einer engen regionalen Kooperation, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten. Dies diente nicht nur weiterhin der Prävention und Lösung von Konflikten sowie allgemein der Stabilisierung des eigenen Umfeldes, sondern immer mehr auch der Generierung von Unterstützung für die euro-atlantische Integration und der Statusaufwertung Polens.

Das wesentliche sicherheitspolitische Instrument stellten bilaterale Abkommen über Nachbarschaft und/oder bilaterale Zusammenarbeit dar. Besondere sicherheitspolitische Bedeutung hatten im Diskurs die Beziehungen zu Deutschland und der Sowjetunion/Russland,

⁵⁰ Oberst Józef Beck war von 1932 bis 1939 Außenminister der II. Polnischen Republik.

aufgrund des „wesentlichen Dilemmas“ (Sejm RP 1991a: 21) Polens als Land, das genau zwischen den beiden Mächten positioniert ist. Bereits Anfang 1991 tauchte Deutschland fast nicht mehr als Bedrohung, sondern als Partner auf. Nach dem „Durchbruch“ in den bilateralen Beziehungen wurde Deutschland von Skubiszewski insbesondere als essentieller Fürsprecher Polens in dessen Bestreben um eine Integration in die westlichen Organisationen genannt (vgl. Sejm RP 1991a: 24). Allerdings präsentierte er Polen nicht als reinen Bittsteller, sondern stellte die deutsch-polnischen Beziehungen auch in den Kontext der sicherheitspolitisch relevanten gesamteuropäischen Einigung und wiederholte hier eine bereits im Bezug auf die Oder-Neiße-Grenze vorgebrachte Behauptung – nämlich die, dass gute deutsch-polnische Beziehungen eine Bedingung für die Einigung Europas seien (vgl. Sejm RP 1991b: 17). Diese Betrachtung setzte sich im Zeitverlauf zumindest unter den Post-Solidarność-Eliten weitgehend durch (vgl. Sejm RP 1992). Auch andere Mitgliedsländer der westlichen Institutionen – insbesondere große und ökonomisch potente wie Frankreich, Italien oder Großbritannien – wurden im sicherheitspolitischen Kontext vor allem in Hinblick auf die Generierung von Unterstützung für Polens Integration erwähnt.

Herausgehobene Bedeutung kam zudem den USA zu. Bereits 1991 wurde die Bedeutung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sehr deutlich herausgestellt. Laut Skubiszewski dienten sie nicht nur der direkten Unterstützung der demokratischen und marktwirtschaftlichen Transformation Polens, sondern ganz wesentlich auch dem Erhalt der amerikanischen Militärpräsenz in Europa und ganz allgemein dem amerikanischen Interesse an der Sicherheit Polens bzw. Europas (vgl. Sejm RP 1991b: 18-19, 1992: Skubiszewski a, 1993a: Skubiszewski). In dem Maße, wie sich in Polen die atlantische Perspektive durchsetzte und der NATO-Beitritt als Ziel formuliert wurde, erhielten die Beziehungen zu den USA (ähnlich wie die zu den anderen NATO-Staaten) noch einmal eine Aufwertung, da nun Unterstützung für Polens NATO-Integration generiert werden sollte. Insgesamt diente der Ausbau guter Beziehungen zu den westlichen Staaten also nicht nur ganz allgemein der Konfliktprävention – besser einen guten Freund zum Nachbarn als einen Feind – sondern auch instrumentell der Generierung externer Unterstützung für Polens Westintegration und der Generierung von Interesse an Polens Sicherheit auch jenseits der NATO.

Diese Linie – laut Skubiszewski eine der wesentlichen Säulen der polnischen Außenpolitik – blieb weitgehend unwidersprochen und wurde regelmäßig von Vertretern aus verschiedenen Fraktionen unterstützt. Eine Ausnahme stellte konsequenterweise die Position der ND-Sprecher und der Postkommunisten in Bezug auf die Instrumentalität guter Beziehungen zu den westlichen Staaten für die EU- bzw. NATO-Integration dar. Grundsätzlich bestritten aber auch

diese nicht die Notwendigkeit und Vorteilhaftigkeit guter Beziehungen zu den westlichen Staaten (auch wenn etwa die Sprecher des ND-Diskurses gute deutsch-polnische Beziehungen kaum für möglich zu halten schienen).

Ebenso große Bedeutung hatten auch die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn. 1991 war dies noch alleine die UdSSR, und Skubiszewski postulierte die Wichtigkeit guter Beziehungen zu beiden großen Nachbarn, Deutschland und der Sowjetunion. Ab Ende 1991 lag in den Beziehungen zu den östlichen Nachbarn entsprechend ein wesentlicher Schwerpunkt auf Russland. Dabei zeigte sich deutlich, dass diese guten Beziehungen zu Bonn und Moskau ganz wesentlich der Vermeidung einer erneuten Bedrohung von Seiten der großen Nachbarn, insbesondere der Vermeidung neuer Großmachtbeschlüsse über Polens Köpfe hinweg, dienten. Während Skubiszewski selbst nur vorsichtig die „Nähe zum einen wie zum anderen Nachbarn“ postulierte (Sejm RP 1991a: 21), stellten andere Sprecher konkrete historische Bezüge her und brachten das Ziel guter Beziehungen in Verbindung mit Polens historischen Erfahrungen mit den beiden Mächten, so etwa Jan Janowski (SD):

„Einmal, kurz vor seinem Tod, gab Marschall Józef Piłsudski eine grundlegende Direktive für die polnische Außenpolitik aus, die man kurz mit dem Schlagwort der gleichen Distanz gegenüber Deutschland und Russland bezeichnen kann. Das war zu Zeiten, in denen in der polnischen Gesellschaft die These über die zwei uns bedrohenden Feinde dominierte. Heute existiert eine reale Chance, unsere Beziehungen zu beiden Nachbarn auf Freundschaft und Zusammenarbeit zu stützen, die Theorie der zwei Feinde [...] durch eine Politik zu ersetzen, die auf die Gewinnung von Freunden jenseits der östlichen und der westlichen Grenze abzielt.“ (Sejm RP 1991b: 121)

Noch deutlicher wurde Józef Wójcik (Pax):

„Im Interesse Polens liegt es, dass wir bessere Beziehungen zur Sowjetunion oder Russland, und auch zu Deutschland haben, als diese Staaten zueinander.“ (Sejm RP 1991b: 130)

Aber auch jenseits der Vermeidung einer neuen deutsch-russischen Zusammenarbeit zum Nachteil Polens wurden gute Beziehungen zu Moskau durchweg als ganz wesentliches sicherheitspolitisches Ziel konstruiert. Das hängt offenbar zentral mit den bereits angeführten Bedrohungskonstruktionen zusammen, die nicht unwesentlich mit Russland in Zusammenhang standen. Gute, freundschaftliche Beziehungen zu Moskau wurden als wesentliches Instrument zur Vermeidung der Realisierung dieser Bedrohungen konstruiert.

Besondere Betonung auf die Beziehungen zur UdSSR legten die Postkommunisten. Józef Oleksy (SLD) kritisierte 1991 die polnische Ostpolitik heftig und forderte eine Verbesserung der schlechten Beziehungen zur UdSSR, die er insbesondere aus ökonomischer Perspektive betrachtete. Seine Kritik, dass Polens Politik nicht nur einem Weg nach Westen, sondern auch

einer „Flucht vor dem Osten“ gleichkomme (Sejm RP 1991b: 111) und Polen für die schlechten Beziehungen zur UdSSR verantwortlich sei, stellte sich neben Skubiszewski auch Jerzy Żurawiecki (OKP) entgegen (vgl. Sejm RP 1991b: 161, 172). Während hier über die Verantwortung für die gegenwärtig schwierigen Beziehungen zu Moskau gestritten wurde, zeigen derartige Auseinandersetzungen Einigkeit darüber, dass Polen die Beziehungen zur UdSSR/zu Russland verbessern müsse, auch wenn die Postkommunisten die Bedeutung dieses Ziels vergleichsweise stark betonten.

Auch die Vertreter des ND-Diskurses, wie etwa Jurek (ZChN) und Korwin-Mikke (UPR), betonten die Verbesserung der Beziehungen zu Russland ganz besonders, auch wenn sich diese Forderung, wie oben beschrieben, trotz der inhaltlichen Überschneidung mit den Postkommunisten aus anderen Argumenten ergibt.

Allerdings ist bereits vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion erkennbar, dass die Ukraine eine herausragende Rolle spielte. Sehr früh nahm Polen im Rahmen seiner „Politik der Zweigleisigkeit“ bilaterale Beziehungen zu einzelnen Sowjetrepubliken auf, was jedoch nicht im sicherheitspolitischen Kontext diskutiert wurde. Ende 1991 änderte sich dann mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion die gesamte östliche Nachbarschaft Polens. Nun trat neben der Verbesserung der Beziehungen zu Russland – die, da Russland immer noch als größter und mächtigster Staat der Region identifiziert wurde, deutlich die größte Rolle spielten – auch die Schaffung guter Beziehungen zu den neuen Nachbarn an Polens östlicher Grenze auf den Plan – ganz im Sinne der Logik, dass gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten der eigenen Sicherheit dienen. Es zeigte sich nun sehr deutlich, dass neben dem weiter als Großmacht betrachteten Russland die Ukraine eine herausgehobene Stellung unter den östlichen Nachbarn einnahm, da sie mehrfach als wichtiger, sogar als wichtigster Partner Polens in Osteuropa, jedenfalls aber als neben Russland wichtigstes Land Osteuropas, hervorgehoben wurde (zumeist ohne weitere Begründung).

Dieses Ziel ist praktisch ein konsensuelles, wobei sich auch hier zeigt, dass die Postkommunisten und die noch ähnlich orientierten Teile der PSL (vgl. etwa Sejm RP 1992: Kozakiewicz) die Notwendigkeit guter Beziehungen zu den östlichen Nachbarn stärker betonten und ein Ungleichgewicht zugunsten der polnischen Westorientierung beklagten. Longin Pastusiak (SLD) brachte dies auch ganz klar in Zusammenhang mit Polens nationaler Sicherheit:

„Entgegen dem Anschein leben wir nicht in einer Welt ohne Bedrohungen. Über die inneren Gefahren für die internationale Position Polens habe ich bereits gesprochen. Es existieren auch externe Bedrohungen, die sich aus der Instabilität der Situation im Osten und unserer Unfähigkeit, gute Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn aufzubauen, ergeben.“ (Sejm RP 1992: Pastusiak)

Neben der allgemeinen Bedeutung politischer Kooperation mit den Nachbarstaaten für Polens Sicherheit wurde gerade hier auch regelmäßig die Gefahr von Nationalismen ins Feld geführt, die durch die Existenz nationaler Minderheiten – darunter auch polnischer – noch verschärft werde. So kritisierte Mikołaj Kozakiewicz (PSL) die seiner Meinung nach zu passive polnische Ostpolitik 1992 scharf:

„Fast alle Lösungsversuche für grundlegende ökonomische, politische und schlussendlich militärische Probleme im Osten befinden sich im Stadium erster Regelungen oder nur der Vorbereitungen zur Unterzeichnung entsprechender Abkommen, obwohl gerade diese Region Europas vor inneren Spannungen geradezu kocht und Polen mit ernsthaftesten Problemen bedrohen kann. [...] Es scheint sogar, dass es einfacher ist, mit Deutschland sehr schwierige Grenzfragen und eine ordentliche Regelung der Beziehungen zwischen beiden Staaten zu erreichen, als ein Übereinkommen mit Russland zu unterzeichnen oder eine Lösung der Spannungen mit Litauen vor dem Hintergrund der polnischen Minderheit in diesem Staat zu erreichen.“ (Sejm RP 1992: Kozakiewicz)

Gute Beziehungen zu den östlichen (aber auch südlichen) Nachbarn wurden zudem – ähnlich den guten Beziehungen zu den westlichen Mächten – als instrumentell zur Erreichung der Westintegration konstruiert. Erst ein Polen, das zeige, dass es friedlich mit seinen Nachbarn zusammenleben könne und eine starke Position in der Region habe, sei als Partner für die westlichen Staaten und Institutionen interessant. Kurioserweise war es ein Vertreter der ZChN, Marian Piłka, der als erstes diese Verbindung herstellte. Auch wenn seine Partei die Integration à la Maastricht vehement ablehnte (vgl. die Ausführungen von Jurek), knüpfte er an das Ziel der europäischen Integration an, um sein eigentliches Ziel zu legitimieren:

„Unsere Ostpolitik hat in den letzten Jahren ein eigentümlicher Komplex ausgezeichnet – es geht um die Rückkehr nach Europa. Dies hat sich praktisch in der Abwendung unseres Staates vom Osten ausgedrückt. Das ist ein grundsätzlicher Fehler, von diesen Beziehungen hängt nämlich in hohem Maße unsere Sicherheit, vielleicht sogar die Unabhängigkeit unseres Staates ab. Weiterhin stärken gute Beziehungen zum Osten unsere Position im europäischen Integrationsprozess.“ (Sejm RP 1992: Piłka)

Wie später noch deutlich wird, spielte dieser Punkt eine entscheidende Rolle. In jedem Falle zeigt sich in diesem *Nachbarschaftsdiskurs* deutlich – insbesondere aufgrund des Streites darüber, ob Polen den Osten vernachlässige oder nicht – ein Konsens darüber, dass gute Beziehungen nicht nur zu den westlichen, sondern auch zu den östlichen Nachbarstaaten ganz wesentliche Bedeutung für Polens Sicherheit haben.

Die Beziehungen zu Polens südlichen Nachbarn – also der Tschechoslowakei bzw. ab 1993 Tschechien und der Slowakei sowie auch Ungarn – wurden weniger im bi- als eher im multilateralen Kontext regionaler Zusammenarbeit debattiert. Während Skubiszewski in seinen Exposés lediglich ein bis zwei Sätze für die bilateralen Beziehungen zu diesen Ländern (insgesamt) übrig hatte, waren die Ausführungen zur Visegrád-Kooperation meist etwas länger.

Die Funktionen der Zusammenarbeit sind die Stabilisierung der Nachbarschaft im Allgemeinen sowie gemeinsames Lobbying und die Demonstration der Fähigkeit zu Kooperation und Integration, um die Integration in EG/EU und später auch die NATO zu beschleunigen. Die Kooperation zwischen den drei bzw. vier Ländern wurde in den Generaldebatten einhellig begrüßt, Kritik wurde allenfalls an einer gewissen Ineffizienz laut. Lediglich Marek Jurek (ZChN) als Vertreter des ND-Diskurses kritisierte die Behandlung der Visegrád-Gruppe als „Anhängsel“ der EG und forderte, dass sie zu einer eigenständigen mitteleuropäischen Kooperation werden solle (im Kontext der Forderung nach einer „nationalen“ Außenpolitik Polens als „mitteleuropäischer“ Staat) (vgl. Sejm RP 1993b: Jurek b).

Allerdings darf die Postulierung der Visegrád-Gruppe als "Integrationsinstrument" nicht so verstanden werden, dass die Sprecher dabei allein auf die Beschleunigung der eigenen Integration abstellten. Vielmehr wurde – vor dem Hintergrund der Vorstellung, dass eine Zone „verdünnter“ Sicherheit in Mitteleuropa Russland zum Wiederaufbau seines Imperiums einladen könnte – zunehmend, besonders deutlich ab 1993, nicht nur die Aufnahme Polens, sondern auch der anderen Länder der Visegrád-Gruppe in EG und NATO gefordert und damit als sicherheitspolitisches Ziel Polens konstruiert. Hier zeichnete sich bereits ein sicherheitspolitisches Interesse an der Westintegration aller Staaten der Region ab, um diese zu stabilisieren und gegen mögliche hegemoniale Übergriffe immun zu machen, was sich durchaus als konsequente Umsetzung des europäischen Einigungsdiskurses in den transatlantischen und den europäischen Integrationsdiskurs betrachten lässt.

Die zwei weiteren regionalen Kooperationsforen – der Ostseerat und die Zentraleuropäische Initiative (ZEI) – wurden wesentlich seltener erwähnt und praktisch gar nicht explizit mit Polens Sicherheit in Verbindung gebracht. Sie sind vor allem im Kontext des KSZE-zentrierten europäischen Einigungsdiskurses zu sehen und sollten als „Element der neuen Architektur Europas“ (Sejm RP 1991b: 19) zu einem Teil jenes komplexen Geflechtes aus Kooperationen und Konsultationen werden, welches das neue Europa bilden sollte (vgl. Rz 27.-28.7.1991). Dazu passt auch, dass diese Kooperationen vor allem von Skubiszewski, kaum aber von anderen Sprechern als wichtig herausgestellt wurden und ihre Bedeutung in der Diskursformation kontinuierlich abnahm.

1.2.2.4. Die östlichen Nachbarn – Stabilisierung und „Verwestlichung“ als zentrales Ziel

Als im August 1991 konservative KPdSU-Kader gegen Gorbatschow putschten, versetzte dies Polen in höchste Alarmbereitschaft. Während die Stabilität des eigenen Umfeldes und damit

dessen Berechenbarkeit ein ganz zentrales und de facto konsensuelles sicherheitspolitisches Ziel war, wurde die östliche Nachbarschaft Polens immer mehr als Raum der Unsicherheit und Instabilität dargestellt. Dabei waren es weniger mögliche geopolitische Veränderungen, die als problematisch konstruiert wurden – die polnische Regierung begrüßte im Gegenteil den Zerfall der UdSSR, unterstützte den Unabhängigkeitskampf der Balten und erkannte auch als erster Staat die Unabhängigkeit der Ukraine an – sondern eher eine Rückkehr des sowjetischen Imperialismus sowie die gesellschaftlichen und politischen Reaktionen in den östlichen Nachbarstaaten auf die Krise. 1992 bezeichnete Skubiszewski den Zerfall der UdSSR als „Eliminierung einiger traditioneller Bedrohungen“ (Sejm RP 1992: Skubiszewski a), womit er die Schwächung des ehemaligen Hegemonen meinte, betonte jedoch, dass die neue Situation auch neue Gefahren geschaffen habe. Im Wesentlichen wurden aggressive Nationalismen und revisionistische bzw. irredentistische Kräfte als Bedrohungen konstruiert.

Während 1992 noch die Etablierung guter bilateraler Beziehungen zu den östlichen Nachbarn deutlich im Vordergrund stand, kristallisierte sich innerhalb des gemäßigten Solidarność-Spektrums bald ein Konsens darüber heraus, dass auch die Stabilität der neuen geopolitischen Situation entscheidend für Polens Sicherheit sei. Schon in den „Grundlagen der polnischen Sicherheitspolitik“ heißt es eindeutig:

„Der Untergang des sowjetischen Imperiums sowie die Entstehung unabhängiger Staaten neben Russland, vor allem der Ukraine, schafft eine neue geostrategische Qualität. Im Osten Europas entsteht eine völlig andere Kräfteordnung, die dauerhafte Sicherheit auf kontinentaler Ebene ermöglicht. Polen nutzt diese Chance.“ (Komitet Obrony Kraju 1992)

Diese Ansicht resultierte in der breit geteilten Forderung nach Unterstützung für die Unabhängigkeit sowie die demokratische und marktwirtschaftliche Transformation der neuen Nachbarn, insbesondere der Ukraine, ebenso nach ihrer Integration in die europäischen Institutionen. Wie bereits angesprochen, zeigt sich hier, dass für jene Teile der Solidarność-Eliten, die zunehmend den NATO- und EU-Beitritt forderten und die Gefahr eines wiederkehrenden russischen Imperialismus postulierten, die Ostpolitik de facto als „zweite Seite der euro-atlantischen Medaille“ konstruierten. Sicherheit vor dem alten Hegemon sollte nicht nur die tiefe Verankerung Polens im Westen, sondern auch die geopolitische Stabilisierung und „Verwestlichung“ des Ostens bringen.

Das Kalkül hinter dieser Position war, dass Demokratien stabiler sind als andere Systeme, und dass stabile, unabhängige Staaten östlich von Polens Grenzen – hier wiederum insbesondere die Ukraine – eine Wiederkehr des russischen Imperiums wesentlich unwahrscheinlicher machen würden. Mit den Worten Skubiszewskis:

„Im vitalen Interesse Polens liegt die Stärkung und Vertiefung der demokratischen Veränderungen sowie die Festigung der Unabhängigkeit unserer östlichen Nachbarn. [...] Unabhängige, demokratische und sichere Staaten an unseren östlichen Grenzen – das ist auch ein Faktor der Unabhängigkeit, Demokratie und Sicherheit Polens.“ (Sejm RP 1993a: Skubiszewski)

Diese Position galt grundsätzlich für die baltischen Staaten, insbesondere Litauen, sowie für Weißrussland und die Ukraine. Letztere wurde allerdings regelmäßig als bedeutendstes dieser Länder herausgestellt; gute polnisch-ukrainische Beziehungen erklärte Skubiszewski sogar zu einem „wichtigen Stabilitäts- und Sicherheitsfaktor in unserer Region und ganz Europa“ und stellt damit praktisch die Bedeutung der polnisch-ukrainischen Beziehungen mit jener der polnisch-deutschen gleich (vgl. Sejm RP 1993a: Skubiszewski).

Die Solidarność-Vertreter schlossen hiermit an das „ULB-Konzept“ (Ukraina, Litwa, Białoruś) an, das bereits erwähnt wurde. Dieses in den 1970er Jahren von Jerzy Giedroyc und Juliusz Mioszowski in der Pariser Exilzeitschrift „Kultura“ entwickelte und zum damaligen Zeitpunkt recht kontroverse Konzept postuliert die Existenz dieser drei unabhängigen Staaten und gute Beziehungen Polens zu ihnen als essentiell für die Sicherheit Polens. Nur, wenn sowohl Russland als auch Polen dem Anspruch auf diese Gebiete entsagen, also nur wenn *beide* Staaten ihren Imperialismus aufgeben und die Unabhängigkeit dieser Länder akzeptieren, kann Polen sicher sein, da es im Ringen mit Russland um die regionale Vorherrschaft immer in Gefahr ist:

„In der Perspektive Moskaus muss Polen in irgendeiner Form ein Satellit sein. Die Geschichte lehrt die Russen, dass ein wirklich unabhängiges Polen immer nach Wilna und Kiew gegriffen und versucht hat, seine Vormacht auf dem ULB-Gebiet zu etablieren. [...] Vom polnischen Standpunkt aus gestaltet sich die Sache analog. Wir haben die Vormacht auf dem ULB-Gebiet gesucht – ob auf militärischem Wege oder über Föderationspläne – weil die Geschichte uns gelehrt hat, dass ein Russland, das auf diesem Gebiet dominiert, ein unbesiegbarer Rivale ist. Aus den Händen eines siegreichen Rivalen kann man nichts außer Sklaverei erwarten.“ (Mioszowski 1974)

Daher kann man durchaus von einem *ULB-Diskurs* innerhalb der sicherheitspolitischen Diskursformation sprechen. Mutmaßlich rührt von diesem Aussagesystem auch zumindest teilweise der explizite Verzicht auf jegliche territorialen Revisionen zugunsten Polens her.

Über das ursprüngliche Konzept hinaus wurde neben der Demokratisierung der östlichen Nachbarstaaten mehrfach deren Einbindung (auch hier insbesondere der Ukraine) in regionale und gesamteuropäische Institutionen als Ziel definiert, um Osteuropa zu stabilisieren und eine Wiederentstehung des russischen Imperiums zu verhindern. Bereits 1991 kündigte Skubiszewski an, sich für die Integration der baltischen Staaten in die KSZE und regionale Strukturen einzusetzen (vgl. Sejm RP 1991b: 20). Diese Linie wurde im Solidarność-Lager nach dem Zerfall der UdSSR weitergeführt. So führte Bogdan Borusewicz (NSZZ-S) aus:

„Man sollte allerdings beachten, dass der Schlüssel zur neuen politischen Geographie in diesem Teil Europas, östlich von uns, die Ukraine ist, und man sollte sich darum bemühen, dass die Staaten, die aus dem sowjetischen Imperium heraus entstanden sind, diese europäischen Staaten, eine Alternative erhalten, damit sie nicht sich selbst überlassen bleiben, weil das Imperium auf diesem Gebiet auf natürliche Weise wieder entstehen wird. Das Fehlen einer solchen Alternative für die baltischen Staaten, für Weißrussland, für die Ukraine kann zu gegebener Zeit ein Problem auch für den Rest Europas darstellen, nicht nur für uns.“ (Sejm RP 1993b: Borusewicz)

Skubiszewski stellte diese Bemühungen auch direkt in den Kontext der Einigung Europas: „Für mich ist die Ostpolitik ein Teil unserer europäischen Orientierung, einer Orientierung an der Einheit Europas und der Integration.“ (Sejm RP 1993b: Skubiszewski)

Allerdings betrifft das Ziel der Transformation und Stabilisierung auch Russland selbst. Die Feststellung, dass eine demokratische und marktwirtschaftliche Ordnung stabilisierend und konflikthemmend wirkt und daher eine solche Ordnung für die Länder in Polens Umgebung wünschenswert ist, trifft ebenso, wenn nicht noch mehr, auf Russland zu, zumal eine solche Ordnung jenseits ihrer allgemein positiven Auswirkungen auch als „Gegenmittel“ gegen imperialen Revisionismus von Seiten Russlands konstruiert wurde. Insbesondere die Post-Solidarność-Eliten betonten – mit zunehmender Regelmäßigkeit – die Bedeutung der Transformation und Stabilisierung Russlands selbst. Die Notwendigkeit demokratischer und marktwirtschaftlicher Reformen in Russland wurde 1993 sogar häufiger angeführt als für die Ukraine und die anderen Staaten zwischen Polen und Russland. Ganz besonders deutlich machte diesen Punkt Radosław Sikorski (heute PO), der zwischen 1992 und heute im Außen- und im Verteidigungsministerium jeweils zunächst stellvertretender Minister und dann Minister war und zu den glühendsten „Transatlantikern“ zählt:

„Im Interesse aller liegt die Unterstützung der russischen Demokraten, aber es ist absolut möglich, dass Russland zu einem kapitalistischen, aber nicht demokratischen Land wird. In diesem Falle wird es weiterhin eine Bedrohung für seine Nachbarn bleiben. Selbst unter der Regierung Jelzin bringt Russland territoriale Forderungen gegen die Ukraine vor, hilft es beim Sturz der demokratisch gewählten Führungen Tadschikistans, Aserbaidshans und Georgiens, besteht es auf der Dominierung Mitteleuropas. Wenn so die Reformpolitik aussehen soll, was wird dann sein, wenn Russland seine Kraft wiedererlangt? Auch wenn es unwahrscheinlich klingt, der Tag mag nicht fern sein, an dem Russland seine strategische Dominanz über Mitteleuropa wieder stärken will.“ (Rz 23.11.1993)

Auffällig ist, dass die Vertreter der ehemaligen Blockparteien sich diesem *modifizierten ULB-Diskurs* (modifiziert, weil er sich nicht nur auf die Unabhängigkeit, sondern auch auf die Demokratisierung und Integration der östlichen Nachbarn erstreckt) nicht explizit anschlossen, auch wenn sie vehement eine Verbesserung der Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern forderten. Dies mag damit zusammenhängen, dass dieser Diskurs als antirussisch verstanden wurde. Dennoch formierte sich kein expliziter Gegendiskurs, stattdessen warnten SLD-

Vertreter nur vage vor „Instabilität“ und einer Konfrontation mit „dem Osten“ und leiteten hieraus das Ziel einer engen Kooperation mit diesen Staaten ab, ohne explizit auf das Ziel einer Stabilisierung und Demokratisierung einzugehen. Hier wurde weder eine Zustimmung noch eine Ablehnung der ULB-Konzeption oder des Wunsches nach einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Transformation Russlands ausgedrückt. Daher wurde der modifizierte ULB-Diskurs zwar immer dominanter, ist aber noch längst nicht konsensuell.

1.2.2.5. Die Vermeidung von Marginalisierung

Die Statusaufwertung Polens bzw. die Vermeidung politischer Marginalisierung stellte weiterhin ein zentrales und konsensuelles Ziel dar. Die Gefahr einer Marginalisierung Polens wurde zwar nicht mehr explizit mit Anführung des historischen Hintergrundes ausgeführt (wie noch 1990 von Oleksy), sie ist aber dennoch allseits präsent.

Zum einen war – wie oben ausgeführt – die Ansicht, dass Polen auf sich alleine gestellt seine Sicherheit gewährleisten könnte, in der Diskursformation völlig marginal. Stattdessen war es Konsens, dass Polen nur gemeinsam mit anderen Staaten – zunächst im Rahmen der KSZE, später über EG und NATO – seine Sicherheit gewährleisten könne, da dies Schutz biete und die Prävention von Konflikten ermögliche. Recht deutlich wurde dies häufig mit der Bedrohungskonstruktion einer „neuen Teilung Europas“ verknüpft, nach der Polen im schlimmsten Falle von den euro-atlantischen Integrationsprozessen ausgeschlossen und Mitglied eines abgehängten, peripheren Teils Europas werden könnte, das aufgrund seiner Lage anfällig für hegemoniale Bestrebungen Dritter ist. Zudem zeigt sich deutlich, dass Polen für diese Integrationsvorhaben die Unterstützung einer Reihe wichtiger Staaten benötige, weswegen gute Beziehungen mit diesen essenziell seien. Es zeigt sich insgesamt, dass diese Gefahr der Marginalisierung vor allem in Bezug auf den stabilen und sicheren Westen konstruiert wurde: Während aus dem Osten vor allem Instabilität, Konflikte und Imperialismus drohten, war eine regelmäßig in Bezug auf den Westen formulierte Bedrohungskonstruktion eben jene der Marginalisierung und Abwertung Polens. Sehr explizit formulieren dies die Vertreter der SLD, selbst wenn sie gegen eine NATO-Osterweiterung waren und großen Wert auf die Beziehungen zum Osten legen:

„Es existieren ebenfalls äußere Bedrohungen, die sich aus der Instabilität der Situation im Osten und aus unserer Unfähigkeit, gute Beziehungen zu den östlichen Nachbarn aufzubauen, ergeben. Vom Westen her droht uns, dass Polen wie ein zweit- oder gar dritrangiges Land behandelt wird.“ (Sejm RP 1992: Pastusiak)

Zum anderen findet sich die Vermeidung von Marginalisierung regelmäßig in den Forderungen nach „gleichberechtigter Partnerschaft“ mit anderen Akteuren und einer Aufwertung von Polens „Position“ auf internationaler Ebene wieder. Grundsätzlich zeigt sich, dass fortwährend die Bedeutung der Aktivität Polens in den unterschiedlichsten internationalen Organisationen und Foren für sein „Prestige“, seinen „Status“ oder seine „internationale Position“ betont wurde. Dasselbe gilt für Polens Beziehungen zu wichtigen Staaten, welche die sicherheitspolitischen Interessen Polens auf der Agenda halten sollten. Das betraf insbesondere die USA und die größeren Länder der EU (s.o.).

Weiterhin diente eine Reihe von außenpolitischen Rollenkonzeptionen genau diesem Ziel: Polen aufzuwerten und es zu einem wichtigen Mitglied der neuen europäischen Ordnung zu machen. Am prägnantesten fasst Józef Wójcik (Pax) diesen Aspekt zusammen:

„In jedem Falle ist der Schlüssel zum Erfolg unserer Außenpolitik, zu einer vorteilhaften und effektiven Realisierung unserer Staatsräson, das Finden einer Formel und eines Weges der Umsetzung, durch die Polen von beiden großen Nachbarn und gleichzeitig von Europa als Ganzem gebraucht wird.“ (Sejm RP 1991b: 134)

Es deutet sich auch – allerdings nur zaghaft – an, dass dieses Ziel, ähnlich wie die Unverletzbarkeit der Grenzen, nicht nur als Ziel für Polen selbst, sondern als allgemeines Prinzip konstruiert wurde. Ebenso, wie Polen in einem Europa sicher ist, in dem nicht nur seine, sondern alle Grenzen endgültig anerkannt sind, ist es sicher, wenn *prinzipiell* die Marginalisierung kleinerer Staaten durch größere ausgeschlossen wird. So sagte Skubiszewski bezüglich des Nachbarschaftsvertrages mit der Tschechoslowakei, in dem ein Artikel das Münchner Abkommen für ex tunc nichtig erklärt:

„Mir scheint, dass wir uns in dieser Frage äußern dürfen, auch wenn wir keine Vertragspartei dieses Abkommens waren. In unserem polnischen Interesse liegt es, dass es keine Abkommen gibt, in denen Großmächte über das Schicksal anderer Staaten entscheiden. Ich denke, dass dieser Artikel gut ist. Er ist nicht nur ein Ausdruck einer gewissen internationalen Solidarität, sondern das ist auch eine Sache eines gewissen rechtlichen Interesses, das für uns darin liegt, dass solche Abkommen nicht geschlossen werden.“ (Sejm RP 1992: Skubiszewski b)

1.2.3. Die ökonomische Dimension

Hier ergaben sich kaum Änderungen, allerdings schien eine gewisse Konvergenz in den Schwerpunktsetzungen zwischen den Postkommunisten und den Post-Solidarność-Eliten einzusetzen. Auffällig ist, dass nun etwas häufiger explizit von „ökonomischer Sicherheit“ (Sejm RP 1991b: 114) oder ökonomischen „Gefahren“ (Sejm RP 1992: Nowak) gesprochen und die Marktwirtschaft in Polen deutlicher als Wert an sich dargestellt wurde, den es zu schützen gilt (vgl. Sejm RP 1993b: Kurczewski).

Die Sprecher der SLD betonten die ökonomische Dimension von Sicherheit weiterhin ganz besonders und verknüpften dies insbesondere mit dem Ziel guter Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten (vgl. Sejm RP 1993b: Oleksy c). Diese Sprecher stellten mehrfach eine Situation, in der Polen „vom Osten“ als feindselig betrachtet (und in Folge ökonomisch abgeschnitten) und „vom Westen“ (insbesondere ökonomisch) abhängig ist, als schlimmstes Bedrohungszenario vor – letzteres bedrohe gar die „ökonomische Souveränität“ Polens (Sejm RP 1991b: 113, 1992: Iwiński). Sie griffen aber auch zunehmend auf den Einheitsdiskurs und die Bedrohungsstrukturen der politischen Marginalisierung zurück:

„Europa droht [...] eine Art neue Teilung in das reiche Europa und das arme Europa, in das zentrale Europa und das marginale Europa. Das Bündnis der Demokratischen Linken ist mit einer Tolerierung dieser Art von Gefahr nicht einverstanden. Ein Beweis für die Existenz dieser Bedrohung und Quelle unserer Reflexion ist die bereits heute bekannte Tatsache, dass die westliche Welt, entgegen der Erklärungen von vor drei Jahren, die Politik der Restrukturierung und der Hilfe für die Veränderungen in Europa von Russland und der Ukraine beginnend realisiert. Wir haben nichts dagegen, aber wir wollen, dass Polen in diesem ganzen Prozess ein gleichberechtigter Partner ist.“ (Sejm RP 1993b: Oleksy c)

Die Solidarność-Eliten brachten die ökonomische Dimension von Sicherheit zwar weiterhin vor allem in Verbindung mit der Frage der Einheit Europas und entsprechend zunehmend mit der EG-Integration (vgl. Sejm RP 1991b: 14, 1992: Skubiszewski a, 1993a: Skubiszewski, 1993b: Wielowieyski). So vertrat eine Reihe von Sprechern die Position, dass eine neue Teilung in ein reiches und ein armes Europa unweigerlich eine neue „vasallenhafte Abhängigkeit“ (Sejm RP 1993b: Wielowieyski), meist von Deutschland, zur Folge hätte. Die Argumentation ist ähnlich, die Stoßrichtung ist aber eher der Westen als der Osten und entspricht ziemlich deutlich den Integrationsdiskursen im Kontext der militärischen und der politischen Dimension, wie eine Aussage von Andrzej Wielowieyski (UD) verdeutlicht:

„Diese Zone verdünnter Sicherheit und Ungewissheit [...] in Mittel- und Osteuropa ist auch eine Grauzone, eine Zone wirtschaftlicher Schwäche. Eine Aufrechterhaltung dieser Zone, die Nicht-Nutzung der schwierigen, aber realen Chance der Integration mit Europa, würde unausweichlich bedeuten, dass in der Zukunft ein Zustand der vasallenhaften Abhängigkeit entweder von Deutschland eintreten wird, welches das führende Land in der europäischen Ordnung werden kann, oder von Russland, das seine Position in der Welt wieder aufbauen wird, oder von beiden Ländern gleichzeitig, was wir in unserer Geschichte schon durchlebt haben.“ (Sejm RP 1993b: Wielowieyski)

Gleichzeitig übernahmen zunehmend Sprecher des Solidarność-Spektrums die ökonomisch-sicherheitspolitische Argumentation der Postkommunisten, nach der gute wirtschaftliche Beziehungen zu Polens „traditionellen“ Märkten im Osten nicht nur für seine (sicherheitspolitisch relevanten) politischen Beziehungen zu diesen Ländern (vgl. Sejm RP 1993a: Skubiszewski, 1993b: Kurczewski), sondern auch für seine wirtschaftliche Stärke – und

damit auch für seine Stabilität sowie sein militärisches und politisches Gewicht – essenziell seien (vgl. Sejm RP 1992: Nowak/Reichelt). Dadurch wird auch immer wieder klar, dass wirtschaftliche Stärke eine Grundlage für politische Stärke bzw. eine wichtige Rolle im internationalen Kontext und damit sicherheitspolitisch grundlegend relevant ist, worüber im Wesentlichen Konsens herrscht (vgl. Sejm RP 1992: Geremek/Oleksy/Król/Bugaj a, 1993a: Skubiszewski, 1993b: Bujak/Niesiołowski/Kozakiewicz). Auch hierfür „supplementäre“ sicherheitspolitische Ziele hatten eine ökonomische Dimension, wie etwa enge Beziehungen zu den USA (von denen man sich Unterstützung für die wirtschaftliche Entwicklung erwartete). Zudem zeigt sich, dass auch die Bedrohungskonstruktion eines Lieferstopps von Öl und Gas sich zumindest in der Exekutive durchzusetzen begann (vgl. Sejm RP 1993a: Skubiszewski), wobei diese in den „Grundlagen“ explizit nicht mit schlechten Beziehungen zu den Nachbarstaaten bzw. Russland, sondern mit der Möglichkeit eskalierender Konflikte im postsowjetischen Raum verknüpft wurde.

Letztendlich wurde eine funktionierende und stabile Marktwirtschaft – fast immer im Zusammenhang mit Demokratie gedacht – als stabilisierendes Element eines jeden Staates konstruiert. Entsprechend wurde im Rahmen des modifizierten ULB-Diskurses nicht nur die Unabhängigkeit und Demokratisierung, sondern auch die marktwirtschaftliche Transformation der östlichen Nachbarstaaten als Ziel genannt und z.B. gefordert, dass Polen sich für wirtschaftliche Hilfen des Westens für diese Staaten einsetzen müsse (vgl. Sejm RP 1992: Skubiszewski a, 1993a: Skubiszewski, 1993b: Zalewski). Die klarste Darstellung der ökonomischen Dimension nationaler Sicherheit findet sich 1992 in den „Grundlagen“:

„Wir können nur durch eine schnelle und effektive Einbindung Polens in den Prozess der wirtschaftlichen und politischen Integration Westeuropas unseren zivilisatorischen Rückstand aufholen und zu einem gleichberechtigten Partner der entwickelten Länder werden. Eine freiwillige Isolation und die Nichtnutzung der Chance auf eine schnelle Entwicklung würden mit der Zeit unausweichlich zu einer Marginalisierung der polnischen Wirtschaft und einer Verarmung der Gesellschaft führen, und das würde die Gefahr des Verlustes von Freiheit und Souveränität bedeuten.“ (Komitet Obrony Kraju 1992)

1.2.4. Weitere Dimensionen des Sicherheitsbegriffs

Weitere Dimensionen des Sicherheitsbegriffs spielten nur in Skubiszewskis Exposés und in den „Grundlagen“ eine Rolle, und auch hier nur eine supplementäre. Gerade Skubiszewski erörterte den Sicherheitsbegriff wiederholt auch theoretisch und trat für eine „breit verstandene“ Sicherheit ein (Sejm RP 1991b: 12). Allerdings muss man sagen, dass die „zusätzlichen“ Dimensionen, die von Skubiszewski im Rahmen dieser Erörterungen angeführt wurden, in der Debatte – ja selbst im weiteren Verlauf seines Exposés – praktisch keine Rolle spielten.

Anfangs war dies am ehesten noch für die ökologische Dimension von Sicherheit der Fall. Der Umweltschutz spielte aber vor allem nach den Sejmwahlen 1991 in den Sejmdebatten eine sehr marginale Rolle, und im sicherheitspolitischen Zusammenhang praktisch gar keine. Dasselbe gilt für die untersuchten Pressematerialien oder die „Grundlagen“ von 1992.

Dafür zeigt sich insbesondere im Zusammenhang mit möglichen, vor allem ethnischen Konflikten im Osten Europas die Entstehung einer „humanitären“ Dimension von Sicherheit. Erstmals wies Bronisław Geremek (OKP) 1992 auf die Bedrohung großer Migrationsbewegungen infolge von Nationalitätenkonflikten hin (vgl. Sejm RP 1992: Geremek). Dieser Punkt findet in den „Grundlagen“ mit Bezug auf die Instabilität der östlichen Nachbarländer ebenfalls Erwähnung (vgl. Komitet Obrony Kraju 1992). 1993 schließlich erörterte Skubiszewski die Problematik schon ausführlicher. Sicherheit habe eine „erhebliche humanitäre Dimension“, da die Aufnahmeländer mit „vielseitigen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen“ fertig werden müssten (vgl. Sejm RP 1993a: Skubiszewski). Mehrere Sprecher aus dem Post-Solidarność-Spektrum konstruierten ebenfalls – z.T. wesentlich schärfer als Skubiszewski – Migrationswellen als Bedrohung (vgl. Sejm RP 1993b: Kurczewski/Szańkowski/Jurek b). Jarosław Kaczyński (PC) wies zudem auf die Bedrohung von illegaler Einwanderung aus dem Westen durch Deutschlands neue Asylpolitik hin – ein Punkt, den auch Skubiszewski bereits in seinem Exposé angesprochen hatte (vgl. Sejm RP 1993a: Skubiszewski, 1993b: Kaczyński). Die ZChN schlug – obwohl es hier nicht um Flüchtlinge im engeren Sinne geht – in ihrem Wahlprogramm für 1993 zudem eine striktere Visapolitik für Ausländer aus Staaten, deren Bürger besonders häufig polnische Gesetze brechen (vgl. ZChN 2001b).

Die humanitäre Dimension von Sicherheit war bis 1993 zwar bei weitem nicht so stark ausgeprägt wie die anderen, aber deutlich vorhanden. Kein Sprecher trat der Auffassung entgegen, dass Migration eine (mehr oder minder schwere) Bedrohung darstellte, wenn auch nicht weiter ausgeführt wurde, warum das so ist. In den Folgejahren sollte diese Bedrohungs konstruktion aber wieder verschwinden. Diese „humanitäre Dimension“ des polnischen Sicherheitsbegriffes bleibt daher eher eine Episode.

Eine 1993 erneut auftretende, aber auch hier eher wenig bedeutsame Dimension von Sicherheit – da ausschließlich von Sprechern des ND-Diskurses konstruiert – kann als kulturell-identitäre bezeichnet werden. Insbesondere die europäische Integration wurde hier aufgrund von fremden Einflüssen als Gefahr für die polnische Kultur und nationale Identität dargestellt.

1.3. Die Verankerung der Westbindung – Konsensbildung 1993-1994

Am 19. September 1993 fanden in Polen vorgezogene Parlamentswahlen statt. In den Wahlkampfmaterialien sind diejenigen sicherheitspolitischen Diskurse und Dimensionen von Sicherheit wiedergegeben, die hier bereits ausgeführt worden sind. Insgesamt spielte aber außenpolitisch vor allem die Frage „NATO-Beitritt – ja oder nein?“ eine Rolle. Die SLD war gegen einen NATO-Beitritt und hielt diese Möglichkeit allenfalls nach einer Reform der NATO für möglich, da diese noch ein Relikt des Kalten Krieges sei (vgl. SLD 2001c: 136). Von Seiten der Post-Solidarność-Eliten wurde daher die Gefahr eines Kurswechsels und eine Rückkehr in die sowjetische Einflusszone beschworen. Allerdings standen alles in allem innenpolitische, vor allem wirtschaftliche Fragen während des Wahlkampfes im Vordergrund. Insbesondere aufgrund der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den wirtschaftlichen Reformen – und wegen der neu eingeführten Sperrklausel, durch die viele Parteien des zersplitterten Post-Solidarność-Spektrums den Sprung ins Parlament nicht schafften – gewann die postkommunistische SLD die Wahl deutlich und konnte mit der PSL und der Arbeitsunion (UP) eine Regierungskoalition unter Waldemar Pawlak (PSL) bilden.

Ausgehend von den bisherigen Entwicklungen wäre eine deutliche Verschiebung der Struktur der sicherheitspolitischen Diskursformation zu erwarten gewesen, da die postkommunistische SLD stärkste Partei wurde und insbesondere mehrere Parteien, deren Vertreter den transatlantischen Integrationsdiskurs und auch den modifizierten ULB-Diskurs stark mitgetragen hatten (etwa die PC, der RdR oder die NSZZ-S), nicht mehr im Sejm vertreten waren. Diese Struktur änderte sich auch, allerdings anders, als zu erwarten gewesen wäre: Trotz des Widerstandes, den Russland der Osterweiterung der NATO entgegensetzte, schwenkten die postkommunistische SLD und auch die zuvor uneinige PSL Mitte Oktober während der Koalitionsverhandlungen mit der UP auf den euro-atlanischen Integrationsdiskurs ein. In einer gemeinsamen Erklärung der drei Parteien vom 9. Oktober 1993 hieß es:

„Auf der Suche nach verlässlichen Sicherheitsgarantien erklären wir den Willen zum schnellstmöglichen Beitritt Polens zur NATO bei gleichzeitiger Aufnahme von Gesprächen über die Restrukturierung des Paktes in Verbindung mit der Aufnahme neuer Mitglieder.“ (GW 11.10.1993)

Öffentlich begründet wurde dieser Kurswechsel mit den Ereignissen in Russland. Am 21. September 1993, zwei Tage nach der Wahl in Polen, hatte die russische Verfassungskrise begonnen, die bis zum 4. Oktober gedauert hatte und von Präsident Boris Jelzin mit Militärgewalt durch den Beschluss des Parlaments und der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes der Volksdeputierten entschieden worden war. Nun erklärten die Koalitionseretreter, Polen müsse sich vor den Entwicklungen in Russland schützen (vgl. GW 11.10.1993). Dem-

entsprechend wurden auch die russischen Vorschläge gemeinsamer Sicherheitsgarantien Moskaus und des Westens für die Länder Ostmitteleuropas nun einhellig abgelehnt.

Begünstigt wurde dieser Kurswechsel mutmaßlich aber auch durch Lech Wałęsa. Der polnische Präsident hatte bis 1997 ein Mitspracherecht bei der Besetzung der Ämter des Innen-, des Außen- und des Verteidigungsministers, wodurch Wałęsa die Regierungsbildung hätte scheitern lassen können. Stattdessen konnte er erreichen, dass Piotr Kołodziejczyk erneut Verteidigungsminister wurde, während Andrzej Olechowski, ein Ökonom, der bereits vor 1989 im Außenhandelsministerium Abteilungsleiter und unter Premier Olszewski Finanzminister gewesen war, zum Außenminister ernannt wurde. Auch wenn er kein Abgeordnetenmandat besaß, so war Olechowski Mitglied der Wałęsa-nahen Gruppierung „Parteiloser Block zur Unterstützung der Reformen“ (BBWR), welche die kleinste Oppositionsfraktion stellte.

Der neue Premierminister, Waldemar Pawlak (PSL), räumte in seiner Bewerbungsrede im Sejm der Außenpolitik nur wenig Raum ein (vgl. Sejm RP 1993c: Pawlak).⁵¹ Im Vergleich zum Exposé von Außenminister Olechowski zeigt sich, dass Pawlak sich zwar dem transatlantischen Integrationsdiskurs anschloss, dabei aber die entsprechenden Bedrohungsvorstellungen nicht ansprach – Russland kam in der ganzen Rede nur kurz im Zusammenhang mit der Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn vor. Sicherheitspolitisch erklärte er, dass seine Regierung die Ziele der „Grundlagen“ – EU- und NATO-Beitritt, gute bilaterale Beziehungen und regionale Zusammenarbeit – „respektieren“ (Sejm RP 1993c: Pawlak) werde. Außen- und Sicherheitspolitik spielte in der Debatte keine größere Rolle.

In der nächsten Debatte zur Außenpolitik am 12.05.1994 (vgl. Sejm RP 1994), in der wiederum Polens nationale Sicherheit die Hauptrolle spielte und regelmäßig als wichtigste außenpolitische Aufgabe konstruiert wurde, zeigte sich dann die neue Struktur der sicherheitspolitischen Diskursformation sehr deutlich. Inhaltliche Veränderungen von Diskursen sind kaum auszumachen, dafür aber Verschiebungen von Diskurskoalitionen und das Verschwinden ganzer Diskurse, was nur teilweise mit dem Wahlergebnis von Parteien wie der ZChN zu tun hatte, wodurch der ND-Diskurs fürs erste nicht mehr im Parlament vertreten war. Es zeigt sich eine nicht vollständige, aber doch weitgehende Konsolidierung der Diskursformation.

Außenminister Olechowski repräsentierte ganz klar den europäischen und den transatlantischen Integrationsdiskurs und wandte sich eindeutig gegen die klassische KSZE-Variante des europäischen Einigungsdiskurses. Erstmals formulierte er ausdrücklich, was vorher nur implizit

⁵¹ Das ist allerdings die Regel, weswegen die Debatten zur Wahl der Regierung hier auch nicht systematisch berücksichtigt werden.

anklang: Dass EU und NATO die Funktion der KSZE, Europa zu einen, übernehmen sollten. Der Einigungsdiskurs verschwand also nicht, vielmehr wurde er mit den Integrationsdiskursen verschmolzen bzw. in diesem Sinne umgedeutet, so dass man sagen kann, dass im polnischen Falle europäischer und transatlantischer Integrationsdiskurs zusammen mit den wesentlichen Elementen des Einheitsdiskurses – die Bedrohungskonstruktion von Teilungslinien in Europa und das Ziel, ganz Europa durch die Integration aller seiner Länder in multilaterale, kooperative Strukturen zu einem Raum ungeteilter Sicherheit für alle zu machen – zu einem *verwestlichten europäischen Einheitsdiskurs* zusammengefasst werden können:

„[W]ir denken, dass der einfachste Weg zu einem Europa ohne Trennlinien die Erweiterung der bewährten Strukturen des Nordatlantikpaktes und der Europäischen Union ist. Diese Erweiterung ist keine Schaffung neuer Trennlinien, sondern ein Durchbrechen alter. Deshalb bemühen wir uns energisch um die Mitgliedschaft in diesen Organisationen. Darum unterstützen wir ähnliche Bemühungen anderer Staaten der Visegrád-Gruppe – ihre Sicherheit ist verknüpft mit unserer Sicherheit. Deswegen betrachten wir die Mitgliedschaft der Gruppe in den atlantischen Strukturen als wichtigen, aber nur ersten Schritt. Deswegen sprechen wir uns für enge Beziehungen zwischen der NATO und Russland aus – die Sicherheit Polens und Europas wird nicht vollständig und dauerhaft sein, wenn das System nicht letzten Endes Russland und unsere anderen östlichen Nachbarn mit einschließt.“ (Sejm RP 1994: Olechowski a)

Dabei ist erkennbar, dass erstmals – nicht nur von Olechowski, sondern in der gesamten Debatte – regelmäßig und prominent ein Phänomen als Bedrohung konstruiert wurde, das bisher zwar kritisch betrachtet, aber nicht so explizit als Gefahr dargestellt worden war: Der „Konservatismus“, also die Vorbehalte der westlichen Staaten bezüglich einer Erweiterung, im EU-Zusammenhang häufig auch mit „Protektionismus“ identifiziert.

Olechowski betonte die Reformziele für Russland sehr stark und setzte auch mit der Forderung nach einer Einbindung Russlands in die westlichen Sicherheitsstrukturen einen deutlichen Akzent, da Russland einen angemessenen Platz in der Welt finden müsse, damit Polen Ruhe finden könne.⁵² Er repräsentierte auch ganz klar und explizit den modifizierten ULB-Diskurs inklusive der Bedrohungskonstruktion eines undemokratischen und dadurch nationalistischen und neoimperialistischen Russlands. Ebenfalls deutlich wurde die herausgehobene Rolle der Ukraine, deren Unabhängigkeit für Polen eine „strategische Dimension“ habe (Sejm RP 1994: Olechowski a).

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Olechowski – ein Ökonom – die wirtschaftliche Dimension von Sicherheit etwas stärker betonte als sein Vorgänger. Er repräsentierte darüber hinaus auch klar den Nachbarschafts- und Regionalismuskurs (wobei er den Beziehungen

⁵² Noch ausführlicher tut er dies in einem Zeitungsinterview mit der Gazeta Wyborcza, in dem er auch fordert, dass Polen Russland auf diesem Weg unterstützen müsse (vgl. GW 6.1.1994).

zum Westen wie zum Osten vergleichbaren Rang einräumt), die Bedeutung der Beziehungen zu den USA und deren sicherheitspolitisches Engagement in Europa sowie die Bedrohungskonstruktion der Marginalisierung Polens bei Ausbleiben der Integration in die westlichen Strukturen. Auch letzteres formulierte er sehr klar und deutlich:

„Polen muss konsequent und schnell in die Europäische Union streben. Wenn es jenseits von ihr bleibt, wird es ein politisch marginales und ökonomisch diskriminiertes Land sein, das gezwungen sein wird, sich den von anderen getroffenen Entscheidungen zu unterwerfen. Es gibt keine Alternative zu dieser Wahl. Das sind die Realitäten des heutigen und des künftigen Europa.“ (Sejm RP 1994: Olechowski a)

Diese klare Post-Solidarność-Linie – vertreten von jemandem, der am Runden Tisch auf der Gegenseite gesessen hatte – erhielt allgemein die Zustimmung einer Vielzahl von Abgeordneten aller Fraktionen (Sejm RP 1994: Dobrosz/Geremek/Marciniak/Wuttke/Kroll/Iwiński/Samborski/Szymański), und sie wurde auch insgesamt argumentativ nicht nur von Sprechern des Post-Solidarność-Spektrums, sondern auch von den ehemaligen Blockparteien mitgetragen, auch wenn von hier noch teilweise alternative Diskurse parallel repräsentiert wurden. So hielt Longin Pastusiak (SLD) weiterhin an der KSZE-Variante des Einheitsdiskurses fest, die Schaffung eines solchen Sicherheitssystems sollte nun aber parallel zu den Bemühungen um eine NATO-Mitgliedschaft betrieben werden. Auch kann man eine stärkere Betonung der wirtschaftlichen Dimension sowie der Inklusion Russlands im Rahmen des Einheitsdiskurses bei Sprechern von SLD und PSL feststellen, die unterstrichen, dass Russland nicht isoliert und aus den Integrationsprozessen ausgeschlossen werden dürfe, weil dies gefährlich sei (vgl. Sejm RP 1994: Iwiński/Micewski). Dies war insgesamt allerdings keine Besonderheit dieser Parteien, da auch Olechowski in einem Zeitungsinterview Anfang 1994 vehement betonte, dass Russland nicht ausgegrenzt werden dürfe, sondern einen angemessenen Platz in der Welt brauche, wenn es nicht wieder dem Imperialismus verfallen solle (vgl. GW 6.1.1994). Janusz Dobrosz (PSL) beklagte eine Fixierung auf den NATO-Beitritt, was dazu führe, dass mögliche Alternativen überhaupt nicht mehr diskutiert würden – wollte dies aber auch nicht so verstanden wissen, dass er den NATO-Beitritt ablehnt (vgl. Sejm RP 1994: Dobrosz). Leszek Moczulski (KPN) hatte den Intermarium-Diskurs offenbar mittlerweile aufgegeben. Er war zwar skeptisch, was die Erfolgsaussichten eines NATO- und EU-Beitritts angeht, konstruierte diesen aber nun auch als sicherheitspolitisch wünschenswert (vgl. Sejm RP 1994: Moczulski). Zusätzliche Dimensionen des Sicherheitsbegriffes, wie die beschriebene humanitäre oder national-kulturelle, wurden überhaupt nicht mehr artikuliert.

Insgesamt zeigt sich dabei in dieser Debatte eine derartige Konvergenz der Diskurse, dass man trotz gelegentlich unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen von einem mittlerweile eta-

blierten, weitgehenden Konsens über die Dimensionen des Sicherheitsbegriffes, die grundlegenden Bedrohungskonstruktionen und die sicherheitspolitischen Ziele sprechen kann. Selbst der modifizierte ULB-Diskurs wurde nun implizit auch von den postkommunistischen Eliten mitgetragen. Wie klar auch die SLD jetzt zu Russland und dem Ziel des NATO-Beitritts steht, erläuterte noch einmal sehr deutlich Jerzy Wiatr (SLD):

„Es muss deutlich gesagt werden, wieso wir unseren Standpunkt geändert haben. Wir haben ihn deswegen geändert, weil die Ereignisse, die sich in Russland Anfang Oktober abgespielt haben – der brutale Beschuss des Parlaments, die Tatsache, dass ein militärischer Komplex mit deutlich nationalistischen Tönen an die Macht gekommen ist, das Aufkommen von Stimmen, die in uns die schlimmsten Erinnerungen an die Vergangenheit wachriefen – ein Impuls für eine realistische Revision unseres Standpunktes waren.

Wir waren vielleicht zu optimistisch, überzeugt, dass von jener Seite aus für viele, viele Jahre kein Wiederaufleben hegemonialer Tendenzen drohte. Das, was sich am 3. und 4. Oktober in Moskau abgespielt hat, hat unsere Illusionen zerstört, und daher diese beschleunigte Entwicklung. Aber das war eher eine Entwicklung unseres Standpunktes als eine plötzliche Kehrtwende. Allerdings hat der Herr Abgeordnete Onyszkiewicz sicher Recht damit, dass andere, darunter die Demokratische Union, diesen Standpunkt früher eingenommen haben, und ich schäme mich nicht, zu sagen, dass wir uns einem Standpunkt angeschlossen haben, den andere schon früher hatten.“ (Sejm RP 1994: Wiatr)

Der „außenpolitische Konsens“, der für das Nachwendepolen bis zur Vollendung der Westintegration im Jahr 2004 beschrieben worden ist, war demnach selbst auf der Seite der Solidarność-Eliten nicht von Anfang an vorhanden, sondern wurde bis etwa Anfang 1994 durch die beschriebenen diskursiven Prozesse hergestellt, wobei die beiden großen Krisen im Osten – der Augustputsch 1991 und die Verfassungskrise 1993 – deutlich als Katalysatoren des Wandels ausgemacht werden können. Selbst danach war er nie wirklich vollständig, da der integrationsfeindliche ND-Diskurs lediglich für eine Legislaturperiode aus dem Parlament verbannt wurde. Gerade der europäische Integrationsdiskurs ist daher mit seinem Kurs auf die EU dominant, nicht aber konsensuell.

Aufbauend auf all dem wurden auch einige zentrale sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen entwickelt, auf denen die zwei wesentlichen ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen aufbauen, sodass erstere zunächst eingehender dargestellt werden müssen.

Tabellensatz 1: Polnische sicherheitspolitische Diskurse 1989-1994

Europäischer Einigungsdiskurs	
Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • konfrontative Trennlinien in Europa • bewaffnete Konflikte in Europa • Marginalisierung und Unterwerfung Polens und anderer Staaten durch mächtigere Akteure, v.a. Deutschland und die UdSSR/Russland
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilität (allseitige Akzeptanz des geopolitischen Status quo, keine gewaltsame Konfliktlösung, kooperative Beziehungen unter den europäischen Staaten) • Einigung Europas zu einem einheitlichen Sicherheitsraum • Einbindung Deutschlands und der UdSSR/Russlands in kooperative Konfliktlösungsmechanismen
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • Konfliktprävention durch Diplomatie und ein kooperatives Sicherheitssystem • Einhegung mächtigerer Akteure durch politische Integration • NATO als militärische Komponente des gesamteuropäischen Sicherheitssystems • Militärische Präsenz der USA in Europa
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Von Beginn an praktisch konsensuell • KSZE-Variante: gesamteuropäisches Sicherheitssystem auf Basis der KSZE und einer Vielzahl weiterer regionaler Kooperationsstrukturen wie EG, Europarat, ZEI und andere; zunehmend marginal und ab 1994 praktisch bedeutungslos • Verwestlichte Variante: NATO und EU als zentrale Institutionen, die durch Osterweiterung die Basis für das gesamteuropäische Sicherheitssystem bilden sollen; ab 1991 zunehmend dominant, ab 1993/1994 jenseits des ND-Diskurses praktisch konsensuell
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • In der gesamten Diskursformation klar übergeordnet und stark dominant bis konsensuell

Europäischer Integrationsdiskurs	
Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • konfrontative Trennlinien in Europa • Instabilität in Osteuropa • Wiederkehr des russischen Imperiums • Machtfülle des wiedervereinigten Deutschlands • Marginalisierung Polens und Ostmitteleuropas
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilität • EU-Mitgliedschaft Polens und weiterer Länder Ostmitteleuropas • Generierung von Unterstützung für eine Mitgliedschaft • Einhegung Deutschlands durch politische Integration
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • Politische und ökonomische Transformation • Gute bilaterale Beziehungen zu Schlüsselakteuren, v.a. Deutschland
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Ab 1990 zunehmend dominant (im Wesentlichen bis auf die Sprecher des ND-Diskurses)
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Kernbestandteil beider Varianten d. europäischen Einigungsdiskurses • Ziel des EU-Beitritts daneben ganz wesentlich durch nicht sicherheitspolitische, v.a. ökonomische Diskurse getragen

Transatlantischer Integrationsdiskurs	
Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • Wiederkehr des russischen Imperiums • Instabilität in Osteuropa • bewaffnete Konflikte in der Region • Ostmitteleuropa als Pufferzone mit „verdünnter“ Sicherheit • Marginalisierung Polens und Ostmitteleuropas
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilität • NATO-Mitgliedschaft Polens • US-Militärpräsenz in Europa • Generierung von Unterstützung für eine Mitgliedschaft
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen, insbesondere jener Polens als Stabilitätsfaktor • Gute Beziehungen zu den Nachbarn und regionale Kooperationsstrukturen als Ausweis von Kooperations- und Integrationsfähigkeit • Gute bilaterale Beziehungen zu Schlüsselakteuren, v.a. den USA
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Zunächst transatlantischer Kooperationsdiskurs (lediglich Kooperation und Einbeziehung der NATO in das KSZE-basierte gesamteuropäische Sicherheitssystem) • Ab 1991 im Post-Solidarność-Lager zunehmend dominant, katalysiert durch Augustputsch in der Sowjetunion und den Antritt der Regierung Olszewski • Nach der Verfassungskrise in Russland im Herbst 1993 auch von den Postkommunisten adaptiert und damit praktisch konsensuell
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Kernbestandteil der verwestlichten Variante des europäischen Einigungsdiskurses

ND-Diskurs	
Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • Unterwerfung durch das wiedervereinigte Deutschland • Verlust von Souveränität und kultureller Identität
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Einhegung/Schwächung Deutschlands • Enge Beziehungen zu Russland • Intergouvernementales „Europa der Vaterländer“ statt supranationale EU • Erhalt nationaler Souveränität und kultureller Identität
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • Gute Beziehungen zu Russland • Gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten und den westeuropäischen Staaten • Politischer Widerstand gegen eine politische Integration á la Maastricht
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Zunächst in Hinblick auf Deutschland, ab 1992 stärker auch in Hinblick auf die EU-Integration formuliert • Ab 1993 keine Artikulation mehr im Parlament durch Scheitern der tragenden Parteien in den Parlamentswahlen 1993, sollte ab 1997 aber wieder auftreten
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Recht eigenständiger Diskurs mit subkulturellem Charakter

Modifizierter ULB-Diskurs	
Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • Wiederkehr des russischen Imperiums
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilität der neuen geopolitischen Situation in Osteuropa • Unabhängigkeit sowie politische und wirtschaftliche Transformation der Nachbarländer Ukraine, Litauen und Weißrussland • Beendigung der Rivalität Polens und Russlands auf diesem Gebiet
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen, insbesondere jener Polens als Unterstützer der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarstaaten und Polens als Brücke zwischen Ost und West • Unterstützung durch Wirtschaftshilfe und Unterstützung beim Institutionenaufbau, auch durch Generierung entsprechender Hilfe bei den westlichen Staaten • Intensivierung der Beziehungen mit den östlichen Nachbarländern • Unterstützung der Integration der östlichen Nachbarländer in regionale und gesamteuropäische Kooperationsstrukturen, um Alternative zu Russland zu schaffen
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Mit dem Zerfall der Sowjetunion Ende 1991 beginnende Artikulation • Bei Post-Solidarność-Sprechern abseits der Sprecher des ND-Diskurses schnell konsensuell • Übernahme durch postkommunistische Sprecher ab 1994/1995 und damit praktisch konsensuell
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Deutliche Verbindung mit dem verwestlichten europäischen Integrationsdiskurs („Zweite Seite der transatlantischen Medaille“)

Nachbarschaftsdiskurs	
Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • Konflikte in der Region • Marginalisierung Polens und Ostmitteleuropas • Mögliche Unterwerfung durch Deutschland und/oder Russland
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilität • Gute bilaterale Beziehungen zu allen Nachbarstaaten zur Prävention und friedlichen Lösung von Konflikten sowie zur Vermeidung von Marginalisierung Polens • Demonstration von Kooperations- und Integrationsfähigkeit zur Unterstützung der Integration in EU und NATO
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • Diplomatie und bilaterale Abkommen • Regionale Kooperationsstrukturen (V4, ZEI)
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Von Beginn an praktisch konsensuell, abgesehen vom Ziel der EU-Integration bei Sprechern des ND-Diskurses
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Eigenständiger Diskurs unter dem Leitziel der Stabilität, Entwicklung allerdings teils abhängig von anderen Diskursen; insbesondere zunehmend supplementär zur Realisierung der Ziele des europäischen Einigungsdiskurses (beide Varianten) • Sprecher des moskauorientierten Diskurses akzentuierten stärker die Bedeutung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten • Sprecher des ND-Diskurses zeigten sich skeptisch gegenüber der Möglichkeit guter Beziehungen zu Deutschland, favorisierten die Beziehungen zu Russland und lehnten es ab, regionale Kooperation als Funktion der EU-Integration zu betrachten.

Moskauorientierter Diskurs

Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsches Hegemoniestreben • Konfrontation mit der UdSSR/Russland/den östlichen Nachbarn • Unterbrechung der Lieferung von Energieträgern aus Osteuropa • Wirtschaftliche Schwächung durch Verlust von Märkten in Osteuropa
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Enge und freundschaftliche Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten • Kein Abwenden von Osteuropa • Kein NATO-Beitritt, da dieser Polen in Konfrontation mit Osteuropa bringt
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • Bilaterale Diplomatie • Erhalt wirtschaftlicher Verflechtung
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Im Wesentlichen Position der Sprecher der PKLD/SLD • Ab dem Machtwechsel 1993 praktisch nicht mehr relevant
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Diskurs mit tendenziell subkulturellem Charakter • Allerdings zahlreiche Anknüpfungspunkte an den Nachbarschaftsdiskurs, klar kompatibel zum europäischen Integrationsdiskurs und praktisch immer im Einklang mit dem europäischen Einigungsdiskurs (KSZE-Variante) artikuliert

2. Sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen 1989-1994

Bereits relativ früh kristallisierten sich die ersten Rollenkonzeptionen in der sicherheitspolitischen Diskursformation Polens heraus: *Polen als Mitgestalter der europäischen Ordnung*, *Polen als regionaler Stabilitätsfaktor*, *Polen als Unterstützer der Unabhängigkeit seiner östlichen Nachbarn* und *Polen als Brücke zwischen Ost und West*, die teils in weitere „Sub-Rollenkonzeptionen“ differenziert werden können. Diese Rollenkonzeptionen hängen eng miteinander zusammen und haben neben den ihnen spezifischen Zielen ein übergeordnetes sicherheitspolitisches Ziel gemein: die Vermeidung von Marginalisierung durch die Verbesserung der internationalen Position Polens. Wenn Polen bedeutende Funktionen im internationalen Leben übernimmt und damit für die wichtigsten Länder des Westens und die europäische Staatengemeinschaft insgesamt wichtig, am besten unverzichtbar ist – so die Argumentation – kann die Gefahr minimiert werden, dass Polen Opfer einer Aggression wird, und wenn doch eine Aggression stattfindet – dass Polens Hilferufe ignoriert werden. Der wesentliche Hintergrundgedanke ist also, dass Polen, welches nicht qua materielles Gewicht durch Wirtschaftskraft oder bloße Größe schon einen gewissen Grad an Unantastbarkeit besitzt und zur selbständigen Gewährleistung seiner Sicherheit nicht imstande ist, Unterstützung für diese Sicherheit von außen braucht und diese durch das Ausfüllen bestimmter Rollen generieren muss. Hier wird besonders deutlich, welche Bedeutung die politische und die ökonomische Dimension haben, da Polens Rollenkonzeptionen sich überwiegend auf diese beiden Dimensionen beziehen.

Bereits in diesen frühen Jahren zeigt sich, dass Polen kein reiner Sicherheitskonsument sein sollte. Die Logik, dass nur derjenige, der auch selbst zur Schaffung von Sicherheit beiträgt, Schutz erwarten kann, wurde im Diskursverlauf immer deutlicher artikuliert. Insofern beinhalteten die genannten Rollenkonzeptionen nicht nur eine Rolle Polens als Sicherheitskonsument, sondern immer auch als Sicherheitsproduzent.

Grundsätzlich wäre eine Rollenkonzeption zu erwarten gewesen, die Polen als „europäischen Atlantiker“ definiert, der z.B. dafür sorgt, dass die USA ihr Engagement in Europa nicht vermindern. Überraschenderweise finden sich hierauf praktisch keine Hinweise. Wie bereits ausgeführt, waren die fortgesetzte militärische Präsenz der USA in Europa, ihr Interesse an der und ihr Engagement für die Sicherheit des Kontinents (und speziell Polens) und die zentrale Rolle der NATO für die Stabilität in Europa Ziele, die dominant bis konsensuell waren. Im Material wurde jedoch nirgends eine entsprechende Funktion oder Rolle Polens definiert. Polen suchte mehr und mehr die Integration ins atlantische Verteidigungsbündnis und wollte, dass die USA in Europa bleiben. Für Polen selbst sah hier jedoch offenbar – noch – niemand einen funktionalen Part, der sich als Rollenkonzeption verstehen ließe.

2.1. Polen als Mitgestalter der europäischen Ordnung

Bereits in seiner Antrittsrede am 12.9.1989 gab Premierminister Tadeusz Mazowiecki die Marschrichtung vor: Polen sollte „das neue Europa miterschaffen und die Nachkriegsteilungen der Welt überwinden, die heute schon völlig anachronistisch sind.“ (Sejm PRL 1989: 19) Damit machte er deutlich, dass Polen nicht nur an einer künftigen Ordnung teilhaben, sondern sie auch mitgestalten sollte. Zentrale Merkmale dieser Rollenkonzeption waren also nicht nur das *Eingebundensein in das vereinte Europa* (was Voraussetzung für alles weitere ist), sondern auch die *Beteiligung an Entscheidungen über die künftige europäische Ordnung*; hinzu kam Polens Eigenschaft als *Initiator von Veränderungen*. Neben spezifischeren Bedrohungsstrukturen – wie etwa lokalen Konflikten, wenn es um Polens Aktivität im Aufbau von Strukturen zur Konfliktprävention geht – stand hier die Bedrohungsstruktur der politischen Marginalisierung ganz deutlich im Vordergrund. Dass Polen bereits eine solche aktive Rolle bei der Neuordnung Europas spielte, wurde in den immer wieder gemachten – später mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sogar zunehmenden – Bemerkungen darüber deutlich, dass es Polen war, das überhaupt erst diesen Wandel in Europa angestoßen habe. Diese Fähigkeit galt es zu kultivieren, um die Schwäche Polens auszugleichen, das seine Sicherheit nicht einfach selbst durch materielle Ressourcen garantieren kann.

Dies betraf zunächst vor allem die Entwicklung der KSZE und eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems und damit die Beseitigung der Teilung Europas. Schon in seinem Exposé von April 1990 betonte Skubiszewski mehrfach Polens Rolle im Aufbau der künftigen Ordnung Europas (vgl. Sejm RP 1990a: 8, 15) und brachte mit dem Projekt eines „Rates der Europäischen Zusammenarbeit“ auch eine Initiative von Premierminister Mazowiecki in die Diskussion (vgl. Sejm RP 1990a: 10). Diese Initiative wurde von verschiedenen Sprechern, auch postkommunistischen, regelmäßig für wertvoll erachtet, was implizit eine Bestätigung dieser Rollenkonzeption darstellte (vgl. Sejm RP 1990a: 21-22, 32, 46-47). Ganz allgemein wurde die Aktivität Polens in den verschiedensten europäischen Organisationen wiederholt hervorgehoben. Dabei ging es einerseits ganz direkt um die Mitbestimmung darüber, wie die Region Ostmitteleuropa sowie Europa insgesamt künftig aussehen sollten, sei es speziell die „Anwesenheit Polens bei der ‚2+4‘-Prozedur“ (vgl. Sejm RP 1990a: 32), die auch von den Postkommunisten als „spektakulärer Erfolg“ (Sejm RP 1990a: 71) gefeiert wurde, oder ganz allgemein die „ausnahmslose Teilnahme an allen internationalen Treffen, auf denen Angelegenheiten besprochen werden, die Polen direkt betreffen und auch nur indirekte Auswirkungen auf die polnischen Interessen haben könnten.“ (Sejm RP 1990a: 37) Die fundamentale Wichtigkeit einer tatsächlichen Mitsprache – statt eines Bestimmens anderer Staaten über Polens

Schicksal – drückte sich auch darin aus, dass regelmäßig nicht nur eine Integration Polens in die europäischen Institutionen gefordert wird, sondern parteiübergreifend betont wird, dass es sich um eine *aktive* Teilnahme Polens handeln müsse. In diesem Zusammenhang wurde wiederholt die Rolle Polens als *Initiator und Impulsgeber* konstruiert, sei es durch die Betonung der bereits erfolgten Initiativen durch Regierungsvertreter⁵³ oder durch die Forderung von Kritikern nach mehr Initiative durch die polnische Diplomatie (vgl. Sejm RP 1994: Pastusiak). Gleichzeitig ging es aber auch darum, Polen durch seine vielfachen Aktivitäten ganz allgemein zu einem geschätzten und gebrauchten Akteur zu machen, was direkt dem Ziel der Vermeidung von Marginalisierung dient. Dies drückte sich in vielfachen Forderungen eines Status Polens als „gleichberechtigter Partner“ oder auch nach einem „angemessenen Platz“ in Europa aus. Am prägnantesten formulierte den gewünschten Zustand Skubiszewski in einem bereits bekannten Zitat:

„Polen gehört doch zur Speerspitze der KSZE, wir gehören zur Gruppe der acht oder neun Staaten, die am meisten Initiative zeigen. Das sind Großmächte – Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Russland, Deutschland: Dann kommen Polen, Holland, Schweden, man könnte noch ein oder zwei Staaten hinzufügen. Das ist der Kern der KSZE, das ist die Erfüllung der Wünsche des Oberst Beck, dass Polen mit den Großmächten zusammenarbeiten möge, als gleichberechtigter Partner.“ (Sejm RP 1993b: Skubiszewski)

Die zentralen sicherheitspolitischen Ziele, die mit dieser Rollenkonzeption verfolgt wurden, waren also zum einen eine Einflussnahme auf die künftigen Strukturen der internationalen Ordnung im polnischen Sinne und zum anderen „Schutz durch Wichtigkeit“, dadurch dass Polen sich möglichst aktiv in eine Vielfalt von Organisationen, besonders aber die KSZE, einbringen sollte, um so Prestige bzw. eine gute internationale Position als Akteur zu gewinnen, der sich aktiv an der Neugestaltung der Ordnung in Europa beteiligt. Während das erste Ziel auch der Verwirklichung speziellerer sicherheitspolitischer Zielsetzungen diene, ist der Hintergrund beider dieser Ziele die Vermeidung politischer Marginalisierung – und der darauf möglicherweise folgenden Unterdrückung, insbesondere durch Deutschland oder (zunehmend dominant) die Sowjetunion/Russland.

Scheinbar verlor diese Rollenkonzeption mit der Zeit an Verbindlichkeit, da sie inhaltlich überwiegend mit dem Aufbau eines KSZE-basierten Sicherheitssystems verbunden war und daher einem ähnlichen „Schwundprozess“ unterlag wie der „klassische“ europäische Einigungsdiskurs. Es zeigt sich allerdings später, dass diese Rollenkonzeption durch die

⁵³ Hier sei noch einmal der „Rat für Europäische Zusammenarbeit“ erwähnt, zudem eine geplante Sicherheitskonferenz (vgl. Sejm RP 1991a: 20) oder eine internationale Stiftung zur Förderung der Menschenrechte mit Sitz in Warschau (vgl. Sejm RP 1993a: Skubiszewski). Allgemein werden in allen Exposés von Skubiszewski die Aktivitäten Polens in der KSZE ausgiebig dargestellt und betont.

Umorientierung auf die Westintegration nur in den Hintergrund trat, aber deswegen nicht an Gültigkeit verlor. Sehr schnell sollte klar werden, dass die Rollenkonzeption Polens als Mitgestalter der europäischen Ordnung dann „ersatzweise“ auf die NATO und die EU bezogen werden sollte; dies allerdings erst, als die Aufnahme in diese Organisationen als absehbar galt. Dass sie auch in der Zwischenzeit nicht an Gültigkeit verloren hatte, zeigt sich an sporadischen entsprechenden Äußerungen, etwa im Rahmen der Rede Präsident Wałęsas vor der Nationalversammlung anlässlich des 50. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, in der er auch die Bedeutung Polens für den Kontinent hervorhob:

„Polen hat ein historisches, moralisches und politisches Recht darauf, über das Schicksal Europas mitzuentcheiden. Über seine Gegenwart und Zukunft. Über seine Sicherheit und Stabilisierung. Unsere Bestrebungen und Aspirationen zu übergehen, schadet nicht nur uns. Das trifft das Interesse des ganzen Kontinents. Denn Polen ist der ‚Schlussstein des europäischen Gewölbes‘. Man kann uns beim Aufbau des integrierten Europa nicht über- oder umgehen. Wann immer man das in der Vergangenheit versucht hat, hat das zur Störung des Gleichgewichts auf unserem Kontinent geführt, zu Konflikten und Destabilisierung.

Deswegen ist das Ziel der polnischen Außenpolitik der Beitritt zu den militärischen und wirtschaftlichen Strukturen Europas. Wir wollen uns ihnen so schnell wie möglich anschließen. Das Leben erträgt keine Leere. Wir können nicht weiterhin in einer ‚Grauzone‘ verbleiben. Zwischen einem sich isolierenden Westen und einem sich möglicherweise erneuernden Imperium.“ (Wałęsa 1995a: 192)

Zudem lassen sich die im Folgenden beschriebenen, nicht diesem „Schwundprozess“ unterliegenden Rollenkonzeptionen als untergeordnete Rollenkonzeptionen verstehen, die der Verwirklichung der Rolle Polens als Mitgestalter der europäischen Ordnung dienen.

2.2. Polen als europäischer Stabilitätsfaktor

In seiner Antrittsrede im September 1989 konstruierte Tadeusz Mazowiecki eine weitere Rollenkonzeption: „Die Regierung unternimmt alle Anstrengungen, damit Polen durch das Überwinden der Krise zu einem dauerhaften Element der Stabilisierung in Europa wird, besonders in unserer Region.“ (Sejm PRL 1989: 20)

Hier entwarf Mazowiecki das Bild Polens als eines europäischen – insbesondere aber ostmitteleuropäischen – Stabilitätsfaktors, das im weiteren Diskursverlauf auf Seiten der Post-Solidarność-Eliten deutlich dominant bzw. konsensuell wurde. Stabilität war ja ein zentrales sicherheitspolitisches Ziel, und hier wurde eine Rolle für Polen konstruiert, im Rahmen derer es selbst zur Schaffung und Verteidigung von Stabilität beitragen sollte.

In der Regel wurde nicht näher erläutert, was genau Stabilität eigentlich bedeute. Daher muss man über die verschiedenen Diskursfragmente hinweg den Bedeutungsgehalt von „Stabilität“

und von der Rolle Polens als „Stabilitätsfaktor“ ableiten. Allerdings wurde dieser Bedeutungsgehalt einmal, nämlich im Redebeitrag von Józef Wójcik (Pax) in der Sejmdebatte 1990, sehr prägnant in wenigen Sätzen zusammengefasst. Polen als Stabilitätsfaktor, das bedeutete

„[...] ein Polen, das als sicherer Faktor aufgefasst wird, als Faktor des Gleichgewichts in der Region, in der zwei Weltkriege geboren wurden. Ein Polen, das sich für die Dauerhaftigkeit der Grenzen ausspricht, das keine territorialen Forderungen unterstützt, das sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer einmischt. Ein Polen, das niemanden provoziert, das so gute Beziehungen zu seinen Nachbarn unterhält, wie möglich. Langfristig wird genau eine solche Haltung zählen, von ihr wird die Autorität Polens in Europa abhängen.“ (Sejm RP 1990a: 55)

Premierminister Mazowiecki definierte „Stabilisierung“ knapp als „Faktor, welcher der Balkanisierung Europas entgegenwirkt“ (Rz 21.3.1990). Es ging also im Kern um den Erhalt des territorialen Status quo durch allseitige Anerkennung der bestehenden Grenzen und die Verbannung von Territorialforderungen und Aggressionen aus dem internationalen Leben zugunsten gutnachbarschaftlicher Beziehungen – Ziele, die bereits ausführlich erläutert wurden. Kernfunktionen Polens im Rahmen dieser Rollenkonzeption waren also:

- 1) *die Förderung von Stabilität im obigen Sinne, vor allem in Polens unmittelbarer Umgebung.* Dies sollte z.B. durch das Abstandnehmen von entsprechend als destruktiv konstruierten Verhaltensweisen geschehen, was sich etwa in der hohen Bedeutung gutnachbarschaftlicher Beziehungen und der vehementen Ablehnung jeglicher territorialer Forderungen zugunsten Polens ausdrückt, darunter bezüglich des Wilna-Gebietes. Weiterhin wurde Polens Engagement im Bereich der Konfliktprävention in diesen Zusammenhang gestellt (vgl. Sejm RP 1993a: Skubiszewski). Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, insbesondere aber ab 1993, wurde hier zudem eine untergeordnete Rollenkonzeption sichtbar – *Polen als Unterstützer der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn* – die ganz explizit auch der Realisierung von Polens Stabilisierungsfunktion diene;
- 2) *eine Vorreiter- und Vorbildfunktion,* durch die Polen als Beispiel für die Länder der Region dienen und sie zu stabilitätsförderndem Verhalten animieren sollte. Dies betraf einmal die regelmäßig als bedrohlich konstruierten ethnischen bzw. Nationalitätenkonflikte, wie etwa Tadeusz Nowacki (UChS) deutlich machte:

„Eine Bedrohung für die Integration Europas, für seinen Frieden und seine Zukunft, kann eine Renaissance von Nationalismen werden, was besonders in seinem mittleren und östlichen Teil bedrohlich ist. Polen ist zwar ein in hohem Maße ethnisch homogenes Land, aber vielleicht gerade deshalb sollte es in Übereinstimmung mit seinen besten Traditionen ein Beispiel für Toleranz und Offenheit geben.“ (Sejm RP 1990a: 49)

Auch wurde Polen als Vorbild für die anderen Länder in der Region konstruiert, was einen erfolgreichen Transformationsprozess anbelangt (vgl. Rz 5.7.1990; Sejm RP 1993a: Skubiszewski).

Diese Rollenkonzeption wurde regelmäßig von Vertretern der Post-Solidarność-Fraktionen konstruiert, von sozialdemokratischer Seite unterstützt (vgl. Sejm RP 1990a: 42) und von den Postkommunisten zumindest über Kritik implizit mitkonstruiert (indem bemängelt wurde, dass Polen im Ausland mit Instabilität assoziiert werde und etwas dagegen getan werden müsse, (vgl. Sejm RP 1992: Pastusiak). Sie wurde zudem immer deutlicher auch auf das Wirken Polens in regionalen Kooperationen bezogen:

„Durch die aktive Teilnahme an der Arbeit des Visegráder Dreiecks, der baltischen [Ostseerat] und der mitteleuropäischen [Hexagonale] Zusammenarbeit will Polen zur Sicherung von Stabilität und Entwicklung in diesem Teil Europas beitragen [...].“ (Sejm RP 1992: Skubiszewski a)

Hier findet sich ein ähnliches Muster wie bei der allgemeineren Rollenkonzeption des Mitgestalters der europäischen Ordnung. Einerseits diente die Rolle Polens als Stabilitätsfaktor eben diesem Ziel: der Schaffung von Stabilität, insbesondere in Polens unmittelbarer Umgebung, dadurch dass Polen aktiv darauf hinwirkt und eine Vorbildfunktion einnimmt. Andererseits diente aber auch diese Rollenkonzeption ganz wesentlich der allgemeinen internationalen Aufwertung Polens und letzten Endes dem Ziel der Vermeidung politischer Marginalisierung. Sehr klar drückte dies Skubiszewski aus.

„Am wichtigsten ist Entschlossenheit bei der Durchführung der Reformen, die aus Polen ein Modell demokratischer Transformation und gleichzeitig einen ernsthaften und wichtigen Partner machen. Jeder Misserfolg, jedes Anzeichen eines Mangels an Konsequenz auf diesem Weg der Veränderung ruft im Ausland negative Folgen hervor und schwächt unsere Position. Die Rolle Polens als stabilisierender Faktor in diesem Teil Europas ist für uns hochgradig vorteilhaft, weil sie uns nämlich in die Position versetzt, an der Gestaltung der internationalen Beziehungen in Ost- und Mitteleuropa teilzunehmen und unsere vitalen Interessen zu verwirklichen.“ (Sejm RP 1993a: Skubiszewski)

Hier zeigt sich auch noch einmal deutlich die Verknüpfung bzw. eine gewisse Unterordnung unter die bereits geschilderte Rollenkonzeption des Mitgestalters der europäischen Ordnung. Diese Rolle wurde also als außenpolitischer Trumpf gesehen, der dem Land Achtung und Prestige verschaffen und ihm Bedeutung verleihen konnte. Dabei wurde eine gewisse Kongruenz der Ziele Polens – etwa Stabilität in Osteuropa – mit jenen der betreffenden Staaten vorausgesetzt. Das galt für die westeuropäischen Länder und besonders auch für die USA – für den Aufbau guter Beziehungen zu ihnen und die Generierung US-amerikanischer Unterstützung war Polens stabilisierende Rolle zentral wichtig (vgl. insbesondere Sejm RP

1993b: Zalewski, 1994: Geremek). Das war natürlich auch für Polens NATO-Beitritt wesentlich, wie Premierministerin Hanna Suchocka (UD) offen sagte:

„Eine schnelle Mitgliedschaft in der NATO sichert sich Polen nur dadurch, dass es [...] durch freundschaftliche Beziehungen zu allen Nachbarn zu einem Stabilisierungsfaktor in der Region wird [...].“ (GW 20.10.1992)

Dabei wurde nicht nur auf Polens Potenzial als Einflussfaktor in der Region abgehoben, sondern auch darauf, dass Polen überhaupt ein „Fels in der Brandung“ der rasanten Veränderungen in Osteuropa ist. Polen sei der einzige Staat der Region, dessen Territorium, innenpolitische Lage und Ansprechpartner (Außenminister Skubiszewski diente von 1989 bis 1993 vier Premierministern) stabil seien. Es sei gerade deswegen für den Westen als Partner prädestiniert – solange es auch innenpolitisch stabil bleibe und eine klare außenpolitische Linie verfolge. Mit den Worten des Vize-Verteidigungsministers Przemysław Grudziński:

„Innere Konflikte bringen Polen keinen Vorteil, weil unser größter Trumpf die Stabilität ist. Drei Jahre nach dem Fall des Kommunismus zeigt sich, dass Polen eigentlich der einzige Fixpunkt auf der politischen Landkarte Ost- und Mitteleuropas ist. Im Osten entstehen neue Konstellationen, das ist ein Gebiet dynamischer Veränderung. Im Westen ist die DDR verschwunden und Deutschland ist in eine Phase schwieriger Umwälzungen eingetreten. Im Süden verwandelt sich die Tschechoslowakei in zwei souveräne Staaten. Der Fixpunkt bleibt Polen, unter der Bedingung, dass es politisch und wirtschaftlich stabil ist und die Eliten in der Lage sind, eine klare, verständliche Strategie der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik zu formulieren, die von den wichtigsten politischen Kräften gemeinsam realisiert wird.“ (GW 13.10.1992)

Gerade hier wird deutlich, wie wichtig auch innenpolitische Faktoren für die polnische Sicherheitspolitik konstruiert wurden. Erst innenpolitische Stabilität erlaubt es Polen, auch international als Stabilitätsfaktor aufzutreten. Wie bereits erwähnt, wurde die Bedeutung von politischer und wirtschaftlicher Stabilität sowie von Kontinuität und einem außenpolitischen Konsens über alle Parteigrenzen hinweg regelmäßig als grundlegend wichtig für eine erfolgreiche Außen- und Sicherheitspolitik und für Polens Ansehen in der Welt konstruiert. Insgesamt wurde immer wieder betont, wie wichtig diese Rolle für Polen ist, vorwiegend von Vertretern der Post-Solidarność-Fraktionen (vgl. etwa Sejm RP 1993: Wielowieyski/Zalewski/Kulas b). Allerdings kann man auch sehen, dass von Seiten sozialistischer Parteien und der ehemaligen Kader z.B. die Visegrád-Gruppe mit dem Ziel der Stabilität verknüpft (vgl. Sejm RP 1994: Marciniak) und mehr Einsatz der Regierung bei der Belebung dieser Kooperation gefordert wurde (vgl. Sejm RP 1994: Pastusiak a/Lipski). Es scheint sich also eher um eine stärkere Betonung auf Seiten der Post-Solidarność-Eliten zu handeln als um eine Ablehnung von Seiten der „Linken“, zumal kein Gegendiskurs zu finden ist, innerhalb dessen diese Rolle negiert wurde. Einzig Tadeusz Iwiński (SLD) bezeichnete

1993 die Vorstellung, Polen könne ein Vorbild der demokratischen Transformation sein, als unrealistisch und als „Größenwahn“ (Sejm RP 1993b: Iwiński). Ähnlich wie mit seinem Postulat der Neutralität erhielt er hierauf jedoch noch nicht einmal eine Reaktion.

2.3. Polen als Unterstützer der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn

Schon Anfang 1990 kristallisierte sich diese Rollenkonzeption heraus, die zunächst im Widerspruch zur oben angeführten Rollenkonzeption des Stabilitätsfaktors zu stehen scheint, da sie zu diesem Zeitpunkt vor allem beinhaltete, dass Polen die Unabhängigkeit Litauens und seine Loslösung von der Sowjetunion unterstützen sollte. In der ersten Generaldebatte zur Außenpolitik wurde diese Position vielfach vertreten, und trotz Skubiszewskis Darstellung Polens als tatsächlichen Unterstützer der unabhängigen litauischen Staatlichkeit, auch durch konkrete Hilfsangebote (vgl. Sejm RP 1990a: 15), kam Kritik an der zu zaghaften Politik der Regierung auf. So forderten mehrere Abgeordnete die unverzügliche Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens, die formell noch nicht erfolgt war (vgl. Sejm RP 1990a: 59, 116). Skubiszewski widersprach diesem Ziel nicht, sondern verteidigte das Zögern der Regierung lediglich damit, dass derartige Deklarationen aufgrund von Polens bescheidenen Mitteln tatsächlicher Einflussnahme noch nicht mit entsprechenden Konsequenzen versehen seien.

„Wir geben den litauischen Aspirationen unsere Unterstützung, aber unsere Mittel sind, wie sie sind. Und meiner Meinung nach sollten wir nicht so tun, als seien sie in Wirklichkeit größer. Ich spreche über den heutigen Stand, was morgen ist, werden wir sehen.“ (Sejm RP 1990a: 162)

Der Wunsch nach einer Unabhängigkeit Litauens scheint konträr zum Ziel der Stabilität und zur dazu gehörenden Rollenkonzeption Polens als Stabilitätsfaktor zu sein, da diese ja ganz wesentlich die Stabilität und Unantastbarkeit von Grenzen beinhaltet. Gerade Józef Oleksy (SLD) warnte auch vehement davor, Polen als Unterstützer des Zerfalls der Sowjetunion erscheinen zu lassen, da dies seine Beziehungen zu Moskau gefährden und es in wirtschaftlicher Isolation zurücklassen könne (vgl. Sejm RP 1990a: 24). Allerdings lässt sich die Rollenkonzeption Polens als Unterstützer der (bisher nur) litauischen Unabhängigkeit nicht nur vor dem Hintergrund des modifizierten ULB-Diskurses lesen, dessen zentrales Postulat ja die Notwendigkeit der Unabhängigkeit der drei östlich an Polen grenzenden Länder für das Ende der dauerhaften Rivalität Polens und Russlands um Vorherrschaft ist, sondern auch als Konsequenz der bereits 1989 von Mazowiecki vorgetragenen Vorstellung, dass nur Souveränität und Partnerschaft eine Grundlage für stabile internationale Beziehungen sein können, nicht aber Dominierung und Gewalt (vgl. Sejm PRL 1989: 19). Zudem spielte auch das bereits

angesprochene universales Verständnis des Ziels der Vermeidung von Marginalisierung – im Sinne einer alle kleineren Staaten umfassenden Forderung – eine Rolle. So, wie Polen das Münchner Abkommen im Nachbarschaftsvertrag mit der Tschechoslowakei für ex tunc nichtig erklärte, so begründete es auch die Unterstützung für Litauens Unabhängigkeit, wie sich einem Beschluss des Sejms nach der litauischen Unabhängigkeitserklärung entnehmen lässt:

„Die Deklaration des demokratisch gewählten Parlaments Litauens, welche die Kontinuität und Unabhängigkeit des litauischen Staates proklamiert, ist eine natürliche Konsequenz der Anerkennung des ‚Ribbentrop-Molotow-Paktes‘ als nichtig.“ (Sejm RP 1990b)

Durch die Betonung der bestehenden Grenzen als „dauerhaftes Element der Ordnung und Sicherheit Europas“ in diesem Dokument wurde zudem deutlich, dass es lediglich um die freie Entscheidung der litauischen SSR über den Verbleib in der UdSSR ging, nicht aber über irgendwelche darüber hinausgehenden Änderungen des territorialen Status quo.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion umfasste diese Rollenkonzeption dann entsprechend der sicherheitspolitischen Ziele des modifizierten ULB-Diskurses nicht mehr nur Litauen bzw. die baltischen Staaten, sondern auch Weißrussland und insbesondere die Ukraine, deren Unabhängigkeit Polen am 2. Dezember 1991 als erster Staat diplomatisch anerkannte (vgl. Rada Ministrów RP 1991), nachdem bereits Monate zuvor die ukrainische Souveränitätserklärung vom polnischen Sejm begrüßt worden war (vgl. Sejm RP 1991d). Das bedeutet, dass nicht nur der Wunsch nach einer Festigung der staatlich-territorialen Unabhängigkeit dieser Länder geäußert oder Ziele postuliert wurden, die diese Unabhängigkeit voraussetzen, sondern dass Polen auch als Akteur konstruiert wurde, der die Funktion hat, die Unabhängigkeit dieser Staaten zu unterstützen. Die Art und Weise, wie Polen dies bewerkstelligen sollte, wurde in der Regel nicht konkretisiert, aber es ist aus dem Zusammenhang in der Regel ersichtlich, dass zur Verwirklichung dieser Rollenkonzeption neben der diplomatischen Anerkennung und einer nicht näher spezifizierten „Zusammenarbeit“ (Sejm RP 1993a: Skubiszewski) insbesondere die Rolle Polens als „Brücke zwischen Ost und West“ dienen sollte.

Da Grundlage dieser Rollenkonzeption insbesondere der modifizierte ULB-Diskurs war, verwundert es nicht, dass sie nur von den Post-Solidarność-Eliten konstruiert wurde (von diesen allerdings regelmäßig). Selbst nach dem Einschwenken von SLD und PSL auf den transatlantischen Integrationsdiskurs zeigt sich keinerlei Unterstützung des modifizierten ULB-Diskurses durch die früheren Machthaber – mutmaßlich aufgrund seiner Wahrnehmung als antirussisch. Daher blieb diese Rollenkonzeption bis 1994 eine, die ausschließlich durch Sprecher der Post-Solidarność-Parteien (ohne die ND-Sprecher) vertreten wurde. Ein Gegendiskurs bzw. eine Negierung dieser Rollenkonzeption ist allerdings nicht auffindbar.

2.4. Polen als Brücke zwischen Ost und West

Die Vorstellung, dass Polen eine regelrechte „Brücke zwischen Ost und West“ sein sollte, setzte sich in der sicherheitspolitischen Diskursformation erst ab 1991 langsam durch. Erstmals trat diese Rollenkonzeption 1990 im Debattenbeitrag von Józef Oleksy (SLD) auf: Polen solle als Brücke die Integration beider Teile Europas erleichtern und dadurch seine Bedeutung steigern und dauerhafte Sicherheit erlangen (vgl. Sejm RP 1990a: 22). Skubiszewski lehnt diese Rollenkonzeption hier noch ab; Polen solle keine Brücke, sondern ein integraler Bestandteil Europas werden, zudem sei das Konzept nicht konkretisiert (vgl. Sejm RP 1990a: 161). Die Ablehnung mag mit der Stoßrichtung zusammenhängen, welche das Konzept zu diesem Zeitpunkt im Diskurs der Postkommunisten hatte, die im Beitrag von Marian Orzechowski (parteilos, vorher PKLD) deutlich wurde:

„Auf den Zerfall der Sowjetunion zu zählen, sie auf ihre Ausgangsposition des Großfürstentums Moskau zurückführen zu wollen, ist nicht nur ein gefährlicher Irrglaube, sondern auch ein Spiel mit einem Feuer, das nicht nur Polen einäschern könnte. Für die Sowjetunion, unabhängig von ihrer künftigen Gestalt, ist Polen ein unermesslich wichtiger wirtschaftlicher und politischer Partner, eine Brücke ins Herz Europas.“ (Sejm RP 1990a: 63)

Dass ein Vertreter der Reformregierung diese Position – die man durchaus auch als eine anfänglich im Rahmen des moskauorientierten Diskurses noch vorhandene Rollenkonzeption von „Polen als treuem Bündnispartner Moskaus“ lesen kann – nicht akzeptieren konnte, scheint nur logisch. Insbesondere die Vorstellung von Polen als „Brücke der Sowjetunion ins Herz Europas“ dürfte nicht anschlussfähig gewesen sein. Bereits wenige Monate später formulierte Skubiszewski jedoch selbst bereits Ansätze einer Rollenkonzeption für Polen, die sich als „Brücke zwischen Ost und West“ bezeichnen lässt und später auch von den Sprechern explizit so bezeichnet wurde, wobei die Stoßrichtung eine etwas andere war:

„[D]ie Zugehörigkeit zum organisierten Europa und die gleichzeitige Aufrechterhaltung unserer Beziehungen zum Osten ist eine Rolle, die Polen von seiner geostrategischen und geopolitischen Lage zugewiesen wird. Diese Lage hat uns bisher geschadet, nun wollen wir sie zu unserem Nutzen und zum Nutzen Europas wenden. [...] Polen sollte mehr als ein Bindeglied zwischen der UdSSR und Westeuropa wirken, insbesondere im Bereich gemeinsamer wirtschaftlicher Projekte.“ (Sejm RP 1991a: 22)⁵⁴

Dies sagte Skubiszewski im Hinblick auf die Wirtschaftskrise in der UdSSR, was sich im Kontext des sicherheitspolitischen Ziels einer auch ökonomischen Stabilisierung Osteuropas lesen lässt. Zudem sprach er hier und in der späteren Sejmdebatte davon, dass Polen als

⁵⁴ Bereits vorher sprach auch Premier Mazowiecki davon, dass Polen eine „Verbindung“ zwischen Ost und West sein sollte (vgl. Rz 5.10.1990).

Unterstützer der baltischen Republiken wirken wolle, wenn es um deren Unabhängigkeit und Einbindung in Organisationen wie die KSZE gehe (vgl. Sejm RP 1991a: 26, 1991b: 20). In jedem Falle wird aber die westliche Ausrichtung dieser Rollenkonzeption bei Skubiszewski deutlich. Statt eine „Brücke der Sowjetunion ins Herz Europas“ zu sein, sollte Polen als Teil des Westens mit guten Beziehungen zum Osten als ein Bindeglied wirken. Dieses Bindeglied hatte, wie hier bereits ansatzweise deutlich wird, zwei wesentliche Komponenten, die sich wiederum als Teil- oder Sub-Rollenkonzeptionen verstehen lassen:

2.4.1. Polen als Unterstützer der Transformation in Osteuropa

Trotz der im Diskurs immer wieder betonten beschränkten Mittel Polens wurde 1991 erstmals nicht nur der Wunsch nach einer demokratisch-marktwirtschaftlichen Transformation der Sowjetunion geäußert, sondern auch Polen eine entsprechende Unterstützungsfunktion zugeschrieben (s.o.). Nach dem Zusammenbruch der UdSSR übertrug sich dieses Postulat auf das gesamte „RUBL-Gebiet“ (Russland, Ukraine, Belarus, Litauen), wobei angemerkt werden muss, dass dieser Aspekt zwar von vielen als sicherheitspolitisches Ziel, eine aktive Funktion Polens darin aber überwiegend von der Exekutive konkret formuliert und von einigen Sprechern der Post-Solidarność-Parteien unterstützt wurde (vgl. Sejm RP 1992: Skubiszewski a/Olechowski/Nowak, 1993b: Zalewski/Kurczewski). Inwiefern hier darüber hinaus eine implizite Zustimmung vorlag, ist aus dem Material nicht eindeutig ersichtlich. Im Rahmen dieser Rollenkonzeption wurden die politische (Demokratisierung) und ökonomische (Aufbau von Marktwirtschaft) Transformation praktisch immer eng miteinander verknüpft und häufig auch direkt mit der Unabhängigkeit der betreffenden Länder und der Rolle Polens als Stabilisierungsfaktor verbunden, wie etwa von Andrzej Wielowieyski (UD):

„Allerdings ist eine gute Entwicklung der Beziehungen mit dem Osten unauflösbar verbunden mit einem Fortschritt der demokratischen und wirtschaftlichen Reformen in diesen Ländern, mit ihrer Stabilisierung. Wir sollten ihnen daher helfen und für sie eine Brücke sein, eine natürliche Brücke, und wenn es möglich ist – Vorbild und Inspiration.“
(Sejm RP 1993b: Wielowieyski)

Dabei sollte die Unterstützung der demokratischen Reformen in den Nachbarländern etwa durch die erwähnte Vorbildfunktion, eine „Einführung westlicher Standards im Osten“ (Sejm RP 1993a: Skubiszewski) und eine bis hierher nicht näher bestimmte Unterstützung demokratischer Kräfte sowie durch Hilfe beim Institutionenaufbau erfolgen (vgl. GW 8.1.1994).

Wirtschaftlich sollte Polen die östlichen Staaten insbesondere als eine Art Vermittler oder Anwalt unterstützen, etwa durch Lobbying für die Bedürfnisse dieser Staaten im Westen, die Förderung wirtschaftlicher Kooperation zwischen Ost und West mit seinem Know-how und

durch Hilfestellung bei der Erlangung westlicher Hilfsmittel (vgl. Sejm RP 1992: Skubiszewski a, 1993a: Skubiszewski). Dass hier der Schwerpunkt liegen muss, erklärte Außenminister Olechowski im Bezug auf die Unterstützung für die Transformation Russlands:

„Wir wollen im eigenen Interesse die demokratische Entwicklung und den Wohlstand in Russland unterstützen. Wir können leider keine Milliarden bereitstellen, um Russland von den Knien zu holen, weil wir diese Milliarden nicht haben. Aber wir haben andere Werkzeuge: Polen ist ein wichtiges Land, und wir können auf die Reaktion der Welt in Bezug auf Russland Einfluss nehmen.“ (GW 6.1.1994)

Auch praktische Hilfestellung durch Transfer von Know-how wurde erwähnt, da Polen das einzige Land des Ostblocks war, in dem die Kollektivierung der Landwirtschaft abgebrochen wurde und das sich bis zum Schluss bäuerliche Familienbetriebe und eine Lebensmittelwirtschaft erhalten konnte, die von allen Ostblockländern am ehesten einem marktwirtschaftlichen Modell entsprach (vgl. PSL 2001e: 177).

Während die Transformationshilfe für die östlichen Länder im Falle jener Länder, „die keinen Großmachtstatus haben“, ganz wesentlich der Stärkung ihrer Unabhängigkeit von Russland dienen sollte, stand im Falle Russlands das – hier wie dort vorhandene – Ziel im Vordergrund, zur Entstehung einer marktwirtschaftlichen Demokratie beizutragen, die per se als stabiler, weniger aggressiv und weniger zum Imperialismus neigend betrachtet wurde. Wurde dieses Ziel ab der Machtübernahme der Postkommunisten etwas stärker betont, so war es doch bereits vorher vorhanden und wurde auch sehr deutlich von den Post-Solidarność-Eliten angeführt. Widerspruch wurde fast keiner laut. Einzig Andrzej Lipski von der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) meldete Zweifel an, ob Russland es akzeptieren würde, wenn Polen das „Licht der Aufklärung“ in den Osten tragen wolle (vgl. Sejm RP 1994: Lipski).

2.4.2. Polen als Unterstützer der europäischen Integration der östlichen Nachbarländer

Im Rahmen der Rollenkonzeption „Polen als Brücke zwischen Ost und West“ wurde nicht nur Polens Funktion als Vermittler von Werten und wirtschaftlicher Kooperation bzw. Aufbauhilfe betont, sondern auch seine Rolle als Akteur, der für eine Integration der östlichen Länder in gesamteuropäische und später westliche Institutionen eintritt, auch dies allerdings wieder weitgehend von Vertretern der Exekutive mit Unterstützung einiger Abgeordneter. Auch hier wurde Polen also eine Vermittlungs- oder Anwaltsfunktion zugeschrieben. Bereits 1991 betonte Skubiszewski, dass Polen nicht nur die Unabhängigkeit Litauens und der anderen baltischen Staaten unterstütze, sondern auch ihre Einbindung in internationale Kooperationen wie die KSZE oder die Zusammenarbeit der Ostseeanrainer (vgl. Sejm RP 1991b: 20). Später bezog sich dies auch auf die anderen östlichen Nachbarn, die Polen „in die internationale

Zusammenarbeit ziehen“ sollte (vgl. Sejm RP 1993a: Skubiszewski), etwa bezüglich der ZEI. Auch hier spielte die Ukraine wieder eine besondere Rolle (s.u.).

Weitere Sprecher unterstützten diese Rollenkonzeption, selbst sozialistische (vgl. Sejm RP 1994: Lipski); die Einbindung in Kooperationen von mittel- und westeuropäischen Staaten

„sollte eine Alternative schaffen, die diesen neuen Staaten eine Entwicklungsperspektive bietet, die nicht nur und nicht vor allem im Rahmen der alten imperialen Beziehungen im Bereich der ehemaligen UdSSR liegt.“ (Sejm RP 1993b: Zalewski)

Dabei wurde in der Regel die ZEI, einmal auch die Visegrád-Kooperation betont (vgl. Sejm RP 1992: Łączkowski), wobei letzteres auch Widerspruch von Regierungsseite erntete, weil eine Integration postsowjetischer Staaten Polens eigene Chancen auf eine Integration in die NATO schmälern könne (vgl. GW 13.10.1992). Deutlich wird hier, dass es klar um eine Festigung der Unabhängigkeit dieser Länder von Russland und insofern um eine geopolitische Stabilisierung der östlichen Nachbarschaft ging.

Russland wurde in diese Rollenkonzeption insbesondere ab 1993 einbezogen, was mutmaßlich eine Reaktion auf den russischen Widerstand gegen den beabsichtigten polnischen NATO-Beitritt war. Während es vorher lediglich um eine vage Vermittlerrolle zwischen Europa und Russland gegangen war, sollte Polen nun die Einbeziehung Russlands in europäische Kooperationen und gerade auch in eine Zusammenarbeit mit der NATO unterstützen (vgl. Sejm RP 1993a: Skubiszewski).

„Wir haben historisch und kürzlich schlechte Erfahrungen mit dem russischen Imperialismus gemacht, aber wir werden eine Aussöhnung mit Russland suchen, in der Hoffnung einer Änderung der Einstellung unseres großen Nachbarn. Hiervon ausgehend sollten wir uns der internationalen Isolation Russlands entgegenstellen und seine Teilnahme an den Sicherheitssystemen des Ostens und Westens unterstützen, insbesondere seine Kontakte zum Nordatlantikrat.“ (Sejm RP 1994: Micewski)

Gerade dies wurde auch von den Postkommunisten unterstützt (vgl. Sejm RP 1994: Iwiński). Insgesamt wurde die Rollenkonzeption „Polen als Brücke zwischen Ost und West“ von einer breiten Sprecherkoalition getragen, schwerpunktmäßig jedoch von den Post-Solidarność-Eliten und den stärker bürgerlich orientierten Reformkräften in der PSL. Dabei wurden nicht nur die hier explizit formulierten Ziele verfolgt, sondern wiederum auch hier die Vermeidung einer internationalen Marginalisierung bzw. der Ausbau der internationalen Position Polens:

„Wir dürfen heute nicht vergessen, dass von unserer Haltung gegenüber den wiedergeborenen Staaten unsere Zukunft abhängt – entweder wird Polen wirklich eine Brücke zwischen Ost und West, oder diese Rolle werden andere Staaten übernehmen; entweder wird Polen in Europa wirklich etwas gelten, oder diese Rolle bleibt für andere Staaten reserviert.“ (Sejm RP 1992: Berdychowski)

Zudem wurde diese Rollenkonzeption teilweise auch mit der Bedrohungskonstruktion der Teilung Europas verknüpft:

„Und hier bleibt die Rolle Polens als Brücke, und eben nicht als Pufferzone, als konstruktive Brücke zwischen den Nationen des Ostens und dem neuen Europa, unsere Aufgabe, in Übereinstimmung mit unserem nationalen und dem gesamteuropäischen Interesse. Die Äußerung von Gedanken wie „Wir hätten nichts gegen einen Eisernen Vorhang, solange er am Bug wäre“ ist, gelinde gesagt, lächerlich.“ (Sejm RP 1991b: 131)

Diese Zusammenhänge erschließen sich auch schnell, wenn man sich vor Augen führt, dass diese Rollenkonzeption ganz wesentlich der Erfüllung der beiden vorgenannten – *Unterstützer der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn* und *europäischer Stabilitätsfaktor* – diene. Das wird auch daran deutlich, dass diese Rollenkonzeptionen häufig in direktem Zusammenhang erwähnt wurden (vgl. etwa Sejm RP 1992: Majewski). Sie bauten im Grunde aufeinander auf: Durch die Unterstützung der Transformation der östlichen Länder sollte Polen als Stabilisierungsfaktor wirken, da eine marktwirtschaftlich-demokratische Ordnung konfliktthemmend und stabilisierend ist. Zudem festigt sie auch die Unabhängigkeit der östlich von Polen liegenden Länder – seinerseits wiederum ein stabilisierender Umstand. Eine zusätzliche Unterstützung erfahren diese Prozesse durch eine Einbindung der Nachbarn in internationale Kooperationen. Alles läuft darauf hinaus, jenseits der östlichen Grenze eine Ansammlung von Polen freundlich gesonnenen, stabilen und nicht aggressiven Staaten zu schaffen und den „geopolitischen Pluralismus“ zu erhalten, um zu verhindern, dass Russland wieder einem aggressiven Imperialismus verfällt und durch die Einvernahme – ob nun durch militärische Eroberung oder „lediglich“ durch politische Unterwerfung – der Länder zwischen ihm und Polen auch letzterem gefährlich werden kann. Polen kommt dabei eine Art Architektenrolle zu.

Der Grund, wieso gerade Polen diese Rolle übernehmen konnte und sollte, lag ganz wesentlich in seiner geographischen Lage begründet. Immer wieder wurde betont, dass Polen das Land sei, das zwischen einem sich integrierenden, stabilen Westen und einem zerfallenden Osten liege. Als ehemals sozialistisches Land, das sich nun schnell in den Westen integriere bzw. integrieren wolle, sei es damit in einer idealen Position, eine solche Funktion auszufüllen: bereits erfahren im Umgang mit den westlichen Strukturen und in der politischen und wirtschaftlichen Transformation sowie mit guten Kontakten zu den westlichen Staaten und Institutionen, aber dennoch mit traditionell engen Bindungen zu den postsowjetischen Staaten, könne es ideal als „Transmissionsriemen“ dienen, der westliche Werte und Stabilität in den Osten exportiert. Auch kulturelle Faktoren und ein gewisses Verständnis für die Probleme der östlichen Länder spielten eine Rolle; so meinte Skubiszewski:

„Unter bestimmten Gesichtspunkten ist Polen sicherlich ein bisschen östlich und ein bisschen westlich. Das gibt uns eine gewisse Originalität und Möglichkeiten der Einflussnahme.“ (Sejm RP 1990a: 161)

Diese Darstellung galt allerdings im Wesentlichen für die Diskurskoalition der Post-Solidarność-Vertreter. Wie bereits erwähnt wurde, erhielt die Rollenkonzeption Polens als Unterstützer der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn bei den Postsozialisten keine Unterstützung, was auch für die von Skubiszewski konzipierte „Brücke zwischen Ost und West“ galt, die im Wesentlichen auf die Stabilisierung und „Verwestlichung“ des Ostens ausgerichtet war. Das mag mit den unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen zusammenhängen: Hier Polen auf dem Weg nach Westen, ein Prozess, dessen Gegenstück die Verwestlichung des Ostens ist, dort Polen als Land, das eher ein (selbständiger) Partner Moskaus bei der Gestaltung der künftigen Ordnung ist. Dieser Unterschied zeigt sich deutlich in den unterschiedlichen Vorstellungen darüber, welche Richtung – Ost oder West – Priorität genießen sollte. So erklärte Józef Oleksy in der Sejmdebatte 1993:

„Wir denken, dass die Position Polens im Westen und sein Einfluss im Westen so stark und deutlich sein werden, wie Polen eine starke eigene Position und Einfluss im Osten hat.“ (Sejm RP 1993b: Oleksy c)

Dagegen erklärte Skubiszewski das westliche Ufer für wichtiger:

„Wenn wir eine Brücke zwischen dem Osten und dem Westen Europas sein wollen, müssen wir vor allem ihre westlichen Pfeiler stärken und festigen. Die westliche Richtung, die Richtung der Integration, bleibt der strategische Kompass des polnischen Staates.“ (GW 8.1.1994)

Das führte allerdings, wie bereits erwähnt, nicht dazu, dass die Postkommunisten diese Rollenkonzeption negieren oder einen Gegenentwurf präsentieren. Eher akzentuierten sie stärker den „östlichen Aspekt“, insbesondere die Einbindung Russlands in internationale Kooperationen und Organisationen. Für die Reformeliten war hingegen die Verbindung von Ost und West im beschriebenen Sinne ein „Imperativ“ der polnischen „Geostrategie“ (Sejm RP 1993b: Skubiszewski).

3. Ukrainepolitische Rollenkonzeptionen 1989-1994

Im untersuchten Zeitraum wurden in Polen vor allem zwei ukrainepolitische Rollenkonzeptionen konstruiert, die einen sicherheitspolitischen Hintergrund aufweisen. Beide stellten Ableitungen der osteuropaspezifischen Rollenkonzeptionen *Polen als Unterstützer der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn* und *Polen als Brücke zwischen Ost und West* dar, bzw. im Grunde genommen waren sie Bestandteil derselben, wobei es hier aufgrund der im Falle der Ukraine vorliegenden Argumentationsstrukturen keine 1:1-Entsprechung gibt, sondern die Rollenkonzeption *Polen als Unterstützer der Unabhängigkeit und Transformation der Ukraine* als Ableitung beider Rollenkonzeptionen zu verstehen ist (im Falle *Polens als Brücke zwischen Ost und West* bezüglich der ersten Sub-Rollenkonzeption *Polen als Unterstützer der Transformation in Osteuropa*), während die Rollenkonzeption *Polen als Unterstützer der europäischen Integration der Ukraine* eine Ableitung der Sub-Rollenkonzeption *Polen als Unterstützer der europäischen Integration der östlichen Nachbarländer* darstellt.

Eine dritte, weniger dominante, aber dennoch klar erkennbare ukrainepolitische Rollenkonzeption war *Polen als Anwalt der polnischen Minderheit in der Ukraine*. Diese hatte allerdings trotz der häufiger erwähnten grundsätzlichen Bedeutung nationaler Minderheiten für die zwischenstaatlichen Beziehungen in der Region keine erkennbare sicherheitspolitische Konnotation und war auch im Polonia-Kontext⁵⁵ eher nachrangig, da bezüglich der Situation der Polen in den östlichen Nachbarstaaten vor allem Litauen als Problem gesehen wurde.

Die beiden sicherheitspolitisch relevanten Rollenkonzeptionen tauchten erst ab 1992 in der polnischen sicherheitspolitischen Diskursformation auf, nachdem die Ukraine im Dezember 1991 unabhängig geworden war. Sie waren – obwohl, wie erwähnt, eigentlich Bestandteile der beiden vorher genannten sicherheitspolitischen Rollenkonzeptionen, die auch andere Staaten betreffen – durchaus als eigenständige Rollenkonzeptionen erfassbar, insbesondere, weil die Ukraine vor allem von den Post-Solidarność-Eliten, also im Wesentlichen der ULB-Diskurskoalition, als herausragend bedeutender Akteur konstruiert wurde.

3.1. Die Konstruktion der Ukraine als Akteur

Bis Ende 1991 spielte die Ukraine noch keine nennenswerte Rolle in der sicherheitspolitischen Diskursformation, oder überhaupt in der außenpolitischen Debatte – sicherlich auch aufgrund des Umstandes, dass es sie als unabhängigen Akteur noch nicht gab. Allerdings wurde die interne Pluralisierung der Sowjetunion von einer polnischen „Politik der Zweigleisigkeit“

⁵⁵ Als „Polonia“ werden in Polen die polnischen Minderheiten im Ausland bezeichnet.

begleitet, im Rahmen derer Warschau Beziehungen auch zu einzelnen Sowjetrepubliken aufnahm, ausgenommen in Bereichen, in denen Moskau noch ausschließliche Kompetenzen hatte. Bereits hier wurden – neben Litauen, das auf dem Weg in die Unabhängigkeit bereits weiter war – die Ukraine und Weißrussland in der Diskussion gesondert erwähnt (vgl. Sejm RP 1991b: 17). Ein erstes Zeichen dafür, dass die Ukraine im polnischen Nachwendediskurs eine herausragende Stellung einnimmt, ist eine zusätzliche Erklärung des Sejms zur ukrainischen Unabhängigkeit. Während dieser Ende August zwei textlich identische Erklärungen für Weißrussland und die Ukraine beschlossen hatte, in denen die Unabhängigkeitserklärungen der beiden Länder begrüßt wurden (vgl. Sejm RP 1991d, 1991e), gab das polnische Parlament im Dezember 1991 anlässlich der diplomatischen Anerkennung durch die polnische Regierung nur für die Ukraine, nicht jedoch für Weißrussland, eine nochmalige Erklärung heraus, in der die Entstehung eines unabhängigen ukrainischen Staates als „wichtiges Ereignis nicht nur für die Ukraine, sondern auch für Europa und die ganze Welt“ bezeichnet wurde (Sejm RP 1991f). Bereits hier wurde der Ukraine eine politische Schlüsselstellung zugewiesen, die weit über den regionalen Kontext hinausreicht. Später erklärte Präsident Wałęsa, dass die polnisch-ukrainischen Beziehungen Teil eines „größeren historischen Plans“ seien und man gemeinsam Europa aufbauen wolle (Wałęsa 1995b: 77).

Die Sonderrolle der Ukraine für Polen (und ganz Europa) zieht sich durch die gesamte ukrainepolitische Diskursformation, insbesondere dort, wo sie auf die sicherheitspolitische Diskursformation trifft. Die Ukraine wurde in ihrer Bedeutung aus dem Kreis der östlichen Nachbarstaaten Polens besonders hervorgehoben. Typische Formulierungen sind etwa:

„[...] wenn wir unseren östlichen Nachbarn, insbesondere der Ukraine, mit Hilfe dienen können, wenn wir zu einer Brücke auf dem Weg nach Europa werden.“ (Sejm RP 1992: Wielowieyski)

„Der Zerfall der UdSSR und die Entstehung neuer unabhängiger Staaten neben Russland, insbesondere der Ukraine, hat eine Chance auf eine dauerhafte Erhöhung der Sicherheit im Osten Europas geschaffen.“ (Komitet Obrony Kraju 1992)

„Polen behandelt alle seine Nachbarn als vollständig unabhängige und souveräne Staaten. Wir unterstützen die Festigung ihrer nationalen Identität und den Erfolg ihrer demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen. Die Unabhängigkeit der Ukraine hat für Polen eine strategische Dimension.“ (Sejm RP 1994: Olechowski a)

Ab 1994 wurde von Olechowski – im Rückgriff auf eine gemeinsame Erklärung der Präsidenten Wałęsa und Kutschma – eine „enge Partnerschaft“ zwischen Polen und der Ukraine proklamiert, aber von Mirosław Czech, einem ukrainischstämmigen UD-Abgeordneten und Funktionär des Bundes der Ukrainer in Polen, bereits gefordert, dass die strategische Bedeutung der Ukraine sich auch in einer „strategischen Partnerschaft“ niederschlagen solle (vgl. Sejm RP

1994: Czech). Bronisław Geremek hob die Bedeutung dieser Partnerschaft vor der blutigen und konfliktreichen gemeinsamen Geschichte der beiden Länder hervor:

„Die ‚Enge Partnerschaft‘ Polens und der Ukraine, proklamiert von beiden Präsidenten, ist ein Zukunftsprogramm. Sie bedeutet die Ablehnung einer Ausnutzung des polnisch-ukrainischen Antagonismus durch Russland. Sie bedeutet auch die Widerlegung des von russischen Politikern vorgebrachten Arguments, dass eine schwache und von inneren Gegensätzen zerrissene Ukraine im polnischen Interesse liegt, damit Polen sich über ihren Kopf hinweg mit Russland verständigen kann (so wie Deutschland sich einst mit Russland über Polens Kopf hinweg verständigt hat).“ (GW 7.5.1994)

Der Tenor ist klar: Die Unabhängigkeit der Ukraine von Russland und ihre Transformation spielten im Vergleich zu den anderen östlichen Nachbarn Polens die größte Rolle, sie war „der Schlüssel zur neuen politischen Geographie“ (Sejm RP 1993b: Borusewicz) in Osteuropa, wurde mehrfach mit Russland zusammen in einem Atemzug genannt und neben diesem als wichtigster Staat in der Region präsentiert. Gute polnisch-ukrainische Beziehungen wurden als Schlüsselfaktor für die Stabilität in Osteuropa und Europa als Ganzem dargestellt (vgl. Sejm RP 1993a: Skubiszewski).

Worin genau die Besonderheit der Ukraine bestand, wurde allerdings nicht explizit erläutert, weder in den Sejmdebatten, noch in den analysierten Presseartikeln, noch in den „Grundlagen“. Der wesentliche Unterschied, der zwischen der Ukraine und den anderen beiden Nachbarstaaten besteht, ist ihre Größe – territorial, wirtschaftlich, demographisch und militärisch. Dies mag ein Hinweis auf die Richtigkeit der häufig vorgetragenen Ansicht sein, die polnische Haltung gründe sich in der Überzeugung, dass ein Russland ohne die Ukraine kein Imperium sein könne und deshalb die Ukraine unbedingt von Russland unabhängig sein müsse – im Material findet sich jedoch bis hierher keine direkte Bestätigung dieser Haltung. Selbst im bereits angeführten Text von Mioszowski, der die geistige Grundlage des ULB-Diskurses bildet, gibt es allenfalls dezente Hinweise, dass die Ukraine eine zentrale strategische Rolle im Sinne der genannten Ansicht spielt:

„Wenn Hitler nicht gewesen wäre, wenn der Zweite Weltkrieg nicht gewesen wäre, wenn die Deutschen friedlich eingestellte gute Europäer gewesen wären, wäre die Unabhängigkeit Polens dennoch von Russland her bedroht gewesen, weil wir 1920 bei Warschau, *nicht aber bei Kiew* den Sieg davongetragen haben. Nach dem Tode Stalins hätten die Säuberungen und die Liquidierungen der besten sowjetischen Offiziere aufgehört, Russland hätte einen Rüstungswettkampf begonnen, den Polen in Konsequenz hätte verlieren müssen. Früher oder später wäre die militärische Überlegenheit Russlands über Polen so bedeutend gewesen, dass Moskau – mit oder ohne Hilfe Deutschlands – uns sein Protektorat aufgezwungen hätte.“ (Mioszowski 1974, meine Hervorhebung)

Auch eine teils tautologische Erklärung Bronisław Geremeks (UD) führt nur bedingt weiter:

„Polen braucht eine unabhängige Ukraine zumindest aus zwei Gründen. Erstens ist die Respektierung der ukrainischen Unabhängigkeit durch Russland – politisch und psychologisch unwahrscheinlich schwer – ein Test der russischen Absichten und der Stärke der russischen neoimperialen Tendenzen. Zweitens liegt die Existenz eines unabhängigen ukrainischen Staates, der sowohl Polen als auch Russland gegenüber friedlich und freundschaftlich eingestellt ist, im polnischen Interesse.“ (GW 7.5.1994)

Es bleibt also festzuhalten, dass bereits in den Anfangsjahren die Ukraine unter den neu oder wieder entstandenen Staaten östlich von Polen ganz klar der bedeutendste war, aber aus dem untersuchten Material nicht ohne Weiteres ersichtlich wird, warum dies so war. Dass die geostrategische Lage und die Größe der Ukraine eine Rolle spielten, weil sie für die Wiedererlangung imperialer Macht für Russland als essenziell eingeschätzt wurde, und dass die identitären Bindungen Moskaus an die Ukraine, die sich daraus ergeben, dass Russland sich als legitimen Nachfolger der Kiewer Rus betrachtet und daher Anspruch auf die Ukraine erhebt, die Anerkennung der ukrainischen Eigenstaatlichkeit als Test für Russlands wahre Intentionen erscheinen lassen, sind verbreitete Interpretationen, die allerdings bis hierher im Material allenfalls eine schwache Grundlage finden.

Eine Besonderheit findet sich bei den Vertretern des Intermarium-Diskurses aus der KPN. Diese konstruierten die Ukraine ebenfalls als wichtigstes östliches Nachbarland und teils als Polens wichtigsten Partner überhaupt (vgl. Sejm RP 1992: Pawelec, 1993b: Moczulski), dies aber entsprechend im Zusammenhang mit dem Aufbau des Intermarium-Bündnisses. Auch wenn sich der Diskurs nicht durchsetzen konnte und 1994 praktisch bereits verschwunden war, bestätigt dies doch die herausragende Bedeutung, welche die Ukraine im sicherheitspolitischen Diskurs Polens besitzt.

3.2. Polen als Unterstützer der Unabhängigkeit und Transformation der Ukraine

Obwohl die Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit in ihrer Bedeutung unter den östlichen Nachbarstaaten Polens klar hervorgehoben wurde, entwickelte sich diese Rollenkonzeption – wie auch im Falle der anderen neuen östlichen Nachbarstaaten – mit etwas Verzögerung. Im Material ist sie erstmals ansatzweise in den „Grundlagen“ von November 1992 erkennbar:

„Der Untergang des sowjetischen Imperiums und die Entstehung unabhängiger Staaten neben Russland, insbesondere der Ukraine, schafft eine neue geostrategische Qualität. Im Osten Europas entsteht ein völlig neues Zusammenspiel der Kräfte, das eine dauerhafte Erhöhung der Sicherheit auf der Ebene des Kontinents ermöglicht. Polen nutzt diese Chance. [...] Besonders die Zusammenarbeit Polens mit der Ukraine sollte zu einem wesentlichen Stabilisierungsfaktor für die Situation in unserer Region werden.“ (Komitet Obrony Kraju 1992)

Polens Rolle als Stabilisierungsfaktor sollte also ganz wesentlich über die Zusammenarbeit mit der Ukraine realisiert werden (wobei die anderen Nachbarländer nicht entsprechend hervorgehoben werden). Diese Stabilisierungsfunktion wurde von Skubiszewski in seinem Exposé vom April 1993 klar von der Stärkung der ukrainischen Unabhängigkeit und Demokratie abhängig gemacht:

„Wir wollen, dass die Zusammenarbeit zwischen Polen und der Ukraine der Stärkung des unabhängigen und demokratischen ukrainischen Staates dient. [...] Auf dem Respekt vor der Souveränität und gemeinsamen Interessen fußende Beziehungen zwischen einem unabhängigen Polen und einer unabhängigen Ukraine werden zu einem wichtigen Faktor der Stabilisierung und Sicherheit in unserer Region und ganz Europa.“ (Sejm RP 1993a: Skubiszewski)

Gelingen sollte dies über eine Kooperation auf den unterschiedlichsten Feldern – politisch, militärisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich-kulturell (vgl. Sejm RP 1993a: Skubiszewski), über Wirtschaftsforen, Jugendaustausche und kulturelle Kontakte (vgl. Sejm RP 1994: Wuttke). Zustimmung erhielt diese Position nicht nur von Post-Solidarność-Abgeordneten (vgl. etwa Sejm RP 1993b: Zalewski, 1994: Wuttke/Czech), auch Skubiszewskis Nachfolger führte diese Linie fort (vgl. Sejm RP 1994: Olechowski a). Deutlich wurde hierbei auch regelmäßig, dass die Ukraine nicht nur als besonders bedeutend herausgehoben wurde, sondern bezüglich des größten östlichen Nachbarn auch immer wieder die Beschreibung der Instrumente zumindest wesentlich ausführlicher ausfiel als bezüglich des Restes und auch viel deutlicher auf die Stärkung der ukrainischen Unabhängigkeit und Demokratie bezogen wurde. Dies zeigt sich etwa an der entsprechenden Passage aus Olechowskis Exposé:

„In den Beziehungen zur Ukraine streben wir eine Erfüllung der Formel der ‚engen‘ Partnerschaft mit materiellem Inhalt an. Wir schaffen Bedingungen für eine immer engere politische, wirtschaftliche und gesellschaftlich-kulturelle Zusammenarbeit, welche die wirtschaftliche und demokratische Transformation in der Ukraine unterstützt. Wir bemühen uns um mehr Verständnis des Westens für die ukrainischen Bedürfnisse. In den Beziehungen mit Litauen und Belarus, aber auch mit anderen östlichen Nachbarn und den weiter entfernt liegenden Moldau und Kasachstan, konzentrieren wir uns vor allem auf die Schaffung von Bedingungen für wirtschaftliche Zusammenarbeit.“ (Sejm RP 1994: Olechowski a)

Es zeigt sich auch, dass Polen im Rahmen dieser Rollenkonzeption entsprechend der allgemeineren Variante die Funktion eines *Anwalts der Ukraine im Westen* zugesprochen wurde. Polen sollte Lobbyarbeit für die Ukraine im Westen betreiben und z.B. dafür sorgen, dass diese westliche Wirtschaftshilfen in Anspruch nehmen kann und Unterstützung für seine Transformation erhält. Mit der Zeit wurde Polen auch als Land konstruiert, das diese Rolle nicht nur übernehmen soll, sondern auch erfolgreich spielt. So sagte Verteidigungsminister Janusz Onyszkiewicz (UD) bereits im Juli 1993 in einem Zeitungsinterview:

„Charakteristisch ist die Reorientierung der amerikanischen Politik bezüglich der Ukraine. Bisher war das im Grunde genommen ein monothematischer Dialog – es ging ausschließlich um die Atomwaffen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die amerikanische Politik gegenüber der Ukraine nicht mehr lediglich eine Ableitung der Politik gegenüber Russland. Dieser Wandel korrespondiert deutlich mit dem, was wir den Amerikanern die ganze Zeit gesagt haben. Die amerikanischen Politiker geben auch zu, dass sie unsere Meinung über die Situation im Osten sehr zu schätzen wissen.“ (GW 24.7.1993)

Insgesamt wird auch im Zusammenhang mit den allgemeineren Rollenkonzeptionen *Polen als Unterstützer der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarländer* und *Polen als Brücke zwischen Ost und West* deutlich, dass es eine klar erkennbare Rollenkonzeption Polens als Unterstützer der Unabhängigkeit und Transformation der Ukraine gibt. Diese wurde bisher überwiegend von Vertretern der Post-Solidarność-Eliten und einiger weiterer Sprecher konstruiert, die Postkommunisten leisteten diskursiv jedoch keinerlei Widerstand. Wie noch gezeigt wird, sollten auch sie sich bald restlos der hier bereits dominanten Diskurskoalition anschließen.

3.3. Polen als Unterstützer der europäischen Integration der Ukraine

Deutlich vorhanden, wenn auch bisher nicht so prävalent wie die vorherige Rollenkonzeption, war jene Polens als *Unterstützer der europäischen Integration der Ukraine*. Es zeigt sich, dass – analog zur allgemeinen Rollenkonzeption *Polen als Brücke zwischen Ost und West* – das Land nicht nur bezüglich Wirtschafts- und Transformationshilfe ein Anwalt der Ukraine sein, sondern auch dafür sorgen sollte, dass diese in europäische Kooperationsstrukturen integriert wird. Dabei wurde zunächst ein Schwerpunkt auf die ZEI gelegt:

„Polen sollte den Aspirationen Kiews entgegenkommen, wenn es darum geht, es in die Arbeit der Strukturen einzubinden, die in unserem Teil des Kontinents existieren, insbesondere in die Arbeit der sog. Mitteleuropäischen Initiative. Der Aufbau eines engmaschigen Netzes von Verbindungen zwischen der Ukraine, und auch unseren anderen östlichen Nachbarn, einerseits und Polen und den Ländern Mittel- und Westeuropas andererseits sollte eine Alternative schaffen, die diesen neuen Ländern eine Entwicklungsperspektive bietet, die nicht nur und nicht vor allem im Rahmen der alten imperialen Bindungen auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR liegt.“ (Sejm RP 1993b: Zalewski)

Es war gerade diese „Alternative“ zu Russland, die den östlichen Nachbarn geboten werden musste, da sonst das Imperium wiederzuentstehen drohte, wie in diesem Zusammenhang wiederholt betont wurde (vgl. auch Sejm RP 1993b: Borusewicz). Dazu müsse – so Skubiszewski – notfalls der „Widerstand“ anderer Länder „gebrochen“ werden (GW 8.1.1994). Diese Integrationshilfe wurde zum Teil auch auf andere, meist aber nicht näher benannte Strukturen ausgedehnt; Polen sollte der Ukraine (und den anderen Nachbarn) Premierministerin Hanna Suchocka (UD) zufolge auch ganz allgemein bei der „europäischen Integration“ behilflich sein (vgl. GW 20.10.1992). Eine Ausnahme bildete allerdings die Visegrád-Gruppe.

Vereinzelt kamen von Abgeordneten während der Sejmdebatte 1992 Forderungen oder Wünsche, die Ukraine möge in diese Kooperation aufgenommen werden, teils im Rahmen des Intermarium-Diskurses (vgl. Sejm RP 1992: Pawelec/Łączkowski). Dies wurde jedoch von Skubiszewski klar abgelehnt: Das Dreieck bleibe ein Dreieck, auch wenn eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten möglich sei (vgl. Sejm RP 1992: Skubiszewski b). Der stellvertretende Verteidigungsminister Przemysław Grudziński begründete diese Haltung zudem unmissverständlich: Die Erweiterung der V4-Gruppe um Staaten wie die Ukraine sei

„die Schaffung einer Struktur, die nicht unbedingt unsere Annäherung an die NATO unterstützen würde. Einige ihrer Mitglieder könnten denken, dass wir in diesem Kreis dann die glückliche und endgültige Lösung unserer Sicherheitsprobleme gefunden hätten. Und dass es in diesem Zusammenhang nicht nötig ist, sich mit unserer Integration in die westeuropäischen Strukturen zu beeilen.“ (GW 13.10.1992)

Nach 1992, als sich der transatlantische Integrationsdiskurs unter den Post-Solidarność-Sprechern bereits weitgehend durchgesetzt hatte, tauchte die Forderung nach einer Unterstützung der Integration der Ukraine ins Visegrád-Dreieck nicht mehr auf.

Auch hier ist deutlich erkennbar, dass sich die Postkommunisten mit Diskursbeiträgen zurückhielten. Allerdings zeigt sich ein Einschwenken ab 1994. Ein erster vorsichtiger Anschluss wird in der Sejmdebatte von 1994 sichtbar, als Tadeusz Iwiński (SLD) forderte, dass Polen „an der Teilnahme Russlands und der Ukraine in globalen und europäischen Strukturen der Sicherheit und Zusammenarbeit interessiert sein [sollte].“ (Sejm RP 1994: Iwiński)

Zudem stimmten gerade die wichtigsten SLD-Vertreter – Hauptredner Pastusiak, stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, und Tadeusz Iwiński, einer der wichtigsten Außenpolitikexperten der SLD, den „strategischen Zielen“ in Olechowskis Exposé ohne Vorbehalte zu (vgl. Sejm RP 1994: Pastusiak/Iwiński). Das einzige Mal, dass Olechowski aber das Wort „strategisch“ in einem konkreten Zusammenhang benutzte, war seine Äußerung über die Bedeutung der ukrainischen Unabhängigkeit. Ansonsten sprach er nur allgemein von „strategischen Zielen“, wenn er sich auf die Linie seines Vorgängers Skubiszewski bezog, die er fortführen wollte – und welche beide ukrainepolitische Rollenkonzeptionen beinhaltete (vgl. Sejm RP 1994: Olechowski a). Insofern kann man konstatieren, dass sie bis 1994 fast konsensuell, in jedem Fall aber überwältigend dominant geworden waren.

4. Polnische sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen bis 2009

„Westpolitisch“ gab es nach der Wende der Postkommunisten Ende 1993 einen weitgehenden Konsens, innerhalb dessen der transatlantische Integrationsdiskurs und der europäische Integrationsdiskurs klar dominierten. Schon ein Jahr später zeigte sich zudem, dass die SLD ungeachtet der Betonung guter Beziehungen zu Russland und einer etwas kritischeren Haltung gegenüber Deutschland auch ostpolitisch mittlerweile auf die Post-Solidarność-Linie eingeschwenkt war und sich damit der modifizierte ULB-Diskurs endgültig durchgesetzt hatte. Der lange widerspenstige Tadeusz Iwiński erklärte nun im Namen der SLD-Fraktion:

„Wir denken, dass der Sieg der demokratischen Kräfte in Russland sowie die Stärkung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten, der Ukraine und Weißrusslands im tiefsten Interesse Polens liegt. Diesen Prozess sollte die polnische Diplomatie unterstützen. Wir als politische Formation der polnischen Linken unterhalten keine politische Zusammenarbeit und werden keine politische Zusammenarbeit unterhalten mit Gruppierungen, die vom Wiederaufbau eines autoritären Imperiums träumen und die Rehabilitierung von Stalinismus und Totalitarismus anstreben.“ (Sejm RP 1995: Iwiński)

Im Folgenden soll nun aufgezeigt werden, wie sich die bereits bis 1994 angelegten sicherheits- und ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen bis 2009 entwickelt haben. Dabei sind die Ergebnisse der Diskursanalyse für die Zeit nach 1994 in ungefähr Fünfjahresabständen dargelegt. Neben den außenpolitischen Generaldebatten von 1999, 2004, 2005 – aufgrund der Bedeutung der Orangen Revolution – und 2009 wurden zusätzlich die Sejmdebatte über den NATO-Beitritt im November 1998, die aktualisierten Fassungen der nationalen Sicherheitsstrategie von 2000, 2003 und 2007 sowie Reden der Präsidenten Kwaśniewski und Kaczyński und Pressematerial herangezogen. Für den Zeitraum der Orangen Revolution gilt, dass hier auch die Ergebnisse aus dem ersten Analyseschritt einfließen, was bedeutet, dass für November 2004 bis Februar 2005 nicht nur Gastartikel und Interviews, sondern auch redaktionelle Artikel in den Korpus einfließen, in denen sich relevante Sprecher zur Sache äußern.

4.1. Hintergrund: Die sicherheitspolitische Diskursformation 1998-2009

Über den gesamten Zeitraum gibt es nur wenige strukturelle Veränderungen der sicherheitspolitischen Diskursformation. Während das Thema „nationale Sicherheit“ nach dem NATO-Beitritt 1999 ein wenig an Virulenz verliert und um 2004 eine deutliche Ökonomisierung feststellbar ist – wobei zunächst nicht sicherheitspolitisch konnotierte wirtschaftspolitische Fragen, ab Mitte der Nullerjahre dann das Thema „Energiesicherheit“ einen größeren Raum einnehmen – kann weiterhin konstatiert werden, dass die sicherheitspolitische Diskursformation einen zentralen Teil der außenpolitischen darstellt. Dies

zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die wichtigsten außenpolitischen Ziele und Rollenkonzeptionen weiterhin jene waren, die bereits als sicherheitspolitisch motiviert identifiziert worden sind. Während Sicherheit nicht mehr ständig explizit als „wichtigstes Problem der polnischen Außenpolitik“ dargestellt wurde, war sie dennoch auch weiterhin eine der zentralen Kategorien, ein Knotenpunkt, um den herum vieles andere gruppiert war.

Grundsätzlich zeigt sich, dass nach dem Einschwenken der SLD 1993-1994 eine gewisse Stabilität in der Struktur der Diskursformation eintritt; der transatlantische und der europäische Integrationsdiskurs sind ebenso weitgehend verbindlich wie der modifizierte ULB-Diskurs. Damit kann auch der verwestlichte europäische Einigungsdiskurs durchweg als dominant bezeichnet werden; ohnehin werden gerade im Zusammenhang mit der NATO- und der EU-Erweiterung die Motive des „Endes Jaltas“ und der „Wiedervereinigung des Kontinents“ regelmäßig beschworen. Im prowestlichen Lager lässt sich allerdings auch eine Akzentverschiebung ausmachen: Während die NATO-Mitgliedschaft weiterhin dem Schutz vor russischem Imperialismus dient, wurde ab Ende der Neunzigerjahre allgemein der Schutz von „Werten“ wie Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechten stärker betont. Über den Schutz dieser Werte entfalte die NATO ihre stabilisierende Wirkung – so schütze sie sogar die demokratische Ordnung Polens vor inneren Gefahren (vgl. Sejm RP 1999: Miller).

Gründe und Nicht-Gründe der außenpolitischen Turbulenzen 2005-2007

Das häufig diagnostizierte „Ende des außenpolitischen Konsenses“, das dem Erreichen der strategischen Ziele des NATO- und EU-Beitritts geschuldet war und zu einer gewissen Orientierungslosigkeit in der polnischen Außenpolitik führte, lässt sich in der Analyse speziell der sicherheitspolitischen Diskursformation nur in geringem Umfang feststellen. Deutlich wird, dass insbesondere eine zu- und abnehmende Bedeutung des ND-Diskurses für Veränderungen in der Struktur der Diskursformation verantwortlich ist.⁵⁶

So wurde von Vertretern dieses Diskurses insbesondere die EU als Bedrohung der Souveränität Polens konstruiert. Vor allem Deutschland wurde diesem Kontext als potenzieller Hegemon aufgefasst, der unter anderem, erkennbar an Artikel 116 GG, immer noch Anspruch auf das Territorium des Deutschen Reiches von 1937 erhebe (vgl. Sejm RP 1999: Dobrosz).⁵⁷ Polens Souveränität und seine territoriale Integrität, auch seine nationale Identität seien also bedroht. Dabei wurden keinerlei konkrete alternative Rollenkonzeptionen konstruiert, so dass man hier

⁵⁶ 1993-1997 waren keine Sprecher des ND-Diskurses im Parlament vertreten, weil die vielen Parteien der zerstrittenen Rechten mehrheitlich an der 5%-Hürde gescheitert waren.

⁵⁷ Zuvor hatte Jan Łopuszański (PP), der Anfang der Neunzigerjahre ein wesentlicher Sprecher des ND-Diskurses gewesen war, sogar die NATO also imperiales Instrument Deutschlands und des Westens geißelt und einen Beitritt abgelehnt. Mit dieser Position war er aber völlig isoliert (vgl. Sejm RP 1999).

auch von einem diffusen Souveränitäts- oder Unabhängigkeitsdiskurs sprechen kann, der Deutschland als alte sowie die politische Integration im Rahmen der EU als neue Bedrohung konzipierte und unter Bezugnahme auf konsensuell geteilte Werte ein „unabhängiges“ und „souveränes“ Polen forderte, ohne eine konkrete Vision davon zu entwickeln, wie dies – außer durch ein Fernbleiben aus der EU – bewerkstelligt und was mit der Unabhängigkeit getan werden soll. In einer sehr „harten“ Form wird der ND-Diskurs von Sprechern der Liga Polnischer Familien (LPR) formuliert, die sogar die Bedeutung der Ukraine relativieren und stattdessen den Schwerpunkt auf gute Beziehungen zu Russland legen. Diese Sprecher sollten selbst während der Orangen Revolution, die als Sinnbild polnischer Geschlossenheit im Einsatz für die Ukraine gilt, statt der Bedeutung des Sieges der Demokratie in der Ukraine das Prinzip der Nichteinmischung in nationale innere Angelegenheiten der Ukraine – durch Polen – vertreten, weswegen sie scharf kritisiert und mitunter auch als „Liga der Freunde Russlands“ verspottet wurden (s. S. 216).⁵⁸

Man kann, wie schon zuvor, von einer Diskurskoalition sprechen, die ein sehr westfälisch-hobbesianisches Bild der internationalen Beziehungen vertritt, sich massiv auf die historischen Unterdrückungserfahrungen Polens bezieht, aktuelle Ereignisse stets als Wiederholung historischer Erfahrungen interpretiert (z.B. „Brüssel = Moskau“ oder „deutsche Investitionen in Polen = Eroberung polnischen Territoriums“) und daher jegliche Unterordnung, teils auch jegliche Zugeständnisse an die ehemaligen Unterdrücker vehement ablehnen, ansonsten aber keine klare Vorstellung davon formulieren, welche Rolle Polen jenseits eines diffus konzipierten „unabhängigen Akteurs“ in der europäischen und internationalen Politik spielen soll. Deutlich wird – und hier mag ein gewichtiger Grund für die außenpolitischen Turbulenzen der Jahre 2005 bis 2007 liegen – dass auf Seiten der konservativen bis nationalistischen Parteien dieser ND-Diskurs zunehmend einen gewissen Einfluss hat (vgl. Sejm RP 2004a: Kaczyński/Lepper/Dobrosz/Mojzesowicz/Macierewicz). Während PiS-Sprecher wie Parteichef Jarosław Kaczyński sich noch weitgehend im Mainstream der sicherheitspolitischen Diskursformation bewegen und z.B. klar zur Mitgliedschaft in der EU stehen und sogar die weitere Integration, auch im sicherheitspolitischen Bereich, befürworten, sind bereits 2004 Anknüpfungen insbesondere an das Weltbild des ND-Diskurses feststellbar – nämlich einer Welt, in der Polen in einer gnadenlosen Konkurrenz der Mächte als Nationalstaat sein Dasein und auch seine Identität verteidigen muss. Diese „Wagenburgmentalität“ wird nun allerdings nicht nur auf Russland, sondern zunehmend stärker auch auf die EU und Deutschland angewandt – am deutlichsten zeigt sich die Überlagerung dieser beiden Diskurse um 2004

⁵⁸ Auf Polnisch läßt sich der Ausdruck „Liga Przyjaciół Rosji“ ebenfalls mit LPR abkürzen.

bereits in den Beiträgen von Antoni Macierewicz, der unter Jan Olszewski Innenminister gewesen war und bald als einflussreiches Mitglied in der Regierung Kaczyński Vizeverteidigungsminister und umstrittener Liquidator des Militärgheimdienstes werden sollte.

Die außenpolitischen Kapriolen der Jahre 2005-2007 lassen sich vor diesem Hintergrund durchaus als Resultat eines wie auch immer begründeten „Diffundierens“ von Teilen des Aussagesystems des ND-Diskurses (insbesondere aber ohne die russlandfreundlichen Positionen) in PiS-Kreise verstehen, zumal Kaczyński 2006-2007 mit der LPR und der Samoobrona eine Regierung bildete. Auf diese Weise kann die konfrontative und undiplomatische Art der PiS-Außenpolitik insbesondere in Richtung Deutschland und EU auch aus diskursanalytischer Perspektive heraus teilweise als sicherheitspolitisch motiviert verstanden werden. Allerdings scheint es, dass andere Faktoren eine ähnlich große oder gar größere Rolle gespielt haben, wie etwa Problemstellungen jenseits von Sicherheitspolitik (z.B. Differenzen über historische Fragen sowie der Standpunkt, dass Polen eine Präferenzbehandlung aufgrund seiner unverschuldeten Zeit hinter dem „Eisernen Vorhang“ im Sinne historischer Gerechtigkeit schlicht zustehe), Stilfragen (ein generell konfrontativer Politikstil, der auch zu einer innenpolitischen Polarisierung führte und ein wesentlicher Grund für die Abwahl der Regierung 2007 war) sowie auch mangelnde „handwerkliche“ Fähigkeiten (insbesondere von Außenministerin Anna Fotyga, aber auch der Kaczyński-Brüder). Die Sprecher der PiS bewegen sich nämlich durchaus weitgehend im sicherheitspolitischen „Mainstream“, auch wenn ein gewisser Einfluss des ND-Diskurses erkennbar ist.

Ab 2007 ist aufgrund des Scheiterns von LPR und Samoobrona bei den Parlamentswahlen wieder eine Schwächung des ND-Diskurses erkennbar, auch wenn sich weiterhin ein gewisser Einfluss auf Sprecher der PiS feststellen lässt. Dies hängt mutmaßlich wesentlich damit zusammen, dass die PiS bei den Wahlen 2007 den größten Teil der LPR- und Samoobrona-Wählerschaft absorbieren und in diesem Zusammenhang der vor allem in der LPR vorherrschende ND-Diskurs sich auch in der PiS stärker durchsetzen konnte. So waren zwei wesentliche Argumente von PiS-Vertretern gegen die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon, dass dieser es den Deutschen ermöglichen könnte, Eigentumsrechte in den ehemaligen Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße durchzusetzen, sowie dass Polen zur Einführung gleichgeschlechtlicher Ehen gezwungen werden könne,⁵⁹ was die Bedrohungskonstruktionen eines hegemonialen, gar territorial expansionistischen Deutschland sowie der Beschädigung polnischer Identität und Kultur durch die supranationale EU widerspiegelt, die den ND-Diskurs

⁵⁹ Kontrovers diskutiert wurde in diesem Kontext eine Fernsehansprache von Präsident Kaczyński vom 17.3.2008, in der er vor diesen „Bedrohungen“ warnte, unterlegt von Aufnahmen von einem Treffen Angela Merkels mit Erika Steinbach sowie einer Karte Deutschlands in den Grenzen von 1937 (vgl. GW 18.3.2008).

kennzeichnen. Entsprechend wird auch vor allem in Angelegenheiten, die mit der Möglichkeit eines weiteren deutschen Machtzuwachses oder einer Brüsseler Einflussnahme auf Fragen verbunden sind, die eine als polnisch bzw. „christlich“ beschriebene Werteordnung berühren (etwa Abtreibung oder die gleichgeschlechtliche Ehe), grundsätzlich ein integrations-skeptischer Standpunkt formuliert. Insofern spielt hier die kulturell-identitäre Dimension von Sicherheit wieder eine etwas wichtigere Rolle. Gerade in Bezug auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird hingegen aus PiS-Kreisen deutlich die Forderung nach einer weiteren Integration bzw. Vergemeinschaftung laut, im übrigen auch in Hinblick auf die Einhegung Deutschlands – bis hin zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee (vgl. Rz 5.6.2009; Sejm RP 2009: 276). Von daher kann nicht von einer pauschalen Integrations-skepsis oder gar Europafeindlichkeit der PiS gesprochen werden.

Die zunehmende Bedeutung der Energiesicherheit

Während bereits 2004 eine gewisse Ökonomisierung der außenpolitischen Diskursformation festzustellen ist, führt das Thema „Energiesicherheit“ in den Jahren danach auch zu einem Bedeutungszuwachs der ökonomischen Dimension des Sicherheitsbegriffs. Die sicherheitspolitische Konnotation des Themas „Rohstoffe und Energieträger“ war bereits 1990 von Józef Oleksy klar formuliert worden und zwischendurch sporadisch immer wieder aufgetaucht (auch in den Sicherheitsstrategien). Es wurde aber erst Ende 2005/Anfang 2006, mit Bekanntwerden der deutsch-russischen Pipelinepläne und der ersten russisch-ukrainischen Gaskrise, wirklich virulent und klar vor dem Hintergrund der Bedrohungs-konstruktionen „Wiederkehr des russischen Imperiums“ sowie „politische Marginalisierung Polens“ thematisiert, da insbesondere die deutsch-russische Abmachung über Polen hinweg einen Anknüpfungspunkt für historische Konnotationen bot. Folge der deutsch-russischen Verständigung und des russischen Verhaltens gegenüber der Ukraine war, dass das Thema „Energie“ stärker in den Fokus rückte. In der Sicherheitsstrategie von 2007 wurde die Abhängigkeit Polens von russischen Energieträgern gar als größte externe Bedrohung bezeichnet. Folge dieses Bedeutungszuwachses war wiederum die Konstruktion einer weiteren „Führungs“-Rolle Polens innerhalb der EU, in diesem Falle im Bereich der Energiepolitik. Die Logik ist die bekannte: Polen ist zu schwach, um sich wirksam selbst gegen Russlands Hegemoniebestrebungen verteidigen zu können, daher muss es vor allem versuchen, in der westlichen Staatengemeinschaft Schutz zu finden und dort über die sicherheitspolitisch relevanten Regeln mitzuentcheiden – am besten im Sinne einer „solidarischen“ Lösung. Die zweite Strategie ist die Diversifizierung der Energieversorgung, v.a. aus zentralasiatischen

Quellen. Dies scheint der wesentliche Grund zu sein, wieso das Ziel einer weiteren NATO-Osterweiterung im Untersuchungsjahr 2009 plötzlich Georgien mit einschließt. Georgien, das bis zur ersten Gaskrise praktisch keinerlei Rolle in der außenpolitischen Debatte gespielt hatte, tauchte erstmals in Außenministerin Anna Fotygas (PiS) Exposé vom 11.5.2007 entsprechend auf und wird seitdem regelmäßig zusammen als neben der Ukraine wichtigstes Land genannt, dem Polen zu einer Mitgliedschaftsperspektive für die westlichen Institutionen verhelfen wolle, was offenbar auf Georgiens für den Rohstofftransport aus Zentralasien strategisch wichtige Lage zurückzuführen ist (vgl. Sejm RP 2007: 362, 2009: 249).

Aktuelle Ereignisse, die im Rahmen der sicherheitspolitischen Diskursformation Relevanz hatten, waren vor allem der russisch-georgische Krieg im August 2008, der noch einmal zu deutlichen Aktualisierungen der Bedrohungskonstruktionen „Wiederkehr des russischen Imperiums“ und „Nationalismen in der Region“ führte, sowie der Abschluss des polnisch-amerikanischen Abkommens über die Installation des US-Raketenabwehrsystems (BMD) in Polen. Die Aussagen über letzteres im vorliegenden Material zeigen wiederum deutlich, dass überregional ausgerichtete sicherheitspolitische Aktivitäten Polens eher durch das Prisma der polnisch-amerikanischen Beziehungen oder der Position Polens in NATO und EU gesehen werden als im Kontext der Bedrohungen, deren Bekämpfung diese Aktivitäten vordergründig dienen. So ging es in den Äußerungen zum BMD praktisch gar nicht um eine Bedrohung durch iranische Atomraketen, sondern fast ausschließlich um die „strategische Partnerschaft“ zwischen Polen und den USA und die Möglichkeit einer Stationierung von US-Soldaten bzw. von Patriot-Abwehrraketen in Polen.

Die 2007 neu gefasste und im Zeitraum zwischen den Parlamentswahlen und dem Antritt der neuen Regierung in Kraft gesetzte nationale Sicherheitsstrategie zeichnet sich zur Strategie von 2003 neben dem Bemühen um eine bessere Strukturierung des Dokumentes und eine in bestimmten Bereichen konfrontativere Sprache vor allem durch einen sehr viel breiteren Sicherheitsbegriff aus, der im Grunde alle Bereiche des Lebens umfasst und damit wesentlich diffuser erscheint. So gehören zu den „strategischen Hauptzielen“ auch ganz allgemein die Unterstützung polnischer Unternehmen, der Schutz der im Ausland lebenden Polen sowie der Schutz des geistigen nationalen Erbes (vgl. Rada Ministrów RP 2007). Sobald jedoch die Schwerpunktsetzungen und insbesondere die konkret in dem Dokument vorhandenen Rollenkonzeptionen ins Auge gefasst werden, ergibt sich ein Bild, das nicht wesentlich von jenem abweicht, das sich im Material aus dem Jahr 2009 zeigt.

4.2. Die Entwicklung der polnischen sicherheitspolitischen Rollenkonzeptionen

Zunächst ist festzustellen, dass die sicherheitspolitischen Rollenkonzeptionen Polens im Wesentlichen dieselben bleiben. Zudem scheinen viele Aspekte, die bis 1994 noch diskursiv ausgehandelt wurden, mittlerweile unhinterfragte Selbstverständlichkeiten geworden zu sein und wurden daher nur noch selten explizit erwähnt, bildeten dafür aber die Grundlage für andere Argumentationen. So wurde etwa immer seltener und bald gar nicht mehr ausgeführt, dass Polen als *Unterstützer der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarländer* wirken solle; die Rollenkonzeption Polens als *Brücke zwischen Ost und West* setzt dies jedoch de facto voraus. Polens Einbindung in die global aktiven Kollektivakteure NATO und EU und die Auswirkungen des 11. September führen zudem ab Anfang der 2000er Jahre zu einer einsetzenden Globalisierung der sicherheitspolitischen Diskursformation und einer Konstruktion des internationalen Terrorismus als Bedrohung; so ist erkennbar, dass Polen mittlerweile auch als *globaler sicherheitspolitischer Akteur* und hierbei als *aktives Mitglied der Antiterrorkoalition* konstruiert wird, wenn auch diese Rollenkonzeptionen weitgehend auf die Exekutive beschränkt und noch wenig konkret ist. In der Breite spielt etwa die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus keine größere Rolle.

Stabil und von einer breiten Diskurskoalition getragen sind hingegen die ab Ende der Neunzigerjahre neu hinzukommenden Rollenkonzeptionen als *verlässlicher Bündnispartner* im Rahmen der NATO, die geradezu als Bedingung für einen verlässlichen Schutz durch die Allianz konstruiert wird, sowie jene als *europäischer Atlantiker*, der selbst aktiv dafür sorgt, das praktisch konsensuelle Ziel guter transatlantischer Beziehungen und der militärischen Präsenz der USA in Europa zu realisieren. Während diese Rollenkonzeptionen konsensuell sind, werden sie deutlich stärker von den „Mainstream“-Nationalkonservativen und den „harten“ ND-Sprecher akzentuiert. So wird die Mitgliedschaft in der NATO zunehmend nicht mehr als ausreichend für die polnische Sicherheit betrachtet, weil die Bedrohung konstruiert wird, dass die transatlantischen Bindungen durch die Differenzen zwischen den USA und den wichtigsten EU-Ländern sowie die Entwicklung eigenständiger sicherheitspolitischer Strukturen der EU schwächer werden; gerade auch deswegen wird ein immer stärkerer Schwerpunkt auf Sonderbeziehungen zu den USA gelegt, die in der Beteiligung Polens am BMD mündeten.

Über die drei Untersuchungszeiträume ist eine immer stärkere „Euro-Atlantisierung“ verschiedener bisher lediglich „nationaler“ Rollenkonzeptionen festzustellen, d.h. Funktionen, die Polen vormals als eigenständiger Akteur ausfüllen sollte, werden zunehmend in den NATO- und EU-Kontext „hochgeladen“. Das betrifft zum einen Polens Rollenkonzeption als

Mitgestalter der europäischen Ordnung – im Rahmen derer es zunehmend eine Führungsrolle in EU und NATO einnehmen soll – sowie jene Rollenkonzeptionen, die Polen bisher zwischen dem Westen und dem Osten verorteten. So soll Polen etwa statt eines „Bindeglieds“ oder einer „Brücke“ zwischen Westen und Ost nun stärker als Gestalter der Ostpolitik der beiden Organisationen wirken. Auch die ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen werden, wie sich noch zeigen wird, zunehmend auf diese euroatlantische Ebene „hochgeladen“. Das Bild wird hierdurch durchaus komplexer, da sich multiple Überschneidungen ergeben, wenn etwa eine Rollenkonzeption (etwa Polen als Brücke zwischen Ost und West) sowohl „eigenständig“ als auch im EU-Kontext ausgefüllt werden soll und zudem mit anderen Rollenkonzeptionen (etwa Polen als Stabilitätsfaktor) verflochten und mit untergeordneten Rollenkonzeptionen (etwa Polen als Unterstützer der Integration der Ukraine) versehen ist. Insgesamt jedoch ist festzustellen, dass die Rollen, die Polen außenpolitisch spielen soll, weitgehend dieselben geblieben sind und die übergroße Mehrheit der Sprecher sich im Rahmen des euro-integrationistischen, des transatlantisch-integrationistischen und des modifizierten ULB-Diskurses bewegt.

Ebenfalls auffällig ist, dass Polens Rollenkonzeption als Unterstützer der demokratischen Transformation im Osten Europas 2009 wieder deutlich häufiger im Bezug auf Weißrussland formuliert wird. Es wird klar, dass sich hier eine sicherheitspolitische Rollenkonzeption mit einer poloniapolitischen überlagert: Das seit 2006 verschärfte Durchgreifen der weißrussischen Behörden gegen den „Bund der Polen in Weißrussland“ ist ebenfalls ein Grund, der für Polens Rolle als Unterstützer demokratischer und zivilgesellschaftlicher Kräfte in Weißrussland angeführt wird, wodurch diese Rollenkonzeption stärkeres Gewicht erhält.

4.2.1. Polen als Mitgestalter der europäischen Ordnung

Diese Rollenkonstruktion verlor parallel zur KSZE zunächst an Virulenz. Die ihr zugrunde liegenden Ziele hatten sich jedoch nicht geändert – das Eingebundensein in das vereinte Europa, die Mitbestimmung über die künftige europäische Ordnung und, in letzter Konsequenz, die Vermeidung politischer Marginalisierung. Wie bereits dargelegt wurde, hat sich durch die zunehmende Westorientierung der Fokus im Rahmen des europäischen Einheitsdiskurses weg von der KSZE/OSZE und hin zu den westlichen Institutionen NATO und EU verschoben. Letztere sollten nun als wichtigste Instrumente der Einigung Europas dienen, was sich auch in der Ablehnung jeglicher Vorschriften äußerte, welche künftige NATO-Erweiterungen behindern könnten der den neuen Mitgliedern besondere Beschränkungen auferlegen (vgl. Sejm RP 1999: Geremek a).

Mit dem nahenden NATO-Beitritt war bald ein deutlicher Konsens darüber zu erkennen, dass Polen die beschriebene Rolle innerhalb der und über die NATO spielen sollte, dem nun „wichtigsten Forum“ zur Realisierung polnischer sicherheitspolitischer Interessen (vgl. Sejm RP 1999: Geremek a). Polen sollte, vor allem durch das Ausfüllen nachgeordneter Rollen (s.u.), zu einem *führenden Mitglied der NATO*⁶⁰ aufsteigen und somit Einfluss auf deren Politik nehmen, dem eine wesentliche Rolle für die Gestaltung der Beziehungen in Europa zugeschrieben wurde. Am deutlichsten formulierte es Außenminister Bronisław Geremek (UW):

„Wir wollen und müssen im Kreise der alliierten Staaten eine Position erlangen, die uns eine tatsächliche Mitgestaltung der Strategie und der Politik des Bündnisses im Einklang mit unseren Interessen erlaubt, insbesondere in Mittel- und Osteuropa. Die Bedingungen sind vorhanden, um in den nächsten Jahren unser demografisches und wirtschaftliches Potenzial und unsere strategische Schlüssellage in eine Position umzumünzen, die Polen im Kreise der wichtigsten Mitgliedsstaaten der NATO platziert.“ (Sejm RP 1999: Geremek a)

Weitere Sprecher dehnten diese Rollenkonzeption schon Ende der Neunzigerjahre auf die EU aus (vgl. etwa Sejm RP 1999: Chmielewski). Die Stoßrichtung ist hierbei sehr deutlich: Polen sollte unverändert ein führendes Mitglied in denjenigen Institutionen werden, die voraussichtlich für die nächste Zeit die europäische Ordnung dominieren und gestalten werden, was eben der Grund dafür war, dass unmissverständlich die Ablehnung einer „zweitklassigen Mitgliedschaft“ konstruiert wurde (vgl. GW 30.1.1999). Auf diese Weise bleibt die Rollenkonzeption Polens als Mitgestalter der europäischen Ordnung ganz klar die dominanteste. Während anfangs die OSZE noch sporadisch erwähnt wird, ist diese Rollenkonzeption bis Mitte der Nullerjahre vollständig euroatlantisiert und in diesem Sinne „zweigeteilt“ in die untergeordneten Sub-Rollenkonzeptionen *Polen als führendes Mitglied der Europäischen Union* und *Polen als führendes Mitglied der NATO*.

4.2.1.1. Polen als führendes Mitglied der Europäischen Union

Unwiderrspochen und deutlich dominant ist bereits zur Zeit des EU-Beitritts das Ziel, dass Polen eines der führenden Mitglieder der Union sein und maßgeblichen Einfluss auf ihre politische Entscheidungen nehmen muss, denn

„wenn wir die Chance haben, uns in der Gruppe jener Länder wiederzufinden, die das Tempo der Integration diktieren, dann müssen wir diese Chance wahrnehmen.“ (Sejm RP 2005: 289)

⁶⁰ Bronisław Komorowski (AWS), der später Verteidigungsminister und Sejm marschall werden sollte und heute Polens Präsident ist, sprach sogar ganz explizit davon, dass Polen einer der „Anführer“ der NATO sein müsse (vgl. Sejm RP 1998: Komorowski).

2009 wird Polen von Sprechern der Regierungsparteien bereits als Land konstruiert, das erfolgreich den Sprung in die Reihe der „führenden Spieler der europäischen Liga“ (Sejm RP 2009: 250) geschafft habe und diese Position nun verteidigen müsse, während die Opposition (insbesondere die PiS) eher kritisiert, dass Polen noch nicht in dieser „ersten Liga“ angekommen sei, was aber strukturell auf dasselbe hinausläuft: Weiterhin wird konsensuell der Wunsch nach Polen als einem europäischen Spieler in der ersten Reihe, teils sogar explizit als einem europäischen „Leader“ (Sejm RP 2009: 272) formuliert.

Dabei wird jede auch nur theoretische Möglichkeit, Polen aus bestimmten Feldern der Zusammenarbeit auszuschließen – etwa im Rahmen der im Verfassungsvertrag vorgesehenen „strukturierten Zusammenarbeit“ und insbesondere durch die Verringerung des polnischen Stimmengewichtes im Rat der Europäischen Union – durch die Bank vehement abgelehnt. Diese Position wird sowohl von Befürwortern einer tieferen Integration und des Verfassungsvertrages als auch von den (wenigen) Gegnern jeglichen Souveränitätstransfers vertreten, die etwa den Verfassungsvertrag als Gefahr nicht nur für Polens Souveränität, sondern gleich für die – kulturell-identitäre – Existenz des polnischen Volkes konstruieren (vgl. Sejm RP 2004a: Dobrosz). Gemeinsamer Nenner sind die Bedrohungskonstruktionen der politischen Marginalisierung Polens sowie von neuen Trennlinien in Europa, die es erfordern, sich gegen jeden möglichen Ausschluss von kleineren Mitgliedern aus den Entscheidungs- und Kooperationsmechanismen oder sonstige Benachteiligungen zu stellen. In diesem Zusammenhang wird häufig die „Solidarität“ zwischen den europäischen Staaten als Wert konstruiert. Die zugrunde liegenden sicherheitspolitischen Ziele der Vermeidung politischer Marginalisierung und der Einigung Europas führen dazu, dass Konzepten wie dem „Kerneuropa“ oder dem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ von den Postkommunisten bis zu den Nationalklerikalen eine deutliche Absage erteilt wird. Dass es hier um eine Grundsatzfrage geht, die nicht nur spezifisch polnische Interessen betrifft, macht Außenminister Cimoszewicz in einem Gastartikel für die Gazeta Wyborcza sehr deutlich:

„Die größte Bedrohung für Europa wäre die Aufgabe der Idee der Solidarität und das Suchen nach Antworten auf die heutigen Herausforderungen in verschiedenen geschlossenen Konstruktionen – z.B. in der Konzeption des Europas der zwei Geschwindigkeiten. Am Ende jener Konzeptionen steht das schwarze Szenario einer Renationalisierung Europas. Das Europa der Teilungen würde zurückkehren, das Europa der Großen und der Kleinen, der Reichen und der Ärmeren, das Europa der Partikularismen und der missgünstigen Rivalität.“ (GW 12.6.2004)

Bei den Integrations skeptikern oder -gegnern, die sich auf den ND-Diskurs beziehen und vehement für eine „Subjektposition“ Polens aussprechen, ohne jedoch eine konkrete Rollenkonzeption zu formulieren, kann man zumindest von einer impliziten Zustimmung zu

dieser Rollenkonzeption ausgehen, da auch sie sich ganz wesentlich auf die Bedrohungskonstruktion der Marginalisierung beziehen und die Integration Polens in die EU trotz Skepsis oder Ablehnung natürlich zur Kenntnis nehmen. Man kann also sagen, dass Polen im Rahmen dieser Rollenkonzeption als *Verteidiger der Solidarität innerhalb der EU* konstruiert wird. Sehr deutlich formuliert dies Ex-Präsident Aleksander Kwaśniewski (SLD) in einem *Rzeczpospolita*-Gastartikel vor den Europawahlen 2009:

„Polen sollte einer möglichen Spaltung der Europäischen Union in zwei oder mehr Teile „unterschiedlicher Geschwindigkeit“ aktiv entgegenwirken. Politische Konzeptionen wie der „harte Kern“ oder der „europäische Motor“ dienen nicht der langfristigen Annäherung der Gesellschaften. Genau andersherum: Durch sie droht eine Spaltung in „entscheidende“ und „gehorchende“ Staaten [...]. Deswegen ist die Akzeptanz des Lissaboner Vertrags so wichtig; ohne ihn ist die Entstehung eines Europas der zwei Geschwindigkeiten programmiert. Und das bedeutet, dass Polen in die zweite europäische Liga gedrängt wird, in den Kreis der „gehorchenden“ Staaten.“ (Rz 5.6.2009)

Daneben kennzeichnen diese Rollenkonzeption vor allem vier weitere sicherheitspolitisch relevante Aspekte, die sich wiederum als Sub-Rollenkonzeptionen erstehen lassen:

Erstens soll Polen ab Mitte der Nullerjahre als *Unterstützer der sicherheitspolitischen Integration* der EU fungieren. Dabei wird vor allem argumentiert, dass die EU sich zu einem globalen Akteur entwickle, der auch militärische Mittel zur Machtprojektion benötige (vgl. Sejm RP 2004a: Cimoszewicz a), andererseits soll die EU die Funktion eines „europäischen Pfeilers der NATO“ übernehmen, der vorher noch der WEU zugeschrieben wurde, und damit zu einem gewichtigeren Partner der USA werden (vgl. Rada Ministrów RP 2003). Polen soll dabei etwa konkret am Aufbau der militärischen und zivilen Fähigkeiten der ESVP teilnehmen, Truppen für Kriseninterventionen stellen (vgl. Sejm RP 2004a: Rokita) und aktiv an der Rüstungszusammenarbeit und dem Aufbau der Europäischen Verteidigungsagentur mitarbeiten (vgl. Sejm RP 2004a: Cimoszewicz a/Rokita; Rada Ministrów RP 2003). Diese Sub-Rollenkonzeption wird nicht von den konsequenten Sprechern des ND-Diskurses konstruiert, ist ansonsten aber klar erkennbar und unwidersprochen. Dies gilt auch für die Sprecher der PiS, welche diese Rolle Polens teils explizit in Kontrast zur Integrations Skepsis und anderen Bereichen wie der Gesellschaftspolitik stellen. Im Untersuchungsjahr 2009 forderten Sprecher der PiS und nahestehender Gruppen sogar nachdrücklich ein Eintreten Polens für die schrittweise Einführung einer europäischen Armee (vgl. Sejm RP 2009: 271, 276) – eine Idee, für die einige Jahre zuvor auch Präsident Kaczyński geworben hatte und die auch schon in der Sicherheitsstrategie von 2003 (vgl. Rada Ministrów RP 2003) angedeutet wurde.

Zweitens soll Polen die Rolle eines *Atlantikers innerhalb der EU* einnehmen. Dieser Aspekt tritt schon 1999/2000 auf und beinhaltet ein Eintreten Polens für enge transatlantische

Bindungen bzw. eine enge Partnerschaft der EU mit den USA, um das Interesse der USA an der Sicherheit Europas – und damit Polens – sowie ihre militärische Präsenz auf dem Kontinent zu erhalten. Diese Ziele gehören zu den früh konsensualisierten Elementen in der sicherheitspolitischen Diskursformation und sind aus den bekannten Gründen derart wichtig, dass bereits Phänomene, die auch nur in Zukunft eventuell zu einem Bruch Europas mit den USA und zu einem Rückzug derselben vom europäischen Kontinent führen könnten, unbedingt vermieden werden müssen. Dazu gehört vor allem eine Schwächung der NATO durch konkurrierende europäische Strukturen oder die Schaffung einer europäischen sicherheitspolitischen Identität, welche die EU nicht als starken Partner Washingtons, sondern als unabhängiges Machtzentrum oder gar Konkurrenten zu den USA beschreibt. Die Rolle Polens als Fürsprecher enger transatlantischer Beziehungen bringt Außenminister Cimoszewicz sehr klar auf den Punkt:

„Es gibt [...] kein Dilemma, das auf der Wahl zwischen Amerika und Europa beruht, stattdessen gibt es den Imperativ, dass Polen einen Beitrag zur Stärkung der transatlantischen Partnerschaft beitragen muss. [...] Die grundlegende Ebene der transatlantischen Zusammenarbeit bleibt die NATO. Der Nordatlantikpakt ist die Garantie der Sicherheit unseres Landes, die Bewahrung seiner Kohärenz und Bedeutung ist unverändert ein erstrangiges Ziel unserer Politik.“ (Sejm RP 2004a: Cimoszewicz a)

Daher soll Polen gegen jegliche Entwicklungen in der EU eintreten, welche die transatlantischen Bindungen und die Partnerschaft mit den USA und letzten Endes ihre Präsenz in Europa schwächen könnten, und stattdessen für Lösungen eintreten, die auf eine sicherheitspolitisch integrierte und gestärkte, gleichzeitig aber zur NATO komplementäre EU hinauslaufen. Polen ist laut Außenminister Sikorski ein „Fürsprecher dessen, dass die Vereinigten Staaten eine europäische Großmacht bleiben.“ (Sejm RP 2009: 249) Das ist Konsens, wird allerdings stärker von PiS-Sprechern akzentuiert.

Drittens soll Polen zum *Vorreiter der EU-Ostpolitik* werden, die sicherheitspolitisch die Priorität Polens im Rahmen der gemeinsamen Außenpolitik darstellt (vgl. Rada Ministrów RP 2003). Cimoszewicz definiert das Hinwirken auf eine „Stärkung und Dynamisierung“ der EU-Politik gegenüber den östlichen Nachbarstaaten zum wichtigsten Ziel Polens innerhalb der EU-Außenpolitik. Wohin das führen soll, ist soweit bereits bekannt:

„Wir denken, dass die Union eine kohärente Konzeption der regionalen Zusammenarbeit im Osten Europas haben sollte; eine Konzeption, die bilaterale Programme stärkt, und was am wichtigsten ist, die dem Wachstum von Stabilität auf diesem Gebiet dient. Unser oberstes Ziel gegenüber den östlichen Nachbarn bleibt unverändert, es ist die Unterstützung für demokratische und marktwirtschaftliche Reformen, der Aufbau von Rechtsstaatlichkeit, die Stärkung von Unabhängigkeit sowie die Annäherung an die westlichen Strukturen und die Integration in sie.“ (Sem RP 2004a: Cimoszewicz a)

Insbesondere der Erweiterungsaspekt wird auch weiterhin offen mit der Bedrohungs konstruktion „Teilung Europas“ verknüpft, indem etwa darauf hingewiesen wird, dass Polen es verhindern müsse, dass ein „neuer eiserner Vorhang an der polnischen Ostgrenze“ (Sejm RP 2004a: Lisak) entstehe. Selbst Cimoszewicz als Vertreter der Postkommunisten malt das Bild von Polen als „Frontstaat“ (GW 12.6.2004) an die Wand. Diese Sub-Rollenkonzeption ist konsensuell und konstant; so definiert auch Außenminister Sikorski 2009 in seinem Exposé als erste von fünf Prioritäten der polnischen Außenpolitik „ein starkes Polen in Europa, Schirmherr und Förderer seiner Ostpolitik“ (Sejm RP 2009: 249), und verweist darauf, dass man die EU zur Lösung der eingefrorenen Konflikte in Osteuropa „dope“ (Sejm RP 2009: 251). Die Östliche Partnerschaft, Polens erste substanzielle und erfolgreiche Initiative zur Entwicklung der EU-Außenpolitik, wird grundsätzlich als großer Erfolg und gar als „Mission“ (Sejm RP 2009: 265) gefeiert – sowohl für die Realisierung Polens unverändert gebliebener ostpolitischer Ziele als auch für seine politische Position innerhalb der EU. Außenminister Sikorski erklärt in seiner Antwort auf die Debattenbeiträge im Sejm noch einmal, was die Östliche Partnerschaft aus polnischer Sicht sein soll:

„Erstens geht es um eine Zone liberalisierten Reisens, des Transports von Menschen und Waren, also, wenn nicht geradezu um Visafreiheit, dann zumindest um eine Lockerung der Visaregime. Zweitens geht es um eine vertiefte Freihandelszone. Drittens schlussendlich geht es um verschiedene Projekte der Schulung von Beamten, Kontakte zwischen internationalen Organisationen; wir kaufen [sic] auch die Idee von Schulungen im Bereich des Rechts und von Antikorruptionspraktiken, auch Kontakte zwischen Ombudsmännern und Beauftragten für Bürgerrechte. Das sind alles Fragen, die in die Östliche Partnerschaft nicht als zur Mitgliedschaft führend eingeschrieben sind, aber tatsächlich diese Mitgliedschaft ermöglichen.“ (Sejm RP 2009: 308)

Dabei nimmt die Ukraine auch weiterhin die Hauptrolle ein. In diesem Zusammenhang wird Polen auch weiterhin nicht nur regelmäßig als „Osteuropa-Spezialist“ der EU konstruiert, sondern auch als einziges Land, das die Rolle eines Vorreiters in der Ostpolitik überhaupt übernehmen könne, da die meisten wichtigen EU-Länder die Bedeutung des Themas nicht erkennen oder aus anderem Grund nicht tätig werden wollen. Am deutlichsten formuliert dies Marek Borowski, Ex-Sejmmarschall und Abgeordneter der sozialdemokratischen SdPL:

„Diese Idee muss man mit Inhalt füllen. Hier brauchen wir auf Schweden schon nicht mehr zu zählen. Wenn wir das nicht tun, bleibt die Östliche Partnerschaft so ein schön handgeschneiderter, fleißig genähter Anzug, den niemand kauft.“ (Sejm RP 2009: 272)

Dabei wird Polen in Hinblick nicht nur auf eine Annäherung, sondern auch auf eine künftige Integration insbesondere der osteuropäischen Nachbarstaaten als *Unterstützer einer Politik der offenen Tür* und als *Anwalt der östlichen EU-Nachbarländer* konstruiert, der für die Offenheit der EU für neue Mitglieder eintritt (vgl. Sejm RP 2004a: Cimoszewicz a). Gerade nach der

Orangen Revolution wird dieser Aspekt wieder verstärkt aktualisiert und neben der Ukraine auch auf Weißrussland und Moldau bezogen. Die Begründung ist weiterhin das Ziel von demokratischen und marktwirtschaftlichen Staaten an Polens Grenzen und damit die Stabilisierung des eigenen Umfeldes (vgl. Sejm RP 2005: 272-273). Aber auch der verwestlichte europäische Einheitsdiskurs steht hinter dieser Sub-Rollenkonzeption und wird klar auch in Bezug auf die Östliche Partnerschaft formuliert. Sehr deutlich wird dies in einem Gastbeitrag von Außenminister Sikorski für die *Gazeta Wyborcza* anlässlich des 70. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges:

„Am 1. September werden wir daher auch an die Überwindung der Teilung Europas während des Kalten Krieges und das Fiasko der Politik der Einflussphären erinnern. Gleichzeitig drücken wir die Hoffnung aus, dass die Tendenz, Europa seine Einheit wiederzugeben – die sich im Prozess der Erweiterung der westlichen Institutionen, vor allem der EU, im Aufbau einer strategischen Partnerschaft der Union mit Russland und in der Östlichen Partnerschaft ausdrückt – dominieren und der Zusammenarbeit des westlichen Teils unseres Kontinents mit seinem Osten Gestalt verleihen wird.“ (GW 29.8.2009)

Da Sikorskis Gastbeitrag teils als Relativierung der bisherigen Ostpolitik Polens missverstanden wurde und heftiger Kritik ausgesetzt war, sah er sich gezwungen, sich in einem Interview mit dem Fachblatt „Nowa Europa Wschodnia“ („Neues Osteuropa“) noch einmal zu erklären. Dabei betonte er noch einmal klar seine positive Haltung zur ULB-Konzeption der Pariser „Kultura“, aber auch die Schwerpunktsetzung auf die Erweiterung der westlichen Institutionen statt einer eigenen „Großmachtpolitik“; der modifizierte ULB-Diskurs und der verwestlichte europäische Einheitsdiskurs verbinden sich hier sehr deutlich:

„Polen wird ein sicheres Land sein, wenn es „den Westen“ auf beiden Seiten hat. In unserem Interesse liegt es, dass unsere Nachbarn demokratische, marktwirtschaftliche, rechtsstaatliche Länder sind, welche die bürgerlichen Freiheiten respektieren. Und die mit Europa zusammenarbeiten.“ (Sikorski 2010: 76)

Eher instrumentell wird Polen auch allgemein als Unterstützer einer Politik der offenen Tür konstruiert. So wird der Beitritt der Türkei außer von den ND-Sprechern allseits unterstützt – und klar gemacht, daß dies als Argument für den Beitritt der Ukraine dienen soll. Schließlich könne man der Ukraine den Beitritt kaum verwehren, wenn die Türkei aufgenommen werde. Einige Sprecher der PO und der PiS fordern gar gleich, eine Zustimmung Polens für den EU-Beitritt der Türkei von einem Beitrittsversprechen an die Ukraine abhängig zu machen (vgl. Rz 18.12.2004).

Bezüglich Russlands werden angesichts des wieder erstarkenden Autoritarismus unter Putin und der anhaltend schlechten polnisch-russischen Beziehungen zunächst nicht mehr so ambitionierte Rollenkonzeptionen vertreten wie noch Mitte der Neunzigerjahre. Während

allseits eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland gefordert wird, wird Polen nicht etwa als Vorreiter der EU-Russlandpolitik oder als europäischer „Russland-Spezialist“ konstruiert. Auch die frühere „Brücken“-Funktion, etwa als Förderer der Demokratisierung, fehlt mittlerweile völlig.⁶¹ Stattdessen wird Polen Mitte der Nullerjahre lediglich als *aktiver Teilnehmer der EU-Russlandpolitik* konstruiert, der so seine Interessen gegenüber dem großen Nachbarn besser durchsetzen kann. So sagt Donald Tusk (PO) während der Sejmdebatte 2005:

„Eine europäisch-russische Politik mit einer erheblichen oder – sagen wir es heute ambitioniert – mit einer Schlüsselbedeutung des polnischen Standpunktes in der Gestaltung dieser Politik sollte eine Bedingung einer effektiven und sicheren polnisch-russischen Politik sein. (Applaus) Wir werden ruhig an unsere Nachbarschaft mit Russland, mit unserem größten Nachbarn, denken können, wenn wir uns und auch unseren Nachfolgern sagen können, dass Polen wesentlich über die europäisch-russische Politik mitentscheidet, was auch so schwierige Themen wie die Energiesicherheit betrifft.“ (Sejm RP 2005: 281)

Mit der Zeit, insbesondere durch die wiederholten russisch-ukrainischen Gasstreits und den Georgienkrieg, ändert sich dies allerdings. Im Zuge der wiederholten Aktualisierung der russlandbezogenen Bedrohungskonstruktionen sprechen nicht nur die Sejm-Abgeordneten, sondern auch Außenminister Sikorski zunehmend davon, dass Polen eine von Russland angestrebte Wiedererrichtung von Einflussphären in Europa nicht zulassen werde. 2009 wird Polen wesentlich deutlicher auch als *führender Mitgestalter der EU-Russlandpolitik* konstruiert, insbesondere in Hinblick auf eine als notwendig erachtete Einheitlichkeit der EU-Russlandpolitik. Ziel ist einerseits, zu verhindern, dass Moskau einzelne EU-Mitglieder weiterhin gegeneinander ausspielt (vor allem im Kontext der Energiefrage), andererseits aber auch, durch einen gemeinsamen Standpunkt der EU Russland davon abzuhalten, sein (und damit Polens) Umfeld weiter zu destabilisieren, wie dies während des Georgienkrieges oder der Gaskrise Anfang 2009 der Fall gewesen war. Herausgehoben wird in diesem Zusammenhang mehrfach, dass Nicolas Sarkozy erst auf Drängen Tusks in der Georgien-Krise vermittelnd tätig geworden war (vgl. Sejm RP 2009: 272). Hier wird Polen wieder als „Spezialist“ konstruiert, der eine realistischere Perspektive auf Russland habe als andere, teils als unkritisch pro-russisch beschriebene EU-Mitglieder und diese Perspektive in die Entscheidungsfindung innerhalb der EU einbringen oder ihn dort gar verbindlich machen müsse (vgl. Sejm RP 2009: 260-262, 264-265, 271).

Erhebliche Bedeutung hat schließlich viertens Polens im letzten Untersuchungsjahr noch recht neue Rolle als *Vorreiter einer gemeinsamen EU-Energiesicherheitspolitik*, die von den

⁶¹ Einmal wird diese im ökonomischen Sinne noch von Tadeusz Szamborski (PSL) vorgebracht, um sofort von Außenminister Cimoszewicz zurückgewiesen zu werden, weil Polen als Brücke oder „Vermittler“ zwischen dem Westen und Russland „für niemanden mehr nötig“ sei (vgl. Sejm RP 2004: Cimoszewicz b).

Gaskrisen der vorangegangenen Jahre katalysiert worden war. Auffällig ist, dass Erwägungen über nationale Strategien gegen die Bedrohungskonstruktion „politischer Gebrauch von Erdgas durch Russland“ hinter Polens Wirken innerhalb der EU deutlich zurücktreten. Auch hier greift offenbar die Logik, dass Polen trotz eines gewissen eigenen Handlungsspielraumes schlicht zu klein ist und über zu wenige Ressourcen verfügt, um sich wirksam selbst gegen diese Bedrohung verteidigen zu können, und deswegen sein Heil in der europäischen Integration suchen muss, zumal auch hier die Interessen Polens mit jenen Europas als Ganzem als im Grunde kongruent präsentiert werden. Polens Anregungen sollen insbesondere auf einer Diversifikation der Versorgungswege – konkret etwa einer Unterstützung für Nabucco – sowie auf einer stärkeren Koordinierung der EU-Energiepolitik liegen. Außerdem soll Polen in dieser Frage auf Einigkeit der EU-Mitgliedsstaaten nach außen (gegenüber Russland) und Solidarität nach innen hinwirken, wodurch diese Sub-Rollenkonzeption sich mit jener Polens als *Bewahrer der Solidarität* und jener Polens als *führender Mitgestalter der EU-Russlandpolitik* überschneidet. Während Außenminister Sikorski 2009 bereits zufrieden feststellt, dass die EU in Sachen Energiepolitik mit Polens Stimme spreche, übt die Opposition naturgemäß deutliche Kritik am bisher Erreichten, konstruiert aber auch hierdurch diese Sub-Rollenkonzeption mit. Vertreter der PiS fordern im Sinne der europäischen Solidarität sehr deutlich eine tiefere Integration, um gefährliche Alleingänge einzelner Mitgliedsstaaten zu vermeiden, wobei die deutsch-russische Nordstream-Pipeline im Vordergrund steht (vgl. etwa Sejm RP 2009: 262, 276; Rz 5.6.2009). Auch in diesem Bereich zeigt sich also ein klares „Hochladen“ polnischer sicherheitspolitischer Interessen auf die EU-Ebene und die Konstruktion einer Führungsrolle Polens in der EU statt einer Rollenkonzeption auf rein nationaler Ebene.

4.2.1.2. Polen als führendes Mitglied der NATO

Diese Rollenkonzeption verhält sich im Grunde analog zu jener bezüglich der EU und kann als konsensuell betrachtet werden, da hier der ND-Diskurs nicht mit seinen integrationsfeindlichen Positionen interveniert. Zudem sind über die Jahre praktisch keine strukturellen Veränderungen festzustellen. Auch hier soll Polen eine führende Rolle im Bündnis einnehmen, wobei aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips weniger die Frage der Entscheidungsmechanismen als vielmehr die der organischen Integration Polens in die NATO-Strukturen – etwa durch die Einrichtung neuer NATO-Institutionen in Polen⁶² – sowie die Übernahme spezifischer Funktionen im Vordergrund stehen. So erhielten Radosław Sikorskis Ambitionen auf den Posten des NATO-

⁶² Hierzu zählt etwa das 2004 in Bromberg eingerichtete Joint Force Training Center, das Außenminister Cimoszewicz in seinem Exposé hervorhebt (vgl. Sejm RP 2004).

Generalsekretärs einhellige Unterstützung auch aus dem gegnerischen politischen Lager und von Präsident Lech Kaczyński, obwohl Sikorski, vormals Verteidigungsminister in den Kabinetten Marcinkiewicz und Kaczyński, 2007 zur PO „übergelaufen“ und damit bei der PiS in Ungnade gefallen war (vgl. GW 10.1.2009).

Hierbei geht es zuvörderst darum, als *Unterstützer der Modernisierung der NATO* zu fungieren, gleichzeitig aber, etwa in der Debatte über das 2010 beschlossene neue strategische Konzept der NATO, als *Bewahrer der NATO-Kernfunktionen*, also jener der kollektiven territorialen Verteidigung nach Artikel 5 des Washingtoner Vertrags, wegen der Polen letzten Endes der NATO beitreten wollte. Auch der erste Aspekt läuft letzten Endes auf die Bewahrung der Garantiefunktion der NATO für die Stabilität und die Sicherheit Polens und Europas hinaus, wie etwa Außenminister Adam Rotfeld im Exposé von 2005 verdeutlicht: Nur eine modernisierte NATO als Instrument zur Bekämpfung globaler Bedrohungen ist für die USA nützlich und garantiert weiterhin das Interesse Washingtons an Europa und dessen Sicherheit (vgl. Sejm RP 2005: 272). Während Polen also innerhalb der EU für eine gute Zusammenarbeit und Komplementarität mit der NATO eintreten soll, um eine Entkopplung Europas vom Nordatlantikpakt zu verhindern, soll es innerhalb der NATO dafür sorgen, dass diese weiterhin als sicherheitspolitisches Instrument für die USA von Bedeutung bleibt.

Zudem wird Polen analog zur diesbezüglichen Rollenkonzeption im EU-Kontext auch im NATO-Kontext als *Vorreiter der NATO-Ostpolitik* und als *Unterstützer einer Politik der offenen Tür* konstruiert. Dies wird analog zur EU einerseits im Rückgriff auf das Ziel der „Einheit Europas“, die Beseitigung der „letzten Spuren der jaltanischen Teilung“ (Rada Ministrów RP 2003), andererseits auf die Funktion der NATO als Sicherungsmechanismus für demokratisch-marktwirtschaftliche Systeme und damit als Stabilitätsfaktor für den gesamten europäischen Kontinent getan (vgl. Rada Ministrów RP 2003). Polen soll sich auch hier nicht auf die unmittelbare östliche Nachbarschaft beschränken,⁶³ dennoch steht die Ukraine ebenfalls im NATO-Kontext deutlich im Vordergrund. Dabei wird, wie etwa 2009 von Ex-Präsident Aleksander Kwaśniewski, auch immer wieder betont, welche Bedeutung eine Beitrittsperspektive für die Demokratisierung und Stabilisierung der Ukraine und welche Bedeutung dies für Europa als Ganzes habe:

„Der Prozess der Integration unseres Kontinents ist noch weit von seiner Vollendung entfernt. Das war in hohem Maße der Grund für die Tragödie des Westbalkans. [...] Die Strategie des Westens gegenüber der Ukraine ist uneindeutig und unklar, und die Reforminitiativen aus den Zeiten der Orangen Revolution haben sich in Folge der politischen und ökonomischen Krise verlangsamt oder sind ganz zum Erliegen gekommen.

⁶³ So spricht sich Außenminister Cimoszewicz auch explizit für die Unterstützung der NATO-Erweiterung in Richtung Balkan aus (vgl. Sejm RP 2004: Cimoszewicz a).

[...] Natürlich, viele kritische Bemerkungen haben eine gute Begründung und werden korrekterweise an die Führung in Kiew gerichtet. Aber der Mangel an Fortschritt ist auch eine Folge eines Fehlens an Willen und Fähigkeit auf unserer Seite, gegenüber der Ukraine einen solchen Ansatz zu finden, der ihre Ambitionen auf eine angemessene Rolle in Europa schätzt und berücksichtigt.“ (Rz 5.6.2009)

Dass Polen sich 2008 auf dem NATO-Gipfel in Bukarest nicht mit seinem Eintreten für einen Aktionsplan für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens durchsetzen konnte, wurde allseits mit Enttäuschung aufgenommen und als „Minuspunkt“ der polnischen Außenpolitik jenes Jahres verbucht. Dennoch wird Polen auch weiterhin als Unterstützer insbesondere der Ukraine und Georgiens auf dem Weg in die NATO konstruiert, wobei Georgien, wie bereits erwähnt, erst seit einiger Zeit wegen der Energiefrage eine Rolle spielt. Die Funktion als *Unterstützer einer guten NATO-Russland-Kooperation* findet sich fast nur noch knapp und ohne nennenswerte Erläuterungen in den Sicherheitsstrategien von 2003 und 2007. Im letzten Untersuchungsjahr wird sie auch häufiger von einzelnen Sprechern konstruiert, meist aber im Zusammenhang mit einer entsprechenden Funktion innerhalb der EU; teils wird hier auch nur zusammenfassend vom „Westen“ gesprochen (vgl. etwa Sejm RP 2009: 271). Konkrete inhaltliche Vorstellungen werden kaum angeführt, eher wird beklagt, dass Polen überhaupt keine Vision davon habe, wie diese Zusammenarbeit aussehen solle.

Darüber hinaus dienen auch andere Rollenkonzeptionen der Umsetzung von Polens Rolle als Mitgestalter der europäischen Ordnung. Darunter befinden sich – zusammenhängend mit dem NATO-Beitritt des Landes – zwei Rollenkonzeptionen, die Ende der Neunzigerjahre erstmals auftraten: *Polen als verlässlicher Bündnispartner* und *Polen als europäischer Altantiker*.

4.2.2. *Polen als verlässlicher Bündnispartner*

Diese Rollenkonzeption zeigt sich sehr deutlich während der Debatte über den NATO-Beitritt Ende November 1998 und blieb auch später eine praktisch konsensuell konstruierte, die von allen nennenswerten politischen Kräften im Sejm, vom Präsidenten und in den nationalen Sicherheitsstrategien vertreten wurde. Im Grunde tauchte sie sporadisch bereits Anfang der Neunzigerjahre in anderer Form auf, da hier gelegentlich die Ansicht vertreten wird, Polen müsse ein aktiver Teilnehmer an internationalen Friedenseinsätzen sein, um zur Schaffung internationaler Sicherheit beizutragen und so seine Position zu verbessern.

Hier geht es allerdings konkreter um tatsächliche Bündnistreue im Rahmen der NATO, um Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit, um zu garantieren, dass im Falle des Falles die NATO-Verbündeten Polen auch tatsächlich zur Hilfe eilen. Die NATO wird also als verlässlichste

Sicherheitsgarantie konstruiert, die Polen jemals hatte, aber nicht als Möglichkeit, Sicherheit ohne Gegenleistung zu konsumieren. Der regelmäßig vertretenen Ansicht, dass Polen sich aktiv einbringen, Leistungen für das Bündnis erbringen und im Ernstfall den Verbündeten ohne Vorbehalte zur Seite stehen müsse, stellt sich niemand entgegen. Auch der Vorsitzende der SLD, Leszek Miller, stimmt hier ein:

„Polen wird ein loyales, solides und solidarisches Mitglied des Bündnisses sein. Das bedeutet die Teilnahmen an den notwendigen Operationen der NATO. Die Achtung des Grundsatzes der solidarischen Reaktion auf jede Verletzung der Sicherheit eines Mitgliedsstaates des Paktes erfordert die Achtung der eigenen Verpflichtungen in Bezug auf andere. Wir billigen vollumfänglich den Washingtoner Vertrag, darin insbesondere die für die Gewährleistung der Sicherheit wichtigen Artikel 4 und 5. Wir werden gerecht die Kosten für die Reorganisation und die Modernisierung der Armee sowie auch für die Veränderungen in der NATO tragen.“ (Sejm RP 1998: Miller)

Dementsprechend unterstützten bis auf wenige Ausnahmen alle Sprecher die Teilnahme Polens am Kosovokrieg, der nur wenige Tage nach der formellen Aufnahme ins Bündnis ausbrach. Dies wurde diskursiv als erfolgreiche Umsetzung dieser Rollenkonzeption konstruiert, etwa von Präsident Aleksander Kwaśniewski (SLD):

„Die Erfahrung der Kosovo-Krise hat die polnische Mitgliedschaft in der NATO gestärkt. Sie hat vor allem die Überzeugung gestärkt, dass man auf Polen als Bündnispartner zählen kann. Man kann auch auf die polnische Gesellschaft, die polnische öffentliche Meinung zählen, die besser als andere verstanden hat, was ethnische Säuberungen und die Einsamkeit im Angesicht der Bedrohung bedeuten. In diesem Sinne ist die dramatische Geschichte, die Polen durchlebt hat, unser Trumpf, weil Polen und die Polen als Ergebnis große Reife zeigen.“ (Kwaśniewski 1999c: 446)

Nicht nur Kwaśniewski nutzte historische Anknüpfungen, um deutlich zu machen, dass die Polen für die Rolle als verlässlicher Bündnispartner prädestiniert sind. So wurde in der Debatte mehrfach der „Verrat“ von 1939 angesprochen, die Unzuverlässigkeit der damaligen Verbündeten Frankreich und Großbritannien. Damit sich dies nicht wiederhole, müsse Polen aber selbst loyal seinen Partnern zur Seite stehen:

„Der Nordatlantikvertrag ist heute die stärkste aller möglichen Garantien dafür, dass wir niemals wieder das Echo des Rufes von 1939 hören müssen: ‚Wir wollen nicht für Danzig sterben.‘ Wir müssen allerdings die Verpflichtung auf uns nehmen, und wir nehmen sie auf uns, dass auch von uns niemand etwas ähnliches hören wird.“ (Sejm RP 1998: Złotowski)

Neben historischen Argumenten werden auch identitäre Elemente angeführt. So findet sich in diesem Zusammenhang häufig das aus dem Novemberaufstand gegen die russische Herrschaft (1830/31) stammende Motto „Für unsere und eure Freiheit“ („Za naszą i waszą wolność“). Damit sollte verdeutlicht werden, dass der Wert der Solidarität für Polen ein hoher ist und dass Polen immer schon ein verlässlicher Partner war. Verteidigungsminister Jerzy

Szmajdziński (SLD) zufolge liegt „das Vermeiden der Erfüllung von Bündnisverpflichtungen [...] nicht im Charakter der Polen.“ (Rz 16.8.2004)

2004 bezieht sich diese Rollenkonzeption ausschließlich auf die Beteiligung Polens an den Einsätzen in Afghanistan und im Irak. Es zeigt sich, dass sie eng mit der Rollenkonzeption Polens als europäischer Atlantiker verknüpft ist. Dabei geht es nicht nur um die bereits bekannte Logik, dass nur ein treuer Bündnispartner, der auch selbst Sicherheit gibt, im Falle des Falles Hilfe erwarten kann, sondern auch darum, dass sich durch die Übernahme von Verantwortung automatisch die internationale Position Polens als ernstzunehmendes und verantwortliches Land verbessert:

„Aus heutiger Perspektive wissen wir, dass das eine richtige Entscheidung war, dass im Kampf gegen den Terrorismus keine Konsequenz fehlen darf, dass, wenn wir ‚a‘ sagen, wir auch ‚b‘ sagen müssen, dass es nicht sein kann, dass wir ein strategischer Partner sein wollen und daraus nichts folgt, dass wir ein Bündnispartner der Vereinigten Staaten sein wollen, und bei der ersten Bewährungsprobe zögern. Niemals in der Vergangenheit hatte Polen eine so große Bedeutung.“ (Sejm RP 2004a: Jaskiernia)

Allerdings zeigt sich vor allem im Untersuchungsjahr 2009, dass diese Rollenkonzeption aufgrund der Entwicklung der ESVP zunehmend auch auf Außeneinsätze der EU übertragen wird. UN-Missionen spielen lediglich eine periphere Rolle.

Polen muss aber im Rahmen dieser Rollenkonzeption nicht nur deswegen ein verlässlicher Bündnispartner sein, um seine Position unter den Bündnispartnern zu stärken und seinen eigenen Schutz zu gewährleisten, sondern auch, weil es Verantwortung für die folgenden Beitrittskandidaten trägt. Nur wenn Polen, Tschechien und Ungarn sich bewähren, werde es folgende Erweiterungsrounds geben, so eine häufig wiederholte Position. Diese Rollenkonzeption stand somit eng im Zusammenhang mit der Rolle Polens als „Brücke zwischen Ost und West“ sowie dem Ziel einer Erweiterung der NATO nach Osten.

Wie tief diese Rollenkonzeption verankert ist, zeigt sich 2009 nicht nur an ihrer unwidersprochenen Aktualisierung durch mehrere Sprecher und am Fehlen jeglicher Begründung, sondern auch daran, dass sie etwa von Seiten der Vertreter der Regierungskoalition wiederholt angeführt wird, um die eigene Außenpolitik von jener der PiS-Regierungen abzuheben; so sei Polen durch den kooperativeren und diplomatischeren Politikstil der PO-Regierung wieder ein „berechenbarer“ Partner geworden. Dabei wird diese Rollenkonzeption zunehmend auch auf den politischen EU-Kontext und nicht mehr nur auf der militärischen Ebene konstruiert.

4.2.3. Polen als europäischer Atlantiker

Während bereits Anfang der 1990er deutlich wurde, dass die Präsenz der USA in Europa zunehmend als notwendiges Stabilisierungs- und Friedenssicherungsinstrument und daher die zentralen sicherheitspolitischen Ziele der Aufrechterhaltung der US-Militärpräsenz in Europa und guter Beziehungen zu den USA konstruiert wurden, haben sich bis 1999 entsprechende Rollenzuschreibungen entwickelt, die sich unter der Rollenkonzeption *Polen als europäischer Atlantiker* zusammenfassen lassen. Sie sollte bis Mitte der Nullerjahre Konsens werden.

Einerseits soll Polen innerhalb der NATO und der EU für gute transatlantische Beziehungen sorgen, um eine Schwächung der NATO, insbesondere durch den Aufbau der ESVP, zu verhindern und das US-amerikanische Interesse an Europa und damit ihre stabilisierende Militärpräsenz zu bewahren. Insofern sind die entsprechenden Sub-Rollenkonzeptionen im EU- und NATO-Kontext auch als Teil dieser Rollenkonzeption auffassbar.

Gleichzeitig wurden im Diskurs besondere Beziehungen Polens zu den USA postuliert, wie im Exposé von Außenminister Geremek deutlich wird:

„In den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ist unser grundsätzliches Ziel eine Verbindung von amerikanischen Interessen mit jenen Polens und Mitteleuropas, die enger ist als bisher. Gleichzeitig wollen wir die Position Polens als hauptsächlicher und vollständig unabhängiger Partner der Vereinigten Staaten in der Region stärken. Wir sind überzeugt, dass die polnisch-amerikanische Zusammenarbeit einen positiven Impuls für andere Länder darstellen kann, um gemeinsam mit Polen die komplizierten Probleme in Mittel- und Osteuropa anzugehen.“ (Sejm RP 1999: Geremek a)

Während Ende der Neunzigerjahre diese Sub-Rollenkonzeption Polens als *strategischer Partner der USA* noch im Wesentlichen Sache der Exekutive war – auch wenn vereinzelt Zustimmung aus dem linken Lager kam (vgl. GW 24.3.1999) – sollte sie bis 2004 zu einem häufig reproduzierten Konsens werden. Aufgrund der wahrgenommenen Gefahr, dass die NATO durch die sicherheitspolitische Emanzipation der EU und die strategische Reorientierung der USA weg von Europa an Bedeutung verlieren könnte, werden privilegierte Beziehungen auch als möglicher Ersatz bzw. Ausfallsicherung betrachtet. Dabei fällt auf, dass auch diese Sub-Rollenkonzeption zwar konsensuell geteilt wird, die Betonung der bilateralen Beziehungen zu den USA jedoch umso mehr zunimmt und jene des multilateralen EU-/NATO-Parts umso mehr abnimmt, je stärker Sprecher an den integrationsfeindlichen ND-Diskurs anknüpfen, was bei dessen recht westfälisch-hobbesianischen Konzeption der Welt und der Orientierung an sicherheitspolitischen Konzepten der Zwischenkriegszeit (Betonung Deutschlands als Gefahr, Notwendigkeit bilateraler Allianzen etc.) logisch erscheint. Während die Postkommunisten und die gemäßigten Konservativen (etwa Bogdan Klich, PO) die Bedeutung des polnischen Wirkens in EU und NATO betonen und stärker auf die Wirkung der

demonstrativen Bündnistreue, etwa im Irak, abheben, fordern die Nationalkonservativen und Antiintegrationisten vermehrt eine Formalisierung der Sonderbeziehungen zu den USA. So fordert Jarosław Kaczyński (PiS) die Einrichtung einer amerikanischen Militärbasis in Polen als neue Garantie für „unsere Position und unsere Unabhängigkeit“, während Antoni Macierewicz (RKN), dem zufolge der Verfassungsvertrag das Instrument Deutschlands und Frankreichs ist, Hegemonie über Europa zu erreichen, fordert, die bisherige Allianz mit den USA müsse

„im Abschluss eines formalen militärisch-wirtschaftlich-politischen Abkommens münden, bilateral zwischen Polen und den Vereinigten Staaten, eines solchen Abkommens, das die Engländer haben, eines solchen, das die Spanier haben. Nur ein solches Abkommen kann angesichts der Infragestellung der Existenz der NATO, und im Grunde wird sie heute in Frage gestellt, die polnische internationale Politik und die Position Polens wirklich verstetigen.“ (Sejm RP 2004a: Macierewicz a)

Je mehr also die europäischen Mächte, vor allem Deutschland, als unzuverlässige Partner oder gar als potenzielle Hegemonen konstruiert werden, je stärker also an den ND-Diskurs angeknüpft wird, desto stärker wird die Orientierung an den USA und die Forderung nach Sonderbeziehungen zu ihnen. Dies ist auch konsistent mit der sehr „klassischen“ Konzeption internationaler Politik im Rahmen dieses Diskurses, in dem nicht Integration und Partnerschaft auch mit ehemaligen Feinden, sondern traditionelle Bündnisse und die Suche nach einer „Schutzmacht“ eine wesentlich größere Rolle spielen.

Aufgrund dieser unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen war die Beteiligung Polens am Ballistic Missile Defence System (BMD), die mit der Stationierung von US-Truppen einhergehen und ein Kernbestandteil dieser Sonderbeziehungen sein sollte, in Polen alles andere als unumstritten. Entsprechend der bisherigen Ausführungen war insbesondere die PiS darauf bedacht, den Vertrag mit den USA um jeden Preis zum Abschluss zu bringen, während die weniger oder gar nicht vom ND-Diskurs beeinflussten Kräfte, insbesondere die PO und die sozialdemokratischen Parteien, auch die Unwägbarkeiten und Gefahren einer solchen Lösung sahen (Russland etwa drohte mit der Stationierung offensiver Iskander-Raketen in der Oblast Kaliningrad). Die Regierung Tusk wollte den Vertrag daher nicht unter allen Umständen abschließen, sondern unter für Polen wesentlich günstigeren Bedingungen. Nachdem das Thema eine der schärfsten außenpolitischen Kontroversen des Jahres 2008 gewesen war, wurde der Vertrag erst unter dem Eindruck des Südossetien-Krieges und des absehbaren Sieges Obamas bei den Präsidentschaftswahlen im August 2008 unterschrieben – inklusive einer Vereinbarung über die Stationierung einer Patriot-Abwehrbatterie in Polen. Doch auch danach wurde das Verhältnis zwischen Polen und den USA weiterhin kontrovers diskutiert.

In Sikorskis Exposé werden gute bilaterale Beziehungen, insbesondere zu den USA, neben der Mitgliedschaft in der NATO und in einer militärisch gestärkten EU als einer von drei Pfeilern der Sicherheit Polens dargestellt. Der Abschluss des Abkommens wird von ihm als Erfolg dargestellt, und deutlich formuliert er die Erwartung, dass es unabhängig von der Realisierung des Raketenschildes auch von der Regierung Obama geachtet wird. Weitere Sprecher der konservativen Parteien, vor allem aber der PiS, äußern sich zustimmend zum Abschluss des Vertrages (vgl. Sejm RP 2009: 259, 292, 295) – oder kritisch, da nicht genug erreicht worden sei (vgl. Sejm RP 2009: 289).

Sprecher der sozialdemokratischen Parteien – Jolanta Szymanek-Deresz und Tadeusz Iwiński von der SLD sowie Marek Borowski von der kleineren SdPL (vgl. Sejm RP 2009: 263-264, 273, 301) – wenden sich hingegen nicht nur gegen den Raketenschirm, sondern ganz allgemein gegen die Idee polnischer Sonderbeziehungen zu den USA. Hier wird stark auf den verwestlichten europäischen Einheitsdiskurs und das Ziel einer Verbesserung der internationalen Position Polens Bezug genommen. So kritisiert Szymanek-Deresz, dass Polen von den USA gar nicht als unabhängiges Subjekt behandelt worden sei, und dass der Raketenschirm Polen in die Rolle eines „Frontstaates“ bringe (Sejm RP 2009: 263). Ex-Sejmmarschall Marek Borowski führt sogar aus, dass Polen schlicht kein strategischer Partner der USA sein könne, da die USA in Polen keine strategischen Interessen hätten und selbst die Nibelungentreue der PiS-Regierungen deswegen „nichts wert“ gewesen sei:

„Die Visa wurden nicht abgeschafft, die Militärhilfe ist mikroskopisch, außermilitärische Gewinne aus dem Irak gibt es keine, nun, und Bush hat anlässlich des Endes seiner Amtszeit bei 20 Bündnispartnern angerufen, und ausgerechnet in Polen nicht.“ (Sejm RP 2009: 273)

Hier wird – was an den verwestlichten europäischen Einheitsdiskurs, der konfrontative Trennlinien in Europa als große Gefahr konstruiert, anschließt – die konfrontative und „antieuropäische“ Politik der Bush-Regierung kritisiert, während gleichzeitig bei allen Warnungen vor Russophobie deutliche Kritik an Moskau geübt und in Bezug auf den Südossetienkrieg sogar gefordert wird, dass jedem weiteren Versuch, in Europa Grenzen mit Gewalt zu verändern, mit einer „proportionalen Antwort der gesamten transatlantischen Gemeinschaft“ (Sejm RP 2009: 265) begegnet werden müsse. Als Alternative zu den Sonderbeziehungen mit den USA wird eine starke Rolle Polens innerhalb der EU angeführt:

„Die Schlussfolgerung ist also die, dass wir zu normalen, freundschaftlichen Beziehungen zu den USA zurückkehren müssen, nicht aber zu strategischen Beziehungen. Polen wird von den USA soweit wahrgenommen, wie es seine Position in Europa stärkt und sich auf ein bestimmtes Gebiet spezialisiert. Die Östliche Partnerschaft scheint die natürlichste Spezialisierung zu sein.“ (Sejm RP 2009: 273)

Deutlich wird hier, dass der ND-Diskurs, der offenbar ein wesentlicher Antrieb hinter den Bemühungen um Sonderbeziehungen zur „Schutzmacht“ USA ist, weiterhin wirkt. Er tritt am deutlichsten bei Vertretern der PiS und ihr nahestehenden Personen (sehr klar bei Antoni Macierewicz) zu Tage, hat allerdings durchaus auch einen, wenn auch geringen, Einfluss innerhalb der PO. So war es Radosław Sikorski, von 2005-2007 Verteidigungsminister der Regierungen Marcinkiewicz und Kaczyński, der im April 2006 die Ostseepipeline mit dem Hitler-Stalin-Pakt verglichen hatte. Bei diversen Parteiwechseln, meist von der PiS zur PO, scheint es nicht verwunderlich, dass der ND-Diskurs auch in die PO hineindiffundiert, selbst wenn er hier nicht annähernd so prävalent ist wie in der PiS. Bei den sozialdemokratischen Parteien ist er hingegen gar nicht anzutreffen, was aber insofern nur geringe Auswirkungen hat, als die Wahlergebnisse der SLD sich seit 2005 im Bereich von ca. 10 % bewegen.

4.2.4. Polen als globaler sicherheitspolitischer Akteur

Bis Mitte der Nullerjahre war die polnische sicherheitspolitische Diskursformation von einem sehr starken Eurozentrismus gekennzeichnet. Diese kann zwar nicht, wie es teils immer noch geschieht, einfach auf die Lage zwischen Deutschland und Russland reduziert werden – dafür spielen Stabilität und Sicherheit in *ganz* Europa und andere Bedrohungen, etwa durch nationalistische Konflikte in den umgebenden Ländern, eine viel zu große Rolle – allerdings beschränken sich Debatten über sicherheitspolitische Probleme lange Zeit klar auf den euroatlantischen Raum. Außereuropäische Länder und globale Organisationen wie die UNO kamen etwa in den Sicherheitsstrategien oder in den Exposés nur außerhalb der „Kernthemen“ und in den Debatten fast überhaupt nicht vor. Dieser Eurozentrismus wurde von einigen Abgeordneten bereits Anfang der Neunzigerjahre deutlich kritisiert (vgl. Sejm RP 1992: Iwiński, 1993b: Iwiński).

Nachdem die Integration in die westlichen Organisationen und damit die „geopolitische Westverschiebung“ Polens gelungen ist, beginnt der außereuropäische Raum, eine wichtigere Rolle zu spielen. In der Sicherheitsstrategie von 2003 wird Polen erstmals ausdrücklich als globaler sicherheitspolitischer Akteur konstruiert, der auch außerhalb seines eigenen Umfeldes Verantwortung übernimmt. Allerdings machen die Ausführungen hierzu sehr deutlich, dass es sich bei *Polen als globaler sicherheitspolitischer Akteur* um eine Rollenkonzeption handelt, die ganz klar anderen Zielen dient; es geht vor allem um Polens internationale Position und seine Rollen als Stabilisierer und zuverlässiger Bündnispartner:

„Polen wird seine Politik des aktiven Engagements für den Erhalt von internationalem Frieden und Sicherheit sowohl auf regionaler, als auch auf globaler Ebene weiter verfolgen.“

Ausdruck der Bereitschaft, eine verantwortungsvolle internationale Rolle zu übernehmen, ist unser Engagement im Stabilisierungsprozess im Irak. Die Aufnahme einer Stabilisierungsfunktion im Irak verbessert die internationale Position Polens, und die angemessene Erfüllung der uns anvertrauten Aufgaben wird eine Quelle zusätzlichen Prestiges sein, welche das Bild Polens als verantwortungsvollen und solidarischen Partner auf internationaler Ebene festigen wird.“ (Rada Ministrów RP 2003)

Zudem wird Polen auch dahingehend als globaler Akteur konstruiert, als es sich mit außereuropäischen Problemen befassen müsse, um weiterhin an den wichtigsten politischen Prozessen in der sich zum globalen Akteur entwickelten EU teilnehmen zu können.

Allerdings ist diese Rollenkonzeption zum einen weitgehend auf die Exekutive sowie Beiträge von Sozialdemokraten beschränkt (vgl. Sejm RP 2004a: Cimoszewicz a/Jaskiernia, 2005: 276-278), zum anderen wird sie insbesondere im Zusammenhang mit der Teilnahme am Irakkrieg konstruiert und hier wesentlich stärker mit anderen, bereits bekannten Rollenkonzeptionen verknüpft als mit einem wirklich globalen Ziel wie dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus (vgl. auch Kwaśniewski 2004b; GW 14.5.2004). Adam Rotfeld sagt es mehr als deutlich, wenn er ausführt, dass Polen sich deswegen für eine Globalisierung der Tätigkeit der NATO ausgesprochen habe, weil der Pakt ansonsten für die USA uninteressant würde und diese sich aus Europa zurückziehen könnten (vgl. Sejm RP 2005: 272). Auch zeigt sich, dass bis zum Untersuchungsjahr 2009 die Bedeutung dieser Rollenkonzeption schon wieder abnimmt. Nachdem die Regierung Tusk den polnischen Militäreinsatz im Irak im Oktober 2008 beendet hatte, konzentriert sich die Debatte über den weltweiten Einsatz Polens für Frieden und Stabilität auf die Afghanistan-Mission sowie Einsätze im Rahmen der ESDP. Diese Einsätze werden zwar in den Kontext der Bekämpfung globaler Bedrohungen wie des Terrorismus gestellt, jedoch wird damit nur selten ihre Bedeutung für Polen begründet. So wird Polen auf dieser Grundlage zwar in der Sicherheitsstrategie von 2007 klar als aktives Mitglied der Antiterror-Koalition beschrieben, das zur eigenen Sicherheit den Terrorismus bekämpfen müsse, in der Sejmdebatte stellt jedoch nur ein PO-Abgeordneter diesen Zusammenhang her (vgl. Sejm RP 2009: 257). Das ist umso bemerkenswerter, als nur wenige Tage vor dieser Debatte der polnische Geologe Piotr Stańczak in Pakistan von Taliban geköpft worden war und sein Tod als Symbol für die Unmenschlichkeit und Gefährlichkeit des islamistischen Terrorismus dargestellt wurde. Während aber z.B. Außenminister Sikorski das Ziel „der Allianz“ in Afghanistan mit der Bekämpfung des Terrorismus identifizierte, legte er den polnischen Schwerpunkt anders: Für Warschau habe der Afghanistan-Einsatz zwar Priorität, allerdings deswegen, weil es dabei um die Glaubwürdigkeit der NATO gehe (vgl. Sejm RP 2009: 252). Noch deutlicher formulierte es Verteidigungsminister Bogdan Klich (PO) einige Zeit später in einem Interview:

„Unsere Bewertung der Afghanistan-Mission ist vom Standpunkt des Nordatlantikkbündnisses abhängig. Wir haben keine Interessen in Afghanistan, wir haben welche in der NATO.“ (Gazeta.pl 2010)

Dementsprechend wird der polnische Einsatz in Afghanistan vorwiegend mit Rollenkonzeptionen und Zielen Polens im Rahmen der NATO verknüpft. So gehe es um Polens Rolle als führendes Mitglied der NATO (vgl. Sejm RP 2009: 296) und seine Rolle als Unterstützer einer Politik der offenen Tür, weil vom Erfolg der Afghanistan-Mission die Erweiterung des Bündnisses abhängt (Sejm RP 2009: 295).

Insofern kann nicht von einer Festigung dieser Rollenkonzeption gesprochen werden. Sofern Polens Aktivitäten jenseits Europas überhaupt thematisiert werden, was im Material fast nur durch PO-Politiker geschieht, werden sie in der Regel instrumentell für die Umsetzung anderer, auf sicherheitspolitischer Ebene vor allem mit der NATO verbundener Rollenkonzeptionen oder Ziele angeführt. Einzig einige SLD-Politiker beklagen, dass die Polen offenbar meinten, Entwicklungen außerhalb Europas gingen sie nichts an (vgl. etwa Sejm RP 2005: 276-277).

4.2.5. Polen als regionaler Stabilitätsfaktor

Diese Rollenkonzeption hatte weiterhin Bestand, wurde aber stark vom NATO und EU-Beitritt Polens beeinflusst. Einerseits wurde der NATO-Beitritt Polens als Mittel konstruiert, um diese Rolle Polens zu stärken. So führt etwa Präsident Kwaśniewski aus:

„Wir denken, dass sowohl die Tatsache der Mitgliedschaft selbst, als auch die Art und Weise, in der wir am Bündnis teilnehmen, die Stabilität in der Region und in Europa stärken. Dank der Erweiterung der NATO ist die Situation in diesem Teil Europas klar, und ihre weitere Entwicklung vorhersehbar. Das ist gut für die Stabilität, für unsere gemeinsame Sicherheit, für die Demokratie und für die zivilisatorische Entwicklung.“ (Kwaśniewski 1999b: 236)

Andererseits veränderte der NATO-Beitritt auch den Schwerpunkt dieser Rollenkonzeption. Sie sollte nun nicht mehr nur der Aufwertung Polens mit dem Ziel der – jetzt ja bereits erfolgten bzw. im Falle der EU praktisch als sicher betrachteten – Westintegration dienen, sondern stärker eine Kernfunktion Polens innerhalb der NATO darstellen. Polen wurde de facto als regionales Stabilisierungsinstrument der NATO konstruiert, etwa von Leszek Miller (SLD):

„Die Pflicht eines solchen [stabilen] Staates, und auf Polen trifft dies ganz besonders zu, ist die Förderung von ‚Stabilität durch Zusammenarbeit‘ um unsere Grenzen herum, in der Region, in der wir leben, und auf diesem Wege auch die Stärkung der stabilisierenden und friedensstiftenden Rolle des Bündnisses auch jenseits seiner Grenzen.“ (Sejm RP 1998: Miller)

Hier wurde nicht nur – wie bereits Anfang der 1990er – eine Kongruenz polnischer Ziele mit jenen der westlichen Staaten postuliert und sogar eine klare Rollenerwartung der westlichen Partner konstruiert (vgl. Sejm RP 1999: Miller), sondern Polen gleich zum Instrument der Zielerreichung des gesamten nordatlantischen Bündnisses erhoben. Die Rolle als regionaler Stabilisierungsfaktor war Polens „Mitgift“ – jene der NATO die Sicherheitsgarantie des Artikels 5 (vgl. Sejm RP 1998: Pastusiak).

Wie bereits vorher diese Rolle als Mittel zur Aufwertung Polens und damit zur Vermeidung von Marginalisierung konstruiert worden war, war sie auch im Rahmen der NATO ein Mittel zur Aufwertung Polens, dank derer das „politische Potenzial“ des Landes und seine Handlungsmöglichkeiten innerhalb und außerhalb der Allianz erhöht werden (vgl. Sejm RP 1998: Konarski). Diese Rolle diente nun ganz offensichtlich dem Ziel, Polen innerhalb der NATO ein Alleinstellungsmerkmal und eine wichtige, eigentlich kaum verzichtbare Funktion zu verschaffen, nämlich jene der Stabilisierung der östlichen „Flanke“ des Bündnisses.

Gleichzeitig aber sollte Polen auch weiterhin als eigenständiger Akteur für die „Projektion von Stabilität“ in der Region sorgen – mit den bekannten Instrumenten, etwa durch eine Vorbildfunktion sowie, im Rahmen der Möglichkeiten, durch Entwicklungshilfe (vgl. Rada Ministrów RP 2000), aber auch durch die Realisierung weiterer regionalspezifischer Rollenkonzeptionen.

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass diese Rollenkonzeption schon 2004 fast gar nicht mehr explizit formuliert wird⁶⁴ und praktisch nur noch über die mit ihr verbundenen, insbesondere ostpolitischen Rollenkonzeptionen sowie dem durchaus noch formulierten Ziel regionaler Stabilität abgeleitet werden kann. Sie scheint allerdings nicht verschwunden, sondern im Gegenteil in einer allgemeineren Form – etwa „Polen als Exporteur von Stabilität“ – soziokulturell sedimentiert zu sein. Das ist daran ablesbar, dass diese Rolle offenbar auch in anderen Kontexten als Legitimationsinstrument für politische Entscheidungen abgerufen werden kann, etwa in Bezug auf den Irak oder den Balkan (vgl. etwa Rada Ministrów RP 2003). In ihrer speziell regionalen Version geht diese Rollenkonzeption hingegen tatsächlich in ihrer Bedeutung zurück. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Die voranschreitende Stabilisierung des eigenen Umfeldes durch die erfolgreiche Transformation und Integration der umgebenden Staaten macht dies immer weniger sinnvoll. Die Rollenkonzeption beschränkt sich zunehmend auf die östliche Nachbarschaft, was die weitere Prävalenz der Rollenkonzeption *Polen als Brücke zwischen Ost und West* deutlich macht. Mit den Worten Präsident Kwaśniewskis:

⁶⁴ Einzige Ausnahme ist der ehemalige Außenminister Dariusz Rosati in einem Gastartikel für die *Gazeta Wyborcza*, in dem er auf diese Rolle im Zusammenhang mit Polens Wirken während der Orangen Revolution Bezug nimmt (vgl. GW 18.12.2004).

„[Die baltischen Staaten, die Visegrád-Staaten sowie Bulgarien und Rumänien] sind oder werden zu Mitgliedern der NATO, sie werden Mitglieder der Europäischen Union, und das, meine werten Herrschaften, bedeutet, dass wir alle nach denselben Standards agieren, denselben Grundsätzen, dass also die Gefahr regionaler Konflikte minimalisiert wird. Wenn uns jetzt auch noch das gelingt, worüber wir beim Eintritt in die Europäische Union sprechen, die Annäherung der östlichen Gebiete, also Weißrussland, Russland, die Ukraine, Moldau, an die Union und die NATO, dann hätten wir bereits absolute Sicherheit, dass diese Region der Welt beginnt, eine Region zu sein, die in ihrer Gesamtheit Stabilität und gute Zusammenarbeit exportiert.“ (Kwaśniewski 2004a: 171)

Daher kann festgestellt werden, dass diese Rolle bis Mitte der Nullerjahre bereits weitgehend in den ostpolitischen Rollenkonzeptionen im Rahmen von EU und NATO aufgegangen ist, in einer generalisierten oder „entregionalisierten“ Form aber auch in anderen Zusammenhängen abgerufen werden kann.

4.2.6. Polen als Unterstützer der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn

Im untersuchten Zeitraum wurde diese Rollenkonzeption nur noch selten explizit artikuliert, etwa in der Sicherheitsstrategie von 2000 in Bezug auf die Ukraine und Weißrussland (vgl. Rada Ministrów RP 2000). In den Sejmdebatten und dem restlichen Material taucht dieser Punkt jenseits einer kurzen Erwähnung im Exposé von Außenminister Cimoszewicz 2004 kaum auf (vgl. Sejm RP 2004a: Cimoszewicz a).

Dies kann allerdings nicht als Verschwinden oder Verringerung der Bedeutung dieser Rollenkonzeption interpretiert werden, sondern war offenbar Folge einer gewissen „Verschmelzung“ mit der Rollenkonzeption Polens als *Brücke zwischen Ost und West*. Letztere wurde (s.u.) mit großer Regelmäßigkeit und Vehemenz konstruiert und setzte die Existenz dieser unabhängigen Staaten letzten Endes voraus bzw. hatte den Erhalt derselben gleichzeitig als Ziel. Daher kann man davon ausgehen, dass mit der Rollenkonzeption Polens als *Brücke zwischen Ost und West* immer auch automatisch jene Polens als Unterstützer der Unabhängigkeit der betreffenden Staaten verbunden war, auch wenn dies nicht explizit formuliert wird. Für die baltischen Länder hat sich diese Rollenkonzeption mit deren erfolgreicher Integration in NATO und EU ab 2004 faktisch durch Zielerreichung erledigt.

4.2.7. Polen als Brücke zwischen Ost und West

Neben der übergeordneten Rollenkonzeption Polens als *Mitgestalter der europäischen Ordnung* ist dies wohl die bedeutendste und auch am detailliertesten ausgearbeitete Rollenkonzeption in der polnischen sicherheitspolitischen Diskursformation. Sie dient, wie bereits zuvor, ganz wesentlich der Stabilisierung des eigenen Umfeldes und der Aufwertung

Polens. Ab 1999 wurde Polen im Rahmen der NATO, bald auch in jenem der EU als *Osteuropa-Spezialist des Westens* und als *Anwalt der osteuropäischen Staaten* konstruiert, der für den Westen die Aufgabe der Stabilitätsprojektion nach Osten übernimmt und gleichzeitig durch das Eintreten für eine Politik der offenen Tür, aber auch allgemein für Hilfe bei der demokratischen und marktwirtschaftlichen Transformation dafür Sorge tragen soll, dass die östlichen Nachbarn über kurz oder lang Teil eben jenes Westens und damit des vereinten Europas werden. Letzten Endes wird über diese Rollenkonzeption auch der modifizierte ULB-Diskurs perpetuiert, der eine Unterstützung Polens für die Unabhängigkeit der östlichen Nachbarstaaten zur Grundlage für Polens Sicherheit vor dem russischen Imperialismus macht.

Dabei zeigt sich, dass auch diese Rollenkonzeption zunehmend in den Sub-Rollenkonzeptionen Polens als *Vorreiter der Ostpolitik* in NATO und EU aufgeht, allerdings ein klar erkennbarer „individueller“ Anteil erhalten bleibt, etwa als Vorbild bei der Transformation oder als „Transmissionsriemen“ für westliche Werte in den Osten. Dieser Anteil nimmt allerdings stetig ab. Nachdem gerade mit der Östlichen Partnerschaft (ÖP) abermals ein deutlicher Akzent auf die Politik im EU-Rahmen gesetzt wurde, kann er zwar noch als deutlich vorhanden, aber dennoch als eher komplementär bezeichnet werden.

Teils wird diese Politik weiterhin auch sehr explizit mit dem ULB-Konzept der Pariser „Kultura“ in Verbindung gebracht, insbesondere im Rahmen von Auseinandersetzungen um die Rolle der Ukraine, aber auch Weißrusslands in der polnischen Außenpolitik. Die Linie der Regierung Tusk, die sich durch einen gewissen Pragmatismus und den Verzicht auf großes Pathos bezüglich der polnischen „Mission“ im Osten sowie durch deutlichere Kritik an den unzureichenden Leistungen der östlichen Partner selbst hervortat, wurde und wird teils als Abkehr von der traditionellen ostpolitischen Linie interpretiert. So warnte Paweł Kowal, ein Osteuropaexperte der PiS, vor einer „Ukraine-Müdigkeit“, die er in der PO ausgemacht haben will, und brachte Außenminister Sikorski zur Sejmdebatte ein Exemplar des zentralen Textes von Juliusz Mioszowski mit (vgl. Sejm RP 2009: 260). Auch zog der bereits erwähnte Gastbeitrag Sikorskis in der *Gazeta Wyborcza* anlässlich des 70. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges (vgl. GW 29.8.2009) kritische Reaktionen etwa in Form von Gastkommentaren von Mirosław Czech⁶⁵ (vgl. GW 5.9.2009) und Bronisław Komorowski (vgl. GW 22.9.2009) nach sich, die explizit auf die ULB-Konzeption verwiesen.

Die Kritik an Sikorskis „Tabubruch“ (Lang 2010: 388) dürfte allerdings Folge eines Missverständnisses gewesen sein. Sikorski hatte in besagtem Artikel angemerkt, dass

⁶⁵ Mirosław Czech war von 1993-2001 Abgeordneter der UD bzw. der UW im Sejm und von 1997-2001 Generalsekretär der UW und 2005-2006 der Partei *demokracy.pl* gewesen. Er ist Mitglied im Vorstand des „Bundes der Ukrainer in Polen“ und regelmäßig Kommentator für die *Gazeta Wyborcza* und den Radiosender TOK FM.

„jagiellonische Großmachtambitionen“ keine Antwort auf die gegenwärtigen Probleme böten und den Schwerpunkt seiner Betrachtungen dann auf die Modernisierung Polens und die europäische Integration gelegt – unter Einschluss Osteuropas und expliziter Nennung der ÖP als Mittel zur Erreichung der europäischen Einheit. Sikorskis Standpunkt spiegelt dabei vor allem die fortschreitende Euro-Atlantisierung der polnischen Ostpolitik inklusive ihrer Rollenkonzeptionen wider, die sich in ihren Zielen, nämlich einer Unterstützung der Unabhängigkeit, der Demokratisierung und der euro-atlantischen Integration der östlichen Nachbarländer, von der bisherigen Linie nicht unterscheidet, zumal auch in der originalen ULB-Konzeption der Verzicht Polens auf imperiale Ambitionen ein Kernbestandteil war. Auch in sonstigen Äußerungen Sikorskis im untersuchten Material lässt sich keine Infragestellung dieser Politik erkennen, trotz seiner Kritik an den ungemachten Hausaufgaben der Ukraine, welche Polens Bemühungen nicht eben vereinfachten. Die Tatsache, dass Sikorski in einem späteren Interview die Kritik barsch als unberechtigt zurückwies und mehrfach auf die ULB-Konzeption Bezug nahm, zeigt, wie gefestigt dieser diskursive Rahmen für die polnische Ostpolitik weiterhin ist:

„Ich weiß nicht, was [Jerzy Giedroyc] heute sagen würde, aber entgegen der allgemeinen Meinung denke ich, dass es in Polen keinen Streit über die Richtigkeit der Umsetzung der giedroyc'schen Ostpolitik gibt. Es gibt einen Streit über Handlungsmethoden und das Setzen von Akzenten. Es gibt diejenigen, die denken, dass man durch Gerede und symbolisches Handeln viel erreicht, und solche, die denken, dass das, was wir tun, ein großes, auf viele Jahre angelegtes Programm ist. Ich spreche vom Heranziehen der Länder Osteuropas an die Zivilisation des Westens. Unser Handeln muss praktische Konsequenzen haben und nicht nur aus lauten Erklärungen gewoben sein.“ (Sikorski 2010: 73)

In Kurzform sagt Sikorski, dass Polen dann ein sicheres Land sein werde, wenn es „den Westen“ auf beiden Seiten habe, was Russland mit einschließe. Der Umsetzung Polens Rollenkonzeption als Brücke zwischen Ost und West dienen dabei die beiden bereits bekannten Sub-Rollenkonzeptionen Polens als Unterstützer der Transformation der östlichen Nachbarländer sowie als Unterstützer ihrer Integration in den Westen.

4.2.7.1 Polen als Unterstützer der Transformation der östlichen Nachbarn

Die Unterstützung der Transformation der postsowjetischen Staaten bzw. der „Export“ von Demokratie und Marktwirtschaft stellt unverändert eine wesentliche Komponente der Rollenkonzeption als Brücke zwischen Ost und West dar. In der Sicherheitsstrategie von 2000 wird dabei mittlerweile auch explizit formuliert:

„Demokratische, wohlhabende Staaten mit einem hohen Maß an Wohlstand und Bildung der Bevölkerung neigen weniger zu internationaler Aggression als Diktaturen, die

wirtschaftliche Schwierigkeiten durchleben. Deswegen sind jegliche Anstrengungen, die auf den Aufbau von demokratischen Regierungssystemen, Zivilgesellschaften und effizienten Wirtschaftssystemen abzielen, Aktivitäten, die der Stärkung der Sicherheit Polens dienen.“ (Rada Ministrów RP 2000)

Dabei wird mittlerweile das stärkste Gewicht auf die Ukraine gelegt (s.u.). In Bezug auf Russland wird diese Rollenkonzeption schon Ende der Neunzigerjahre weniger stark akzentuiert und eine erfolgreiche Transformation stärker (aber keinesfalls ausschließlich) als Wunsch denn als Aufgabe für Polen konstruiert wird. Hintergrund sind offenbar die schlechten polnisch-russischen Beziehungen und ein Gefälle in der „internationalen Position“, verbunden mit russischem Großmachtdenken, was Polen einen maßgeblichen Einfluss auf Russland schwerer macht als in Bezug auf andere Staaten der Region. Insbesondere müsse Polen es auch vermeiden, einen überheblichen, „mentorenhaften“ Ton gegenüber Russland anzuschlagen (vgl. GW 29.1.1999). 2004 wird diese „Brücken“-Konzeption dann praktisch gar nicht mehr angeführt, was damit zu tun zu haben scheint, dass zunehmend die Ansicht vertreten wird, dass Polen nur über die EU von Russland als gleichberechtigter Gesprächspartner angesehen werden kann. Außenminister Cimoszewicz (SLD) führt sogar konkret aus, dass diese Idee der Vergangenheit angehört. Ein einzelner Abgeordneter

„beruft sich auf die vor vielen Jahren entwickelte Konzeption betreffend eines einflussreichen Vermittlers zwischen Russland und Westeuropa, der Polen sein sollte. Ich möchte darauf hinweisen [...], dass sich seit der Zeit, in der diese Theorie verkündet wurde [...] vieles – man könnte sagen: leider – verändert hat, als Folge von Fehlern, die auch von unserem Staat begangen wurden. Die Chance, diese Rolle zu spielen, haben wir vor einiger Zeit verloren. Heute hat Polen als Vermittler, vor allem in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, niemand mehr nötig. Wer eine solche Zusammenarbeit aufnehmen wollte, hat das schon getan.“ (Sejm RP 2004a: Cimoszewicz b)

Bereits 2004, besonders deutlich aber 2009 zeigt sich daher, dass der Schwerpunkt in der Russlandpolitik voll und ganz auf Polens Wirken innerhalb der EU und der NATO gelegt wird. Zwar wird die Verbesserung der bilateralen Beziehungen – die letzten Endes durchaus auch sicherheitspolitische Relevanz hat – weiterhin als Ziel formuliert, es lassen sich sonst aber keine sicherheitspolitisch relevanten Rollenkonzeptionen mit Russlandbezug feststellen.

Die Unterstützung für ein „unabhängiges, demokratisches, stabiles und sicheres Weißrussland“ (Rada Ministrów RP 2000) wird lange Zeit nur noch sehr selten propagiert. Im Gesamtdiskurs spielt Weißrussland – mutmaßlich aufgrund der großen Abhängigkeit von Russland und der sich verfestigenden autoritären Strukturen und dem daraus sich ergebenden geringen Spielraum für Einflussnahme – bis Mitte der Nullerjahre im Diskurs eine völlig marginale Rolle. So taucht es in der Sicherheitsstrategie von 2003 überhaupt nicht mehr namentlich auf (vgl. Rada Ministrów RP 2003).

Zwar wird Polen weiterhin sporadisch als Unterstützer der demokratischen und marktwirtschaftlichen Transformation der „letzten Diktatur Europas“ konstruiert, etwa durch die finanzielle Unterstützung proeuropäischer und demokratischer zivilgesellschaftlicher Organisationen (vgl. etwa Sejm RP 2004a: Cimoszewicz a; GW 9.11.2004; Sejm RP 2005: 273; Kwaśniewski 2004b: 171) oder das Eintreten für Visaerleichterungen (vgl. Sejm RP 2004a: Klich). Nennenswert thematisiert wird Weißrussland aber erst im Untersuchungsjahr 2009 wieder. Dies ist offensichtlich durch das seit 2006 härtere Durchgreifen des weißrussischen Regimes gegen den „Bund der Polen in Weißrussland“ mitverursacht, sodass die (nicht sicherheitspolitische) Rollenkonzeption Polens als Beschützer der Auslandspolen hier verstärkend mit hineinspielt. Dennoch wird die Demokratisierung Weißrusslands auch weiterhin klar mit einer Stärkung der Sicherheit Polens assoziiert (vgl. v.a. Rada Ministrów RP 2007). Dabei zeigt sich, dass die Unterstützung für demokratische und zivilgesellschaftliche Kräfte sowie die Funktion Polens als „Botschafter der europäischen und transatlantischen Idee“ (Sejm RP 2009: 279) in Weißrussland breit geteilt wird und in den Jahren zuvor offenbar vor allem aufgrund einer gewissen Resignation nicht weiter thematisiert wurde. Während der Parlamentsdebatte 2009 entspannt sich zwischen Paweł Kowal (PiS), Robert Tyszkiewicz (PO), Adam Lipiński (PiS) und Außenminister Sikorski (PO) gar ein offener Schlagabtausch darüber, welche Regierung sich nun am effektivsten für die Demokratie in Weißrussland eingesetzt habe. Instrumente hierfür sind nicht nur finanzielle Hilfen für zivilgesellschaftliche Kräfte, sondern etwa auch Stipendien für weißrussische Studenten oder die Bereitstellung neutraler Medien in Form von Radio- und Fernsehsendern. Sikorski verteidigt auch die Wiederaufnahme von Kontakten mit dem weißrussischen Regime gegen die Kritik der PiS:

„Sie haben mir vorgeworfen, dass der Besuch in Weißrussland ein Fehler war, dass die Aufnahme von Kontakten mit der weißrussischen Regierung ein Fehler ist. Ich stimme Ihnen nicht zu. Ich denke, dass die vorherige Politik des totalen Ignorierens Weißrusslands ein Fehler war, die unter dem Schlagwort des Patriotismus, unter den Schlagworten des Kampfes für die Demokratie Weißrussland im geopolitischen Sinne erneut in die russische Einflussosphäre gedrängt hat, die Weißrussland isoliert hat und die Realisierung des russischen Spiels war, sofern es um die Beziehungen zu Weißrussland ging.“ (Sejm RP 2009: 305)

Für die baltischen Staaten ist ebenfalls bereits Ende der Neunzigerjahre eine diskursive Marginalisierung festzustellen, was allerdings keinen Bedeutungsverlust anzeigt (da die Sub-Rollenkonzeption als Unterstützer der Integration bis 2004 weiter unvermindert greift) sondern eher mit einem mittlerweile als sicher betrachteten Erfolg der Transformation in diesen Ländern zu tun haben dürfte. Stattdessen kommt es im Zusammenhang mit der Kosovokrise zu einer Ausweitung dieser Rollenkonzeption auf die Länder Südosteuropas, mit einer analogen

Argumentation: Udemokratische Strukturen und wenig leistungsfähige Wirtschaftssysteme, die Nationalismen verstärken, führen zu Instabilität, was für ganz Europa eine Bedrohung darstellt. Polen könne mit seiner Transformationserfahrung hier eine wertvolle Hilfestellung geben (vgl. GW 12.6.1999, 9.7.1999). Diese Stoßrichtung sollte sich als kurzlebig erweisen, zeigt aber, dass die Rollenkonzeption von Polen als „Transformationshelfer“ offenbar so sehr in der sicherheitspolitischen Diskursformation verankert ist, dass sie bereits einen fixen Bezugspunkt bildet und parallel zu einer gewissen Erweiterung des polnischen außenpolitischen Horizonts auf „neue Fälle“ transferiert werden kann. Sie ist in diesem Sinne auch der „entregionalisierten“ Form der Rollenkonzeption als Stabilitätsexporteur zuzurechnen.

Wesentliche Instrumente zur Umsetzung der Rollenkonzeption als Unterstützer der Transformation der östlichen Nachbarstaaten sind weiterhin verschiedenste Formen von bilateraler Zusammenarbeit in unterschiedlichen Politikbereichen, vom Aufbau lokaler und regionaler Selbstverwaltungsstrukturen bis hin zur universitären Zusammenarbeit, wobei Polen seine Erfahrungen aus dem eigenen Transformationsprozess nutzen soll. Zudem soll Polen dabei eine Vorbildfunktion einnehmen. Czesław Bielecki von der 1999 regierenden AWS konstruiert Polen hierbei – was in dieser offenen Form allerdings eine Rarität ist – als regionale Führungsmacht:

„Daher wollen wir, während wir den westlichen Strukturen beitreten, Brückenbauer nach Osten bleiben, und nicht nur eine Brücke. Wir wollen zeigen, dass die Systemtransformation ein Erfolg ist. Daher können wir nur aus der Position eines regionalen Anführers – durch Erfolg und Erfahrung – Brücken zur Ukraine, zu den baltischen Ländern, zu Russland bauen.“ (Sejm RP 1999: Bielecki)

Die Rolle Polens als Vorbild wird sogar als Rollenerwartung von Seiten der östlichen und südlichen Nachbarn konstruiert und damit weiter verstärkt (vgl. Sejm RP 1999: Chmielewski). In der Sicherheitsstrategie von 2000 wird erstmals die Bereitschaft zu eigener, bilateraler Entwicklungshilfe – im Rahmen der Möglichkeiten – erwähnt, daneben auch, wie schon bisher, die Hilfe bei der Erlangung solcher Unterstützung von Seiten internationaler Institutionen (vgl. Rada Ministrów RP 2000).

Grundsätzlich dient diese Rollenkonzeption weiterhin der Stabilität und den gutnachbarschaftlichen Beziehungen, die insbesondere für die Ukraine und für Russland als erstrebenswert konstruiert werden. Sie wird auch – gerade im Rahmen der Sicherheitsstrategie – explizit auf das in den östlichen Nachbarländern vorhandene militärische Potenzial bezogen, das weiterhin eine potenzielle Bedrohung darstelle. Daher seien demokratische Verhältnisse und innere Stabilität in diesen Ländern in Polens ureigenstem Interesse (vgl. Rada Ministrów RP 2000).

4.2.7.2. Polen als Unterstützer der europäischen Integration der östlichen Nachbarländer

Polen wird bereits 1999 fast konsensuell als „Fürsprecher“ oder „Anwalt“ der Integration der östlichen Nachbarländer in die europäischen Institutionen konstruiert, insbesondere bezüglich der NATO, deren Ostpolitik sie aktiv mitgestalten soll (vgl. GW 24.3.1999). Neben der dominanten Ukraine spielen innerhalb dieser Rollenkonzeption anfangs noch vor allem Litauen und die Slowakei eine Rolle; für Weißrussland werden analog zu Sub-Rollenkonzeption von Polen als Transformationshelfer keine entsprechenden Ambitionen formuliert.

Dabei greifen die beiden Sub-Rollenkonzeptionen sehr stark ineinander, da die NATO mittlerweile, wie bereits erwähnt, nicht mehr nur als Organisation für kollektive Verteidigung von Territorium und Souveränität, sondern sehr deutlich als Organisation zur Verteidigung von Werten wie Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechten konstruiert wird, also jener Werte, die Polen auch in die Nachbarländer „exportieren“ soll, um sie zu stabilen, sicheren Nachbarn zu machen. Ähnliches gilt mit der Zeit zunehmend für die EU.

Die Funktion Polens richtet sich einmal nach innen und einmal nach außen. Nach innen – also in die NATO und die EU hinein – soll Polen insbesondere ein *Fürsprecher der Politik der offenen Tür* sein. Beide Organisationen sollen weiterhin offen sein für eine Aufnahme neuer Mitgliedsländer, und Polen soll ganz wesentlich dazu beitragen, diese Offenheit sicherzustellen. Die Erweiterung wird nicht nur mit dem Ziel der Stabilisierung Ostmitteleuropas verknüpft – auch hier zeigt sich, dass Polen eine nationale Rollenkonzeption praktisch auf NATO und EU „hochlädt“ – sondern auch mit dem Ziel der europäischen Einheit bzw. der Bedrohungskonstruktion neuer Trennungslinien, etwa von Außenminister Geremek:

„Die Lage und Position Polens in Europa und unsere historischen Erfahrungen erlegen uns die Sorge und die Mitverantwortung für die Situation in der Region auf. Wir gestalten, im Rahmen unserer Möglichkeiten, die Bedingungen für eine sichere Entwicklung unserer östlichen und südlichen Nachbarn mit. Deshalb wird Polen, auch in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse, die Beseitigung der Teilungen, Barrieren und Unterschiede anstreben, die ein Überbleibsel des Kalten Krieges und des kommunistischen Erbes sind. Allen Nationen Mittel- und Osteuropas sollte die Chance zum Aufholen der Entwicklungsrückstände sowie zu gegebener Zeit zum Beitritt zu den von den Demokratien des euroatlantischen Raumes geschaffenen Strukturen gegeben werden.“ (Sejm RP 1999: Geremek a)

Tadeusz Syryjczyk (UW) formuliert es noch deutlicher:

„Wir wollen nicht, dass das Ergebnis der Veränderungen die Verschiebung des Eisernen Vorhangs von der Elbe an den San und den Bug ist. Wir sehen unsere Rolle darin, eher eine Brücke als eine Mauer zu sein.“ (Sejm RP 1998: Syryjczyk)

Polen soll also dafür Sorge tragen, dass die Tür zu NATO und EU offenbleibt. Dies soll nicht nur durch Lobbying bei den westlichen Partnern gelingen, sondern vor allem auch dadurch,

dass Polen sich als verlässlicher Verbündeter erweist und zeigt, dass auch ein postkommunistisches Land – unter anderem durch seine Eigenschaft als „Osteuropa-Spezialist“ (Sejm RP 1999: Geremek a) mit Wissen über die östlichen Nachbarn und guten Beziehungen zu ihnen – einen Mehrwert in die westliche Gemeinschaft bringt. Mehrfach wird in Bezug auf die NATO betont, dass nachfolgende Erweiterungsrunden stark davon abhängen, wie sich die neuen Mitglieder bewähren:

„Wir wollen und wir werden in der NATO keine Trittbrettfahrer sein. [...] Daher sind wir, Polen, Tschechien und Ungarn, das Versuchsfeld, auf dem sich die Politik der offenen Tür, die von so vielen Rednern unterstützt wird, zu bewähren hat. [...] Denn wir wollen gemeinsam zur Vervielfachung der Verbindungen mit unseren Nachbarn beitragen und auf diese Weise die euroatlantische Sicherheitszone ausweiten. So verstehen wir die Brückenrolle Polens.“ (Sejm RP 1998: Bielecki)

Hier klingt auch bereits an, dass Polen nicht nur nach innen für die weitere Offenheit der westlichen Organisationen sorgen, sondern auch nach außen durch gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten – und in Folge durch seine Rolle als Unterstützer von deren erfolgreicher Transformation – zum Erfolg kommender Erweiterungsrunden beitragen soll, da eine erfolgreiche Transformation und Stabilisierung für einen Beitritt notwendig ist.

Diese Rollenkonzeption wird ganz wesentlich mit dem Ziel der Stabilität und dem Ziel der Einigung Europas verknüpft. Ziel ist es allerdings auch – nachdem Polen nun kein Teil der mitteleuropäischen „Zone verdünnter Sicherheit“ mehr ist – es durch die Integration der östlichen Nachbarstaaten aus der Position einer „Vormauer der Demokratie“ herauszuholen. Bereits Anfang der Neunziger wurde die Idee formuliert, dass Polen zu einer „Brücke“ werden solle, um kein „Bollwerk“ mehr sein zu müssen, der am weitesten nach Osten vorgeschobene Teil des stabilen, demokratischen Westens, an der Grenze zu einem instabilen Osten. Besonders deutlich formuliert dies Präsident Kwaśniewski, der bei einer Rede vor den Führungskräften von Außenministerium und Streitkräften davon sprach, durch die Erweiterung der NATO Polens „Flanken“ zu „schließen“ (Kwaśniewski 1999c: 447). Antoni Macierewicz, der später ein einflussreicher Politiker im Umfeld der PiS werden sollte, sprach gar von Polen als einem „Frontstaat“ (Sejm RP 1999: Macierewicz).

4.3. Die Entwicklung der polnischen ukrainepolitische Rollenkonzeptionen

4.3.1. Die Konstruktion der Ukraine als Akteur

Wie bereits ausgeführt, nimmt die Ukraine im Rahmen des ULB-Diskurses unter den östlichen Nachbarstaaten Polens und später der EU/NATO eine Sonderstellung ein. Schon 1999 hat ihre Bedeutung verglichen mit 1994 eher noch zugenommen. Sie verbindet nun mit Polen eine „strategische“ Partnerschaft, deren Bedeutung im Diskurs – wiederum unter deutlicher Zurückhaltung der Postkommunisten – als überragend konstruiert wird. Die Ukraine, „ein Schlüsselstaat in Europa mit seinem militärischen, ökonomischen und demographischen Potenzial“ (Sejm RP 1998: Słomka), ist „einer der wichtigsten Faktoren für Stabilität und Sicherheit in Europa“ (Rada Ministrów RP 2000). Ihre „strategisch wichtige“ Rolle soll durch die Zusammenarbeit mit Polen noch gestärkt werden (vgl. Sejm RP 1999: Geremek a). Die Bedeutung der polnisch-ukrainischen Beziehungen – nicht nur für Polen, sondern auch für Europa insgesamt – wird auch zu dieser Zeit mehrfach mit den deutsch-polnischen oder gar den deutsch-französischen auf eine Stufe gestellt (vgl. Sejm RP 1998: Poznański, 1999: Bielecki). Diese Konstruktion der Ukraine als sicherheitspolitischen Schlüsselakteur in Osteuropa sollte sich – jenseits des „harten“ ND-Diskurses – in Folge klar als Konsens fortsetzen, etwa in der Sicherheitsstrategie von 2003.

Dabei wird im Untersuchungsjahr 1999 nur selten explizit erklärt, warum die Ukraine und ihre Unabhängigkeit und Transformation eine so große Bedeutung haben. Es ist anzunehmen, dass die Gründe hierfür zumindest im Post-Solidarność-Lager eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit darstellen, zumal die große Bedeutung dieses Landes und die Qualität der polnisch-ukrainischen Beziehungen als „strategische Partnerschaft“ sogar explizit als „Axiom“ (Sejm RP 1999: Geremek a) und „Kanon“ (Sejm RP 1999: Łoziński) der polnischen Außenpolitik bezeichnet werden. Anfang 2004 zeigt sich sogar, dass die Ukraine nur noch sporadisch überhaupt explizit thematisiert wurde.

Die Ereignisse im Gefolge der ukrainischen Präsidentschaftswahlen im November 2004 brachten dann allerdings eine Debatte in Gang, in deren Verlauf die Gründe für die Bedeutung der Ukraine noch einmal deutlich ausformuliert wurden. Es zeigte sich, dass sich an der Bewertung der Ukraine nichts Grundsätzliches verändert hatte: Die Ukraine wird generell nicht nur für Polens Sicherheit, sondern für die Entwicklung ganz Europas als herausragend wichtig konstruiert. Diese Äußerungen bewegen sich zudem klar innerhalb des modifizierten ULB-Diskurses, was darauf hindeutet, dass dieser schlicht soziokulturell sedimentiert war und seine vorher spärliche Reproduktion darauf zurückzuführen ist, dass seine Inhalte als völlig

selbstverständlich vorausgesetzt wurden. So wird die Bedeutung der Ukraine selbst von hochrangigen Politikern wie Präsident Kwaśniewski (vgl. GW 25.11.2004), Ex-Außenminister Rosati (vgl. GW 18.12.2004) oder dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Janusz Onyszkiewicz (vgl. GW 8.11.2004) sowie vom ehemaligen Präsidenten Lech Wałęsa (vgl. GW 26.11.2004) in den Kontext des wieder erwachten russischen Strebens nach Hegemonie im ehemaligen Machtbereich nach dem Amtsantritt Wladimir Putins gestellt.

Ebenso verlaufen weitere Argumentationslinien deutlich entlang des modifizierten ULB-Diskurses. So wird Polen durchgehend als Land dargestellt, das sich nicht für den Sieg einer bestimmten politischen Gruppierung, sondern für demokratische Standards und die Möglichkeit des ukrainischen Volkes einsetze, selbst souverän und unabhängig über seine Führung zu entscheiden. Dies korreliert mit dem modifizierten ULB-Diskurs insofern, als einer seiner zentralen Postulate der Verzicht auf polnisches imperiales Einflussstreben im Osten bei gleichzeitiger Sorge für die Unabhängigkeit dieser Staaten ist. Konsequenterweise wird die Entwicklung auch als vorteilhaft für Russland selbst konstruiert, da stabile und demokratische Staaten an seinen Grenzen für Moskau günstig seien (vgl. Sejm RP 2005: 273).

Ein deutlicher Hinweis darauf, wie sehr der modifizierte ULB-Diskurs sich durchgesetzt hat, sind auch entsprechende explizite Äußerungen hierzu in der Tagespresse, die darin gipfelten, dass die *Gazeta Wyborcza* den zentralen Aufsatz Juliusz Mieroszewskis im Dezember 2004 vollständig abdruckte (vgl. GW 4.12.2004). Präsident Kwaśniewski gab zudem in einem Interview für die Wochenzeitung *Polityka* eine in der Presse weithin zitierte Aussage zu Protokoll, als er die amerikanische Haltung zur Krise in der Ukraine kommentierte:

„Ich verstehe den Präsidenten der Vereinigten Staaten, ich bemühe mich ja auch um gute Beziehungen zu Putin. Aber ich weiß auch, dass für jede Großmacht ein Russland ohne die Ukraine eine bessere Lösung ist als ein Russland mit der Ukraine.“ (Kwaśniewski 2004d: 478)

Während Litauen und die anderen baltischen Staaten als erfolgreich transformierte NATO- und EU-Mitglieder ohnehin „abgehakt“ sind und Weißrussland mutmaßlich aufgrund der verfestigten autoritären Strukturen und Abhängigkeit von Moskau eine weniger große Rolle im Diskurs spielt, ist eine folgende Äußerung Kwaśniewskis ein weiterer Hinweis darauf, dass die Ukraine daneben auch schlicht aufgrund ihrer Größe und ihres materiellen Machtpotenzials eine herausragende Stellung unter den zu stabilisierenden osteuropäischen Ländern einnimmt und ihre Unabhängigkeit für die Verhinderung eines russischen Neoimperiums zentral ist – und dies natürlich auch von Ländern wie den USA so gesehen wird:

„Wo liegt für sie das geostrategische Interesse, dass Russland die Ukraine haben sollte? Russland gewinnt seine Position in der Welt zurück, das ist in Ordnung. Aber warum sollte es zusätzlich 50 Millionen Ukrainer dazugewinnen?“ (Kwaśniewski 2004d: 478)

Die Orange Revolution wird zudem von vielen Sprechern sogar als Fortsetzung des polnischen Freiheitskampfes in den Achtzigerjahren dargestellt. Diese argumentative Verbindung erhebt die Revolution in den Rang eines historischen Ereignisses, wenn man berücksichtigt, dass in Polen die Ansicht praktisch unwidersprochen ist, dass es die Revolution der Solidarność war, die den weltpolitischen Umbruch der Jahre 1989-1991 maßgeblich zu verantworten hat.

Die einzigen, die sich dieser Logik und den hieraus resultierenden Rollenkonzeptionen entgegenstellen, sind Politiker der LPR und teilweise der Samoobrona, die an den ND-Diskurs anknüpfen, dessen zentrales Element die souveräne, unabhängige Existenz von Ethno-Nationalstaaten ist. Sie konstruieren entsprechend die Unterstützung der Demokratie in der Ukraine als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ (Sejm RP 2004a: Cepil) und die Ukrainer, insbesondere das Juschtschenko-Lager, als polenfeindliche Nationalisten. Im Gegenzug wird die Bedeutung der Beziehungen zu Russland hervorgehoben, sodass die Sprecher dieses Diskurses von anderen Politikern in Anspielung auf den Parteinamen der LPR als „Liga der Freunde Russlands“ (Liga Przyjaciół Rosji) verspottet wurden (vgl. GW 10.12.2004). Janusz Dobrosz (LPR) schlägt sogar vor, Tschechien statt der Ukraine zum strategischen Partner Polens zu machen und schließt damit an den bereits 1993 von Łopuszański im Rahmen dieses Diskurses vertretenen rigorosen Regionalismus an, nach den Polen als souveräner, unabhängiger Akteur vor allem mit den mitteleuropäischen Staaten zusammenarbeiten sollte (vgl. Sejm RP 2005: 297).

Während diese Dissonanzen mit der Wahlniederlage von LPR und Samoobrona im Jahr 2007 endgültig wegfallen, zeigt sich am bereits geschilderten Streit um einen Artikel von Außenminister Sikorski, wie überragend verbindlich der modifizierte ULB-Diskurs und die hierin enthaltene sicherheitspolitische Bewertung der Ukraine in Polen ist. Dies ist auch nach der Orangen Revolution aus der häufigen Nennung der Ukraine etwa in der Parlamentsdebatte 2009 und mehreren Beiträgen, die sich schwerpunktmäßig mit der Ukrainepolitik befassen, ableitbar. Zudem gibt es auch weiterhin einen expliziten Konsens über die Gültigkeit der ULB-Linie, im Rahmen derer die Ukraine traditionell die Hauptrolle spielt und nach der Polen – mit den Worten des PiS-Abgeordneten Paweł Kowals – seine Unabhängigkeit mit der Unabhängigkeit der Ukraine verknüpft habe (vgl. Sejm RP 2009: 260).

Vertreter aller Parteien außer der PiS äußern dabei Unzufriedenheit mit den Zuständen in der Ukraine und kritisieren teils auch offen die ukrainische Führung dafür, ihre Hausaufgaben nicht gemacht zu haben. Während die PiS vor allem die polnische Regierung für diesen Zustand

kritisierte, verweisen die restlichen Sprecher darauf, dass Polen diese Aufgabe nicht alleine lösen könne und die Misserfolge auch die Schuld der Ukraine seien. Wie bereits beschrieben, wurde diese Kritik teils als Ukrainemüdigkeit der regierenden Eliten interpretiert, was jedoch von diesen rundweg zurückgewiesen wurde, etwa von Stefan Niesiolowski (PO):

„Ich weiß nicht, worauf die „Ukrainemüdigkeit“ seitens der polnischen Regierung beruhen sollte. Der Premier war dort, der Außenminister war dort, am Sonntag fährt eine Delegation der Bürgerplattform nach Kiew, mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, der mit unseren Verbündeten Gespräche führen wird. Die Intensität dieser Kontakte ist sehr hoch. Allerdings gibt es Probleme in der Ukraine selbst, und die Zeiten, in denen Polen die inneren Probleme der Ukraine löste, sind glücklicherweise vorbei. Das sind Probleme, welche die Ukrainer selbst lösen müssen, aber eine Müdigkeit sehe ich nicht.“ (Sejm RP 2009: 274)

Auch Außenminister Sikorski wies im erwähnten Interview mit der „Nowa Europa Wschodnia“ die Vorwürfe zurück, die Beziehungen zur Ukraine dem Ziel guter Beziehungen zu Russland unterzuordnen und sprach dort extensiv über die ukrainepolitischen Aktivitäten der polnischen Regierung und die Intensität der Beziehungen (vgl. Sikorski 2010). Insofern kann konstatiert werden, dass die Ukraine weiterhin ungebrochen eine herausragende Rolle in der sicherheitspolitischen Diskursformation einnimmt, die konsensuell verbindlich ist. Diese Bedeutung speist sich einerseits aus dem Wunsch, auch östlich Polens stabile, demokratische Verhältnisse zu haben, wie auch andererseits aus dem Ziel, Russland keine Wiedererrichtung einer Einflussphäre auf Kosten der Souveränität seiner Nachbarländer zu erlauben. Die Ausführungen speziell zur Ukraine halten sich dabei im Untersuchungszeitraum häufig durchaus in Grenzen. Einige Sprecher widmen dem größten östlichen Nachbarn mehr Raum, häufig wird jedoch nur kurz die Bedeutung der Ukraine und/oder die entsprechenden Rollenkonzeptionen bestätigt, was auf eine gewisse Selbstverständlichkeit bzw. soziokulturelle Sedimentierung hindeutet. Dabei ist das ULB-Konzept der Pariser „Kultura“ weiterhin ungebrochen die diskursive Basis der polnischen ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen.

4.3.2. Polen als Unterstützer der Unabhängigkeit und Transformation der Ukraine

Die Funktion Polens als Unterstützer der Unabhängigkeit und Transformation der Ukraine kann weiterhin und über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg als deutlich dominant und unwidersprochen betrachtet werden. Die Festigung demokratischer Strukturen, der Erfolg der wirtschaftlichen Reformen und der Aufbau einer Zivilgesellschaft werden als wesentliche Ziele der Ukrainepolitik formuliert.

„Die Hauptaufgabe der polnischen Politik gegenüber der Ukraine ist es, diese Prozesse durch bi- und multilaterale Initiativen zu unterstützen.“ (Sejm RP 1999: Geremek a)

Dabei soll Polen zunächst noch lediglich mit seiner Erfahrung und seinen Ressourcen sowie durch die Generierung von Unterstützung externer Dritter die Transformation der Ukraine unterstützen. So stellt Außenminister Geremek auch die polnisch-amerikanische Zusammenarbeit in diesen Kontext und erinnert an die im vorherigen Jahr unterzeichnete amerikanisch-polnisch-ukrainische Deklaration über die Zusammenarbeit im Transformationsprozess. Auch soll Polen generell im Westen weiter Lobbying betreiben und Wirtschaftshilfe für die Ukraine generieren. Polens Aktivität wird hier für den Erfolg der ukrainischen Transformation sogar als notwendig konstruiert:

„Man kann annehmen, dass der Westen allein, ohne weitgehendes Engagement Polens, aber auch Tschechiens und Ungarns für die Zusammenarbeit, keinen Durchbruch in der wirtschaftlichen Kooperation mit der Ukraine schaffen und keinen Weg aus der Sackgasse finden wird, in der sich die Umsetzung der Reformen befindet.“ (Sejm RP 1999: Łoziński)

Auch diese Rollenkonzeption unterliegt angesichts der beschränkten Eigenmittel Polens einer zunehmenden Euro-Atlantisierung. Gerade das stabilisierende und demokratiefördernde Potenzial von NATO und EU führt offenbar dazu, dass Polen diese Rollenkonzeption schon Mitte der Nullerjahre fast ausschließlich durch sein Wirken innerhalb der euroatlantischen Strukturen ausfüllen soll. Konsequenterweise werden häufig die „pro-europäische und demokratische Entwicklung“ der Ukraine de facto gleichgesetzt.

Wie sehr Polens Rolle als Unterstützer der Unabhängigkeit und Transformation der Ukraine euro-atlantisiert wurde, zeigt sich sehr deutlich den Geschehnissen während der Orangen Revolution. Abgesehen von den Vertretern des ND-Diskurses zog sich die Konstruktion Polens als Unterstützer der Unabhängigkeit und der demokratisch-marktwirtschaftlichen Transformation der Ukraine quer durch alle Lager und kann daher als fast konsensuell gelten. Zwar wurde die Rolle Polens als eigenständiger Unterstützer der ukrainischen Demokratie deutlich bestätigt, etwa aktuell durch Protest und Nichtanerkennung der gefälschten Wahlergebnisse (vgl. GW 23.11.2004, 24.11.2004) und die Weitergabe seiner eigenen Erfahrungen aus den Verhandlungen am Runden Tisch (Kwaśniewski 2004d: 479), sowie generell z.B. durch die finanzielle Unterstützung demokratischer Organisationen der Zivilgesellschaft (vgl. GW 9.11.2004), Einbringen von Know-how als transformationserfahrenes Land (vgl. Sejm RP 2005: 268) oder durch Lobbying für eine Aufnahme in die WTO, um die Ukraine durch die Beseitigung von Handelsbarrieren in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen (vgl. Rz 10.12.2004). Auch solle die Demonstration von Solidarität mit den ukrainischen Demokraten Druck auf Kiew ausüben, die

Krise nicht mit Gewalt zu beenden. Bilaterale Hilfe und die Rolle eines *Anwalts der Ukraine* sind also weiterhin wesentliche Bestandteile dieser Rollenkonzeption.

Weitaus stärker akzentuiert wurde auch in diesem Zusammenhang jedoch Polens Rolle als *Vorreiter der EU-Ostpolitik*. Die Entwicklung in der Außenpolitik der EU wurde schon vorher als Möglichkeit betrachtet, durch ein derartiges „Hochladen“ polnischer ostpolitischer Vorstellungen auf die GASP-/ENP-Ebene den Hebel des größeren Machtpotenzials und Prestiges der EU nutzen zu können. Im Zuge der Krise in der Ukraine forderten die polnischen Eliten zunehmend, dass Polen die EU mobilisieren müsse, um sie zu einem eindeutigen Standpunkt zu bewegen und für die Demokratie in der Ukraine einzutreten. Dabei wurde das bisherige Desinteresse der westeuropäischen Länder an der Ukraine und ihre Priorisierung der Beziehungen zu Russland als wesentliches Problem ausgemacht. Polen müsse daher den wichtigsten europäischen Ländern klarmachen, dass Kiew „kein Vorort von Moskau“ (GW 25.11.2004) sei und dass man die Interessen eines anderen Landes nicht auf dem „Altar“ der Beziehungen mit Russland opfern dürfe (vgl. GW 2.12.2004). In der aktuellen Situation ging es vor allem um die Nicht-Anerkennung der gefälschten Präsidentschaftswahlen und die Ausübung von Druck, um zu einer Lösung der Krise zu kommen. Polens Rolle ist aber nicht nur die punktuelle Generierung von Standpunkten und Aktionen, sondern ganz generell die Schaffung einer ernsthaften Ukrainepolitik der EU, die bisher nur als „Postulat“ existiere. Das setzt auch ganz grundsätzlich die Schaffung eines Bewusstseins für die Bedeutung der Ukraine im Westen voraus, wie etwa Kwaśniewski ausführt:

„Es geht auch um die Schaffung einer intellektuellen Bewegung, ein Engagement großer europäischer Persönlichkeiten für die Ukraine. Das Problem der Unwissenheit über die Ukraine betrifft nämlich nicht nur ein paar Präsidenten und Premiers, sondern die öffentliche Meinung des Westens.“ (GW 25.11.2004)

Polen wird also auch im EU-Kontext als *Anwalt der Ukraine* und als hierfür am besten gerüstetes Land konstruiert. So habe es nicht nur ein klareres und kohärenteres ostpolitisches Konzept als die meisten anderen EU-Staaten (vgl. Sejm RP 2004a: Cimoszewicz a), auch habe Polen im Gegensatz zu den größten EU-Mitgliedsstaaten ein fundiertes Wissen und gute Beziehungen zum östlichen Nachbarn (vgl. GW 25.11.2004, 26.11.2004). Teils wird diese Führungsfunktion bereits als Rollenerwartung der EU-Partner an Polen konstruiert, da diese wüssten, „dass die Polen die ukrainischen Spezifika besser verstehen.“ (Rz 29.11.2004)

Polen wird also als Akteur konstruiert, der aufgrund seines Wissens und seiner Kontakte zum führenden Mitgliedsland werden soll, was die ernsthafte Konzeption und Durchführung der EU-Ostpolitik und insbesondere die Unterstützung der Staatlichkeit und Transformation der Ukraine anbelangt. So solle Polen Außenminister Cimoszewicz zufolge auch für die Senkung

von Handelszöllen gegenüber der Ukraine eintreten, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern (vgl. Rz 10.12.2004). Weitere Forderungen beziehen sich auf Finanzhilfen oder die Ermöglichung von Studien- und Weiterbildungsaufenthalten für Ukrainer (vgl. Sejm RP 2005: 290).

Stellenweise wird diese Rollenkonzeption auch damit begründet, dass eine Demokratisierung der Ukraine einen Domino-Effekt auslösen und damit die letzten Bastionen des Autoritarismus in der Region fallen könnten (vgl. GW 2.12.2004, 23.12.2004).

Das Untersuchungsjahr 2009 zeigt im Wesentlichen eine Bestätigung der bisherigen Ergebnisse. Während bilaterale Instrumente – wie etwa Visaerleichterungen, Stipendien für Studenten oder Unterstützung bei der Suche nach Wirtschaftshilfen – durchaus einen nennenswerten Bestandteil dieser weiterhin unverändert dominanten Rollenkonzeption ausmachen (vgl. Sikorski 2010: 69-70), unterliegt diese jedoch weiterhin einer deutlichen Euroatlantisierung, insbesondere mit Einführung der ÖP, aber auch mit dem Lobbying für einen NATO-Aktionsplan für die Mitgliedschaft der Ukraine. Diese Rollenkonzeption wird also mittlerweile ganz wesentlich über die Rolle Polens als *Vorreiter der NATO-/EU-Ostpolitik* realisiert. Polen soll als Mitglied von EU und NATO deren Instrumente nutzen – oder selbst welche schaffen – die es ihm ermöglichen, die Ressourcen beider Organisationen zu nutzen, um die Unabhängigkeit der Ukraine zu stabilisieren und ihre Transformation zu unterstützen. Damit dies funktioniert, muss Polen weiterhin als *Anwalt der Ukraine* in EU und NATO auftreten, um Verständnis für die Situation und die Bedeutung der Ukraine zu schaffen und Ressourcen für die Förderung ihrer Unabhängigkeit und Transformation zu mobilisieren, damit sie nicht wieder zurück in eine russische Einflussphäre fällt.

Gleichzeitig kann weiterhin – umso mehr, als die NATO zunehmend stärker als Allianz zur Verteidigung von Werten konstruiert wird – festgehalten werden, dass die folgende Rollenkonzeption auch ganz wesentlich im Dienste der hier beschriebenen steht.

4.3.3. Polen als Unterstützer der euro-atlantischen Integration der Ukraine

Nach der Absicherung des polnischen NATO-Beitritts gewinnt diese Rollenkonzeption deutlich an Dynamik. Klar wird bereits Ende der Neunzigerjahre Polens Rolle als Anwalt für einen EU- und auch bereits NATO-Beitritt der Ukraine konstruiert, so dass es nunmehr um die euro-atlantische Integration der Ukraine und nicht mehr nur um ihre Integration in rein europäische Strukturen geht (auch wenn diese Begrifflichkeiten im Diskurs häufig nicht sauber getrennt werden).

„Wir helfen der Ukraine beim Eintritt nach Europa – wir haben sie in die Mitteleuropäische Initiative gezogen, wir unterstützen sie auf der Etappe der Partnerschaft, auf dem Weg in die NATO und in andere europäische Strukturen.“ (Sejm RP 1999: Wielowieyski)

Dies soll etwa über das Weimarer Dreieck stattfinden, durch welches Polen bereits Ende der Neunzigerjahre die künftige Ukraine-Strategie der EU beeinflussen soll. Als eine der wichtigsten Aufgaben wird Polens Aktivität in der NATO-Ukraine-Kommission bezeichnet, wobei auch hier die Aufwertung Polens zum „Osteuropa-Spezialisten“ eine Rolle spielt (vgl. Sejm RP 1999: Geremek a). Gleichzeitig wird auch auf bereits erfolgte Initiativen verwiesen, die der Unterstützung der Ukraine selbst bei der Annäherung an die EU dienen, wie etwa die auf polnische Anregung eingesetzte „Ständige polnisch-ukrainische Konferenz für europäische Integration.“ (vgl. Sejm RP 1999: Geremek a)

Diese Rollenkonzeption wird anfangs nicht an besonders vielen Stellen isoliert ausformuliert, sie ergibt sich aber ganz wesentlich aus der Rollenkonzeption der „Brücke zwischen Ost und West“ in Verbindung mit der überragenden sicherheitspolitischen Bedeutung, die der Ukraine im Verhältnis zu den anderen „betroffenen“ Staaten zugeschrieben wird, zumal auch allgemein eine deutliche Zustimmung zu den Grundlinien der Außenpolitik der Regierung festzustellen ist, in denen diese Rollenkonzeption eine wesentliche Rolle spielt. Ab dem Untersuchungsjahr 2004 hingegen zieht sich diese Rollenkonzeption dann bis in die Gegenwart sehr deutlich durch das gesamte Material und wird – mit der obligatorischen Ausnahme der ND-Sprecher – von allen politischen Kräften vertreten, ist also fast konsensuell. Während und direkt nach der Orangen Revolution wird sie lediglich deutlich stärker akzentuiert – auch, und das zeigt die zirkuläre Verflechtung mit der vorherigen Rollenkonzeption, um durch die Mitgliedschaftsperspektive die neue Demokratisierungsdynamik zu unterstützen und zu festigen, während gleichzeitig die Ansicht vertreten wird, dass Polen diese Rolle als *Anwalt der Ukraine* umso besser ausfüllen könne, je demokratischer die Ukraine sei (vgl. Sejm RP 2004a: Cimoszewicz a).

Dabei soll Polen innerhalb der beiden Organisationen vor allem die Rolle eines *Unterstützers der Politik der offenen Tür* bei NATO und EU einnehmen:

„Wir werden uns insbesondere darum bemühen, dass die Europäische Union ihre Beziehungen zur Ukraine in den Rang einer strategischen Partnerschaft erhebt und ihr eine Integrationsperspektive eröffnet, und dass die NATO der Ukraine einen Aktionsplan für den Beitritt anbietet.“ (Sejm RP 2005: 268)

Polen soll dabei als *Anwalt der Ukraine* auftreten und darauf hinwirken, dass diese eine klare Integrationsperspektive mit dem Ziel des Beitritts erhält. Das konstante Lobbying hierfür, die „Öffnung Europas für die Ukraine“, wird als „Schlüsselaufgabe“ (Sejm RP 2004a: Klich) der

polnischen Ostpolitik und als „Verpflichtung“ (GW 2.12.2004) Polens bezeichnet. Die Charakterisierung Polens als „Pionier“ (Sejm RP 2005: 276) zeigt wiederum deutlich, dass diese Rollenkonzeption in den Komplex der Rolle Polens als Vorreiter oder führendes Mitglied der EU einzuordnen ist.

Die Gültigkeit dieser Rollenkonzeption besteht trotz des fehlenden Konsenses in der Ukraine und lässt auch dann nicht nach, als das „orange“ Lager und damit insbesondere die NATO-Ambitionen der Ukraine 2007 durch den Antritt Wiktor Janukowitschs als Ministerpräsident deutlich geschwächt werden. Grund ist, dass Polen den EU- und NATO-Beitritt der Ukraine im eigenen Interesse unterstützen muss – um „soviel Europa wie möglich östlich von Polen“ (Sejm RP 2009: 279) zu schaffen und eine Wiedererrichtung einer russischen Einflussosphäre zu verhindern. Während Polens Scheitern auf dem Bukarester NATO-Gipfel 2008 als Niederlage beschrieben wird, die es zu beseitigen gelte, wird trotz des Fehlens einer entsprechenden programmatischen Formulierung im Rahmen der Östlichen Partnerschaft ganz klar – auch von Außenminister Sikorski – die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU zum letztendlichen Ziel erklärt. Die wiederholte Kritik, dass die ÖP keine Beitrittsperspektive beinhalte, pariert der Außenminister wiederholt mit dem Hinweis, dass die Partnerschaft keinen Endpunkt der Integration definiere, sondern Hilfestellung zur Erfüllung europäischer Standards leiste – soweit die Partnerländer diese übernehmen wollen.

Daher geht es nicht nur darum, die westlichen Partner von der Ukraine zu überzeugen, sondern auch darum, die Ukraine an den Westen heranzuführen und sie für den Westen „fit zu machen“, etwa durch die Erleichterung der Einreise von Ukrainern in den Schengenraum oder zumindest nach Polen sowie durch die verschiedenen Programme und Projekte im Rahmen der ÖP, die eine schrittweise Übernahme des *acquis communautaire* bedeuten. Insofern zeigt sich nicht nur deutlich, dass Polen die Rolle eines Anwalts der Ukraine innerhalb der westlichen Institutionen übernehmen soll, sondern auch einen *Unterstützer der Ukraine auf dem Weg nach Westen*.

IV. Nationale Sicherheit und die Rolle der Ukraine in Tschechien

Der Wandel in der Tschechoslowakei setzte später ein als in Polen, lief dann aber umso schneller ab. Nachdem Polizeigewalt gegen Studentendemonstrationen am 17. November 1989 eine Protestwelle ausgelöst hatte, gründeten Václav Havel und weitere Dissidenten und Reformkräfte in Tschechien das Bürgerforum (OF), um die Regimegegner zu einen und mit der kommunistischen Führung zu verhandeln. In der Slowakei entstand parallel die Öffentlichkeit gegen Gewalt (VPN). Am 10. Dezember berief Präsident Gustav Husák eine neue Regierung unter dem slowakischen KP-Funktionär Marian Čalfa, welcher Vertreter der Reformkräfte sowie der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) angehörten. Am 29. Dezember wurde Václav Havel zum Präsidenten gewählt, im Juni 1990 fanden schließlich die ersten freien Wahlen statt, die in beiden Landesteilen die Reformkräfte klar gewannen. Da sie in einer Übergangszeit stattfanden, wurde die Legislaturperiode auf zwei Jahre verkürzt.

1991 zerfielen die Reformbewegungen. In Tschechien gingen aus dem OF die konservativ-wirtschaftsliberale Demokratische Bürgerpartei (ODS) unter dem tschechoslowakischen Finanzminister Václav Klaus und die programmatisch diffuse, eher linksliberale Bürgerbewegung (OH) hervor, in der sich unter Außenminister Jiří Dienstbier viele Reformintellektuelle wiederfanden, die sich mit Havels Idee der „apolitischen Politik“ identifizierten. Damit hatte sich eine der Spaltungslinien des OF parteipolitisch manifestiert: jene in interessenorientierte „Realisten“ oder „Pragmatiker“ und an moralischen Ideen orientierte, sich meist aus dem Kreise der Charta-77-Dissidenten rekrutierende „Idealisten“ oder „Philosophen“. Einige Mitglieder des Bürgerforums, darunter Klaus' künftiger Gegenspieler Miloš Zeman, schlossen sich zudem anderen neu entstandenen Parteien wie der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (ČSSD) an. Während die ODS die Wahlen von 1992 gewann und bis heute neben der ČSSD die wichtigste Partei Tschechiens ist, scheiterte die OH an der 5%-Hürde und versank in der Bedeutungslosigkeit. Einige führende Köpfe wie Jiří Dienstbier oder Petr Pithart zogen sich danach zeitweise völlig aus der Politik zurück und wurden allenfalls noch ab 1996 im nachrangigen Senat aktiv. Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in der Slowakei, wo die VPN in die später jahrelang dominierende Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS) unter Vladimír Mečiar und die Bürgerlich-demokratische Union (ODÚ) zerfiel, wobei letztere bei den Wahlen 1992 ein ähnliches Debakel erlebte wie die OH.

Die wirtschaftlichen und kulturellen Spannungen zwischen den beiden Landesteilen sorgten von Beginn an für Diskussionen über ein mögliches Ende des gemeinsamen Staates. Obwohl

eine große Mehrheit der Bevölkerung für dessen Erhalt war – im September 1991 sprachen sich 80% der Tschechen und 69% der Slowaken für den Erhalt der Föderation aus (vgl. MFD 24.9.1991) – führten die gegensätzlichen Vorstellungen von Klaus und Mečiar über das Verhältnis zwischen den beiden Republiken nach den Wahlen im Juni 1992 schließlich zur Dismembration. Bereits im Juli 1992 wurde ein tschechisches Außenministerium unter Josef Zieleniec (ODS) gegründet, das begann, eine eigenständige Außenpolitik vorzubereiten. Es übernahm zum 1. Januar 1993 nicht nur Gebäude und Struktur, sondern auch fast das gesamte Personal des föderalen auswärtigen Dienstes – darunter auch viele Slowaken, die sich im neuen tschechischen Staat einbürgern ließen. Von rund 800 Mitarbeitern des tschechoslowakischen Außenministeriums wechselten über 700 in den tschechischen Staatsdienst (vgl. MZV, o.D.b). Die strukturellen und personellen Veränderungen waren damit weit weniger gravierend als gleich nach dem Systemwechsel, als fast die Hälfte der Bediensteten das Ministerium hatte verlassen müssen, fast alle Leitungspositionen neu besetzt worden waren und viele fähige Mitarbeiter sich zudem besser bezahlte Arbeit in der Privatwirtschaft gesucht hatten (vgl. FS ČSFR 1991b: 100).

Die Analyse der tschechischen⁶⁶ sicherheitspolitischen Diskursformation bringt einige Schwierigkeiten bezüglich der Materiallage mit sich. Der hierfür verantwortliche Sachverhalt stellt angesichts der „objektiven“ Ähnlichkeit zu Polen in Hinblick auf die außenpolitischen Bedingungen und der ebenso „objektiven“ Notwendigkeit, die Außenpolitik nach der Wende gleich zweimal neu zu definieren, die erste etwas überraschende Erkenntnis dar: Von Anfang an, vor allem aber ab dem Beginn der Klaus-Ära Mitte 1992 ist nicht nur die sicherheitspolitische, sondern ganz allgemein die außenpolitische Diskursformation bei Weitem nicht so stark ausgeprägt wie in Polen, wo seit 1990 jedes Jahr eine sich teils über mehrere Sitzungstage erstreckende Außenpolitikdebatte im Sejm geführt wird. Direkt nach der Wende gab es in Prag z.B. nur im Dezember 1991 eine sechsstündige Grundsatzdiskussion in der Föderationsversammlung zu einem Bericht über die tschechoslowakische Außenpolitik von Außenminister Jiří Dienstbier (vgl. FS ČSFR 1991c). Eine frühere Aussprache im Januar 1991 dauerte gerade zwei Stunden (vgl. FS ČSFR 1991a).

⁶⁶ Bereits vor der Dismembration lässt sich eine tschechische Diskursformation sinnvoll abgrenzen. Parteiensysteme, Medienlandschaften, mithin die politischen Öffentlichkeiten der beiden Republiken waren deutlich voneinander getrennt. In dieser Hinsicht ähnelte die Tschechoslowakei dem früheren Jugoslawien. In nennenswertem Umfang gab es eine gemeinsame öffentliche Debatte im Wesentlichen in der Föderationsversammlung. Sofern gelegentlich Äußerungen slowakischer Abgeordneter angeführt werden, dienen diese der Verdeutlichung von Argumenten oder als Hintergrundinfo. Sie gehören allerdings nicht zum Korpus der Diskursfragmente. Diese Selektion tut der Gültigkeit der Schlüsse jedoch auch für die Zeit vor der Dismembration keinen Abbruch, da allgemein politisch, insbesondere aber außenpolitisch die Tschechen in der Tschechoslowakei klar dominierten und die politische Linie im Wesentlichen bestimmten – was letzten Endes auch ein Grund für die Trennung war.

Ebenfalls in Kontrast zu Polen, wo „nationale Sicherheit“ nicht nur, aber insbesondere in den Anfangsjahren den Dreh- und Angelpunkt der außenpolitischen Diskursformation bildet, stellt sich selbiges innerhalb der so oder so schon weniger intensiv geführten tschechischen Diskussion über Außenpolitik vielleicht nicht als randständig, aber doch als untergeordnet dar und geht zwischen sehr stark wertefixierten Moraldebatten von „Idealisten“ wie Dienstbier und insbesondere Havel und einer pragmatisch orientierten, sehr stark auf ökonomische Fragen ausgerichteten Konzeption der von Václav Klaus geführten „Realisten“ zeitweise fast völlig unter. In der Gesamtschau fehlt im Vergleich zu Polen schlicht eine breite, intensive politische Diskussion über Außen- und Sicherheitspolitik, was zu einer Dominanz relativ kleiner Zirkel über die öffentlich mittels Reden, Wahlprogrammen und der Presse ausgetragene Debatte führt – obwohl von den Nachwende-Außenministern Dienstbier (vgl. MFD 19.5.1990) und Zieleniec (vgl. PSP ČR 1993b: 19) die (darüber hinaus offenbar nur beschränkt geteilte) Parole ausgegeben wurde, dass aufgrund der Größe und der geostrategischen Lage der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens und der daraus resultierenden Abhängigkeit von äußeren Faktoren sowie später wegen Tschechiens Eigenschaft als „neuer“ Staat außenpolitische Fragen besonders wichtig seien.

Insbesondere nach der Dismembration trägt noch ein weiterer Sachverhalt dazu bei, dass die Materiallage komplizierter ist als im Falle Polens: Ab 1993 ist das Parlament zeitweise nur noch eingeschränkt als Teil der Diskursarena auszumachen, da die Föderationsversammlung aufgelöst und der Tschechische Nationalrat vom Regional- zum Nationalparlament aufgewertet wurde, wodurch es in der nationalen Volksvertretung an Experten für Außenpolitik mangelte. Zudem wurden zumindest bis 1996 Parlamentsdebatten, die für diese Studie relevant waren, im Wesentlichen von Vertretern der Opposition bestritten, während Abgeordnete der Regierungsfaktionen sich kaum beteiligten. Diese überließen die Repräsentation der Regierungsposition weitgehend der Exekutive und ggf. einzelnen Experten.

Aufgrund dieser Lage waren die ohnehin nur sporadisch stattfindenden außenpolitischen Debatten nicht nur deutlich kürzer, sondern auch inhaltlich meist nicht so gehaltvoll wie in Polen, da sie sich teils in Themen verloren, die mit Außenpolitik wenig zu tun haben – bis hin zu massiven Obstruktionsversuchen durch prozedurale Anträge der Opposition und persönliche, mittels Beleidigungen geführte Auseinandersetzungen zwischen Abgeordneten, vor allem zwischen Kommunisten und ehemaligen Regimegegnern.

So musste Parlamentspräsident Milan Uhde (ODS) bei der Debatte über das Assoziierungsabkommen mit der EU Ende 1993 die Abgeordneten gar zur Beteiligung aufrufen, da abgesehen von Außenminister Zieleniec und dem Berichterstatter des Auswärtigen

Ausschusses, Jiří Payne (ODS), nur zwei der insgesamt 200 Abgeordneten auf der Rednerliste standen. Die Debatte, an der sich dann neun Abgeordnete beteiligten, drehte sich zudem fast ausschließlich um die Frage, ob in Tschechien die Menschenrechte eingehalten würden, da ein entsprechender Passus im Abkommen diesbezüglich als Kritik an Tschechien verstanden wurde. Ein Abgeordneter der Regionalpartei HSD-SMS machte auf dieser Basis gar die Forderung nach mehr Selbstverwaltung für die Region Mähren zum Schwerpunkt seines Beitrags. Insgesamt ging es in der Debatte praktisch ausschließlich um innenpolitische Auseinandersetzungen, nicht jedoch um Europapolitik oder den Beitrittsprozess Tschechiens, auch wenn die Abgeordneten sich am Ende für das Abkommen aussprachen (vgl. PSP ČR 1993d). Dieser Zustand beschränkte sich allerdings nicht auf die ersten Jahre der Tschechischen Republik. Bei der Diskussion über die tschechische Beteiligung an Kosovokrieg attackierten sich beispielsweise Abgeordnete der kommunistischen KSČ-Nachfolgepartei KSČM und der konservativen Parteien derart heftig in Hinblick auf die Herrschaft der Kommunisten 1948-1989, dass die Vorsitzende Petra Buzková (ODS) die Abgeordneten ermahnen musste, das Instrument der „Tatsachenbemerkung“ (eine direkte Reaktionsmöglichkeit auf den Beitrag eines anderen Abgeordneten, sei er ein genuiner Redebeitrag oder seinerseits eine Tatsachenbemerkung) nicht für sachfremde Auseinandersetzungen zu missbrauchen (vgl. PSP ČR 1999a: 22).

Unter anderem diese Lage trug wesentlich dazu bei, dass das Parlament, anders als in Polen, über weite Strecken des Untersuchungszeitraumes nicht als zentraler Ort der außenpolitischen Diskussion zu betrachten ist. So präsentierte nach der ersten Debatte über das Konzept für die neue tschechische Außenpolitik von Josef Zieleniec (ODS) im April 1993 mit Jan Kavan (ČSSD) erstmals – und bis heute letztmalig – 1999 wieder ein Außenminister ein derartiges Dokument im Parlament. Auch sonst standen im Abgeordnetenhaus lange Zeit kaum außenpolitische Themen auf der Agenda; 1993-1996 befasste es sich lediglich mit der außenpolitischen Konzeption von Zieleniec im Rahmen einer längeren Plenardebatte, eine kurze Aussprache gab es noch zum Freundschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland. Die Situation änderte sich erst ab 1996 ein wenig, als durch die Wahlen auch wieder Politiker der „ersten Garde“ ins Parlament einzogen und insbesondere die oppositionelle ČSSD gestärkt wurde. Doch auch in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre spielten außenpolitische Themen jenseits der wenig diskussionslastigen Ratifikation bi- und multilateraler Verträge – in der Regel mit wirtschaftlichem Bezug, etwa Investitions- und Steuerabkommen – nur eine geringe Rolle. Ausnahmen sind die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997, der NATO-Beitritt und der Kosovokrieg. Ab etwa 2000 ist dann eine gewisse Verlagerung des Schwerpunktes der

außenpolitischen Debatte weg von den Medien und hinein ins Parlament festzustellen, so dass das Ausmaß, mit der außen- und sicherheitspolitische Fragen dort diskutiert wurden, anstieg, ohne jedoch eine dem polnischen Fall vergleichbare Intensität zu erreichen.

Die Folge dieser Sachverhalte ist, dass im tschechischen Falle die Anzahl der herangezogenen Dokumente, die Diskursfragmente enthalten, deutlich höher und die Analyse damit deutlich aufwändiger ist, da anders als in Polen keine „bequeme“, regelmäßige Verdichtung von sicherheitspolitischen Diskursfragmenten in langen parlamentarischen Grundsatzdebatten gegeben ist und stattdessen die außenpolitische Debatte gerade in den Neunzigerjahren stärker über die Presse geführt wurde, wodurch automatisch mehr einzelne Quellen anfallen. Zudem wurde der Zeitabschnitt 1989-1999, anders als im polnischen Fall, durchgehend bearbeitet, um die Entstehung und Entwicklung der sicherheitspolitischen Diskursformation auf einer breiteren Datengrundlage besser rekonstruieren zu können und die Prozesse nach der Neugründung des tschechischen Staates ausreichend zu berücksichtigen.

Deutlich problematischer als mit der sicherheitspolitischen verhält es sich mit der ukrainepolitischen Diskursformation, die noch schwächer ausgeprägt ist als selbst unter den bekannten Vorannahmen erwartet. Dies gilt sogar für den Zeitraum der Orangen Revolution. So fanden sich in der Tagespresse unter 151 einschlägigen Beiträgen nur elf Artikel mit (meist kurzen und allgemeinen) Aussagen tschechischer Politiker sowie neun Gastartikel und Interviews mit einem Schwerpunkt auf den Ereignissen in der Ukraine, obwohl für diesen Zeitraum die Erhebung eigens auf die drittgrößte überregionale Tageszeitung *Lidové Noviny* ausgedehnt wurde. In 131 redaktionellen Artikeln dieses Zeitraums sind hingegen keinerlei Äußerungen tschechischer Politiker zur Ukraine zu finden, ebensowenig in während des Erhebungszeitraumes erschienenen, teils ganzseitigen Interviews und Gastartikeln hochrangiger Vertreter der politischen Elite.⁶⁷ Zudem war auch die Intensität der Berichterstattung deutlich geringer, was sich nicht nur an der absoluten Anzahl der Artikel ablesen lässt, sondern auch daran, dass in Polen die Berichterstattung bereits Anfang November 2004 intensiv einsetzte, während dies in Tschechien erst am 20. November, kurz vor der zweiten Runde der ukrainischen Präsidentschaftswahlen, nennenswert der Fall war.⁶⁸ Das Parlament lehnte es nach den gefälschten Wahlen zudem ab, sich im Rahmen einer Plenarsitzung überhaupt mit der Situation in der Ukraine zu befassen (vgl. MFD 29.11.2004). Stattdessen gab lediglich der Auswärtige Ausschuss eine vierzeilige Erklärung ab, in der zu

⁶⁷ So bezog sich der einzige Gastbeitrag von Präsident Klaus in diesem Zeitraum auf die Bedeutung des Weihnachtsfestes (vgl. MFD 23.12.2004). Ein ganzseitiges Interview mit Premierminister Stanislav Gross, das zwei Wochen nach dem wiederholten Wahlgang in der Ukraine in der *Mladá Fronta Dnes* erschien, handelte ausschließlich von seiner Amtsführung und innenpolitischen Fragen (vgl. MFD 8.1.2005).

⁶⁸ Zuvor waren lediglich vier Berichte in der *Právo* erschienen.

einer Überprüfung des Wahlergebnisses unter internationaler Beobachtung und zu einem Verzicht auf Gewalt aufgerufen wurde (vgl. Zahraniční výbor PSP ČR 2004). Die Gleichgültigkeit von Politik und Gesellschaft gegenüber den Ereignissen in Kiew wurde – auch vor dem Hintergrund, dass die Ukrainer die mit Abstand größte Einwanderergruppe in Tschechien darstellen – in mehreren der rund 20 bezugnehmenden redaktionellen Kommentare teils massiv angeprangert, insbesondere von Luboš Palata in der *Lidové Noviny*.

Während die Erkenntnis, dass in Tschechien im Wesentlichen *keine* greifbaren und zumindest von einer erheblichen Minderheit getragenen ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen formuliert werden, bereits angesichts dieser Ausführungen nicht überraschen dürfte, stellt sich umso mehr die Frage, wie es sein kann, dass sich dies im tschechischen Fall so extrem anders darstellt als im polnischen. Im Folgenden wird dargelegt, dass die sicherheitspolitische Kultur des Landes und die sich hieraus ergebenden sicherheitspolitischen Rollenkonzeptionen nicht die einzige, aber durchaus eine wesentliche Erklärung sind.

1. Sicherheits- und Bedrohungskonstruktionen in Tschechien

1.1. Vom Idealismus zur Realpolitik: Die Tschechoslowakei (1989-1992)

Ähnlich wie im polnischen Falle nimmt auch in der Antrittsrede des neuen Premierministers Marian Čalfa (KSČ) und in der darauf folgenden Debatte die Sicherheitspolitik keinen größeren Raum ein (vgl. FS ČSFR 1989). Dies gilt ebenso für das Programm der ersten aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierung, die ebenfalls von Čalfa geführt wurde (vgl. FS ČSFR 1990b, 1990c). Grundsätzlich zeigen sich allerdings bereits hier fundamentale sicherheitspolitische Ziele, die vor dem Hintergrund des gesamten Materials als konsensuell gelten können: die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Tschechoslowakei (bzw. später Tschechiens) und die Unantastbarkeit ihrer/seiner Grenzen sowie allgemein der Grenzen in Europa (hier insbesondere der deutsch-polnischen) und ganz generell ein freundliches und friedliches Umfeld, in dem die Tschechoslowakei/Tschechien eine marktwirtschaftliche Demokratie und damit Freiheit und Wohlstand entwickeln kann.

Die sicherheitspolitische Diskursformation entwickelte sich zunächst vor allem in der Presse und in öffentlichen Reden von Politikern, insbesondere von Angehörigen der Exekutive, da die beiden ersten parlamentarischen Aussprachen erst im Januar und im Dezember 1991 erfolgten. Zunächst kann man feststellen, dass die wesentlichen Dimensionen von Sicherheit und einige der wesentlichen sicherheitspolitischen Diskurse in der Nachwende-Tschechoslowakei

durchaus jenen in Polen entsprachen. Auch in der Tschechoslowakei lassen sich vor allem eine territorial-militärische, eine politische und eine ökonomische Dimension von Sicherheit ausmachen, wobei allerdings festzustellen ist, dass es im Vergleich zu Polen eine wesentlich stärkere, gar zentrale innenpolitische Dimension des Sicherheitsbegriffes gibt. Zudem sind auch hier ein europäischer sowie ein transatlantischer Integrationsdiskurs und ein europäischer Einigungsdiskurs erkennbar. Unterschiede zum polnischen Falle sind zudem das Vorhandensein eines spezifischeren *Westintegrationsdiskurses* sowie das Fehlen nennenswerter Pendantes zum ND- und zum ULB-Diskurs, während die Anti-NATO-Position der Kommunisten weniger von einer Pro-Moskau-Orientierung geprägt, sondern Teil eines pazifistischen Diskurses ist und sich im Gegensatz zu jener der polnischen Postkommunisten stabil hält.

1.1.1. Die innenpolitische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes

Von Beginn an bringt der Begriff „Sicherheit“ in der tschechischen Diskursformation eine wesentlich deutlichere innenpolitische Dimension mit sich als in Polen. Diese ist so präsent und ausdifferenziert, dass es nötig erscheint, sie als eigenständige Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes aufzufassen.

Natürlich ist auch in Polen die innere Sicherheit kein unbedeutendes Politikfeld, eine Suche nach „Sicherheitspolitik“ oder selbst nach „nationaler Sicherheit“ etwa in den untersuchten Tageszeitungen und Dokumenten ergibt aber im Falle der tschechischen Diskursformation einen deutlich höheren Anteil an Artikeln, welche innere Sicherheit zum Gegenstand haben und sich insbesondere um die als problematisch empfundenen Kriminalitätsraten drehen (vgl. MFD 21.4.1990, 16.5.1990; RP 15.1.1990, 2.9.1991). Es drängt sich der Eindruck auf, dass die persönliche, unmittelbare Sicherheit des Bürgers vor direkter Gewalt und anderer Unbill einen wesentlich höheren Stellenwert gegenüber „abstrakten“, externen Bedrohungen für das gesamte Gemeinwesen einnimmt als im polnischen Vergleichsfall. Darauf weist auch die Tatsache hin, dass im untersuchten Material selten explizit von der „nationalen“ oder „staatlichen Sicherheit“ die Rede ist, dafür aber – was in dieser Form im polnischen Fall praktisch gar nicht auftrat – auffällig häufig von der „Sicherheit der Bürger“ (vgl. etwa MFD 13.12.1990; FS ČSFR 1991c: 17). Hierdurch scheinen das Individuum und seine persönliche Sicherheitssituation stärker im Vordergrund zu stehen als die übergeordnete Konstruktion des Staates oder der Nation und ihre Sicherheit vor externen Bedrohungen. Dies scheint insbesondere mit der sonstigen programmatischen Ausrichtung des konservativ-wirtschaftsliberalen Spektrums, welches auch auf weiteren Politikfeldern, insbesondere der Wirtschaftspolitik, einen konsequenten

Individualismus vertritt und den einzelnen Bürger im Gegensatz zu einem wie auch immer gearteten Kollektiv stärker in den Mittelpunkt stellt, auf einer Linie zu liegen.⁶⁹

Auch in den untersuchten Wahlprogrammen, welche einen expliziten Abschnitt über Sicherheitspolitik beinhalten, bestätigt sich der Eindruck, dass der Begriff „Sicherheit“ in der tschechischen Diskursformation vor allem von den konservativen Kräften viel stärker im Sinne innerer Sicherheit konstruiert wird. So finden sich in den Wahlprogrammen des OF (1990), der ODS (1992) sowie der KDU-ČSL (1990, 1992) Abschnitte, die der „Sicherheitspolitik“ oder der „Militär- und Sicherheitspolitik“ gewidmet sind und in denen unter „Sicherheitspolitik“ ausschließlich Fragen innerer Sicherheit bzw. betreffend die Polizeikräfte behandelt werden. Hier liegt eine begriffliche Zweiteilung in „Sicherheitspolitik = innere Sicherheit“ und „Militärpolitik = äußere Sicherheit“ vor. Auch im Wahlprogramm der inhaltlich nahezu identisch zur ODS aufgestellten Demokratischen Bürgerallianz (ODA) findet sich ein Abschnitt über die „Sicherheit der Bürger“, der weit ausführlicher ist als die (jenseits von Militärpolitik) sehr allgemeinen Ausführungen zur auswärtigen Sicherheitspolitik (ODA 1992).

Dennoch gibt es ein klares „Bindeglied zur Außenwelt“, durch welches diese innenpolitische Dimension des Sicherheitsbegriffs der tschechischen sicherheitspolitischen Diskursformation im Sinne dieser Arbeit zugeordnet werden kann: Es ist dies vor allem durch internationale kriminelle Organisationen sowie Migrations- und Flüchtlingsströme „importierte“ Kriminalität, die sich in Form von organisiertem Verbrechen, Gewaltkriminalität, Drogenhandel oder Terrorismus innerhalb des Landes manifestiert. Es handelt sich hierbei um Bedrohungskonstruktionen, die ihren Ausgangspunkt außerhalb des Landes haben, sich aber vor allem innerhalb des Landes manifestieren können und durch die inneren Sicherheitsdienste (Polizei und Geheimdienste), aber auch durch Schutz der Grenzen bekämpft werden sollen. Sie kommen bisher nur vereinzelt auf, beginnend im Wesentlichen ab der Augustkrise in der Sowjetunion; mehrere Politiker, darunter Verteidigungsminister Luboš Dobrovský, weisen auf die Gefahr von Flüchtlingsströmen als eine der wesentlichen Bedrohungen durch die Krise hin (vgl. RP 20.8.1991a, 20.8.1991b). Auch Außenminister Dienstbier definiert „Migrationswellen“ in seinem außenpolitischen Bericht von Ende 1991 als Gefahr (vgl. FMZV 1991a: 1326). Die innenpolitische Dimension des Sicherheitsbegriffes ist hier bereits deutlich angelegt, sie sollte ab 1993 noch wichtiger werden.

⁶⁹ Darauf, dass dies nicht nur eine Frage politischer Unterschiede, sondern ggf. auch ein Charakteristikum nationaler (politischer) Kultur ist, weist die Beobachtung in John F. Zurovchaks (1997) organisationspsychologischer Studie hin, nach der einer der wesentlichen Unterschiede zwischen dem tschechischen und dem slowakischen Außenministerium der in Tschechien deutlich höhere Grad an individualistischen Einstellungen ist.

Ein solcher Befund kann für den polnischen Fall nicht gestellt werden; Sicherheitspolitik ist hier praktisch durchgehend äußere Sicherheitspolitik zum Schutz des Staates bzw. der Nation vor Bedrohungen. Sicherheit vor Unterdrückung von außen ist ein zentrales Thema, während die Kriminalitätsraten dies keinesfalls sind und der „Sicherheit der rechtstreuen Leute“ im hier fraglichen Zeitraum gerade mal im Wahlprogramm der UD ein kurzer Abschnitt gewidmet ist (vgl. UD 2001a). Die SLD überschreibt zwar auch einen Abschnitt mit der „Sicherheit der Bürger“, hiermit ist aber Sicherheit vor staatlicher Willkür und Korruption gemeint, es geht also um Rechtsstaatlichkeit (vgl. SLD 2001a). Auch zeigt sich, dass in Polen die Forderung nach „Unabhängigkeit“ und „Souveränität“ einen Gemeinplatz darstellt, der häufig schon in der Präambel bzw. Einleitung von Wahlprogrammen und Grundsatzreden angeführt wird und eines der Kernziele der polnischen Politik bildet, während man sich in Tschechien deutlich stärker auf die Erneuerung der Ordnung im Inneren konzentriert.

Zwar werden sporadisch auch in Polen Anfang der Neunzigerjahre Migrationsströme als Sicherheitsproblem dargestellt, aber diese Bedrohungskonstruktion ist nur schwach vertreten und spielt nach 1993 kaum noch eine Rolle.

Insgesamt ist in Tschechien die Perspektive im Verhältnis zwischen innerer und äußerer Sicherheit verglichen mit Polen also deutlich stärker in Richtung innerer Sicherheit verschoben. Im Folgenden werden die genuin „außenpolitischen“ Dimensionen des tschechischen Sicherheitsbegriffs dargestellt. Analog zum polnischen Falle sind die relevanten Diskurse zur besseren Orientierung auf den Seiten 284-287 in Tabellenform zusammengefasst.

1.1.2. Die territorial-militärische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes

Die territorial-militärische Dimension ist ebenso fundamental wie in der polnischen sicherheitspolitischen Diskursformation, wird aber stärker betont. Nicht nur spielt das eigene Militär insgesamt eine größere Rolle, auch ist – wie bereits erwähnt – auffällig, dass explizit so bezeichnete Abschnitte über „Sicherheitspolitik“ in Wahlprogrammen der Reformeliten sich jenseits der inneren Sicherheit im Wesentlichen auf Militärpolitik beschränken und sich daher ganz zentral, teils recht ausführlich, mit Fragen der Modernisierung und Verkleinerung der tschechoslowakischen Armee befassen (vgl. OF 1990; ODS 1992); andere Fragen werden eher in allgemeinen außenpolitischen Abschnitten statt unter „Sicherheitspolitik“ abgehandelt. Zwar wird aufgrund der veränderten militärischen Bedrohungslage ein Rückbau der wegen des Charakters des Landes als „Frontstaat“ im Kalten Krieg überdimensionierten Armee als klares Ziel konstruiert (vgl. FS ČSFR 1989: 2), gleichzeitig aber deutlich stärker als im polnischen Falle betont, dass die nationale Armee ein wesentliches Element der Sicherheitspolitik sei, das

dazu diene, „die Souveränität des Staates, seine territoriale Integrität und die Sicherheit der Bürger“ (MFD 13.12.1990) zu schützen.

Auch fällt im Vergleich zu Polen auf, dass dort zusätzlich zur Verteidigungsdoktrin von 1990 bereits 1992 eine umfassende nationale Sicherheitsstrategie erarbeitet wurde, während man in der Tschechoslowakei lediglich 1991 eine neue Militärdoktrin verabschiedete (vgl. FS ČSFR 1991d); eine erste Sicherheitsstrategie sollte noch bis 1999 auf sich warten lassen, während in dieser Zeit mehrere Grundsatzdokumente zur Verteidigungspolitik erstellt wurden.

Auf diese Weise ist in der tschechischen sicherheitspolitischen Diskursformation die militärische Dimension – v.a. bezogen auf das eigene Militär – deutlich präsenter als in Polen.

1.1.2.1. Geopolitische Stabilität als sicherheitspolitisches Ziel

Territoriale Integrität und die Unverletzbarkeit der Grenzen sind ebenso fundamentale Ziele wie in Polen, aber deutlich weniger virulent. Dies hat offenbar damit zu tun, dass die Grenzen des tschechischen Landesteils über Jahrhunderte hinweg im Wesentlichen stabil gewesen und bis auf die Zeit des Nationalsozialismus nie ernsthaft in Frage gestellt worden sind. Hierdurch hat die tschechoslowakisch-deutsche Grenze einen völlig anderen Charakter als die Oder-Neiße-Linie, weswegen sich die Frage einer möglichen Bedrohung durch territoriale Forderungen seitens Deutschlands in diesem Sinne nicht stellt (vgl. RP 10.11.1990). Lediglich Anhänger der kommunistischen Partei und teils der Sozialdemokraten problematisieren anfangs, vor allem nach Abschluss des ihrer Meinung nach diesbezüglich begrifflich unscharfen deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrages von 1991, implizit oder explizit die mögliche Gefahr eines deutschen territorialen Revisionismus (vgl. RP 15.3.1990, 18.10.1991; FS ČSFR 1990a: 7; 1990b: 6, 1991c: 18). Im Material finden sich allerdings – anders als in Polen – keine Hinweise darauf, dass dies der Legitimation enger Beziehungen zur Sowjetunion dient, vielmehr scheint Misstrauen gegenüber Deutschland die einzige Begründung für diese Position zu sein. Vertreter anderer Parteien äußerten sich nicht in diesem Sinne,⁷⁰ Sprecher der Regierungseliten traten dieser Bedrohungs konstruktion stattdessen entschieden entgegen (vgl. RP 19.10.1991; FS ČSFR 1991c: 22). Die Grenzen zu Österreich und Polen sowie zwischen Ungarn und dem slowakischen Landesteil ist gar kein Gegenstand der tschechischen außenpolitischen Diskussion.

Dennoch bildet geopolitische Stabilität in Europa ein fundamentales sicherheitspolitisches Ziel, da die Infragestellung von Grenzen grundsätzlich mit der Bedrohung gewalttätiger

⁷⁰ Der einzige, der sich darüber hinaus entsprechend äußerte und argwöhnnte, der Nachbarschaftsvertrag stelle die bestehenden Grenzen in Frage, war der unabhängige Abgeordnete Bohuslav Hubálek (vgl. FS ČSFR 1991c: 18).

Auseinandersetzungen assoziiert wird, die im schlimmsten Falle auch die Tschechoslowakei in Mitleidenschaft ziehen könnten. Dies zeigt sich deutlich an den im Vergleich zu Polen ausführlicheren Diskussionen über die Balkankrise. Der Zerfall Jugoslawiens wurde durchweg als stabilitätsgefährdend konstruiert. So führte Dienstbier aus:

„Alle europäischen Grenzen müssen respektiert werden. Wenn wir zulassen, dass man die Grenzen in Europa auf Grundlage des nationalen Prinzips ändern kann, dann fallen wir in einen Zustand, der noch schlimmer ist als jener, der in Europa vor dem Ersten Weltkrieg geherrscht hat.“ (MFD 10.10.1991)

Wenn es nicht gelinge, die Krise zu lösen, könne der Balkan „zu einem großen Libanon in Südosteuropa werden“ (FS ČSFR 1991c: 22) – also weitere Staaten in seine Konflikte hineinziehen. Während Dienstbier bereits auch allgemein von den Grenzen in Europa und der Notwendigkeit ihrer Stabilität spricht, geht Pavel Bratinka (ODA) das Problem noch grundsätzlicher an:

„Es ist natürlich richtig, dass es, wenn es irgendwo Nationen nicht schaffen, in einem Staat zusammenzuleben, besser ist, wenn sie sich trennen. Das befreit uns aber nicht von der Verpflichtung, allem Widerstand entgegenzusetzen, was diese Tendenzen verstärken könnte. Der bekannte jugoslawische Dissident Mihail Mihailović [...] hat kürzlich gesagt, dass, wenn in alle Nationen auf der Welt derselbe Geist führe, der in Serben und Kroaten gefahren ist, wir auf der Welt 840 Krieg führende Staaten hätten.“ (FS ČSFR 1991c: 14)

Dass die Stabilität der bestehenden Grenzen in Europa ganz generell als grundlegendes sicherheitspolitisches Ziel konstruiert wurde, ist – ähnlich wie in Polen, nur weniger prominent – auch an durchweg ablehnenden, teils gar abfälligen Reaktionen auf einen einzelnen Vorstoß bezüglich der nach dem Zweiten Weltkrieg von der Tschechoslowakei abgetrennten und der ukrainischen SSR zugeschlagenen Karpato-Ukraine (Transkarpatien) abzulesen.⁷¹ Das sicherheitspolitische Ziel geopolitischer Stabilität in Europa kann also als konsensuell bezeichnet werden und wurde von Seiten der „Idealisten“, konkret von Havel und Dienstbier, daher auch wiederholt als Argument für einen Erhalt der Föderation angeführt – meist im Kontext der sicherheitspolitischen Rollenkonzeption der Tschechoslowakei als regionaler Stabilitätsfaktor (vgl. FS ČSFR 1990b: 101; MFD 24.6.1991, 19.11.1991; RP 30.12.1991; Havel 1992). Es ist allerdings festzuhalten, dass das Ziel geopolitischer Stabilität vor allem von Vertretern der „Idealisten“ formuliert wurde und zwar keinen Widerspruch erntete, von

⁷¹ So forderte Josef Lux (KDU) eine aktivere Politik gegenüber den Karpato-Ruthenen und letztendlich eine Revision der „illegalen Annexion“ der Karpato-Ukraine durch die UdSSR (vgl. FS ČSFR 1991c). Die wenigen Diskussionsteilnehmer, die überhaupt darauf reagierten, lehnten Grenzänderungen klar ab, so Pavel Zapletal aus Mähren (HSD-SMS) sowie Pavol Kanis (KSS) und František Šebej (VPN) aus der Slowakei, vgl. ebd. Dabei fällt auf, dass sich Sprecher dem böhmischen Landesteil und Prag (und selbst der tschechischen „Linken“) hierzu überhaupt nicht äußern, was sich in das Bild des Desinteresses am Osten Europas in diesen Kreisen fügt.

Vertretern der „Realisten“ aber auch nicht in ähnlicher Weise mitgetragen wurde. Sein konsensueller Charakter ist daher zumindest nicht völlig eindeutig.

Ganz allgemein wird, ähnlich wie in Polen, unter den Bedingungen der neuen Unübersichtlichkeit deutlich häufiger die Bedrohungskonstruktion möglicher bewaffneter Konflikte und Bürgerkriege in der Region formuliert, die auf die Tschechoslowakei übergreifen bzw. Europa destabilisieren könnten, als die klassische Gefahr eines militärischen Überfalls eines anderen Staates auf das eigene Land. Ein solcher wird zwar grundsätzlich als mögliche Bedrohung dargestellt, aber stets betont, dass es aktuell keinen konkreten Feind gebe. Auch die Sowjetunion wird allenfalls in dem Sinne erwähnt, dass keine militärische Gefahr von ihr ausgehe. Bezüglich klassischer militärischer Auseinandersetzungen wird das Ende der Blockkonfrontation durchweg als positive Entwicklung dargestellt, welche durch die nun deutlich geringere Gefahr eines großen Krieges in Europa die Sicherheit des Landes klar erhöht.

1.1.2.2. Truppenabzug und Warschauer Pakt

Das Fehlen einer der polnischen Variante vergleichbaren territorialen Bedrohungskonstruktion von Seiten Deutschlands ist mutmaßlich der Grund dafür, dass bereits kurz nach der Wende ein Abzug der sowjetischen Truppen gefordert wurde. Schon in seiner ersten Regierungserklärung vom Dezember 1989 spricht Marian Čalfa dieses Ansinnen deutlich aus (vgl. FS ČSFR 1989: 3), und das Ziel des Truppenabzugs, der im Februar 1990 besiegelt und im Juni 1991 abgeschlossen wurde, stellten von Anfang an noch nicht einmal die Kommunisten in Frage. Kurz nach Abschluss des Abzugsvertrages nennt Čalfa diesen ein Ereignis von „fundamentaler Bedeutung“ für die „Sicherung der vollen Souveränität der Tschechoslowakei.“ (FS ČSSR 1990: 10) Sehr deutlich wird hier, dass die Anwesenheit fremder (zumal Besatzungs-) Truppen ähnlich wie in Polen als Einschränkung der Souveränität des Landes konstruiert wird.

Ein ähnlicher, selbst die Kommunisten einschließender Konsens lässt sich für die Auflösung des Warschauer Paktes feststellen. Vasil Mohorita, Erster Sekretär des ZK und Fraktionsvorsitzender der KSC in der Föderationsversammlung, beschreibt das Ende der Blockkonfrontation bereits im März 1990 als historische Chance zur Auflösung der Militärböcke und zum Übergang zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem (vgl. RP 15.3.1990). Auf Seiten der Reformkräfte lässt sich eine Propagierung der Auflösung der NATO nicht feststellen, die Reform und spätere Auflösung des Warschauer Paktes wird allerdings klar und widerspruchlos als Ziel formuliert. So sagt Außenminister Dienstbier in der ersten Außenpolitikdebatte Anfang 1991:

„Wir haben [...] einen Zeitplan für die Demontage der militärischen Strukturen des Paktes vorgelegt. [...] Im Falle eines Mangels an Interesse [der UdSSR] an weiteren Verhandlungen werden wir eine Suspendierung der Aktivitäten des Warschauer Paktes im Zeitraum vor [dem vierten KSZE-Folgetreffen in] Helsinki in Erwägung ziehen. [...] Den Warschauer Pakt werden wir nach der Liquidierung seiner militärischen Strukturen ausschließlich auf Fragen der Abrüstung ausrichten und Schritte zu seiner vollständigen Auflösung vorbereiten.“ (FS ČSFR 1991a: 33)

Im Gegensatz zur polnischen Diskursformation lässt sich hier auch keinerlei Position erkennen, die dem Warschauer Pakt eine zumindest übergangsweise Existenzberechtigung zubilligt, um die Stabilität in Mitteleuropa zu wahren. Deutlich ist allerdings bereits in diesem Zusammenhang zu sehen, dass der KSZE-zentrierte *europäische Einigungsdiskurs* auch in der tschechischen Diskursformation zu Beginn schnell eine bedeutende Stellung einnahm.

1.1.2.3. Die NATO und die Präsenz der USA in Europa

Die Kommunisten stellen die neue weltpolitische Situation von Beginn an als Chance zur Auflösung beider Militärblöcke, zur allgemeinen Abrüstung und zum Übergang der Tschechoslowakei in die militärische Neutralität dar (vgl. KSČ 1990); auch wenn sie vor antisowjetischen Ressentiments warnen, stellt sich dies anders als in Polen nicht als „moskauorientierter Diskurs“, sondern als *pazifistischer Diskurs* dar, der allgemein eine Demilitarisierung der internationalen Beziehungen, die Auflösung militärischer Allianzen und die militärische Neutralität des eigenen Landes als Ziele propagiert und vom europäischen Einigungsdiskurs ergänzt wird. Dieser Kombination aus pazifistischem Diskurs und europäischem Einigungsdiskurs schloss sich im Wahlkampf 1990 die bisherige Blockpartei ČSL (1990) an. Das Wahlprogramm des OF (1990) vertrat konsequent den Einigungsdiskurs, ohne die NATO gesondert zu erwähnen.

Ab Ende 1990, Anfang 1991 wurde von Seiten der reformorientierten Regierungseliten zaghaft eine Rolle der NATO im künftigen Sicherheitssystem konstruiert, die in etwa jener im Rahmen des europäischen Einigungsdiskurses entspricht: Die NATO wird als einzige Organisation dargestellt, die „echte“ Sicherheit bereitzustellen im Stande ist, die fundamentale Bedeutung für Sicherheit und Stabilität in Europa hat und die in das künftige Sicherheitssystem unter dem Dach der KSZE integriert werden soll (vgl. FS ČSFR 1991a: 33-34; MFD 7.3.1991; RP 7.3.1991). Dabei ist auffällig, dass zunächst wiederholt bestritten wird, dass die Sowjetunion eine militärische Gefahr darstelle oder nach der Auflösung des Warschauer Paktes ein Sicherheitsvakuum in Mitteleuropa bestehe.

Ähnlich wie im Falle der polnischen Diskursformation war der Augustputsch in der Sowjetunion ein Ereignis, das die Entstehung eines *transatlantischen Integrationsdiskurses*

katalysierte. Die regierenden Eliten versicherten zwar immer wieder, dass – auch aufgrund des bereits erfolgten Abzugs der Roten Armee – keine akute militärische Gefahr drohe und die Transformation der Tschechoslowakei unumkehrbar sei. Stattdessen wurden allerdings eine mögliche Flüchtlingswelle sowie ökonomische Folgen als Bedrohungen konstruiert (vgl. RP 20.8.1991a, 20.8.1991b, 22.8.1991; MFD 20.8.1991, 22.8.1991). Václav Klaus, zu diesem Zeitpunkt noch tschechoslowakischer Finanzminister, erklärte gar lediglich, dass auch bei einem Erfolg der Putschisten kein Grund zur Sorge bestehe, dass bestehende Handelsverträge nicht eingehalten würden. Zu weiteren Implikationen des Staatsstreiches äußerte er sich nicht (vgl. RP 20.8.1991).

Gleichzeitig unterstrichen Regierungsvertreter jedoch noch einmal verstärkt die Notwendigkeit einer Integration in die „europäischen Strukturen“ (MFD 22.8.1991), wobei Regierungschef Marian Čalfa erstmals auch ein deutliches Interesse an den Sicherheitsgarantien der NATO ausdrückte (vgl. MFD 23.8.1991). Eine mögliche Mitgliedschaft wurde jedoch, ähnlich wie in Polen, wiederholt als unrealistisch dargestellt, weswegen von Seiten der Regierung (vgl. MFD 7.3.1991, 22.8.1991) und auch Präsident Havel (1991) vor allem das Ziel einer guten Kooperation mit der NATO und der Erlangung von Sicherheitsgarantien jenseits einer Mitgliedschaft formuliert wurde.

Der transatlantische Integrationsdiskurs wurde dann erstmals – vor allem in Verbindung mit einem stärker werdenden und übergreifenden *Westintegrationsdiskurs* – in der Parlamentsdebatte zur Außenpolitik im Dezember 1991 deutlich artikuliert. Zahlreiche Vertreter von ODS und ODA forderten nun offen einen NATO-Beitritt des Landes und wandten sich – ähnlich wie die Vertreter der PC oder des RdR in Polen – teils sehr explizit gegen die Vision eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems auf Basis der KSZE (vgl. FS ČSFR 1991c: 11-12, 14, 17-19). Ähnlich wie Skubiszewski rang Dienstbier mit dieser Gegenposition und hielt an der Konstruktion der KSZE als wertvoller sicherheitspolitischer Organisation fest, die noch im Aufbau begriffen sei, deren Potential aber weit über jenes der NATO hinausgehe, weil sie nicht nur der territorialen Verteidigung, sondern dem Aufbau von Interdependenzen und damit der Stabilisierung und Konfliktprävention diene. Dienstbier verknüpfte dies auch mit der Rollenkonzeption der Tschechoslowakei als stabilisierender Faktor in Mitteleuropa.

Ein wesentlicher Unterschied zum polnischen Fall besteht darin, dass der tschechische Westintegrationsdiskurs die Kernanliegen des europäischen Einigungsdiskurses – die Überwindung von Trennlinien, die Einigung Europas und die Schaffung eines gesamteuropäischen, kooperativen Sicherheitssystems – nicht nach und nach modifiziert aufnimmt und damit zu einem „verwestlichten“ europäischen Einigungsdiskurs führt, sondern

diese Anliegen regelrecht beiseite schiebt. Die Erweiterung der westlichen Institutionen – vor allem der NATO – wird demnach nicht als alternativer Weg zur Einigung Europas konstruiert, sondern die Einigung ganz Europas als Ziel zugunsten der schnellstmöglichen Westintegration der Tschechoslowakei aufgegeben, teils sogar offensiv abgelehnt.

Wesentlich dabei ist die Charakterisierung des Gebietes der ehemaligen Sowjetunion, die jener des Balkans ähnelt. So führt Antonín Blažek (ODA) aus:

„Ich denke, dass in Bezug auf den osteuropäischen Raum unser Staat vor allem Garantien braucht, dass seine Sicherheit von dort nicht bedroht wird. Wir gehen zwar nicht davon aus, dass eine solche Bedrohung z.B. der Versuch darstellen könnte, in Mitteleuropa den status quo ante mit militärischer Gewalt wiederherzustellen, aber eine Quelle von Bedrohungen für die Sicherheit unseres Raumes können auch mögliche Folgen von Chaos auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sein, Konflikte zwischen den neuentstandenen Subjekten und innerhalb dieser Subjekte, ethnische Spannungen, ein ökonomischer Kollaps, welcher der Wirtschaft auf dem Gebiet der Sowjetunion ganz real droht, soziale Spannungen u.ä.“ (FS ČSFR 1991c: 12)

Auch die Möglichkeit weiterer Putschversuche oder eines – womöglich atomaren – Bürgerkrieges in Russland werden als mögliche künftige Gefahren angeführt (vgl. FS ČSFR 1991c: Suchánek). Insgesamt werden der ost- und auch der südosteuropäische Raum von den tschechischen Sprechern praktisch ausschließlich als Quell von Instabilität, Gewalt, Kriminalität und möglichen Flüchtlingsströmen dargestellt, weswegen im Rahmen des Westintegrationsdiskurses die Kappung der Verbindungen in diese Richtungen und der schnellstmögliche NATO-Beitritt bzw. allgemein die schnellstmögliche Westintegration als wesentliches Ziel propagiert werden. Diese Positionen finden sich mit teils wortgleichen Übernahmen der Redebeiträge aus dieser Debatte auch im außenpolitischen Teil des ODS-Wahlprogramms von 1992 (vgl. ODS 1992). Auch Alexandr Vondra (ODS), zu jener Zeit Berater von Präsident Havel, nach der Dismembration wiederholt als Minister oder Vizeminister im Außen- und Verteidigungsministerium Tschechiens aktiv und einer der profiliertesten „Atlantiker“ der ODS, formulierte im April 1992 lediglich klar das Ziel einer Mitgliedschaft der Tschechoslowakei in der NATO (vgl. MFD 15.4.1992).

Vor diesem Hintergrund scheint der Begriff „Westintegrationsdiskurs“ treffender als etwa der Begriff des „Atlantizismus“ o.ä., da es nicht nur um eine Priorisierung der NATO und der transatlantischen Beziehungen, sondern ganz allgemein um eine radikale Westorientierung bei gleichzeitiger Propagierung einer möglichst konsequenten Abwendung vom europäischen Osten geht.

Die KSČM-Sprecher perpetuierten hingegen weiterhin den pazifistischen Diskurs und den europäischen Einigungsdiskurses, wandten sich mithin gegen die „einseitige“ Orientierung an der NATO und propagierten die KSZE als Basis eines künftigen gesamteuropäischen

Sicherheitssystem unter Wahrung tschechoslowakischer militärischer Neutralität (vgl. FS ČSFR 1991: 13). Auch diese Position fand im entsprechenden Wahlprogramm von 1992 Niederschlag (vgl. KSČM 1992).

Vertreter anderer Parteien äußerten sich in der Parlamentsdebatte nicht zur NATO-Frage und meist gar nicht zur Sicherheitspolitik. Die KDU-ČSL und die ČSSD fordern in ihrem Wahlprogramm allerdings bereits den Beitritt zur NATO, ohne sich jedoch der radikal westorientierten Position von ODS und ODA anzuschließen. Stattdessen verbinden sie den transatlantischen Integrationsdiskurs mit dem europäischen Einigungsdiskurs – die Mitgliedschaft in der NATO soll also im Rahmen eines Sicherheitssystems unter dem Dach der KSZE erfolgen (vgl. KDU-ČSL 1992; ČSSD 1992).

Die Rolle der USA wurde, anders als in Polen, erst Ende 1991 in der Parlamentsdebatte wahrnehmbar thematisiert. Außenminister Dienstbier begründete in seinem Bericht zur tschechoslowakischen Außenpolitik die Bedeutung der NATO auch damit, dass diese die wichtigste Organisation sei, welche die Anwesenheit der USA in Europa sicherstelle (vgl. FMZV 1991a: 1333). Verstärkt wird diese Position dadurch, dass die WEU fast gar keine Rolle spielt. Präsident Havel nennt diese im Unterschied zur „echten Sicherheitsgarantie“ NATO sogar offen „symbolisch“ (Havel 1991), abweichende Aussagen gibt es nicht.

Abgesehen vom Ziel eines Engagements der USA für Sicherheit und Stabilität in Mittel- und Osteuropa werden die USA ansonsten allerdings vor allem im Zusammenhang mit ökonomischen Fragen ohne Sicherheitsbezug abgehandelt (vgl. FMZV 1991a: 1340-1341). Insgesamt spielen sie bisher keine größere explizite Rolle in der sicherheitspolitischen Diskursformation, stattdessen wird der Schwerpunkt auf „den Westen“ oder „die NATO“ insgesamt gelegt.

1.1.2.4. Militärische Abrüstung

Von Beginn an wird Abrüstung von einem Teil der Sprecher als Ziel formuliert. Insbesondere eine erhebliche Verkleinerung der als überdimensioniert konstruierten tschechoslowakischen Armee sowie ein Rückbau der Waffensysteme stellten wesentliche verteidigungspolitische Ziele dar.

Eine allgemeine Abrüstung in Europa stellt ein zentrales Ziel im Rahmen des europäischen Einigungsdiskurses dar, der politische Kooperation zur friedlichen Konfliktlösung als Kernziel hat und im Rahmen dessen insbesondere Außenminister Dienstbier die Bedeutung europäischer Abrüstungsverhandlungen wie des KSE-Vertrages betont (vgl. FS ČSFR 1991a: 34; MFD 7.3.1991). Entsprechend vermerkt der Außenpolitik-Bericht von Ende 1991 gesondert, dass die

Tschechoslowakei den Vertrag als erster Staat ratifiziert habe (vgl. FMVZ 1991a: 1333). Auch die neue Militärdoktrin, die im März 1991 beschlossen wurde, formuliert als Ziel einen Zustand der zwischenstaatlichen Beziehungen, der Konfliktlösung mittels Gewalt ausschließt, sowie eine allgemeine Reduktion nationaler Streitkräfte auf das zur Selbstverteidigung Nötige. Hierzu zählen keine Massenvernichtungswaffen (vgl. FS ČSFR 1991d).

Ein weiterer Diskurs, der explizit und sogar noch deutlicher als der europäische Einigungsdiskurs allgemeine Abrüstung inklusive der Abschaffung von Massenvernichtungswaffen und der Auflösung aller Militärbündnisse zum Inhalt hat, ist der von den Kommunisten und zunächst auch von der ČSL getragene pazifistische Diskurs. Dies ist nicht nur den Wahlprogrammen von 1990 und 1992 zu entnehmen – die aus der Vereinigung von KDU und ČSL hervorgegangene KDU-ČSL fordert 1992 gar eine Abschaffung aller Armeen (vgl. KDU-ČSL 1992) – sondern auch den regelmäßigen Diskursbeiträgen insbesondere der Vertreter der Kommunisten in den Parlamentsdebatten und in der Presse (vgl. FS ČSSR 1989: Chňoupek; RP 15.3.1990).

Abseits dieser Diskurse und insbesondere im Rahmen des Westintegrationsdiskurses spielt die Frage der Abrüstung allerdings keine größere Rolle. Ihre Bedeutung verringert sich massiv mit dem Wahlsieg der ODS und dem Ausscheiden von prominenten „Idealisten“ aus dem tschechischen Parlament Mitte 1992.

1.1.3. Die politische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes

Ebenso wie der polnische hat auch der tschechische Sicherheitsbegriff eine politische Dimension, die eng mit der territorial-militärischen verknüpft ist, da das letztendliche Ziel Stabilität ist – also die Aufrechterhaltung des territorialen Status quo in Europa und Konfliktlösung ohne militärische Gewaltanwendung. Auch hier werden insbesondere die Einigung Europas und die Integration des Landes in die EG sowie generell gute Beziehungen zu den Nachbarländern als Ziele thematisiert, im Rahmen des europäischen Einigungsdiskurses auch eine Stabilisierung und Demokratisierung östlichen Nachbarländer.

1.1.3.1. Die Einigung Europas

Ähnlich wie in Polen wird von Beginn an von Teilen der neuen Eliten ein *europäischer Einigungsdiskurs*, also das Ziel der Überwindung der europäischen Spaltung in zwei verfeindete Lager bzw. die Einigung Europas im Rahmen eines gesamteuropäischen, kooperativen Sicherheitssystems formuliert und die KSZE als Ausgangspunkt propagiert, da in

dieser alle wichtigen Akteure – auch die USA – gemeinsam versammelt sind (vgl. FS ČSFR 1991b: 100). Konkret soll als erster Schritt ein europäisches Sicherheitskomitee gebildet werden, als Fernziel wird sogar die Schaffung einer europäischen Konföderation konstruiert (vgl. RP 15.4.1991). Ähnlich wie in Polen ist ein wesentliches dahinter liegendes Kalkül, dass die Tschechoslowakei aufgrund ihrer zentralen Lage in Europa unweigerlich in einen größeren europäischen Konflikt mit hineingezogen würde und nicht die Kraft besitzt, sich selbst ausreichend zu beschützen. Deswegen ist zuvörderst ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu schaffen, in dem Konflikte durch Verhandlungen und durch vertrauensbildende Maßnahmen verhindert oder friedlich gelöst werden und die Bedeutung des Militärs abnimmt. In seinem ersten großen Zeitungsinterview stellt Dienstbier den Zusammenhang mit Größe und geographischer Lage des Landes her:

„Es versteht sich, dass in einer sowjetisch-amerikanischen Konfrontation Länder wie die Tschechoslowakei, Österreich oder Finnland schwerlich irgendeine Rolle spielen könnten. Aber umso mehr bemühen wir uns darum, dass es nicht zu einem solchen Zusammenstoß kommt, und wir wollen dafür alles tun, was in unserer Macht steht. [...] Das Territorium, auf dem die Tschechoslowakei liegt, war in der gesamten Geschichte wesentlich abhängiger von der Entwicklung der internationalen Situation als viele andere Länder. Natürlich sind alle davon abhängig, aber unser Schicksal haben immer schon die kleinsten Ausschläge beeinflusst. Deswegen hat die Außenpolitik für uns eine Schlüsselbedeutung. [...] Ich denke, dass man eine solche pluralistische Struktur schaffen müssen, in der niemand genügend Kraft hat, sich gegen die anderen zu stellen.“ (MFD 19.5.1990)

Zielvorstellung Dienstbiers ist, dass zwischen allen Staaten dieses Raumes ähnlich kooperative Beziehungen herrschen wie zwischen Deutschland und Frankreich oder Belgien und den Niederlanden (vgl. RP 30.12.1991). Diese Vision eines multilateralen Systems kooperativer Sicherheit zieht sich vor allem durch die Beiträge der intellektuellen Dissidenten bzw. „Idealisten“ wie Havel (1991) und Dienstbier sowie weiterer Mitglieder der neuen Regierung (vgl. MFD 13.12.1990; RP 1.12.1990), wie auch durch jene der Kommunisten und die Wahlprogramme der Christdemokraten. Grundsätzlich werden politische Integration und die Überwindung von Trennlinien in Europa als sicherheitspolitische Instrumente konstruiert. Havel formuliert auch explizit das Ziel der Expansion der „westlichen Strukturen“ (EG, WEU und NATO) nach Osten, da diese mit „Prosperität, Sicherheit und Stabilität“ assoziiert werden und reproduziert damit bereits Positionen aus dem *verwestlichten europäischen Einigungsdiskurs* (vgl. Havel 1991).

Vor allem von Seiten der neuen Regierung wird die Wiedervereinigung Deutschlands unter der Bedingung der Integration in EG, NATO und KSZE als positiv beschrieben und die Hoffnung formuliert, dass sie als Katalysator für die weitere Integration des Kontinents dienen wird (vgl. MFD 19.5.1990, 6.2.1992; RP 1.12.1990). Integration und multilaterale Verflechtung werden

also auch hier als sicherheitspolitisches Instrumente betrachtet, die helfen, die Macht des großen Nachbarn einzuhegen.

Während der europäische Einigungsdiskurs ab Ende 1991 deutlich an Bedeutung einbüßt und – vor allem von Vertretern von ODS und ODA – vermehrt explizit abgelehnt wird, ist nicht erkennbar, dass diese konträr eingestellten Sprecher die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems nun über den „Umweg“ von EG und NATO propagieren. Stattdessen wird lediglich das Ziel der Integration des eigenen Landes in die westlichen Strukturen forciert, um es vor der Instabilität östlich und südöstlich des Landes zu retten. Daher wird die Mitgliedschaft der Tschechoslowakei in der KSZE allenfalls aufgrund der Tatsache, dass die anderen westeuropäischen Länder sowie die USA ebenfalls Mitglieder sind, als positiv betrachtet. Wie schon in Bezug auf die NATO ausgeführt, liegt diesem Westintegrationsdiskurs eine deutlich andere Logik zugrunde als dem verwestlichten europäischen Einigungsdiskurs, weswegen man klar von zwei unterschiedlichen Aussagesystemen sprechen muss.

1.1.3.2. Die Integration in die EG

Neben der Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems und der politischen Einigung des Kontinents wird auch die Integration in die mit Stabilität und Prosperität assoziierten politischen Strukturen des Westens als Ziel formuliert, was neben der NATO im Wesentlichen die EG betrifft. Grundsätzlich wird eine künftige EG-Mitgliedschaft als Teil einer allgemeinen Westintegration dargestellt, die ganz wesentlich mit ökonomischen Interessen sowie einer von allen Reformeliten konstruierten tschechoslowakischen Identität als Land, das der „westlichen Zivilisation“ angehöre und seinen natürlichen Platz im Kreise der westlichen, marktwirtschaftlichen Demokratien habe, begründet wird.

Abgesehen davon wird ein EG-Beitritt allerdings auch im politischen Sinne als sicherheitspolitischer Gewinn konstruiert, da er die Möglichkeit der multilateralen Kooperation auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik biete (vgl. MFD 7.3.1991; FMZV 1991a: 1330). Auch sei die Integration in die EG der beste Weg, Sicherheit im Bezug auf Deutschland zu erlangen, was allerdings nur selten explizit ausgeführt wird (vgl. FS ČSFR 1991c: 14). Grundsätzlich findet sich also auch hier ein sowohl von „Idealisten“ als auch von „Realisten“ geteilter *europäischer Integrationsdiskurs*, der nur entsprechend mit dem europäischen Einigungsdiskurs einerseits und mit dem Westintegrationsdiskurs andererseits verknüpft wird. Die Integration in die westliche Welt, insbesondere „Westeuropa“, wird etwa im Wahlprogramm der ODS von 1992 als einzige Möglichkeit dargestellt, „langfristige internationale Garantien für unsere Freiheit und Souveränität“ zu gewinnen. Die Integration in

die EG wird als notwendig zur Stabilisierung der „politischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Situation“ beschrieben, in Hinblick auf die sicherheitspolitische Dimension wird dies allerdings nicht konkreter ausgeführt.

Zudem ist dies gerade auf Seiten der ODS nicht ohne Einschränkungen. Teile der ODS, darunter ihr Vorsitzender Václav Klaus, äußern sich zur EG ambivalent, weil sie befürchten, dass jene „interventionistischen Praktiken“ (MFD 7.9.1992) oder gar so genannte „kryptosozialistische Tendenzen“ (FS ČSFR 1991c: 14) zurückkehren könnten, welche die Tschechoslowakei gerade erst abgeschüttelt hatte. Die EG wird so implizit – hier spielt vor allem die ökonomische Dimension von Sicherheit eine Rolle – zumindest teilweise als Bedrohung für die Souveränität des Landes und die wirtschaftliche Entwicklung konstruiert. Im Rahmen dieses Westintegrationsdiskurses hat sicherheitspolitisch zwischen EG und NATO eindeutig die NATO Vorrang.

1.1.3.3. Gutnachbarschaftliche Beziehungen und regionale Zusammenarbeit

Gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten werden regelmäßig als außenpolitisches Ziel formuliert, jedoch anders als in Polen nur selten in einen sicherheitspolitischen Zusammenhang gebracht. Es ist zwar naheliegend, dass gute nachbarschaftliche Beziehungen ganz grundsätzlich sicherheitspolitisch relevant sind, weil Konflikte mit den Nachbarstaaten ein z.B. territoriales Sicherheitsproblem darstellen könnten; dies ergibt sich allerdings in der Regel nicht aus dem Material, schon gar nicht so explizit, wie sich dies im polnischen Fall darstellt. Allenfalls wollen einige Vertreter des europäischen Einigungsdiskurses den Weg in das künftige gesamteuropäische Sicherheitssystem von bilateralen Verträgen mit den Nachbarstaaten bereitet oder es davon ergänzt wissen (vgl. MFD 7.3.1991). Insgesamt ist festzustellen, dass die Beziehungen zu und im Rahmen von multilateralen Organisationen als Ganzes bis hierher eine deutlich größere Rolle in der sicherheitspolitischen Diskursformation spielen als bilaterale Beziehungen zu anderen Staaten im herkömmlichen Sinne. Dies gilt, wie bereits erwähnt, sogar für die USA.

Eine gewisse Ausnahme ist Deutschland, das als bevölkerungsreichstes und ökonomisch stärkstes Land Europas konstruiert wird. Einerseits wird es unter territorialen und ökonomischen Gesichtspunkten als mögliches Sicherheitsproblem diskutiert. Andererseits werden gute Beziehungen zu Deutschland von Sprechern der ODS sowie in deren Wahlprogramm von 1992 wiederholt als Bedingung für die sicherheitspolitisch wünschenswerte Integration in den Westen angeführt. So führt Bohumil Doležal (ODS) während der Außenpolitikdebatte in der Föderationsversammlung aus:

„Unsere Rückkehr nach Europa führt über Deutschland, und Deutschland ist heute ein demokratischer Staat ohne jeden Grad an Aggressivität. Jegliche Garantien, die z.B. von den westlichen Mächten angeboten werden, sind immer unsicher, solange sie nicht von stabilen, positiven Beziehungen mit Deutschland begleitet werden.“ (FS ČSFR 1991c: 18)

Zahlreiche weitere Sprecher aller Diskurse betonen die Bedeutung guter Beziehungen zu Deutschland, ohne dies jedoch explizit sicherheitspolitisch zu begründen. Abgesehen davon werden lediglich gute Beziehungen zu Polen und Ungarn vereinzelt als wichtig für die Westintegration der Tschechoslowakei bezeichnet (vgl. FS ČSFR 1991c: 14; ODS 1992). Andere Staaten spielen sicherheitspolitisch bis hierher praktisch keine Rolle und sind auch in der außenpolitischen Diskursformation im Allgemeinen nur schwach repräsentiert. Die Fixierung auf Deutschland wird in der außenpolitischen Plenardebatte im Dezember 1991 daher auch vereinzelt kritisiert (vgl. FS ČSFR 1991c: 19).

Regionale Kooperationen werden kontrovers diskutiert. Bereits hier zeigen sich sehr deutlich grundsätzliche Differenzen zwischen einem eher multilateralistischen Ansatz der „Gesamteuropäer“ und einem stärker individualistischen Ansatz der „Westler“. So soll die Mitgliedschaft in der Hexagonale Außenminister Dienstbier zufolge – wegen der Mitgliedschaft Österreichs und Italiens – zur Überwindung der Teilung des Kontinents beitragen, was als Position dem europäischen Einigungsdiskurs zugeordnet werden kann (vgl. FMZV 1991a: 1331); von den Vertretern des Westintegrationsdiskurses wird dieses Engagement skeptisch betrachtet oder abgelehnt, da dies die Westintegration verzögern könnte und – hier wird das Augenmerk stärker auf die Mitgliedschaft des zerfallenden Jugoslawiens gelegt – eine Quelle von Instabilität darstelle:

„Unsere Beteiligung an dieser regionalen Gruppierung ist ein Ersatz für unsere nicht existente Westpolitik, sie bindet uns an die Probleme des ewig instabilen Südostens Europas, und sie ist kein adäquater Beitrag zu unserer Integration in Westeuropa. Für jeden Staat, der Mitglied in der Hexagonale ist, ist es sehr einfach, den Nutzen der Beteiligung an dieser Gruppierung vor dem Hintergrund seiner traditionellen Interessen zu erkennen, ausgenommen für die Tschechoslowakei.“ (FS ČSFR 1991c: 17)

Auch die Visegrád-Gruppe wird im Gegensatz zu den bilateralen Beziehungen mit den beiden Nachbarn im Wesentlichen kritisch diskutiert. Während Dienstbier zufolge die Visegrád-Gruppe der Stabilisierung Ostmitteleuropas diene (vgl. FMZV 1991a: 1330), bezeichnet die ODS sie ebenfalls als „Ersatz“ für die „nicht existente Westpolitik“ und die Vorstellung, dass eine funktionierende Visegrád-Kooperation für die Westintegration nötig sei, als „Fehler“, der tatsächlich die Integration gefährde (vgl. FS ČSFR 1991c: 17; ODS 1992). Regionale Kooperationsstrukturen werden im Rahmen des Westintegrationsdiskurses somit im Wesentlichen als Hindernis auf dem Weg nach Westen und – im Falle der Hexagonale – sogar

als handfestes sicherheitspolitisches Risiko konstruiert. Stattdessen wird von den Sprechern des Westintegrationsdiskurses sehr deutlich der individuelle Weg der Tschechoslowakei in Richtung Westen betont.

Auch Politiker außerhalb des Westintegrationsdiskurses, welche die Visegrád-Kooperation grundsätzlich befürworten, wie Präsident Havel (1992) oder der Vize-Außenminister Matějka (vgl. MFD 7.3.1991), äußern sich zurückhaltend zu dieser Zusammenarbeit, die keinesfalls stärker institutionalisiert werden oder gar einen neuen Block bilden solle. Befürworter einer weiteren Vertiefung oder gar Institutionalisierung der Kooperation gibt es nicht.

1.1.3.4. Stabilisierung und Transformation der östlichen Nachbarstaaten

Anders als in Polen wurde der Zerfall der Sowjetunion in der Tschechoslowakei nicht als positives Ereignis konstruiert. Grund ist eine im Vergleich zu Polen völlig andere Konstruktion der aus dem osteuropäischen Raum kommenden Bedrohungen für die Sicherheit des Landes sowie der historischen Periode der kommunistischen Herrschaft.

Während es, wie bereits erwähnt, konkurrierende Deutungen darüber gab, welche Haltung die Tschechoslowakei gegenüber dem postsowjetischen Raum einnehmen sollte und inwiefern eine ausschließliche Integration der Tschechoslowakei in die westlichen Organisationen der Schaffung gesamteuropäischer Strukturen unter Beteiligung der UdSSR bzw. ihrer Nachfolgestaaten vorzuziehen sei, sind sich bereits kurz nach der Samtenen Revolution die Diskursteilnehmer einig, dass die Zeit der Unterordnung unter die Sowjetunion endgültig vorbei ist (vgl. RP 18.5.1990, 1.12.1990). Die Wiedereingliederung in ein neues sowjetisches/russisches Imperium, ein erneutes Greifen desselben nach Ostmitteleuropa – oftmals wird hierfür die Chiffre „1968“ benutzt – wird als unwahrscheinlich oder sogar als „völlig unrealistisch“ (MFD 7.3.1990) bezeichnet und von niemandem als ernsthafte Bedrohung konstruiert; es fehlt mithin selbst nach dem Augustputsch in der Sowjetunion an jeglicher Entsprechung zu einer Konstruktion eines dauerhaften Ringens mit Russland oder einer ständigen Bedrohung der Unterwerfung durch den östlichen Nachbarn, wie sie in der polnischen Diskursformation spätestens ab 1993 offener Konsens ist. Die kommunistische Zeit wird eher als eine Art einmaliger Unfall oder, mit den Worten Václav Havels (1991), als „historischer Umweg“ konstruiert, der das Land für einige Zeit aus seiner jahrhundertelangen Zugehörigkeit zur westlichen Zivilisation herausgelöst und damit, so das erste Wahlprogramm der ODS (1992), eine „historische Kontinuität“ unterbrochen habe.

Zwar wird die Zeit ab 1948 – vor allem jene ab 1968 – durchaus als Zeit der Unterordnung des Vasallenstaates Tschechoslowakei unter die Hegemonialmacht Sowjetunion konstruiert.

Anstatt aber die Verantwortung hierfür nur in Moskau und bei untreuen Verbündeten zu verorten, wie es in Polen der Fall ist, stellen die tschechischen Reformkräfte, insbesondere jene des Klaus-Flügels, die Rolle der Kommunisten im eigenen Land viel stärker heraus und erklären sie zur Hauptursache dafür, dass das Land jahrzehntelang unfrei war. Das Wahlprogramm des OF (1990) schreibt der KSČ explizit die „volle Verantwortung“ dafür zu, dass die Tschechoslowakei jahrzehntelang zum Ostblock gehört hatte; selbst für die Zeit nach 1968 wird sie als „primäre Ausführerin des Besatzungsregimes“ bezeichnet. Im Wahlprogramm von 1992 macht die ODS für den Februarumsturz von 1948 zusätzlich die damalige Öffentlichkeit verantwortlich, die „infiziert von kommunistischen Ideen und Idealen slawischer Zusammengehörigkeit“ (ODS 1992) gewesen sei. Auch das Wahlprogramm der KDU-ČSL von 1992 erwähnt keine sowjetische/russische Fremdherrschaft, sondern den „kommunistischen Putsch“ im eigenen Land. Zu dieser Interpretation gibt es im untersuchten Material keine wahrnehmbare Gegenposition, auch wenn die Kommunisten grundsätzlich versuchen, ihre Herrschaft in möglichst positivem Licht erscheinen zu lassen. Insgesamt ergibt sich der Eindruck, dass als wirkliche damalige Bedrohung nicht russischer Imperialismus, sondern die kommunistische Ideologie und ihre Verfechter im Inland konstruiert werden.

Die Bedrohungen, die aktuell mit dem geographischen Raum östlich der Landesgrenzen in Verbindung gebracht werden, haben daher nichts mit einem drohenden russischen Neoimperialismus, sondern eher mit möglichen Auswirkungen der allgemeinen Instabilität in diesem Raum zu tun – vom Übergreifen gewaltsamer, im schlimmsten Falle mit Kernwaffen ausgetragener Konflikte über wirtschaftliche Turbulenzen bis hin zu einer Welle von Flüchtlingen und Migranten, die über die Tschechoslowakei hereinbrechen könnte. Daher wird auch in Prag die demokratische und marktwirtschaftliche Transformation der östlichen Nachbarstaaten als stabilisierend und daher sicherheitspolitisch wünschenswert konstruiert – allerdings im Wesentlichen von den Vertretern der Idealisten. So sagt Außenminister Dienstbier im November 1991 in der Föderationsversammlung:

„Ich möchte nur noch einmal betonen, dass eine positive Entwicklung in der Sowjetunion hin zu Demokratie und einer Wohlstandsperspektive zwar schwierig, aber für uns auch die einzige Garantie sein wird, dass unsere Sicherheit nicht bedroht wird. Auch wenn uns keine Intervention drohte, würde die Unruhe, die von dieser Region ausginge, den Rest Europas notwendigerweise negativ beeinflussen. Wir können uns daher nur den Erfolg der sowjetischen Demokratie wünschen.“ (FS ČSFR 1991b: 101)

Dementsprechend wird das Scheitern des Augustputsches in der Sowjetunion durchweg positiv bewertet (vgl. RP 20.8.1991; FS ČSFR 1991e). Es ist allerdings auffällig, dass Sprecher des Westintegrationsdiskurses deutlich skeptischer sind, was die Möglichkeit von Veränderungen

im Osten anbelangt. Dies zeigen nicht nur verhältnismäßig reservierte Reaktionen von ODS-Sprechern nach dem Augustputsch, sondern auch die regelmäßig extrem negative Beschreibung des Ostens und des Südostens des Kontinents. So ist im Wahlprogramm der ODS von 1992 vom „ewig instabilen Südosten Europas“ und der „rückständigen Grenze zwischen Europa und Asien“ die Rede, an der sich die Tschechoslowakei in den vergangenen Jahrzehnten aufgehalten habe, gar von der „orientalischen Grausamkeit und Unbarmherzigkeit“ des Kommunismus im Gegensatz zu den „erfolgreichen Gesellschaftssystemen in Übersee und Westeuropa.“ (ODS 1992) Pavel Bratinka (ODA) bezeichnet das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion pauschal als „Eurasien“ und führt aus, dass die dortigen Staaten mehrheitlich keinerlei liberale, demokratische und marktwirtschaftliche Traditionen haben, dafür aber Traditionen von Konflikten und Kriegen und große Mengen an Waffen, darunter auch nukleare (vgl. FS ČSFR 1991c: 14). Auch Präsident Havel verortet den Raum östlich von Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn in „Asien“ (Havel 1991) und warnt vor einer Einwanderungswelle aus dem Osten, sollte die Tschechoslowakei zerbrechen (vgl. Havel 1990).

Entsprechend der Abwesenheit einer dem polnischen Falle ähnlichen Bedrohungskonstruktion einer möglichen Wiederkehr des russischen Imperiums und der primären Charakterisierung des osteuropäischen Raumes als potenzielle Quelle von Instabilität und Chaos wird der Zerfall der Sowjetunion und die Entstehung neuer, unabhängiger Staaten von niemandem als positives Ereignis konstruiert. Während sich die tschechischen Sprecher zu den Vorkommnissen in Litauen im April 1990 im vorliegenden Material gar nicht äußern,⁷² wird der Zerfall der UdSSR Ende 1991 als Ereignis dargestellt, welches die Situation lediglich weiter verkompliziert und destabilisiert, und aufgrund des vergrößerten Konfliktpotenzials sowie wegen des Vorhandenseins von Atomwaffen in der Ukraine sogar als ernsthafte Bedrohung konstruiert (vgl. FS ČSFR 1991c: 12-13; ČSSD 1992). Daher haben die tschechoslowakischen Verlautbarungen zur Unabhängigkeit der Ukraine auch nichts mit den Freudenbekundungen aus Polen gemein; die entsprechenden Regierungserklärungen sind sehr nüchtern abgefasst, die Tschechoslowakei will den Wunsch der Ukrainer nach einem eigenen Staat lediglich „respektieren“ und fordert den neuen Akteur auf, gerade im sicherheitspolitischen Bereich Verantwortung zu übernehmen und bestehende Verträge einzuhalten (vgl. Vláda ČSFR 1991). Sprecher des Westintegrationsdiskurses fordern gar, mit der Anerkennung der Ukraine bzw. der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zunächst zu warten, bis die Fragen der ukrainischen Staatsgrenzen und der Atomwaffen abschließend geklärt sind (vgl. FS ČSFR 1991c: 14, 18).

⁷² Besonders deutlich wird der Kontrast in einem längeren Artikel in der *Mladá Fronta Dnes*, in dem eine Reihe ausländischer Politiker bis hin zum norwegischen Premierminister zitiert werden, der aber keine Äußerungen tschechoslowakischer Politiker enthält (vgl. MFD 28.3.1990).

Einige Sprecher, darunter Außenminister Dienstbier, formulieren angesichts der Tatsache des Zerfalls der Sowjetunion die Demokratisierung der Ukraine als sicherheitspolitisches Ziel, insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass diese anfangs noch Kernwaffen besaß (vgl. FS ČSFR 1991c: 12-13; MFD 19.11.1991). Auch die ČSSD schließt sich dieser Position an und formuliert eine Stabilisierung bzw. die Demokratisierung der östlichen Nachbarländer als sicherheitspolitisches Ziel (vgl. RP 23.8.1991; ČSSD 1992). Die Vertreter von ODS und ODA widersprechen dem nicht, bis auf Pavel Bratinka unterstützt jedoch auch niemand diese Position.

Andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion als Russland und die Ukraine spielen in der gesamten außen- und sicherheitspolitischen Diskursformation keine nennenswerte Rolle.

1.1.4. Die ökonomische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes

Neben der Wiederherstellung der Demokratie ist die einer funktionierenden Marktwirtschaft eines der Leitziele der tschechoslowakischen Nachwendepolitik. Wirtschaftliche Fragen machen daher – insbesondere nach dem Machtantritt der ODS unter dem Außenhandelsökonomem Václav Klaus und der Marginalisierung der „Idealisten“ durch das Wahldebakel der OH – einen ganz wesentlichen Teil der außenpolitischen Diskursformation aus.

Ähnlich wie im polnischen Falle ist eine funktionierende Wirtschaft sicherheitspolitisch zunächst deswegen bedeutsam, damit die materielle Grundlage für ein funktionierendes Militär gesichert werden kann. Allerdings wird das Ziel der Wiederherstellung der Marktwirtschaft und der Schaffung von Wohlstand vom wirtschaftsliberalen Teil der Elite derart hoch gehängt, dass es im Vergleich zu Polen deutlich stärker auch an sich sicherheitspolitisch aufgeladen wird. Zwar wird der Sicherheitsbegriff nur sehr selten theoretisch diskutiert und im Zuge dessen eine ökonomische Dimension explizit benannt (vgl. FS ČSFR 1991a: 33; MFD 7.3.1991), dennoch wird deren Bedeutung an der Formulierung von Bedrohungen deutlich. Besonders plakativ formuliert dies Pavel Bratinka (ODA) in der Außenpolitikdebatte Ende 1991. Nachdem er über die Gefahren referiert hat, die nationalistische Separatismustendenzen zeitigen können – die Rede war von 840 Krieg führenden Staaten auf der Welt, sollten alle so handeln wie Serben und Kroaten – legt er deutlich dar, dass dieses Szenario auch eine sicherheitspolitisch relevante ökonomische Dimension hat und bezieht sich offenbar auf wirtschaftliche Verarmung als Bedrohung und Freihandel als ein sicherheitspolitisches Ziel, das dieser Bedrohung entgegenwirkt:

„Aber auch wenn diese Staaten nicht Krieg führten, ihre Beziehungen ansonsten korrekt wären und sie nur den Prinzipien des wirtschaftlichen Nationalismus unter den

Schlagwörtern „nationale Wirtschaft“, „nationale Autarkie“, „nationaler Reichtum“ usw. folgten, würde diese Zerstückelung der Welt in 840 kleine Märkte zu Armut und Hungersnöten führen.“ (FS ČSFR 1991b: 14)

Insgesamt spielen Gefahren für die marktwirtschaftliche Transformation und den Wohlstand des Landes an sich eine größere sicherheitspolitische Rolle als in Polen, wo eher Fragen politischer Souveränität und Unabhängigkeit von Fremdherrschaft im Vordergrund stehen und ökonomische Fragen eher unter diesem Gesichtspunkt diskutiert werden (z.B. die Gefahr, ökonomisch abgehängt und dadurch auch politisch marginalisiert zu werden). Daher wird auch häufiger, vor allem von Vertretern von ODS und ODA, explizit auf mögliche Bedrohungen für die neue wirtschaftliche Ordnung und den freien Handel hingewiesen, die von „interventionistischen Praktiken“ (MFD 7.9.1992) oder „kryptosozialistischen Tendenzen“ (FS ČSFR 1991b: 14) ausgehe, etwa durch die EG. Ausführlicher diskutiert werden zu diesem Zeitpunkt noch ökonomische Bedrohungen, die von Deutschland und von Osteuropa ausgehen.

1.1.4.1. Deutschlands ökonomische Dominanz als Bedrohung

Von Beginn an äußern kommunistische Sprecher Befürchtungen, Deutschland könne mit ökonomischen Mitteln versuchen, die Tschechoslowakei erneut zu dominieren und auf diese Weise deren Souveränität und Wohlstand mindern. Konkret geht es dabei insbesondere um den Aufkauf tschechoslowakischen Grundes und Bodens sowie die Verwandlung des Landes in ein Reservoir billiger Arbeitskräfte für Deutschland. Hierdurch erhält diese Bedrohungs konstruktion auch eine territoriale Dimension:

„Wir vergessen, dass in dem Europa, das wir alle wollen, niemand mehr Territorium mit Waffen und Blut erwerben muss, sondern dass jeder, der reich genug ist, es einfach kaufen kann. Daher liegt die Gefahr für uns anderswo. [...] Wenn wir nicht wollen, dass die pessimistischen Voraussagen darüber, dass unsere Wirtschaft ein Sub-Versorger der deutschen werden wird und unsere Arbeiter Schritt für Schritt die Türken in Deutschland ersetzen, wahr werden, dann müssen wir vor allem unsere Wirtschaft in Ordnung bringen, und zwar hauptsächlich aus eigener Kraft heraus.“ (RP 10.11.1990)

Nach einiger Zeit begannen allerdings vermehrt und schließlich sogar überwiegend Vertreter der wirtschaftsliberalen Reformeliten, darunter Jan Stráský (ODS), letzter Premierminister der Tschechoslowakei, vor einer einseitigen Abhängigkeit von deutschem Kapital zu warnen. Stráský argumentierte im Februar 1992, damals noch als Vizepremier der Tschechischen Republik, dass ein deutscher Anteil von 86% an den ausländischen Direktinvestitionen aus ökonomischen Gründen einseitig und daher zu verringern sei, sagte aber auch offen: „Es ist unbestritten, dass es auch geopolitische Gründe geben kann.“ (RP 6.2.1992) Auch in der außenpolitischen Parlamentsdebatte wird das Problem der Abhängigkeit von deutschem Kapi-

tal mehrfach angesprochen; Pavel Bratinka (ODA) warnt auch davor, dass es die Integration in die EG verzögern könne, wenn die Tschechoslowakei ökonomisch zu einem „Hinterhof“ Deutschlands degradiert werde. Widerspruch gibt es keinen.⁷³ Die Stärkung der eigenen Wirtschaft ist daher als politisches Ziel grundsätzlich auch sicherheitspolitisch zu verstehen, auch wenn abgesehen von einer abstrakten Abhängigkeit von Deutschland und möglicher Verzögerungen der EG-Integration nicht konkret ausgeführt wird, worin die Bedrohung besteht.

1.1.4.2. Eigentumsforderungen der Sudetendeutschen als Bedrohung

Im Laufe des Jahres 1991, als man über den deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag verhandelte, wurden nach ersten Durchstichen von Vertragsinhalten zunehmend Stimmen laut, die vor einer Gefahr durch Restitutionsforderungen von Sudetendeutschen warnten. Zwar wird dies in der Regel als ökonomische Frage diskutiert, jedoch wird durch die Klassifizierung als Bedrohung sowie durch die Erregung, mit der diese Frage diskutiert wurde, immer wieder deutlich, dass sie auch sicherheitspolitisch verstanden wird. Im September bezog sich Außenminister Dienstbier auf die Frage, die „von höchstem Interesse“ für die Tschechoslowaken sei, nämlich die „ständige Angst, die Fragen, die Besorgnis, dass sie nicht kommen mögen, um ihr Eigentum zu verlangen.“ (RP 9.9.1991) Vor allem Sprecher aus den Reihen von Kommunisten und Sozialdemokraten erhoben die Eigentumsfrage zu einer Angelegenheit des „nationalen Interesses“, da das Entgegenkommen der Tschechoslowakei dahingehend, dass die „Umsiedlungen“ nun „Vertreibungen“ genannt würden, die Möglichkeit für Restitutions- oder Entschädigungsforderungen eröffne (vgl. RP 18.10.1991, 11.11.1991). Diese Frage wurde von ihnen in der Regel in einem Atemzug und auf einer Ebene mit territorialen Fragen diskutiert.

Nachdem Gerüchte aufkamen, Präsident Havel – der selbst nie sicherheitspolitisch argumentierte, sondern motiviert durch moralische Erwägungen Deutschland in bestimmten Punkten Entgegenkommen signalisierte und hierfür heftig kritisiert wurde – habe den Sudetendeutschen eine Restitution angeboten, musste dies regierungsseitig umgehend massiv dementiert werden; mehrfach wurde der 25.2.1948, der Tag der Machtübernahme durch die Kommunisten, als „unüberschreitbare“ Grenze definiert, jenseits derer Entschädigungen oder Restitutionen unter keinen Umständen diskutiert würden – was eine Diskussion über eine mögliche Rückgabe von Eigentum an Sudetendeutsche, die vorher enteignet worden waren, ausschloss (vgl. RP 25.2.1992a, 25.2.1992b, 13.4.1992). Auch in der außenpolitischen

⁷³ Lediglich der slowakische Abgeordnete Ján Mlynárik (VPN) widerspricht (vgl. FS ČSFR 1991c: 20).

Parlamentsdebatte wurde der Vertrag von Sprechern unterschiedlicher Parteizugehörigkeit kritisiert, da er das „gefährlichste Problem“ weiterhin ungeklärt lasse, wie Jana Petrová (ODS) es formulierte und wie die Frage des sudetendeutschen Eigentums auch im Wahlprogramm der ODS bezeichnet wurde (vgl. FS ČSFR 1991c: 17-18; ODS 1992). Dienstbier verteidigte sein Verhandlungsergebnis mit dem Hinweis, dass der Vertrag selbst feststelle, dass mit der Verwendung des Begriffs „Vertreibung“ keinerlei Restitutionsforderungen begründet werden könnten (vgl. FS ČSFR 1991c: 22). Indem er feststellt, dass eine Restitution sich nicht zu realisieren drohe, stützt er allerdings diese Bedrohungskonstruktion.

1.1.4.3. Ökonomische Instabilität im Osten als Bedrohung

Dass auch von der ökonomischen Instabilität in der Sowjetunion eine Bedrohung für die Tschechoslowakei ausgeht, wurde erstmals von Jiří Dienstbier am 22. August 1991 nach dem Putsch in der Sowjetunion erwähnt. Hierbei spielte nicht nur, aber auch die Abhängigkeit von Energieträgern aus der Sowjetunion eine Rolle. Aus dieser Lage ergibt sich Notwendigkeit der ökonomischen und infrastrukturellen Integration mit Westeuropa:

„Bezüglich der Integration in europäische Strukturen hatte ich konkrete Dinge im Kopf, wie eine Verbindung zu europäischen Ölpipelines, Straßen, Kommunikation. Das sind nicht nur ökonomische Fragen, sondern auch strategische und sicherheitspolitische.“ (MFD 22.8.1991)

Diese Problematik wurde in Folge insbesondere von Seiten der wirtschaftsliberalen, westorientierten „Pragmatiker“ verstärkt aufgegriffen. Schon während der Augustkrise kommentierte Václav Klaus die Geschehnisse in Moskau ausschließlich im Hinblick auf mögliche Folgen für bestehende Handelsverträge mit der Sowjetunion (vgl. RP 20.8.1991). Abgeordnete von ODA und ODS in der Föderationsversammlung kritisierten angesichts der Gefahren, welche vor allem die Rohstoffabhängigkeit von der Sowjetunion vor dem Hintergrund ihrer fortschreitenden Desintegration darstelle, Zustände wie den Dreieckshandel (Export in die Sowjetunion mit Hilfe westlicher Kredite) und ganz allgemein die Konzeptlosigkeit der Regierung (vgl. FS ČSFR 1991c: 12). Im Wahlprogramm der ODS von 1992 wurde nicht nur die Zusammenarbeit in regionalen, ost- und südosteuropäische Staaten umfassenden Gruppen kritisiert, sondern auch die ökonomische Verflechtung der Tschechoslowakei mit dem Osten Europas zu einer Bedrohung erklärt. Die Tschechoslowakei würde hierdurch „auf riskante Weise“ an den instabilen osteuropäischen Raum gebunden:

„Die sehr strittigen kurzfristigen Profite können die völlig unstrittigen, langfristigen und grundsätzlich negativen Folgen nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern auch für die

gesamtgesellschaftliche Entwicklung und unsere internationale Position bei weitem nicht aufwiegen.“ (ODS 1992)

Somit stellt auch ökonomisch nicht eine mögliche erneute Unterdrückung durch Russland, sondern eher das mögliche Übergreifen von Chaos und Desintegration von Osteuropa her eine Bedrohung dar. Die Lösung ist hier eine radikale Orientierung auf die westlichen Strukturen, im ökonomischen Zusammenhang insbesondere die EU. Auch in diesem Punkt zeigt sich wieder die Spaltung zwischen „Westlern“ und „Gesamteuropäern“. Denn während Dienstbier zwar die Einbindung in westliche Strukturen zur Stabilisierung auf jeden Fall befürwortet, spricht er sich explizit gegen eine Kappung der ökonomischen Verbindungen zum Osten aus, da die Tschechoslowakei auf die dortigen Märkte angewiesen sei – auch aus sicherheitspolitischen Gründen. Unterstützung erhält er diesbezüglich allerdings im Wesentlichen von einem Abgeordneten der slowakischen HZDS (vgl. FS ČSFR 1991c: 14). Aufgrund der seltenen explizit sicherheitspolitischen Kontextualisierung ist es schwierig, zu bestimmen, welche Äußerungen in Bezug auf die Außenwirtschaftspolitik der Tschechoslowakei sicherheitspolitisch konnotiert sind. Es scheint aber, dass die wesentlichen Bedrohungskonstruktionen und Ziele hier aufgezeigt wurde. Zudem ist auffällig, dass allgemein in Äußerungen zur Sowjetunion bzw. zum osteuropäischen Raum neben den sich aus der dortigen Instabilität ergebenden Bedrohungskonstruktionen wirtschaftliche Fragen dominieren.

1.2. Sieg der „Realisten“ – der Beginn der Ära Klaus

Die Parlamentswahlen von 1992 veränderten die politische Landschaft Tschechiens auf Jahre hinaus. Die „Idealisten“, die den europäischen Einigungsdiskurs maßgeblich mitgetragen hatten, wurden marginalisiert, die OH schaffte den Sprung über die 5%-Hürde weder bei den Wahlen zur Föderationsversammlung, noch bei jenen zum Tschechischen Nationalrat, der ab 1993 als Parlament der unabhängigen Tschechischen Republik fungieren sollte. Führende Figuren dieser Strömung, wie Außenminister Jiří Dienstbier oder der bis von 1990 bis 1992 als tschechischer Ministerpräsident dienende Petr Pithart verließen zunächst die Politik. Pithart gehört seit 1996 dem im Institutionengefüge der tschechischen Politik eher nachrangigen und in Tschechien oft als überflüssig kritisierten (vgl. Vodička 2010: 283) Senat an, beschäftigt sich aber nicht sonderlich intensiv mit außenpolitischen Fragen. Gerade Dienstbier, der neben seiner Tätigkeit im Prager Stadtrat und seinem Senatorenamt (2008 bis zu seinem Tod 2011) auch wieder als Journalist arbeitete, meldete sich zwar gelegentlich in der Presse mit Gedanken zur Außenpolitik zu Wort, die Debatte wurde jedoch von nun an klar von den „Westlern“ bzw. den „Realisten“ aus dem Klaus-Lager dominiert. Der verbliebene Exponent der „Gesamteuropäer“

war neben den politisch ausgegrenzten Kommunisten und Teilen der sich außenpolitisch noch formierenden ČSSD allenfalls – in der „verwestlichten“ Variante – noch Václav Havel, der sich jedoch trotz seiner häufigen und teils kontroversen Einlassungen zur Außenpolitik eher selten zu sicherheitspolitischen Fragen äußerte.⁷⁴

Die „realistische“ und „interessentorientierte“ Diskurskoalition vertrat nicht nur – u.a. mit dem Westintegrationsdiskurs – zu den „idealistischen“ Vorstellungen konträre Positionen, sie grenzte sich auch sehr explizit gegen das Havel/Dienstbier-Lager ab und stellte dessen außenpolitische Kompetenz infrage. So heißt es im Wahlprogramm von 1992:

„Eine Reihe von Persönlichkeiten, die sich derzeit in der Politik engagieren, hat natürlich ihr öffentliches Wirken in gänzlich anderen, oft weit entfernten Feldern begonnen. Die Plötzlichkeit des Übergangs von bloßen unverbindlichen Erwägungen hin zu bindender Praxis hat in einigen Fällen zu weitreichenden, uneingestanden amateurhaften Plänen und Initiativen geführt. Sie münden in utopische Gedanken darüber, wie Länder, die sich gerade erst vom russischen kolonialen Joch befreit haben, die müden europäischen Demokratien mit neuen, originellen Initiativen und Lösungen bereichern.“ (ODS 1992)

Nicht nur von Plänen und Gesten, welche die Möglichkeiten des Landes übersteigen, distanzierte sich die ODS, sondern auch von der übermäßigen Betonung moralischer Werte. So sagte der spätere Außenminister Zieleniec in einem Zeitungsinterview zur Bemerkung Václav Havels, dass in der Außenpolitik die tschechischen Interessen zu sehr betont würden:

„Das ‚national interest‘ ist Teil der außenpolitischen Theorie, genauso wie der Bruch ein Teil der Mathematik ist. Daraus folgt nicht, dass Außenpolitik selbstsüchtig sein soll. [...] Wenn wir natürlich nur die ethische Dimension der Politik betonten, wäre das ein Fehler. In der heutigen Welt konkurrieren Staaten und Nationen – wenn sie auch friedliebend sind – um ökonomische Ressourcen, um Bedeutung und ihre Position in der Welt. Wir müssen die Funktionsweise der tatsächlichen Mechanismen der Beziehungen zwischen Staaten zur Kenntnis nehmen.“ (MFD 1.2.1993)

In den Neunzigerjahren wurde von Vertretern der ODS gar gelegentlich mit politikwissenschaftlichen IB-Theorien argumentiert und etwa Abrüstungsregime oder die OSZE als „typisches Produkt idealistischer Vorstellungen von internationaler Politik“ gescholten, während die ODS sich an realistischen Theorien und damit insbesondere am Begriff des nationalen Interesses sowie an der zentralen Stellung des Nationalstaates orientierte (vgl. MFD 11.11.1999, 28.12.1999).

Wie im Weiteren gezeigt wird, führten die neuen Eliten die bisher von ihnen vertretenen Diskurse im Wesentlichen fort. Das für die tschechische Außenpolitik maßgebliche Ereignis,

⁷⁴ Dies hat allerdings auch mit der Konzentration dieser Untersuchung auf die innertschechische, also nationale Debatte zu tun. Havel wurde, auch hinsichtlich seiner außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen, im Ausland wesentlich intensiver rezipiert als in Tschechien. In einem Zeitungsinterview Ende der Neunzigerjahre beklagte er sich diesbezüglich gar, dass seine Reden im Ausland publiziert würden, während er sie in Tschechien nicht in den Zeitungen unterbringen könne (vgl. MFD 30.9.1999).

das zu einer fast völligen Abkehr vom ohnehin vernachlässigten und skeptisch beäugten Osten Europas führte, fand also nicht am 1. Januar 1993 mit der Dismembration der Tschechoslowakei und der geopolitischen Trennung Tschechiens vom postsowjetischen „Raum der Instabilität“ statt, sondern bereits am 5./6. Juni 1992 mit dem Wahlsieg der radikal nach Westen ausgerichteten ODS und der Marginalisierung der „Idealisten“ bzw. der „Gesamteuropäer“.

Außenpolitik in der politischen Debatte der späten Tschechoslowakei

Dem Wahlsieg der ODS in Tschechien und der HZDS in der Slowakei folgte eine totale Dominanz der zwar noch nicht offiziell beschlossenen, aber von Václav Klaus und Vladimír Mečiar schon Anfang Juli 1992 verabredeten Teilung des Staates in der politischen Debatte. Außen- und sicherheitspolitische Fragen – auch mögliche außen- und sicherheitspolitische Folgen einer Trennung für die beiden Republiken – spielten nur eine marginale Rolle. Dies zeigt sich etwa an der Regierungserklärung des neuen und letzten tschechoslowakischen Premierministers Jan Stráský (ODS) und der darauf folgenden Debatte in der Föderationsversammlung Mitte Juli 1992 (vgl. FS ČSFR 1992). Lediglich einige Abgeordnete der politisch isolierten Kommunisten warnten vor einer Destabilisierung Mittel- und Osteuropas durch die Trennung, ein Vertreter der ebenso isolierten rechtsradikalen SPR-RSČ wies außerdem darauf hin, dass eine solche Teilung des Staates die Modernisierung des Militärs verunmögliche (vgl. FS ČSFR 1992: 10-12).

Ähnliches gilt für das Regierungsprogramm, das Václav Klaus Anfang derselben Woche im Tschechischen Nationalrat vorgestellt hatte (vgl. ČNR 1992a: 1-4). Klaus stellte zwar fest, dass sich Tschechien auf die Notwendigkeit einer eigenen Außenpolitik vorbereiten müsse, hielt sich jedoch mit inhaltlichen Aussagen klar zurück und legte den Schwerpunkt seines Programms auf wirtschaftliche Fragen. Er machte lediglich deutlich, dass eine Integration in die „Familie der erfolgreichen demokratischen Staaten Europas“ der zwingend notwendige Rahmen für die politische und ökonomische Erneuerung des Landes sei. Die einzige konkrete Frage, die er ansprach, war jene des sudetendeutschen Eigentums, wobei er noch einmal klar den 25. Februar 1948 als zeitliche Grenze für jegliche Restitutions- oder Entschädigungsforderungen bestätigte. Der mit „Sicherheitspolitik“ überschriebene Abschnitt seiner Regierungserklärung widmet sich ausschließlich der inneren Sicherheit, insbesondere dem Kampf gegen die Kriminalität. Auswärtige Sicherheitspolitik und mögliche außen- und sicherheitspolitische Auswirkungen der Dismembration spielten auch in der sich anschließenden Debatte praktisch keine Rolle.

Dasselbe gilt für die weitere öffentlich geführte Debatte. In der Regel ging es dabei um technische, rechtliche und organisatorische Fragen der Dismembration wie die Teilung des Vermögens, die Nutzung der diplomatischen Vertretungen oder das künftige Verhältnis zur Slowakei (vgl. MFD 10.6.1992; RP 3.8.1992, 9.12.1992). Selbst Außenminister Zieleniec diskutierte teils ausführlicher innen- und parteipolitische Fragen als außenpolitische (vgl. RP 16.9.1992). Lediglich unter militärischen Gesichtspunkten wurde auch die sicherheitspolitische Bedeutung der Teilung diskutiert, hierbei machte man allerdings Gefahren lediglich für die Slowakei, nicht jedoch für Tschechien aus (vgl. RP 11.9.1992). Durch die Wahlniederlage der OH und den Rücktritt Havels vom Präsidentenamt – er bekam aufgrund seines Eintretens für den Erhalt der Tschechoslowakei und gegen nationalistische Bestrebungen bei den neuen Präsidentschaftswahlen vor allem von den slowakischen Abgeordneten zu wenige Stimmen und trat noch vor dem offiziellen Ende seiner Amtszeit zurück – fehlten auch laute Stimmen aus dem Kreise der politischen Elite, welche unter Verweis auf die Rollenkonzeption der Tschechoslowakei als regionaler Stabilisierungsfaktor gegen eine Dismembration eintraten.

1.3. Orientierung nach Westen – und nach innen: 1993-1999

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit durch die Tschechische Republik folgte eine Periode der völligen Dominanz des Premierministers Václav Klaus in der tschechischen Politik, die erst ab 1996 langsam zurückging, als die Parlamentswahlen zu einer Bestätigung der Regierung führten, aber die kleineren Koalitionspartner und insbesondere die oppositionelle ČSSD stärkten. Ende 1997 stürzte die zweite Regierung Klaus über die Wirtschaftskrise, interne Streitigkeiten und einen Parteispenskandal. Für ein halbes Jahr übernahm eine parteilose Übergangsregierung unter Josef Tošovský, dem Gouverneur der Tschechischen Staatsbank, die Macht, bei den im Juli 1998 stattfindenden Neuwahlen waren die Mehrheitsverhältnisse für eine Regierungsbildung schließlich nicht klar genug. Die ČSSD wurde mit 32% stärkste Kraft, konnte sich aber auf keine Koalition mit der KDU-ČSL und der Freiheitsunion (US, einer in Folge des Spenskandals entstandenen Abspaltung von der ODS) einigen, während die Kommunisten, die 11% der Stimmen geholt hatten, nicht genügend Sitze für eine Mehrheit mitbrachten und ohnehin ausgegrenzt und koalitionsunfähig waren. Folge war der umstrittene „Oppositionsvertrag“ (vgl. Vodička 2010: 284), in dem die Tolerierung einer ČSSD-Minderheitsregierung unter Miloš Zeman durch die ODS festgeschrieben und der ODS dafür ein gewichtiger, halbformeller Einfluss auf die Regierungspolitik eingeräumt wurde. Václav Klaus wurde Parlamentspräsident. Da Klaus diese Situation dennoch zur Obstruktion der Regierung seines Erzfeindes Zeman nutzte und die ODS im Parlament des öfteren gegen die

ČSSD stimmte, verschärfte sich das von parteipolitischen Machtkämpfen, persönlichen Animositäten und aggressiver Rhetorik geprägte politische Klima ab 1998 noch weiter.

Die Intensität der in der Öffentlichkeit geführten sicherheitspolitischen Diskussion nahm ab 1993 zunächst noch einmal ab, sofern man diesen Terminus unter außenpolitischen Vorzeichen sieht. Die innenpolitische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes wird hingegen noch einmal aufgewertet. Äußere Sicherheit wurde lediglich im April 1993 im Rahmen des außenpolitischen Konzeptes von Außenminister Zieleniec im Parlament diskutiert, dabei allerdings trotz der expliziten Definition von Sicherheit als eine der Prioritäten tschechischer Außenpolitik nicht sehr prominent hervorgehoben. Außerhalb des Parlaments entspann sich die sicherheitspolitische Diskursformation insbesondere in der Presse und verengte sich hier zunehmend auf den NATO-Beitritt und die Migrationsproblematik.

Ab 1995 begann sich die außen- und sicherheitspolitische Debatte in den Medien zu intensivieren,⁷⁵ ab 1996 gerieten außenpolitische Fragen auch parlamentarisch wieder stärker in den Blick, nachdem die Wahlen wieder mehr Politiker der „ersten Garde“ und damit auch mehr außenpolitische Kompetenz ins Parlament gebracht hatten. Auffällig ist, dass sich die beiden Protagonisten Klaus und Zeman auch in längeren Interviews und Gastartikeln fast nie zu außen- und sicherheitspolitischen Themen äußerten (eine Ausnahme sind bei Klaus die wirtschaftlichen Beziehungen zur Slowakei). Größere inhaltliche Debatten gab es vor allem zur Deutsch-Tschechischen Erklärung (1997) und zum NATO-Beitritt (1998) sowie zum Kosovo-Krieg (1999). Insgesamt bewegte sich aber trotz des „Aufschwungs“ ab 1995 die außen- und sicherheitspolitische Debatte quantitativ und qualitativ auf niedrigem Niveau.⁷⁶

Dieser Zustand wurde von der Opposition, aber auch von Vertretern der Regierungsparteien vielfach und mit der Zeit zunehmend kritisiert. Insbesondere wurde den Regierungen, aber auch den Parlamentariern selbst, außen- und sicherheitspolitische Konzeptlosigkeit, Untätigkeit und Desinteresse (vgl. MFD 6.3.1995), teils auch „Isolationismus“ sowie speziell „Ignoranz“ gegenüber dem osteuropäischen Raum vorgeworfen (vgl. RP 7.12.1994; Právo 13.4.1996, 18.10.1996; MFD 8.1.1998). Wiederholt wurde von einigen engagierten Außenpolitikern wie Jiří Payne (ODS), Petr Nečas (ODS) oder Zdeněk Jičínský (ČSSD) eine ausführliche Debatte über die Interessen und Ziele Tschechiens gefordert. Parlamentarier kritisierten auch den „Elitarismus“ der Regierung, die ihre Außenpolitik im Hinterzimmer ausarbeite und das

⁷⁵ Während für 1993 noch 22 und für 1994 nur 17 Beiträge in den beiden größten Tageszeitungen in den Korpus einfließen, lag die Zahl für die Folgejahre jeweils zwischen 40 und 50.

⁷⁶ Mit einem qualitativ niedrigen Niveau ist nicht nur eine häufig nur wenig differenzierte, vage Argumentationsweise der beteiligten Sprecher bis hin zur Beschränkung auf Gemeinplätze gemeint, sondern auch, dass nicht selten parteipolitische Fragen, Auseinandersetzungen über die Zeit der Herrschaft der Kommunisten, sonstige innenpolitische Themen und massive Angriffe ad hominem die inhaltliche Auseinandersetzung ersetzen.

Parlament nicht einbinde, sondern lediglich als „Abstimmungsmaschine“ (vgl. MFD 24.11.1995; Právo 14.6.1996, 3.1.1997, 9.10.1997) betrachte. Hierzu gehörten auch Klagen über die nur geringe Teilnahme von Parlamentariern und teils das völlige Fehlen von Regierungsmitgliedern bei parlamentarischen Debatten etwa zum NATO-Beitritt oder zur nationalen Sicherheitsstrategie. Letztere wurde wegen der vollständigen Abwesenheit der Regierung gar um mehrere Tage verschoben und fand dann doch ohne Außenminister Jan Kavan (ČSSD) statt (vgl. PSP ČR 1999b).

Speziell während der Regierungszeit von Václav Klaus wurde weiterhin zunehmend bemängelt, dass die radikal wirtschaftsliberale Linie der Regierung mit der Einstellung der auswärtigen Wirtschaftsförderung, der Schließung von Botschaften aus Kostengründen und der geplanten Privatisierung von außenpolitischen Aufgaben wie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sogar die Außenpolitik erfasst habe (vgl. MFD 29.5.1997, 12.6.1997; Právo 11.10.1997). Auch Präsident Havel beklagte, dass über die einseitige ökonomische Ausrichtung der Regierung Fragen der Sicherheit des Staates vernachlässigt würden (Havel 1997).

Nach dem Regierungswechsel wurde 1999 die erste nationale Sicherheitsstrategie fertiggestellt und im Parlament diskutiert, zudem präsentierte der neue Außenminister Jan Kavan (ČSSD) kurz darauf sein außenpolitisches Konzept im Abgeordnetenhaus. Während sich hier keine fundamentalen Verschiebungen in der Struktur der Diskursformation ausmachen lassen, fällt auf, dass insbesondere die Diskussion der Sicherheitsstrategie zu einem erheblichen Teil aus persönlichen Angriffen und Kritik an der schlechten handwerklichen Qualität des Papiers sowie der mangelnden Beteiligung der Opposition an der Ausarbeitung, weniger aber aus einer inhaltlichen Diskussion über die Sicherheitspolitik Tschechiens bestand. Daneben wurde insbesondere der Krieg im Kosovo im Parlament und in den Medien kontrovers diskutiert, allerdings nur eingeschränkt mit der Sicherheit Tschechiens in Verbindung gebracht.

1.3.1. Die innenpolitische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes

Auch 1993-1999 ist in Tschechien die innenpolitische Dimension des Sicherheitsbegriffes deutlich wichtiger als in Polen. Ihr Gewicht nahm in dieser Zeit noch einmal zu. Man kann in diesem Rahmen durchaus von einem im Rahmen der sicherheitspolitischen Diskursformation formulierten „innenpolitischen Sicherheitsdiskurs“ sprechen. Während in Polen jährlich über das Exposé des Außenministers und damit ganz zentral über äußere Sicherheitspolitik debattiert wurde, beschäftigte sich das tschechische Abgeordnetenhaus stattdessen ab 1993 im jährlichen

Rhythmus mit dem „Bericht über die Sicherheitssituation in der Tschechischen Republik“ des Innenministers (vgl. MV ČR 1994, 1995, 1996, 1997).⁷⁷

Dieser definiert regelmäßig neben inneren Sicherheitsrisiken solche mit internationalem Bezug als Hauptgruppe sicherheitspolitischer Bedrohungen. Zentral werden hierbei in den Berichten durch Immigration verursachte Ausländerkriminalität und organisiertes Verbrechen internationaler Gruppen diskutiert, im Wesentlichen Eigentumsdelikte, Drogen-, Wirtschafts- und mit all diesem verbundene Gewaltkriminalität. Auch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen aus der ehemaligen Sowjetunion und Terrorismus werden als Gefahren ausgemacht. Illegale Migration – im Wesentlichen aus der ehemaligen Sowjetunion sowie dem ehemaligen Jugoslawien – wird als Sicherheitsproblem präsentiert, da sie zwangsläufig mit (organisierter) Kriminalität zusammenhängt, während auch legale Migration unter dem Gesichtspunkt der Unterstützung illegaler Migration und organisierter Kriminalität diskutiert wird. Sicherheitspolitische Ziele sind entsprechend die Kriminalitätsbekämpfung durch Gesetzesänderungen, eine effektivere Polizeiarbeit und Kooperation mit ausländischen Sicherheitsbehörden sowie die bessere Kontrolle von Migrationsströmen und Grenzübertreten durch ein effektiveres Grenz- und Visaregime. Dies betrifft insbesondere die Grenzen zu Polen und der Slowakei bezüglich der Einwanderung aus Osteuropa.

Die Plenardebatten über diese Berichte drehten sich im Wesentlichen um allgemeine Fragen der Bekämpfung von Kriminalität sowie Kritik an der Regierungspolitik oder an Form und Inhalt der Berichte. Sicherheitsrisiken mit internationalem Bezug werden nur selten explizit diskutiert, allerdings ist es offenbar Konsens, dass illegale Einwanderung aus dem Osten und Südosten sowie das Wirken internationaler/ausländischer krimineller Organisationen eine Bedrohung darstellen (vgl. etwa PSP ČR 1994a, 1996b). Zudem wurde das Thema samt der Ankündigung einer restriktiveren Visapolitik und eines effektiveren Grenzregimes mit der Slowakei recht prominent in Václav Klaus' Regierungserklärung im Jahr 1996 behandelt und auch von einigen sozialdemokratischen und republikanischen Abgeordneten in der folgenden Debatte aufgegriffen (vgl. PSP ČR 1996a: 2, 5, 10, 16-17). Auch in den Wahlprogrammen von 1996 und 1998 wurde das Thema deutlich platziert und vor allem seitens der konservativen und wirtschaftsliberalen Parteien die Immigration von Ausländern und die damit verbundene Kriminalität sowie die „Infiltration des Territoriums der Tschechischen Republik“ durch die „östliche Mafia“ und „asoziale Elemente“ als Bedrohungen konstruiert (vgl. ODA 1996). Diese Bedrohungskonstruktionen wurden auch in der Presse über den gesamten Untersuchungszeitraum regelmäßig reproduziert und teils auch als Argument für den NATO-

⁷⁷ Die Berichte für 1997 und 1998 sind über die Datenbank des tschechischen Parlaments nicht abrufbar.

Beitritt angeführt, sowohl von konservativen, als auch von sozialdemokratischen Sprechern, darunter Jan Kavan in seinem Außenpolitikkonzept von 1999. Zudem finden sie Eingang in die nationale Sicherheitsstrategie, wo sie zu den Bedrohungen gezählt werden, die mit größerer Wahrscheinlichkeit auftreten (vgl. *Agentura vojenských informací a služeb* 1999: 6). Widerspruch gibt es keinen, stattdessen wird vereinzelt sogar beklagt, dass die Verbreitung von organisiertem Verbrechen in der Sicherheitsstrategie zu wenig berücksichtigt würden (vgl. PSP ČR 1999b: 232).

Das Gewicht der innenpolitischen Dimension des Sicherheitsbegriffes – und die Tatsache, dass in der tschechischen sicherheitspolitischen Diskursformation diese und die territorial-militärische Dimension massiv dominieren – zeigt sich auch Ende 1997 und Anfang 1998 an der Debatte über das Verfassungsgesetz über die Sicherheit der Tschechischen Republik (vgl. MV ČR 1998).⁷⁸ Dieses Gesetz war unter Federführung des Verteidigungsministeriums vorbereitet worden, weil die tschechische Verfassung, die recht hastig geschrieben worden war, nur unzureichende sicherheitspolitische Regelungen enthielt. Ein erster Entwurf bezog sich nur auf militärische Bedrohungen, was zur Folge hatte, dass die konsultierten Parlamentsausschüsse das Fehlen einer innenpolitischen Dimension beklagten (vgl. PSP ČR 1997c: 76). Schließlich wurden auch Bedrohungskonstruktionen wie Natur- und Umweltkatastrophen, Industrieunfälle, Terrorismus und Migration berücksichtigt (vgl. PSP ČR 1998a: 192). Als zu schützende Werte werden im Gesetz, das vor allem Prozeduren und Zuständigkeiten für verschiedene Formen des Notstandes regelt, die Souveränität und territoriale Integrität des Landes, das demokratische System, die innere Ordnung, Leben, Gesundheit und Eigentum der Bürger sowie die Umwelt angeführt, als Instrumente die Streitkräfte, die Sicherheitskräfte im Innern sowie technische Hilfskräfte (vgl. MV ČR 1998). Das Gesetz sollte eine Grundlage für die Ausarbeitung weiterer Regelungen zur Landesverteidigung (durch das Verteidigungsministerium) und zur Krisenbewältigung (durch das Innenministerium) schaffen (vgl. PSP ČR 1998a: 192).

Die Debatte über das Sicherheitsgesetz wurde in beiden Lesungen kontrovers geführt. Kritiker sahen darin insbesondere eine Gefahr für Bürgerrechte und Demokratie, da aufgrund vager Formulierungen und weit reichender Rechte der Behörden unter den neu eingeführten Formen des Notstandes eine Unterdrückung der Bevölkerung durch ein Verbot von Versammlungen, Demonstrationen und freier Meinungsäußerung möglich erschien. Während die Republikaner

⁷⁸ Ein Verfassungsgesetz (*Ústavní zákon*) ist in Tschechien ein Gesetz von Verfassungsrang, das die Verfassung ergänzt und als solches grundsätzlich mit den Verfassungszusätzen in den USA vergleichbar ist. Es muss mit einer Dreifünftelmehrheit im Parlament verabschiedet werden. Der Präsident hat kein Vetorecht, zudem bedarf es im Falle von Verfassungsgesetzen nicht seiner Unterschrift, um diese in Kraft zu setzen, siehe Artikel 9 (1), 39 (4), 50 (1) und 112 (1) der Verfassung der Tschechischen Republik (vgl. ČNR 1992b).

vor allem die Gefahr einer Unterdrückung der Opposition und von Protesten gegen die Regierung sahen (vgl. PSP ČR 1997c: 77-78, 1998a: 196-198), kritisierten Kommunisten und Sozialdemokraten stärker die als Anlass für die Verhängung des Notstandes ursprünglich aufgeführte „Bedrohung für die Wirtschaft“ und konstruierten die Gefahr einer Unterdrückung von Arbeiterprotesten, insbesondere die Niederschlagung von Streiks (vgl. PSP ČR 1997c: 76-77). Dies führte zu einer Überarbeitung, wonach sich die Kritiker – abgesehen von den Republikanern – in der zweiten Lesung zufriedengaben (vgl. PSP ČR 1998a).

Der einzige, der die Konzentration auf innen- und militärpolitische Fragen nachdrücklich kritisierte, auf die außenpolitischen und völkerrechtlichen Implikationen des Gesetzes hinwies und eine Beratung auch im Auswärtigen Ausschuss forderte, war ODS-Außenpolitiker Jiří Payne (vgl. PSP ČR 1997c: 78). Der Auswärtige Ausschuss lehnte es jedoch ab, sich mit dem Verfassungsgesetz über die Sicherheit der Tschechischen Republik zu befassen (vgl. PSP ČR 1998a: 200).

1.3.2. Die territorial-militärische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes

Wie bereits dargelegt, ist neben der innenpolitischen die territorial-militärische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes weiterhin zentral. Dies zeigt sich auch daran, dass erst 1999 eine umfassende Sicherheitsstrategie beschlossen wurde – die selbst wesentlich Bedrohungsstrukturen beinhaltet, die der innenpolitischen und der territorial-militärischen Dimension zuzuordnen sind – während im selben Zeitraum mehrere militärpolitische Grundlagendokumente verabschiedet wurden (vgl. MO ČR 1995, 1997; Vláda České republiky 1999)

Geopolitisch änderten sich zum 1. Januar 1993 vor allem Größe und Lage des Landes. Mit der Dismembration der Tschechoslowakei verlor Tschechien die direkte geographische Verbindung zum „instabilen“ osteuropäischen Raum. Dies wird von Vertretern des Westintegrationsdiskurses als geopolitischer Schritt in Richtung Westen und somit als klare Verbesserung dargestellt. So führt Außenminister Josef Zieleniec (ODS) während der Vorstellung seines außenpolitischen Konzeptes im April 1993 aus:

„Mit der Teilung der Tschechoslowakei haben sich die geopolitischen Bedingungen und die inneren Voraussetzungen der tschechischen Außenpolitik verändert. Die Tschechische Republik tritt der internationalen Gemeinschaft als neuer Staat bei, der sich auf die historische tschechoslowakische Staatlichkeit aus der Zeit der masaryk'schen Ersten Republik stützen kann. Vom geopolitischen Standpunkt aus gesehen hat sich die Tschechische Republik von jenem Teil des Donauraums entfernt, der direkt an die instabilen Gebiete Ost- und Südosteuropas grenzt. Ihre Bedeutung steigt insbesondere dadurch, dass sie Teil der Zone der Stabilität in Westeuropa wird.“ (PSP ČR 1993b: 19)

Die Einschätzung, dass mit einem Verlust einer direkten Grenze gleichzeitig auch eine Kappung von Verbindungen einhergeht, ist jedoch auch etwas ambivalent: So weist Zieleniec darauf hin, dass Tschechien Ungarn trotz nun fehlender gemeinsamer Grenze weiterhin als „Nachbarn“ betrachte und behandle (vgl. RP 22.2.1993). Vertreter der linken Parteien stellen zudem – teils mit Verweis auf die weiterhin instabile Slowakei – die Darstellung infrage, dass die neue geopolitische Lage für Tschechien vorteilhaft sei (vgl. etwa PSP ČR 1993b: 21; RP 7.12.1994). Die Stabilisierung und Westintegration der Slowakei war daher auch eine konsensuelle Position, die allerdings nur gelegentlich auch ausformuliert wurde.

Wenig ändert sich an der Konstruktion der grundsätzlichen geopolitischen Lage des Landes in der Mitte des Kontinents. Diese wird nicht allzu oft thematisiert, jedoch wird dabei stets deutlich gemacht, dass diese zentrale, exponierte Lage dazu führe, dass Tschechien für internationale Entwicklungen weitaus empfindlicher und verwundbarer sei als viele andere Länder. Diese unwidersprochene Darstellung wird als Argumentationsfigur nicht nur für den Einsatz für die NATO-Mitgliedschaft, sondern auch gegen die Forderung nach Neutralität (vgl. RP 24.2.1995) und sogar gegen die Forderung nach einem Referendum zum NATO-Beitritt benutzt (vgl. MFD 21.3.1997).

Die verringerte Größe – „Prag“ hatte mit der Slowakei immerhin etwa ein Drittel seiner Landesfläche und Bevölkerung verloren – wird nur selten explizit als „neue“ außenpolitische Bedingung konstruiert. Stattdessen führen insbesondere die Vertreter des Westintegrationsdiskurses in Abgrenzung zu den teils weitreichenden Plänen ihrer „idealistischen“ Vorgänger mit der Darstellung fort, dass Tschechien nur begrenzte Ressourcen habe und seine außenpolitischen Ziele daran ausrichten müsse. So führt die ODS in ihrem Wahlprogramm für 1998 aus:

„Als kleineres europäisches Land müssen wir eine aktive Außenpolitik verfolgen. Auf der anderen Seite lehnen wir eine übertrieben ambitionierte Politik ab, die unsere Rolle auf europäischem und globalen Parkett überschätzt.“ (ODS 1998: 15)

Der Darstellung des Außenministers Jan Kavan (ČSSD) in seinem außenpolitischen Konzept von 1999, Tschechien sei ein „mittelgroßes“ Land, wird von ODS-Abgeordneten in der parlamentarischen Diskussion sogar explizit widersprochen (vgl. etwa PSP ČR 1999b: 226). Sie sollte sich zwar in den folgenden Jahren trotzdem etablieren, was allerdings an den hierauf aufbauenden Argumentationsmustern nichts Erkennbares ändert.

Auf die Frage des NATO-Beitritts haben diese geopolitisch-territorialen Veränderungen keinen erkennbaren Einfluss. Auch hier wird von den Befürwortern weiterhin lediglich betont, dass die geringe Größe des tschechischen Staates keine andere Möglichkeit lasse, als sich in eine

internationale Allianz einzubinden (vgl. RP 15.3.1993), ohne dass auf die „Verkleinerung“ gesondert hingewiesen wird.

Die Gegner des NATO-Beitritts bzw. die Sprecher des pazifistischen Diskurses beziehen sich nicht auf die veränderten geopolitisch-territorialen Realitäten.

1.3.2.1 Der NATO-Beitritt und die Präsenz der USA in Europa

Schnell kristallisierte sich der Beitritt zur NATO als zentraler sicherheitspolitischer Spaltplatz heraus. Diese Frage sollte während der gesamten Neunzigerjahre im Zentrum der öffentlichen Debatte über äußere Sicherheit stehen. Insbesondere während der Beitrittsdebatten im Abgeordnetenhaus im Jahr 1998 kam es zu erbitterten Wortgefechten zwischen den Befürwortern des Beitritts (Vertreter von ODS, ODA, KDU-ČSL sowie der ČSSD) und dessen Gegnern (Vertreter von KSČM und SPR-RSČ). Dabei war der Beitritt von tschechischer Seite nie ernsthaft gefährdet, da Kommunisten und Republikaner koalitionsunfähige, radikale Oppositionsparteien darstellten und die Befürworter eine sichere Mehrheit im Parlament hatten. Dies war allerdings keine Selbstverständlichkeit, da nicht nur die Wählerschaft der Gegner wenig vom NATO-Beitritt hielt, sondern auch Teile der Anhänger der anderen Parteien, insbesondere von KDU-ČSL und ČSSD, skeptisch waren. Lange Zeit gab es – anders als in Polen – gar keine große Unterstützung für den NATO-Kurs, Mitte der Neunzigerjahre war zeitweise fast die Hälfte der Bevölkerung gegen einen Beitritt und nur eine Minderheit von unter 30% dafür. Erst ab Dezember 1997 war über Meinungsumfragen eine dünne Mehrheit für eine NATO-Mitgliedschaft festzustellen, bis zum Beitritt im März 1999 schwankten die Zustimmungswerte zwischen 50 und 60%, der Anteil der Beitrittsgegner um einen Wert von 30% (vgl. IVVM 1999: 3). Dies ist mutmaßlich der Grund, wieso gerade die ČSSD trotz offizieller Pro-NATO-Position ihren Standpunkt eine Zeitlang noch teils ambivalent formulierte, einige ihrer Vertreter lange Zeit eine Volksabstimmung zum Beitritt oder ein „norwegisches Statut“ für Tschechien (also die schriftliche Fixierung, dass in Friedenszeiten keine fremden Truppen und Atomwaffen in Tschechien stationiert werden) forderten und ihr daher immer wieder vorgeworfen wurde, nicht eindeutig genug Position für die NATO-Mitgliedschaft zu beziehen (vgl. MFD 20.12.1993). Die vehemente Verteidigung gegen diesen Vorwurf und die demonstrative Betonung, dass die ČSSD für einen NATO-Beitritt sei und diesen auch bei der Übernahme der Regierungsverantwortung weiter betreiben werde, zeigen jedoch, dass der transatlantische Integrationsdiskurs auch in der ČSSD grundsätzlich verbindlich ist (vgl. MFD 27.1.1995). Dennoch ist festzustellen, dass im linken Flügel der ČSSD Sprecher des pazifistischen Diskurses zu finden sind.

Für die Befürworter eines Beitritts – hierzu zählen sowohl Sprecher des transatlantischen Integrationsdiskurses, die noch Elemente des europäischen Einigungsdiskurses einflechten (v.a. aus der ČSSD und teils der KDU-ČSL sowie Dienstbier und Havel), als auch solche, die „hart“ innerhalb des Westintegrationsdiskurses argumentieren (v.a. aus ODS und ODA) – machen die Größe und das damit verbundene begrenzte Machtpotenzial sowie die geopolitische Lage Tschechiens in der Mitte Europas das Land sehr verwundbar und bewirken, dass es seine Sicherheit nicht alleine gewährleisten kann. Es ist also auf externe Unterstützung durch ein Militärbündnis angewiesen.

Zwar ist es Konsens, dass aktuell und auf absehbare Zeit keine klassische militärische Gefahr für Tschechien existiere, jedoch ist dies für die Beitrittsbefürworter gerade kein Grund, von einem NATO-Beitritt abzusehen. Stattdessen solle die günstige Gelegenheit ergriffen werden, da in einer möglichen späteren Krise die Bereitschaft der NATO zur Aufnahme neuer Mitglieder nicht gegeben sein müsse. Die NATO-Mitgliedschaft wird im Wesentlichen als Absicherung gegen militärische Überfälle dargestellt, aber auch gegen die Ausbreitung lokaler und regionaler Konflikte, Terrorismus, Migration und organisierte Kriminalität.

Ganz allgemein konstruieren die Sprecher des transatlantischen Integrationsdiskurses die NATO als wesentliche oder einzige ernstzunehmende Sicherheitsorganisation, die in der Lage ist, Tschechien zu beschützen sowie geopolitische Stabilität und Frieden in Europa zu bewahren. Gerade das Übergreifen von Instabilität und regionalen Konflikten wird fortwährend, insbesondere seitens Sprechern der ODS, als Bedrohung konstruiert, der durch den NATO-Beitritt begegnet werden könne. Hier wird nicht nur das sich im Krieg befindliche Jugoslawien erwähnt, sondern auch wiederholt der instabile postsowjetische Raum angeführt. Erstmals tritt Mitte der Neunzigerjahre die – in Polen zentrale – Bedrohungskonstruktion eines russischen Neoimperialismus auf, aufgrund der bei gleichzeitigem Bemühen um gute Beziehungen zu Russland ein „Füllen“ des „Sicherheitsvakuums“ im instabilen Ostmitteleuropa durch die NATO gefordert wird (vgl. PSP ČR1995b: 8; MFD 23.6.1997). Diese explizite Formulierung ist eine Ausnahme, dennoch ist auffällig, dass insbesondere aus der ODS in unregelmäßigen Abständen Stimmen laut werden, die Russland bzw. eine mögliche Rückkehr desselben zum Autoritarismus oder Totalitarismus als potenzielle künftige Gefahr und den NATO-Beitritt als Absicherung gegen mögliche neue hegemoniale Ambitionen des östlichen Nachbarn konstruieren (vgl. MFD 8.8.1994, 3.11.1994, 23.6.1997; RP 21.12.1994). Deutlich weniger explizit, aber doch wahrnehmbar, wird diese Konstruktion Russlands als Bedrohung auch von Vertretern der ČSSD und der KDU-ČSL gestützt, offenbar katalysiert

durch den russischen Widerstand gegen eine NATO-Osterweiterung (vgl. etwa MFD 20.12.1993, 20.9.1995; RP 24.2.1995; PSP ČR 1998b).

Diese Bedrohungskonstruktion ist Mitte der Neunzigerjahre deutlich vorhanden, allerdings werden weit stärker die Instabilität im osteuropäischen Raum und die damit verbundenen Gefahren wie Migration, Terrorismus, organisierte Kriminalität etc. beschworen. Zudem ist sie umstritten. Die Kommunisten kritisierten ohnehin sehr deutlich die Konstruktion Russlands als „Schreckgespenst“ (Právo 25.11.1997). Einer Kontinuität der „russischen Bedrohung“, wie sie in Polen konstruiert wird, stellt sich zudem in seltener, wenn auch nur punktueller Eintracht Premierminister Václav Klaus als radikaler Vertreter des Westintegrationsdiskurses explizit entgegen:

„Eine Bedrohung für die Welt und für den Frieden waren vor allem der globale Kommunismus und seine Inkarnation, die Sowjetunion. Vorzugeben, dass der Kommunismus weg ist, dass die Sowjetunion weg ist, aber die Bedrohung dieselbe geblieben ist, ist eine Dummheit. Ich denke, dass das eine Analyse der Situation in Russland erfordert, die das Land nicht dämonisiert. Wir wollen uns eindeutig in der NATO verankern und unsere Sicherheit an diese Gruppierung binden. Aber keinesfalls aus dem trivialen Grund, dass uns dieselbe Gefahr aus dem Osten drohen würde wie früher.“ (MFD 14.11.1995)

Mit dem sicheren NATO-Beitritt hat sich diese Bedrohungskonstruktion dann allerdings bald fürs erste erledigt. Russland spielt als imperiale Bedrohung ab 1998 zunächst keine Rolle mehr in der tschechischen sicherheitspolitischen Diskursformation. Dies stützt die Annahme, dass weniger historische Konstruktionen Russlands als traditioneller „Unterdrücker“, sondern vielmehr die konkreten Bemühungen Moskaus, eine NATO-Osterweiterung zu verhindern, Anlass für diese Bedrohungskonstruktion unter Rückgriff auf historische Erfahrungen waren. Jenseits des tschechischen NATO-Beitritts wurde von den Befürwortern auch hin und wieder eine Offenheit der NATO für weitere beitriftswillige Länder und insbesondere ein künftiger Beitritt der Slowakei als Ziel konstruiert, um Ostmitteleuropa weiter zu stabilisieren und einen „Gürtel der Stabilität“ um Tschechien herum zu legen (vgl. MFD 23.6.1997). Dieses Ziel wird auch in der Sicherheitsstrategie von 1999 und Jan Kavans Außenpolitikkonzept festgeschrieben. Teils mündete dies in einer Rollenkonzeption Tschechiens als Unterstützer einer slowakischen NATO-Mitgliedschaft (vgl. etwa MFD 4.10.1994; PSP ČR 1998b: 5). Grundsätzlich wird auch der Beitritt zur WEU zu Beginn noch als Ziel formuliert, allerdings ist klar, dass die NATO, ähnlich wie in Polen, aufgrund der Führungsmacht USA absolute Priorität hat. Auf die Frage, ob ein Beitritt zur WEU nicht sinnvoller sei als einer zur NATO, antwortete Außenminister Zieleniec in einem Zeitungsinterview:

„Nein. Die NATO ist für uns vor allem deswegen bedeutsam, weil es eine transatlantische Organisation ist. Die Anwesenheit der USA in Europa ist für uns ein grundlegender Stabilitätsfaktor.“ (MFD 16.11.1994)

Daher ist auch ganz grundsätzlich die fortgesetzte militärische Präsenz der USA in Europa, die einen fundamentalen Beitrag zu Frieden und Stabilität leiste, ein wesentliches von den „Transatlantikern“ formuliertes sicherheitspolitisches Ziel.

Eine klare Gegenposition zum NATO-Beitritt bezogen vor allem die Kommunisten, deren Sprecher weiterhin und mit zunehmender Intensität im Rahmen des pazifistischen Diskurses sowie des europäischen Einigungsdiskurses argumentierten. So erklärt Jaroslav Ortman, Fraktionsführer des „Linken Blocks“⁷⁹ während der parlamentarischen Außenpolitikdebatte 1993:

„Die Abgeordnetenfraktion des Linken Blocks stimmt [...] nicht zu, dass die einzige reale Alternative zur Erlangung von Sicherheitsgarantien für die Tschechische Republik die NATO darstellt. Wir sind grundsätzlich gegen eine Mitgliedschaft unserer Republik in jeglicher militärischer Gruppierung. Wir sind gegen eine einseitige Orientierung an jedweder Macht, stattdessen sind wir für ausgewogene Beziehungen nicht nur zu unseren Nachbarn, sondern zu allen Staaten.“ (PSP ČR 1993b: 21)

Insbesondere vor dem Hintergrund der in Tschechien unstrittigen „Tatsache“, dass auf absehbare Zeit keinerlei militärische Bedrohung – auch nicht durch Russland – für Tschechien erkennbar sei, wurden Sinn und Zweck des NATO-Beitritts in Frage gestellt.

Diese Anti-NATO-Position wurde im Laufe der Neunzigerjahre noch ausgebaut, die NATO-Mitgliedschaft wurde mehr und mehr zur regelrechten Bedrohung für die Sicherheit Tschechiens konstruiert. Führende Kommunisten warnten vor einer neuen konfrontativen Teilung Europas mit damit einhergehender Gefahr bewaffneter Konflikte sowie einer Bedrohung für die Souveränität des Landes durch das Recht des Bündnisses, Truppen und gar Atomwaffen in Tschechien zu stationieren (vgl. RP 17.3.1995; Právo 5.2.1996, 12.5.1997, 25.11.1997). Hierbei fiel – ironischerweise im Gegensatz zum polnischen Material – im Rückgriff auf den konsensuell geteilten Wert der Souveränität des eigenen Landes auch wiederholt die Formel „o nás bez nás“ („über uns ohne uns“). Es wurde dabei eine Situation konstruiert, in welcher die mächtigen Staaten der NATO – vor allem die USA und Deutschland – Tschechien nur als Verfügungsmasse und Instrument benutzen und über seinen Kopf hinweg entscheiden – ähnlich wie dies früher im Warschauer Pakt gewesen sei. Insbesondere in der parlamentarischen Diskussion über den NATO-Beitritt 1998 behaupteten Vertreter der KSČM, Ziel der Erweiterung der Allianz sei in Wirklichkeit die Realisierung der Großmachtinteressen Deutschlands

⁷⁹ Der „Linke Block“ war eine Koalition aus KSČM und weiteren kommunistischen und sozialistischen Gruppierungen, die 1992 gebildet worden war und bereits 1993 wieder zerfallen sollte. Die KSČM blieb die einzige politisch bedeutsame Gruppe aus dieser Koalition.

(Verschiebung einer möglichen Kriegsfront nach Osten, Herrschaft über die neuen Mitgliedstaaten) und der USA (Zugriff auf Rohstoffe). Zudem sei die NATO mitnichten ein friedliebendes Verteidigungsbündnis, wie die kriegerischen Praktiken und internen Menschenrechtsverletzungen ihrer Mitglieder zeigten. Auch wird offenbar auf einen kommunistisch-antikapitalistischen Diskurs zurückgegriffen, da hinter der NATO-Osterweiterung auch die Interessen des „internationalen und spekulativen Kapitals“ vermutet werden und es darum gehe, den Profit kapitalistischer Staaten zu mehren (vgl. PSP ČR 1998b: 7). Zudem werfen die Kommunisten der Regierung – auch im Kontext der kurz zuvor gelaufenen Diskussion über das Sicherheitsgesetz – vor, die Unterstützung der NATO für die mögliche Niederschlagung von Volksaufständen und damit zur eigenen Machtsicherung zu benötigen und beziehen damit die innenpolitische Dimension des Sicherheitsbegriffes mit ein. Die NATO wird auf diese Weise im Wesentlichen als Machtinstrument für illegitime Interessen und als Bedrohung für Tschechiens Souveränität und demokratische innere Ordnung sowie für den Frieden in Europa dargestellt.

Als Alternative werden Abrüstung, Neutralität sowie ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem auf Basis der OSZE formuliert, ohne dass diese Optionen detaillierter ausformuliert werden. Wiederholt wird auch einfach postuliert, dass die Sicherheitspolitik nicht wichtiger sei als innenpolitische Probleme wie die Finanzierung des Sozial- oder Bildungssystems und daher nicht übermäßig viele finanzielle Mittel verschlingen dürfe (vgl. PSP ČR 1998b: 32).

Auch die Vertreter der rechtsextremen SPR-RSČ, die in den Medien keine Rolle spielen, positionieren sich im Parlament massiv gegen den Beitritt und formulieren deutlich häufiger und elaborierter als die Kommunisten das Bedrohungsszenario einer Instrumentalisierung der NATO-Erweiterung durch die Großmächte Deutschland und USA zur Sicherung der eigenen Vormachtstellung sowie den Verdacht, dass die eigene tschechische Regierung den NATO-Beitritt zur Absicherung gegen politische Gegner und die eigene Bevölkerung betreibe; etwas, das man als „nationalistischen Verschwörungsdiskurs“ bezeichnen könnte. Insbesondere Deutschland wird innerhalb desselben mit einer gewissen historischen Kontinuität dargestellt: Es wolle Europa weiterhin beherrschen und strebe wieder ostwärts. Ansonsten bewegen sich auch die Republikaner im Rahmen des pazifistischen Diskurses (Neutralität als Ziel) und konstruieren insbesondere die Bedrohung der tschechischen Souveränität durch NATO-Entscheidungen sowie durch Stationierung von Truppen und Atomwaffen, die zudem künftige Konflikte heraufbeschwören könnten.

In gewisser Weise argumentieren die Beitrittsgegner ähnlich wie die Sprecher des ND-Diskurses in Polen: Es wird – neben pazifistischen Motiven – ganz wesentlich auf einen

diffusen Souveränitäts- oder Unabhängigkeitsdiskurs zurückgegriffen und eine Verhinderung fremder Einflussnahme gefordert, ohne dass darüber hinaus klare Ziele oder gar Rollenkonzeptionen ausformuliert würden. Einzig wären hier das Ziel „Auflösung der NATO“ und eine nicht nennenswert elaborierte Rollenkonzeption eines „neutralen Staates“ zu nennen. Die Befürworter des Beitritts reagieren auf die Kritik mit der Feststellung, dass es weder Pläne noch Bedarf für Truppen- und Atomwaffenstationierungen auf tschechischem Territorium gebe. Von einigen Vertretern der ČSSD, etwa dem späteren Außenminister Jan Kavan, wird allerdings diese Problematik auch aufgegriffen und die Möglichkeit verbindlicher Regelungen ins Spiel gebracht, die etwa mit jenen Norwegens oder Dänemarks vergleichbar sind, ohne dass die Notwendigkeit eines NATO-Beitritts dabei jedoch infrage gestellt wird (vgl. Právo 19.3.1996, 14.10.1997).

Die Befürworter verweisen zudem auf bestehende Verträge und Kooperationen mit Russland und der Ukraine, um Bedenken bezüglich möglicher Konfrontationen mit diesen Ländern durch einen tschechischen NATO-Beitritt zu zerstreuen. Die Bedrohungskonstruktion einer Konfrontation von Machtblöcken wurde somit zumindest implizit anerkannt, jedoch verneint, dass die NATO-Erweiterung hierzu beitrage. Zudem weisen sie auf das Konsensprinzip innerhalb des Bündnisses hin und darauf, dass Tschechien durch seine Mitgliedschaft über grundlegende Fragen der europäischen Sicherheit gleichberechtigt mitentscheiden könne. Die Mitgliedschaft sei also gerade ein Instrument, um sicherzustellen, dass nicht wieder „o nás bez nás“ entschieden werde, wie dies 1938 und 1968 der Fall gewesen war.

Eine deutlich größere Rolle als in Polen spielen die Kostenfrage sowie jene nach der Legitimität der Beitrittsentscheidung vor dem Hintergrund der in dieser Frage gespaltenen Bevölkerung. Der Streit über letzteres wurde zusätzlich dadurch angeheizt, dass die Übergangsregierung von Josef Tošovský die Ratifizierung des Beitritts noch vor den Neuwahlen im Sommer 1998 abzuschließen gedachte.

Tschechiens NATO-Beitritt wurde dann noch einmal im Zusammenhang mit dem Kosovokrieg, der wenige Tage später ausbrach, heftig debattiert, insbesondere bezüglich der tschechischen Beteiligung. Gegner der Militäraktion finden sich bei den Kommunisten und im linken Flügel der Sozialdemokraten, innerhalb dessen ebenfalls teils im Rahmen des pazifistischen Diskurses argumentiert wurde. Es ist allerdings festzustellen, dass die Debatte sich im Wesentlichen um die rechtliche Zulässigkeit des Krieges sowie um moralische Aspekte dreht, weniger jedoch die Sicherheit Tschechiens eine Rolle spielt. In diesem Sinne kann man die sich gegenüberstehenden Aussagesysteme als den pazifistischen Diskurs (im weiteren Sinne; breiter verstanden deckt dieser neben sicherheitspolitischen Aspekten auch andere ab,

z.B. moralische und rechtliche) und einen westlichen Wertediskurs identifizieren („Kriegsverbrechen“ und „Verletzung der Souveränität“ vs. „Verhinderung einer humanitären Katastrophe“). Die Pazifisten legen dabei ein sehr „westfälisches“ Verständnis internationaler Politik zugrunde, der Wert der nationalen Souveränität steht dabei eindeutig über jenem der Menschenrechte. Menschenrechtsverletzungen müssen innerhalb dieses Diskurses verhindert werden, aber nicht durch Krieg, da dieser die Souveränität verletze und zudem selbst Menschenrechtsverletzungen schaffe. Darüber hinaus werden seitens der Pazifisten im Wesentlichen die bekannten Argumente wiederholt (v.a. die Forderung nach Auflösung der NATO). Sofern sicherheitspolitisch argumentiert wurde, führten beiden Seiten vor allem das Ziel geopolitischer Stabilität an. Die Kriegsgegner konstruierten die Gefahr einer Destabilisierung der Region durch den NATO-Angriff und die „Terrororganisation“ UÇK, die ein Großalbanien anstrebe. Die Kriegsbefürworter hingegen identifizierten die Quelle der Instabilität in den Menschenrechtsverletzungen der jugoslawischen Regierung, weswegen das Eingreifen der NATO ein Beitrag zur Stabilisierung des Balkans und damit zur Sicherheit Tschechiens sei. Jenseits dessen wird von den Kriegsbefürwortern vor allem die Rollenkonzeption eines verlässlichen Bündnispartners massiv zur Begründung von Tschechiens Beteiligung angeführt. Sehr deutlich macht dies Außenminister Jan Kavan (ČSSD):

„Wir müssen uns bewusst machen, dass aus Sicht unserer Alliierten die Tschechische Republik dank ihrer geographischen Lage ein wichtiger Transitraum ist, und es ist unsere Bündnisverpflichtung, die Nutzung dieses Raumes zu ermöglichen. Wie anders, Freunde, könnten wir mit der Solidarität unserer Alliierten in der Zukunft für den Fall, dass die Sicherheit unseres Landes bedroht wäre, rechnen?“ (PSP ČR 1999a: 2)

Die Debatte wurde jedoch nicht schwerpunktmäßig über die Auswirkungen auf Tschechiens Sicherheit und teils als parteipolitischer Kampf abseits des eigentlichen Themas geführt.

1.3.2.2. Die Sicherstellung eigener Verteidigungsfähigkeit als Ziel

Während in Polen militärische Gewalt im Wesentlichen als sicherheitspolitisches Instrument konstruiert wird, das im multilateralen Rahmen eingesetzt wird, und die selbständige militärische Verteidigung in der Diskursformation keine größere Rolle spielt, wird in Tschechien von Seiten der Reformeliten ab 1993 die Sicherstellung der eigenen Verteidigungsfähigkeit nicht nur, wie vor der Dismembration, wesentlich deutlicher betont, sondern geradezu priorisiert. Dienen im polnischen transatlantischen Integrationsdiskurs neben guten Beziehungen zu den maßgeblichen Staaten Bündnistreue und Zuverlässigkeit als Garant für eine verlässliche Sicherheitsgarantie seitens der NATO, wird in Tschechien vor allem im Rahmen des Westintegrationsdiskurses daneben die Eigenverantwortung des Landes für die

eigene Sicherheit nicht nur stärker betont, sondern auch als Grundlage für effektiven Bündnischutz konstruiert, wie etwa Außenminister Zieleniec (ODS) nicht müde wird zu betonen:

„Eines der wichtigen Elemente der Diskussion, die gerade bei uns läuft, sollte ein klares Bewusstsein dafür sein, dass für die eigene Freiheit und für die Sicherheit des Staates vor allem wir selbst verantwortlich sind. Die Sicherheit des Staates kann nicht lediglich von außen garantiert werden, ohne unsere Entschlossenheit und innere Bereitschaft. Eher ist es andersherum: Ein Bündnis kann nur eine Ergänzung der Sicherheit sein, die auf eigener Entschlossenheit und Verteidigungsbereitschaft gründet.“ (MFD 4.11.1993)

Zieleniec begründet dies später auch noch einmal ganz explizit historisch: Denn der Unwille der Tschechoslowaken, für die eigene Freiheit zu kämpfen, sei einer der Gründe gewesen, wieso Hitler 1938 die Tschechoslowakei habe zerstören können (vgl. MFD 22.5.1998).

Die Forderung nach Stärkung der Eigenverantwortung Tschechiens für seine Sicherheit zieht sich anfangs insbesondere durch die Beiträge von ODS und ODA. Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, dass vor allem die wirtschaftsliberalen „Westler“ sich ganz wesentlich auf nicht sicherheitsspezifische liberal-individualistische Diskurse beziehen und diese Diskurse auf die Art und Weise einwirken, wie in diesen Kreisen über Sicherheit gesprochen werden kann. Außenminister Zieleniec führt im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt einmal gar explizit aus, dass die von der ODS vertretene Philosophie der „Verantwortung des Individuums, das sich vor allem auf die eigenen Kräfte verlässt“, eine „Analogie in der Außenpolitik“ habe (RP 22.2.1993).

Dennoch wird diese Forderung nach militärischer Eigenständigkeit zwar am deutlichsten von den „Westlern“ formuliert, aber rasch zum Konsens, der sogar die Kommunisten einschließt (da diese ohnehin die Mitgliedschaft in Militärallianzen zugunsten einer aktiven Neutralität ablehnen) und Eingang in alle relevanten Wahlprogramme sowie die Sicherheitsstrategie von 1999 findet. So bekennt die ČSSD in ihrem Wahlprogramm von 1998:

„Die ČSSD hält [...] die Entwicklung der eigenen Streitkräfte mit einem Schwerpunkt auf der Einrichtung und dem Training von schnellen Reaktionskräften und territorialer Verteidigung weiterhin für primär. Der Beitritt zur Nordatlantischen Allianz als Priorität unserer Außenpolitik verstehen wir unter Betonung des Prinzips der gegenseitigen Solidarität als Ergänzung unserer Sicherheitsgarantien und militärischen Möglichkeiten.“ (ČSSD 1998)

Seitens der ODS sind zudem deutliche Bemühungen erkennbar, das Prestige der Armee zu erhöhen. So wird das Militär mehrfach als ein „Symbol der Souveränität“ (MFD 17.2.1995) und ein „Attribut von Staatlichkeit“ (MFD 21.9.1996) konstruiert. Wiederholt wird auch explizite Kritik an der Einstellung der Tschechen zum Thema „Sicherheit“ geübt und ihre Passivität angeprangert, die sich in der Vergangenheit immer wieder in kampflosen Kapitulationen und einer Vermeidung von Auseinandersetzungen zur Verteidigung der eigenen

Interessen gezeigt habe. So führt Jiří Payne (ODS) während der Debatte zum NATO-Beitritt im Frühjahr 1998, während der sich mehrere Redner über die leeren Stuhlreihen und vor allem die leere Regierungsbank beschwerten, aus:

„Ein Staat in Mitteleuropa muss seine diplomatischen Argumente auch mit überzeugenden militärischen Mitteln unterfüttern. Es gab Zeiten, da hat sich das ewige Rom Tábor gebeugt. Leider ist unser berühmtester Soldat nicht mehr Jan Žižka [der bedeutendste Heerführer der Hussiten im 15. Jahrhundert, T.W.], sondern Josef Švejk [Romanfigur von Jaroslav Hašek und eher als Drückeberger zu charakterisieren, T.W.]. [...] Meine Damen und Herren, mich überrascht das verhältnismäßig geringe Interesse an der Außenpolitik unseres Landes, das geringe Interesse an der Sicherheit unseres Landes, das so oft von äußeren militärischen Interventionen gezeichnet wurde, ob es nun München, das Jahr 1968 oder die Teilung Europas in Jalta war. Vielleicht gilt bei uns die fatalistische Ansicht, dass man ohnehin nichts tun kann, dass es sowieso keinen Wert hat.“ (PSP ČR 1998b: 16)

Auch einige Politiker der ČSSD beklagen das geringe Prestige des Militärs und das weit verbreitete geringe Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und sprechen sich für eine Förderung der eigenen Verteidigungsfähigkeit aus (RP 5.1.1995; PSP ČR 1998b: 21-22). Selbst von „Idealisten“ wie Ex-Außenminister Dienstbier wird die Bereitschaft zur Selbstverteidigung als Grundlage möglicher Bündnisgarantien konstruiert (vgl. RP 11.1.1994). Konsequenz ist die sicherheitspolitische Rollenkonzeption „Tschechien als eigenverantwortlicher Akteur.“

Die Sprecher des pazifistischen Diskurses reden nicht einer Abschaffung der Armee das Wort, setzen sich mit der Frage der eigenen Verteidigungsfähigkeit aber auch nicht besonders intensiv auseinander. Die Forderungen gehen über tschechische Neutralität und allgemeine Abrüstung nicht sonderlich hinaus. Auch ist festzustellen, dass wiederholt angedeutet wird, dass es dringendere innenpolitische Probleme gibt und das vorhandene Geld lieber in andere Sektoren als in die Verteidigung investiert werden sollte (vgl. PSP ČR 1998b: 7, 12-13).

1.3.2.3. Dritte Wege in der Verteidigungspolitik

Entsprechungen zu einer polnischen „NATO-bis“, einem „Intermarium“ oder ähnlichem gibt es in Tschechien nicht. Als Alternative zur NATO-Integration wird im Rahmen des pazifistischen Diskurses militärische Neutralität, in jenem des europäischen Einigungsdiskurses der Aufbau eines gesamteuropäischen, kooperativen Sicherheitssystems unter dem Dach der KSZE/OSZE propagiert.

Die Sprecher außerhalb des pazifistischen Diskurses treten der Forderung nach Neutralität vehement entgegen. Diese sei nicht nur ein „anachronistisches“ Konzept und viel zu teuer, sondern geradezu kontraproduktiver, „gefährlicher Unsinn.“ (RP 14.4.1995) Ex-Außenminister Dienstbier stellt in der Mladá Fronta Dnes die rhetorische Frage, wie Tschechien gegenüber

neuen Bedrohungen wie Konflikten des jugoslawischen Typs oder Terrorismus neutral sein könne (vgl. MFD 17.3.1999).

Der KSZE/OSZE-zentrierte europäische Einigungsdiskurs wird nach der Machtübernahme der ODS schnell zum fast ausschließlichen Argumentationsmuster der isolierten Kommunisten. Durch die ČSSD-Regierung sollte er 1999 ein (allerdings nur kurzes) Revival erleben.

1.3.2.4. Militärische Abrüstung

Für das Thema militärischer Abrüstung ist zu konstatieren, dass dies im Sinne internationaler Abrüstungsverhandlungen nach der Machtübernahme der ODS völlig an Bedeutung verliert und in der sicherheitspolitischen Diskursformation praktisch keine Rolle mehr spielt. Einzig im Rahmen der Diskussion über die NATO (Frage der Stationierung von Atomwaffen in Tschechien) und über die Modernisierung der Armee (Frage der ausreichenden finanziellen Ausstattung) kann man Diskussionsstränge dem Thema zuordnen. Als eigenständiger Topos in der sicherheitspolitischen Diskursformation hat es sich jedoch mit dem Abtritt der „Idealisten“ 1992 nahezu erledigt.

Allein im Rahmen des pazifistischen Diskurses spielt das Thema eine Rolle, da hier regelmäßig die Rüstungsinvestitionen kritisiert werden und die NATO-Osterweiterung zum Anlass für eine weitere Militarisierung der internationalen Beziehungen konstruiert wird.

1.3.2.5. Deutscher territorialer Revisionismus als Bedrohung

Der große Nachbar Deutschland ist über einen längeren Zeitraum als potenzielle Bedrohung nicht in der sicherheitspolitischen Debatte präsent. Dies ändert sich im Zuge der Diskussion über die „Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung“ (kurz Deutsch-Tschechische Erklärung). Diese wurde Mitte der Neunzigerjahre verhandelt, weil mit der Dismembration der Tschechoslowakei der Nachbarschaftsvertrag mit Deutschland nicht mehr dem Stand der Dinge entsprach. Die Debatte über das neue Grundlagendokument brachte die Problematik des Sudetenlandes wieder auf den Plan. Die Erklärung, die am 30. Januar 1997 nach kurzer Aussprache im Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedet worden war (vgl. Deutscher Bundestag 1997), führte zwei Wochen später im tschechischen Abgeordnetenhaus zu einer (allerdings auch aufgrund häufiger Obstruktionsversuche von Kommunisten und Republikanern) vier Tage währenden Parlamentsdebatte (vgl. PSP ČR 1997a) und wurde mit großer Vehemenz in den Medien diskutiert. Ganz wesentlich ging es dabei um die Bewertung historischer Ereignisse

sowie das Selbstverständnis der Tschechen als Opfervolk und mögliche Entschädigungen der tschechischen Opfer des Faschismus. Die Debatte hatte allerdings auch erkennbar sicherheitspolitische Elemente. Der territorial-militärischen Dimension lässt sich dabei insbesondere die Diskussion über einen möglichen territorialen Revisionismus Deutschlands zuordnen.

Vor allem die Kommunisten lehnten die Annahme der Erklärung kategorisch ab, unter anderem, weil sie mit dem Gebrauch des Wortes „Vertreibung“ das Potsdamer Abkommen und die hierin getroffenen Regelungen konterkariere, dieses Abkommen sowie die ex-tunc-Nichtigkeit des Münchener Abkommens von 1938 nicht noch einmal explizit bestätige und dies einen ersten Schritt zur Revision der Nachkriegsordnung bedeute. Auch weisen die Sprecher mehrfach darauf hin, dass diese Infragestellung auch von hochrangigen deutschen Politikern betrieben werde. So habe der deutsche Außenminister Kinkel gesagt, dass Deutschland das Potsdamer Abkommen als für sich nicht bindende politische Erklärung betrachte (vgl. PSP ČR 1997a: 40). Zudem wird, teils auch seitens der Republikaner, davor gewarnt, dass die Erklärung eine rechtliche Grundlage dafür geben könnte, dass die Sudetendeutschen massenhaft Anspruch auf ihre alte Staatsbürgerschaft erheben, was in die deutsche Strategie der Stärkung eigener Minderheiten und einer „Kolonisierung“ Mitteleuropas passe (vgl. PSP ČR 1997a: 37, 46). Es wird also nicht lediglich die Gefahr heraufbeschworen, dass die Sudetendeutschen ihr Eigentum zurückfordern könnten, sondern auch ausdrücklich ein deutscher Revisionismus, gar „Imperialismus“, und eine mögliche Revision der Nachkriegsordnung mit dem Verlust des Sudetenlandes an Deutschland durch die „moderne Müncheneri“ (PSP ČR 1997a: 41) als Bedrohung konstruiert.

Die Vertreter der Regierungsparteien treten dem entschieden mit der Feststellung entgegen, dass die Nachkriegsordnung und die innere Rechtsordnung Tschechiens durch die Erklärung nicht angetastet werden. Insbesondere wurden die postulierten finsternen Absichten Deutschlands verneint; die Forderungen der Sudetendeutschen fänden auf politischer Ebene keine Unterstützung. Deutschland sei vielmehr ein wichtiger Partner, von dem keine Gefahr mehr ausgehe.

Geteilt waren die Meinungen unter den Sozialdemokraten, von denen einige die Erklärung als „Durchbruch zur Revision der Folgen des Zweiten Weltkrieges“ (PSP ČR 1997a: 46) konstruierten, während andere sie als „antirevisionistisch“ (PSP ČR 1997a: 46) darstellten, was ein weiteres Mal zeigt, dass die Aussagesysteme, die in der KSČM verbindlich sind, teils auch von Sprechern des linken Flügels der ČSSD reproduziert werden. Deutlich wurde an der Debatte, dass Deutschland an den Rändern des politischen Spektrums durchaus noch als traditionelle territoriale Bedrohung für das eigene Land konstruiert wurde, und dass trotz aller

Unterschiede in der Bewertung deutscher Absichten und der Implikationen der Deutsch-Tschechischen Erklärung die absolute Unantastbarkeit der Nachkriegsordnung inklusive der Beneš-Dekrete und der damit verbundenen Vertreibung, Enteignung und Ausbürgerung der sudetendeutschen Bevölkerung einen sicherheitspolitischen Konsens darstellt, der die fundamentale Frage territorialer Unantastbarkeit und Souveränität der Tschechischen Republik berührt.

Die Debatte verstummte wieder mit der Annahme der Erklärung durch das Abgeordnetenhaus am 14. Februar 1997. Sie sollte künftig – etwa im Rahmen der Debatte über den Vertrag von Lissabon – ab und an wieder aufflammen.

1.3.3. Die politische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes

Die politische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes ist weiterhin klar erkennbar, verliert allerdings – insbesondere durch die abnehmende Bedeutung des europäischen Einigungsdiskurses – etwas an Gewicht.

1.3.3.1. Die Einigung Europas

Mit den Wahlen 1992 und der beginnenden Dominanz der „Westler“ verringerte sich der Einfluss des europäischen Einigungsdiskurses massiv, auch wenn Zieleniec in seinem Außenpolitikprogramm von 1993 noch eine Weiterentwicklung der KSZE als Ziel formulierte. Die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems unter dem Dach der KSZE/OSZE wurde selbst von Ex-Außenminister Dienstbier nur noch sporadisch angeführt, spätestens ab 1999 bezeichnet aber selbst er die OSZE als Organisation, die keine effektive Sicherheit bieten könne (vgl. MFD 17.3.1999). Die einzigen Vertreter des OSZE-zentrierten europäischen Einigungsdiskurses sind weiterhin die Kommunisten, welche ihn als Alternative zur heftig kritisierten NATO-Integration formulieren, allerdings ohne ihn weiterzuentwickeln. So wird das Ziel einer sicherheitspolitischen Einigung Europas durch die OSZE unter Einschluss des postsowjetischen Raumes zur Position einer radikalen und ausgegrenzten, aber dennoch deutlich präsenten Minderheit.

Es lassen sich allerdings noch Elemente dieses Diskurses bei den „gemäßigten Transatlantikern“ ausmachen – also jenen Sprechern, die zwar den NATO- und EU-Beitrittskurs unterstützen, gleichzeitig aber die einseitige Ausrichtung nach Westen, wie sie im Aussagesystem des Westintegrationsdiskurses vorhanden ist, ablehnen und auch für eine aktivere Politik in Richtung Osten eintreten, z.B. für eine Unterstützung der Demokratisierung in

Russland und dessen Einbindung in die europäische Politik. Sprecher, die diese Position vertreten, sind im Wesentlichen Vertreter der ČSSD sowie Jiří Dienstbier. Sprecher des Westintegrationsdiskurses hingegen stellen einer Erweiterung der NATO um Ostmitteleuropa lediglich eine „Intensivierung der Kooperation zwischen NATO und Russland sowie NATO und der Ukraine“ (MFD 10.10.1997) gegenüber, ohne dass dieses Thema eine besondere Virulenz besitzt. 1999 holt die neue ČSSD-Regierung die OSZE für die Erstellung der außen- und sicherheitspolitischen Grundlagendokumente allerdings aus der Versenkung, bindet sie in die Sicherheitstrategie ein, und der neue Außenminister Jan Kavan (ČSSD) präsentiert in seinem Außenpolitikkonzept im Abgeordnetenhaus die OSZE als wichtige gesamteuropäische Sicherheitsorganisation im Rahmen des traditionellen Argumentationsmusters des europäischen Einigungsdiskurses. Ganz in diesem Sinne konstruiert er das Ziel eines eng gewobenen Netzes aus Organisationen wie der NATO, der OSZE, des Europarates, der Visegrád-Gruppe und der ZEI, die ein kooperatives, gesamteuropäisches Sicherheitssystem bilden solle (vgl. PSP ČR 1999b: 494). Vertreter des Westintegrationsdiskurses wenden sich umgehend dagegen und bezeichnen dieses Ansinnen als „überflüssig“ (PSP ČR 1999b: 506) und als „Folklore“ (PSP ČR 1999b: 501). Trotz des hier stärkeren Rückgriffs der ČSSD auf den europäischen Einigungsdiskurs ist jedoch klar erkennbar, dass auch für sie die NATO deutlichen Vorrang besitzt. Es handelt sich also nicht um eine Abkehr vom transatlantischen Integrationsdiskurs, sondern eher um eine stärkere Betonung multilateraler politischer Kooperation auf verschiedenen Ebenen für die Sicherheit Tschechiens. Dieser „funktionale“ Teil der Argumentation sollte sich weiterhin als wesentlich erweisen, während Organisationen wie die OSZE oder die ZEI hier nur ein kurzes Comeback hatten, im weiteren Verlauf aber keine nennenswerte Bedeutung erlangen konnten.

1.3.3.2. Die Vermeidung von Marginalisierung als Ziel

Auffällig ist die insbesondere ab etwa 1997 wiederholte Verwendung der in der Literatur eigentlich eher Polen zugeschriebenen Formel „o nás bez nás“. Damit wird ganz ähnlich das Szenario beschrieben, in dem fremde Mächte über die Köpfe der Tschechen hinweg über das Schicksal des Landes entscheiden.

Das Ziel, die Marginalisierung Tschechiens zu verhindern und es zu einem Mitentscheider über das eigene Schicksal zu machen, kann man als konsensuell betrachten. Insbesondere ist dies an der Parlamentsdebatte zum NATO-Beitritt 1998 ablesbar, in der die Beitrittsgegner die Bedrohungskonstruktion einer NATO, in der Großmächte über Tschechiens Kopf hinweg entscheiden, vorbringen, während die Befürworter argumentierten, dass das Konsensprinzip im

Bündnis gerade dafür Sorge, dass Tschechien fundamentale Fragen der Sicherheit Europas mitentscheiden könne und sich daher etwas wie das Münchener Abkommen nicht wiederholen könne (PSP ČR 1998b). Eine ähnliche Konstellation findet sich im untersuchten Presse-material. Die Bedrohungskonstruktion der Marginalisierung wird später, vor allem im Rahmen der Kontroverse über die zögerliche und ambivalente Haltung der Regierung Zeman zum Kosovokrieg, auch benutzt, um vor einer Isolierung Tschechiens innerhalb der NATO zu warnen, sollte es seinen Verpflichtungen nicht nachkommen (vgl. etwa MFD 11.5.1999).

Ähnlich wird in den Diskussionen über den tschechischen EU-Beitritt vor dem Hintergrund der kritischen Kommissionsberichte zum Fortschritt Tschechiens vor allem Ende 1999 wiederholt betont, dass Tschechien Mitglied der EU werden müsse, um nicht an die europäische Peripherie gedrängt zu werden und stattdessen alle wichtigen Fragen der Entwicklung Europas mitentscheiden zu können. Dies wird kaum explizit mit sicherheitspolitischen Erwägungen verknüpft, allerdings ist es ersichtlich, dass es hier um Fragen der Souveränität und Unabhängigkeit sowie der – ebenfalls sicherheitspolitisch aufgeladenen – wirtschaftlichen Entwicklung Tschechiens geht (vgl. etwa Právo 4.12.1999).

Grundsätzlich kann das sicherheitspolitische Ziel der Vermeidung von Marginalisierung als konsensuell gelten, es ist aber in der Diskursformation nur wenig prävalent. Dies stellt einen deutlichen Kontrast zur polnischen sicherheitspolitischen Diskursformation dar, wo dieses Ziel ein zentraler Knotenpunkt ist und insbesondere eine wesentliche Grundlage für die wichtigsten sicherheitspolitischen Rollenkonzeptionen bildet.

1.3.3.3. Der EU-Beitritt als sicherheitspolitisches Ziel und sicherheitspolitische Bedrohung

Der EU-Beitritt wurde von der konservativen Regierungselite im Wesentlichen als ökonomisches Thema diskutiert und, wenn überhaupt, in diesem Kontext in die sicherheitspolitische Diskursformation eingeführt (vgl. Abschnitt 1.2.4.). Zudem wurde er gerade von den Sprechern des Westintegrationsdiskurses auch wesentlich als identitäre Aufgabe konstruiert, als Ausdruck der Zugehörigkeit Tschechiens zur westlichen Zivilisation und als symbolischer Abschluss des Transformationsprozesses zurück zur marktwirtschaftlichen Demokratie westlichen Typs (vgl. PSP ČR 1996a: 2).

Das Ziel des Beitritts wurde im Grunde von niemandem, nicht einmal von den Kommunisten, infrage gestellt. Allerdings entspannte sich durchaus eine teils scharf geführte Debatte über den „Euroskeptizismus“ einiger stramm wirtschaftsliberaler Sprecher und insbesondere ihres Anführers Václav Klaus. Entsprechend der Anbindung an nicht sicherheitsspezifische liberale Diskurse wurde von diesem nicht nur innerhalb Tschechiens ein schlanker Staat propagiert,

sondern auch die Ausweitung der EU-Kompetenzen kritisch beäugt und teils als Gefahr für die Souveränität Tschechiens im Falle eines Beitritts konstruiert. Während Klaus vor dem „föderalistischen Superstaat“ (LN 21.3.1994) Europa warnte und den Nationalstaat als „Grundstein“ Europas darstellte, dem die „primäre Souveränität“ (MFD 14.11.1995) zustehe, wurde er für diese Konstruktion der EU als mögliche Bedrohung für die tschechische Souveränität sowie für sein als arrogant wahrgenommenes Auftreten gegenüber der EU und ihren Mitgliedern vor allem von Sprechern der ČSSD gescholten. So warf etwa Zdeněk Jičínský, ein führendes ČSSD-Mitglied und regelmäßiger Kommentator in der (*Rudé Právo*), Klaus ideologische Verblendung und eine kurzsichtige, auf den eigenen Nationalstaat beschränkte Sichtweise vor und beschuldigte ihn, die Bevölkerung mit einer imaginären Gefahr einer europäischen Superföderation zu verunsichern, welche die Nationalstaaten marginalisiere (vgl. RP 7.12.1994, 3.4.1995).

Kritik kam allerdings auch aus dem eigenen Lager. So griff Jan Kalvoda, Vize-Premierminister und Vorsitzender der ODA, die Euroskeptiker in einem Gastartikel in der *Mladá Fronta Dnes* scharf an; diese nähmen immer noch an, dass sie Bedingungen für den EU-Beitritt stellen und die Entwicklung der EU auf dem Stand einer Freihandelszone einfrieren könnten. Sie übersähen allerdings, dass die EU auch eine politische Dimension habe und sicherheitsrelevant sei. Kalvoda kritisierte eine Weltsicht,

„in der nach der Schaffung eines angemessenen Rahmens für „Anbieter-Nachfrager-Beziehungen“ Dinge wie der aggressive Drang nach Macht und Berühmtheit um jeden Preis, das Verlangen nach Rache für tatsächlichen oder vermeintlichen Schaden und die Angst vor dem Verlust des Lebenssinns und vor dem Tod für alle Zeiten verschwinden. Diese Vision einer Welt, in der es keine Großmachtambitionen und auf Angst basierte Politik, Hass und messianistische Halluzinationen mehr geben wird, leugnet nicht ihre historische optimistische und progressive Herkunft, obwohl die Autoren dieser Konzeption den Bürgern häufig erklären, warum sie Konservative sind. Das ist eine extrem gefährliche Sichtweise für jegliche außenpolitische Entscheidungen, und ganz besonders in unserem Land, das keine Insel ist, sondern an einem exponierten Platz in der Mitte Europas liegt.“ (MFD 21.10.1995)

Viele weitere Sprecher enthielten sich zwar derartiger Frontalangriffe, betonten jedoch, dass von der EU keine Gefahr ausgehe, sondern sie vielmehr auch eine sicherheitspolitische Funktion habe. Insbesondere wurde – auch von Klaus' eigenen Ministern wie Außenminister Zieleniec (ODS) und Industrie- und Handelsminister Vladimír Dlouhý (ODA) – die Integration an und für sich als Stabilitätsfaktor und als fundamentaler Beitrag zum Frieden in Europa dargestellt, da sie für kontinuierliche Konsultationen und gegenseitige Abhängigkeiten Sorge (vgl. MFD 25.7.1994, 1.7.1995; PSP ČR 1997a: 34). Auch wurde die Bedeutung der EU für die Einhegung des mächtigen Nachbarn Deutschland (vgl. RP 3.4.1995; *Právo* 26.10.1996) und

für die Bekämpfung von illegaler Migration, organisierter Kriminalität und Drogenhandel betont (vgl. MFD 27.6.1995, 1.7.1995; Právo 20.4.1996). Besonders prägnant drückt es Lubomír Zaorálek (ČSSD) aus, der sich auch erkennbar auf Elemente des europäischen Einigungsdiskurses bezieht. Die Tschechen müssten endlich lernen

„dass die europäische Integration eine Entwicklung ist, welche verhindern soll, dass sich das Rad der Geschichte in Europa zurückzudrehen beginnt. Dass unsere Beteiligung an diesem Prozess mit dem Bemühen darum verbunden ist, zu verhindern, dass die Politik des Mächtegleichgewichts und der Schaffung von Einflussphären wieder Gültigkeit erlangt, was zu einem fragmentierten Europa führen könnte, das wieder in die alten Konflikte gezogen wird. Ein Europa, in dem zum Beispiel die Lage und Orientierung Deutschlands erneut zur zentralen Frage würde. Wir haben ein Interesse an einem System, in dem die Spielregeln gelten, und keinesfalls das Diktat des Stärkeren.“ (Právo 3.1.1997)

Integration und multilaterale Zusammenarbeit werden daher von einer breiten Sprecherkoalition durchaus als sicherheitspolitische Instrumente konstruiert. Man kann sagen, dass hier der „funktionale“ Teil des europäischen Einigungsdiskurses eine große Verbindlichkeit entfaltet, gleichzeitig der „geographische“ und „organisatorische“ Teil – also die Forderung nach einer Einigung des Kontinents inklusive des postsowjetischen Raumes im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems sowie die Vorstellung, dass die Basis dafür die OSZE und Gruppen wie die V4, die ZEI oder ähnliche sein können – eher Aspekte sind, die insbesondere von den Kommunisten, teilweise noch von den Sozialdemokraten im Rahmen des klassischen europäischen Einigungsdiskurses formuliert werden. Aufgrund des Wegfalls auch der geographischen und organisatorischen Aspekte und die Beschränkung auf den „funktionalen“ Teil kann man hier auch nicht von einem „verwestlichten“ europäischen Einigungsdiskurs sprechen, da nicht gefordert wird, dass EU und NATO die Rolle der OSZE übernehmen und als Instrumente zur gesamteuropäischen Einigung unter Einschluss etwa der Ukraine und weiterer Länder Ost- und Südosteuropas wirken sollen. Stattdessen ist hier festzustellen, dass hier ein übergeordneter *Multilateralismuskurs* Wirkung entfaltet, der einen argumentativen Rahmen auch für den europäischen Einigungsdiskurs bildet und nach dem multilaterale Abhängigkeiten und Kooperation ein wesentliches sicherheitspolitisches Instrument darstellen, da sie konfliktthemmend wirken und durch klare Spielregeln und Gleichberechtigung der Akteure für einen kleinen Staat wie Tschechien eine deutlich bessere Möglichkeit bieten, eigene Interessen durchzusetzen, als ein Arrangement, in dem nur die individuelle Stärke zählt. In dieses Aussagesystem fügt sich auch die Tatsache ein, dass bilaterale Beziehungen zu anderen Staaten sicherheitspolitisch in Tschechien eine untergeordnete Rolle spielen und stattdessen die Bedeutung multilateraler Organisationen wie der NATO oder der EU betont wird.

Selbst Sprecher wie Petr Nečas (ODS), der einen „europäischen Föderalismus“ ebenfalls als potenzielle Bedrohung ausmachte, stellen klar, dass die EU aufgrund der geplanten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auch eine sicherheitspolitische Dimension habe und eine Infragestellung des Beitritts daher auch die Sicherheit der Tschechischen Republik betreffe (vgl. MFD 28.4.1994). Dabei ist festzustellen, dass die zu jener Zeit beginnende Entwicklung der ESVP in Tschechien kaum wahrnehmbar thematisiert wird. Jiří Payne (ODS) nennt diese aufgrund der möglichen Gefahren für die transatlantischen Bindungen einmal ein „Spiel mit dem Feuer“ und fordert, dass die Tschechische Republik für eine ESVP eintritt, welche die NATO als Garant für die europäische Sicherheit stärkt (vgl. MFD 30.10.1999). In der Sicherheitsstrategie, welche die EU als Bedingung für ein „ungeteiltes, friedliches Europa“ bezeichnet, und in der Außenpolitikdebatte von 1999 wurde diese neue Entwicklung allerdings mit keinem Wort erwähnt. Möglicherweise liegt das daran, dass erst nach dem Europäischen Rat in Köln im Juni 1999 diese Entwicklung in Tschechien wirklich rezipiert wurde.

Infrage gestellt wird das Ziel des EU-Beitritts angesichts der ökonomischen und identitären Gründe von niemandem, selbst Sprecher der KSČM waren dafür (vgl. MFD 22.5.1998). Allerdings ist festzustellen, dass über die sicherheitspolitische Bedeutung der EU wenig Einigkeit besteht. Stimmen, welche die EU als sicherheitspolitisches Phänomen thematisieren, sind jenseits des Streits über die Gefahr eines möglichen Superstaates eher selten und beziehen sich im Wesentlichen auf die sicherheitspolitischen Auswirkungen der Integration an sich sowie die Möglichkeit, als Teil der EU auf auch für Tschechien wichtige Entscheidungen Einfluss zu nehmen.

1.3.3.4. Gute Nachbarschaftsbeziehungen und regionale Kooperation

Generell ist weiterhin festzustellen, dass gute bilaterale Beziehungen zu den Nachbarn und weiteren Staaten zwar grundsätzlich als positiv dargestellt und als außenpolitisches Ziel formuliert werden, im Vergleich zu Staatengruppen oder Organisationen als Ganzes aber weiterhin sicherheitspolitisch keine herausgehobene Rolle spielen. Das gilt sogar für die USA, die als bilateraler Partner weiterhin eine deutlich geringere Rolle spielen als in Polen.

Es gibt zwei Ausnahmen: Einerseits ist dies die Slowakei. Gerade zu Beginn der Koexistenz der beiden Republiken als unabhängige Staaten, als viele Facetten der gemeinsamen Beziehungen noch nicht geregelt waren, spielt der östliche Nachbar eine große Rolle im außenpolitischen Diskurs. Josef Zieleniec widmet ihm in seinem außenpolitischen Konzept von 1993 etwa ein Zehntel der Redezeit – deutlich mehr als Deutschland – und führt an, dass gute tschechisch-slowakische Beziehungen wichtig für die Stabilität ganz Europas seien (vgl. PSP

ČR 1993b: 19). Die Bedeutung der bilateralen Beziehungen ist unstrittig, auch in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre formuliert der spätere Außenminister Jan Kavan (ČSSD) die Notwendigkeit von besonders guten Beziehungen zur Slowakei (vgl. Právo 14.10.1997). Sicherheitspolitisch werden diese allerdings selten konnotiert, und wenn, dann vor allem deswegen, weil die gemeinsame Grenze ein neuralgischer Punkt des Migrationsproblems sei. Zudem wird, wie bereits bezüglich der NATO ausgeführt, wiederholt das Ziel formuliert, dass die Slowakei – so wie alle Nachbarländer – denselben Organisationen angehören sollen wie Tschechien.

Die zweite Ausnahme ist der westliche Nachbar: Gute Beziehungen zu Deutschland werden aufgrund dessen Größe und Machtpotenzial weiterhin als grundsätzlich wünschenswert konstruiert. Jenseits der Unterstützung der deutschen Demokratie und der Einbindung des westlichen Nachbarn in die europäischen Integrationsmechanismen wird insbesondere die nötige deutsche Unterstützung für den EU- und NATO-Beitritt als sicherheitspolitisch relevantes Argument angeführt. Das gilt natürlich nicht für die kommunistischen Sprecher, aber selbst diese stimmen bei aller Skepsis und allen Unterstellungen von Großmachtambitionen zu, dass gute, freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland wichtig und nötig sind. Egon T. Lánský (ČSSD), stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung Zeman, bezeichnet Deutschland gar einmal als das „für uns wichtigste Land auf diesem Planeten.“ (PSP ČR 1999b: 503)

Weiterhin werden gute Beziehungen zu den USA von den „Westlern“ zwar hin und wieder auch an sich als sicherheitspolitisch wünschenswert konstruiert, insbesondere in Hinblick auf Unterstützung für den NATO-Beitritt, aber insgesamt werden die USA im Material auf bilateraler Ebene nur sporadisch erwähnt. Weiterhin gilt, dass Washington bisher insbesondere als zentraler Akteur im NATO-Kontext eine Rolle spielt, kaum hingegen als sicherheitspolitischer Partner auf bilateraler Ebene.

Die bilateralen Beziehungen zu Russland werden nur selten explizit thematisiert. Hier wird im Wesentlichen seitens der Regierung wiederholt betont, dass die gegenseitigen Beziehungen von Gleichberechtigung und Normalität geprägt seien und auf bilateraler Ebene vor allem wirtschaftlichen Charakter haben. (vgl. RP 21.12.1994; PSP ČR 1995b) Dass dies auch Öl- und Gaslieferungen einschließt, wird zwar sporadisch erwähnt, aber nicht als sicherheitspolitisches Problem konstruiert.

Die Bedeutung regionaler Kooperationen nimmt rapide ab, eine nennenswerte Rolle spielt hier diskursiv ohnehin nur noch die Visegrád-Gruppe. Entsprechend der radikal westlichen Ausrichtung und des eher individualistischen Ansatzes der nun dominanten Eliten wird die

Vierergruppe im Grunde für tot erklärt.⁸⁰ In seinem außenpolitischen Konzept von April 1993 bekennt sich Außenminister Zieleniec grundsätzlich zwar zur Zusammenarbeit mit den Nachbarn und zur Förderung der Stabilität in Mitteleuropa, erteilt einer intensiveren Kooperation im Rahmen der Visegrád-Gruppe aber eine klare Absage, da dies Tschechiens Westintegration gefährden könne:

„Gleichzeitig darf das Engagement der Tschechischen Republik in dieser Kooperation nicht die Erfüllung ihrer wesentlichen Ziele bremsen, der Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften, der NATO und der Westeuropäischen Union. Deswegen werden wir auch eine weitere Institutionalisierung der Visegrád-Gruppe und den Versuch der Schaffung paralleler Integrationsstrukturen neben den Europäischen Gemeinschaften und der NATO ablehnen.“ (PSP ČR 1993b: 19)

Der einzige, der diese Kooperation vehement verteidigt und die „arrogante“ Regierungspolitik geißelt, welche die Zusammenarbeit mit den Nachbarn als Ballast begreife und auf einen einsamen Durchmarsch Tschechiens in Richtung EU und NATO setze, ist Ex-Außenminister Dienstbier (vgl. v.a. RP 11.1.1994). Spätestens Ende 1994 aber ist in der tschechischen Diskursformation die Visegrád-Gruppe endgültig in der Bedeutungslosigkeit verschwunden, nachdem selbst Präsident Havel (1994) erklärte, dass die Zeit der großen gemeinsamen Gesten vorbei sei und man nicht den Anschein einer „alternativen Integration“ erwecken solle. Ein kurzer Versuch der sozialdemokratischen Regierung, die V4-Kooperation wieder als sicherheitspolitisch wertvolles Instrument zu konstruieren – im Rahmen des Multilateralismuskurses – bleibt weitgehend folgenlos, war aber auch eher halbherzig. Außenminister Jan Kavan (ČSSD) sagt selbst, dass die Gruppe ein gutes Forum zur Zusammenarbeit ist, aber auch nicht „unnötig institutionalisiert“ werden sollte (vgl. Právo 19.2.1999). Eine wirkliche sicherheitspolitische Priorisierung lässt sich auch in den Äußerungen der neuen Regierung nicht erkennen, was sich auch daran zeigt, dass die Visegrád-Gruppe in der Sicherheitsstrategie von 1999 nicht einmal erwähnt wird.

1.3.3.5. Stabilisierung und Transformation der osteuropäischen Staaten als Ziel

Entsprechend der gültigen Argumentationsmuster im Rahmen des Westintegrationsdiskurses spielt die Stabilisierung und Transformation der osteuropäischen Staaten in der Diskursformation nur noch eine geringe Rolle. Die Ukraine wird praktisch gar nicht mehr erwähnt, es sei denn, es wird allgemein über den osteuropäischen Raum gesprochen. Dass das Gebiet der

⁸⁰ In einem Kommentar in der Mladá Fronta Dnes bemerkt Luboš Palata sarkastisch, dass der einzige Erfolg der tschechischen Außenpolitik im Jahr 1994 die Beerdigung der Visegrád-Gruppe gewesen sei, sofern das absichtlich geschehen sei (MFD 31.12.1994).

ehemaligen Sowjetunion aufgrund der dortigen Instabilität ein wesentlicher Gefahrenherd ist, ist eine verfestigte, dauerhaft wiederholte, nicht infrage gestellte und auf diese Weise konsensuelle Position. So formuliert etwa Antonín Rašek (ČSSD) die Bedrohungslage 1995 so:

„Militärische Fachleute sind sich im Großen und Ganzen einig darüber, dass zu den wichtigsten [Risiken] der Einfluss von Destabilisierung in einigen postkommunistischen Ländern, die Entwicklung in Russland und seine Rückkehr zur Großmachtpolitik, die unkontrollierte Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und hierzu nötigen Technologien, der Anstieg des internationalen Terrorismus, der Mafia, des Drogenschmuggels etc., der fortschreitende ökonomische Zerfall der Mehrheit der postkommunistischen Staaten, das ansteigende Ausmaß an Migration aus destabilisierten und armen Ländern, vielleicht auch ökologische Bedrohungen, Katastrophen und Havarien, vor allem von Atomkraftwerken, gehören.“ (RP 24.2.1995)

Jenseits derartiger Charakterisierungen des postsowjetischen Raumes als Ganzes beschränkt sich die Debatte zunehmend auf Russland und hier Mitte der Neunzigerjahre insbesondere auf mögliche wiederkehrende Großmachtambitionen. Grundsätzlich machen zwar alle Sprecher, die sich hierzu äußern, deutlich, dass eine Demokratisierung Russlands wünschenswert wäre und konstruieren damit Demokratisierung als stabilisierendes und konfliktverhütendes Element, jedoch ist gerade bei den „harten“ Vertretern des Westintegrationsdiskurses festzustellen, dass Russland häufig als „hoffnungsloser Fall“ konstruiert wird, als Land, das schlicht nicht demokratisierbar sei, weil ihm wegen seiner „östlichen Mentalität“ (MFD 9.11.1995) europäische Werte wie Demokratie und Menschenrechte fremd seien (vgl. MFD 23.6.1997). So berichtet Otakar Vychodil (ODS) nach den Parlamentswahlen in Russland 1995:

„Die bestürzten Kollegen aus der OSZE-Beobachtermission haben uns mitgeteilt, dass die Kommunisten die Wahl gewinnen und dass das das Ende der Demokratie in Russland sei usw. Was für ein Ende? Ein Ende kann nur nach dem Anfang kommen. Und den hat es nie gegeben. Den Beginn der Demokratie im westlichen Sinne des Wortes hat es in Russland einfach nie gegeben. Nur fromme Wünsche von westlichen Politikern, die über die russischen Demokraten sprachen. Sicherlich gibt es sie. Aber wie viele! Nur wenige. Wenige für ein so großes Land.“ (Právo 25.1.1996)

Etwas optimistischer sehen es Vertreter der ČSSD wie Jan Kavan, der Unterstützung für die Demokratisierung Russlands forderte (vgl. Právo 19.3.1996), und Außenminister Zieleniec, der häufig eine Art Zwischenposition zwischen den Ansichten der „harten Westler“ und ihren Kritikern einnahm. Die gemäßigeren Sprecher, die nicht ausschließlich innerhalb des Westintegrationsdiskurses argumentierten, sondern sich stärker auf den genannten Multilateralismuskurs bezogen, betonten auch wiederholt, dass Russland aus sicherheitspolitischen Gründen nicht isoliert werden dürfe, sondern einen angemessenen Platz in der europäischen Politik haben müsse (vgl. etwa RP 11.1.1994, 21.12.1994; PSP ČR 1995b: 8), was allerdings keine dominante Position darstellt. Lediglich Ex-Außenminister Dienstbier

als Sprecher des europäischen Einigungsdiskurses vertritt anfangs noch in Verbindung mit der Rollenkonzeption Tschechiens als regionaler Stabilisierungsfaktor die Position, dass der „Gürtel der Demokratie“ weiter nach Osten geschoben werden müsse (vgl. MFD 17.2.1993, 11.1.1994), während die Kommunisten im Rahmen des pazifistischen und des europäischen Einigungsdiskurses lediglich vage gute Beziehungen zu allen Staaten fordern. Die einzigen, die abwiegelten, dass Russland auf einem guten Weg in die Demokratie sei, waren nur Rudolf Slánský und Luboš Dobrovský, die in Russland als Botschafter dienten (vgl. MFD 24.2.1992, 15.3.1996; RP 7.10.1995).

Während also die Konstruktion Russlands als imperiale Bedrohung nicht dominant ist, ist die Charakterisierung des osteuropäischen Raumes als instabiler Gefahrenherd dies durchaus. Als Lösung wird, wie schon vor der Dismembration, im Rahmen des Westintegrationsdiskurses der NATO-Beitritt bzw. die schnellstmögliche Integration in den Westen propagiert. Zudem wird die Slowakei zwar durchaus als instabiler Staat charakterisiert, jedoch nicht dem instabilen osteuropäischen Raum zugerechnet, von dem Tschechien sich abgrenzen müsse. Vielmehr wird wiederholt das Ziel formuliert, dass die Slowakei Mitglied derselben Organisationen sein solle wie Tschechien, um geopolitisch von verbündeten Staaten umgeben zu sein. Allerdings werden hieraus nur selten Handlungserwartungen für Tschechien abgeleitet.

1.3.4. Die ökonomische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes

Während zuvor eine Auseinandersetzung der Sprecher des Westintegrationsdiskurses mit der ökonomischen Verflechtung mit dem Osten Europas stattfand, spielt diese ab 1993 keine Rolle mehr. Mutmaßlich ist der Grund hierfür die – etwa bei russischen Öl- und Gaslieferungen – schnell fortschreitende ökonomische Abkoppelung von den alten Märkten und die Dominanz des Westintegrationsdiskurses. Indes ist insgesamt eine leichte Stärkung der ökonomischen Dimension festzustellen. Diese wird auch in den theoretischen Reflexionen über den Sicherheitsbegriff wiederholt erwähnt (vgl. etwa Agentura vojskových informací a služeb 1999: 7; PSP ČR 1999b: 224). Dennoch ist hierbei zu sagen, dass die ökonomische Dimension zwar durch Aussagen über ihre grundsätzliche Bedeutung für Tschechiens Sicherheit gestärkt wird, aber explizit weiterhin kaum thematisiert wird. Es ist daher schwierig, zu bestimmen, inwiefern die ökonomischen Diskussionen und Erwägungen, vor allem in Zusammenhang mit der EU-Integration, sicherheitspolitisch konnotiert werden. Wie bereits ausgeführt, wird die starke Ausrichtung der Klaus-Regierungen auf die Wirtschaft und die Vernachlässigung von politischen und sicherheitspolitischen Fragen allgemein und in Zusammenhang mit dem EU-Beitritt selbst aus den eigenen Reihen deutlich kritisiert.

1.3.4.1. Ökonomische Integration als sicherheitspolitisches Ziel

Sprecher des Westintegrationsdiskurses konstruieren die ökonomische Integration in die westliche Welt als wesentlichen Grundstein für die Sicherheit Tschechiens. So führt Außenminister Zieleniec in seinem Außenpolitikprogramm von 1993 aus:

„Wertes Haus, bei der Formulierung einer umfassenden staatlichen sicherheits- und außenpolitischen Konzeption sind die wirtschaftlich-strategischen Interessen und Absichten der Tschechischen Republik der Ausgangspunkt. Für die kommenden Jahrzehnte scheint es unstrittig, dass die Tschechische Republik die wesentlichen Sicherheitsgarantien, politisch stabilisierenden Einfluss und Stimulierungen der wirtschaftlichen Entwicklung vor allem in der maximalen Einbindung und der aktiven Teilnahme an der Weltwirtschaft finden kann. Das bezieht sich insbesondere auf diejenigen internationalen Organisationen und Institutionen, die heute die Richtungen, Form, Bedingungen und Regeln für die Entwicklung der erfolgreichen Welt und Europas im Speziellen bestimmen.“ (PSP ČR 1993b: 19)

Dies sind nach Zieleniec vor allem die EG, der IWF, die Weltbank, die OECD, das GATT und die Wirtschaftskommission für Europa. Auch andernorts werden ein möglichst freier Handel und die Schaffung möglichst guter Bedingungen für wirtschaftliche Prosperität als beste Grundlage für Stabilität und gute zwischenstaatliche Beziehungen konstruiert.

„Deswegen wollen wir so schnell wie möglich Teil der Gruppe von Staaten mit der effizientesten Ökonomie werden – jener Staaten, welche die Quelle der Dynamik der Europäischen Union bilden.“ (ODS 1996)

Trotz der Kritik an der einseitigen ökonomischen Ausrichtung der Klaus-Regierungen wird die Konstruktion wirtschaftlicher Integration als Garant für Stabilität grundsätzlich auch von anderen Sprechern geteilt (vgl. etwa MFD 27.6.1995). Hierdurch erhält die ökonomische Dimension des tschechischen Sicherheitsbegriffes zusätzliches Gewicht. Dennoch muss einschränkend gesagt werden, dass diese Verbindung nur selten explizit hergestellt wird.

1.3.4.2. Eigentumsforderungen der Sudetendeutschen als Bedrohung

Während deutsche ökonomische Übermacht jenseits einiger Beiträge republikanischer Abgeordneter in der Debatte zur Deutsch-Tschechischen Erklärung kaum noch als sicherheitspolitische Gefahr konstruiert wird, zeigt sich, dass in diesem Punkt wenig Veränderung stattfindet. Dies ist insbesondere an der tagelangen Parlamentsdebatte zur Deutsch-Tschechischen Erklärung ablesbar: Kommunisten und Republikaner konstruieren die Gefahr sudetendeutscher Restitutionsklagen, die durch die Erklärung ermöglicht würden, während die Vertreter der Regierung sowie weite Teile der ČSSD dies verneinen und betonen, dass die Eigentumsfrage abgeschlossen sei. Einig ist man sich allerdings implizit, dass der

Nachkriegsstand unantastbar ist und eine Restitution des sudetendeutschen Eigentums eine Frage nationaler Sicherheit wäre. Der spätere Außenminister Kavan erklärt Mitte der Neunzigerjahre etwa einmal, dass die ČSSD keine „Befürchtungen“ habe, dass die „Bedrohung“ einer Unterstützung sudetendeutscher Eigentumsforderungen durch die Bundesregierung sehr real sei. Eine mögliche Resitution erklärt er dabei für unmöglich, weil dies einer Infragestellung der Nachkriegsordnung gleichkäme (vgl. Právo 19.3.1996). Auch Alexandr Vondra erklärt, dass mögliche Restitutionsklagen keine Gefahr darstellten: „Daher muss niemand vor irgendetwas Angst haben.“ (Právo 16.12.1996)

Erkennbar ist allerdings, dass die sowohl ökonomische als auch territoriale Bedrohungskonstruktion der Sudetendeutschen hin und wieder von Teilen der ČSSD, darunter von Premierminister Miloš Zeman, benutzt wird, um Zustimmung bei der Bevölkerung bzw. Wählerstimmen zu generieren oder politische Gegner zu diskreditieren (vgl. MFD 13.8.1998). Auch dies ist ein Hinweis auf eine weiterhin gewisse Bedeutung dieser Bedrohungskonstruktion.

Tabellensatz 2: Tschechische sicherheitspolitische Diskurse 1989-1999

Innere-Sicherheit-Diskurs	
Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • Instabilität in Osteuropa • Organisiertes Verbrechen • Legale und illegale Migration • Internationaler Terrorismus
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Verringerung der Kriminalität • Begrenzung der Einwanderung, v.a. aus Osteuropa
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzesverschärfungen • Polizei und andere Sicherheitsbehörden • Funktionierendes Grenz- und Visaregime • Kooperation mit ausländischen Sicherheitsbehörden • NATO-Beitritt
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Dieser Diskurs ist bereits 1989-1992 deutlich sichtbar und dominant bis konsensuell • Ab 1993 erfährt er noch eine Aufwertung durch stärkere Artikulation, insbesondere von Seiten der Exekutive
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Gewisse Verknüpfung mit dem Westintegrationsdiskurs, da dieser ebenfalls sehr stark auf die gefährliche Instabilität in Osteuropa abhebt und insofern verstärkend bzw. unterstützend wirkt

Multilateralismuskurs	
Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • System des „Rechtes des Stärkeren“ • Ungebremste Machtausübung mächtigerer Akteure • Konflikte (ggf. bewaffnete) zwischen Staaten in Europa
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Konfliktprävention • Gleichberechtigung kleiner und großer Staaten • Einhegung mächtigerer Akteure
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • Politische Integration und Verflechtung • Schaffung von Interdependenzen • Multilaterale Organisationen
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Zunächst v.a. Manifestation im Rahmen des europäischen Einheitsdiskurses • Nach dessen Marginalisierung Formulierung in abstrakterer Form
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Übergeordneter sicherheitsspezifischer Diskurs, der für den europäischen Einigungsdiskurs einen Rahmen bildet, aber auch unabhängig von diesem artikuliert wird • Gegendiskurs zum liberal-individualistischen Diskurs

liberal-individualistischer Diskurs (nicht sicherheitsspezifisch)	
Werte	<ul style="list-style-type: none"> • Unabhängigkeit/Souveränität • Eigenverantwortlichkeit • Vermeidung politischer Verflechtung/Integration

Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Bezug insbesondere bei den wirtschaftsliberalen Eliten aus der ODS und ihr nahestehenden Gruppierungen, • Ab 1991 verstärkt formuliert, nach 1992 sehr dominant
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Nicht sicherheitsspezifischer Diskurs, der mutmaßlich über ökonomische Diskurse durch wirtschaftsliberale Eliten in die außen- und sicherheitspolitische Diskursformation hineingetragen wurde • Beeinflusst massiv den außenpolitischen Diskurs der konservativen Eliten und insbesondere deren Position zu multilateraler Zusammenarbeit und tiefer politischer Integration • Beeinflusst vor allem den Westintegrationsdiskurs der konservativen Eliten • Gegendiskurs zum Multilateralismuskurs

Europäischer Einigungsdiskurs

Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • konfrontative Trennlinien in Europa • bewaffnete Konflikte in Europa
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilität (allseitige Akzeptanz des geopolitischen Status quo, keine gewaltsame Konfliktlösung, kooperative Beziehungen unter den europäischen Staaten) • Einigung Europas zu einem einheitlichen Sicherheitsraum unter dem Dach der KSZE • Einhegung Deutschlands und der UdSSR/Russlands • Abrüstung
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • Konfliktprävention durch Diplomatie und ein kooperatives Sicherheitssystem auf Basis der KSZE • Einhegung mächtigerer Akteure durch politische Integration • NATO als militärische Komponente des gesamteuropäischen Sicherheitssystems • Militärische Präsenz der USA in Europa
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Zunächst im Wesentlichen von den „Idealisten“ um Havel und Dienstbier vertretener Diskurs • KSZE-Variante: gesamteuropäisches Sicherheitssystem auf Basis der KSZE und einer Vielzahl weiterer regionaler Kooperationsstrukturen wie EG, Europarat, ZEI und andere; zunehmend in der defensive durch den Westintegrationsdiskurs, nach dem Wahlsieg der ODS 1992 völlig marginal • Verwestlichte Variante: teils nach 1992 noch durch Havel formuliert, sonst aber ähnlich marginal
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Verflochten mit dem bzw. abhängig vom Multilateralismuskurs

Westintegrationsdiskurs

Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • Instabilität in Osteuropa • Insbesondere Import von Kriminalität und Migration aus dem Osten • Ökonomische Abhängigkeit von Osteuropa
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Integration in den stabilen Westen (Westeuropa/Nordamerika) • Abschottung gegen den instabilen Osten (postsowjetischer Raum)
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • NATO-/EU-Beitritt

	<ul style="list-style-type: none"> • Beitritt zu weiteren, v.a. ökonomischen Organisationen der westlichen Welt • Kappung der wirtschaftlichen Verbindungen zu Osteuropa • Vermeidung regionaler Integration, welche die Westintegration verzögern oder die Tschechoslowakei/Tschechien mit dem Osten Europas verflechten würde
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Schnelle Entwicklung ab Mitte 1991, bereits im Dezember 1991 sehr deutlich formuliert (seitens der ODS) • Mit dem Wahlsieg der ODS 1992 und dem Abtritt der „Idealisten“ massiv dominant
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Kernbestandteil der verwestlichten Variante des europäischen Einigungsdiskurses

Transatlantischer Integrationsdiskurs	
Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • Ökonomische und politische Instabilität in Osteuropa • Insbesondere Flüchtlingswellen, Kriminalität und bewaffnete Konflikte im postsowjetischen Raum • Militärischer Überfall • Russisches Hegemoniestreben • Marginalisierung Tschechiens
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilität in der Nachbarschaft • NATO-Mitgliedschaft Tschechiens • US-Militärpräsenz in Europa • Mitspracherecht bei Tschechien betreffenden Entscheidungen
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherstellung eigener Verteidigungsfähigkeit • Rollenkonzeptionen <i>Tschechien als verlässlicher Bündnispartner</i> und <i>Tschechien als eigenverantwortlicher Akteur</i> • Gute bilaterale Beziehungen zu Schlüsselakteuren, v.a. den USA
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Sehr schnell dominant • Expliziter Gegendiskurs: pazifistischer Diskurs (Kommunisten, Republikaner, Teile der Sozialdemokraten) • Bedrohungskonstruktion russischen Hegemoniestrebens nur Mitte der Neunzigerjahre relevant
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Von den „Idealisten“ im Rahmen des europäischen Einigungsdiskurses, von den „Realisten“ im Rahmen des Westintegrationsdiskurses formuliert. • Nach 1992 von den Sprechern, die nicht den Westintegrationsdiskurs reproduzieren (v.a. ČSSD) im Rahmen des übergeordneten Multilateralismuskurses formuliert

Europäischer Integrationsdiskurs	
Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • Instabilität und bewaffnete Konflikte • Ökonomische Isolation Tschechiens • Politische Marginalisierung Tschechiens • Internationale Kriminalität und Migration
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilität/Konfliktprävention • Einhegung Deutschlands

	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftliche und politische Entwicklung Tschechiens • Mitbestimmung über für Tschechien relevante Entscheidungen
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • EU-Beitritt • Ökonomische und politische Transformation
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Sehr rasch konsensuell, allerdings Auseinandersetzungen über Vor- und Nachteile bestimmter Integrationsmodelle
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Artikulation abhängig vom Einfluss des liberal-individualistischen Diskurses (in dem Falle eher Integrationssepsis, intergouvernementale und souveränitätsbetonte Orientierung) bzw. des Multilateralismuskurses (in dem Falle eher Integrationsfreundlichkeit, supranationale Orientierung)

Pazifistischer Diskurs	
Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • Militarismus und Aufrüstung in Europa • Konfrontative Spaltungen • Damit einhergehend NATO-Mitgliedschaft der Tschechoslowakei/Tschechiens
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Abrüstung • Militärische Neutralität der Tschechoslowakei/Tschechiens • Auflösung der Militärallianzen (Warschauer Pakt und NATO)
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • Implizit: Diplomatie • Eigenes Fernbleiben aus Militärallianzen und eigene Abrüstung
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Von Beginn an vorhanden, sehr vehement mit beginnender Artikulation der pro-westlichen Diskurse vorgebracht • Insgesamt deutlich sichtbarer Diskurs mit subkulturellem Charakter
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Enge Verflechtung mit dem KSZE-zentrierten europäischen Einigungsdiskurs

Nachbarschaftsdiskurs	
Bedrohungen	<ul style="list-style-type: none"> • Konflikte in der Region
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilität • Gute tschechisch-deutsche Beziehungen • NATO-/EU-Integration
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • Diplomatie und bilaterale Abkommen
Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Nur schwach ausgeprägt; im Wesentlichen wird die Instrumentalität guter Beziehungen zu Deutschland sowie (weniger) Polen und Ungarn für die NATO-/EU-Integration thematisiert • Anfangs noch inkl. regionaler Kooperation, Bedeutung nimmt aber rapide ab
Abhängigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Insbesondere abhängig von der Formulierung des europäischen Einigungsdiskurses (dann Betonung der Nachbarschaftsbeziehungen sowie Einbeziehung regionaler Kooperationen wie der V4) bzw. des Westintegrationsdiskurses (dann Ablehnung regionaler Kooperation und Betonung der Instrumentalität der Nachbarschaftsbeziehungen für die Westintegration)

1.4. Die sicherheitspolitische Diskursformation 2003-2009

Wie im polnischen Falle wurde für die weitere Untersuchung ungefähr in Fünfjahresabständen, also um 2004 und um 2009, die tschechische sicherheitspolitische Diskursformation nochmals untersucht. Aufgrund der Tatsache, dass nach 1999 in Tschechien keine parlamentarischen Grundsatzdebatten zur Außen- und Sicherheitspolitik mehr stattfanden – weder allgemein auf Grundlage eines Berichtes oder Konzeptes eines Außenministers, noch zu den aktualisierten Sicherheitsstrategien von 2001 und 2003 – wurde die Analyse auf außen- und sicherheitspolitisch herausragende Themen auch um die beiden Stichjahre herum ausgedehnt. So wurde für 2004 neben der im Juni dieses Jahres stattfindenden Debatte über den Europäischen Rat (vgl. PSP ČR 2004a) – dem ersten, an dem Tschechien als Vollmitglied teilnahm und jener, auf dem der EU-Verfassungsvertrag beschlossen wurde – und jener zur Entsendung von Truppen nach Afghanistan im Rahmen der ISAF (vgl. PSP ČR 2004b) auch zwei Debatten über die tschechische Rolle im Rahmen des Irakkrieges von 2003 (vgl. PSP ČR 2003a, 2003b) sowie die im selben Jahr aktualisierte Sicherheitsstrategie berücksichtigt (vgl. Vláda ČR 2003). Auch die Wahlprogramme zur Europawahl 2004 wurden mit einbezogen. Für 2009 wurde die mehrtägige parlamentarische Debatte über den Lissaboner Vertrag (Dezember 2008 und Februar 2009) (vgl. PSP ČR 2008b) sowie die Debatte über den Abschluss der Verträge über die Beteiligung am BMD im Oktober 2008 analysiert (vgl. PSP ČR 2008a), ebenso die Wahlprogramme für die (am Ende verschobene) vorgezogenen Parlamentswahlen 2009. Wo diese nicht mehr verfügbar waren, wurde unter der Annahme, dass es keine entscheidenden Unterschiede geben sollte, auf die Wahlprogramme für 2010 zurückgegriffen. Zusätzlich wurden jeweils für 2004 und 2009 sowie punktuell aus 2003 und 2008 wieder Gastbeiträge und Interviews mit sicherheitspolitischem Bezug aus der Tagespresse herangezogen.

2.1.1. Die Entwicklung von Bedrohungsstrukturen

Zunächst ist festzustellen, dass der internationale Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen wesentlich deutlicher als im polnischen Falle als Bedrohungen konstruiert werden. Sprecher aller Diskurse aktualisieren diese mit großer Regelmäßigkeit, jenseits des pazifistischen Diskurses wird damit auch die Notwendigkeit etwa der Teilnahmen an Einsätzen im Rahmen der Operation Enduring Freedom begründet. Man kann von einer gewissen „Globalisierung“ dieser Bedrohungsstrukturen sprechen, weil im Zusammenhang mit Massenvernichtungswaffen und Terrorismus zuvor vor allem konkrete Gefahren für Tschechien selbst, meist aus dem postsowjetischen Raum, konstruiert wurden, während nun die etwas „abstraktere“ Bedrohung des internationalen, insbesondere islamistischen Terrorismus

im Vordergrund steht. Hierin unterscheidet sich Tschechien vom polnischen Fall, in dem der Terrorismus als Bedrohung kaum eine Rolle spielt und stattdessen in Bezug auf die Einsätze im Irak und in Afghanistan viel stärker die Notwendigkeit guter Beziehungen zu den USA und der Rolle Polens als verlässliche Bündnispartner konstruiert werden.

Allerdings ist recht umstritten, inwiefern Tschechien selbst bedroht ist. Während Terrorismus vielfach als Gefahr angeführt, allerdings auch nur sehr abstrakt als solche konstruiert wird, verneinen mehrere Sprecher, dass Tschechien besonders gefährdet sei (vgl. MFD 20.3.2004; Právo 18.6.2004, 25.20.2004). Andererseits wird argumentiert, dass sich das jederzeit ändern könne (vgl. MFD 20.3.2004, 11.9.2004). Nichtsdestotrotz bleibt diese Bedrohungs-konstruktion recht vage.

Illegale Migration wird nur noch selten als Bedrohung angeführt. Bezüglich der Kriminalität weicht die Sorge um den Einfluss der östlichen Mafia immer mehr dem Problem der Korruption in Tschechien selbst.

Insbesondere im Untersuchungszeitraum 2008-2009 zeigt sich zudem, dass das Thema „Energiesicherheit“ eine deutliche Aufwertung erfährt, was trotz der hohen Abhängigkeit Tschechiens von Rohstoffimporten aus Russland über die Ukraine einigermaßen abrupt geschieht. Während etwa in Polen der russisch-ukrainische Gasstreit von Anfang 2006 zu einer intensiven Diskussion über die Frage der Energiesicherheit und der Anknüpfung an die Bedrohungs-konstruktion einer Wiederkehr des russischen Imperiums, im Folgenden zum Vorschlag einer „Energie-NATO“ im Rahmen der EU und zu einer Bestätigung der Forderungen nach einer NATO-Aufnahme der Ukraine und schließlich auch Georgiens führte, bleiben in Tschechien nennenswerte Reaktionen hierauf offenbar aus (vgl. MZV ČR 2006a, 2006b, 2006c). Dies mag auch damit zu tun haben, dass Tschechien seine Versorgung mit Öl und Gas – anders als Polen – schon Mitte der Neunzigerjahre in Richtung Westen diversifiziert hat und aufgrund norwegischen Gases und der Ölpipeline Ingolstadt-Kralupy-Litvínov weniger von russischen Lieferungen abhängig ist. Andererseits ist die Abhängigkeit weiterhin sehr hoch, da noch immer der Großteil der Energieträger aus Russland kommen (vgl. Ministerstvo průmyslu a obchodu ČR 2010: 4-5). Das Thema kommt – ähnlich wie die Frage der ÖP, die ansonsten in der tschechischen außenpolitischen Diskursformation überhaupt keine Rolle spielt – vor allem im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft von 2009 auf und scheint eher eine Reaktion auf entsprechende Erwartungen und ohnehin laufende Diskussionsprozesse in der EU zu sein. Im Zuge der Gaskrise Anfang 2009 zögerte die tschechische Regierung sogar zu Beginn noch; Alexandr Vondra, stellvertretender Ministerpräsident für Europäische Angelegenheiten und führender Kopf des Projektes „Ratspräsidentschaft“, erklärte den Streit am 3. Januar gar zu

einem wirtschaftlichen Disput zweier Parteien, in den man nicht als Schlichter eingreifen wolle. Als tags darauf die Gasversorgung der EU merklich zurückging, griff die Regierung Topolánek als Ratsvorsitz ein und vermittelte (vgl. Král/Bartovic/Řiháčková 2009: 65-66). Die Frage der Energiesicherheit wurde zwar schon vorher diskutiert, aber insbesondere im Zuge dieses Ereignisses zu einem zentralen sicherheitspolitischen Thema und in Folge auch in einigen Wahlprogrammen platziert. Ministerpräsident Topolánek erklärte eine verlässliche, erschwingliche (und umweltfreundliche) Energieversorgung gar zu einer Frage tschechischer Unabhängigkeit und Freiheit (vgl. Právo, 24.-25.1.2009).

Es macht vor dem Hintergrund der Themen „Energiesicherheit“ und „Terrorismus“ insgesamt den Eindruck, dass in Tschechien, insbesondere beim Vorliegen diskursiver Anknüpfungspunkte, in hohem Maße Bedrohungskonstruktionen und Argumentationsmuster aus dem westlichen Umfeld übernommen werden und die Entwicklung derselben weniger in Tschechien selbst stattfindet.⁸¹

Russland wird zwar durchaus auch weiterhin bescheinigt, wieder Großmachtambitionen zu zeigen und im Stil des 19. und 20. Jahrhunderts eine geopolitische Einflussosphäre aufbauen zu wollen, gleichzeitig wird es jedoch nur sporadisch von Sprechern des Westintegrationsdiskurses (darunter allerdings prominent Ministerpräsident Topolánek, vgl. PSP ČR 2008a: 109) sowie von Ex-Präsident Havel, der Mitte 2009 einen offenen Brief ehemaliger ostmitteleuropäischer Politiker mit unterschrieben hatte (vgl. Právo 21.9.2009), als Bedrohung konstruiert. Diese Bedrohungskonstruktion wird daher zwar von hochrangigen Sprechern formuliert, ist aber insgesamt nicht sonderlich prävalent. Deutlich wichtiger sind die Bedrohungen durch Terrorismus und Massenvernichtungswaffen, etwa im Streit um die BMD. Ähnlich sieht es mit Deutschland aus, das nur noch vereinzelt als Bedrohung in Gestalt der Sudetendeutschen konstruiert wird. So warnen einige Sprecher – darunter prominent, aber zunehmend isoliert Präsident Klaus (vgl. Klaus 2009b) – vor Entschädigungs- und Eigentumsforderungen, sollte der Verfassungsvertrag bzw. der Vertrag von Lissabon in Kraft treten. Diese Bedrohungskonstruktion findet jedoch mittlerweile allenfalls noch bei einigen Kommunisten Wiederhall. Außenminister Schwarzenberg äußert sich sowohl über Klaus als auch über die sehr populäre Fernsehmoderatorin und zeitweise Europaabgeordnete (2004-2009) Jana Bobošíková (unabhängig, aber den Kommunisten nahestehend) sogar recht abfällig mit den Worten, dass diese Bedrohungskonstruktion unbegründet sei und er Leute wie Bobošíková „und ähnliche“ „nicht ernstnehmen“ könne (MFD 10.10.2009).

⁸¹ Hynek und Střítecký (2010: 90-92) verweisen hier insbesondere auf den US-amerikanischen Diskurs über Energiesicherheit, der einen maßgeblichen Einfluss auf die diesbezüglichen Positionen der tschechischen „Atlantiker“ gehabt habe.

2.1.2. Strukturelle Entwicklungen der Diskursformation

Strukturell ändert sich grundsätzlich wenig an der Diskursformation, jedoch werden einige Argumentationsmuster insbesondere in den Debatten über die Teilnahme am „Krieg gegen den Terror“ sowie über die Integration im Rahmen der EU deutlich klarer. Insbesondere zeigt sich sehr viel deutlicher der starke Einfluss des übergeordneten Multilateralismuskurses, der eine Verrechtlichung und Verregelung der internationalen Beziehungen zu einem Hauptinstrument für die Sicherheit eines kleinen Staates wie Tschechien erklärt, während sich Sprecher aus der ODS daneben weiterhin erkennbar auf einen übergeordneten liberal-individualistischen Diskurs beziehen, welcher ersterem offenbar merklich entgegenwirkt.

Der pazifistische Diskurs wird weiterhin im Wesentlichen von der KSČM getragen, seiner Argumentationsmuster bedienen sich jedoch auch Teile des linken Flügels der ČSSD, was dazu führt, dass zunehmend Vertreter der ČSSD betonen, keine Pazifisten zu sein – mutmaßlich, um glaubwürdiger zu erscheinen (vgl. PSP ČR 2008a: 109). Die Verfestigung dieses Diskurses zeigt sich sehr deutlich anhand der Diskussionen über die Interventionen im Irak und in Afghanistan. Die Argumentationsstrukturen sind praktisch identisch wie im Falle des Kosovokrieges: Die USA werden als imperiale Macht konstruiert, der es nur um Rohstoffe und Einfluss gehe, die tschechische Regierung sei dabei ihr willfähriger Handlanger und verringere somit sogar die Sicherheit des eigenen Landes, weil sie es nicht nur in bewaffnete Auseinandersetzungen manövriere, sondern es auch – hier wird etwa die oben aufgezeigte Bedrohungs konstruktion des internationalen Terrors bemüht – zur Zielscheibe von Terroristen mache. Jegliche Form von Krieg außer der Verteidigung des eigenen Territoriums gegen einen Angriff sei abzulehnen, insbesondere die neue US-Doktrin präemptiver Militärschläge (vgl. PSP ČR 2003b: 294-297). Die Auflösung der NATO und auch jene von US-Militärbasen bildet eine ständige Forderung, auch etwa in den herangezogenen Wahlprogrammen. Stattdessen fordert die KSČM selbst 2010 noch die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems auf Grundlage der OSZE und führt damit den europäischen Einigungsdiskurs von Anfang der Neunzigerjahre unverändert fort (vgl. KSČM 2010).

Zunehmend deutlich wird allerdings, dass die Betonung rechtlicher Aspekte, die bereits in der Debatte zum Kosovokrieg klar erkennbar war, aber nicht explizit auf die Sicherheit Tschechiens bezogen wurde, auch eine sicherheitspolitische Komponente hat. Offenbar beziehen sich die Kommunisten auf den bereits erwähnten übergeordneten Multilateralismuskurs, der letzten Endes auch einen Rahmen für den europäischen Einigungsdiskurs bildet. Kerngedanke ist dabei, dass ein kleines Land wie Tschechien nur dann sicher sein kann, wenn das internationale System verregelt und verrechtlicht ist. Gilt hingegen das Recht des Stärkeren, ist Tschechien

als Land mit begrenzten Ressourcen gegenüber stärkeren Mächten wie Deutschland grundsätzlich im Nachteil und dadurch bedroht, seine Souveränität bzw. Selbstbestimmung einzubüßen. Ganz wesentlich auch deswegen lehnt die KSČM die Teilnahme an beiden militärischen Unternehmungen mit dem Argument ab, dass es keine völkerrechtliche Grundlage dafür gebe:

„Es geht darum, ob die Tschechische Republik sich auf die Seite derer stellt, die sich um die Erhaltung und Stärkung der internationalen Ordnung nach den Prinzipien der kollektiven Sicherheit bemühen, [...] oder ob sie dem Druck jener nachgibt, die glauben, dass der Sieg im Kalten Krieg ihnen das Recht gibt, diese Ordnung zu ignorieren und über Krieg und Frieden ohne Rücksicht auf die Regeln zu entscheiden, die auch sie mit der Annahme der UN-Charta und weiterer Kerndokumente des Völkerrechts akzeptiert haben. Es geht darum, ob das System erhalten wird, das auf dem Schutz der Interessen großer und kleiner Staaten, ihrer Sicherheit, eines friedlichen Lebens und einer gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit gründet, oder ob es von einer neuen Ordnung ersetzt wird, die heute von den Vereinigten Staaten von Amerika durchgesetzt wird und nur das Recht des Stärkeren respektiert.“ (PSP ČR 2003a: 18)

Deutlich erkennbar ist gerade in diesem Zusammenhang, dass dieser Multilateralismus-Diskurs und seine Betonung der Verregelung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen gerade auch zum Schutze der kleineren Staaten vor der Macht der größeren grundsätzlich über die gesamte Diskursformation hinweg zumindest eingeschränkt dominant ist. Insgesamt wird dieser Diskurs umso einflussreicher, je weniger die Sprecher im Rahmen des Westintegrationsdiskurses und der bei dessen Sprechern ebenfalls einflussreichen, nicht sicherheitsspezifischen liberal-individualistischen Diskurse argumentieren. Dies zeigt sich ebenfalls deutlich an den Debatten über den Irak und Afghanistan, aber auch anhand der Diskussionen über die BMD und den EU-Verfassungsvertrag bzw. später über den Vertrag von Lissabon.

Am Irakkrieg 2003 beteiligte sich Tschechien im Gegensatz zu Polen nicht. Zwar vertrat Václav Havel eine Position der historisch begründeten Solidarität mit den USA und unterschrieb den berühmten „Brief der Acht“, so dass Tschechien im Ausland ebenso als Unterstützer der USA erschien wie etwa Polen oder Großbritannien. Er tat dies jedoch drei Tage vor dem Ende seiner Amtszeit ohne Konsultation mit der Regierung, die sich von dem Brief klar distanzierte (vgl. Právo 1.2.2003).

Tschechien räumte lediglich im Januar 2003 den Truppen der „Koalition der Willigen“ Transit- und Aufenthaltsrechte für tschechisches Territorium ein und ermächtigte eine in Kuwait stationierte tschechische ABC-Abwehreinheit zum Einsatz, falls der Irak Massenvernichtungswaffen anwenden sollte. Wesentlicher Grund für diese begrenzte Form der Hilfe war das Fehlen einer Entscheidung des UN-Sicherheitsrates, welche die USA und ihre Koalition ermächtigt

hätte, gegen den Irak Krieg zu führen. Während selbst diese geringe Unterstützung den „Pazifisten“ zuviel war und der Einfluss des pazifistischen Diskurses auch auf Teile der ČSSD zum ambivalenten Standpunkt der Regierung beigetragen haben dürfte, zeigt sich, dass die gemeinsam geteilte Konstruktion des Multilateralismus als Sicherheitsgarantie diskursiv als Instrument zur Überzeugung anderer Sprecher von der Notwendigkeit des Mandats genutzt wird, was ein Hinweis auf hohe Verbindlichkeit ist. So argumentiert Vizepremierminister Petr Mareš (US-DEU), dass nur mit der Demonstration von Stärke und Durchsetzungsfähigkeit das UN-basierte System der kollektiven Sicherheit aufrecht erhalten und damit ein gewisser Grad an Sicherheit für Tschechien als kleinen Staat gewährleistet werden könne:

„Das Material, das die Regierung ihnen vorlegt, fordert sie auf, zuzustimmen, dass die Tschechische Republik dazu beiträgt, dass diese Demonstration glaubwürdig ist. Alle Reden, die hier zu hören waren und die so sehr das Völkerrecht und kollektive Sicherheit herausgestellt haben, haben darauf abgezielt, dass die Glaubwürdigkeit des Völkerrechts und die Glaubwürdigkeit der kollektiven Sicherheit durch eigene Entscheidungen geschwächt werden. Ich stelle also die Frage: Sind das Reden, die wirklich dazu führen sollen, dass das Prinzip kollektiver Sicherheit gestärkt wird, oder ist das nur das, was wir schon seit dem Augenblick der Gründung der UNO als Serie von Akten kennen, die das Ziel haben, aus diesem System ein gänzlich zahnloses zu machen, ein System, das nicht in der Lage ist, die Sicherheit kleiner Staaten zu garantieren?“ (PSP ČR 2003a: 21)

Die Bindungswirkung dieses Diskurses ist offenbar neben dem Einfluss des pazifistischen Diskurses auch in der ČSSD ein wesentlicher Grund, wieso die tschechische Regierung sich außerstande sah, den USA mehr Hilfe zukommen zu lassen, da selbst eine simple Feststellung des UN-Sicherheitsrates, dass der Irak seinen Verpflichtungen aus der Resolution 1441, die als „letzte Warnung“ galt, nicht nachgekommen war, nicht existierte, auch wenn dies der Regierung statt einer neuen Resolution erklärtermaßen ausgereicht hätte (vgl. PSP ČR 2003a: 7). Dennoch ist auch – jenseits des pazifistischen Diskurses – die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen für die Sicherheit Europas und Tschechiens unbestritten, die Rolle Tschechiens als verlässlicher Bündnispartner im Rahmen des transatlantischen Integrationsdiskurses konsensuell, so dass sich die Sprecher der Regierung hier in einem Spannungsfeld sich widersprechender Diskurse befanden. Daher sprachen sich auch die Sozialdemokraten nach dem Krieg für eine Teilnahme Tschechiens an Stabilisierung und Wiederaufbau des Irak aus und begründeten dies ganz wesentlich damit, dass Tschechien ein loyaler Partner sein müsse. Zudem ist auffällig, dass sich die Regierung trotz der Ablehnung einer militärischen Beteiligung am Irakkrieg mit Kritik am unilateralen Vorgehen der USA sehr zurückhielt. Auch die „individualistischen“ und „westorientierten“ Sprecher betonten die Bedeutung der Bündnissolidarität und die Bedrohung, die von Saddam Husseins Regime ausgehe und räumten die Notwendigkeit militärischer Maßnahmen grundsätzlich ein, ohne dass

jedoch der Legitimität des unilateralen Vorgehens der USA öffentlich das Wort geredet wird. Das ist ein Hinweis darauf, dass auch für diese Sprecher der Multilateralismuskurs soweit verbindlich ist, dass sie nicht bereit sind, in einer sensiblen Frage offen dagegen zu verstoßen (vgl. etwa Právo 24.3.2003).

Eine ähnliche Konstellation zeigt sich in der Debatte über die BMD. Die Beteiligung Tschechiens durch den Bau einer Radaranlage im westböhmisches Brdy-Gebiet spaltete die politische Elite wie auch die Gesellschaft. Die ODS-geführte Regierung hatte im Juli 2008 – und damit, anders als Polen, noch vor dem Georgien-Krieg – mit den USA ein Abkommen zur Einrichtung dieser Anlage unterzeichnet. Die Ratifizierungsdebatte im Abgeordnetenhaus zeigte noch einmal deutlich die unterschiedlichen Diskurskoalitionen, aber auch die Bindungswirkung des Multilateralismuskurses auf.

Ohnehin gegen die Radaranlage – eine militärische Installation, die eine Stationierung amerikanischer Truppen mit sich brächte – waren die Sprecher der KSČM, die weiterhin hart innerhalb des pazifistischen Diskurses argumentierten. Auf sie soll hier nicht weiter eingegangen werden. Es ist allerdings festzustellen, dass – trotz der Beteuerungen, man sei kein Pazifist – dieser Diskurs auch deutlichen Einfluss auf die Positionen mehrerer ČSSD-Sprecher hatte, darunter jene des Parteivorsitzenden Jiří Paroubek. Dieser geißelte etwa die BMD als Teil der US-Doktrin präemptiver Militärschläge und lehnte generell die Stationierung neuer Raketen in Europa ab. Vor allem warnte er vor neuen Spannungen in Europa und einer Konfrontation mit Russland (vgl. PSP ČR 2008a: 106-109; vgl. auch Právo 21.9.2009).

Aber auch im Rahmen des allgemeineren Multilateralismuskurses wurde das Abkommen als eine massive Schwächung der kollektiven Sicherheit in Europa konstruiert. Dabei wurde auch deutlich, dass ungeachtet der Notwendigkeit guter transatlantischer Beziehungen der Aufbau einer Europäischen Sicherheitspolitik im Rahmen der ESVP mittlerweile klar als Ziel formuliert wurde. Dies alles drohe die Einigung mit den USA zu zerstören – und damit auch jenes multilaterale Regelwerk, das die großen EU-Staaten im Zaum halte und es den kleinen ermögliche, ihre Interessen zu vertreten. So sagte Lubomír Zaorálek (ČSSD):

„Verstehen sie – bevor sie anfangen, über den Vertrag zu reden, lassen Sie uns darüber sprechen, was wir in dem Augenblick zulassen, in dem wir dieses Prinzip der bilateralen Abmachung als etwas akzeptieren, auf dem wir in Zukunft die Sicherheit der Tschechischen Republik begründen wollen. Entweder wird ganz einfach gelten, dass wir ein Teil der Europäischen Union sind, und dass es uns darum geht, dass wir eine gemeinsame Sicherheit, eine Verteidigung der europäischen Staaten aufbauen, mit bedeutenden Verbündeten, von denen einer der zentralen die Vereinigten Staaten von Amerika sind, oder wir zerschlagen dieses Konzept der gemeinsamen europäischen Verteidigung mit einem System bilateraler Vereinbarungen. [...] [Premierminister Topolánek] hat natürlich Recht, dass es uns nicht gefallen kann, wenn zu den grundlegendsten Themen Treffen der vier größten Staaten und der Vertreter der vier

größten Länder der EU abgehalten werden. Aber wissen sie, der Witz liegt darin, dass die Tschechische Republik mit ihrer Politik des letzten Jahres gerade dadurch, dass sie die Institutionen der Europäischen Union nicht ernstnimmt, eben jene Tendenzen verstärkt, dass Europa zu Verhandlungen der Stärksten auseinanderfällt. Verstehen sie, dieser Schritt ist gerade ein weiterer Schritt, der dazu führt, dass die Gruppe der Stärkeren noch stärker wird, die auch sicherheitspolitische Fragen alleine lösen werden, ohne uns, weil wir einfach unseren Weg gehen und das auch deutlich machen.“ (PSP ČR 2008a: 99)

Hier zeigt sich auch, dass in sicherheitspolitischen Fragen der EU mittlerweile seitens der „Multilateralisten“ deutlich höheres Gewicht beigemessen wird, als seitens der „Westler“ und „Individualisten“, die Sonderbeziehungen zu den USA als Ziel konstruierten.

Diese Sprecher – vorwiegend aus den Reihen der ODS, aber auch Außenminister Karel Schwarzenberg kann dazu zählen – konstruieren die BMD als „dritten Pfeiler“ der tschechischen Sicherheit neben NATO und EU, als Vorhaben, das Tschechien noch fester im Westen verankere. Zudem wurde herausgestellt, dass Tschechien durch das Abkommen eine zusätzliche, exklusive bilaterale Sicherheitsgarantie durch die USA erhalte und hierdurch zu einem wichtigen Partner Washingtons werde (vgl. PSP ČR 2008a: 101). Der individuelle Vorteil, gar eine Art Sonderstellung Tschechiens wird dabei deutlich herausgestellt.

Die neu erwachten Großmachtambitionen Russlands werden zwar ebenfalls als Bedrohung und Grund für die Notwendigkeit dieser Maßnahme konstruiert (vgl. PSP ČR 2008a: 109), deutlich präsenter ist jedoch die Bedrohungskonstruktion des mit Massenvernichtungswaffen betriebenen Terrors oder ein Angriff eines anderen Staates mit ballistischen Raketen sowie das Motiv einer stärkeren Westintegration durch engere Bindung an die USA.

Zwar wird betont, dass die EU militärisch schlicht zu schwach sei, um gegen diese Art der Bedrohung gewappnet zu sein und deswegen die bilaterale Form der Zusammenarbeit und die „exklusive“ Sicherheitsgarantie durch die USA nötig sei – ähnlich wie in den Neunzigerjahren, als man multilaterale Institutionen eher als hinderlich auf dem Weg nach Westen konstruiert wurden und stattdessen ein Einzelgängertum Tschechiens propagiert wurde. Dennoch zeigt sich, dass der Multilateralismuskurs so dominant ist, dass auch die „Individualisten“ sich dem beugen müssen. So wird vielfach betont, dass die BMD Sicherheit nicht nur für Tschechien, sondern für alle europäischen Länder biete und das Projekt auf Betreiben Tschechiens in die NATO integriert worden sei. So führt Außenminister Karel Schwarzenberg aus:

„Mit der Ratifizierung dieses Vertrages hat die Tschechische Republik die Chance, zu einem bedeutenden, von den Alliierten anerkannten Partner zu werden, der sich aktiv an der Schaffung internationaler Sicherheit und der Verteidigungsbereitschaft des nordatlantischen Raumes beteiligt. Ich würde gerne noch etwas hinzufügen. Vorher hieß es, dass wir mit diesem Vertrag aus der europäischen Politik ausscheren würden. Dem ist nicht so. Alles, was ausgehandelt wurde, passiert im Rahmen des NATO-Bündnisses, und selbstverständlich in Übereinkunft unserer Alliierten im Rahmen der NATO. Das möchten wir wirklich unterstreichen. [...] Ich bin einfach der Meinung [...], dass es besser wäre,

wenn Europa selbst schon fähig wäre, alle Systeme zu entwickeln, die nötig zu seiner Verteidigung sind. Leider ist dem heute noch nicht so. Daher müssen wir gegen Interkontinentalraketen und Langstreckenraketen amerikanische Systeme nutzen, und natürlich sind das alliierte Mittel, die uns im Rahmen der NATO zur Verfügung stehen.“ (PSP ČR 2008a: 105)

Auch wenn sich in Folge ein Streit darüber entspannt, ob der NATO-Gipfel in Bukarest 2008 wirklich beschlossen hat, dass die BMD in die NATO-Strukturen integriert werden soll, wird hier sehr deutlich, dass der Einfluss des Multilateralismuskurses so groß ist, dass auch die Vertreter einer eher individualistischen Argumentation sich gezwungen sehen, sich dem unterzuordnen und ihre Äußerungen wie auch ihre Entscheidungen argumentativ zumindest teilweise an diesen Rahmen anzupassen. Dass daneben dennoch der starke Atlantizismus des Westintegrationdiskurses und die individualistische Position, dass Tschechien unabhängig von den Wünschen anderer nach dem für sich selbst größten Vorteil suchen müsse, eine große Rolle spielen, zeigt die Betonung der exklusiven Partnerschaft mit den USA als Argument für die Installation des Radars.

Noch deutlicher stachen die Unterschiede zwischen der „multilateralistischen“ und der „individualistischen“ Diskurskoalition, die vor allem von Vertretern der ODS gebildet wurde, bei den Auseinandersetzungen um den EU-Verfassungsvertrag bzw. später den Vertrag von Lissabon hervor. Die ODS war gegenüber der Reform der EU sehr skeptisch eingestellt. Václav Klaus, seit 2003 Staatspräsident, nahm mit der Ablehnung einer weiteren Integration und seinem bedingungslosen Pochen auf der nationalen Souveränität eine gewisse Extremposition ein und entwickelte sich selbst innenpolitisch vom beliebtesten Politiker des Landes zunehmend zu einer eher isolierten Figur. Kurz vor dem EU-Beitritt verkündete er, dass Tschechien als unabhängige und souveräne Entität aufhöre, zu existieren, und konstruierte die Bedrohung, dass Tschechien sich in einer EU, welche nationale Unterschiede zwischen den Ländern durch immer stärkere Zentralisierung einebene, verlieren könnte (vgl. MFD 22.4.2004). Das Wort vom tschechischen Stück Zucker, das sich im europäischen Kaffee auflöse, machte die Runde. 2009 stellte Klaus sich bis zuletzt einer Unterzeichnung des bereits verabschiedeten und vom Verfassungsgericht für verfassungskonform erklärten Vertrags von Lissabon entgegen und konstruierte nicht nur Gefahren für die Souveränität des Landes, sondern auch jene einer Beschädigung der parlamentarischen Demokratie durch eine demokratisch nicht legitimierte EU-Bürokratie sowie mögliche Entschädigungsforderungen von Sudetendeutschen (vgl. Klaus 2008b, 2009b; Právo 4.11.2009).

Auch wenn Klaus aufgrund der Schärfe seiner Aussagen eine gewisse Sonderstellung einnahm, war die massive Betonung der nationalen Souveränität auch in der ODS selbst deutlich erkennbar. Dabei argumentierten die Sprecher in diesem Punkt ähnlich wie die nationalisti-

schen, vom ND-Diskurs beeinflussten Sprecher in Polen: Es wurde im Wesentlichen auf einen Souveränitäts- oder Unabhängigkeitsdiskurs, daneben auch auf ökonomisch geprägte wirtschaftsliberale Diskurse rekurriert, ohne dass jenseits der Vorstellung Tschechiens als „aktives Mitglied“ und „gleichberechtigter Partner“ eine klare Konzeption davon entwickelt wurde, was Tschechien in der EU sein soll und kann. Stattdessen präsentierten sich die Sprecher der ODS ganz wesentlich als Verteidiger der nationalen Souveränität und Identität des Landes. Diese sah man ganz wesentlich durch die zunehmende Verlagerung von Kompetenzen nach Brüssel und insbesondere durch die Einführung der doppelten Mehrheit bedroht. Denn diese bedrohe den tschechischen Einfluss in der EU – ein Rückgriff auf die Bedrohungs konstruktion der politischen Marginalisierung – und stärke jenen der großen Länder wie Deutschland, die dann „o nás bez nás“ entscheiden könnten, während ganz generell eine Vertiefung der Integration und damit die Verlagerung von Kompetenzen weg von der nationalen und hin auf die europäische Ebene die Souveränität des Landes beschneide und daher abzulehnen sei. Mehrfach wurde hierbei betont, die ODS sei proeuropäisch, aber nicht „pro-föderalistisch“ (vgl. MFD 6.5.2004). Als konkrete Punkte wurden – hier zeigt sich auch die weiterhin hohe Bedeutung der ökonomischen Dimension des Sicherheitsbegriffes – vor allem in anderen Ländern populäre Wirtschaftsmodelle als mögliche Bedrohung der „Steuer-souveränität“ und insgesamt die liberale Marktwirtschaft Tschechiens genannt (vgl. PSP ČR 2004b: 29). So erklärte Vlastimil Tlustý bei der Debatte über den Europäischen Rat im Juni 2004, auf dem der Verfassungsvertrag beschlossen wurde:

„Um das Problem klar an einem Beispiel zu beschreiben – es geht darum, dass wenn der nächste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland erklärt, dass er nicht wünscht, dass die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Steuern senken, damit ihre Attraktivität für Unternehmer erhöhen und damit das Wirtschaftswachstum ihres Landes ankurbeln, wenn er sagt, dass er das nicht wünscht, dass das nicht sein darf, wenn er das in Brüssel vorschlägt, ob die Tschechische Republik dann überhaupt die Möglichkeit haben wird oder nicht, zu verhindern, dass ihr diktiert wird, wie in der Tschechischen Republik die Steuern zu sein haben. Darum geht es auf dieser internationalen Konferenz. [...] Wir, die ODS, sagen deutlich, dass wir wollen, dass die Position der Tschechischen Republik in der Europäischen Union so bleibt, wie sie heute ist, anders gesagt, dass Herr Kanzler Schröder sagen kann, was er will, aber dass wir hier in der Tschechischen Republik machen, was wir wollen.“ (PSP ČR 2004b: 37)

Das bedeutet nicht, dass der Multilateralismuskurs im ODS-Lager im Bezug auf die EU völlig einflusslos ist. Im Gegenteil, auch dort wird postuliert, dass eine EU, in der auch im Verhältnis zwischen großen und kleinen Staaten Regeln anstelle des Rechtes des Stärkeren herrschen, vorteilhaft sei, weil es Tschechien davor bewahre, von den großen Spielern an die Peripherie gedrückt und isoliert zu werden und somit seine Interessen nicht mehr angemessen wahrnehmen zu können (vgl. MFD 8.4.2009). Auch wird, ebenso wie von anderen Seiten, eine

Zusammenarbeit im Rahmen der EU im Kampf gegen Bedrohungen wie Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Migration, organisiertem Verbrechen und ähnlichem konstruiert.

Nur sollte dieses Arrangement eben möglichst schlank ausgestaltet sein und so weit wie möglich den einzelnen Nationalstaaten das letzte Wort lassen. Eine Ausweitung der Möglichkeiten der EU, insbesondere die wirtschaftliche Ordnung Tschechiens über Entscheidungen der Kommission oder Mehrheitsvoten im Rat zu beeinflussen, wird strikt abgelehnt. Auch wird ein Demokratiedefizit der EU angeführt, wodurch eine Kompetenzausweitung eine Gefahr für die Geltung der Demokratie in Tschechien sei. Insofern wird eine zu starke Verlagerung von Kompetenzen auf die supranationale Ebene, auf der auch Entscheidungen gegen den Willen Tschechiens möglich sind, wie auch die Ausweitung von Mehrheitsvoten im Rat als Bedrohung konstruiert. Klar ist hier erkennbar, dass ein recht klassischer Begriff von Souveränität und ein „Staaten-Individualismus“ vertreten werden.

Vertreter der CSSD und kleinerer Parteien wie der KDU-ČSL, der US oder der Grünen hingegen traten vehement für die Verabschiedung des Verfassungsvertrages bzw. des Lissaboner Vertrages ein. Sie bezogen sich ebenfalls regelmäßig auf die Werte Souveränität und Unabhängigkeit, argumentierten allerdings, dass Tschechien nur in einer EU, in der es sich als konstruktiver und glaubwürdiger Partner präsentieren kann und die nach klaren Regeln funktioniert, die für alle gleichermaßen gelten, seinen Einfluss wahren könne. So erklärte Premierminister Vladimír Špidla (ČSSD) kurz nach dem EU-Gipfel von Juni 2004:

„Das Gerede um die Souveränität ist sehr sinnleer. Die EU basiert auf Gleichberechtigung. Wir haben dieselbe Souveränität wie Deutschland oder Frankreich oder Großbritannien. Unsere Position hat sich sogar verbessert. Die faktische Souveränität, die faktische Möglichkeit, das eigene Schicksal zu bestimmen, ist viel größer.“ (Právo 21.6.2004)

Da der Verfassungsvertrag bzw. der Vertrag von Lissabon die EU nach der größten Erweiterung ihrer Geschichte erst wieder wirklich handlungsfähig mache, müsse er verabschiedet werden. Sonst bestehe die Gefahr, dass die großen Mitglieder diesseits oder jenseits des EU-Regelwerkes auf eine Weise handelten, die eher dem Recht des Stärkeren statt der Herrschaft des Rechts entspreche. In der Folge habe Tschechien weniger Möglichkeiten, seine Interessen wahrzunehmen. Bei der Debatte über den Vertrag von Lissabon wurde zudem ins Feld geführt, dass Tschechien das letzte Land sei, dessen Parlament den Vertrag noch ratifizieren müsse, und dabei die Gefahr der Isolierung Tschechiens innerhalb der EU konstruiert (vgl. PSP ČR 2008b: 20).

An der – hier verkürzt wiedergegebenen – Verfassungs-/Lissabon-Debatte zeigt sich sehr deutlich, wie weitgehend konsensuell geteilte Argumentationsmuster – die Bedrohung durch

politische Marginalisierung, die Bevorzugung verregelter und verrechtlichter internationaler Beziehung im Rahmen multilateraler Arrangements sowie die immer wieder vorgebrachte Konstruktion Tschechiens als kleiner Akteur, der nur wenig selbst beeinflussen kann – verwendet werden, um je nach Priorisierung von Zielen oder Interpretation von Phänomenen unterschiedliche Positionen zu rechtfertigen. Demenstprechend können die Gegensätze zwischen den Diskurskoalitionen nicht einfach auf das Begriffspaar „Atlantizismus“ vs. „Europäismus“ reduziert werden.

2.1.3. Die Rolle der Ukraine in der außen- und sicherheitspolitischen Diskursformation

Die Ukraine ist im gesamten Material kaum wahrnehmbar. Sie wird praktisch überhaupt nicht thematisiert, abgesehen von der Orangen Revolution Ende 2004 und dem russisch-ukrainischen Gasstreit Anfang 2009. Während der Orangen Revolution wird die Ukraine – soweit überhaupt – unter Gesichtspunkten der prinzipiellen Wünschbarkeit von Demokratie und Menschenrechten diskutiert, sicherheitspolitisch jedoch allenfalls als Stabilitätsproblem. Während Außenminister Svoboda das Ziel formuliert, dass die Ukraine nicht auseinanderbrechen möge (vgl. Právo 8.12.2004), warnt Präsident Klaus davor, die Krise von außen lösen zu wollen, und verweist auf das abschreckende Beispiel Jugoslawiens (vgl. MFD 8.12.2004).

Auch 2009 wird die Ukraine im Wesentlichen als problematischer Partner konstruiert. Václav Bartuška, Sondergesandter der Tschechischen Republik für Energiesicherheit und Verhandlungsführer im Zuge der tschechischen Vermittlung im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft, bezeichnet die Ukraine als „nicht ganz stabiles Land“ und beklagt ihre Unzuverlässigkeit. So sei auf der anderen Seite – allerdings schließt das auch Russland mit ein – niemand an den Auswirkungen des Streits auf die Bevölkerung der von russischem Gas abhängigen Länder interessiert gewesen (vgl. Právo 23.6.2009). Alexandr Vondra (ODS) äußert sich im Rahmen eines Interviews über die tschechische EU-Ratspräsidentschaft nur wie folgt zu dieser Sache:

„Kurzfristig muss der Gastransit umgehend wieder aufgenommen werden. Europa kann nicht zur Geisel des ukrainisch-russischen Streits werden. Und langfristig haben wir tatsächlich Instrumente, mit denen man ähnliche Wiederholungen dieser Krise lösen kann. In Bezug auf die Ukraine ist die Lösung die Fertigstellung der Gaspipeline, die Russland mit der EU direkt verbindet, das ist die auf dem Grund der Ostsee, und der Bau einer zweiten auf südlichem Wege durch das Schwarze Meer und über den Balkan.“ (MFD 10.1.2009)

Die Äußerung Vondras lässt sich gewissermaßen als Antithese zum polnischen sicherheitspolitischen Konsens lesen: Weder wird einer starken Position der Ukraine eine große sicherheitspolitische Bedeutung zuerkannt, noch weckt der Bau von Nord Stream und South Stream sicherheitspolitische Bedenken in Hinblick auf eine Verfestigung der Abhängigkeit von russischem Gas. Die Umgehung der Ukraine durch neue Pipelines wird im Gegenteil sogar als veritable Problemlösung dargestellt. Gerade angesichts der Tatsache, dass Tschechien von russischem Gas ohnehin abhängiger ist als Polen und als Teil der „Diversifizierung“ der Energieversorgung dennoch der Anschluss an neue Pipelines desselben Versorgers diskutiert wird, während in Warschau der Bau einer Stichstrecke der Nord Stream-Pipeline nach Polen praktisch durchgehend abgelehnt wurde, weil dies die Abhängigkeit von Russland nur verfestige, sind die Unterschiede in der sicherheitspolitischen Bewertung der Ukraine und der Konstruktion Russlands als Bedrohung frappierend.

2. Sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen in Tschechien

Wie bereits ausgeführt, werden im Untersuchungszeitraum für die Tschechische Republik keine erkennbaren, zumindest von einer erheblichen Minderheit getragenen ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen formuliert – ob mit oder ohne sicherheitspolitischen Hintergrund. Allenfalls lässt sich dies im Zusammenhang mit Anfang der Neunzigerjahre formulierten Rollenkonzeptionen in Hinblick auf den osteuropäischen Raum als Ganzes unterstellen.

Dies hat ganz wesentlich mit der sicherheits- wie auch identitätspolitischen Konstruktion des postsowjetischen Raumes zu tun, der als Quelle von Bedrohungen sowie als anderer zivilisatorischer Raum mit anderen Werten konstruiert wird. Allerdings ist offenbar ein wesentlicher Grund auch eine gewisse tschechische, insbesondere von Sprechern des Westintegrationsdiskurses gepflegte Zurückhaltung, aufgrund derer Führungsrollen für Tschechien/die Tschechoslowakei nicht nur kaum konstruiert, sondern gar explizit zurückgewiesen werden. Auf diese Weise verschwinden vor allem mit dem Machtwechsel 1992 Konstruktionen des eigenen Landes als „führender Akteur“ weitgehend aus der sicherheitspolitischen Diskursformation. Zwar wird wiederholt auch in sicherheitspolitischen Zusammenhängen eine diffuse Rolle Tschechiens als „aktiver Akteur“ konstruiert – in der Regel ohne nähere Ausführungen dazu, was das genau bedeuten soll – die wesentlichen in den Neunzigerjahren feststellbaren sicherheitspolitischen Rollenkonzeptionen sind jedoch die des „verlässlichen Verbündeten“ und des „eigenverantwortlichen Akteurs“.

Es ist jedoch auch ganz allgemein festzustellen, dass insgesamt zum einen deutlich weniger sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen in Tschechien konstruiert werden und diese zum anderen auch deutlich weniger ausdifferenziert und ausgearbeitet sind. Dies hängt offenbar mit dem geringen Stellenwert von Außen- und Sicherheitspolitik in der politischen Diskussion zusammen, der dazu führt, dass die sicherheitspolitische Diskursformation inhaltlich-qualitativ auf deutlich niedrigerem Niveau anzusiedeln ist als im polnischen Falle. Dies zeigt sich nicht zuletzt an den bereits angeführten Klagen tschechischer Außenpolitiker über die konzeptionelle Armut der tschechischen Außenpolitik, ihren Hinterzimmercharakter und das geringe Interesse der zentralen politischen Akteure. Gerade die Klagen über konzeptionelle Armut und darüber, dass Außenpolitik offenbar als rein exekutive Angelegenheit betrachtet werde, ziehen sich bis in die Gegenwart. Unabhängig von der politischen Ausrichtung wird dabei von der jeweiligen Opposition kritisiert, dass die Regierung sie nicht in die Ausformulierung der Außenpolitik einbinde und daher auch nicht in der Lage sei, einen Konsens zu erreichen.

2.2. Tschechische sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen 1989-1992

Auch für die Rollenkonzeptionen im Rahmen der tschechischen sicherheitspolitischen Diskursformation gilt, dass der Machtwechsel im Jahre 1992 die wesentliche Zäsur darstellte, da die „Idealisten“ um Havel und Dienstbier Vorstellungen von der Rolle des eigenen Landes hatten, die sich von jenen der „Realisten“ deutlich unterschieden. Bereits vorher zeigen sich sehr deutlich diese fundamental unterschiedlichen Vorstellungen davon, was die Tschechoslowakei im internationalen System sein soll – und kann.

2.2.1. Die Tschechoslowakei als regionaler Stabilitätsfaktor

In seinem Bericht zur Außenpolitik von Ende 1991 formulierte Außenminister Dienstbier die Rollenkonzeption der Tschechoslowakei als stabilisierender Faktor in Ost- bzw. Ostmitteleuropa (vgl. FMZV 1991a: 1326). Diese besteht offenbar im Wesentlichen im tschechoslowakischen Engagement in der Visegrád-Gruppe und der ZEI sowie der KSZE, um durch politische Zusammenarbeit und den Aufbau von Vertrauen Konflikte in der Region zu verhindern oder friedlich zu lösen. Sie beinhaltet allerdings auch Elemente einer Rollenkonzeption der Tschechoslowakei als *Brücke zwischen Ost und West* in dem Sinne, dass die Tschechoslowakei eine Basis für die Ausbreitung der Demokratie in Richtung Osten sein müsse (vgl. FS ČSFR 1991b: 101). Die Vertreter dieser Rollenkonzeption bewegen sich somit im Rahmen des europäischen Einigungsdiskurses und propagieren das Ziel der Stabilisierung und Demokratisierung der östlichen Nachbarstaaten. Teils lässt sich in diesem Rahmen eine Rollenkonzeption der Tschechoslowakei als *Unterstützer der Transformation der östlichen Nachbarstaaten* also zumindest erahnen. Diese Rollenkonzeption ist daher der polnischen nicht unähnlich, wenn auch weniger elaboriert.

In Zusammenhang mit der Verbindung nach Osten wurde diese Rollenkonzeption auch während der Außenpolitikdebatte in der Föderationsversammlung diskutiert. Während vereinzelt Abgeordnete aus Dienstbiers OH und der christdemokratischen KDU die Funktion der Tschechoslowakei als Stabilitätsfaktor in der Region verteidigten (vgl. FS ČSFR 1991c: 21), griff insbesondere Jana Petrová (ODS) sie scharf an. Diese Vorstellung widerspreche den „existenziellen Interessen“ der Tschechoslowakei, weil es sie zu einem „Pufferstaat“ mache und sie wirtschaftlich an den instabilen Osten Europas kette, anstatt eine schnelle und eindeutige Integration in den Westen zu verfolgen (vgl. FS ČSFR 1991c: 17).

In Reaktion auf die immer stärker werdenden tschechisch-slowakischen Spannungen formulierten Dienstbier und auch Präsident Václav Havel in Folge diese Rollenkonzeption zunehmend als Argument gegen eine Auflösung der Föderation. Durch ihre „Samtene

Revolution“ werde die Tschechoslowakei im westlichen Ausland als Stabilitätsfaktor wahrgenommen, was nicht zuletzt eine wesentliche Voraussetzung für ihre Integration in die westlichen Strukturen sei. Ein Auseinanderbrechen des Staates würde die Tschechoslowakei hingegen zu einem Faktor der Instabilität in Mitteleuropa machen und damit nicht nur ihre Chancen auf Integration zerstören, sondern durch die Destabilisierung ihrer Umgebung die eigene Sicherheit gefährden, wie Außenminister Dienstbier betont:

„Hier geht es nicht um irgendwelche Sentimentalitäten oder ökonomische Angelegenheiten. Das ist eine fundamentale Frage der Sicherheit, denn unsere ganze geopolitische Situation würde sich eindeutig ändern, wenn wir kein vereinter Staat sind, der einen stabilisierenden Faktor in Mitteleuropa darstellt. Wir selbst würden helfen, zu destabilisieren, anstatt zu helfen, zu stabilisieren. Die ganze europäische Strategie beruht nun darauf, dass es gelingt, diejenigen Länder abzusichern, in denen sich Demokratie und Wohlstand am schnellsten durchsetzen können. Nicht nur um ihrer selbst willen, aber auch, um Entwicklung und Stabilität weiter im Osten zu unterstützen. Die einzige Garantie ist heutzutage der Aufbau demokratischer Systeme.“ (MFD 19.11.1991)

Dennoch argumentiert die ODS auch im Wahlprogramm von 1992 massiv gegen die Vorstellung der Tschechoslowakei als „Stabilisierungsfaktor“ oder „Brücke zwischen Ost und West“. Sie interpretiert dies eher als Rolle eines „Pufferstaates“ zwischen Westeuropa und dem postsowjetischen Raum, was abzulehnen sei. Vielmehr müsse der Schwerpunkt klar auf die Westintegration gelegt werden, die Verbindungen zum instabilen und rückständigen Osten hingegen gehören nach diesem Argumentationsmuster gekappt. Im Rahmen des von den „Realisten“ vertretenen Westintegrationsdiskurses hat die Vorstellung der Tschechoslowakei als Stabilisierungsfaktor für Ostmittel- und Osteuropa schlicht keinen Platz (vgl. ODS 1992). Lediglich die ČSSD formuliert 1992 in ihrem Wahlprogramm noch die Rollenkonzeption als Unterstützer der Stabilisierung und Demokratisierung der östlichen Nachbarstaaten (vgl. ČSSD 1992).

2.2.2. Die Tschechoslowakei als Zentrum der KSZE

Aufbauend auf der Rollenkonzeption der Tschechoslowakei als stabilisierender Faktor in der Region sowie offenbar auf der Bedrohungskonstruktion politischer Marginalisierung formulieren die „Idealisten“ zudem im Rahmen des europäischen Einigungsdiskurses die Rollenkonzeption der Tschechoslowakei als führendes Mitglied der KSZE. So führt Außenminister Dienstbier in seinem Außenpolitikkonzept aus:

„Die tschechoslowakische Außenpolitik verfolgt weiterhin die Linie der Stärkung des Helsinki-Prozesses. [...] Wir stehen vor der Aufgabe, die Institutionen der KSZE unter den neuen Bedingungen so zu entwickeln, dass sie beginnen, tatsächlich zur Schaffung eines Raumes der Sicherheit und der Kooperation für alle europäischen Staaten und mit

Beteiligung der USA und Kanada beizutragen. Wir bemühen uns darum, dass sich die politische Dimension der KSZE um das Prager Sekretariat herum entwickelt. Prag sollte eines der politischen Zentren Europas werden, was an und für sich gewisse Sicherheitsgarantien mit sich bringt. Der mitteleuropäische Raum könnte sozusagen eine institutionelle Basis des gesamteuropäischen Systems werden – das Viereck Warschau, Wien, Prag und Budapest könnte in Folge als Partner Brüssels, respektive Straßburgs, auftreten.“ (FMZV 1991a: 1332)

Auch dieser Konstruktion einer Führungsrolle Prags im Rahmen des europäischen Einigungsdiskurses treten die „Realisten“ um Václav Klaus entschieden entgegen. Nicht nur der klare Westkurs ist hierfür ein Grund, die „Realisten“ rufen insbesondere auch zu einer vernünftigen Einschätzung der Möglichkeiten der Tschechoslowakei auf:

„Unsere gegenwärtige außenpolitische Orientierung beruht daher auf unrealistischen Plänen und Annahmen und führt zu Schlussfolgerungen, die für das weitere Schicksal unseres Landes sehr gefährlich sein können. Vor allem vernachlässigt sie Aktivitäten, die direkt und unmissverständlich auf die politische, militärische und ökonomische Integration mit Westeuropa ausgerichtet sind. [...] Die ODS wird sicherstellen, dass die Aktivität der Tschechoslowakei in internationalen Organisationen nicht von Größenwahn und ideologischen Gesten beeinflusst wird, sondern unsere internationale Position und unsere Fähigkeiten reflektiert.“ (ODS 1992)

Es ist ersichtlich, dass seitens der „Realisten“ nicht nur der Westintegrationsdiskurs mit den Vorstellungen der „Idealisten“ über die Rolle der Tschechoslowakei im internationalen System kollidiert, sondern auch die Einschätzung der Möglichkeiten des Landes. Die „Realisten“ beschuldigen die „Idealisten“ wiederholt des Größenwahns und unrealistischer Vorstellungen darüber, was die Tschechoslowakei auf internationaler Ebene ist und sein kann. Bis auf eine diffuse Vorstellung der Tschechoslowakei als „aktives Mitglied internationaler Organisationen“ werden jedoch keine weiteren sicherheitspolitischen Rollenkonzeptionen als Alternative konstruiert.

Die Rollenkonzeptionen der Tschechoslowakei als regionaler Stabilisierungsfaktor sowie als Zentrum der KSZE sind die einzigen konkreten, die 1989-1992 im Rahmen der sicherheitspolitischen Diskursformation konstruiert werden, auch wenn man im Hintergrund die allgemeinere Vorstellung der Tschechoslowakei als Sicherheitsproduzent und als aktiver Mitgestalter der neuen europäischen Ordnung ausmachen kann. Dennoch ist auch zu sagen, dass selbst diese Rollenkonzeptionen eher wenig elaboriert sind und im Wesentlichen von Jiří Dienstbier, daneben auch von Václav Havel vertreten werden.

2.3. Tschechische sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen 1992-1999

Nach dem Machtwechsel im Jahr 1992 werden die bisher von den „Idealisten“ konstruierten Rollenkonzeptionen diskursiv völlig an den Rand gedrängt, während die Vorstellung von den begrenzten Möglichkeiten des eigenen Landes, die ganz wesentlich von den „Realisten“ vertreten wird, durch die Dismembration noch an Bedeutung gewinnt. Die Rollenkonzeption Tschechiens als regionaler Stabilitätsfaktor wird zwar von Jiří Dienstbier konsequent weitervertreten, spielt aber jenseits seiner wenigen über den Zeitraum verteilten Zeitungsartikel praktisch keine Rolle. Sie taucht lediglich noch einmal etwas verkleinert in der Sicherheitsstrategie von 1999 auf (vgl. *Agentura vojenských informací a služeb 1999*: 5), ohne in der außen- und sicherheitspolitischen Diskussion über die neuen Grundsatzdokumente eine Rolle zu spielen. Ende der Neunzigerjahre formuliert Präsident Havel noch einmal die Vorstellung von Prag als „spiritueller europäischer Kreuzung“, als „Weltstadt“ oder „Brennpunkt intellektueller Inspirationen“, was jedoch im Rahmen des Korpus' ein vereinzelt diskursives Ereignis bleibt und zudem nicht mit Sicherheitspolitik in Zusammenhang gebracht wird (vgl. MFD 30.9.1999).

Nichtsdestotrotz ist es in der Diskursformation im Wesentlichen Konsens, dass die Vorstellung Tschechiens als reiner Sicherheitskonsument der NATO, die in der Bevölkerung und bei einigen Politikern ausgemacht wird, verfehlt ist. Bereits recht früh setzt sich die Vorstellung durch, dass Tschechien auch ein Sicherheitsproduzent sein müsse, ohne dass zunächst konkretisiert wird, was das bedeuten kann. Im Laufe der Neunzigerjahre kristallisieren sich dann im Wesentlichen drei Rollenkonzeptionen dazu heraus: Tschechien als „verlässlicher Verbündeter“ und „eigenverantwortlicher Akteur“, daneben auch als „Unterstützer einer Politik der offenen Tür in der NATO.“ Die Sprecher des pazifistischen Diskurses hingegen konstruieren Tschechien als „militärisch neutralen Akteur.“

2.3.1. Tschechien als verlässlicher Bündnispartner

Schon relativ früh propagieren insbesondere die „Westler“, dass Tschechien nicht einfach nur der NATO beitreten und sich dann zurücklehnen könne, sondern auch ein Produzent von Sicherheit sein und damit zur gemeinsamen Sache beitragen müsse (vgl. etwa MFD 8.8.1994; RP 21.12.1994). Wie das genau geschehen sollte, blieb zunächst weitgehend unklar, da die Rollen Tschechiens als regionaler Stabilisierungsfaktor und als führendes KSZE-Mitglied, die bisher der Umsetzung dieser Rolle dienen sollten, abgelehnt wurden. Ab etwa 1997 konkretisiert sich hingegen langsam die Rollenkonzeption *Tschechien als verlässlicher Bündnispartner*. Hynek Fajmon (ODS), in den Neunzigerjahren Berater im Außenministerium,

ab 2001 im Abgeordnetenhaus und seit 2004 im Europaparlament, beschreibt Tschechiens Hauptaufgabe in der NATO als die eines verantwortungsvollen Alliierten:

„Das bedeutet, ein Land zu werden, auf das sich die restlichen Verbündeten verlassen können. Wir sollten ein Land sein, das keine unnötigen Probleme schafft, das keine Last für die anderen ist und das sich immer um eine alliierte Übereinkunft bemüht. Der Gedanke der Bündnissolidarität sollte ein Teil des tschechischen politischen Konsenses werden. Ohne unsere tatsächliche Solidarität mit den Verbündeten wird nämlich auch ihre Solidarität mit uns nicht funktionieren.“ (MFD 17.7.1997)

Diese Rollenkonzeption gründet also ganz wesentlich auf dem Prinzip „do ut des“. Sie wird mit der Diskussion über den NATO-Beitritt und insbesondere in der Debatte über den Kosovokrieg diskursiv als Konsens im Rahmen des transatlantischen Integrationsdiskurses etabliert. Die Beteiligung am Einsatz der NATO in Jugoslawien begründen die Befürworter – sofern sie sicherheitspolitisch und abseits moralischer und rechtlicher Aspekte argumentieren – im Wesentlichen mit dieser Notwendigkeit, ein loyaler Bündnispartner der NATO zu sein. Selbst ausgewiesene Kritiker des Einsatzes wie Zdeněk Jičínský (ČSSD) räumen ein, dass die Regierung schlicht keine andere Wahl gehabt habe, als ihren Bündnisverpflichtungen nachzukommen (vgl. Právo 21.4.1999). Andernfalls könne sich, so weitere Sprecher, Tschechien innerhalb der NATO isolieren (vgl. MFD 11.5.1999) und im schlimmsten Falle Gefahr laufen, sich im Ernstfall nicht auf den Schutz der Verbündeten verlassen zu können (vgl. PSP ČR 1999a: 2).

Die Rollenkonzeption Tschechiens als verlässlicher Verbündeter wurde auch mehrfach in der Sicherheitsstrategie von 1999 erwähnt. Sie war damit über die gesamte sicherheitspolitische Diskursformation hinweg betrachtet zwar dominant, aber nicht konsensuell. Von den Vertretern des pazifistischen Diskurses wurde sie konsequenterweise nicht vertreten, die Rollenkonzeption Tschechiens als neutraler Staat steht dem stattdessen diametral entgegen. Die Bündnissolidarität Tschechiens wurde daher innerhalb dieses Diskurses massiv abgewertet und letzten Endes als unerwünscht konstruiert. Die Beteiligung am Kosovokrieg wurde entsprechend als „logische Folge der servilen Haltung einer Reihe tschechischer Politiker gegenüber der NATO“ (PSP ČR 1999a: 21) gewertet. Bereits vorher bezeichnete Miroslav Vacek (KSČM), in der ersten Nachwenderegierung Verteidigungsminister, die seines Erachtens unkritische Orientierung der Regierung an der NATO als „Selbsterniedrigung“ und „Stiefelleckerei.“ (RP 10.6.1994)

2.3.2. *Tschechien als eigenverantwortlicher Akteur*

Wie bereits ausgeführt, wird insbesondere ab 1993 die Eigenverantwortung Tschechiens seitens der Sprecher des transatlantischen Integrationsdiskurses, insbesondere jener des Westintegrationsdiskurses im Rückgriff auf den liberal-individualistischen Metadiskurs, deutlich stärker betont und geradezu zur Bedingung für einen effektiven Schutz durch die NATO erklärt.

Aus den Ausführungen der betreffenden Sprecher lässt sich zumindest implizit die Rollenkonzeption Tschechiens als eigenverantwortlicher Akteur ableiten, der grundsätzlich erst einmal selbst für seine eigene Sicherheit sorgt, gleichzeitig dadurch aber auch sicherstellt, dass er zur gemeinsamen Verteidigung innerhalb des Bündnisses etwas beizutragen hat. Michal Lobkowicz (ODS) erwähnt in diesem Zusammenhang etwa die Verteidigung des Luftraums, da die tschechische Luftwaffe traditionell einen guten Ruf habe (vgl. MFD 21.9.1996). Auch wenn es hier nicht in erster Linie darum geht, möglichst treu und loyal zu den Verbündeten zu stehen, erleichtert die Erfüllung der Rollenkonzeption als eigenverantwortlicher Akteur die jener als verlässlicher Bündnispartner also offenbar deutlich.

Dieser Rollenkonzeption wird nicht widersprochen – allenfalls indirekt, da seitens der Sprecher des pazifistischen Diskurses die Investitionen in Umbau und Modernisierung der Armee und damit implizit auch die Notwendigkeit, zunächst militärisch für die eigene Sicherheit zu sorgen, infrage gestellt werden. Sie ist allerdings auch nicht sonderlich prävalent und kann nur aus einigen Äußerungen von Sprechern abgeleitet werden. Sie ist daher erkennbar, aber eher diffus.

2.3.3. *Tschechien als Unterstützer einer Politik der offenen Tür der NATO*

Mehrfach wird Tschechien als „aktives Mitglied der NATO“ konstruiert, ohne dass dies weiter ausgeführt wird. Eine Rollenkonzeption, die sich als wesentliche Konkretisierung hiervon verstehen lässt, ist jene Tschechiens als *Unterstützer einer Politik der offenen Tür der NATO* durch Vertreter des transatlantischen Integrationsdiskurses. Hintergrund ist das Ziel, den Nachbarländern, im Wesentlichen der Slowakei, die Möglichkeit offenzuhalten, ebenfalls der NATO beizutreten, um letzten Endes von alliierten, stabilen Staaten umgeben zu sein. Vereinzelt wird um 1997 herum auch eine NATO-Mitgliedschaft Österreichs für wünschenswert erklärt. Dieser Punkt wird allerdings nicht weiter aufgegriffen, mutmaßlich, weil Österreich kein Interesse an einer NATO-Mitgliedschaft hat und sicherheitspolitisch als unkritisch eingestuft wird (vgl. MFD 16.8.1997, 10.10.1997; Právo 9.10.1997).

Insbesondere Vertreter der ODS und der KDU-ČSL konstruieren Tschechien wiederholt als „Türöffner“ für weitere NATO-Aspiranten, wobei im Wesentlichen die Slowakei als konkretes

Land genannt wird. Allerdings scheint angesichts der dortigen politischen Verhältnisse dieser Punkt bis Ende der Neunzigerjahre noch nicht Konsens innerhalb des Lagers der Transatlantiker zu sein. So führt Petr Nečas (ODS) bei der Debatte zum NATO-Beitritt aus:

„Bei diesen Verhandlungen [mit Polen und Ungarn] wie auch bei den Verhandlungen des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit, die sich mit der nordatlantischen Allianz befasst haben, wurde der Aufrechterhaltung des offenen Charakters der nordatlantischen Allianz große Aufmerksamkeit gewidmet. Ich möchte betonen, dass diese These nicht nur eine Obliegenheit der nordatlantischen Allianz ist, sondern auch unsere Obliegenheit sein sollte. Ich bin zutiefst überzeugt, dass es in unserem vitalen nationalen Interesse liegt, dass wir den offenen Charakter der NATO aufrechterhalten und dass wir die Mitgliedschaft unserer Nachbarn in der nordatlantischen Allianz unterstützen, natürlich soweit sie das selbst wünschen.

In diesem Zusammenhang kann man der Frage nach unserem östlichen Nachbarn nicht ausweichen. Ich möchte nun meinen persönlichen Standpunkt betonen, keineswegs den Standpunkt des Ausschusses. Ich bin überzeugt, dass die Slowakei in die nordatlantische Allianz gehört. Sie gehört meiner Meinung nach geopolitisch dorthin, sie gehört strategisch dorthin, sie gehört zivilisatorisch dorthin. Ich bin mir allerdings vollkommen dessen bewusst, dass gewisse innenpolitische Probleme dies momentan verhindern. [...] Ich möchte betonen, dass wir als Tschechische Republik und als Parlament die weitere Erweiterung der nordatlantischen Allianz unterstützen sollten. Ich bin überzeugt, dass die Tschechische Republik nicht weniger, aber auch nicht mehr in die nordatlantische Allianz gehört als z.B. Slowenien oder Estland.“ (PSP ČR 1998b: 5)

Die Erwähnung Sloweniens und Estlands lässt eine Anknüpfung an den „verwestlichten“ europäischen Einigungsdiskurs zumindest vage erkennen, ist allerdings ein Ausnahmefall. Die Erweiterung der NATO betrifft, soweit thematisiert, im Wesentlichen die Slowakei. ODS und KDU-ČSL propagieren die Rollenkonzeption Tschechiens als Unterstützer einer Politik der offenen Tür der NATO auch in ihren Wahlprogrammen von 1998, ebenso tut dies Außenminister Kavan in der Parlamentsdiskussion zum Kosovo-Einsatz. Er begründet mit dieser sicherheitspolitischen Rollenkonzeption gar die Beteiligung Tschechiens am Krieg – denn wenn es sich als unzuverlässiger Verbündeter erweise, könne die Bereitschaft der NATO, weitere Mitglieder aufzunehmen, sinken (vgl. PSP ČR 1999a: 4).

2.3.4. Tschechien als militärisch neutraler Akteur

Je deutlicher der NATO-Kurs des Landes wird, desto stärker setzen sich insbesondere die Kommunisten diesem im Rahmen des pazifistischen Diskurses entgegen. Tschechien wird als idealerweise militärisch neutraler Akteur konstruiert, der nicht Mitglied in militärischen Allianzen ist. Diese Rollenkonzeption wird jedoch nicht weiter ausgeführt und bleibt daher weitgehend diffus. Insbesondere der Diskussion zum Kosovo-Einsatz lässt sich lediglich entnehmen, dass zu ihr auch eine Eigenschaft als „nicht aggressiver Staat“ gehört, der nicht an

Angriffen auf andere souveräne Staaten teilnimmt (vgl. PSP ČR 1999c: 7). Ansonsten werden noch allgemein gute Beziehungen zu allen Staaten als Eigenschaft eines solchen neutralen Akteurs definiert.

2.2.5. Weitere Rollenkonzeptionen in der sicherheitspolitischen Diskursformation

In der tschechischen sicherheitspolitischen Diskursformation wird eine Reihe weiterer Rollenkonzeptionen formuliert, die allerdings entweder nur vereinzelt angeführt werden oder sehr vage sind. Dazu gehören etwa die Konstruktion Tschechiens als Osteuropa- oder Balkanexperte für den Westen oder die Konstruktion als „aktives Mitglied“ in unterschiedlichen Organisationen, vor allem der NATO, oder als „gleichberechtigter Partner“. Keine dieser Rollenkonzeptionen ist jedoch in nennenswerter Form ausgearbeitet.

2.4. Tschechische sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen 2003-2009

Für das zweite Nachwendjahrzehnt ist eine gewisse, allerdings situationsabhängige Ausdifferenzierung der Rollenkonzeption Tschechiens als verlässlicher Verbündeter festzustellen, gleichzeitig jedoch eine Einengung des ohnehin im Vergleich zu Polen kleinen Feldes an sicherheitspolitischen Rollenkonzeptionen insgesamt. Grundsätzlich steht dabei weiterhin eine grobe Rollenkonzeption Tschechiens als Sicherheitsproduzent im Hintergrund. Hinzu kommt eine Rollenkonzeption Tschechiens als europäischer Atlantiker. Weiterhin aktuell bleibt im Rahmen des pazifistischen Diskurses die Rollenkonzeption Tschechiens als militärisch neutraler Akteur.

2.4.1. Tschechien als verlässlicher Bündnispartner

Die einzige sicherheitspolitische Rollenkonzeption, die jenseits des pazifistischen Lagers als konsensuell betrachten kann und regelmäßig formuliert sowie als Argument für politische Entscheidungsoptionen herangezogen wird, ist jene Tschechiens als verlässlicher Bündnispartner, insbesondere im Rahmen der NATO. Dabei ist zu beobachten, dass die „individualistischen“ und „stramm westlichen“ Sprecher, vor allem aus den Reihen der ODS, stärker die Bündnissolidarität mit den USA betonen, während die „multilateralistischen“ Sprecher den Schwerpunkt mehr auf die NATO insgesamt legen und zunehmend die EU mit einbeziehen.

Es handelt sich dabei allerdings eher um Nuancen und Betonungen. Die Gemeinsamkeiten beider Sprechergruppen überwiegen klar. Es wird auch weiterhin ganz zentral die Notwendigkeit postuliert, dass Tschechien nicht ein „blinder Passagier“ sein kann (vgl. Klaus 2003), sondern nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit solidarisch zu seinen Partnern stehen muss, um zum einen selbst Schutz erwarten zu können, falls Tschechien diesen einmal nötig haben sollte, und zum anderen allgemein Tschechiens Reputation und damit seinen Einfluss zu stärken. So appelliert Verteidigungsminister Jaroslav Tvrdík (ČSSD), der sich selbst auch als „Bündnisminister“ bezeichnet, während der Debatte über die begrenzte Unterstützung des Irakkrieges im Januar 2003:

„Werfen wir nicht unsere Bündnisverpflichtungen aus dem Gipfeltreffen in den Mülleimer. Werfen wir nicht die Verpflichtungen gegenüber der Zukunft der vereinten Armeen der Allianz oder der vereinten Armeen der Europäischen Union fort. Wir sagen selbst, dass wir nicht alles haben können, dass wir uns spezialisieren müssen. Und wenn die anderen das von uns wollen, müssen wir ihnen entgegenkommen. Genauso wie wir erwarten werden, dass uns die anderen in dem Moment beistehen, wenn wir diese Fähigkeit nicht haben.“
(PSP ČR 2003a: 7)

Diese Rollenkonzeption wurde situativ konkretisiert. So wird Tschechien zur Legitimation seiner Beteiligung an Gestaltung der Nachkriegsordnung als *Unterstützer des irakischen Wiederaufbaus* und *Unterstützer der Stabilisierung des Irak* dargestellt, während im Zusammenhang mit dem Einsatz in Afghanistan Tschechiens Rolle als *Unterstützer des Krieges gegen den Terror* konstruiert wurde. Es handelt sich hierbei allerdings eher um Funktionen der Rollenkonzeption Tschechiens als verlässlicher Bündnispartner insbesondere der NATO und ihrer Leitmacht USA. Diese wurde auch wiederholt von Sprechern des Westintegrationsdiskurses zur Legitimation der Beteiligung Tschechiens an der BMD herangezogen.

2.4.2. Tschechien als eigenverantwortlicher Akteur

Diese Rollenkonzeption wird kaum noch formuliert, allerdings war sie ja auch im vorangegangenen Untersuchungszeitraum eher indirekt aus den Forderungen nach militärischer Eigenständigkeit Tschechiens abgeleitet worden. Es scheint, dass sich mit dem Beitritt zur NATO offenbar der Schwerpunkt in Richtung „verlässlicher Verbündeter“ verlagert hat bzw. hierin aufgegangen ist. Ein Hinweis hierauf ist auch, dass die Modernisierung der Armee, die vorher ganz wesentlich mit der Rollenkonzeption Tschechiens als eigenverantwortlicher Akteur begründet und damit einhergehend als Voraussetzung für den NATO-Beitritt konstruiert wurde, nun eher mit der Notwendigkeit begründet wird, im Rahmen des Bündnisses Aufgaben übernehmen zu können (vgl. Klaus 2004a).

2.4.3. Tschechien als Unterstützer einer Politik der offenen Tür der NATO

Diese Rollenkonzeption taucht ebenfalls überhaupt nicht mehr auf. Sie hat sich offenbar mit dem NATO- und EU-Beitritt der Slowakei im Jahr 2004 erledigt. Zwar wird weiterhin das Ziel einer Erweiterung der westlichen Organisationen formuliert, dies wird jedoch zum einen im Wesentlichen auf den Westbalkan bezogen, und zum anderen wird hierbei nicht unbedingt eine Rolle Tschechiens als „Türöffner“ oder „Türstopper“ formuliert.

2.4.4. Tschechien als europäischer Atlantiker

Jenseits des pazifistischen Diskurses ist die Konstruktion der NATO als grundlegender Pfeiler der Sicherheit Tschechiens sowie die Bedeutung der USA als Sicherheitsgarant und Stabilitätsfaktor in der tschechischen Diskursformation konsensuell. Die Aufrechterhaltung guter transatlantischer Beziehungen ist daher, ähnlich wie in Polen, ein zentrales sicherheitspolitisches Ziel. Sowohl im Zuge der Irakkrise, als auch im Zusammenhang mit dem Aufbau der ESVP – die allerdings insgesamt eine untergeordnete Rolle in der sicherheitspolitischen Diskursformation bildet – werden hierzu im Grunde dieselben Positionen vertreten wie in Polen.

Allerdings ergeben sich hieraus nur sehr selten Handlungsanweisungen für Tschechien oder gar Rollenkonzeptionen. Eine Rollenkonzeption Tschechiens als Unterstützer guter transatlantischer Beziehungen ist daher zwar erkennbar, wird aber nur sporadisch und im Grunde ausschließlich von Vertretern der ODS – und damit Sprechern des Westintegrationsdiskurses – formuliert, etwa von Alexandr Vondra (ODS), einem der profiliertesten Atlantiker Tschechiens, in einem Zeitungsinterview:

„Natürlich werden wir [im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft] dazu beitragen, dass die Beziehungen zwischen Europa und Amerika so gut wie möglich sind. Das ist in unserem vitalen Interesse. Wir dürfen nicht den modischen antiamerikanischen Tendenzen erliegen, das könnten wir in Zukunft bereuen.“ (MFD 10.1.2009)

Auch die Wahlprogramme der ODS von 2004 und 2009 (vgl. ODS 2004: 3 2009: 36-37) enthalten entsprechende Passagen. Innerhalb des transatlantischen Integrationsdiskurses wird dieser Rollenkonzeption zwar nicht widersprochen, sie wird aber auch nicht sonderlich betont und ohnehin nur von „harten Westlern“ formuliert.

2.4.5. Tschechien als militärisch neutraler Akteur

Diese Rollenkonzeption lässt sich weiterhin im Wesentlichen aus den Äußerungen der Sprecher des pazifistischen Diskurses ableiten. Veränderungen sind nicht feststellbar, was sich damit deckt, dass der ganze Diskurs im Wesentlichen unverändert fortbesteht und die KSČM selbst

den klassischen OSZE-zentrierten europäischen Einigungsdiskurs ohne Veränderungen bis in die Gegenwart reproduziert (vgl KSČM 2010: 18).

2.4.6. Weitere Rollenkonzeptionen in der sicherheitspolitischen Diskursformation

Auch 2003-2009 werden verschiedene Rollenkonzeptionen für Tschechien formuliert, die nur sehr vage und diffus sind. Hierzu gehören insbesondere die Vorstellung Tschechiens als „aktives Mitglied“ in EU und NATO sowie jene als „gleichberechtigtes Mitglied“ dieser Organisationen. Beide sind jedoch praktisch nicht elaboriert und können häufig auch nur aus Zielformulierungen einzelner Sprecher hergeleitet werden. Häufig wird dies nicht explizit in sicherheitspolitischen Zusammenhang gestellt, jedoch ist anzunehmen, dass insbesondere vor dem Hintergrund der Bedrohungskonstruktion der politischen Marginalisierung diese Rollenkonzeptionen zumindest auch sicherheitspolitischen Charakter haben.

V. Diskussion der Ergebnisse

1. Sicherheit und ukrainepolitische Rollenkonzeptionen – zentrale Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Vergleichsfälle

In beiden Ländern liegen den verschiedenen sicherheitspolitischen Diskursen grundsätzlich ähnliche grundsätzliche Konzeptionen von Sicherheit und ihrer Dimensionen zugrunde: Die Souveränität und Unabhängigkeit des eigenen Landes, dessen territoriale Integrität und innere politisch-ökonomische Verfasstheit als marktwirtschaftliche Demokratie als zu schützende Werte und die Erkenntnis, dass das eigene Land sich in einer prekären geopolitischen Lage im Zentrum Europas befindet und gleichzeitig zu klein ist, um sich wirksam selbst gegen die Auswirkungen bewaffneter Konflikte und sonstige Bedrohungen schützen zu können, bilden jeweils den Kern des Sicherheitsverständnisses. Die Folge ist das Ziel der geopolitischen Stabilität in der Region und in ganz Europa sowie jenes der Integration in eine multilaterale Organisation, die Schutz und Sicherheit gegen mögliche Gefahren bietet. Die wesentlichen Dimensionen von Sicherheit sind die „klassisch“ territorial-militärische (wobei hier weniger ein neuer großer Krieg in Europa oder eine militärische Unterwerfung durch die „großen Nachbarn“ Deutschland und Russland, sondern das Übergreifen von Konflikten wie etwa in Jugoslawien die wesentliche Bedrohungskonstruktion ist), die politische und die ökonomische. Im tschechischen Falle kommt noch eine bedeutende innenpolitische Dimension hinzu, wodurch im Rahmen eines *Innere-Sicherheit-Diskurses* insbesondere (organisierte) Kriminalität und Migration sowie Terrorismus als Bedrohungen konstruiert werden, was in Polen so nicht der Fall ist.

In beiden Ländern manifestiert sich anfangs ein offenbar länderübergreifender *europäischer Einigungsdiskurs*, dessen Kernziel die sicherheitspolitische Einigung des Kontinents durch ein gesamteuropäisches, kooperatives Sicherheitssystem auf Basis der KSZE und unter Beteiligung der Großmächte USA und Sowjetunion ist. Die KSZE soll zu einer Organisation umgebaut werden, die durch vielfältige Verflechtungen und Interdependenzen sowie die Verrechtlichung und Verregelung der Beziehungen zwischen den Staaten Konfliktverhütung und friedliche Konfliktlösung leistet. Die Regierungen beider Staaten formulieren jeweils für ihr Land Rollenkonzeptionen als KSZE-Führungsakteur sowie als regionaler Stabilitätsfaktor, was auch der Aufwertung des eigenen Staates auf internationalem Parkett dienen soll. Bereits hier zeigt sich aber, dass diese Rollenkonzeptionen in Polen schnell deutlich klarer und detaillierter ausformuliert sind als im tschechischen Falle.

Angesichts der fortschreitenden Auflösung der Sowjetunion, der ebenso fortschreitenden Integration Westeuropas und des Versagens des KSZE-Systems in Jugoslawien bildet sich zudem in beiden Ländern ein insbesondere durch den Putsch in der UdSSR im August 1991 katalysierter *transatlantischer Integrationsdiskurs* sowie ein *europäischer Integrationsdiskurs* heraus, deren zentrale Ziele die Erlangung von Sicherheit durch die Integration in die NATO (kollektive militärische Verteidigung) bzw. in die EG/EU (zusätzliche Integration in den als stabil konstruierten Westen sowie Möglichkeit des Interessenausgleiches mit mächtigeren Staaten, v.a. Deutschland) sind. Dabei ist beiden Ländern gemein, dass die Sprecher der ehemaligen kommunistischen Staatsparteien sich gegen den transatlantischen Integrationsdiskurs stellen und sich insbesondere auf den europäischen Einigungsdiskurs berufen (Gefahr neuer konfrontativer Trennlinien in Europa). Während sich hier in Polen noch eine deutliche Moskau-Orientierung der (Post-)Kommunisten zeigt, greifen die tschechischen Kommunisten stattdessen auf einen *pazifistischen Diskurs* zurück, der so in Polen nicht in Erscheinung tritt. 1992-1994 ist eine kritische Phase der Entwicklung zu erkennen, in der sich in beiden Ländern unterschiedliche Strukturen der sicherheitspolitischen Diskursformation herausbilden, die bis heute ganz wesentlich ihre Position gegenüber der Ukraine beeinflussen.

In Polen führten der Zerfall der Sowjetunion und die postulierte Notwendigkeit der Konzeption einer neuen Außenpolitik gegenüber den neuen unabhängigen Staaten sowie die Unsicherheit bezüglich der wiederkehrenden Großmachtambitionen in Russland bei den ehemaligen Oppositionellen zum Rückgriff auf das im Pariser Exil von Juliusz Mieroszewski und Jerzy Giedroyc formulierte ULB-Konzept. Diesem zufolge ist die Unabhängigkeit der östlich von Polen gelegenen Staaten Ukraine, Litauen und Weißrussland und der Verzicht nicht nur Russlands, sondern auch Polens auf jegliche Ansprüche auf das Territorium dieser Staaten, insbesondere auf Lemberg und Wilna, eine fundamentale Erfordernis für die Sicherheit Polens, da die Rivalität Russlands und Polens auf dem „ULB-Gebiet“ zwangsläufig zu einer Unterdrückung Polens durch den übermächtigen Nachbarn führen müsse. Zentrales Ziel ist daher die Unterstützung der Unabhängigkeit dieser Staaten. Dieser *ULB-Diskurs* und seine zentrale Bedrohungskonstruktion, die Wiederkehr des russischen Imperiums, setzte sich bis 1994 als Beinahe-Konsens – jenseits des *ND-Diskurses*, der an nationaldemokratischen Vorstellungen aus der Zwischenkriegszeit mit Deutschland als Feind und Russland als Verbündeten anknüpft – bei der politischen Elite durch, trotz des Misstrauens der polnischen Bevölkerung gegenüber der Ukraine sowie der historischen Wunden, die teils bis heute noch nicht aufgearbeitet sind. Da sich dieser Diskurs somit nicht mehr nur auf die Unabhängigkeit der ULB-Staaten beschränkt, sondern auch die mit Stabilität und Friedfertigkeit assoziierten

Werte der Demokratie und der Marktwirtschaft als Zielvorstellungen für die östlichen Nachbarn formuliert werden, ist es sinnvoll, von einem *modifizierten ULB-Diskurs* zu sprechen. Sicherheit wird also nicht nur durch Integration in den Westen gesucht, sondern auch durch die Stabilisierung des Ostens, die einen gleichwertigen zweiten Pfeiler polnischer Sicherheit bildet. Hieraus ergeben sich zentrale sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen wie jene Polens als *Unterstützer der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn* sowie als *Brücke zwischen Ost und West*. Letzteres bedeutet vor allem die Unterstützung der Transformation durch den Transfer westlicher Werte und materieller Hilfe in den Osten sowie die Unterstützung einer Integration dieser Staaten in westliche Strukturen, die eine Alternative zu Russland bieten. Insgesamt spielt die Ukraine in diesem Zusammenhang aufgrund der beschriebenen sicherheitspolitischen Konnotationen eine herausragende Rolle, so dass entsprechende Rollenkonzeptionen Polens speziell als *Unterstützer der Unabhängigkeit und Transformation der Ukraine* sowie später als *Unterstützer der europäischen Integration der Ukraine* (womit auch die NATO gemeint ist) nicht nur als solche sinnvoll abgegrenzt werden können, sondern zu den zentralen sicherheitspolitischen Rollenkonzeptionen Polens gehören.

Dabei kann insgesamt festgestellt werden, dass die konsensuelle Bedrohungs konstruktion einer politischen Marginalisierung des eigenen Landes in Polen viel stärker ausgebildet ist und einen zentralen Knotenpunkt der sicherheitspolitischen Diskursformation bildet. Die Folge ist, dass sich nicht nur – ähnlich wie in Tschechien – über die Zeit sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen eines *verlässlichen Bündnispartners* und eines *europäischen Atlantikers* herausbilden, um auf Schutz durch die Alliierten zählen zu können und insbesondere die USA als Stabilisierungsfaktor und Schutzmacht in Europa zu halten. Vielmehr wird von Beginn an eine Reihe von in der Regel spätestens ab 1994/95 konsensuellen Rollenkonzeptionen konstruiert, die einen klaren Führungscharakter haben. Polen soll dadurch, dass es eine Vorreiterfunktion auf bestimmten Feldern übernimmt und wichtige Funktionen im europäischen Sicherheitsgefüge ausfüllt, für die westlichen Partner wichtig, am besten unverzichtbar werden. Der erhebliche Widerstand gegen jegliche Veränderungen, der zu einer Einflussminderung Polens führen könnte, liegt ganz wesentlich in dieser Bedrohungs konstruktion der Marginalisierung Polens begründet. Sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen mit spezifischeren Charakter, etwa jene Polens als *Unterstützer der Unabhängigkeit und Transformation der Ukraine*, sind immer auch an diese Bedrohungs konstruktion, die in Tschechien ebenfalls vorhanden, aber weitaus weniger stark ausgeprägt ist, rückgebunden und werden hierdurch verstärkt.

Auch wenn dieser Zusammenhang im analysierten Material argumentativ nicht explizit hergestellt wird, scheint es plausibel, dass es gerade Wechselwirkungen mit dem modifizierten

ULB-Diskurs sind, die dazu führen, dass der KSZE-zentrierte europäische Einigungsdiskurs durch den immer dominanter werdenden und schließlich konsensuellen transatlantischen Integrationsdiskurs bzw. mit dem jenseits des ND-Diskurses konsensuellen europäischen Integrationsdiskurs nicht völlig verschwindet, sondern im euro-atlantischen Sinne umgedeutet wird: Die mit Stabilität, Sicherheit und westlichen Werten wie Demokratie und Marktwirtschaft assoziierten Organisationen EU und NATO werden nun zu jenen Organisationen umgedeutet, welche die Aufgabe der KSZE übernehmen sollen, den Kontinent sicherheitspolitisch zu einen. Ergebnis ist ein *verwestlichter europäischer Einigungsdiskurs*. Daher beinhaltet die Rollenkonzeption Polens als *Brücke zwischen Ost und West* immer deutlicher auch die Funktion als Anwalt oder Lobbyist für eine Integration der östlichen Nachbarländer, insbesondere der Ukraine, in EU und NATO.

Die Entwicklung in Tschechien ist eine gänzlich andere. Während zu Beginn noch ein europäischer Einigungsdiskurs und Rollenkonzeptionen formuliert werden, die jenen in Polen durchaus ähnlich sind – sogar von einer Art Brückenfunktion und einer Demokratisierung der östlichen Nachbarstaaten ist die Rede – führt die zunehmende Dominanz des transatlantischen Integrationsdiskurses dazu, dass der europäische Einigungsdiskurs nicht transformiert, sondern ersetzt wird. Grund ist, dass ersterer insbesondere von Sprechern der ODS, die bald auf längere Zeit die Politik dominieren sollte, und der ODA im Rahmen eines konsequenten *Westintegrationsdiskurses* formuliert wird. Dieser bezieht sich ganz massiv auf die konsensuell geteilte Konstruktion Osteuropas als Raum der Instabilität und des Chaos. Da in Tschechien die Konstruktion eines drohenden russischen Hegemonen weitgehend fehlt und stattdessen die Zeit des Kommunismus und der Zugehörigkeit zum Ostblock als eine Art einmaliger „Unfall“ konstruiert wird, der ganz wesentlich der tschechoslowakischen politischen Elite und Gesellschaft selbst zuzuschreiben ist, fehlt auch eine Konstruktion der Ukraine als Bollwerk gegen das Wiedererstarken des russischen Imperiums. Stattdessen wird sie als Teil des allgemein instabilen postsowjetischen Raumes konstruiert, der eher noch eine Bedrohung durch Migration, mögliche bewaffnete Konflikte und das Einsickern osteuropäischer Mafiabanden darstellt als eine potenzielle Sicherheitsgarantie.

Die Folge ist, dass im Rahmen des Westintegrationsdiskurses eine möglichst schnelle Abkopplung von und Abschottung gegen Osteuropa sowie eine möglichst schnelle und umfassende Integration in die westlichen Strukturen gefordert, Vorstellungen von der Tschechoslowakei als „Brücke“ oder „regionaler Stabilitätsfaktor“ wegen der damit verbundenen Verflechtungen mit dem postsowjetischen Raum hingegen als gefährlich kritisiert werden. Mit dem Regierungswechsel 1992, mit dem eine Zeit der Dominanz der „westorientierten

Realisten“ von der ODS in der tschechischen Politik begann, sowie dem Wahldebakel der „idealistischen Gesamteuropäer“ von der OH wird der klassische europäische Einigungsdiskurs zudem weitgehend zur Position der ausgegrenzten kommunistischen Minderheit.

Dies ist ein wesentlicher Grund, wieso in Tschechien keine erkennbaren ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen konstruiert werden. Auch im weiteren Zeitverlauf ist das nicht der Fall. Während hin und wieder eine Stabilisierung und Westintegration der Ukraine als Ziel formuliert wird, insbesondere im zeitlichen Umfeld der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft, ist nicht erkennbar, dass dies eine breit geteilte und häufig reproduzierte Forderung ist, von einer sicherheitspolitischen Konnotation ganz zu schweigen. Stattdessen werden – etwa mit der Propagierung von Nord Stream und South Stream als „Lösungen“ für das Problem der ukrainischen Unzuverlässigkeit als Transitland für Gas – Positionen formuliert, die in Polen, wo bis heute eine auch nur vermeintliche Infragestellung der ULB-Politik zu sofortigem Rechtfertigungszwang führt und die Bedrohungs konstruktion einer erneuten Unterdrückung durch ein neoimperialistisches Russland zum Kern eines sicherheitspolitischen Konsenses gehört, diskursiv fast schon als Tabu klassifiziert werden können.

Zentrale Unterschiede zwischen Polen und Tschechien, die zu den beschriebenen Diskrepanzen bezüglich der ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen führten, sind also

- eine völlig andere Konzeption Osteuropas als Quelle von Bedrohungen, wobei in Polen eine drohende Rückkehr des russischen Hegemonen im Vordergrund steht, in Tschechien hingegen eher ein möglicher „Import“ von Instabilität und Kriminalität;
- die hiermit verbundene Existenz des ULB-Diskurses in Polen, der innerhalb weniger Jahre zu einem außenpolitischen Dogma werden sollte, das bis heute verbindlich ist, während es in Tschechien an einem Pendant hierzu vollständig fehlt;
- die Tatsache, dass hierdurch in Polen der europäische Einigungsdiskurs in einer „verwestlichten“ Form weiterexistiert, während er in Tschechien von einer massiven Westorientierung verdrängt wird, die sich nicht unwesentlich aus der genannten Konzeption Osteuropas als Hort der Instabilität ergibt;
- sowie die in Tschechien in gewissem Umfang vorhandene, in Polen jedoch absolut zentrale Bedrohungs konstruktion der politischen Marginalisierung, die dazu führt, dass in Polen durch einen Komplex an Rollenkonzeptionen mit Führungscharakter, zu denen auch ganz zentral die ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen zu zählen sind, erreicht werden soll, dass das Land für seine Partner wichtig oder gar unverzichtbar wird und so nie wieder in die Position kommt, dass es an den Rand gedrängt wird und sicherheitspolitisch relevante Entscheidungen über seinen Kopf hinweg gefällt werden.

2. Diskussion weiterer Gründe für die fehlenden

ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen in Tschechien

Die Existenz des ULB-Diskurses, der eine Lösung für die dauerhafte Bedrohung durch den russischen Imperialismus anbietet, die mutmaßlich hiermit zusammenhängende Weiterexistenz eines verwestlichten europäischen Einigungsdiskurses sowie die zentrale Stellung der Bedrohungs konstruktion der politischen Marginalisierung sind die offensichtlichsten Gründe dafür, dass in Polen ukrainepolitische Rollenkonzeptionen zu den wichtigsten sicherheitspolitischen Rollenkonzeptionen zählen, während es solche in Tschechien praktisch nicht gibt. Allerdings zeigen sich zwischen den Ländern noch eine Reihe weiterer Unterschiede, die im Zusammenspiel offenbar ebenfalls wesentliche Gründe für diese Differenzen darstellen. An die im Folgenden dargestellten Punkte sollte nicht der Anspruch gestellt werden, detailliert fundierte Erklärungen darzustellen. Es handelt sich eher um „Nebenprodukte“ der Diskursanalyse und sich aus der Gesamtschau ergebende Denkansätze, die gegebenenfalls auch nur Anknüpfungspunkte für weitere Studien darstellen können.

2.1. Führungsrollen als „Größenwahn“ – die Konstruktion Tschechiens als machtloser Akteur

In beiden Fällen wird der eigene Staat zunächst einmal als Akteur konstruiert, der grundsätzlich zu klein und zu schwach ist, um wirksam seine eigene Sicherheit garantieren zu können. Jenseits der Sprecher des pazifistischen Diskurses in Tschechien kann – trotz einer deutlich stärkeren Betonung der eigenen Verteidigungsfähigkeit durch die tschechischen „Westler“ – in keinem der beiden Länder ein relevanter Diskurs identifiziert werden, der postuliert, dass man auch als eigenständiger, neutraler Staat Sicherheit erlangen kann. Vielmehr sind sich zumindest nach einer Findungsphase Anfang der Neunzigerjahre grundsätzlich alle sonstigen Sprecher in beiden Ländern einig, dass es notwendig ist, Mitglied multilateraler Organisationen – insbesondere der NATO – zu werden, um sicher zu sein.

Auch wird in beiden Ländern innerhalb dieses Rahmens anerkannt, dass man nicht einfach nur ein Sicherheitskonsument sein könne, sondern Sicherheit auch produzieren müsse, um sich gewissermaßen den Schutz durch die anderen Staaten, insbesondere durch die NATO-Führungsmacht USA, zu „verdienen“. Konsequenz ist in beiden Ländern die Konstruktion einer Rollenkonzeption als *verlässlicher Bündnispartner* insbesondere in der NATO sowie jener eines *europäischen Atlantikers*. Doch während in Polen aufgrund der Bedrohungs konstruktion der politischen Marginalisierung darüber hinaus reihenweise dominante bis konsensuelle

Führungsrollen (z.B. als *Vorreiter der EU-Ostpolitik*) konstruiert werden, die neben der Generierung größeren Einflusses auf bestimmte als sicherheitspolitisch relevant konstruierte Sachverhalte (z.B. die euro-atlantische Integration der östlichen Nachbarstaaten) auch der Aufwertung Polens auf internationalem Parkett dienen, ist dies in Tschechien nur kurz nach der Wende der Fall. Die „Idealisten“ um Dienstbier konstruieren einige Führungsrollen für die Tschechoslowakei, die aber von den „Realisten“ aus ODS und ODA heftig kritisiert werden und ab dem Machtwechsel Mitte 1992 keine Rolle mehr spielen. Vielmehr kommt von da an die Position zum Tragen, dass die Tschechoslowakei bzw. Tschechien ein kleines Land mit wenig Ressourcen und Einflussmöglichkeiten sei und daher „realistisch“ und ohne „naive Visionen“ (ODS 2004: 2) an seine Außenpolitik herangehen müsse. Die Pläne der „Idealisten“ wie Havel und Dienstbier wurden gar als „Größenwahn“ bezeichnet (ODS 1992: 18).

Auch wenn diese Position in dieser Schärfe nur von der ODS vertreten wurde, verschwanden mit dem Sieg der „Realisten“ über die „Idealisten“ jegliche Führungsrollen aus der tschechischen sicherheitspolitischen Diskursformation. Stattdessen wird Tschechien regelmäßig als Akteur konstruiert, der klein sei und keinen besonders großen Einfluss haben könne. Besonders nachdrücklich formulierte dies Präsident Klaus in einer Rede kurz vor Beginn der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2009. Man müsse sich bewusst machen,

„dass man bezüglich unserer Präsidentschaft keine übertriebenen Ambitionen haben und hoffen sollte, dass wir mit unseren Initiativen in Europa tatsächlich etwas bewegen können. Unsere Möglichkeiten muss man sehr realistisch bewerten. Wir dürfen keine falschen Erwartungen wecken, vor allem in der Öffentlichkeit. Es genügt, die Ergebnisse der deutschen und der slowenischen Präsidentschaft zu vergleichen.“ (Klaus 2008a)

Eine Einschätzung, mit welcher der sonst europapolitisch umstrittene Klaus nicht alleine stand. So würde die Vermittlungsmission im Gaza-Streifen Anfang 2009, bei der Außenminister Schwarzenberg nicht alleine fuhr, sondern den schwedischen und den französischen Außenminister, die EU-Außenkommissarin und den Hohen Beauftragten für die GASP mitnahm, in Warschau wohl als Beleg der Führungsrolle Polens und seiner Fähigkeiten zur Koalitionsbildung dargestellt – wie während der Orangen Revolution, als man sich brüstete, Javier Solana mit an den Verhandlungstisch gebracht und die Krise damit zu einem europäischen Thema gemacht zu haben. Alexandr Vondra (ODS) hingegen betonte in einem Zeitungsinterview, dass die Beteiligung der anderen Akteure nötig gewesen sei, weil Tschechien keine Großmacht sei und sich anders als etwa Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy ein selbstständigeres Vorgehen nicht erlauben könne (vgl. MFD 10.1.2009). Auch Premierminister Vladimír Špidla (ČSSD) verkündete anlässlich des EU-Beitritts Tschechiens

wiederholt, dass man ein kleiner und wenig mächtiger Akteur sei, weswegen es notwendig sei, in den wichtigen EU-Gremien präsent und für die dortige Arbeit gut qualifiziert zu sein, um überhaupt Einfluss auf Entscheidungen nehmen zu können. (vgl. Právo 24.-25.4.2004) Der Gedanke, dass Tschechien trotz begrenzter materieller Ressourcen durch den Aufbau einer ideellen Position oder „sozialen Kapitals“ und das Ausspielen von Stärken einen gewissen Einfluss erlangen kann, wird in Tschechien eher ausnahmsweise formuliert.

Diese Konzeption Tschechiens als machtloser Akteur hat offenbar ganz wesentlich mit einem traditionellen tschechischen „Versagerkomplex“ zu tun, der vor allem aus der kampflosen Kapitulation der Tschechoslowakei vor Deutschland im Jahr 1938/39 und vor den Truppen des Warschauer Paktes im Jahr 1968 herrührt. Die Bemühungen der ODS gerade in den Neunzigerjahren, das Prestige der Armee zu erhöhen und Tschechien als Akteur zu positionieren, der selbst für seine Sicherheit sorgt und im Ernstfall bereit ist, seine Freiheit mit Waffengewalt zu verteidigen, hat nicht nur mit dem erwähnten individualistischen Diskurs zu tun, auf den die „Westler“ sich beziehen, sondern auch mit dem Bestreben, eine neue, positive nationale Identität zu konstruieren und eben jene Einstellung zu überwinden, durch die sich die Tschechen – mit den Worten Jiří Paynes – eher am Drückeberger Josef Švejk als am hussitischen Heerführer Jan Žižka orientieren (vgl. PSP ČR 1998b: 16). Auch Präsident Havel bemerkte, dass der „Don-Quichote-Typ“ in Tschechien nicht sonderlich populär sei und dass etwa während der Protektoratszeit Bürger, die mit direktem Widerstand ihr Leben riskierten, bei den Tschechen eher als Störenfriede betrachtet worden seien (vgl. Havel 1992a).

So wurde auch die Beteiligung am Kosovo-Einsatz 1999 von Befürwortern als Sieg über diese historische Einstellung und Verhaltensweisen interpretiert. Josef Zieleniec bezeichnete den Kosovo-Einsatz gar als größeren Durchbruch als das Ende des Kommunismus. Dieses sei ohnehin von ganz alleine passiert, während die Tschechen mit der Teilnahme am Kosovokrieg nun endlich aus der Passivität in die Rolle eines Akteurs gekommen seien und ihr eigenes Schicksal bestimmten, indem sie entschieden, als verlässlicher Alliierter den Bündnispartnern beizustehen. Auch hier zieht er explizit Parallelen zu 1938 und 1968 (vgl. MFD 11.5.1999).

Offenbar ist die Konstruktion Tschechiens als machtloser Akteur dennoch weiterhin wirkmächtig, wie zahlreiche Äußerungen ähnlich jener von Präsident Klaus bis heute zeigen. Auch die nicht häufig, aber dennoch wahrnehmbar formulierte Kritik hieran ist ein Indikator für das weitere Wirken dieser Konstruktion. Jiří Dienstbier kritisierte 2004 im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt besonders drastisch diese „masochistische Vision tschechischer Kleinheit“, die selbst im Moment eines historischen Erfolges und angesichts der Chance, mehr Einfluss auf das eigene Schicksal nehmen zu können, dazu führe, dass von allen Seiten

behauptet werde, dass Tschechien klein sei und auf immer von den großen Spielern bestimmt werde (MFD 3.5.2004).

Vor diesem Hintergrund ist es durchaus konsistent, dass in Tschechien keine Führungsrollen für das eigene Land konstruiert werden. Wie die Äußerungen Zieleniec´ zeigen, wird offenbar schon die Tatsache, dass Tschechien sich als verlässlicher Bündnispartner erweist, anstatt sich zurückzuziehen, als Erfolg betrachtet. Daher ist es nur folgerichtig, dass in Tschechien jenseits vereinzelter Äußerungen, die keine diskursive Verbindlichkeit zu entfalten vermögen, keinerlei Führungsfunktion für eine Ost- oder sonstige Politik der westlichen Organisationen oder sonst eine herausragende „Mission“ formuliert wird.

Es ist allerdings in der Gesamtschau auch feststellbar, dass Tschechien einerseits als machtloser Akteur, andererseits aber als „Klassenprimus“ und insbesondere im ökonomischen Sinne starkes Land konstruiert wird. Auf diesen Widerspruch wies bereits Mitte der Neunzigerjahre Präsident Havel anlässlich des Sturzes der Regierung in der Wirtschaftskrise hin:

„Dank dessen, dass die Transformationsprozesse bei uns seit dem November [1989] mehr oder weniger kontinuierlich abgelaufen und nicht von großen politischen Veränderungen beeinträchtigt worden sind, waren wir in manchem weiter als andere – oder zumindest erschien es zuerst so, als sei es so. Und das ist uns offensichtlich zu sehr zu Kopf gestiegen. Wir haben uns verhalten wie Klassenprimusse, wie Vorzeigeschüler oder verzogene Einzelkinder, die das Recht haben, sich über andere zu erheben und alle zu belehren. Dieser Stolz war in merkwürdiger Weise verbunden mit einer Art kleinbürgerlichem Provinzialismus, oder fast Stubenhockerei. Wir haben zum Beispiel die enge politische Zusammenarbeit mit unseren nächsten Nachbarn zerschlagen – ich habe das im Sinn, was sich Visegrád nannte – weil wir uns als etwas Besseres fühlten als sie.“ (Havel 1992a)

Dies beschränkt sich allerdings nicht auf die „Individualisten“, auch Premierminister Špidla verbindet etwa in einem Interview kurz vor dem EU-Beitritt in etwas widersprüchlicher Weise das Bild eines kleinen Landes, das seine Chance nutzen müsse, mit gut qualifizierten Leuten in den entscheidenden Gremien dabei zu sein, um die Tatsache, dass es keinerlei „effektive Macht“ habe, kompensieren zu können, mit der Feststellung, dass ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ kein großes Problem sei. Schließlich sei Tschechien historisch stets der erfolgreichste Teil größerer Integrationsprojekte gewesen und habe genügend Kraft, um in den unterschiedlichsten Feldern zu den erfolgreichsten Mitgliedern der Europäischen Union zu gehören (vgl. Právo 24.-25.4.2004). Dieses Phänomen, das sich wohl dem kürzlich von Ondřej Sačálek (2009) diagnostizierten „politischen Narzissmus“ zuordnen lässt, der die tschechische Außenpolitik kennzeichne, konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht detaillierter untersucht werden. Was allerdings mit einiger Sicherheit gesagt werden kann, ist, dass es nicht zur Entwicklung einer klaren Vorstellung der Rolle Tschechiens im europäischen und globalen internationalen System beitragen wird (vgl. auch Abschnitt V.2.3.).

2.2. Die identitäre Konstruktion Tschechiens als westliches Land

Dass Tschechien keine außen- oder sicherheitspolitischen Rollenkonzeptionen in Hinblick auf den Osten Europas hat, hat offenbar auch mit einer sehr starken Konstruktion einer westeuropäischen Identität des Landes in Abgrenzung zu Osteuropa zu tun. Während in Polen das eigene Land in mehreren Zusammenhängen als „Osteuropa-Spezialist“ für den Westen konstruiert und dies damit begründet wird, dass es durch enge Kontakte auf politischer und gesellschaftlicher Ebene sowie historische Verbindungen nach Osten viel Wissen und Erfahrung mitbringe, ja Skubiszewski das Land gar als „ein bisschen östlich und ein bisschen westlich“ bezeichnet, was Polen eine gewisse Originalität und Einflussmöglichkeiten gebe (vgl. Sejm RP 1990: 161), sind derartige Konstruktionen in Tschechien nicht anzutreffen. Einzig nach Lösung der Gaskrise im Januar 2009 bemerkte Industrie- und Handelsminister Martin Říman (ODS), dass Tschechien aufgrund der Tatsache, dass es Leute mit ausgezeichneten Russischkenntnissen und guten Kontakten in die östliche Energiebranche habe, hervorragend für diese Vermittlung geeignet gewesen sei (vgl. MFD 12.1.2009; Právo 12.1.2009). Er stellt dabei aber auch heraus, dass diese Aufgabe Tschechien eher zufällig zugekommen sei.

Ansonsten wird deutlich massiver als in Polen die Zugehörigkeit zum Westen betont. Immer wieder wird von Sprechern aller Diskurse – außer den Kommunisten – unterstrichen, dass Tschechien ein „natürlicher“ Teil der westlichen Zivilisation mit ihren Werten wie Demokratie, Menschenrechten und Marktwirtschaft sei und historisch wie kulturell schlicht nach Westeuropa gehöre. Bezüglich der Zeit des Kommunismus wird zudem der Schwerpunkt wesentlich weniger auf die sowjetische Fremdherrschaft gelegt, sondern vielmehr darauf, dass die Tschechen in einem Gesellschaftssystem leben mussten, das ihnen „historisch absolut fremd“ (RP 14.4.1995) gewesen sei. Die Integration in die westlichen Organisationen sei einfach eine logische Schlussfolgerung davon, dass Tschechien nach dem Zusammenbruch dieses Systems wieder in sein „natürliches Habitat“ (Právo 5.5.2009, 4.11.2009) zurückkehren könne.

„Für die Tschechische Republik gibt es keine Alternative zum Beitritt zur Europäischen Union, ganz einfach, weil es nicht zu Noworossijsk oder zu Teheran, sondern zu Westeuropa als kulturell-historisches Phänomen gehört. Logischerweise gehören wir auch zu den Strukturen, die Westeuropa kreiert.“ (MFD 21.10.1995)

Diese konsensuell, aber mit besonderem Nachdruck von der ODS stetig reproduzierte Identitätskonstruktion führte sogar zu einer gewissen Nachlässigkeit bei der Anpassung an die EU, da die Integration in die westlichen Strukturen als etwas Natürliches und Quasi-Automatisches konstruiert wurde. Erst als die kritischen Fortschrittsberichte der EU-Kommission 1998 und 1999 die Angst weckten, nicht zur ersten Erweiterungsrunde gehören

zu können und dies zu den größten Massendemonstrationen seit 1989 führte, wachte die Führung auf und beschleunigte die Anpassung an die europäischen Standards (Hudalla 2003: 252-255).

Dennoch bleibt die Konstruktion der natürlichen Zugehörigkeit zum Westen weiter bestehen und praktisch konsensuell. Andersherum werden, wie im entsprechenden Abschnitt beschrieben, die Länder des postsowjetischen Raumes fast als andere Zivilisation beschrieben, die schlicht ein anderes Wertesystem repräsentiere oder sogar eher „asiatisch“ (Havel 1991a) als westlich sei.⁸² Diese vehemente Identitätskonstruktion Tschechiens als „seit tausend Jahren“ (Právo 14.4.1995) „natürlicher“ (MFD 15.5.1997) Teil der westlichen, euro-atlantischen Zivilisation und die identitäre Abgrenzung gegenüber dem postsowjetischen Raum mag ein weiterer Grund sein, wieso Osteuropa keine größere Rolle in der sicherheitspolitischen Diskursformation spielt und diesbezüglich keine Rollenkonzeptionen formuliert werden.

2.3. Die allgemeine konzeptionelle Schwäche tschechischer Außen- und Sicherheitspolitik

Bereits kurz nach dem Übergang in die Unabhängigkeit begannen Oppositionspolitiker und auch die Presse, die tschechische Außenpolitik massiv zu kritisieren. Nicht nur der radikale Westkurs und die Ökonomisierung wurden angeprangert, auch die Konzeptlosigkeit und überhaupt das mangelnde Engagement und Interesse der politischen Klasse an Außen- und Sicherheitspolitik – eine Kritik, die auch die Parlamentarier mit einschloss (vgl. S. 251-252). Insbesondere in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre waren vielfache Rufe nach einer breiten gesellschaftlichen und parlamentarischen Diskussion über die nationalen Interessen Tschechiens zu vernehmen, um klare außen- und sicherheitspolitische Ziele formulieren und langfristige Strategien erarbeiten zu können. Seit 1999 wurde dann zwar eine Reihe außen- und sicherheitspolitischer Grundsatzdokumente erstellt, allerdings wurden nur die ersten beiden – das außenpolitische Konzept und die nationale Sicherheitsstrategie von 1999 – im Parlament oder überhaupt wahrnehmbar in der Öffentlichkeit diskutiert. Danach fand bis heute keine außen- oder sicherheitspolitische Grundsatzdebatte auf Grundlage derartiger Dokumente mehr statt. Zudem sollten beide Papiere in zweijährigen Rhythmus aktualisiert werden, dies wurde aber nur 2001 und 2003 auch wirklich getan. Die dritte Fassung des außenpolitischen Konzepts wurde dabei bereits auf drei Jahre (2003-2006) angelegt, eine neue jedoch erst 2011 erstellt, so

⁸² Außenminister Svoboda ließ sich Anfang 2009 im Zusammenhang mit der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft in der *Právo* (3.1.2009) gar mit der Aussage zitieren, die Tschechen seien „keine Asiaten, die mit einer Delegation von Übersetzern nach Brüssel fahren.“

dass Tschechien fünf Jahre lang kein offiziell gültiges strategisches Außenpolitikkonzept hatte. Dasselbe gilt für die Sicherheitsstrategie (vgl. Střítecký/Drulák 2010: 173).

Auf die außen- und sicherheitspolitische Diskursformation hatte die Erstellung dieser Dokumente allerdings der Analyse nach ohnehin keine erkennbaren Auswirkungen. In dieser ist weiterhin feststellbar, dass ein großer Teil der Fragmente der identifizierten sicherheitspolitischen Diskurse quantitativ sehr beschränkt und qualitativ eher auf niedrigem Niveau anzusiedeln ist, was auch dazu führt, dass mehrere der offenbar grundsätzlich vorhandenen Rollenkonzeptionen nicht nennenswert ausgearbeitet sind und daher nur rudimentären Charakter haben. Noch 2009 kritisierte daher Senator Jiří Dienstbier (parteilos), dass es in Tschechien an strategischem Nachdenken über die Interessen des Landes fehle und dass die zerstrittene Prager Politik daher nicht in der Lage sei, angemessen auf Probleme zu reagieren (Právo 22.9.2009).

Diese Malaise der tschechischen Außen- und Sicherheitspolitik wurde bereits an anderer Stelle beobachtet. So beschreibt Anneke Hudalla (2001: 128), dass vor allem aufgrund der mangelnden außenpolitischen Qualifikation des politischen Personals Mitte der Neunzigerjahre keine Partei ein wirkliches europapolitisches Programm gehabt habe. Lefebvre (2010: 368) kommt in seiner Studie zur tschechischen strategischen Kultur zwischen 1993 und 1998 zu dem Ergebnis, dass insbesondere die Ignoranz Václav Klaus´ in Bezug auf sicherheitspolitische Fragen zur konzeptionellen Schwäche der tschechischen Sicherheitspolitik geführt habe. Frank (2010: 383) kommt zu dem Schluss, dass die Demokratisierung der tschechischen Armee im Wesentlichen nicht durch das Militär gefährdet gewesen sei, sondern durch „die sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitisch desinteressierten Entscheidungsträger“ in der Politik. Zudem veröffentlichte das tschechische *Ústav mezinárodních vztahů* (Institut für Internationale Beziehungen), das wichtigste tschechische Forschungsinstitut für diese Disziplin, erst kürzlich eine Buchreihe mit dem Titel „Die Suche nach den tschechischen Interessen“ (vgl. Drulák/Handl 2010; Drulák/Horký 2010; Drulák/Střítecký 2010). Střítecký und Drulák (2010: 175) konstatieren dabei, dass viele sicherheitspolitische Fragen von einer „Politik des Desinteresses“ betroffen seien und dass es zu kaum einem konkreten Sachverhalt – abgesehen vom Umgang mit der organisierten Kriminalität, die in der eingewanderten vietnamesischen Bevölkerung verankert ist – einen wirklichen Konsens gebe.

Im Folgenden werden mögliche Gründe für diese konzeptionelle Schwäche tschechischer Außen- und Sicherheitspolitik erörtert.

2.3.1. Die Bedeutung der innenpolitischen Dimension von Sicherheit

Wie bereits dargestellt, ist der tschechische Sicherheitsbegriff im Vergleich zum polnischen von einer sehr starken innenpolitischen Dimension gekennzeichnet. Direkte Gefahren für die Bevölkerung wie Kriminalität, Migration, Terrorismus und ähnliches spielen eine weitaus größere Rolle als in Polen, wo unter „Sicherheitspolitik“ zunächst äußere Sicherheitspolitik verstanden wird. Bis in die Gegenwart zieht sich etwa in nahezu allen Wahlprogrammen eine primäre Zweiteilung des Sicherheitsbegriffes in innere und militärische Sicherheit, die trotz einer gewissen Ausdifferenzierung, einer „Internationalisierung“ der Bedrohungs konstruktion des Terrorismus und neuer Aspekte wie etwa der Energiesicherheit fortbesteht. Auch Rechtsnormen wie das Sicherheitsgesetz von 1998 sowie die Tatsache, dass bis 2006 Fragen innerer und äußerer Sicherheit im Parlament in ein- und demselben „Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit“ beraten wurden und seit 2006 getrennt im „Ausschuss für Verteidigung“ und „Ausschuss für Sicherheit“ behandelt werden, zeigen, dass der Begriff „Sicherheit“ auch ohne das Adjektiv „innere“ offenbar zunächst in diesem Sinne verstanden wird, während äußere Sicherheit zuvörderst klassische militärische Sicherheit ist. Die politische und auch die ökonomische Dimension von Sicherheit spielen ebenfalls nicht zu vernachlässigende Rollen, dennoch ist die Dominanz der ersten beiden frappierend.

Es ist möglich, dass dieser Sachverhalt und die resultierende Konzentration der sicherheitspolitischen Erörterungen insbesondere auf Fragen innerer Sicherheit und Tschechiens Rolle im Rahmen der NATO bzw. militärische Fragen – letzteres beschränkt sich ganz wesentlich auf situative Variationen der Rollenkonzeptionen *Tschechien als verlässlicher Bündnispartner* und *Tschechien als europäischer Atlantiker* – dazu beiträgt, dass die konzeptionelle Entwicklung weiterer Aspekte vernachlässigt wird und daher ein großer Spielraum für bestimmte Akteure existiert, neue Themen sehr schnell „durchzudrücken“, wie dies etwa in Hinblick auf das Thema „Energiesicherheit“ der Fall war (vgl. Hynek/Střítecký 2010).

2.3.2. Parteiensystem und Wahlen in Tschechien

Ein nicht zu unterschätzender Einflussfaktor ist sicherlich das Parteiensystem Tschechiens. Es weist ein ostmitteleuropäisches Unikat auf: die Existenz einer unreformierten, noch nicht einmal umbenannten kommunistischen Partei. Die KSČM entstand im März 1990 durch die Teilung der KSČ im Zuge der Herausbildung getrennter Parteiensysteme in den beiden Teilrepubliken der Tschechoslowakei. Hintergrund ist die Zeit der „Normalisierung“ nach dem Prager Frühling, als die KSČ alle reformorientierten Kräfte durch Massensäuberungen ausschloss und daher ihren orthodox-kommunistischen Charakter bis 1989 behalten sollte. Da

sie weder das nötige reformorientierte Personal noch eine Legitimation für die Transformation in eine sozialdemokratische Partei hatte, bestand sie fort, während sich die ČSSD als sozialdemokratische Alternative etablierte. Die KSČM ist im Wesentlichen eine Protestpartei, die durch Populismus, nationalistische Rhetorik und Dauerkritik an der Regierung vor allem Altkommunisten, Wendeverlierer und sozial Schwache anzieht (vgl. Vodička 2010: 290).

Die Problematik besteht nun darin, dass die KSČM bis heute nicht nur im Abgeordnetenhaus vertreten ist, sondern regelmäßig 10-13% der Stimmen und damit 22-26 Mandate im 200 Sitze zählenden Abgeordnetenhaus hält. Zwar liegt das Durchschnittsalter der Wähler bei 60 Jahren und steigt stetig, dennoch ist aufgrund des hohen Anteils an treuen Stammwählern für die nächsten 10 Jahre nicht zu erwarten, dass die Wahlergebnisse unter 5-8% fallen werden (vgl. Stegmaier/Vlachová 2009: 807). Da die KSČM eine extremistische Partei ist, die vom Rest der politischen Elite weiterhin als diejenige Gruppierung identifiziert wird, welche die kommunistische Herrschaft von 1948-1989 zu verantworten hat, ist sie zumindest auf nationaler Ebene als Koalitionspartner tabuisiert. Daher steckt insbesondere die ČSSD in dem Dilemma, eine Alternative zu einer ODS-geführten Regierung präsentieren zu müssen, ohne einen „linken“ Koalitionspartner zur Verfügung zu haben, während gleichzeitig die KSČM Parlamentssitze im „linken“ Spektrum „blockiert“. Stattdessen muss sich die ČSSD von der jeweils aktuellen Regierung abgrenzen, aber gleichzeitig so positionieren, dass sie nach einem Wahlsieg mit den kleineren Koalitionspartnern der ODS zusammenarbeiten kann (vgl. Hudalla 2003: 181-182).

Die Situation wird weiterhin durch meist sehr ausgeglichene Stimmenverhältnisse zwischen dem „linken“ und dem „rechten“ Lager erschwert, sodass bisher noch jeder Premierminister Tschechiens – mit Ausnahme von Petr Nečas (ODS), allerdings auch er nur von 2010 bis 2012, als die Koalitionspartei „Öffentliche Angelegenheiten“ (VV) zerbrach – nur mit einer hauchdünnen Mehrheit von einer bis fünf Stimmen oder gleich ganz ohne parlamentarische Mehrheit regieren musste. Zudem ist die tschechische Politik aufgrund von Persönlichkeitszügen führender Politiker wie Klaus und Zeman, aber auch dem zeitweiligen ČSSD-Vorsitzenden Jiří Paroubek, sowie den bis in die Gegenwart andauernden Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und ehemaligen Regimegegnern von einem sehr scharfen parteipolitischen Machtkampf und einem sehr aggressiven Klima beherrscht. Die durch das parlamentarische Dauerpatt hervorgerufene andauernde Spannung und Unsicherheit angesichts möglicher Misstrauensvoten, Seitenwechseln von Abgeordneten oder Koalitionsbrüchen sowie Frustration der politischen Akteure sind wahrscheinlich ein Faktor, der die Polarisierung und den parteipolitischen Machtkampf noch einmal deutlich verschärft.

Dies manifestiert sich in massiven persönlichen Auseinandersetzungen bis hin zu derbsten Beleidigungen im Parlament und in den Medien, dem Kauf von Abgeordneten sowie der Spaltung und Neugründung von Parteien bis hin zu sich häufenden (einfachen) Misstrauensvoten.⁸³ Hinzu kommt, dass sich Tschechien praktisch im Dauerwahlkampf befindet, was diese Situation nicht gerade entspannt. Nicht nur entspricht der Wahlmodus des Senats jenem des US-amerikanischen – es wird also alle zwei Jahre ein Drittel der Senatoren neu gewählt, während in Polen die Senatswahl immer gleichzeitig mit der Sejmwahl stattfindet – auch sind die Regional- und Kommunalwahlen genauso wenig an die Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses gekoppelt wie die Wahlen zum Europäischen Parlament. Dies führt dazu, dass Tschechien sich grundsätzlich in jedem zweiten Jahr, teilweise (2002-2004 sowie 2008-2010) gar drei Jahre in Folge im Wahlkampf befindet. Dies ist deswegen bedeutsam, weil all diese Wahlen offenbar eine wesentlich höhere innenpolitische Bedeutung haben als in Polen und deutlich stärker als Plebiszit über die gegenwärtige Regierung interpretiert werden, als dies aus westlichen Demokratien bekannt ist, und entsprechend parteipolitisch instrumentalisiert werden. So zeigt der Vergleich der Berichterstattung zur Orangen Revolution einen offenbar nicht unerheblichen Grund dafür, dass für die Ereignisse in Osteuropa zunächst kein Platz in den Zeitungen war: Tschechien war in der ersten Novemberhälfte 2004 vollauf mit den Senatswahlen beschäftigt, außenpolitisch spielten allenfalls noch die Präsidentschaftswahlen in den USA eine Rolle. Auch ist auffällig, dass in Tschechien im Vorfeld der Europawahlen 2004 und 2009 etwa in Zeitungsinterviews und Gastartikeln in den Medien die Frage der Auswirkungen der Wahlen auf innenpolitische Machtverhältnisse deutlich mehr Raum einnahm als die inhaltliche Diskussion europapolitischer Fragen. Vladimír Špidla, dessen ČSSD bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2002 noch 30,2% der Stimmen geholt hatte, sah sich aufgrund des Debakels seiner Partei bei diesen Wahlen (nur 8,78% und zwei von 24 tschechischen Sitzen, vgl. Český statistický úřad 2013) gar gezwungen, als Premierminister zurückzutreten und die Regierungsführung an Stanislav Gross (ČSSD) zu übergeben. Die polnische SLD, die in einem Bündnis mit der UP antrat, erlebte nach einer Reihe von Skandalen ein ähnlich schlechtes Ergebnis (9,35% und fünf von 54 polnischen Sitzen, vgl. Państwowa Komisja Wyborcza 2004: 2, 4), was einen umso verheerenderen Absturz darstellte,

⁸³ Während bis Mitte der Nullerjahre nur wenige Misstrauensanträge gestellt wurden, war jener, mit dem die Opposition die Regierung Topolánek am 24. März 2009 stürzte, bereits der fünfte der Legislaturperiode gewesen; zuvor waren bereits am 20. Juni 2007, am 4. Dezember 2007, am 30. April 2008 und am 22. Oktober 2008 Misstrauensanträge gestellt worden. Die Regierungen von Petr Nečas bringen es seit seinem Amtsantritt 2010 ebenfalls bereits auf fünf Misstrauensanträge (am 21. Dezember 2010, 26. April 2011, 20. März 2012, 18. Juli 2012 und 17. Januar 2013). Die Daten sind den stenographischen Protokollen auf <http://www.psp.cz/eknih/index.htm> entnommen.

als das Bündnis SLD-UP 2001 bei den Sejmwahlen mit 41,04% der Stimmen ein bis dahin in Polen unerreichtes Ergebnis eingefahren hatte. Obwohl Premierminister Marek Belka (SLD) aufgrund des Bruchs der Koalition mit der PSL im Jahr 2003 schon zu diesem Zeitpunkt ohne eigene Mehrheit regierte, führte dies jedoch nicht dazu, dass er zurücktreten musste. Stattdessen erhielt Belka für seine Minderheitsregierung im Oktober 2004 vom Sejm sogar nochmals ein Vertrauensvotum (vgl. Sejm RP 2004b).

Insgesamt drängt sich also der Eindruck auf, dass die Intensität des innenpolitischen Machtkampfes in Tschechien dazu führt, dass die Außen- und Sicherheitspolitik schlicht „unter die Räder“ kommt, was sich auch mit weiteren Beobachtungen deckt.

2.3.3. Die Unterordnung der Außen- unter die Innenpolitik

Ein zentrales Problem der tschechischen Außen- und Sicherheitspolitik ist offenbar, dass diese bis heute der Innenpolitik untergeordnet wird. Damit ist nicht gemeint, dass z.B. in Wahlkämpfen oder überhaupt in der politischen Diskussion innenpolitische Themen eine größere Rolle spielen, sondern dass Außenpolitik massiv durch das Spektrum innen- und parteipolitischer Interessen betrachtet und hierzu instrumentalisiert wird.

Gerade der die politische Szene in den Neunzigerjahren dominierende Václav Klaus ordnete etwa die Europapolitik konsequent innenpolitischen Interessen unter, was auch zu massiven Versäumnissen bei der Adaption an EU-Standards und schließlich zu den kritischen Fortschrittsberichten der EU-Kommission führte. Für ihn standen die innertschechische Transformation sowie die Schaffung einer neuen, positiveren nationalen Identität im Vordergrund, die EU wurde eher als Instrument zur eigenen Legitimation oder zur Diskreditierung der ČSSD benutzt (in dem Sinne, dass sie die nötigen Reformen bei einer Regierungsübernahme nicht fortführen und damit den Beitritt gefährden würde). Auch wurde die EU, wie bereits dargelegt, vom wirtschaftsliberalen Premier teils offen kritisiert und gar als Gefahr für das wirtschaftliche Modell Tschechiens konstruiert. Präsident Václav Havel hingegen focht auf europapolitischer Ebene gegen den von Klaus vertretenen Transformationskurs.

„Für beide Politiker schien hierbei keine Rolle gespielt zu haben, welchen außenpolitischen Widerhall ihr Verhalten finden, wie sich das dissonante Auftreten in Brüssel oder die ständige Kritik an der EU auf die EU-Beitrittschancen auswirken würde.“ (Hudalla 2003: 168)

Auch die von persönlichen Animositäten geprägten Auseinandersetzungen zwischen Klaus und Zeman, der eine Strategie maximaler Konfrontation verfolgte, führten zu einer völligen Fixierung auf den innertschechischen Machtkampf, in welchem der EU-Beitrittsprozess vor

allem als Legitimationsinstrument oder Argument für den eigenen Standpunkt diene (vgl. Hudalla 2003: 202). Erst ab 1998 wurde, vor allem von der ČSSD, verstärkt auch mit tatsächlich europapolitischen Argumenten über Europa diskutiert. Vor allem die negativen Fortschrittsberichte der EU-Kommission 1998 und 1999 katalysierten eine Besinnung auf den Grundkonsens, dass Tschechien den EU-Beitritt anstrebe (vgl. Hudalla 2003: 253-255).

Die Dominanz der innenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern machte auch vor Fragen nationaler Sicherheit nicht halt. So ist, wie bereits ausgeführt, sowohl die Debatte über die nationale Sicherheitsstrategie als auch jene über die Außenpolitikkonzeption von 1999 ganz wesentlich von Schuldzuweisungen, Verteidigungen gegen diese Schuldzuweisungen (ob für den Diskussionsgegenstand erheblich oder nicht) sowie persönlichen Angriffen und Gegenangriffen geprägt, die offenbar größeres Interesse wecken als außen- und sicherheitspolitische Fragestellungen. Zudem scheinen Seitenhiebe mit sich anschließenden Diskussionen über die historische Schuld der KSČM bezüglich der Ära 1948-1989 bei parlamentarischen Debatten in Tschechien fast obligatorisch zu sein. Hierzu trägt auch das Instrument der „Tatsachenbemerkung“ bei, das es jedem Abgeordneten erlaubt, den Redebeitrag eines anderen – oder eine fremde Tatsachenbemerkung – zu kommentieren. Hierdurch entwickeln sich teils längere Diskussionen völlig abseits des eigentlichen Debattenthemas. Wie bereits erwähnt, musste die Vorsitzende Petra Buzková 1999 bei der Diskussion über die Beteiligung am Kosovoeinsatz die Abgeordneten gar aufrufen, dieses Instrument nicht für eine Abrechnung mit den Kommunisten und entsprechende Gegenreden zu missbrauchen (vgl. PSP ČR 1999a: 22).

Als Randbeobachtung ließe sich zudem festhalten, dass im Vergleich zu Polen die tschechischen Parlamentsdebatten weitaus massiver vom Fehlen von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern sowie von ständigen Ordnungsrufen des Präsidiums wegen störender Gespräche desinteressierter Parlamentarier im Plenum geprägt sind. Die Aufforderung, Unterhaltungen doch bitte im Foyer zu führen, wenn man dem Vortragenden nicht zuhören wolle, gehört zum Standardrepertoire der Sitzungsleitung praktisch aller analysierten Debatten. Bei der Diskussion über die Ratifikation des Vertrages von Lissabon Anfang 2009 unterbrach der Vorsitzende Miroslav Vlček die Sitzung gar für 20 Minuten, weil es Zdeněk Jičínský (ČSSD) aufgrund des Lärms unmöglich war, seinen Beitrag vorzutragen (vgl. PSP ČR 2008b: 18).

Wesentlich deutlicher zeigt sich die beschriebene Unterordnung der Außen- unter die Innenpolitik anhand tatsächlicher außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungen. So stand Premierminister Vladimír Špidla (ČSSD) 2003 vor dem Problem, dass die USA Tschechien um Aufenthalts- und Transitrechte für Truppen und Material für den Irakkrieg gebeten hatten, er

aber keine eigene Mehrheit hierfür zustande brachte, da er nur mit 101 von 200 Stimmen regierte und der pazifistische Diskurs einen deutlichen Einfluss auch im linken Flügel der ČSSD hatte. Die ODS war eigentlich dafür, unterstützte den Antrag allerdings zunächst dennoch nicht, obwohl ihre Senatoren im Oberhaus bereits dafür gestimmt hatten. Stattdessen riefen Abgeordnete der ODS wegen der Unfähigkeit der Regierung, ihre eigenen Abgeordneten zur Zustimmung zu bewegen, unter heftigen persönlichen Angriffen auf Premier-, Außen- und Verteidigungsminister eine Regierungskrise aus, machten ihre Zustimmung von der Zustimmung aller 101 Koalitionsabgeordneten abhängig und ließen die Sitzung für Nachverhandlungen unterbrechen (vgl. PSP ČR 2003a: 25, 30).

Während hier am Ende ein modifiziertes Mandat erteilt wurde, drohte die ODS nur wenig später, während der Debatte über das Mandat für die Verhandlungen auf dem Europäischen Rat im Juni 2004, bei dem der Verfassungsvertrag beschlossen werden sollte, offen damit, Konzessionen seitens der Regierung insbesondere bezüglich des Abstimmungsmodus im Rat nach einem Regierungswechsel zu revidieren, da Špidla mit seiner knappen Mehrheit nicht legitimiert sei, entsprechende Entscheidungen zu treffen (vgl. PSP ČR 2004b: 26, 28). Nicht nur das, der ODS-Vorsitzende Mirek Topolánek schickte auch einen offenen Brief an die Botschafter der anderen EU-Mitgliedsstaaten mit der Information, dass die Regierung Špidla kein Mandat habe, bezüglich der Verfassung zu verhandeln (vgl. MFD 26.6.2004). Hintergrund war, dass trotz der mittlerweile stärkeren Einbindung des Parlaments in die außenpolitische Debatte weiterhin eine Ausarbeitung von Konzepten und Entscheidungen im Hinterzimmer beklagt wurde, in welche die Opposition nicht eingebunden sei. Somit wurden parteipolitische Streitereien auf die außenpolitische Ebene gehoben und die Verhandlungsposition der eigenen Regierung auf diese Weise geschwächt. Zwar ging es dabei auch um Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Verfassungsvertrages, allerdings schienen sich die Akteure auch hier wenig darum zu scheren, welchen Eindruck das widersprüchliche Auftreten und das Hinaustragen innenpolitischer Konflikte auf das europäische Parkett bei den Partnern hinterlassen und welchen Einfluss es auf die tschechische Verhandlungsposition haben musste.

Noch deutlicher wird diese Indifferenz gegenüber außenpolitischen Konsequenzen, allerdings parteipolitisch unter umgekehrten Vorzeichen, während der EU-Ratspräsidentschaft Tschechiens in der ersten Jahreshälfte 2009. Nach bereits vier erfolglosen Misstrauensanträgen schaffte es ČSSD-Parteichef Jiří Paroubek am 24. März 2009, die Regierung Topolánek zu stürzen. Bemerkenswert ist weniger die Aktion an sich als vielmehr die Tatsache, dass die außenpolitischen Konsequenzen für die Glaubwürdigkeit und die Position Tschechiens innerhalb der EU bei ausnahmslos allen Sprechern hinter innenpolitische Aspekte völlig zu-

rücktreten. In der gesamten medialen Debatte über den Regierungssturz spielt die Ratspräsidentschaft eine absolut untergeordnete, geradezu marginale Rolle. In entsprechenden Gastartikeln und selbst seitenlangen Interviews – sowohl von Vertretern der ČSSD, als auch der ODS und sogar von Topolánek selbst – wurde die Tatsache, dass die Opposition die Regierung mitten in einer laufenden EU-Ratspräsidentschaft gestürzt hatte, meist in ein bis zwei kurzen Sätzen abgehakt, wonach schließlich ausführlich partei- und personalpolitische Fragen in Hinblick auf eine Übergangsregierung und Neuwahlen diskutiert wurden. Sofern inhaltliche Fragen eine Rolle spielten, ging es insbesondere um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise oder die Folgen des Vertrags von Lissabon für die Souveränität und das Wirtschaftssystem Tschechiens. Robert Čásenský, Chefredakteur der *Mladá Fronta Dnes*, kritisiert in einem Leitartikel die „Diktatur der Verantwortungslosen“, was sich allerdings nicht auf die Ratspräsidentschaft bezieht:

„Ja, auch in Hinblick auf Europa ist es ein bisschen peinlich und ein Nachteil für die Verhandlungsposition Tschechiens, allerdings verstehen das Europas Staatsmänner und Institutionen schon irgendwie. Aber die Regierung in dem Augenblick zu stürzen, in dem sie [...] einen Schritt nach dem anderen tun sollte, um den Unternehmen und Bürgern zu helfen, in der ökonomischen Rezession zu überleben, ist, milde ausgedrückt, unglücklich. Und sie zu einem Zeitpunkt zu stürzen, in dem die Weltmärkte an fehlendem Vertrauen in Mittel- und Osteuropa kranken, sogar gleich nachdem die Regierung Ungarns, das durch die Krise verarmt ist, gefallen ist, ist schiere Dummheit.“ (MFD 28.3.2009)

Bohuslav Sobotka, ein einflussreicher ČSSD-Abgeordneter, der bald zum Parteichef gewählt werden sollte, hat in einem Interview zu der Frage, ob eine Übergangsregierung oder die Regierung Topolánek selbst die Ratspräsidentschaft zu Ende führen sollte, inhaltlich nur wenig zu sagen und schwenkt gleich auf die Wirtschaftspolitik um:

„Fürs erste sollte die Regierung funktionieren, natürlich mit einem begrenzten Mandat, und sie sollte sich auf die Umsetzung der Präsidentschaft konzentrieren. Sie sollte nicht mit der nachteiligen Privatisierung fortfahren. Sie sollte zumindest den Verkauf des Prager Flughafens stoppen, vielleicht auch der ČSA [der tschechischen staatlichen Fluggesellschaft, T.W.].“ (Právo 25.3.2009)

Der ČSSD-Vorsitzende Paroubek gab zwar zu, dass der Sturz der Regierung während der Präsidentschaft eine schwierige Sache gewesen sei; er sei aber nötig gewesen, weil die Regierung nicht mehr die Unterstützung der Bevölkerung gehabt, nicht genug gegen die wirtschaftliche Krise getan und zudem versucht habe, einen Fernsehbericht über einen Korruptionsverdacht gegen einen abtrünnigen ČSSD-Abgeordneten, der bis dahin mehrfach mit der Regierung gestimmt hatte, zu verhindern (vgl. Právo 30.3.2009). Später erklärte Paroubek in Hinblick auf die möglichen Auswirkungen auf das Ansehen Tschechiens bei den EU-Partnern auch offen, dass es in dieser Angelegenheit nicht erheblich sei, „ob das jemand versteht.“ (Právo 25.4.2009)

3. Reflexionen zum Forschungsdesign

Die Wahl des Forschungsdesigns hat sich in mehrfacher Hinsicht als grundsätzlich richtig erwiesen: Zum einen kann festgestellt werden, dass die unterschiedlichen Strukturen der sicherheitspolitischen Diskursformationen in Polen und Tschechien und die sich hieraus ergebenden unterschiedlichen Rollenkonfigurationen deutlich mit dem in der Einleitung dargelegten ukrainepolitischen Policy-Output der beiden Länder korrelieren. In Anbetracht der im Forschungsdesign dargelegten Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Länder sowie der Unzulänglichkeit konkurrierender Erklärungsmodelle erscheint es demnach, dass die unterschiedlichen – bzw. im Falle Polens sicherheitspolitisch zentralen, im Falle Tschechiens jedoch gar nicht vorhandenen – ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen eine wesentliche Erklärung der unterschiedlichen Ukrainepolitiken beider Länder darstellen.

Allerdings darf die Erklärungskraft sicherheitspolitischer Kultur bzw. außenpolitischer Rollenkonzeptionen auch nicht überstrapaziert werden. Gerade z.B. die relativ rasante Etablierung des Themas „Energiesicherheit“ in Tschechien durch eine Koalition von Atlantikern oder die zeitweilige „ostpolitische Aktivierung“ der Prager Außenpolitik sind hiermit nicht unbedingt zu erklären. Dies lässt sich allerdings auch als Bestätigung eines bereits zitierten Postulats interpretieren, mit dem Holsti davor warnte, von der Rollentheorie zuviel zu erwarten. Außenpolitische Rollenkonzeptionen können nur begrenzt oder gar nicht zur Erklärung von Außenpolitik dienen,

„when these conceptions are incompatible, vague, unstructured, and lacking detail, when a state is confronted with rapidly changing power shifts and circumstances abroad or fractured public opinion at home, and when political leaders are in a position to implement radically new policies without threat of domestic political consequences.“ (Holsti 1970: 340)

Während es in Polen elaborierte, praktisch konsensuelle ukrainepolitische Rollenkonzeptionen gibt, die zudem an einen Komplex weiterer zentraler sicherheitspolitischer Rollenkonzeptionen rückgebunden sind und daher ganz wesentlich die polnische Sicherheitspolitik beeinflussen, werden in Tschechien überhaupt nur wenige sicherheitspolitische Rollenkonzeptionen formuliert, die noch dazu vielfach recht wenig detailliert sind und häufig nur eingeschränkt oder gar nicht als konsensual gelten können. Wenn man zudem noch berücksichtigt, dass das Interesse der tschechischen Bevölkerung an Außenpolitik relativ gering ist (vgl. Král 2005: 32), ist es nicht verwunderlich, dass der Vorwurf des „Elitarismus“ offenbar zutrifft, die tschechische Außenpolitik tatsächlich eher im „Hinterzimmer“ gemacht wird und von öffentlichen Diskursen weit weniger beeinflusst ist als in Polen. So legte auch kürzlich eine Studie des recht schnell auf das tschechische sicherheitspolitische Tagesordnung getretene

Thema „Energiesicherheit“ (vgl. Hynek/Střítecký 2010) nahe, dass es in Fällen wie dem tschechischen nötig ist, noch weit detaillierter in die Diskurse und Interessenkonstellationen einzelner Gruppen und Individuen der zahlenmäßig offenbar nicht besonders großen *security community* Tschechiens einzusteigen, als dies im Rahmen dieser komparativen Untersuchung getan werden konnte. Genau das ist allerdings auch ein Hinweis darauf, dass es im tschechischen Falle schwierig ist, Grundrisse einer nationalen sicherheitspolitischen Kultur zu identifizieren. Einerseits ist die Existenz eines klar abgrenzbaren, zum Rest der tschechischen sicherheitspolitischen Diskurse völlig inkompatiblen pazifistischen Minderheitendiskurses, der noch dazu mit dem klassischen OSZE-zentrierten europäischen Einigungsdiskurs verbunden wird, ein Fall, in dem es legitim ist, von einer pazifistischen oder antimilitaristischen sicherheitspolitischen *Subkultur* zu sprechen. Zum anderen ist ganz allgemein die sicherheitspolitische Diskursformation in Tschechien zwar strukturierbar, aber insgesamt doch so diffus und gerade in Hinblick auf konkrete Ziele und Rollenkonzeptionen so wenig elaboriert, dass nicht nur ein fehlender Konsens als „Achillessehne der tschechischen Außenpolitik“ (Střítecký/Drulák 2010: 174) bezeichnet werden kann, sondern überhaupt der Mangel an konzeptioneller Tiefe und Detailliertheit.

Das bedeutet allerdings auch – gerade vor dem Hintergrund der erwähnten Unterordnung von Außen- unter Innenpolitik – dass die tschechische Außenpolitik mutmaßlich jenseits einiger grundlegender Aspekte wie der Notwendigkeit einer Integration in die EU und NATO deutlich stärker durch spezifische Akteursinteressen oder Diskurse innerhalb enger abgegrenzter Gruppen der *security community* bestimmt wird als im polnischen Falle – und daher auch deutlich leichter Veränderungen unterworfen ist. Dies deckt sich mit der Beobachtung Handls, dass es in Tschechien bislang noch keine (militär-)strategische Kultur gibt,

„die über die Notwendigkeit der Landesverteidigung und die symbolische und praktische ‚Rückkehr nach Europa‘ oder ‚Zugehörigkeit zum Westen‘ hinausgeht, die ihren deutlichsten Ausdruck in der Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in NATO und EU gefunden hat.“ (Handl 2010: 149)

Resultat ist, dass das vorgestellte Modell sicherheitspolitischer Kultur bzw. das Instrument außenpolitischer Rollenkonzeptionen im tschechischen Falle deutlich eingeschränktere Erklärungskraft hat als im polnischen.

Dennoch hat sich auch die Wahl der wissenssoziologischen Diskursanalyse als Methode insbesondere im Vergleich zu den häufig durchgeführten Inhaltsanalysen außenpolitischer Grundsatzdokumente als die deutlich bessere Wahl erwiesen. Wiederum ist dies insbesondere vor dem Hintergrund des tschechischen Falles bedeutsam, da derartige Dokumente einen nicht vorhandenen Konsens bzw. nicht vorhandene Verbindlichkeit suggerieren können. So werden

dort zum Teil marginale Diskurse in einem Ausmaß entfaltet, das in völligem Missverhältnis zu ihrer tatsächlichen Bedeutung in der Diskursformation steht. Dies gilt etwa für den klassischen europäischen Einigungsdiskurs im Falle der Sicherheitsstrategie von 1999. Dies mag speziell im tschechischen Falle damit zu tun haben, dass je nachdem, welche Partei an der Macht ist, parteipolitisch gefärbte Dokumente dabei herauskommen. Gerade im genannten Beispiel scheint der im linken Flügel der ČSSD einflussreiche klassische europäische Einigungsdiskurs eine Rolle gespielt zu haben, weswegen das Dokument von der oppositionellen ODS, die sich auch über die mangelhafte Beteiligung der Opposition an der Ausarbeitung beklagt, auch stark kritisiert wird. Die Tatsache, dass die Diskursformation deutlich anders strukturiert ist, bedeutet gerade im Falle von zu politischen Blockaden und Pattsituationen neigenden Systemen wie dem tschechischen, dass der Nutzen der Analyse derartiger strategischer Dokumente zur Erklärung von außenpolitischem Verhalten limitiert ist. Zumal wenn, wie zwischen 2006 und 2011, eine gültige Sicherheitsstrategie ohnehin fehlt. Aber auch ganz generell ist festzuhalten, dass Sicherheitsstrategien zumindest in den beiden untersuchten Fällen teils sehr umfangreiche und ausdifferenzierte, im Extremfall inhaltlich geradezu ausufernde Dokumente darstellen (etwa die polnische Sicherheitsstrategie von 2007), die trotz der jeweils vorgenommenen Priorisierung zum Teil nur begrenzt Rückschlüsse auf die tatsächliche Bedeutung bestimmter Dimensionen von Sicherheit, Diskurse, Bedrohungskonstruktionen und Rollenkonzeptionen zulassen. Sofern kulturelle Faktoren wie Rollenkonzeptionen auf Grundlage derartiger Dokumente analysiert werden, sollte daher zwingend mindestens eine punktuelle, ergänzende Diskursanalyse durchgeführt werden, um zumindest für den betreffenden Analysezeitpunkt entsprechende Fehlschlüsse zu vermeiden. Ein wesentlicher Nachteil der gewählten Methode, insbesondere der Ausdehnung über einen Zeitraum von 20 Jahren, ist sicherlich der hohe Aufwand zur Erhebung und Auswertung des Materials. Inwiefern sich dies auch forschungsökonomischer gestalten ließe, wäre zu erproben. Die zeitliche Ausdehnung ist allerdings nicht nur historisch interessant, sondern letzten Endes notwendig, um nachvollziehen zu können, warum bestimmte Positionen, Bedrohungskonstruktionen oder Rollenkonzeptionen irgendwann kaum noch hinterfragte Selbstverständlichkeiten darstellen. Teils kann ein unglücklich gewählter Untersuchungszeitpunkt sogar dazu führen, dass über wichtige Dinge völlig hinweggesehen wird, so wie sich etwa in Polen Anfang 2004 gezeigt hat, dass konsensuell verbindliche und politisch hochgradig bedeutsame Konstruktionen (hier die auf die Ukraine bezogenen), die soziokulturell sedimentiert sind, selbst in einer Grundsatzdebatte kaum noch reproduziert werden, aber nur kurze Zeit später gewaltige Wirkungsmacht entfalten können. Dabei hat sich

für die beiden Untersuchungsfälle als hilfreich erwiesen, dass nach dem Ende des Kommunismus und der Auflösung des Ostblocks die Außenpolitik komplett neu ausgehandelt und viele spätere Selbstverständlichkeiten zunächst in der diskursiven Auseinandersetzung erst einmal als solche etabliert werden mussten. Für Länder, in denen dies in der jüngeren Vergangenheit nicht der Fall war, sind weiterhin vor allem Krisen und konfliktreiche Situationen ein wesentlicher Ansatzpunkt.

VI. Zusammenfassung und Desiderata

Die Fragestellung dieser Studie war vor dem Hintergrund der deutlich unterschiedlichen Ukrainepolitiken Polens und Tschechiens, welche ukrainebezogenen, sicherheitspolitisch motivierten Rollenkonzeptionen sich in Polen und Tschechien nach 1989 herausgebildet haben. Es hat sich herausgestellt, dass die Unterschiede gravierend sind: Für Polen sind zwei von drei deutlich erkennbaren ukrainebezogenen Rollenkonzeptionen – *Polen als Unterstützer der Unabhängigkeit und Transformation der Ukraine* sowie *Polen als Unterstützer der euro-atlantischen Integration der Ukraine* – nicht nur sicherheitspolitisch motiviert, sondern wesentliche Bausteine eines beinahe konsensuell verbindlichen Komplexes von Rollenkonzeptionen bilden, der am Ende die zentralen sicherheitspolitischen Ziele der eines politisch vereinten und demokratischen Europa, der Verhinderung einer Wiederkehr des russischen Imperiums und der Vermeidung politischer Marginalisierung Polens durch die Konstruktion multipler Führungsrollen zum Inhalt hat. Im Gegensatz dazu werden in Tschechien überhaupt keine ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen im Rahmen der außen- oder sicherheitspolitischen Diskursformation formuliert. Allenfalls ist dies bis Mitte 1992 – also bis zur Machtübernahme der ODS – ansatzweise im Kontext gesamt Osteuropas der Fall.

Die Eingangshypothesen kann man mit Einschränkungen als zutreffend bezeichnen. Während in Polen der eigene Staat in der politischen Debatte konsensuell nicht nur bilateral als Stabilisierer der Ukraine und ihr Anwalt im Westen, sondern auch im EU- und NATO-Rahmen als ostpolitische Führungsmacht konstruiert wird, ist dies in Tschechien überhaupt nicht der Fall, was offenbar mit der Bedeutung einer unabhängigen, politisch und wirtschaftlich transformierten sowie in die westlichen Institutionen integrierten Ukraine zu tun hat. Diese ist in Polen überragend, in Tschechien hingegen eher untergeordnet, auch wenn grundsätzlich auch in der tschechischen außenpolitischen Diskursformation eine demokratische und marktwirtschaftliche Ukraine als wünschenswert konstruiert wird. Tschechien verhält sich dabei nur ausnahmsweise als Initiator – so lieferte es den ersten Grundriss für die später als polnisch-schwedisches Projekt präsentierte Östliche Partnerschaft – zieht sich dann jedoch wieder zurück und wird dann nur noch unterstützend aktiv, während Polen ein aktiver Anwalt der Ukraine im Westen ist, ihre Transformation und Stabilisierung unterstützt und sein ukrainepolitisches Engagement ohnehin wesentlich im Kontext sicherheitspolitischer Rollenkonzeptionen zunächst als regionaler Stabilitätsfaktor per se, später dann immer mehr als Vorreiter der EU- und NATO-Ostpolitik zu sehen ist.

Hierfür scheint tatsächlich ein Grund die sicherheitspolitische Konzeption der Ukraine zu sein: Während diese in Polen, entsprechend des in den Siebzigerjahren von den Redakteuren der Pariser Exilzeitschrift *Kultura* entwickelten „ULB“-Konzeptes, fast konsensuell als wichtigstes Bollwerk gegen den russischen Imperialismus konstruiert wird, der eine der zentralen Bedrohungskonstruktionen der polnischen sicherheitspolitischen Diskursformation ist, kann dies für den tschechischen Fall nicht behauptet werden. Hintergrund ist das weitgehende Fehlen einer dem polnischen Fall vergleichbaren Bedrohungskonstruktion Russlands als imperiale Bedrohung, was offenbar historische Gründe hat. Während historische Erfahrungen der Unterdrückung durch Russland vor dem Kalten Krieg den Tschechen gänzlich fehlen, wird die Schuld für die Zeit hinter dem Eisernen Vorhang eher bei den tschechoslowakischen Kommunisten als in Moskau gesucht. Erst in der jüngeren Vergangenheit scheint bei konservativen Vertretern mit einer starken Westorientierung eine nennenswerte Konstruktion russischer Großmachtpolitik als Bedrohung zu erfolgen, was jedoch diskursiv bisher keine dominante Position ist.

Zudem ist der tschechische Sicherheitsbegriff im Gegensatz zum polnischen durch eine deutlich präzisere und gewichtigere innenpolitische Dimension geprägt, in dessen Rahmen insbesondere illegale Migration und (organisierte) Kriminalität eine wichtige Rolle spielen. Mit beidem wird die Ukraine bzw. Osteuropa allgemein in Verbindung gebracht. Daher ist die Ukraine für Tschechien kein Bollwerk gegen den russischen Imperialismus, sondern eher eine Quelle von Instabilität und Bedrohungen. Allenfalls energiepolitisch ist sie in Tschechien auch sicherheitspolitisch relevant, da das Land von über die Ukraine importierten Rohstoffen stark abhängig ist. Allerdings wirkt sich dies bislang nicht erkennbar auf die Konfiguration tschechischer Rollenkonzeptionen aus.

Es scheinen allerdings noch andere Aspekte für die Abweichungen im tschechischen Fall eine Rolle zu spielen. Während die polnischen ukrainepolitischen Rollenkonzeptionen eng mit der Konstruktion eines Komplexes multipler Führungsrollen zusammenhängen, die dem Ziel der Vermeidung politischer Marginalisierung des Landes dienen, ist in Tschechien die Konstruktion des eigenen Landes als machtloser Akteur, der ohnehin wenig an seiner Situation ändern kann, dominant. Zudem gibt es eine weitgehend verbindliche und im Vergleich zu Polen deutlich stärkere identitäre Konstruktion des Landes als „natürlicher“ Teil der westlichen Zivilisation – in Abgrenzung zum Osten.

Aber auch ganz allgemein zeichnet sich die tschechische sicherheitspolitische Diskursformation durch die weitgehende Abwesenheit von nennenswert ausgearbeiteten sicherheitspolitischen Rollenkonzeptionen aus. Vielmehr ist ein geringes Maß an Spezifität

und Kommunalität von Rollenvorstellungen jenseits Tschechiens als *verlässlicher Verbündeter* und als *europäischer Atlantiker* und ein ebenso geringes Maß an Spezifität und Kommunalität von sicherheitspolitischen Zielen jenseits der Notwendigkeit der Integration in die euro-atlantischen Strukturen feststellbar. Resultat ist ein in Vergleich zu Polen nur sehr begrenzter sicherheitspolitischer Konsens, der in Verbindung mit einer allgemein geringen Bedeutung von Außen- und Sicherheitspolitik im politischen Diskurs Tschechiens dazu führt, dass relativ kleine Zirkel der tschechischen Exekutive erheblich größere Handlungsfreiheiten zu haben scheinen als im polnischen Vergleichsfall. Insofern ist es im Vergleich zu Polen deutlich schwieriger, überhaupt von „der“ tschechischen sicherheitspolitischen Kultur zu sprechen.

Die detaillierte Untersuchung der Frage, wo genau die Gründe hierfür liegen, geht deutlich über den Rahmen des hier angewandten komparativen Forschungsdesigns und die ihm zugrunde liegende Fragestellung hinaus und zeigt dahingehend die erste offene Forschungsfrage an. Mehrere Autoren haben bereits auf die konzeptionelle Schwäche (vgl. Strítecký/Drulák 2010: 175) und die Unterordnung von Außen- unter die Innenpolitik (z.B. Hudalla 2003) bzw. das geringe Interesse tschechischer Entscheidungsträger an Sicherheitspolitik (Frank 2010: 383) hingewiesen, allerdings steht jenseits des in der tschechischen Debatte von Sprechern wie Havel (1997) und Dienstbier (Právo 5.5.2009) erhobenen Vorwurfes eines „Provinzialismus“, der die tschechische Gesellschaft und Politik auszeichne, die Beantwortung der Frage nach dem „warum“ und dem „wie genau“ aus.

Für Polen wäre in den nächsten Jahren insbesondere die Frage zu beantworten, inwiefern sich der Flugzeugabsturz von Smolensk im April 2010 mittelfristig als „Schockerlebnis“ erweist, das einen maßgeblichen Einfluss auf die sicherheitspolitische Kultur des Landes hat, oder ob es als nationale Tragödie und innenpolitisches Kampftema in die polnische Geschichte eingeht, die gewisse Bedrohungskonstruktionen bezüglich russischen Herrschaftstrebens bestätigt oder sogar gefestigt, sonst aber keine bleibenden Spuren an den Grundfesten der polnischen sicherheitspolitischen Kultur hinterlassen hat.

Auf der theoretisch-methodologischen Ebene ist festzuhalten, dass auch diese Studie aus Kapazitätsgründen jenseits eines Abrisses der Ukrainepolitiken Polens und Tschechiens, deren Unterschiede das zentrale „Rätsel“ dieser Studie gebildet haben und damit gewissermaßen die „abhängige Variable“ darstellen, auf einen systematischen Abgleich der Ergebnisse der Analyse sicherheitspolitischer Kultur verzichten musste. Zwar ist die Vorgehensweise mit der Durchführung einer wissenssoziologischen Diskursanalyse, die sich am Konzept der *grounded theory* orientiert, so angelegt worden, dass die Daten möglichst für sich selbst sprechen und nicht bereits durch Vorannahmen in eine bestimmte Richtung interpretiert wurden, aber

dennoch kann man nie vollständig ausschließen, unbewusst das zu tun, was hermeneutische Verfahren wie die Diskursanalyse auf keinen Fall leisten sollten und wovon Kowert und Legro (1996: 486) in einem anderen Zusammenhang warnen: „One can almost always identify, post hoc, a norm to explain a given behaviour.“ Inwiefern die Ergebnisse dieser Studie – die sicherheitspolitischen Rollenkonzeptionen Polens und, soweit vorhanden, Tschechiens – daher auch den Praxistest anhand von systematischen Policy-Fallstudien bestehen können, muss an dieser Stelle offen bleiben.

Was deutlich geworden ist, sind die Limitierungen einer rein konstruktivistischen Untersuchung mittels einer Diskursanalyse. Denn je geringer die Kommunalität und Spezifität der erhobenen Bedrohungskonstruktionen, sicherheitspolitischen Ziele und hieraus sich ergebenden Rollenkonzeptionen sind, desto geringer muss auch der Einfluss dieser Konstruktionen auf politisches Handeln bleiben. Wenn dann auch noch, wie im tschechischen Falle, die Bevölkerung an Außen- und Sicherheitspolitik ohnehin wenig interessiert ist, bleibt am Ende festzuhalten, dass sich eine feststellbare Passivität in einem bestimmten Politikbereich zwar mit dem Fehlen oder der mangelnden Komplexität oder Verbindlichkeit von Rollenkonzeptionen oder anderen präskriptiven Konstruktionen *verstehen* lässt, erkennbare Aktivitäten jedoch bei hohen Freiheitsgraden der politischen Akteure in der Exekutive nur eingeschränkt mittels dieser Analyseinstrumente *erklärbar* sind. In dem Falle muss es alternativen Ansätzen überlassen bleiben, genauere Erklärungen für außenpolitisches Handeln zu erbringen.

Anhang

In diesem Anhang sind beispielhafte Auszüge aus den Dokumenten hinterlegt, die bei der Auswertung im Zuge der Diskursanalyse entstanden sind. Die Vorgehensweise bei der Materialauswertung ist in Kapitel II.5. dargelegt.

Das Material wurde für eine eventuelle englischsprachige Publikation auf Englisch bearbeitet.

Anhang A

Beispielhafter Auszug aus einem markierten Dokument (hier: „Exposé“ von Polens Außenminister Krzysztof Skubiszewski, vorgetragen im Sejm, 29.4.1993)

Konsekwentna realizacja reform **[foreign policy conditions|internal situation]** i stabilizująca rola w regionie **[security policy goals|external support for Polish security|improving Poland's international position|external appreciation]** **[Foreign policy role conception| stabilizing factor in CEE]** będą naszymi atutami w budowie trwałej podstawy dla partnerskich stosunków z USA **[security policy goal|external support for Polish security|US-Polish partnership]**. We współpracy ze Stanami Zjednoczonymi będziemy dążyć do wzmocnienia naszego bezpieczeństwa i rozwijać współdziałanie **[security policy instruments|foreign policy activity in general|cooperation with other states|USA]** w sprawach bezpieczeństwa europejskiego **[security – scope=European]**, w tym nowych mechanizmów antykryzysowych w ramach KBWE i ONZ **[security policy instruments|conflict prevention and resolution – framework of application=multilateral]**, zwłaszcza z udziałem NATO **[security policy goals|external support for Polish security|improving Poland's international position|external appreciation][FPRC|Poland as an active participant in building international security|Poland as an active participant in international organisations]**. Dialog z Waszyngtonem będzie miał istotne znaczenie dla rozwoju naszych powiązań z Sojuszem Atlantyckim **[security policy goals|integration with European and Euro-Atlantic organisations|NATO integration|support for integration by relevant actors]**. Polska niezmiennie popiera wojskową obecność USA w Europie, bowiem sprzyja ona wydatnie bezpieczeństwu naszego kontynentu **[security policy goals|commitment of USA to European security]**.

Anhang B

Beispiel für eine Auswertung eines gedruckten Zeitungsartikels (hier: tschechische sicherheitspolitische Diskursformation 1993)

Jiří Dienstbier (former Czechoslovak foreign minister)

„Nejhorší by bylo stavět nové ostatné dráty“, article in MFD of 17 February 1993

Dienstbier does not explicitly talk about security as such, but repeats some of the threats already mentioned by others: A possible expansion of the conflict in the Balkans and an influx of refugees. He explains the helplessness of the European and international institutions by their having been created under other circumstances and for other purposes.

He describes the former USSR as being „still a big unknown“ and says that democracy need not be irreversible even in some parts of Central Europe. In order to combat the threat of the „Balkanization of Europe“, he calls for „shifting the belt of democracy and potential prosperity as far East and Southeast as possible.“, since the – for Western Europe also comfortable – Iron Curtain does not exist any more.

He writes that the tasks for Czechia are not that much different from those of Czechoslovakia, although the dismembration was not a stabilizing move. In addition, he identifies possible sources of tension in the East, which is why he recommends constant vigilance in that direction.

The regional cooperations are presented not as possible obstacles for Western integration, but as fruitful forums of cooperation, the V4 is even presented as a tool for the stabilization of Central Europe.

He calls for Czechia to play the role of a „stabilizing factor“ in the region and warns of passiveness, which hinders Western integration, which can only succeed if the West needs Czechia.

Identified concepts

Foreign policy conditions

- International environment (variability=yes, volatility=yes)
- EC members´ need to accept Czchia as a new member
- Regional cooperation (function=favouring integration and stability in the region)
- Czechia´s size (small)

Threats

- Expansion of Balkan conflict
- Influx of refugees
- Instability

Security policy goals

- Expansion of the „belt of democracy and prosperity“ further East and Southeast

External actors

- EC members (relation to Czechia – unsure)
- USSR (character=unpredictable)

Czechia as an actor

- Small state

FPRC

- Stabilizing factor in the region

Anhang C

Beispiel für Codenotiz (hier: Sicherheitspolitische Ziele aus dem Exposé von Außenminister Skubiszewski vom 29.4.1993)

03.07.2010 Code Note

CN/PL/MA/1993/23

Document „Debate Poland“

Exposé of the Foreign Minister, 29.04.1993

Speaker: Krzysztof Skubiszewski

Security policy goals

One goal relevant as a condition for other security policy goals are certain international roles Poland has to achieve or to maintain.

First, Skubiszewski mentions a desirable role of Poland as a „model of democratic transformation“ and a „serious and important partner“ (p. 1, ll. 31-35). The means to achieve this – domestic reforms – are characterized as „most important“, the internal support in the form of a functioning economy and democracy as a „condition“ of the efficacy of Polish foreign policy. A failure to achieve this would weaken Poland’s „position“ (p. 1, l. 36-38). Skubiszewski implicitly conveys that this position is dependent on external appreciation by other actors; something that will become clearer later in his speech (see below).

Skubiszewski immediately explains how important this „position“ is. The most important specific role seems to be „Poland as a stabilizing factor in CEE“. This role is mentioned more than once in connection with security or „vital interests“ in general (p. 1, ll. 38-45; p. 13, ll. 2-8; p. 16, l. 37 to p. 17, l. 11). First, Skubiszewski says that this role gives Poland the position to participate in the formation of international relations in CEE, a region that has already shown to be of utmost importance when it comes to security, and to realize its „vital interests (p. 1, ll. 38-45). Later it becomes clear that one end of this role is external appreciation, which Skubiszewski calls a „possession“ (p. 11, ll. 40-41). Most evident this point becomes when Skubiszewski calls a „consequent realization of reforms“ and Poland’s „stabilizing role in the region“ as „trumps“ in building good Polish-US relations, which are another important security policy goal. When talking about Eastern Europe, Poland calls this role „very important“ and says it is „fully appreciated by the West“ (p. 17, ll. 41-44).

Elsewhere, Poland’s roles are emphasized as well. Skubiszewski says that Poland will fully exploit the possibilities the NACC provides and immediately mentions that an active role in the NACC strengthens Poland’s role in the cooperation of NATO with the CEE countries (p. 4, l. 47 to p. 5, l. 5). With regard to CSCE human rights activities, Skubiszewski wants to strengthen Poland’s role as a centre of activities (p. 8, ll. 5-6). With regard to Poland’s role within the CEI, Skubiszewski also emphasizes the „expression of recognition for Poland’s activity and role“ (p. 19, ll. 19).

Anhang D

Beispiel für Zusammenfassung eines identifizierten Konzeptes nach abgeschlossener Mikroanalyse der polnischen Parlamentsdebatte

Security as a concept

Because there is little explicit debate about security as a concept, the meaning of the word „security“ partially has to be deduced from other parts of the contributions, especially from those dealing with external threats. While I stated in my theoretical conception that dealing with threats isn't enough, I emphasize that I don't just look into what is considered a threat here. I try, among other things, to deduce from the threats presented what is meant when the participants explicitly or implicitly bring up the concept of security.

The results show that there seems to be almost a consensus about security as a concept and the key values that need protection, while there are two deviant discourses portraying different threats and therefore – see below – also different security policy goals and/or instruments.

Security is consensually considered one of the top priorities of Poland's foreign policy, often even as the main priority or part of the „reasons of state“ (see below). Even those who do not elaborate on the subject of security policy do not deny that this is the case, e.g. by trying to present another issue as the main foreign policy priority. Some just express general agreement with Skubiszewski's main positions, which also can be read as an agreement on this point. The importance of security becomes even clearer when one considers that other prioritized foreign policy goals, such as integration with Western structures or an active Eastern policy, are also usually directly or indirectly connected to the goal of security (see below). The speakers all agree (or do not object) that Poland is now a lot safer than in the past, but also that Poland is not really safe yet and that there are potential dangers.

Security itself is understood mainly in a „classic“ military-territorial sense. Skubiszewski and one depute do explicitly mention other dimensions (like economic, social, ecological, legal and humanitarian). However, apart from economic and humanitarian issues, those dimensions are not elaborated, and the whole discussion shows that besides the military-territorial understanding of security, which is absolutely dominant, mostly the economic aspect is touched. However, there is no consensus about the importance of the economic dimension, since some speakers declare it the core object of security while others seem to present the economic dimension as rather supplementary or auxiliary (by arguing that, while the „real“ dimension of security is military, economic integration helps anchoring Poland within the Western European zone of security) or even explicitly juxtapose security and economic matters. The humanitarian dimension is brought up only a few times in connection with Germany's new

migration policy (in the form of a threat by migration to Poland). Several speakers point to international treaties or European integration (on the latter point especially the representatives of the catholic-nationalist ZChN) as potential or actual sources of danger, which would imply a political or legal dimension of security, but they are a minority.

This results in the values that need to be protected (or „objects“ of security). Those things are, above all, the sovereignty of the Polish state (and hence presumably the existence of the Polish state), independence from foreign domination, territorial integrity and safe borders, the democratic political system, economic prosperity and possibly also some concept of national identity, since immigration is presented as threatening several times and the concept of Christian values comes up once. It seems that the argument in some points is circular: Democracy and economic well-being are values that need protection, but at the same time they are conditions for Poland's security, which encompasses these conditions themselves.

Anhang E

Beispielhafte Zusammenfassung der Struktur eines Diskurses aus der ersten Diskursstruktur für den polnischen Fall:

UBL/imperial threat discourse

Central threats

- return of the Russian empire
- conflicts and instability in the Eastern neighbourhood

Central security policy goals

- prevention of the return of the Russian hegemon
- independent and democratic states in the East (esp. Ukraine)
- democratic Russia
- stability and conflict prevention in the East
- Western integration of Eastern neighbours (minority position)
- Cooperation between the West and Russia

Foreign policy role conceptions

- stabilizing factor in Eastern Europe
- supporter of the independence of the Eastern neighbours (esp. Ukraine)
- supporter of democratisation and economic reforms in the Eastern neighbourhood (esp. Ukraine)
- security provider

Historical connections

- history of Russian oppression in the past, esp. communism

Representatives

Krzysztof Skubiszewski, Andrzej Wielowieyski (UD), Jacek Kurczewski (PPL), Paweł Zalewski (KP), Bogdan Borusewicz (NSZZ), Wojciech Mojzesowicz (PSL), Ludwik Turko (UD), Roman Andrzejewski (PC)

Anhang F

Beispiel für die Auswertung einer Parlamentsdebatte in der Makroanalyse (hier: Debatte zum NATO-Beitritt im tschechischen Abgeordnetenhaus am 11.2.1998)

Parlament České republiky Poslanecká sněmovna 1996 - 1998

Pořad 20. schůze

58.

Vládní návrh, kterým se předkládá Parlamentu České republiky k vyslovení souhlasu
přístup České republiky k Severoatlantické smlouvě,
sjednané ve Washingtonu dne 4. dubna 1949
/sněmovní tisk 384/ - první čtení

Chci vám oznámit, že pan poslanec Kulka má náhradní kartu číslo 8, pan poslanec Smetana má náhradní kartu číslo 2.

Dámy a pánové, vládní návrh jsme obdrželi jako sněmovní tisk 384. Předložený vládní návrh uvede předseda vlády pan Josef Tošovský, kterého prosím, aby se ujal slova.

Předseda vlády ČR Josef Tošovský: Vážený pane předsedající, vážené paní poslankyně, vážení páni poslanci, posilování bezpečnosti České republiky patří mezi hlavní priority české zahraniční politiky. Naše bezpečnost tak úzce souvisí s bezpečností a stabilitou celé Evropy. Stabilita a mír v Evropě však nejsou věcí samozřejmou a automatickou. Bezpečnost a stabilita středoevropského prostoru, celé Evropy i globální stabilita je a musí být výsledkem intenzivního úsilí všech zúčastněných. Je proto v zájmu nás všech i s přihlédnutím k našim dějinným zkušenostem, aby Česká republika patřila mezi aktivní účastníky takového úsilí.

Bezpečnostní problematika se v posledních letech výrazným způsobem změnila a rozšířila. Na jedné straně se snížila pravděpodobnost globální konfrontace, na straně druhé již není národní bezpečnost definována pouze vojensky. Získala řadu nových rozměrů. Vyžaduje schopnost čelit rizikům plynoucím ze šíření zbraní hromadného ničení a jejich nosičů, mezinárodního organizovaného zločinu a terorismu, etnického násilí, nekontrolované migrace, ekonomických krizí, hrožících až rozpadem státních útvarů, hrozeb životnímu prostředí, ohrožení dat a systémů elektronických médií, úmyslného šíření nových smrtelných epidemií apod.

Žijeme ve světě, kde ne všechny státy dodržují demokratické principy, žijeme ve světě, který zdaleka neslibuje automatické dodržování zásad mírové spolupráce. Žijeme ve světě, který zatím není a nebude bez rizik pro bezpečnost národů a států. Proto je klíčovým úkolem nás všech zajistit bezpečnostní dimenzi České republiky. Takový úkol však nejsme schopni řešit sami. Úkolem české zahraniční politiky je proto sjednání takových mezinárodních smluv a vstup do takových organizací, které by maximálně garantovaly nedotknutelnost státu a posílily jeho bezpečnost a v případě nutnosti umožňovaly účinnou obranu.

V Evropě dnes existuje jediná organizace, jejíž členství zajistí České republice naplnění obou zcela zásadních úloh, o kterých hovořím. Organizace Severoatlantické smlouvy představuje nejučinnější cestu dlouhodobého zajištění vnější bezpečnosti našeho státu. Být v NATO ale není pro nás jenom bezpečnostní bezprostřední výhoda daná smluvními zárukami. Úsilí o vstup do NATO je nezbytné chápat na pozadí aktivní snahy českého státu na řešení celoevropských bezpečnostních problémů.

Do tohoto rámce spadá i naše snaha stát se členem Evropské unie a Západoevropské unie a potvrdit tak pevné zakotvení naší země do společenství demokratických států Evropy.

Členství v NATO má i význam ekonomický. Ten tkví ve zvýšení důvěryhodnosti České republiky pro cizí investice či jinou mezinárodní finanční a obchodní spolupráci a současně v možnostech lepšího uplatnění našeho

Thomas Winter 3.12.12 01:38

Komentář [1]: Security as main goal of FP

Thomas Winter 3.12.12 01:38

Komentář [2]: Conditions: security and stability in Europe

Thomas Winter 3.12.12 01:39

Komentář [3]: FPRC: active supporter of stability in CE, Europe and the world/security provider

Thomas Winter 3.12.12 01:43

Komentář [4]: Global confrontation is no threat any more

Thomas Winter 3.12.12 01:45

Komentář [5]: New threats: WMD proliferation, international crime and terrorism, ethnic tensions, uncontrolled migration, economic crises, failure of states, environmental threats, threats to electronic media, deliberate causing of deadly epidemics

Thomas Winter 3.12.12 01:46

Komentář [6]: CR is not capable of guaranteeing its security alone

Thomas Winter 3.12.12 01:46

Komentář [7]: Instruments: international treaties and security organisations

Thomas Winter 3.12.12 01:47

Komentář [8]: NATO is the most effective way of guaranteeing the security of CR

Thomas Winter 3.12.12 01:47

Komentář [9]: FPRC: security provider / active participant in solving Europe's security problems

Primärquellen

Im Quellenverzeichnis sind alle Dokumente verzeichnet, die als Teil des Korpus analysiert wurden. Dies bedeutet nicht notwendigerweise, dass sie im Text auch als Quellennachweise angeführt werden. Gleichzeitig sind Dokumente gleicher Art, die keine relevanten Diskursfragmente, aber sonstige relevante Informationen enthalten, nicht im Quellen-, sondern im Literaturverzeichnis aufgeführt.

Soweit nichts anderes vermerkt, gilt für alle URL der 1. April 2013 als letztmaliges Abrufdatum.

Stenographische Berichte aus den Parlamenten Polens, Tschechiens und der Tschechoslowakei

Die Parlamentsprotokolle sind weitgehend online verfügbar und wurden, soweit möglich, auch online gesichtet. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Verfügbarkeit bzw. Bereitstellung sind folgende Hinweise zu beachten:

Stenographische Berichte der X. Legislaturperiode (1989-1991) des Sejms der VR Polen wurden gedruckt gesichtet. In den Belegen im Fließtext sind die Seitenzahlen angegeben.

Stenographische Berichte ab Beginn der I. Legislaturperiode (25.11.1991) des Sejms der Republik Polen bis zum 30.11.2004 wurden über die Datenbank auf der Website des Sejms gesichtet. Unter der angegebenen URL können sukzessive Sitzungsnummer, Sitzungstag und sodann der angegebene Beitrag manuell ausgewählt werden. In den Belegen im Fließtext ist jeweils mit a, b, c etc. vermerkt, auf den wievielten Beitrag des betreffenden Abgeordneten sich der Beleg bezieht. Dabei werden ausnahmslos alle Wortmeldungen der betreffenden Person mitgezählt, d.h. auch Zwischenrufe oder Wiederaufnahmen des Redebeitrags nach Unterbrechungen.

Stenographische Berichte vom 1.12.2004 bis zum Ende der IV. Legislaturperiode (29.8.2005) sind als PDF gesichtet worden. Unter der angegebenen URL kann über das Menü mit der Sitzungsnummer das entsprechende Protokoll aufgerufen werden. In den Belegen im Fließtext sind die Seitenzahlen angegeben.

Für stenographische Berichte ab der V. Legislaturperiode (3.11.2005) ist jeweils die genaue URL des PDF angegeben. In den Belegen im Fließtext sind die Seitenzahlen angegeben.

Für die tschechischen und tschechoslowakischen Parlamente ist jeweils die erste Seite des Protokolls der jeweiligen Sitzung als URL angegeben. In den Belegen im Fließtext sind die Seitenzahlen angegeben. Es ist möglich, sich über die entsprechenden Links „durchzuklicken“ oder in der URL die letzten Stellen (001) durch die gewünschte Seitenzahl (z.B. 012 für Seite 12) zu ersetzen.

ČNR (Česká národní rada) (1992a): Stenographischer Bericht, 2. Sitzung, 13.-15.7.1992, <http://www.psp.cz/eknih/1992cnr/stenprot/002schuz/s002001.htm>.

FS ČSFR (Federální Shromáždění České a Slovenské Federativní Republiky) (1990a): Stenographischer Bericht, 2. Gemeinsame Sitzung des Hauses der Völker und des Hauses der Nation, 29.6.-3.7.1990, <http://www.psp.cz/eknih/1990fs/slsn/stenprot/002schuz/s002001.htm>.

FS ČSFR (Federální Shromáždění České a Slovenské Federativní Republiky) (1990b): Stenographischer Bericht, 4. Gemeinsame Sitzung des Hauses der Völker und des Hauses der Nation, 10.-11.7.1990, <http://www.psp.cz/eknih/1990fs/slsn/stenprot/004schuz/s004001.htm>.

FS ČSFR (Federální Shromáždění České a Slovenské Federativní Republiky) (1990c): Stenographischer Bericht, 9. Gemeinsame Sitzung des Hauses der Völker und des Hauses der Nation, 26.11.-13.12.1990, <http://www.psp.cz/eknih/1990fs/slsn/stenprot/009schuz/s009001.htm>.

FS ČSFR (Federální Shromáždění České a Slovenské Federativní Republiky) (1990d): Stenographischer Bericht, 10. Gemeinsame Sitzung des Hauses der Völker und des Hauses der Nation, 19.-20.12.1990, <http://www.psp.cz/eknih/1990fs/slsn/stenprot/010schuz/s010001.htm>.

FS ČSFR (Federální Shromáždění České a Slovenské Federativní Republiky) (1991a): Stenographischer Bericht, 11. Gemeinsame Sitzung des Hauses der Völker und des Hauses der Nation, 8.-11.1.1991, <http://www.psp.cz/eknih/1990fs/slsn/stenprot/011schuz/s011001.htm>.

FS ČSFR (Federální Shromáždění České a Slovenské Federativní Republiky) (1991b): Stenographischer Bericht, 18. Gemeinsame Sitzung des Hauses der Völker und des Hauses der Nation, 29.10.-13.11.1991, <http://www.psp.cz/eknih/1990fs/slsn/stenprot/018schuz/s018001.htm>.

FS ČSFR (Federální Shromáždění České a Slovenské Federativní Republiky) (1991c): Stenographischer Bericht, 19. Gemeinsame Sitzung des Hauses der Völker und des Hauses der Nation, 3.-21.12.1991, <http://www.psp.cz/eknih/1990fs/slsn/stenprot/019schuz/s019001.htm>.

FS ČSFR (Federální Shromáždění České a Slovenské Federativní Republiky) (1992): Stenographischer Bericht, 2. Gemeinsame Sitzung des Hauses der Völker und des Hauses der Nation, 3.6.-7.7.1992, <http://www.psp.cz/eknih/1992fs/slsn/stenprot/002schuz/s002001.htm>.

FS ČSSR (Federální Shromáždění Československé socialistické republiky) (1989): Stenographischer Bericht, 18. Gemeinsame Sitzung des Hauses der Völker und des Hauses der Nation, 19.12.1989: <http://www.psp.cz/eknih/1986fs/slsn/stenprot/018schuz/s018001.htm>.

FS ČSSR (Federální Shromáždění Československé socialistické republiky) (1990): Stenographischer Bericht, 24. Gemeinsame Sitzung des Hauses der Völker und des Hauses der Nation, 27.2.-1.3.1990, <http://www.psp.cz/eknih/1986fs/slsn/stenprot/024schuz/s024001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1993a): Stenographischer Bericht, 6. Sitzung, 23.-25.2.1993, <http://www.psp.cz/eknih/1993ps/stenprot/006schuz/s006001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1993b): Stenographischer Bericht, 8. Sitzung, 20.-22.4.1993, <http://www.psp.cz/eknih/1993ps/stenprot/008schuz/s008001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1993c): Stenographischer Bericht, 13. Sitzung, 12.-15.10.1993, <http://www.psp.cz/eknih/1993ps/stenprot/013schuz/s013001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1993d): Stenographischer Bericht, 15. Sitzung, 1.-9.12.1993, <http://www.psp.cz/eknih/1993ps/stenprot/015schuz/s015001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1994a): Stenographischer Bericht, 19. Sitzung, 31.5.-3.6.1994, <http://www.psp.cz/eknih/1993ps/stenprot/019schuz/s019001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1994b): Stenographischer Bericht, 25. Sitzung, 6.-15.12.1994, <http://www.psp.cz/eknih/1993ps/stenprot/025schuz/s025001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1995a): Stenographischer Bericht, 32. Sitzung, 20.-29.6.1995, <http://www.psp.cz/eknih/1993ps/stenprot/032schuz/s032001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1995b): Stenographischer Bericht, 34. Sitzung, 26.-28.9.1995, <http://www.psp.cz/eknih/1993ps/stenprot/034schuz/s034001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1996a): Stenographischer Bericht, 3. Sitzung, 23.-26.7.1996, <http://www.psp.cz/eknih/1996ps/stenprot/003schuz/s003001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1996b): Stenographischer Bericht, 5. Sitzung, 1.-29.10.1996, <http://www.psp.cz/eknih/1996ps/stenprot/005schuz/s005001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1997a): Stenographischer Bericht, 8. Sitzung, 4.-28.2.1997, <http://www.psp.cz/eknih/1996ps/stenprot/008schuz/s008001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1997b): Stenographischer Bericht, 12. Sitzung, 1.-11.7.1997, <http://www.psp.cz/eknih/1996ps/stenprot/012schuz/s012001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1997c): Stenographischer Bericht, 15. Sitzung, 14.10.-11.11.1997, <http://www.psp.cz/eknih/1996ps/stenprot/015schuz/s015001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1998a): Stenographischer Bericht, 23. Sitzung, 24.3.-17.4.1998, <http://www.psp.cz/eknih/1996ps/stenprot/023schuz/s023001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1998b): Stenographischer Bericht, 24. Sitzung, 14.-15.4.1998, <http://www.psp.cz/eknih/1996ps/stenprot/024schuz/s024001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1999a): Stenographischer Bericht, 12. Sitzung, 21.4.1999, <http://www.psp.cz/eknih/1998ps/stenprot/012schuz/s012001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (1999b): Stenographischer Bericht, 13. Sitzung, 11.5.-9.6.1999, <http://www.psp.cz/eknih/1998ps/stenprot/013schuz/s013001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (2003a): Stenographischer Bericht, 9. Sitzung, 16.-17.1.2003, <http://www.psp.cz/eknih/2002ps/stenprot/009schuz/s009001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (2003b): Stenographischer Bericht, 14. Sitzung, 8.-30.4.2003, <http://www.psp.cz/eknih/2002ps/stenprot/014schuz/s014001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (2004a): Stenographischer Bericht, 27. Sitzung, 10.2.-23.3.2004, <http://www.psp.cz/eknih/2002ps/stenprot/027schuz/s027001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (2004b): Stenographischer Bericht, 33. Sitzung, 15.6.-1.7.2004, <http://www.psp.cz/eknih/2002ps/stenprot/033schuz/s033001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (2008a): Stenographischer Bericht, 39. Sitzung, 21.-31.10.2008, <http://www.psp.cz/eknih/2006ps/stenprot/039schuz/s039001.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (2008b): Stenographischer Bericht, 46. Sitzung, 9.12.2008-18.2.2009, <http://www.psp.cz/eknih/2006ps/stenprot/046schuz/s046001.htm>.

Sejm PRL (Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej) (1989): Sprawozdanie Stenograficzne z 7 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniu 12 września 1989 r., Warschau.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1990a): Sprawozdanie Stenograficzne z 28 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 kwietnia 1990 r., Warschau.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1991a): Sprawozdanie Stenograficzne z 51 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 14 i 15 lutego 1991 r., Warschau.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1991b): Sprawozdanie Stenograficzne z 65 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 27 i 28 czerwca 1991 r., Warschau.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1992): Stenographischer Bericht, 14. Sitzung, 3. Tag, 8.5.1992, Quelle: <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata1.nsf>.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1993a): Stenographischer Bericht, 43. Sitzung, 1. Tag, 29.4.1993, Quelle: <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata1.nsf>.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1993b): Stenographischer Bericht, 43. Sitzung, 2. Tag, 30.4.1993, Quelle: <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata1.nsf>.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1993c): Stenographischer Bericht, 2. Sitzung, 1. Tag, 8.11.1993, <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata2.nsf>.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1994): Stenographischer Bericht, 20. Sitzung, 2. Tag, 12.5.1994, <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata2.nsf>.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1995): Stenographischer Bericht, 50. Sitzung, 2. Tag, 25.5.1995, <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata2.nsf>.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1998): Stenographischer Bericht, 35. Sitzung, 3. Tag, 20.11.1998, <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata3.nsf>.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1999): Stenographischer Bericht, 47. Sitzung, 1. Tag, 8.4.1999, <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata2.nsf>.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (2000): Stenographischer Bericht, 78. Sitzung, 1. Tag, 9.5.2000, <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata3.nsf>.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (2004a): Stenographischer Bericht, 67. Sitzung, 2. Tag, 21.01.2004, <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf>.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (2005): Stenographischer Bericht, 96. Sitzung, 3. Tag, 21.01.2005, [http://orka.sejm.gov.pl/StenoInter.nsf/0/ABB149D0D342C66DC1256F9000707755/\\$file/96-cksiązka.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/StenoInter.nsf/0/ABB149D0D342C66DC1256F9000707755/$file/96-cksiązka.pdf).

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (2007): Stenographischer Bericht, 41. Sitzung, 4. Tag, 11.5.2007, [http://orka.sejm.gov.pl/StenoInter5.nsf/0/F46789E275E31E43C12572D8006E1D11/\\$file/41_d_ksiązka.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/StenoInter5.nsf/0/F46789E275E31E43C12572D8006E1D11/$file/41_d_ksiązka.pdf).

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (2009): Stenographischer Bericht, 35. Sitzung, 3. Tag, 13.2.2009, [http://orka2.sejm.gov.pl/StenoInter6.nsf/0/5B70D5B230689B20C125755C00704CFB/\\$file/35_c_ksiązka.pdf](http://orka2.sejm.gov.pl/StenoInter6.nsf/0/5B70D5B230689B20C125755C00704CFB/$file/35_c_ksiązka.pdf).

Sonstige Dokumente sowie Aufsätze, Interviews und Reden relevanter Sprecher

Agentura vojenských informací a služeb: Bezpečnostní strategie České republiky, Prag 1999.

Dienstbier, Jiří (1991): Vystoupení ministra zahraničních věcí ČSFR Jiřího Dienstbiera na konferenci o východní Evropě (14. dubna 1991), in: Federální Ministerstvo Zahraničních vztahů: Československá zahraniční politika – dokumenty, 4/1991, Prag 1991, S. 276.

FMZV (Federální Ministerstvo Zahraničních Vztahů) (1991a): Zpráva o zahraniční politice České a Slovenské Federativní Republiky za rok 1991, in: Federální Ministerstvo Zahraničních Věcí: Československá zahraniční politika – dokumenty, 11/1991, Prag 1991, S. 1325-1350.

FMZV (Federální Ministerstvo Zahraničních Vztahů) (1991b): Prohlášení FMZV, 06.12.1991, in: Federální Ministerstvo Zahraničních vztahů: Československá zahraniční politika – dokumenty, 12/1991, Prag 1991, S. 1473.

FS ČSFR (Federální Shromáždění České a Slovenské Federativní Republiky) (1991d): Usnesení Federálního shromáždění č. 122 k návrhu vojenské doktríny České a Slovenské Federativní Republiky (tisk 366), <http://www.psp.cz/eknih/1990fs/slsn/usneseni/u0122.htm>.

FS ČSFR (Federální Shromáždění České a Slovenské Federativní Republiky) (1991e): Prohlášení přednictva Federálního shromáždění (22.08.1991), in: Federální Ministerstvo Zahraničních vztahů: Československá zahraniční politika – dokumenty, 7-8/1991, Prag 1991, S. 869-870.

Gazeta.pl (2010): Klich tłumaczy, czym jest decyzja nr 40: Macierewicz i „Nasz Dziennik“ po prostu kłamią, http://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/1,114873,8181492,Klich_tlumaczy_czym_jest_decyzja_nr_40_Macierewicz.html.

Komitet Obrony Kraju (1990): Uchwała Komitetu Obrony Kraju z dnia 21 lutego 1990 r. w sprawie doktryny obronnej Rzeczypospolitej Polskiej, in: Monitor Polski 1990, Nr. 9, Position 66, vom 16.3.1990, <http://monitorpolski.gov.pl/mp/1990/s/9/66/M1990009006601.pdf>.

Komitet Obrony Kraju (1992): Założenia Polskiej Polityki Bezpieczeństwa oraz Polityka Bezpieczeństwa i Strategia Obronna Rzeczypospolitej Polskiej vom 2.11.1992, Quelle: www.koziej.pl/files/Strategia_RP_z_92_r.doc.

MO ČR (Ministerstvo obrany České republiky) (1995): Bílá kniha o obraně České republiky, <http://www.mocr.army.cz/images/Bilakniha/CSD/1995%20Bila%20kniha%20o%20obrane%20CR.pdf>.

MO ČR (Ministerstvo obrany České republiky) (1995): Národní obranná strategie České republiky, <http://www.mocr.army.cz/images/Bilakniha/CSD/1997%20Narodni%20obrana%20strategie%20CR.pdf>.

MV ČR (Ministerstvo vnitra České republiky) (1994): Zpráva vlády o bezpečnostní situaci v České republice v roce 1993, Parlamentsdrucksache 959, http://www.psp.cz/eknih/1993ps/tisky/t0959_01.htm.⁸⁴

MV ČR (Ministerstvo vnitra České republiky) (1995): Zpráva vlády o bezpečnostní situaci na území České republiky v roce 1994, Parlamentsdrucksache 1735, http://www.psp.cz/eknih/1993ps/tisky/t1735_01.htm.⁸⁵

MV ČR (Ministerstvo vnitra České republiky) (1996): Zpráva o bezpečnostní situaci na území ČR v roce 1995, Parlamentsdrucksache 4, <http://www.psp.cz/eknih/1996ps/tisky/t000400a.htm>.

MV ČR (Ministerstvo vnitra České republiky) (1997): Zpráva o bezpečnostní situaci na území ČR v roce 1996, Parlamentsdrucksache 211, <http://www.psp.cz/eknih/1996ps/tisky/t021100a.htm>.

PSP ČR (Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky) (2004): 177 Usnesení zahraničního výboru z 37A. schůze dne 25. listopadu 2004 k aktuální zahraničněpolitické informaci o situaci na Ukrajině, <http://www.psp.cz/sqw/text/text2.sqw?idd=5140>.

Rada Ministrů RP (Rada Ministrów Rzeczypospolitej Polskiej) (1991): Oświadczenie Rady Ministrów RP dotyczące uznania przez Polskę niepodległej Ukrainy, in: Zbiór Dokumentów Juillet-Decembre 1991, Warschau 1992, S. 13-14.

Rada Ministrów RP (Rada Ministrów Rzeczypospolitej Polskiej) (2000): Strategia bezpieczeństwa Rzeczypospolitej Polskiej, przyjęta na posiedzeniu Rady Ministrów w dniu 4 stycznia 2000 roku, Quelle: Nationales Sicherheitsbüro der Republik Polen, Übermittlung per Mail.

Rada Ministrów RP (Rada Ministrów Rzeczypospolitej Polskiej) (2003): Strategia bezpieczeństwa narodowego Rzeczypospolitej Polskiej, Warschau, <http://www.ms.gov.pl/Strategia,Bezpieczenstwa,Narodowego,RP,162.html>.

Rada Ministrów RP (Rada Ministrów Rzeczypospolitej Polskiej) (2007): Strategia bezpieczeństwa narodowego Rzeczypospolitej Polskiej, Warschau, www.ms.gov.pl/files/docs/DPB/polityka_bezpieczenstwa/dokumenty_i_komunikaty/strategia_bezp_nar_2007.pdf.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1990c): Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 22 marca 1990 r. w sprawie Litwy, in: Monitor Polski 1990, Nr. 11, Position 79, <http://monitorpolski.gov.pl/mp/1990/s/11/79/M1990011007901.pdf>.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1991d): Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 31 sierpnia 1991 r. w sprawie niepodległości Ukrainy, in: Monitor Polski 1991, Nr. 29, Position 205, <http://monitorpolski.gov.pl/mp/1991/s/29/205/M1991029020501.pdf>.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1991e): Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 31 sierpnia 1991 r. w sprawie ogłoszenia niepodległości Białorusi, in: Monitor Polski 1991, Nr. 29, Position 206, <http://monitorpolski.gov.pl/mp/1991/s/29/206/M1991029020601.pdf>.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (1991f): Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 6 grudnia 1991 r. w sprawie niepodległości Ukrainy, in: Monitor Polski 1991, Nr. 45, Position 316, <http://monitorpolski.gov.pl/mp/1991/s/45/316/M1991045031601.pdf>.

Sikorski, Radosław (2010): O Giedroycia sporu nie ma, Interview, in: Nowa Europa Wschodnia 1, S. 69-77.

⁸⁴ Für dieses mehrseitige Dokument gibt es im Archiv des tschechischen Abgeordnetenhauses keine „Vor“- und „Zurück“-Buttons. Um die weiteren Seiten des Dokuments ansehen zu können, muss in der URL das „01“ vor der Dateiendung manuell durch die gewünschte Seitenzahl (02, 03 etc.) ersetzt werden.

⁸⁵ Für dieses Dokument gilt dasselbe.

Vláda ČSFR (Vláda České a Slovenské Federativní Republiky) (1991): Prohlášení vlády ČSFR k uznání Ukrajiny, 08.12.1991, in: Federální Ministerstvo Zahraničních vztahů: Československá zahraniční politika – dokumenty, 12/1991, Prag 1991, S. 1475.

Vláda ČR (Vláda České republiky) (1999): Vojenská strategie České republiky, Prag 1999, <http://www.mocr.army.cz/images/Bilakniha/CSD/1999%20Vojenska%20strategie%20CR.pdf>.

Vláda ČR (Vláda České republiky) (2003): Bezpečnostní strategie České republiky, Prag 2003, <http://www.mocr.army.cz/images/Bilakniha/CSD/2003%20Bezpecnostni%20strategie%20CR.pdf>.

Wahlkampfmaterialien

ČSL (Československá strana lidová) (1990): Volební program, Quelle: Zentralkanzlei der KDU-ČSL.

ČSSD (Československá strana sociálně demokratická) (1992): Volební program Československá sociální demokracie, <http://www.cssd.cz/ke-stazeni/volebni-programy/volebni-program-cssd-pro-volby-1992/>.

ČSSD (Česká strana sociálně demokratická) (1996): Volební program České strany sociálně demokratické. Lidskost proti sobectví, http://www.cssd.cz/data/files/volebni_program_1996.pdf.

ČSSD (Česká strana sociálně demokratická) (1998): Společně s vámi pro lepší budoucnost, <http://www.cssd.cz/data/files/2000-volebni-program-a-prohlaseni-vlady-1998-tisk.pdf>.

ČSSD (Česká strana sociálně demokratická) (2009): Jistoty pro lidi, naděje pro naše zemi, http://www.cssd.cz/data/files/programova_brozura_el.verze-2009.pdf.

KDU-ČSL (Křesťanská demokratická unie – Československá strana lidová) (1992): Průvodce politikou KDU-ČSL, Quelle: Zentralkanzlei der KDU-ČSL.

KDU-ČSL (Křesťanská demokratická unie – Československá strana lidová) (1996): Průvodce politikou KDU-ČSL. Volební program 1996, Quelle: Zentralkanzlei der KDU-ČSL.

KDU-ČSL (Křesťanská demokratická unie – Československá strana lidová) (1998): Průvodce politikou KDU-ČSL. Volební program 1998, Quelle: Zentralkanzlei der KDU-ČSL.

KDU-ČSL (Křesťanská demokratická unie – Československá strana lidová) (2004): Evropský volební program KDU-ČSL. Quelle: Zentralkanzlei der KDU-ČSL.

KDU-ČSL (Křesťanská demokratická unie – Československá strana lidová) (2010): Volební program 2010-2014, <http://kdu.ecpaper.cz/#page=1>.

KSČ (Komunistická strana Čechoslovenska) (1990): Volební program Komunistické strany Československa, www.kscm.cz/viewDocument.asp?document=5489.

KSČS (Komunistická strana Čechoslovenska) (1992): Co chtějí komunisté? Volební program KSČM, www.kscm.cz/viewDocument.asp?document=5487.

KSČM (Komunistická strana Čech a Moravy) (1996): Volební program Komunistické strany Čech a Moravy. Socialismus – Šance pro budoucnost, <http://www.kscm.cz/viewDocument.asp?document=5486>.

KSČM (Komunistická strana Čech a Moravy) (1998): Jiní o lidech. My s lidmi. Chcete změnu? Volte KSČM!, <http://www.kscm.cz/viewDocument.asp?document=5485>.

KSČM (Komunistická strana Čech a Moravy) (2004): Volební program Komunistické strany Čech a Moravy. Socialismus – Šance pro budoucnost, <http://www.kscm.cz/viewDocument.asp?document=5485>.

KSČM (Komunistická strana Čech a Moravy) (2010): Otevřený volební program KSČM pro volby do PS PČR 2010, <http://www.kscm.cz/viewDocument.asp?document=5485>.

NSZZ „Solidarność“ (Niezależny Samorządny Związek Zawodowy „Solidarność“) (2001): Tezy programu wyborczego NSZZ „Solidarność“, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1991. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 190-191.

ODA (Občanská demokratická aliance) (1992): Volební program ODA 1992 pro všechny, kteří se narodili pro svobodu!, http://www.oda.cz/dokumenty/program1992_komplet.asp.

ODA (Občanská demokratická aliance) (1996): Dál na Cestě ke Svobodné Společnosti. Smlouva pro budoucnost, http://www.oda.cz/dokumenty/program_komplet.asp.

ODS (Občanská demokratická strana) (1992): Svoboda a prosperita, www.ods.cz/docs/programy/program_1992.pdf.

ODS (Občanská demokratická strana) (1996): Volební program ODS. Parlamentní volby 1996, http://www.ods.cz/docs/programy/program_1996.pdf.

ODS (Občanská demokratická strana) (1998): Hlavu vzhůru. Volební program ODS, http://www.ods.cz/docs/programy/program_1998.pdf.

ODS (Občanská demokratická strana) (2004): Stejně šance pro všechny. Program pro volby do Evropského parlamentu, http://www.ods.cz/docs/programy/program_2004e.pdf.

ODS (Občanská demokratická strana) (2009): Řešení pro budoucnost. Program psaný s občany, <http://www.ods.cz/docs/programy/volebni-program2009.pdf>.

OF (Občanské forum) (1990): Přijmout odpovědnost za vlastní budoucnost, <https://miloshlavka.wordpress.com/2011/11/19/volebni-program-obcanskeho-fora-z-roku-1990/>.

PC (Porozumienie Centrum) (2001): Porozumienie Centrum – Sjednoczenie Polskie. Program wyborczy, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1993. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 19-32.

PL (Porozumienie Ludowe) (2001): Tezy programu wyborczego Porozumienia Ludowego, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1991. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 160-162.

POC (Porozumienie Obywatelskie Centrum) (2001a): Deklaracja programowa Porozumienia Obywatelskiego Centrum, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1991. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 146-153.

POC (Porozumienie Obywatelskie Centrum) (2001b): Program wyborczy Porozumienia Obywatelskiego Centrum, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1991. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 153-154.

PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe) (2001a): Odezwa wyborcza Polskiego Stronnictwa Ludowego, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1991. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 93-96.

PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe) (2001b): Polskie Stronnictwo Ludowe wobec najważniejszych problemów kraju, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1991. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 96-100.

PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe) (2001c): Jesteśmy Stronnictwem ludzi czynu, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1993. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 87-99.

PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe) (2001d): Deklaracja ideowa Polskiego Stronnictwa Ludowego, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1993. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 143-150.

PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe) (2001e): Polskie Stronnictwo Ludowe wobec węzłowych problemów państwa, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1993. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 151-177.

SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej) (2001a): Platforma wyborcza Sojuszu Lewicy Demokratycznej „Tak dalej być nie może!“, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1991. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 242-255.

SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej) (2001b): Deklaracja wyborcza Sojuszu Lewicy Demokratycznej, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1993. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 119-122.

SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej) (2001c): Program SLD, Tak dalej być nie może, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1993. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 122-137.

TOP09 (2010): Volební program. Volby 2010 do Poslanecké sněmovny, <http://www.top09.cz/files/soubory/volebni-program-2010-do-poslanecke-snemovny.pdf>

UD (Unia Demokratyczna) (2001a): Z programu Unii Demokratycznej, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1991. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 237-239.

UD (Unia Demokratyczna) (2001b): Stabilizacja i rozwój. Uchwała programowa II Kongresu Krajowego Unii Demokratycznej, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1993. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 259-304.

UP (Unia Pracy) (2001): Przywróćmy nadzieję. Dokument programowy Unii Pracy, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1993. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 351-376.

WAK (Wyborcza Akcja Katolicka) (2001a): Deklaracja programowa Wyborczej Akcji Katolickiej, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1991. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 168-171.

WAK (Wyborcza Akcja Katolicka) (2001b): Program wyborczy, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1991. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 171-172.

Warszawski Komitet Obywatelski (1989): Program wyborczy komitetu obywatelskiego „Solidarność“. Dlaczego idziemy głosować?, in: Warszawski Komitet Obywatelski „Solidarność“ (Hrsg.): Wybory do Sejmu i Senatu w 1989 roku, Warschau, S. 2, <http://dlibra.karta.org.pl/dlibra/docmetadata?id=8069&from=publication>.

ZChN (Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe) (2001a): ZChN w Sejmie i w Senacie, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1991. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 172-176.

ZChN (Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe) (2001b): Program wyborczy Zjednoczenia Chrześcijańsko-Narodowego, in: Słodkowska, Inka (Hrsg.): Wybory 1993. Programy partii i ugrupowań politycznych, Warschau, S. 38-51.

Reden und weiteres Material der Präsidenten

Havel, Václav (1990): Projev prezidenta ČSFR Václava Havla ve Federálním shromáždění, 10. Prosince 1990, in: Federální Ministerstvo Zahraničních vztahů: Československá zahraniční politika – dokumenty, 12/1990, Prag 1990, S. 512-516.

Havel, Václav (1991a): Projev prezidenta ČSFR Václava Havla na zahájení 10. výročí konference Institutu pro Bezpečnostní Studie Východ - Západ v Bardejově (6. června 1991), in: Federální Ministerstvo Zahraničních vztahů: Československá zahraniční politika – dokumenty, 6/1991, Prag 1991, S. 640-643.

Havel, Václav (1991b): Projev prezidenta ČSFR Václava Havla (1. července 1991), in: Federální Ministerstvo Zahraničních vztahů: Československá zahraniční politika - dokumenty, 7/1991, Prag 1991, S. 669-672.

Havel, Václav (1991c): Vystoupení prezidenta a vrchního velitele ozbrojených sil ČSFR Václava Havla na velitelském shromáždění vedoucích pracovníků ČSA, Praha, 15.10.1991, in: Federální Ministerstvo Zahraničních vztahů: Československá zahraniční politika – dokumenty, 10A/1991, Prag 1991, S. 1077-1079.

Havel, Václav (1992a): Projev prezidenta Václava Havla ke státním svátku CSFR, 8. Května 1992, http://www.vaclavhavel.cz/showtrans.php?cat=projevy&val=260_projevy.html&typ=HTML.

Havel, Václav (1992b): Projev prezidenta ČSFR Václava Havla k občanům při příležitosti ukončení volební kampaně, ČST 2.6.1992, in: Federální Ministerstvo Zahraničních vztahů: Československá zahraniční politika – dokumenty, 6/1992, Prag 1992, S. 485-488.

Havel, Václav (1997): Projev prezidenta republiky Václava Havla k oběma komorám Parlamentu České republiky, 9. prosince 1997:
http://www.vaclavhavel.cz/showtrans.php?cat=projevy&val=144_projevy.html&typ=HTML.

Kaczyński, Lech (2009a): Oświadczenie Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Lecha Kaczyńskiego w sprawie kryzysu gazowego, <https://www.prezydent.pl/archiwum/archiwum-aktualnosci/rok-2009/>

Kaczyński, Lech (2009b): Prezydent popiera apel polityków do Baracka Obamy, <https://www.prezydent.pl/archiwum/archiwum-aktualnosci/rok-2009/>

Kaczyński, Lech (2009c): Silna armia to większe bezpieczeństwo i prestiż kraju, <https://www.prezydent.pl/archiwum/archiwum-aktualnosci/rok-2009/>

Kaczyński, Lech (2009d): Przemówienie Prezydenta RP w dniu podpisania Traktatu Lizbońskiego, <https://www.prezydent.pl/archiwum/archiwum-aktualnosci/rok-2009/>

Klaus, Václav (2004a): Vystoupení na slavnostním shromáždění při příležitosti 5. výročí České republiky do NATO, <http://www.klaus.cz/clanky/1296>

Klaus, Václav (2004b): Projev v předvečer vstupu České republiky do Evropské unie, <http://www.klaus.cz/clanky/2340>

Klaus, Václav (2004c): Oranná politika, která musí sloužit českým zájmům – Projev prezidenta republiky na velitelském shromáždění Armády České republiky, <http://www.klaus.cz/clanky/1717>

Klaus, Václav (2008a): Teze pro vystoupení prezidenta republiky na setkání s velvyslanci ČR, <http://www.klaus.cz/clanky/1772>

Klaus, Václav (2008b): Vystoupení prezidenta republiky na jednání Ústavního soudu o Lisabonské smlouvě, <http://www.klaus.cz/clanky/1246>

Klaus, Václav (2009a): Vystoupení prezidenta republiky po senátním hlasování o Lisabonské smlouvě, <http://www.klaus.cz/clanky/720>

Klaus, Václav (2009b): Prohlášení prezidenta republiky ze dne 9. října 2009 k ratifikaci Lisabonské smlouvy, <http://www.klaus.cz/clanky/1307>

Kwaśniewski, Aleksander (1999a): Wystąpienie podczas spotkania z Korpusem Dyplomatycznym, Warszawa, 8 stycznia 1999 roku, in: Kwaśniewski, Aleksander: Przemówienia, listy, wywiady prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Aleksandra Kwaśniewskiego, 1999, wybór, Warszawa, S. 5-8.

Kwaśniewski, Aleksander (1999b): Toast na kolacji wydana na cześć Leonida Kuczmy, prezydenta Ukrainy, Warszawa, 23 czerwca 1999 roku, in: Kwaśniewski, Aleksander: Przemówienia, listy, wywiady prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Aleksandra Kwaśniewskiego, 1999, wybór, Warszawa, S. 236-237.

Kwaśniewski, Aleksander (1999c): Wystąpienie podczas konferencji kierowniczej kadry Ministerstwa Obrony Narodowej i Sił Zbrojnych RP, 5 listopada 1999 roku, in: Kwaśniewski, Aleksander: Przemówienia, listy, wywiady prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej Aleksandra Kwaśniewskiego, 1999, wybór, Warszawa, S. 446-453.

Kwaśniewski, Aleksander (2003a): List do uczestników konferencji „Ukraina w Europie“, Warszawa, 18 grudnia 2003 roku, in: Aleksander Kwaśniewski: Przemówienia, Listy, Wywiady, lipiec-grudzień 2003, wybór, Warszawa, S. 425-426.

Kwaśniewski, Aleksander (2003b): Orędzie noworoczne, Warszawa, 31 grudnia 2003 roku, in: Aleksander Kwaśniewski: Przemówienia, Listy, Wywiady, lipiec-grudzień 2003, wybór, Warszawa, S. 457-460.

Kwaśniewski, Aleksander (2004a): Wystąpienie podczas dorocznej odprawy kierowniczej kadry Ministerstwa Obrony Narodowej i Sił Zbrojnych RP (fragmenty), Warszawa, 12 marca 2004 roku, in: Kwaśniewski, Aleksander: Przemówienia, Listy, Wywiady, styczeń – czerwiec 2004, wybór, Warszawa, S. 168-173.

Kwaśniewski, Aleksander (2004b): Odczyt w Uniwersytecie Warszawskim „Polska w Unii Europejskiej – nowe wyzwania”, Warszawa, 5 kwietnia 2004 roku, in: Kwaśniewski, Aleksander: Przemówienia, Listy, Wywiady, styczeń – czerwiec 2004, wybór, Warschau, S. 220-229.

Kwaśniewski, Aleksander (2004c): Wystąpienie podczas uroczystości z okazji Święta Wojska Polskiego, Warszawa, Plac Pułsudskiego, 15 sierpnia 2004 roku, in: Kwaśniewski, Aleksander: Przemówienia, Listy, Wywiady, lipiec – grudzień 2004, wybór, Warschau, S. 52-54.

Kwaśniewski, Aleksander (2004d): Wywiad dla „Polityki”, 18 grudnia 2004 roku, in: Kwaśniewski, Aleksander: Przemówienia, Listy, Wywiady, lipiec – grudzień 2004, wybór, Warschau, S. 477-485.

Wałęsa, Lech (1995a): Ten dzień nie dla wszystkich okazał się dniem zwycięstwa... Przemówienie na wspólnym posiedzeniu Sejmu i Senatu z okazji pięćdziesiątej rocznicy zakończenia II wojny światowej, 8.05.1995, in: Wałęsa, Lech: Wszystko co robię, robię dla Polski. Przemówienia, posłania, listy 1990-1995, Warschau, S. 189-193.

Wałęsa, Lech (1995b): Jesteśmy sobie zbyt bliscy, aby być obojętni... Toast z okazji przyjęcia cześć Prezydenta Ukrainy Leonida Krawczuka podczas jego oficjalnej wizyty w Polsce, 18.05.1992, in: Wałęsa, Lech: Wszystko co robię, robię dla Polski. Przemówienia, posłania, listy 1990-1995, Warschau, S. 76-77.

Gastbeiträge, Interviews und weitere Artikel aus der Tagespresse

GW (Gazeta Wyborcza)

GW (8.12.1989): Skubiszewski [vollst. Titel fehlt], Artikel mit Aussagen von Außenminister Krzysztof Skubiszewski.

GW (3.2.1990): Realizm drugiego stopnia, Gastartikel von Kazimierz Dziewanowski, Botschafter in Washington, D.C.

GW (26.7.1990a): PSL – propozycja, Thesen aus dem Wahlprogramm der PSL.

GW (26.7.1990b): Rewidujemy Układ Warszawski, Interview mit Außenminister Krzysztof Skubiszewski.

GW (15.11.1990): Program prezydenta, który dotrzyma słowa, Gastbeitrag von Präsident Lech Wałęsa.

GW (1.3.1991): Czy czujemy się bezpieczni?, Interview mit Staatssekretär für Sicherheitsfragen Jacek Merkel.

GW (14.3.1991): Doktryna potrzebna choć konflikt nie grozi, Artikel mit Aussagen von Verteidigungsminister Janusz Onyszkiewicz.

GW (21.3.1991): Porozumienie wojskowe, Artikel mit Aussagen von Verteidigungsminister Kołodziejczyk.

GW (26.8.1991): Uznanie niepodległości Bałtów jest niezbędne, Gastbeitrag von Tadeusz Mazowiecki.

GW (6.11.1991): Biednie, ale bezpiecznie?, Interview mit Verteidigungsminister Janusz Onyszkiewicz.

GW (2.1.1992): Raport o bezpieczeństwie państwa, Abdruck des sicherheitspolitischen Teils eines Berichtes von Premierminister Jan Krzysztof Bielecki zur Lage der Nation.

GW (30.1.1992): Samodzielni, ale osamotnieni, Artikel mit Aussagen von Premierminister Jan Olszewski.

GW (3.3.1992): Kto się boi..., Artikel mit Aussagen von Jerzy Milewski, Chef des Nationalen Sicherheitsbüros in der Präsidentenkanzlei.

GW (8.10.1992): Chemy do NATO, Artikel mit Aussagen von Premierministerin Hanna Suchocka.

GW (13.10.1992): Droga do NATO, Interview mit Vizeverteidigungsminister Przemysław Grudziński.

GW (14.2.1992): Co się dzieje w MON?.

GW (30.3.1992): Przelotem w Belwederze, Artikel mit Wiedergabe von Aussagen Präsident Lech Wałęsa.

GW (4.4.1992): Nota MSZ, Artikel mit Wiedergabe von Aussagen von Außenminister Krzysztof Skubiszewski.

GW (2.7.1992): Moje sto dni.

GW (3.10.1992): Czerwone i czarne.

GW (14.10.1992): Samotność prezydenta, Artikel mit Wiedergabe von Aussagen von Präsident Lech Wałęsa.

GW (20.10.1992): Przejazd innym narodom, Abdruck einer Vorlesung von Premierministerin Hanna Suchocka an der Katholischen Universität Lublin.

GW (3.11.1992): Moje śliczne NATO-bis, Artikel mit Wiedergabe von Aussagen von Präsident Lech Wałęsa.

GW (24.7.1993): Kiedy klaszczą generałowie rosyjscy, Interview mit Verteidigungsminister Janusz Onyszkiewicz.

GW (1.9.1993): NATO, otwórz się!, Rede von Premierministerin Hanna Suchocka am Ośrodek Studiów Wschodnich.

GW (17.9.1993): Jeżeli wygra SLD, Aussagen mehrerer Politiker.

GW (11.10.1993): I PSL, i SLD też do NATO chce, Artikel mit Aussagen von Sprechern der Koalitionsparteien.

GW (6.1.1994): Mam trzech szefów i świat na głowie, Interview mit Außenminister Andrzej Olechowski.

GW (8.1.1994): Pozycja Polski w Europie: dziś i jutro, Gastbeitrag von Krzysztof Skubiszewski.

GW (10.3.1994): Rosja nie wie, co z nami zrobić, Interview mit Janusz Onyszkiewicz.

GW (7.5.1994): Polska i świat. Koniec tysiąclecia, Gastbeitrag von Bronisław Geremek.

GW (29.1.1999): Rozmawiamy czy się kłócimy, Interview mit Außenminister Bronisław Geremek.

GW (30.1.1999): NATO powiedziało tak, Interview mit Außenminister Bronisław Geremek.

GW (13.3.1999): Lech Wałęsa: Obyśmy nigdy nie musieli sprawdzać gwarancji, Interview mit von Ex-Präsident Lech Wałęsa.

GW (24.3.1999): Od Jałty do Bruskei, Gastbeitrag von Ex-Außenminister Dariusz Rosati.

GW (12.6.1999): Ludzki wymiar bezpieczeństwa, Gastbeitrag von Außenminister Bronisław Geremek.

GW (9.7.1999): Bałkany i przyszłość Europy, Rede von Außenminister Bronisław Geremek auf einer Konferenz der Stefan-Batory-Stiftung.

GW (16.1.2004): Porozmawiajmy o kompromisie, Gastbeitrag von Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz

GW (14.5.2004): Polska to nasza sprawa, Gastbeitrag von Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz.

GW (12.6.2004): Polska w zamęcie świata, Gastbeitrag von Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz.

GW (2.11.2004): Remis dla Juszczynki, Artikel mit Aussagen von Ex-Premierminister Jerzy Buzek.

GW (4.11.2004): Ukraina w oczach Siwca, Interview mit Marek Siwiec, MdEP, Wahlbeobachter in der Ukraine.

GW (8.11.2004): Ukraińcy, idźcie do urn!, Artikel mit Aussagen von Janusz Onyszkiewicz, Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

GW (9.11.2004): Bardziej aktywni na Wschodzie, Artikel mit Aussagen von Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz.

GW (23.11.2004a): Jak u nas w 1989 roku, Interview mit Jacek Saryusz-Wolski, MdEP, Wahlbeobachter in der Ukraine.

GW (23.11.2004b): Rozczarowanie to mało powiedziane, Gastbeitrag von Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz.

GW (24.11.2004a): Rosyjska ofensywa, Interview mit Ex-Geheimdienstchef Zbigniew Siemiątkowski.

GW (24.11.2004b): Niezdana lekcja, Aussagen von Vertretern mehrerer Parteien.

GW (24.11.2004c): Jak polski prezydent do ukraińskiego prezydenta, Fragment einer Rede von Präsident Aleksander Kwaśniewski.

GW (24.11.2004d): Przysięga Juszczynki, Gastbeitrag von Grażyna Staniszevska, MdEP.

GW (25.11.2004a): <ohne Titel>, Gastbeitrag von Bronisław Geremek, MdEP.

GW (25.11.2004b): Apel ukraiński, Gastbeitrag von Bogdan Borusewicz, Zbigniew Bujak, Władysław Frasyniuk, Bogdan Lis, Jan Lityński und Henryk Wujec.

GW (25.11.2004c): Rozmowy albo czołgi. Interview mit Präsident Aleksander Kwaśniewski.

GW (26.11.2004a): Miejsce Ukrainy jest w Europie, Interview mit Bronisław Geremek, MdEP.

GW (26.11.2004b): Najpierw aplauz, potem chłód, Artikel mit Aussagen von Lech Wałęsa.

GW (26.11.2004c): Juszczynko proponuje powtórkę, Artikel mit Aussagen von Bronisław Komorowski, MdP.

GW (26.11.2004d): Pomarańczowa Polska – kolejny dzień demonstracji poparcia dla Ukrainy, Artikel mit Aussagen von Wojciech Wierzejski, MdEP

GW (26.11.2004e): Bogdan Borusewicz: Uchronić Ukrainę od rozlewu krwi, Interview mit Bogdan Borusewicz, einer der ehemaligen Anführer der Solidarność.

GW (26.11.2004f): Na pomoc Ukrainie, Abdruck eines Aufrufs des Sejms der Republik Polen.

GW (29.11.2004): Wróć tam, Artikel mit Aussagen von Präsident Aleksander Kwaśniewski.

GW (1.12.2004): Pomarańczowa Polska, Artikel mit Aussagen verschiedener Politiker.

GW (2.12.2004a): Ukraina łączy nas, Artikel mit Aussagen mehrerer polnischer MdP.

GW (2.12.2004b): Bruksela w kolorze pomarańczowym, Artikel mit Aussagen mehrerer polnischer MdEP.

GW (3.12.2004): Kto użyje siły, ten przegra!, Interview mit Präsident Aleksander Kwaśniewski.

GW (4.12.2004a): Rosyjski ‚kompleks polski‘ i obszar ULB, Nachdruck des zentralen ‚Kultura‘-Artikels zum ULB-Konzept.

GW (4.12.2004b): Kwaśniewski: Rosja i Ukraina muszą współpracować, Artikel mit Aussagen von Präsident Aleksander Kwaśniewski.

GW (6.12.2004): Ukraińskie wybory to także nasza sprawa, Gastbeitrag von Janusz Onyszkiewicz, Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

GW (8.12.2004): Rosja wraca do tezy ZSRR, Gastbeitrag von Vizeaußenminister Adam Rotfeld.

GW (9.12.2004): Zwycięstwo Ukrainy, Interview mit Zbigniew Bujak, ehemaliger Solidarność-Funktionär und MdP.

GW (10.12.2004): Liga Przyjaciół Rosji, Gastbeitrag von Stefan Niesiołowski, MdP.

GW (13.12.2004): Wolność rządzi na Ukrainie, Gastbeitrag von Zbigniew Bujak, ehemaliger Solidarność-Funktionär und MdP.

GW (18.12.2004): Dyplomacja XXI wieku, Gastbeitrag von Ex-Außenminister Dariusz Rosati, MdEP.

GW (23.12.2004): Ukraina jednoczy Polaków, Interview mit Ex-Außenminister Dariusz Rosati, MdEP.

GW (27.12.2004): Jesteśmy po dobrej stronie, Gastbeitrag von Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz.

GW (6.1.2005): Co mówił Borrell, Artikel mit Aussagen verschiedener Politiker.

- GW (12.1.2005): Uchylić drzwi do Unii, Artikel mit Aussagen von Bogdan Klich, MdP.
 GW (13.1.2005): Rozmowa z prezydentem Aleksandrem Kwaśniewskim, Interview mit Präsident Aleksander Kwaśniewski.
 GW (14.1.2005a): Ukraina bliżej Unii Europejskiej, Artikel mit Aussagen mehrerer MdEP.
 GW (14.1.2005b): Europa dała słowo Ukrainie, Artikel mit Aussagen mehrerer MdEP.
 GW (1.2.2005): Kijów poczeka, Artikel mit Aussagen von Vizeaußenminister Jan Trzuszczński.
 GW (10.1.2009): Przede wszystkim jestem Europejczykiem, Interview mit Präsident Lech Kaczyński.
 GW (29.8.2009): Lekcje historii, modernizacja i integracja, Gastbeitrag von Außenminister Radosław Sikorski.
 GW (2.9.2009): Nigdy więcej wojny, Rede von Premierminister Tusk auf der Westerplatte am 1.9.2009.
 GW (5.9.2009): Duch Jagiellonów nie błądzi w Polsce, Gastbeitrag von Mirosław Czech.
 GW (22.9.2009): Pamiętajmy o Ukrainie i Białorusi, razem tworzyliśmy I Rzeczpospolitą, Gastbeitrag von Sejmarschall Bronisław Komorowski.

LN (Lidové Noviny)

- LN (25.11.2004): Chceme řádné spočítání hlasů, Artikel mit Aussagen von Außenminister Cyril Svoboda.
 LN (27.11.2004): Klaus podpořil Juščenka, Artikel mit Aussagen von Präsident Václav Klaus.
 LN (2.12.2004): Co dál? Opakovat volby, Gastartikel von Alexandr Vondra.
 LN (4.12.2004): Ukrajině vládnou bossově mocných klanů, Interview mit Karel Štindl, tschechischer Botschafter in der Ukraine.
 LN (10.12.2004): Jen nechtějmy zachránit celý svět, Gastbeitrag von Tomáš Pojar, Leiter der NGO Člověk v tísni, ab Juni 2005 Vizeaußenminister.
 LN (27.12.2004): Ukrajina si zaslouží i naši pozornost, Gastbeitrag von Tomáš Jirsa, Senator.
 LN (14.1.2005): Úspěch Ukrajiny významně záleží na Evropě, Gastbeitrag von Tomáš Pojar, Leiter der NGO Člověk v tísni, ab Juni 2005 Vizeaußenminister.
 LN (24.1.2005): Nový prezident Juščenko: Patříme do EU, Artikel mit Aussagen von Ex-Präsident Václav Havel.
 LN (27.1.2005): Topolánek chce přijetí Ukrajiny do EU, Artikel mit Aussagen des ODS-Vorsitzenden Mirek Topolánek.

MFD (Mladá Fronta Dnes)

- MFD (21.4.1990): Káva s ministrem, Interview mit Richard Sacher, Innenminister der ČSSR.
 MFD (19.5.1990): Už nejen snění o Evropě, Interview mit Außenminister Jiří Dienstbier.
 MFD (13.12.1990): Za šestatřicet měsíců nová armáda, Interview mit Verteidigungsminister Luboš Dobrovský.
 MFD (7.3.1991): Bezpečnost v Evropě našima očima, Interview mit Vizeaußenminister Zdeněk Matějka.
 MFD (24.6.1991): Co není ekologické, není ekonomické, Interview mit Außenminister Jiří Dienstbier.
 MFD (20.8.1991): Nepropadejme iluzím, Erklärung von Präsident Václav Havel.
 MFD (22.8.1991a): Do Evropy konkrétně, Interview mit Außenminister Jiří Dienstbier.
 MFD (22.8.1991b): Puč, který stmelí lid, Interview mit Michael Kocáb, MdP, Verhandlungsführer für den Abzug der sowjetischen Truppen.
 MFD (23.8.1991): NATO i pro nás?, Artikel mit Aussagen von Premierminister Marian Čalfa.
 MFD (10.10.1991): Dienstbier o Jugoslávii, Artikel mit Aussagen von Außenminister Jiří Dienstbier.
 MFD (19.11.1991): Žádná gesta válku neukončí, Interview mit Außenminister Jiří Dienstbier.
 MFD (6.2.1992): Kapitál neznamená germanizaci, Interview mit Außenminister Jiří Dienstbier.
 MFD (24.2.1992): K novému Rusku s novou optikou, Interview mit Rudolf Slánský, tschechischer Botschafter in Russland.
 MFD (15.4.1992): Budeme silného NATO partnerem, anebo oslabného členem?, Interview mit Alexandr Vondra, Berater des Präsidenten.
 MFD (10.7.1992): Neděsme svět hašteřením, Interview mit Josef Zieleniec, Außenminister der Tschechischen Republik.
 MFD (7.9.1992): Není třeba spěchat, Interview mit Václav Klaus, Premierminister der Tschechischen Republik.
 MFD (2.1.1993): Václav Klaus vyzval k zachování české jednoty, Abdruck einer Neujahrsansprache von Premierminister Václav Klaus.
 MFD (12.1.1993): Bude česká levice pro vstup do NATO?, Gastbeitrag von Ivan Fišera, ehemaliges MdP.
 MFD (25.1.1993): Disciplína je v armádě to hlavní, Interview mit Verteidigungsminister Antonín Baudyš.
 MFD (1.2.1993): Národní zájem není sobectvím, Interview mit Außenminister Josef Zieleniec.
 MFD (17.2.1993): Nejhorší by bylo stavět nové ostatné dráty, Gastbeitrag von Jiří Dienstbier, ehemaliger Außenminister der ČSFR.
 MFD (12.6.1993): Nemám nerudný vztah k církvím, říká Václav Klaus, Interview mit Premierminister Klaus.
 MFD (21.8.1993): Baudyš: Mezi Československem '68 a Jugoslávií '93 je rozdíl, Interview mit Verteidigungsminister Antonín Baudyš.

MFD (24.8.1993): Obchod se zbraněmi: ne zákaz, ale kontrola, Gastbeitrag von Industrie- und Handelsminister Vladimír Dlouhý.

MFD (13.9.1993): Ministr obrany je vrcholně zneklidněn situací v Rusku. Vojenská rozvědka pracuje i v dobách klidu, Interview mit Verteidigungsminister Antonín Baudyš.

MFD (25.10.1993a): Česká republika nemění úmysl skončit v NATO, Interview mit Innenminister Jan Ruml.

MFD (25.10.1993b): Vondra: Aliance je pro nás důležitá, Artikel mit Aussagen von Vizeaußenminister Alexandr Vondra.

MFD (4.11.1993): Vojenská aliance je zvláštní druh závazku, Gastbeitrag von Außenminister Josef Zieleniec.

MFD (6.11.1993): Členství v Radě bezpečnosti nestalo miliony, říká Vondra, Interview mit Vizeaußenminister Alexandr Vondra.

MFD (20.12.1993): Nejasný postoj sociální demokracie k NATO, Gastbeitrag von Ivan Fišera, ehemaliger MdP.

MFD (28.4.1994): Musíme se naučit žít s Evropskou unií, Gastbeitrag von Petr Nečas, MdP.

MFD (25.7.1994): Odpovědnost za naši budoucnost leží na nás, Gastbeitrag von Außenminister Josef Zieleniec.

MFD (8.8.1994): Proč vlastně usilujeme o členství v NATO?, Gastbeitrag von Jiří Schneider, Mitarbeiter im Außenministerium.

MFD (4.10.1994): Slovenská volba a český zájem, Gastbeitrag von Jiří Dienstbier, ehemaliger Außenminister der ČSFR.

MFD (3.11.1994): Václav Havel: Doba velkých společných gest pominula, Interview mit Präsident Václav Havel.

MFD (16.11.1994): Josef Zieleniec: S nabídkou odškodnění by mělo přijít Německo, Interview mit Außenminister Josef Zieleniec.

MFD (17.2.1995): Zapojení do NATO a obrana suverenity, Gastbeitrag von Verteidigungsminister Vilém Holář.

MFD (6.3.1995): O zahraniční politiku by měl být větší zájem, říká Payne, Interview mit Jiří Payne, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses.

MFD (29.4.1995): Havel: Hodnoty aliance musíme být připraveni chránit, Interview mit Präsident Václav Havel.

MFD (17.5.1995): Evropská integrace a naše bezpečnost, Gastbeitrag von Petr Nečas, MdP.

MFD (27.6.1995): Averte vůči NATO, nebo vůči ČSSD?, Gastbeitrag von Jan Kavan, Vorsitzender der Kommission für Außenpolitik der ČSSD.

MFD (1.7.1995): Proč se chceme stát členy Evropské unie, Gastbeitrag von Industrie- und Handelsminister Vladimír Dlouhý.

MFD (8.8.1995): K čemu je dnes užitečný helsinský proces, Gastbeitrag von Jiří Dienstbier, ehemaliger Außenminister der ČSFR.

MFD (18.8.1995): Premér chce vytvořit ze středoevropské zony společný trh, Interview mit Premierminister Václav Klaus.

MFD (19.9.1995): Různé úrovně odpovědnosti za obranu státu, Gastbeitrag von Verteidigungsminister Vilém Holář.

MFD (20.9.1995): Sociální demokracie nabírá přímý kurz k NATO, Gastbeitrag von Ivan Fišera, ehemaliger MdP.

MFD (21.10.1995): Euroskepticismus není realistický, Gastbeitrag von Jan Kalvoda, Vizepremierminister und Vorsitzender der ODS.

MFD (14.11.1995): Vstup do Evropské unie ještě v tomto století nemůže vláda slibovat, Interview mit Premierminister Václav Klaus.

MFD (16.11.1995): Rusko nepatří do Rady Evropy, Gastbeitrag von Radim Špaček, MdP.

MFD (24.11.1995): Do NATO raději bez referenda, Gastbeitrag von Petra Buzková, MdP.

MFD (9.12.1995): Evropa nesmí Rusku ustupovat, Gastbeitrag von Oldřich Kužilek, MdP.

MFD (12.12.1995): NATO je víc než [???], Gastbeitrag von Michal Lobkowicz, MdP.

MFD (15.12.1995): Sedmero důvodů pro a trocha pochybností, Gastbeitrag von Jiří Payne, MdP, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

MFD (23.1.1996): Risikové hrátky s Postupimskou dohodou, Gastbeitrag von Ivan Fišera, ehemaliger MdP.

MFD (15.3.1996): Rusko už není Sovětským svazem, říká Luboš Dobrovský, Interview mit Luboš Dobrovský, tschechischer Botschafter in Russland.

MFD (23.3.1996): Předčasné kývání profesionální armádě, Gastbeitrag von Vizeverteidigungsminister Petr Nečas.

MFD (10.5.1996): Atlantická vize pro další století, Gastbeitrag von Vizeaußenminister Pavel Bratinka.

MFD (26.8.1996): Vstup do unie znamená omezení suverenity, říká Svoboda, Interview mit Vizeaußenminister Cyril Svoboda.

MFD (Mladá Fronta Dnes) (21.9.1996): Ubránit, či neubránit, to je to, oč tu běží, Gastbeitrag von Michal Lobkowicz, MdP, Vizevorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses.

MFD (3.10.1996): Deklarace musí otevřít cestu spolupráce, Gastbeitrag von Vilém Holář, MdP, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses.

MFD (23.11.1996): Jsme ochotni investovat do vlastní suverenity?, Gastbeitrag von Michal Lobkowicz, MdP, Vizevorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses.

MFD (20.12.1996): Deklarace neuzavírá prostor pro jednotlivce, míní Vondra, Interview mit Vizeaußenminister Alexandr Vondra.

MFD (3.3.1997): Sousedné země na svá letectva nezapomínají, Gastbeitrag von Hynek Fajmon, Berater im Verteidigungsministerium.

MFD (15.3.1997): Zeman klame veřejnost o omezení suverenity. O podřízení armády rozhoduje vláda, Gastbeitrag von Hynek Fajmon, Berater im Verteidigungsministerium.

MFD (21.3.1997): Prosazovat referendum o NATO je neodpovědné, Gastbeitrag von Michal Lobkowicz, MdP, Vizevorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhaus.

MFD (2.5.1997): Bezpečnost republiky především, Gastbeitrag von Drahoslava Bartošková, MdP.

MFD (7.5.1997): Ke vstupu do NATO máme dobré důvody, Gastbeitrag von Hynek Fajmon, Mitarbeiter im Verteidigungsministerium.

MFD (15.5.1997): Teprve rozšířením NATO padne železná opona, Gastbeitrag von Michal Lobkowicz, MdP.

MFD (27.5.1997): Jaká je cena za strategickou nezávislost, Gastbeitrag von Václav Benda, Senator.

MFD (29.5.1997): Radikální změně brání politická filozofie ODS, Gastbeitrag von Jiří Dienstbier, ehemaliger Außenminister der ČSFR.

MFD (12.6.1997a): Zahraniční politika a naše současná krize, Gastbeitrag von Jiří Dienstbier, ehemaliger Außenminister der ČSFR.

MFD (12.6.1997b): Čeká nás rozmístění spojeneckých vojsk a jaderných zbraní?, Gastbeitrag von Hynek Fajmon, Berater im Verteidigungsministerium.

MFD (23.6.1997): Co pro nás znamená nynější rozšíření NATO, Gastbeitrag von Marek Benda, MdP.

MFD (24.6.1997): Což takhle dát si NATO, Gastbeitrag von Jiří Vyvadil, Senator.

MFD (25.6.1997): Vondra: Pozvání do NATO je výsledkem letitého úsilí, Interview mit Alexandr Vondra, tschechischer Botschafter in den USA.

MFD (30.6.1997): Rozšíření NATO je zejména otázkou důvěry, Gastbeitrag von Hynek Fajmon, Mitarbeiter im Verteidigungsministerium.

MFD (17.7.1997): V alianci musíme být odpovědným spojencem, Gastbeitrag von Hynek Fajmon, Mitarbeiter im Verteidigungsministerium.

MFD (16.8.1997): Neutralita se v Evropě stává anachronismem, Gastbeitrag von Hynek Fajmon, Mitarbeiter im Verteidigungsministerium.

MFD (10.9.1997): Armáda potřebuje peníze a odvážné politiky, jinak bude těžko nabízet kvalitní služby, Gastbeitrag von Hynek Fajmon, Berater im Außenministerium.

MFD (13.9.1997): Po jaké cestě se vydá česká armáda?, Gastbeitrag von Petr Nečas, MdP, Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit.

MFD (10.10.1997): Kde bude naše místo v Severoatlantické alianci, Gastbeitrag von Hynek Fajmon, Mitarbeiter im Verteidigungsministerium.

MFD (17.10.1997): Ruml: Nejsem mesiáš, který má pro Evropu řešení, Interview mit Innenminister Jan Ruml.

MFD (8.11.1997a): S modernizací vojenského letectva neotálet, Gastbeitrag von Hynek Fajmon, Berater im Außenministerium.

MFD (8.11.1997b): Vstup do NATO: jediná možnost, Gastbeitrag von Jana Marcová, MdP.

MFD (12.11.1997): Rozšíření aliance: větší bude také lepší, Gastbeitrag von Hynek Fajmon, Berater im Außenministerium.

MFD (10.12.1997): Tři dobré zprávy ze Severoatlantické aliance, Gastbeitrag von Hynek Fajmon, Berater im Außenministerium.

MFD (8.1.1998): Toškovského kabinet nehodlá armádu šít, tvrdí Lobkowicz, Interview mit Verteidigungsminister Michal Lobkowicz.

MFD (22.5.1998a): Zieleniec: Republika nemůže zůstat mimo, Interview mit Josef Zieleniec, ehemaliger Außenminister.

MFD (22.5.1998b): Grebeníček: Strkáme hlavu do chomoutu, Interview mit Miroslav Grebeníček, Vorsitzender der KSČM.

MFD (23.7.1998): Kavan chce vstoupit do Evropské unie během pěti leti, Interview mit Außenminister Jan Kavan.

MFD (13.8.1998): Nadstandardní vztahy s Německem jsou národním zájmem, říká Egon Lánský, Interview mit Vizepremierminister Egon Lánský.

MFD (31.8.1998): Kritici vlády nabili slepými patronami, Gastbeitrag von Außenminister Jan Kavan.

MFD (3.11.1998): Nemáme se čeho bát kromě sebe samých, vlastních selhání a sobectví, Gastbeitrag von Jiří Dienstbier, ehemaliger Außenminister der ČSFR.

MFD (10.11.1998): Ministr: K demisi není důvod, Interview mit Außenminister Jan Kavan.

MFD (11.11.1998): Bašta: To, co Kavan řekl, mohlo mít pozitivní vliv, Interview mit Jaroslav Bašta, Minister ohne Geschäftsbereich.

MFD (11.3.1999): Vstupujeme do lepšího období dějin, Gastbeitrag von Vizeverteidigungsminister Jan Novotný.

- MFD (13.3.1999): Čtyři ministři zahraničí o NATO, Aussagen der vier Außenminister Dienstbier, Zieleniec, Šedivý und Kavan.
- MFD (17.3.1999): Musíme přijmout svůj díl za obranu a zajištění společných hodnot, Gastbeitrag von Jiří Dienstbier, ehemaliger Außenminister der ČSFR.
- MFD (1.4.1999): Jiný pohled na jugoslávskou krizi, Gastbeitrag von Parlamentspräsident Václav Klaus.
- MFD (12.4.1999): Kavan: Pozemní síly by mohly chránit běžence, Interview mit Außenminister Jan Kavan.
- MFD (14.4.1999): V Kosovu jde o budoucnost Evropy, Gastbeitrag von Michael Žantovský, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats.
- MFD (15.4.1999): Věcná debata o zásahu NATO není zbabělost, Gastbeitrag von Jan Zahradil, MDP.
- MFD (11.5.1999): Exministr Zieleniec: Mlčením ke Kosovu nás politici táhnou na Východ, Interview mit Josef Zieleniec, ehemaliger Außenminister.
- MFD (8.6.1999): Jak velký bude náš díl odpovědnosti?, Gastbeitrag von Karel Kovanda, tschechischer NATO-Botschafter.
- MFD (23.7.1999): Základní služba! Co však s ostatními?, Gastbeitrag von Petr Nečas, MDP, Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit des Abgeordnetenhauses.
- MFD (30.9.1999): Vezmu na sebe jakýkoli díl odpovědnosti... ..Nechci se z ničeho vyhlávat, říká prezident, Interview mit Präsident Václav Havel.
- MFD (9.11.1999): Přemýšlejme, mluvm, pišme, vážně o evropské integraci, Gastbeitrag von Václav Klaus, Präsident des Abgeordnetenhauses.
- MFD (11.11.1999): ODS, evropská integrace a národní stát, Gastbeitrag von Jan Zahradil, MDP.
- MFD (28.12.1999): Realismus v mezinárodní politice, Petr Plečič, Mitglied der Kommission für Außenpolitik der ODS.
- MFD (28.2.2004): Václav Klaus: Vláda neumí řešit problémy... ..a dnešní EU není vítězstvím demokracie, Interview mit Präsident Václav Klaus.
- MFD (4.3.2004): Klausova evropská beznaděj, Gastbeitrag von Lubomír Zaorálek, Präsident des Abgeordnetenhauses.
- MFD (14.4.2004): Bratrská pomoc komunistům, Gastbeitrag von Jan Ruml, Vizepräsident des Senats.
- MFD (22.4.2004): Neztraťme se v unii!, Gastartikel von Präsident Václav Klaus.
- MFD (6.5.2004): Topolánek: Hraju dost vabank, ale vyhraju, Interview mit Mirek Topolánek, Vorsitzender der ODS.
- MFD (28.5.2004): Prezident vidí Evropu očima 80. let, Gastbeitrag von Lubomír Zaorálek, Präsident des Abgeordnetenhauses.
- MFD (18.6.2004): Nebyl bych horší než Špidla nebo Klaus, Interview mit Miroslav Ransdorf, MdEP.
- MFD (31.7.2004): Gross: Chci mít tah na branku, Interview mit Premierminister Stanislav Gross.
- MFD (14.8.2004): Snažili jsme se připravit vládu o hlasy, Interview mit Mirek Topolánek, Vorsitzender der ODS.
- MFD (11.9.2004): Se Špidlou na meče, s Grossem na kordy, Interview mit Petr Nečas, Vizevorsitzender der ODS.
- MFD (8.12.2004): Klaus dojal Kwasniewského Bílým lvem, Artikel mit Aussagen von Präsident Václav Klaus.
- MFD (10.1.2009): Gaza, plyn, a jsme v tom až po uši, Interview mit Vizepremierminister für Europäische Angelegenheiten Alexandr Vondra.
- MFD (29.1.2009): Bez atomu bude Evropa kořistí dravců, Gastbeitrag von Jan Březina, MdEP.
- MFD (21.2.2009): Že USA už nechtějí radar? Nesmysl, Interview mit Außenminister Karel Schwarzenberg.
- MFD (8.4.2009): Radar v ledničce, Interview mit Vizepremierminister für Europäische Angelegenheiten Alexandr Vondra.
- MFD (16.5.2009): Politici, je krize, snižme si platy, Interview mit Jana Bobošíková, MdEP.
- MFD (1.8.2009): Zatím ještě škrtý přežijeme, ale..., Interview mit Verteidigungsminister Martin Barták.
- MFD (18.9.2009): Radar nebude. Rusko vyhrálo, Artikel mit Aussagen mehrerer Politiker.
- MFD (19.9.2009): Co bude po radaru, Interview mit Außenminister Jan Kohout.
- MFD (10.10.2009): Klaus vyvolává pocit, že jsme slabí, Interview mit Karel Schwarzenberg, Vorsitzender von TOP09.

Právo

- Právo (31.10.1995): Česká vláda nemůže čelit německým požadavkům kabinetní politikou, Interview mit Jiří Holub, außenpolitischer Koordinator des LB.
- Právo (8.11.1995): Bosna a vládní horlivost, Gastbeitrag von Marie Stiborová, MDP.
- Právo (18.11.1995): Jsem demokrat a respektuji i strany, které me nejsou sympatické, Interview mit Präsident Václav Havel.
- Právo (19.1.1996): Jednání dva plus čtyři a my, Gastbeitrag von Jiří Dienstbier, ehemaliger Außenminister der ČSFR.

Právo (25.1.1996): Událost roku 1995?, Gastbeitrag von Otakar Vychodil, MdP, Vizevorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses.

Právo (5.2.1996): Vstup do NATO je zásadním porušením suverenity státu, Gastbeitrag von Miroslav Vacek, ehemaliger Verteidigungsminister der ČSFR.

Právo (14.2.1996): Stát sám o sobě drogy nezvládne, Gastbeitrag von Oldřich Kužilek, MdP.

Právo (16.3.1996): Kladl jsem důraz, ať nejsme v evropské věci fundamentalisty, Interview mit Premierminister Václav Klaus.

Právo (19.3.1996): Princip kolektivní viny je amorální, ať se týká odsunu, nebo lustrací, Interview mit Jan Kavan, außenpolitischer Sprecher der ČSSD.

Právo (3.4.1996): Jako Evropané vnímáme spíše to, co nás spojuje, Interview mit Außenminister Josef Zieleniec.

Právo (13.4.1996): Vstupem do NATO ušetříme, neutralita by přišla draho, Interview mit Vizeverteidigungsminister Petr Nečas.

Právo (20.4.1996): Nikdy jsem neřekl, že text česko-německé deklarace je již hotov, Interview mit Außenminister Josef Zieleniec.

Právo (20.5.1996): Katastrofu můžete udělat i v nejstabilnější společnosti, Interview mit Außenminister Josef Zieleniec.

Právo (28.5.1996): Všechny strany kopírují republikánský program, Interview mit Miroslav Sládek, Vorsitzender der SPR-RSČ.

Právo (10.6.1996): Dohoda v zahraniční politice je nutná, Gastbeitrag von Michal Lobkowicz, MdP.

Právo (14.6.1996): Svět není z povolební situace vylekán, Gastbeitrag von Jan Kavan, außenpolitischer Sprecher der ČSSD.

Právo (18.10.1996): Armáda, která pořádně necvičí, přestává být věrohodnou, Interview mit Petr Nečas, MdP, Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit des Abgeordnetenhauses.

Právo (26.10.1996): Přeprocovávání česko-německé deklarace by nás vrátilo zpět, Interview mit Vilém Holář,

Právo (1.11.1996): Profesionalizaci armády nelze zbytečně uspěchat, Interview mit Vizeverteidigungsminister Vladimír Šuman.

Právo (16.12.1996a): Česko-německé deklarace se u nás nemusí nikdo bát, Interview mit Vizeaußenminister Alexandr Vondra.

Právo (16.12.1996b): Proč KSČM deklaraci nepodpoří, Gastbeitrag von Miroslav Grebeníček, Vorsitzender der KSČM.

Právo (17.12.1996): Schválení deklarace je v zájmu ČR, Gastbeitrag von Zdeněk Jičínský, MdP.

Právo (3.1.1997): Pro koho se dělá zahraniční politika?, Gastbeitrag von Lubomír Zaorálek, MdP, Vizevorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses.

Právo (12.4.1997): Jsem ministr také těch občanů, co nejsou pro vstup do Aliance, Interview mit Außenminister Josef Zieleniec.

Právo (28.4.1997): NATO – odpověď na některé otázky, Gastbeitrag von Luděk Zahradníček, Senator.

Právo (29.4.1997): Koalice, opozice a NATO, Gastbeitrag von Petr Nečas, MdP, Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit des Abgeordnetenhauses.

Právo (12.5.1997): Rizika vstupu ČR do NATO, Gastbeitrag von Miroslav Grebeníček, Vorsitzender der KSČM.

Právo (22.5.1997): V poslanecké skupině pro NATO jsou i sociální demokraté, Interview mit Vilém Holář, MdP, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses.

Právo (9.10.1997): Naivita české (zahraniční) politiky, Gastbeitrag von Egon T. Lánský, Senator.

Právo (11.10.1997): Zahraniční politika jako kšeft, Gastbeitrag von Pavel Dostál, MdP.

Právo (14.10.1997): Chceme získat v NATO statut jako Norsko a Dánsko, Interview mit Senator Jan Kavan.

Právo (11.11.1997): NATO u nás nerozmístí ani jaderné zbraně, ani stálé vojenské jednotky, Interview mit Vizeverteidigungsminister Karel Kovanda.

Právo (25.11.1997): Rozšíření NATO bude drahé, Gastbeitrag von Miroslav Grebeníček, Vorsitzender der KSČM.

Právo (15.1.1999): Po případném vstupu ČR do NATO budeme modifikovat svou politiku, Interview mit Václav Exner, MdP.

Právo (30.1.1999): Havel nepovažuje nyní menšinovou vládu za dobrou, dal by přednost většinové, Interview mit Präsident Václav Havel.

Právo (2.2.1999): Nemůžeme preferovat jen letce, Interview mit Verteidigungsminister Vladimír Vetchý.

Právo (19.2.1999): Rušení ambasad je krajně nevhodný způsob úspor, Interview mit Außenminister Jan Kavan.

Právo (15.3.1999): V Alianci nejsou žádní členové druhé kategorie, Interview mit Außenminister Jan Kavan.

Právo (25.3.1999): Bombardování bude blamáž, Interview mit Jiří Dienstbier, ehemaliger Außenminister der ČSFR.

Právo (26.3.1999): Za akci NATO v Kosovu neseme politickou spoluodpovědnost, Interview mit Jan Zahradil, MdP.

Právo (27.3.1999): Je třeba zastavit útoky NATO a začít jednat, Interview mit Vladimír Laštůvka, MdP.

Právo (1.4.1999): Po krizi ekonomiky i krize zahraniční, Gastbeitrag von Miroslav Grebeníček, Vorsitzender der KSČM.

Právo (7.4.1999): Ministerstvo vnitra chce na území ČR vybudovat pátý uprchlický tábor, Interview mit Vizeinminister Jaroslav Kopřiva.

Právo (13.4.1999): Neumím si představit vstup sil ČR bez souhlasu JSR, Interview mit Außenminister Jan Kavan.

Právo (16.4.1999): Pozemní operace v Jugoslávii by byla neskonale efektivnější, Interview mit Ivan Langer, Vizepräsident der ODS und des Abgeordnetenhauses.

Právo (21.4.1999): Loajalita k NATO a rozum, Gastbeitrag von Zdeněk Jičínský, MdP.

Právo (26.4.1999): Plést loajalitu se servilitou je přežitek bolševismu, Interview mit Premierminister Miloš Zeman.

Právo (29.4.1999a): Trapná není vláda, ale prezident, Interview mit Miroslav Grebeníček, Vorsitzender der KSČM.

Právo (29.4.1999b): Nová Evropa versus imperiální strategie, Gastbeitrag von Zdeněk Jičínský, MdP.

Právo (3.5.1999): Nemůžeme být černí pasažéři NATO, Interview mit Innenminister Jan Ruml.

Právo (10.5.1999): Havel v roli jestřába, Gastbeitrag von Zdeněk Jičínský, MdP.

Právo (11.5.1999): Má NATO právo utočit?, Gastbeitrag von Zdeněk Koudelka, MdP.

Právo (14.5.1999): Kosovská rizika, Gastbeitrag von Jaroslav Zvěřina, MdP.

Právo (3.7.1999): ‚Jsem schopn dělat kompromisy, ale vždycky mám za sebou práh, za který necouvnu,‘ říká Jiří Dienstbier, Interview mit Jiří Dienstbier, ehemaliger Außenminister der ČSFR.

Právo (8.7.1999): Naše politické vztahy s Ruskem jsou minimální, Interview mit Luboš Dobrovýk, tschechischer Botschafter in Russland.

Právo (28.9.1999): Pštroší reflexy české politiky, Gastbeitrag von Miroslav Grebeníček, Vorsitzender der KSČM.

Právo (12.10.1999): Stále máme šanci vstoupit v první vlně, Gastbeitrag von Außenminister Jan Kavan.

Právo (30.10.1999): Západ zase o nás bez nás?, Gastbeitrag von Jiří Payne, MdP, Vizevorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses.

Právo (4.12.1999): ČR je poněkud v zajetí německé představy o EU, Interview mit Jan Zahradil, MdP.

Právo (8.12.1999): Mějmy citizádost vstoupit do Evropské unie mezi první, Tavel Telička, Verhandlungsführer für die EU-Beitrittsverhandlungen.

Právo (11.12.1999): Nepřijetí do Unie by vedlo k devastaci ekonomiky ČR, Interview mit Pavel Rychetský, Vizepremierminister.

Právo (1.2.2003): Chci, aby existoval mandát Rady Bezpečnosti k Iráku, Interview mit Außenminister Cyril Svoboda.

Právo (17.-18.1.2004): Evropa nemůže mít jinou zahraniční politiku než USA, Interview mit Mirek Topolánek, Vorsitzender der ODS.

Právo (7.2.2004): Ztraceni v Akci pravda, Gastbeitrag von Jiří Dienstbier, ehemaliger Außenminister der ČSFR.

Právo (4.3.2004): Nepředpokládám, že Švédové udělají nějakou velkou chybu, Interview mit Verteidigungsminister Miroslav Kostelka.

Právo (26.3.2004): Svět není v slepé uličce, Gastbeitrag von Lubomír Zaorálek, Präsident des Abgeordnetenhauses.

Právo (8.4.2004): Teroristům je třeba vzít zdroje, Gastbeitrag von Radim Turek, MdP.

Právo (15.4.2004): Horko v Iráku – odejít, či zůstat?, Gastbeitrag von David Šeich, MdP, Vizevorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses.

Právo (24.-25.4.2004): S prezidentem se lišíme ve všem, co se týká EU, Interview mit Premierminister Vladimír Špidla.

Právo (22.-23.5.2004): Myslím, že na post předsedy ODS bude jen jeden kandidát, Interview mit Petr Nečas, MdP, Vizevorsitzender der ODS.

Právo (29.-30.5.2004): Evropa není hrozba, před níž je třeba hledat ochranu u blanických rytířů, říká Josef Zieleniec, Interview mit Josef Zieleniec, Senator.

Právo (2.6.2004): Co s Věrou?, Gastbeitrag von Petr Nečas, MdP, Vizevorsitzender der ODS.

Právo (9.6.2004): Nelze být Evropanem jen napůl, Gastbeitrag von Premierminister Vladimír Špidla.

Právo (18.6.2004): Konec naší účasti v Iráku není útok vůči spojencům, Interview mit Verteidigungsminister Miroslav Kostelka.

Právo (21.6.2004): V Unii máme tutěž suverenitu jako jiní, Interview mit Premierminister Vladimír Špidla.

Právo (7.9.2004): Terorismus je jinude, než se namalovali generálové USA, Interview mit Jan Kasal, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses.

Právo (15.9.2004): Co je koncept bojových uskopení, Gastbeitrag von Vizeverteidigungsminister Jan Winkler.

Právo (13.10.2004): Sbohem, armádo!, Gastbeitrag von Petr Nečas, Vizevorsitzender der ODS.

Právo (14.10.2004): Český píseček a zahraniční politika, Gastbeitrag von Premierminister Stanislav Gross.

Právo (25.10.2004): Česko není na mušce teroristů v první linii, Interview mit Verteidigungsminister Karel Kühnl.

Právo (23.11.2004): Volby prezidenty vrhly Ukrajinu na okraj chaosu, Artikel mit Aussagen von Außenminister Cyril Svoboda.

Právo (24.11.2004): Ukrajině hrozí občanská válka, Artikel mit Aussagen von Vizeaußenminister Jan Winkler.
 Právo (1.12.2004): Ukrajinská krize se znovu vyhrtila, Artikel mit Aussagen von Präsident Václav Klaus.
 Právo (2.12.2004): Soupeři na Ukrajině se musejí nabídnout podle Klausovy záruky, Artikel mit Aussagen von Präsident Václav Klaus.
 Právo (3.12.2004): Europoslanci jsou pro opakování voleb, Artikel mit Aussagen mehrerer MdEP.
 Právo (4.-5.12.2004): Oranžová může pomoci demokracii, Gastbeitrag von Lubomír Zaorálek, Vizevorsitzender des Abgeordnetenhauses.
 Právo (8.12.2004): Visegrádská čtyřka podpořila evropskou integraci Ukrajiny, Artikel mit Aussagen von Außenminister Cyril Svoboda.
 Právo (31.1.2005): Ruku Ukrajincům, Gastbeitrag von Libor Rouček, MdEP.
 Právo (5.1.2009): Afghánistán – čím víc, tím hůř, Gastbeitrag von Jiří Paroubek, Vorsitzender der ČSSD.
 Právo (8.1.2009): Rusko a Ukrajina dost riskují, Interview mit Václav Bartuška, Sondergesandter für Energiesicherheit.
 Právo (10.1.2009): Takhle si s Evropou nezahrávali ani Sověti, Interview mit Industrie- und Handelsminister Martin Říman.
 Právo (23.1.2009): Ministry plyn nezajímá?, Gastbeitrag von Jeroným Tejc, MdP.
 Právo (24.-25.1.2009): Topolánek: S Putinem se rozumím, Interview mit Premierminister Mirek Topolánek.
 Právo (12.2.2009): Příběh touhy, chamtivosti a bezpečí, Gastbeitrag von Innenminister Ivan Langer.
 Právo (5.5.2009): Lisabon v Senátu – konečně, Gastbeitrag von Jiří Dienstbier, Senator.
 Právo (23.6.2009): Plynová krize se bude do konce roku opakovat, Interview mit Václav Bartuška, Sondergesandter für Energiesicherheit.
 Právo (27.-28.6.2009): Klaus: Dovedu si představit souhru ODS a ČSSD, Interview mit Präsident Václav Klaus.
 Právo (19.9.2009): Topolánek: Musím zvážit, zda jsem nositelem vítězství, nebo spíš znamením prohry, Interview mit Mirek Topolánek, Vorsitzender der ODS.
 Právo (21.9.2009): Paroubek píše Havlovi, offener Brief von Jiří Paroubek, Vorsitzender der ODS, an Václav Havel.
 Právo (22.9.2009): Americká lekce naivním Čechům, Gastbeitrag von Jiří Dienstbier, Senator.
 Právo (13.10.2009): Listinu práv EU jsme se nezabývali – nebyl důvod, Interview mit Karel Schwarzenberg, Vorsitzender von TOP09.
 Právo (17.10.2009): Lisabonská smlouva oslabuje členské státy a občany, Gastbeitrag von Präsident Václav Klaus.
 Právo (23.10.2009): Klaus bojuje proti Čechům, Gastbeitrag von Alena Gajdůšková, Vizepräsidentin des Senats.
 Právo (27.10.2009): Duchů, jež jsi zplodil..., Gastbeitrag von Jiří Dienstbier, Senator.
 Právo (2.11.2009): Co je vlastně v ‚národním zájmu‘, Gastbeitrag von EU-Kommissar Vladimír Špidla.
 Právo (4.11.2009): Evropská integrace už výrazně škodí parlamentní demokracii, Gastbeitrag von Präsident Václav Klaus.
 Právo (16.11.2009): Armáda a obrana vlasti, Gastbeitrag von Vlasta Parkanová, MdP.
 Právo (19.11.2009): Americký systém včasné výstrahy by měla být jedna místnost v Praze, Interview mit Außenminister Jan Kohout.

RP (Rudé Právo)

RP (15.1.1990): Obnovit důvěru k Bezpečnosti, Artikel mit Aussagen von Richard Sacher, Innenminister der ČSSR.
 RP (15.3.1990): Československo, Evropa, bezpečnost, neutralita, Interview mit Vasil Mohorita, Generalsekretär des ZK der KSČM und MdP.
 RP (5.4.1990): Náš příspěvek k bezpečnosti v Evropě, Artikel mit Aussagen von Jiří Dienstbier, Außenminister der ČSSR.
 RP (18.5.1990): Na rovnoprávném základě, Interview mit Rudolf Slánský, tschechoslowakischer Botschafter in der UdSSR.
 RP (10.11.1990): Stůjme na vlastních nohou, Interview mit Richard Král, Mitarbeiter im Außenministerium, Haló Sobota (Wochenendbeilage zur Rudé Právo).
 RP (29.11.1990): Budeme kopírovat bundeswehr?, Interview mit Vizeverteidigungsminister Antonín Rašek.
 RP (1.12.1990): Je protimyslné tonout v mindráčích a podbízet se, Interview mit Čestmír Cisař, Berater des Außenministers, Haló Sobota (Wochenendbeilage zur Rudé Právo).
 RP (28.1.1991): Armáda bez peněz na nové zbraně, Interview mit Verteidigungsminister Luboš Dobrovský.
 RP (1.2.1991): Kdy bude v ulicích bezpečno?, Interview mit Tomáš Sokol, Innenminister der Tschechischen Republik.
 RP (7.3.1991): Přibližování k NATO má politický charakter, Interview mit Verteidigungsminister Luboš Dobrovský.
 RP (20.8.1991a): Reakce čs. politické scény, Sammlung von Aussagen mehrerer Politiker.

- RP (20.8.1991b): Zaostřena ochrana našich hranic, Artikel mit Aussagen von Verteidigungsminister Luboš Dobrovský.
- RP (21.8.1991): Neústavní moc, Artikel mit Aussagen von Präsident Václav Havel.
- RP (22.8.1991): Cítil jsem to v kostech, Interview mit Michal Kocáb, MdP, Verhandlungsführer für den Abzug der sowjetischen Truppen.
- RP (23.8.1991): Demokracie vyhrála další velkou bitvu, Sammlung von Aussagen mehrerer Politiker.
- RP (2.9.1991): Kriminalita nabyla hrůzných rozměrů, Interview mit Leon Richter, Justizminister der ČSFR.
- RP (9.9.1991): Die Welt napsal víc, než řekl Dienstbier, Artikel mit Aussagen von Außenminister Jiří Dienstbier.
- RP (18.10.1991): Ví Genscher, co v Praze podepsal?, Gastbeitrag von Richard Král, ehemaliger Mitarbeiter des Außenministeriums.
- RP (19.10.1991): Právník FMZV: Všechno v pořádku. Dr. Král: Vydáváme se v nebezpečí, Erwiderung von Zdeněk Pisk, Mitarbeiter des Außenministeriums.
- RP (11.11.1991): Ministr Dienstbier a čs.-německá smlouva, Gastbeitrag von Slavomír Klaban, Ehrenvorsitzender der ČSSD, und Dalibor Plichta.
- RP (30.12.1991): Před naší hloupostí nás nikdo neochrání, Interview mit Außenminister Jiří Dienstbier.
- RP (6.2.1992): Chceme do Evropy, ne do Německa, Interview mit Jan Stráský, Vizepremierminister der Tschechischen Republik.
- RP (25.2.1992a): Spory o výraz ‚navrácení‘, Artikel mit Aussagen von Petr Pithart, Premierminister der Tschechischen Republik.
- RP (25.2.1992b): Hranice 25. února 1948 je nepřekročitelná, Interview mit Petr Pithart, Premierminister der Tschechischen Republik.
- RP (13.4.1992): Musíme brát v úvahu naše národní zájmy, Interview mit Vizeaußenminister Martin Palouš.
- RP (11.8.1992): Od 1. října už nastoupí branci podle územního principu, Interview mit Verteidigungsminister Imrich Andrejčák.
- RP (16.9.1992): Odmítám manévrování, které by Slovensko postavilo do role rozbíječe státu, Interview mit Josef Zieleniec, Außenminister der Tschechischen Republik.
- RP (27.1.1993): Vypsáním nových voleb bychom odešli od denních problémů občanů, Interview mit Jiří Horák, Vorsitzender der ČSSD.
- RP (11.2.1993): Premiér Klaus nemá žádnou koncepci zahraniční politiky, Interview mit Jiří Dienstbier, ehemaliger Außenminister der ČSFR.
- RP (22.2.1993): Nechceme klást všechna vajíčka do stejného košíku, Interview mit Außenminister Josef Zieleniec.
- RP (24.2.1993): Ilegální migrace nemůže zůstat na bedrech jednoho státu, Interview mit Innenminister Jan Ruml.
- RP (15.3.1993): Jsem odpůrce plošných čistek, Interview mit Verteidigungsminister Antonín Baudyš.
- RP (19.3.1993): Podmínkou vyrovnání je skutečná znalost minulosti, Interview mit Jiří Payne, MdP, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses.
- RP (21.4.1993): Bylo by neodpovědné podepsat smlouvu se SRN bez hranice se SR, Interview mit Außenminister Josef Zieleniec.
- RP (9.9.1993): Také v Německu jsou vztahy ČR-SRN vnitropolitickým problémem, Interview mit Außenminister Josef Zieleniec.
- RP (11.1.1994): Visegrád není výmysl Západu, Interview mit Jiří Dienstbier, ehemaliger Außenminister der ČSFR.
- RP (19.5.1994): Česká republika už není v Evropě v roli nováčka, Interview mit Außenminister Josef Zieleniec.
- RP (21.5.1994): Pokud někam jedete, musíte zaplatit jízdenku, Interview mit Verteidigungsminister Antonín Baudyš.
- RP (10.6.1994): Obávám se, že s Baudyšem bych se neměl o čem bavit, Interview mit Miroslav Vacek, ehemaliger Verteidigungsminister der ČSFR.
- RP (28.11.1994): Ropa, bezpečnost státu a agenti, Gastbeitrag von Miroslav Čapek, MdP.
- RP (7.12.1994): České národní zájmy a zahraniční politika, Gastbeitrag von Zdeněk Jičínský, MdP 1990-1992 und 1996-2010.
- RP (21.12.1994): Je na ČR, aby zakotvila ve společenství států i národů, s nimiž chce žít, Interview mit Außenminister Josef Zieleniec.
- RP (5.1.1995): Rusko, NATO a naše armáda, Gastbeitrag von Antonín Rašek, ehemaliger Vizeverteidigungsminister der ČSFR und Vorsitzender der Kommission für Verteidigung der ČSSD.
- RP (11.1.1995): My Češi máme občas tendence přeceňovat svou úlohu v Evropě, Interview mit Otakar Vychodil, MdP, Vizevorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses.
- RP (16.1.1995): Lustracemi se terorismus nezadrží, Gastbeitrag von Jaroslav Bašta, Mitglied des Komitees für Sicherheit der ČSSD.
- RP (24.2.1995): Ani do NATO, ani českou armádu?, Gastbeitrag von Antonín Rašek, ehemaliger Vizeverteidigungsminister der ČSFR und Vorsitzender der Kommission für Verteidigung der ČSSD.

- RP (28.2.1995): K Evropské unii musí být jedině individuální přístup, Interview mit Vizeaußenminister Pavel Bratinka.
- RP (17.3.1995): Rozhodnout by mělo referendum, Gastbeitrag von Marie Stiborová, MdP.
- RP (3.4.1995): Český premiér a evropská integrace, Gastbeitrag von Zdeněk Jičínský, MdP 1990-1992 und 1996-2010.
- RP (14.4.1995): Nebezpečné hrátky s neutralitou, Gastbeitrag von Otakar Vychodil, MdP, Vizevorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses.
- RP (7.10.1995): Rusko se změnilo – obávaná totalitní velmoc je pryč, Interview mit Rudolf Slánský, tschechischer Botschafter in Russland.

Rz (Rzeczpsopolita)

- Rz (10.-11.2.1990): Trzy kierunki, Bericht von einer Pressekonferenz von Außenminister Krzysztof Skubiszewski.
- Rz (22.2.1990): Godzina próby, Erklärung von Premierminister Tadeusz Mazowiecki.
- Rz (21.3.1990): Rejs 006 do Ameryki, Interview mit Premierminister Tadeusz Mazowiecki.
- Rz (27.4.1990): W interesie narodu polskiego, Gastbeitrag von Bronisław Geremek, MdP.
- Rz (15.5.1990): Brak systemu bezpieczeństwa, Interview mit Außenminister Krzysztof Skubiszewski.
- Rz (5.7.1990): Wspólnie i oddzielnie, Interview mit Präsident Lech Wałęsa.
- Rz (13.7.1990): Polityka ma być atrakcyjna, Interview mit Kazimierz Dziewanowski, polnischer Botschafter in Washington, D.C.
- Rz (8.8.1990): Zmiana kursu, Interview mit Verteidigungsminister Piotr Kołodziejczyk.
- Rz (22.8.1990): Układ Warszawski – W „klubie“ lub poza nim?, Interview mit Jerzy Nowak, Bevollmächtigter für die Reformverhandlungen im Warschauer Pakt.
- Rz (5.10.1990): Premier o polityce zagranicznej, Wiedergabe von Interviewaussagen von Premierminister Tadeusz Mazowiecki.
- Rz (16.11.1990): Do Europy bez balastu, Interview mit Außenminister Krzysztof Skubiszewski.
- Rz (9.1.1991): Na dobrym torze, Wiedergabe von Aussagen von Krzysztof Skubiszewski, nominiert für das Amt des Außenministers, bei einer Anhörung vor den Ausschüssen des Parlaments.
- Rz (25.3.1991): Stosunki polsko-amerykańskie. Przyjaźń i nadzieja, Interview mit Außenminister Krzysztof Skubiszewski.
- Rz (29.3.1991): Wojsko ma mniej tajemnic, Interview mit Verteidigungsminister Piotr Kołodziejczyk.
- Rz (19.6.1991): Nie można liczyć tylko na opatrność, Interview mit Vizeverteidigungsminister Janusz Onyszkiewicz.
- Rz (27.-28.7.1991): Pentagonalna szóstka, Interview mit Außenminister Krzysztof Skubiszewski.
- Rz (29.8.1991): Po wydarzeniach w Związku Radzieckim. Polskie wnioski z kryzysu, Sammlung von Aussagen mehrerer Politiker.
- Rz (11.9.1991): Alert odwołany, Interview mit Verteidigungsminister Piotr Kołodziejczyk.
- Rz (23.11.1993): Porzucona Europa Środkowa, Gastbeitrag von Vizeverteidigungsminister Radosław Sikorski.
- Rz (24.3.2004): Bezpodstawne obawy, Gastbeitrag von Verteidigungsminister Jerzy Szmajdziński.
- Rz (16.8.2004): Nieodświętne o wojsku, Gastbeitrag von Verteidigungsminister Jerzy Szmajdziński.
- Rz (11.9.2004): Czarny symbol, Gastbeitrag von Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz.
- Rz (5.11.2004): Zgoda na nową Komisję, Artikel mit Aussagen von Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz.
- Rz (8.11.2004): Nowe dowody nadużyć. Piętnaście tysięcy zwolenników Wiktora Juszczonki przyszło na wiec w Kijowie, Artikel mit Aussagen von Janusz Onyszkiewicz, Vizepräsident des Europäischen Parlaments.
- Rz (9.11.2004): Polska robi, co może?, Artikel mit Aussagen von Präsident Aleksander Kwaśniewski.
- Rz (13.11.2004): Apel do nieobecnych, Artikel mit Aussagen von Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz.
- Rz (17.11.2004): Juszczenko traci punkty, Artikel mit Aussagen mehrerer MdEP.
- Rz (23.11.2004a): Rozczarowani fałszerstwami, Artikel mit Aussagen von Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz.
- Rz (23.11.2004b): Mówi Adam Rotfeld, sekretarz stanu w MSZ, Gastbeitrag von Vizeaußenminister Adam Rotfeld.
- Rz (23.11.2004c): Fałszywe zwycięstwo. W centrum Kijowa wczoraj ‚pomarańczowa rewolucja‘ zwolenników Wiktora Juszczonki, Artikel mit Aussagen von Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz.
- Rz (24.11.2004a): Jak pomóc sąsiadom, Artikel mit Aussagen mehrerer Politiker.
- Rz (24.11.2004b): Janukowycz musi odejść, Artikel mit Aussagen von Donald Tusk, MdP.
- Rz (24.11.2004c): Ukraina zepsuła szczyt, Artikel mit Aussagen von Marek Siwiec, MdEP.
- Rz (24.11.2004d): Specjalnie dla ‚Rzeczpsopolitej‘, Gastbeitrag von Zbigniew Brzeziński, ehemaliger Sicherheitsberater des US-Präsidenten.
- Rz (24.11.2004e): Juszczenko prosi o pomoc. Wałęsa gotów podjąć się mediacji, Artikel mit Aussagen von Ex-Präsident Lech Wałęsa.
- Rz (25.11.2004a): Wałęsa leci do Kijowa, Artikel mit Aussagen mehrerer Politiker.

- Rz (25.11.2004b): Warszawa nie zostawi Ukrainy, Artikel mit Aussagen mehrerer MdP.
- Rz (25.11.2004c): Warszawa z Juszczenką, Artikel mit Aussagen von Präsident Aleksander Kwaśniewski.
- Rz (27.11.2004): O Wschodzie i samolotach, Interview mit Ex-Präsident Lech Wałęsa.
- Rz (29.11.2004): Polska na pomarańczowo, Artikel mit Aussagen mehrerer Politiker.
- Rz (10.12.2004): Dalekie miejsce w kolejce do Unii, Artikel mit Aussagen von Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz.
- Rz (14.12.2004): Obietnice bez konkretów, Artikel mit Aussagen von Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz.
- Rz (18.12.2004): Początek długiej drogi, Artikel mit Aussagen mehrerer Politiker.
- Rz (21.12.2004): Szanse dla Ukrainy, Artikel mit Aussagen von Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz.
- Rz (22.12.2004): Opinie polityków o bilansie pierwszych miesięcy Polski w UE, Sammlung von Aussagen mehrerer Politiker.
- Rz (24.12.2004a): Putin kontratakuje, Artikel mit Aussagen von Präsident Aleksander Kwaśniewski.
- Rz (24.12.2004b): Putin atakuje 'siły zewnętrzne', Artikel mit Aussagen von Präsident Aleksander Kwaśniewski.
- Rz (28.12.2004): Polscy politycy o ukraińskich wyborach, Sammlung von Aussagen mehrerer Politiker.
- Rz (29.12.2004): Nikt nie chciał kolejnej powtórki głosowania, Gastbeitrag von Grażyna Staniszevska, MdEP, Wahlbeobachterin in der Ukraine.
- Rz (6.1.2005): Prawica żąda wyjaśnień, SLD łagodzi emocje, Artikel mit Aussagen mehrerer MdP.
- Rz (12.1.2005): Data dla Kijowa, Artikel mit Aussagen von Präsident Aleksander Kwaśniewski.
- Rz (14.1.2005): Konieczna perspektywa członkostwa, Artikel mit Aussagen mehrerer Politiker.
- Rz (22.1.2005): Rachunek za ukraińską rewolucję, Artikel mit Aussagen von Agrarminister Wojciech Olejniczak.
- Rz (24.1.2005): Zagraniczni politycy o zmianach na Ukrainie, Sammlung von Aussagen ausländischer Politiker, darunter aber auch Präsident Aleksander Kwaśniewski.
- Rz (18.5.2009): Polska armia na czas wojny z kryzysem, Gastbeitrag von Sejmarschall Bronisław Komorowski.
- Rz (5.6.2009a): Rację mieli realiści, Gastbeitrag von Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der PiS und Ex-Premierminister.
- Rz (5.6.2009b): Unia potrzebna Polsce, Gastbeitrag von Ex-Präsident Aleksander Kwaśniewski.

Literaturverzeichnis

Soweit nichts anderes vermerkt ist, gilt für alle URL das Abrufdatum 25. März 2013.

a) Monographien, Sammelbände, Aufsätze in Sammelbänden und Zeitschriften sowie Online-Papiere

Aggestam, Lisbeth (2004): A European Foreign Policy? Role Conceptions and the Politics of Identity in Britain, France and Germany, Stockholm.

Almond, Gabriel A. (1956): Comparative Political Systems, in: Journal of Politics 18, S. 391-409.

Almond, Gabriel A. (1993): The Study of Political Culture, in: Berg-Schlosser, Dirk und Ralf Rytlewski (Hrsg.): Political Culture in Germany, Basingstoke/London, S. 13-27.

Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1963): The Civic Culture. Political attitudes and democracy in five nations, Princeton.

Batt, Judy/Lynch, Dov/Missiroli, Antonio/Ortega, Martin/Triantaphyllou, Dimitrios (2003): Partners and neighbours: a CFSP for a wider Europe, Paris, <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp064e.pdf>.

Beneš, Vít (2010): Český diskurz o mezinárodní roli Evropské unie, in: Drulák, Petr/Střítecký, Vít (Hrsg.): Hledání českých zájmů. Mezinárodní bezpečnost, Prag.

Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (1987): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18 (Hrsg.).

Berg-Schlosser, Dirk/Rytlewski, Ralf (1993): Political Culture in Germany, Basingstoke/London (Hrsg.).

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1996): The Social Construction of Reality: A Treatise in the Sociology of Knowledge, New York.

Berger, Thomas U. (1996): Norms, Identity and National Security in Germany and Japan, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, S. 317-356.

Berger, Thomas U. (1998): Cultures of Antimilitarism. National Security in Germany and Japan, Baltimore.

Brenner, Christiane (2009): Zwischen Ost und West. Tschechische politische Diskurse 1945-1948, München.

Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang (1999): Normen und Außenpolitik. Konstruktivistische Außenpolitiktheorie, Tübingen, <http://tobias-lib.uni-tuebingen.de/volltexte/2000/141/pdf/tap34.pdf>.

Boekle, Henning/Stahl, Bernhard (2003): Zum Stand der Vergleichenden Außenpolitikforschung, in: Joerßen und Stahl (Hrsg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Münster, S. 10-14.

Booth, Ken (1979): Strategy and Ethnocentrism, London.

Borkowski, Jan (2006): Rola Polski w kształtowaniu polityki wschodniej Unii Europejskiej na przykładzie Ukrainy (Hrsg.), Warschau.

Braun, Mats (2008): Modernisation Unchallenged: The Czech Discourse on European Unity, Prag.

Brenner, Christiane (2009): Zwischen Ost und West. Tschechische politische Diskurse 1945-1948, München.

Breuning, Marijke (1997): Culture, History, Role: Belgian and Dutch Axioms and Foreign Assistance Policy, in: Hudson, Valerie (Hrsg.): Culture and Foreign Policy, Boulder, S. 99-123.

Breuning, Marijke (2011): Role theory research in international relations: state of the art and blind spots, in: Harnisch, Sebastian/Frank, Cornelia/Maull, Hanns W. (Hrsg.): *Role Theory in International Relations. Approaches and analyses*, Abingdon/New York, S. 16-35.

Buzan, Barry/Wæver, Ole/de Wilde, Jaap (1998): *Security: A New Framework for Analysis*, Boulder.

Carlsnæs, Walter (2003): Foreign Policy, in: Carlsnæs, Walter/Risse, Thomas Risse/Simmons, Beth A. (Hrsg.): *Handbook of International Relations*, London, S. 331-349.

CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej) (1992): Stosunek Polaków do innych państw oraz wyobrażenia i uczuciach innych narodów do Polski. Komunikat z badań, Warszaw.

CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej) (1993): Bezpieczeństwo kraju w opinii publicznej. Komunikat z badań, Warszaw.

CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej) (1997): Bezpieczeństwo Polski i stosunki z sąsiadami. Komunikat z badań, Warszaw.

CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej) (2003): Symatia i niechęć do innych narodów. Komunikat z badań, Warszaw, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2003/K_184_03.PDF.

CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej) (2004): Wpływ ostatnich wydarzeń na Ukrainie na stosunek Polaków do Ukraińców, Warszaw, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2004/K_190_04.PDF

CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej) (2008): Stosunek Polaków do innych narodów. Komunikat z badań, Warszaw, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2008/K_193_08.PDF.

Checkel, Jeffrey T. (2004): Social constructivisms in global and European politics, in: *Review of International Studies* 30 (2), S. 229-244.

Checkel, Jeffrey T. (2006): Constructivism and EU politics, in: Jørgensen, Knud Erik, Mark A. Pollack and Ben Rosamond (Hrsg.): *Handbook of European Union Politics*, London, S. 57-76.

Cibulková, Petra (2011): Státy východní dimenze Evropské polityki sousedství v české zahraniční politice, in: Kořan, Michal (Hrsg.): *Česká zahraniční politika v roce 2010*, Prag, S. 206-224.

Ciesielski, Stanisław (2006): Umsiedlung der Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten nach Polen in den Jahren 1944-1947, Marburg.

Cornish, Paul/Edwards, Geoffrey (2001): Beyond the EU/NATO Dichotomy: The Beginnings of a European Strategic Culture, in: *International Affairs* 77 (3), S. 587-603.

Cornish, Paul/Edwards, Geoffrey (2005): The strategic culture of the EU: a progress report, in: *International Affairs* 81 (4), S. 801-820.

CVVM (Centrum pro výzkum veřejného mínění) (2001a): *Sympatie k cizím zemím*, Prag.

CVVM (Centrum pro výzkum veřejného mínění) (2001b): *Jaké problémy občany znepokojují*, Prag.

CVVM (Centrum pro výzkum veřejného mínění) (2005): *Náš vztah k jiným národům a národnostem*, Prag, http://cvvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c1/a3189/f3/100459s_ov50325.pdf.

CVVM (Centrum pro výzkum veřejného mínění) (2012a): *Vztah Čechů k národnostním skupinám žijícím v ČR – březen 2012*, Prag, http://cvvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c1/a6808/f3/ov120413.pdf.

CVVM (Centrum pro výzkum veřejného mínění) (2012b): *Očekávání do budoucna a názory na závažnost některých hrozeb pro Českou republiku – listopad 2012*, Prag, http://cvvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c1/a6933/f3/ov121219.pdf.

Davies, Norman: *Heart of Europe. The Past in Poland's Present*, New York 2001.

- Denca, Sorin (2009): Romania and EU Foreign Policy, in: CSFP Forum 7 (5), S. 1-7, http://www.eu-consent.net/library/FORNET/CFSP-Forum_vol7_no5.pdf.
- Desch, Michael C. (1998): Culture Clash. Assessing the Importance of Ideas in Security Studies, in: International Security 23 (1), S. 141-170.
- Dettke, Dieter (2004): Militärpolitik/Sicherheitspolitik, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Wiesbaden, S. 334-347.
- Diedrich, Thorsten/Heinemann, Winfried/Ostermann, Christian F. (2008): Der Warschauer Pakt – Von der Gründung bis zum Zusammenbruch (1955-1991) (Hrsg.), Berlin.
- Diez, Thomas (1998): The Economic Community Reading of Europe: Its Discursive Nodal Points and Ambiguities towards Westphalia, Copenhagen.
- Diez, Thomas (1999): Speaking Europe: the politics of integration discourse, in: Journal of European Public Policy 6 (4), S. S. 598-613.
- Diez, Thomas (2001): Europe as a Discursive Battleground: Discourse Analysis and European Integration Studies, in: Cooperation and Conflict 36 (1), S. 5-38.
- Dmowski, Roman: Niemcy, Rosya i kwestya polska, Lemberg 1908.
- Dörner, Andreas (2003): Politische Kulturforschung, in: Münkler, Herfried (Hrsg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs, Reinbeck, S. 587-620.
- Dostál, Vít/Karásek, Tomáš/Thim, Michal (2012): Agenda pro českou zahraniční politiku 2012, Prag.
- Drulák, Petr (2005): Probably a Regime, Perhaps a Union: European Integration in the Czech and Slovak Political Discourse, in: Sjursen, Helen (Hrsg.): Enlargement in perspective, Oslo.
- Drulák, Petr/Handl, Vladimír (2010): Hledání českých zájmů. Vnitřní rozmanitost a vnější akceschopnost, Prag.
- Drulák, Petr/Horký, Ondřej (2010): Hledání českých zájmů. Obchod, lidská práva a mezinárodní rozvoj, Prag.
- Drulák, Petr/Střítecký, Vít (2010): Hledání českých zájmů. Mezinárodní bezpečnost, Prag.
- Duffield, John S. (1998): World Power Forsaken. Political Culture, International Institutions, and German Security Policy after Reunification, Stanford.
- Eberhart, Adam (2008): Gra pozorów. Stosunki rosyjsko-białoruskie 1991-2008, Warschau.
- Eichler, Jan (2010): Mezi jestřábem a holubicí: Česko hledá demokratický mír, in: Drulák, Petr/Střítecký, Vít (Hrsg.): Hledání českých zájmů. Mezinárodní bezpečnost, Prag, S. 52-79.
- Fearon, James/Wendt, Alexander (2003): Rationalism v. Constructivism. A Skeptical View, in: Carlsnæs, Walter, Thomas Risse und Beth A. Simmons (Hrsg.): Handbook of International Relations, London, S. 52-72.
- Finnemore, Martha (1996): Constructing Norms of Humanitarian Intervention, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, S. 153-185.
- Florack, Martin (2005): Kriegsbegründungen. Sicherheitspolitische Kultur in Deutschland nach dem Kalten Krieg, Marburg.
- Foucault, Michel (1973): Wahnsinn und Gesellschaft, Frankfurt/Main.
- Foucault, Michel (1974a): Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften, Frankfurt/Main.
- Foucault, Michel (1974b): Die Ordnung des Diskurses, München.
- Foucault, Michel (1988): Die Archäologie des Wissens, Frankfurt/Main.

- Foucault, Michel (2002): Die Wahrheit und die juristischen Formen, in: Defert, Daniel/Ewald, François Ewald (Hrsg.): Schriften in vier Bänden. Dits et Écrits, Band II, 1970-1975, Frankfurt/Main, S. 669-792.
- Frank, Cornelia (2003): Polnische Sicherheitspolitik – Warschauer Position zur ESVP. Eine gesellschaftspolitische Annäherung, Hamburg.
- Frank, Cornelia (2005): Polnische Sicherheitspolitik in der Transformation, Düsseldorf, <http://www.cornelia-frank.de/docs/2005-Polnische-SiPo-in-der-Transformation.pdf>.
- Frank, Cornelia (2008): Zivilmacht trifft „instinktiven“ Atlantiker. Polens und Deutschlands Interessen in der ESVP, in: Jäger, Thomas/Dylla, Daria W. (Hrsg.): Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik, Wiesbaden, S. 101-122.
- Frank, Cornelia (2010): NATOisierung polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. Normübernahme im Lichte des rationalen und konstruktivistischen Institutionalismus, Trier, http://ubt.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2010/589/pdf/NATOisierung_Osteuropa.pdf.
- Frank, Cornelia (2011): Comparing Germany's and Poland's ESDPs: roles, path dependencies, learning, and socialization, in: Harnisch, Sebastian/Frank, Cornelia/Maull, Hanns W. (Hrsg.): Role Theory in International Relations. Approaches and analyses, Abingdon/New York, S. 131-146.
- Frank, Manfred (1983): Was ist Neostukturalismus?, Frankfurt am Main.
- Fürst, Heiko (2008): Europäische Außenpolitik zwischen Nation und Union. Die Konstruktion des polnischen, rumänischen und ungarischen Diskurses zur GASP, Baden-Baden.
- Galbreath, David J./Lašas, Ainius/Lamoreaux, Jeremy W. (2008): Lithuanian Foreign Policy after Enlargement, in: Galbreath, David J./Lašas, Ainius/Lamoreaux, Jeremy W. (Hrsg.): Continuity and Change in the Baltic Sea Region. Comparing Foreign Policies, Amsterdam/New York, S. 77-99.
- Gaupp, Peter (1983): Staaten als Rollenträger. Die Rollentheorie als Analyse-Instrument von Außenpolitik und internationalen Beziehungen, Bern.
- Geertz, Clifford (1973): The Interpretation of Cultures, New York.
- George, Alexander L./Bennett, Andrew (2005): Case Studies and Theory Development in the Social Sciences, Cambridge.
- Gerhardt, Sebastian (2007): Polska Polityka Wschodnia. Die Außenpolitik der polnischen Regierung 1989-2004 gegenüber den östlichen Nachbarstaaten Polens (Russland, Litauen, Weißrussland, Ukraine), Marburg.
- Giddens, Anthony (1984): The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration, Berkeley.
- Giegerich, Sebastian (2006): European security and strategic culture. National responses to the EU's security and defence policy, Baden-Baden.
- Glaser, Barney/Strauss, Anselm (1967): The Discovery of Grounded Theory, Chicago.
- Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (1993): Ideas and Foreign Policy: An Analytical Framework, in: Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (Hrsg.): Ideas and Foreign Policy, Ithaca/London.
- Gray, Colin S. (1981): National Style in Strategy. The American Example, in: International Security 6 (2), S. 21-47.
- Gray, Colin S. (1986): Nuclear Strategy and National Style, Lanham.
- Gray, Colin (1999): Strategic culture as context: the first generation of theory strikes back, in: Review of International Studies 25 (1), S. 49-69.
- Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (1993): Ein schwieriges Vaterland: zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München.

- Guryn, Agnieszka (2003): Udział Ukrainy w operacji stabilizacyjnej w Iraku, *Biuletyn PISM* 77 (181), <https://www.pism.pl/index/?id=b056eb1587586b71e2da9acfe4fbd19e>.
- Haglund, David G. (2009): What good is strategic culture?, in: Johnson, Jeannie L, Kerry M. Kartchner und Jeffrey A. Larsen (Hrsg.): *Strategic Culture and Weapons of Mass Destruction. Culturally Based Insights into Comparative National Security Policymaking*, New York, S. 15-31.
- Handl, Vladimír (2010): Češi a Němci jako spojenci: sblížení strategické kultury, in: Drulák, Petr/Střítecký, Vít (Hrsg.): *Hledání českých zájmů. Mezinárodní bezpečnost*, Prag, S. 126-150.
- Hansen, Lene (2006): *Security as Practice: Discourse Analysis and the Bosnian War*, London.
- Hansen, Lene/Wæver, Ole (2001): *European Integration and National Identity. The challenge of the Nordic states* (Hrsg.), London/New York.
- Harnisch, Sebastian (2011): Role theory: operationalization of key concepts, in: Harnisch, Sebastian/Frank, Cornelia/Maull, Hanns W. (Hrsg.): *Role Theory in International Relations. Approaches and analyses*, Abingdon/New York, S. 7-15.
- Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W. (2001): *Germany as a Civilian Power? The foreign policy of the Berlin Republic* (Hrsg.), Manchester.
- Hiuyun, Feng (2007): *Chinese Strategic Culture and Foreign Policy Decision-Making. Confucianism, Leadership and War*, New York.
- Hoffman, Arthur/Longhurst, Kerry (1999): German Strategic Culture in Action, in: *Contemporary Security Policy* 20 (2), S. 31-49.
- Hollis, Martin/Smith, Steve (1990): *Explaining and Understanding in International Relations*, Oxford.
- Holsti, Kalevi Jaakko (1970): National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy, in: *International Studies Quarterly* 14 (3), S. 233-309.
- Hopf, Ted (2002): *Social Construction of Foreign Policy. Identities & Foreign Policies, Moscow, 1955 and 1999*, Ithaca/London.
- Howlett, Darryl (2005): Strategic Culture: Reviewing Recent Literature, in: *Strategic Insights* 4 (10), <http://www.ccc.nps.navy.mil/si/2005/Oct/howlettOct05.asp>, Zugriff am 31. Juli 2009.
- Hudalla, Anneke (2003): *Außenpolitik in Zeiten der Transformation. Die Europapolitik der Tschechischen Republik 1993-2000*, Münster.
- Hudson, Valerie M./Vore, Christopher S. (1995): Foreign Policy Analysis Yesterday, Today, and Tomorrow, *Mershon International Studies Review* 39, S. 209-238.
- Hudson, Valerie M. (1997): Culture and Foreign Policy. Developing a Research Agenda, in: Hudson, Valerie M. (Hrsg.): *Culture and Foreign Policy*, Boulder, S. 1-26.
- Hudson, Valerie (2007): *Foreign Policy Analysis. Classic and Contemporary Theory*, Lanham.
- Hyde-Price, Adrian (2004): European security, strategic culture, and the use of force, in: *European Security* 13 (4), S. 323-343.
- Hynek, Nik/Střítecký, Vít: Energetická bezpečnost podle českých atlantistů, in: Drulák, Petr/Střítecký, Vít (Hrsg.): *Hledání českých zájmů. Mezinárodní bezpečnost*, Prag, S. 80-101.
- IVVM (Institut Pro Výzkum Veřejného Mínění) (1999): *K názorům na vstup ČR do NATO*, Prag.
- Jacobsen, Carl G. (1990): *Strategic Power USA/USSR* (Hrsg.), New York.
- Jepperson, Ronald L./Swidler, Ann (1994): What properties of culture should we measure?, in: *Poetics* 22 (4), S. 359-371.

- Jetschke, Anja/Liese, Andrea (1999): Die kulturelle Prägung staatlicher Interessen und Handlungen. Anmerkungen zur sozialkonstruktivistischen Analyse von „Kultur“ in den Internationalen Beziehungen, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 28 (3), S. 285-300.
- Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (2003a): Europäische Außenpolitik und nationale Identität: Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden (Hrsg.), Münster.
- Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (2003b): Identität, außenpolitisches Verhalten und die GESVP – ein Fazit, in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hrsg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität: Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Münster, S. 382-404.
- Johnson, Jeannie L./Kartchner, Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (2009): Strategic Culture and Weapons of Mass Destruction. Culturally Based Insights into Comparative National Security Policymaking (Hrsg.), New York.
- Johnston, Alastair Iain (1995): Thinking About Strategic Culture, in: International Security 19 (4), S. 32-64.
- Johnston, Alastair Iain (1998): Cultural Realism. Strategic Culture and Grand Strategy in Chinese History, Princeton.
- Johnston, Alastair Iain (1999): Strategic cultures revisited: reply to Colin Gray, in: Review of International Studies 25 (4), S. 519-523.
- Kaase, Max (1983): Sinn oder Unsinn des Konzepts „Politische Kultur“ für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen, S. 144-171.
- Katzenstein, Peter J. (1996): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics (Hrsg.), New York.
- Kaźmierkiewicz, Piotr (2005): The Visegrad States Between Schengen and Neighbourhood. Summary, Warsaw, <http://www.isp.org.pl/files/14792245580995836001129732551.pdf>.
- Kaźmierkiewicz, Piotr/Husz, Dóra/Misina, Juraj/Slosarcik, Ivo (2006): The Visegrad States On the EU's Eastern Frontier. Consular and Visa Cooperation in East Central Europe for Residents of Ukraine and Moldova, Budapest.
- Keating, Tamara (2004): Constructing the Gaullist consensus: a cultural perspective on French policy toward the United States in NATO (1958-2000), Baden-Baden.
- Keller, Reiner (1997): Diskursanalyse, in: Hitzler, Ronald und Anne Honer (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik, Opladen, S. 309-333.
- Keller, Reiner (1998): Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen, Opladen.
- Keller, Reiner (2001): Wissenssoziologische Diskursanalyse, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden, Opladen, S. 113-143.
- Keller, Reiner (2007): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Wiesbaden.
- Keller, Reiner (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms, Wiesbaden.
- Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (2001): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band I: Theorien und Methoden (Hrsg.), Opladen.
- Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (2004): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band II: Forschungspraxis (Hrsg.), Wiesbaden.

- Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (2005a): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit (Hrsg.), Konstanz.
- Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (2005b): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Einleitende Bemerkungen zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit, Konstanz, S. 7-21.
- Kier, Elizabeth (1996): Culture and French Military Doctrine Before World War II, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, S. 186-215.
- Kirste, Knut (1998): Rollentheorie und Außenpolitikanalyse. Die USA und Deutschland als Zivilmächte, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien.
- Kirste, Knut/Maull, Hanns W. (1996): Zivilmacht und Rollentheorie, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3 (2), S. 283-312.
- Klein, Ira Jay (1988): Soviet Strategic Culture 1917-1965, Ann Arbor.
- Klotz, Audie (1995): Norms Reconstituting Interests. Global Racial Equality and U.S. Sanctions against South Africa, in: International Organization 49 (3), S. 451-478.
- Klymenko, Lina (2011): Polen und die Ukraine. Pragmatismus schreitet voran, in: Ukraine-Analysen 97, S. 2-5, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen97.pdf>.
- Kořan, Michal und Marián Belko (2007): Česká zahraniční politika. Akteři, struktura, proces (Hrsg.), Brunn.
- Král, David (2005): Czech debate on the EU membership perspective of Turkey and Ukraine, Prag, http://www.europeum.org/doc/arch_eur/Czech_Report_Turkey_Ukraine.pdf.
- Král, David (2007): Ukraine and the EU – Membership or Partnership? The Czech Perspective, in: Král, David (Hrsg.): Bulgaria, Romania... and who next? Perspectives of further EU enlargement as seen from the new member states and EU hopefuls, Prag, S. 9-21.
- Král, David (2010): The Czech Republic and the Eastern Partnership: From a By-Product to a Beloved Child?, in: Albrycht, Izabela (Hrsg.): The Eastern Partnership in the Context of the European Neighbourhood Policy and V4 Agenda, Krakau, S. 5-18, Quelle: <http://www.europeum.org/doc/publications/enp.pdf>.
- Král, David/Bartovic, Vladimír/Řiháčková, Věra (2009): The 2009 Czech EU Presidency: Contested Leadership in a Time of Crisis, Stockholm, <http://www.europeum.org/doc/pdf/904.pdf>.
- Kratochvíl, Petr (2007): Existuje česká východní politika?, in: Mezinárodní Politika 4, S. 16-18.
- Kratochvíl, Petr (2008): Země východní dimenze evropské politiky sousedství v české zahraniční politice, in: Kořan, Michal (Hrsg.): Česká zahraniční politika v roce 2007, Prag, S. 232-244.
- Krotz, Ulrich (2002): National Role Conceptions and Foreign Policies: France and Germany Compared, Cambridge.
- Krzoska, Markus (2009): Historische Mission und Pragmatismus. Die slawische Idee in Polen im 20. Jahrhundert, in: Osteuropa 59 (12), S. 77-94.
- Kuźniar, Roman (2001): Introduction, in: Kuźniar, Roman (Hrsg.): Poland's Security Policy 1989-2000, Warschau, S. 13-17.
- Kuźniar, Roman (2008): Droga do wolności. Polityka zagraniczna III Rzeczypospolitej, Warschau.
- Laclau, Ernest/Mouffe, Chantal (1985): Hegemony and socialist strategy. Towards a radical democratic politics, London.
- Lang, Kai-Olaf (2010): Von der Mission zum Pragmatismus. Polens Beziehungen zur Ukraine, in: Osteuropa 2-4, S. 373-389.

- Lang, Kai-Olaf (2012): Zusammenhalten und unterstützen. Ein Rückblick auf die polnische EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2011, in: Polen-Analysen 101, S. 2-6, <http://www.laenderanalysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../polen/pdf/PolenAnalysen101.pdf>.
- Lantis, Jeffrey S. (2009): Strategic Culture: From Clausewitz to Constructivism, in: Johnson, Jeannie L./Kartchner, Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.): Strategic Culture and Weapons of Mass Destruction. Culturally Based Insights into Comparative National Security Policy, New York, S. 33-52.
- Larsen, Henrik (1997): Foreign Policy and Discourse Analysis. France, Britain and Europe, London.
- Lefebvre, Stéphane (2010): The Czech Republic and National Security, 1993-1998: The Emergence of a Strategic Culture, in: Journal of Slavic Military Studies 23 (2), S. 328-369.
- Legro, Jeffrey W. (1995): Cooperation under Fire: Anglo-German Restraint during World War II, Ithaca.
- Lemberg, Hans (2009): Hej Slované! Die Slawische Idee bei Tschechen und Slowaken, in: Osteuropa 59 (12), S. 21-39.
- Leška, Vladimír (2006): Slovensko 1993-2004. Leta obav a nadějí, Prag.
- Löffler, Berthold (2003): Politische Kultur als Teil der gesellschaftlich konstruierten Wirklichkeit. Eine theoretische Skizze, in: Dornheim, Andreas/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Identität und politische Kultur, Stuttgart, S. 127-138.
- Long, Jerry Mark (2009): Does Al Qaeda have a Strategic Culture?, in: Johnson, Jeannie L./Kartchner, Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.): Strategic Culture and Weapons of Mass Destruction. Culturally Based Insights into Comparative National Security Policy, New York, S. 201-220.
- Longhurst, Kerry (2004): Germany and the Use of Force. The Evolution of German Security Policy 1990-2003, Manchester.
- Longhurst, Kerry/Zaborowski, Marcin (2007): The New Atlanticist. Poland's Foreign and Security Policy Priorities, London.
- Lord, Carnes (1985): American Strategic Culture, in: Comparative Strategy 5 (2), S. 269-293.
- Luckham, Robin (1984): Armament Culture, in: Alternatives 10, S. 1-44.
- Malinowski, Krzysztof (2003): Kultura bezpieczeństwa narodowego w Polsce i Niemczech (Hrsg.), Posen.
- Malinowski, Krzysztof (2005): Die polnische und die deutsche Sicherheitskultur und ihre Wandlungen, in: Wolff-Powęska, Anna/Bingen, Dieter (Hrsg.): Nachbarn auf Distanz. Polen und Deutsche 1998-2004, Wiesbaden, S. 95-119.
- Macmillan, Alan/Booth, Ken/Trood, Russel (1999): Strategic Culture, in: Booth, Ken und Russel Trood (Hrsg.): Strategic Cultures in the Asia-Pacific Region, Houndsmills, S. 3-26.
- Mannheim, Karl (1964): Das konservative Denken, in: Mannheim, Karl (Hrsg.): Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, Berlin, S. 408-508.
- Materski, Wojciech/Szarota, Tomasz (2009): Polska 1939-1945. Straty osobowe i ofiary represji pod dwiema okupacjami, Warschau.
- Maull, Hanns W. (1990): Germany and Japan. The New Civilian Powers, in: Foreign Affairs 69 (5), S. 91-106.
- Maull, Hanns W. (1992): Zivilmacht. Die Konzeption und ihre sicherheitspolitische Relevanz, in: Heydrich, Wolfgang/Krause, Joachim/Nehrlich, Uwe/Nötzold, Jürgen/Rummel, Reinhard (Hrsg.): Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente, Baden-Baden, S. 771-186.
- Maull, Hanns W. (2001a): Außenpolitische Kultur, in: Korte, Karl-Rudolf und Werner Weidenfeld (Hrsg.): Deutschland – TrendBuch. Fakten und Orientierungen, Opladen, S. 645-672.

Mauß, Hanns W. (2001b): Germany's foreign policy, post-Kosovo: Still a 'Civilian Power'?, in: Harnisch, Sebastian/Mauß, Hanns W. (Hrsg.): Germany as a Civilian Power? The foreign policy of the Berlin Republic, Manchester/New York, S. 106-127.

McDonald, Matt (2008): Securitization and the Construction of Security, in: European Journal of International Relations 14 (4), S. 563-587.

Mearsheimer, John J. (1990): Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War, in: International Security 14 (4), S. 5-56.

Menkiszak, Marek/Piotrowski, Marcin Andrzej (2002): Polska Polityka Wschodnia, in: Kuźniar, Roman/Szczepanik, Krzysztof (Hrsg.): Polityka Zagraniczna RP 1989-2002, Warschau, 214-275.

Meier, Ernst-Christoph/Roßmanith, Richard/Schäfer, Heinz-Uwe (2003): Wörterbuch zur Sicherheitspolitik (Hrsg.), Hamburg.

Meyer, Christoph O. (2006): The Quest for a European Strategic Culture, New York.

Mieroszewski, Juliusz (1974): Rosyjski „kompleks polski“ i obszar ULB, in: Kultura 9, S. 3-14.

Milliken, Jennifer (1999): The Study of Discourse in International Relations. A Critique of Research and Methods, in: European Journal of International Relations 5 (2), S. 225-254.

Ministerstvo průmyslu a obchodu und Český statistický úřad (2008): Zahraniční obchod České republiky, Prag.

Ministerstwo Gospodarki (2009): Syntetyczna informacja o eksporcie i imporcie Polski za 2008 rok, Warschau.

Mirow, Wilhelm (2009): Strategic Culture Matters. A comparison of German and British military interventions since 1990, Berlin.

Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main.

MZV ČR (Ministerstvo zahraničních vztahů České republiky) (2003): Zpráva o zahraniční politice České republiky za období od ledna 2002 do prosince 2002, Prag.

MZV ČR (Ministerstvo zahraničních vztahů České republiky) (2004): Zpráva o zahraniční politice České republiky za období od ledna 2003 do prosince 2003, Prag.

MZV ČR (Ministerstvo zahraničních vztahů České republiky) (2005): Zpráva o zahraniční politice České republiky za období od ledna 2004 do prosince 2004, Prag.

MZV ČR (Ministerstvo zahraničních vztahů České republiky) (2007): Zpráva o zahraniční politice České republiky za období od ledna 2006 do prosince 2006, Prag.

MZV ČR (Ministerstvo zahraničních vztahů České republiky) (2008a): Zpráva o zahraniční politice České republiky za období od ledna 2007 do prosince 2007, Prag.

Neumann, Iver B./Gstöhl, Sieglinde: Introduction. Lilliputans in Gulliver's World?, in: Ingebritsen, Christine/Neumann, Iver/Gstöhl, Sieglinde/Beyer, Jessica (Hrsg.): Small states in international relations, Seattle, S. 3-36.

Normann, Christine (2005): Polens Rolle in der EU-Verfassungsdebatte, Münster.

Nowak, Bartłomiej (2012): Ostatnia prezydencja dużych oczekiwań – refleksje po Prezydencji Polski w Radzie UE, Warszawa, http://csm.org.pl/fileadmin/files/Biblioteka_CSM/Raporty_i_analizy/2012/Raporty_i_Analizy_2_2012_B_Nowak_Ostatnia_prezydencja_.pdf.

Ochmann, Cornelius (2010): Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik, in: Polen-Analysen 72, S. 2-7).

- Ort, Alexandr (2005): Česká zahraniční politika, Pilsen.
- Osica, Olaf (2003): Polska wobec operacji NATO i polityki bezpieczeństwa i obrony UE, in: Malinowski, Krzysztof (Hrsg.): Kultura bezpieczeństwa narodowego w Polsce i Niemczech, Posen, S. 95-138.
- OSW (Ośrodek Studiów Wschodnich) 2010: An informal summit of the Eastern Partnership, <http://www.easternpartnership.org/community/events/informal-summit-eastern-partnership>.
- Peuckert, Rüdiger (1992): Rolle, soziale, in: Schäfers, Bernhard (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie, Opladen, S. 252-256.
- Pick, Otto/Handl, Vladimír (2004): Zahraniční politika České republiky: 1993-2004. Úspěchy, problémy a perspektivy (Hrsg.), Prag.
- Pipes, Richard (1977): Why the Soviet Union Thinks it Could Fight and Win a Nuclear War, in: *Commentary* 64 (1), S. 21-34.
- Pogatschnigg, Ilse M. (2003): Die Tschechische Republik und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Frankfurt am Main.
- Poore, Stuart (2003): What is the context? A reply to the Gray-Johnston debate on strategic culture, in: *Review of International Studies* 29 (2), S. 279-284.
- Póti, László (2006): Hungarian Foreign Policy and ENP in the East: Energy- (and) Nationality-based Policy, in: *International Issues & Slovak Foreign Policy Affairs* 15 (3-4), S. 64-75.
- Price, Richard/Tannenwald, Nina (1996): Norms and Deterrence: The Nuclear and Chemical Weapons Taboo, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, New York, S. 114-152.
- Price, Richard/Reis-Smit, Christian (1998): Dangerous Liaisons? Critical International Theory and Constructivism, in: *European Journal of International Relations* 3 (4), S. 259-294.
- Prizel, Ilya (1998): *National Identity and Foreign Policy. Nationalism and Leadership in Poland, Russia and Ukraine*, Cambridge.
- Przeworski, Adam/Teune, Henry (1970): *The logic of comparative social inquiry*, New York.
- Quistorff, Niels (2008): Zwischen Skepsis, Kooperation und Einflußnahme. Die mittelosteuropäischen Länder und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Norderstedt.
- Rácz, András (2010): Hungary and the Eastern Partnership, in: Albrycht, Izabela (Hrsg.): *The Eastern Partnership in the Context of the European Neighbourhood Policy and V4 Agenda*, Krakau, S. 19-36, <http://www.europeum.org/doc/publications/enp.pdf>.
- Reeb, Hans-Joachim (2003): *Sicherheitspolitische Kultur in Deutschland seit 1990*, Bremen.
- Risse, Thomas (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus-Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, S. 99-132.
- Rohe, Karl (1987): Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hrsg.): *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18, Opladen, S. 39-47.
- Rohe, Karl (1994): *Politik. Begriffe und Wirklichkeiten*, Stuttgart.
- Rohe, Karl (2003): Politische Kultur und ihre Analyse, in: Dornheim, Andreas/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): *Identität und politische Kultur*, Stuttgart, S. 110-126.
- Rüther, Günther (1995): *Politische Kultur und innere Einheit in Deutschland*, Sankt Augustin.

- Rynning, Sten (2003): The European Union. Towards a strategic culture?, in: *Security Dialogue* 34 (4), S. 479-496.
- Sačálek, Ondřej (2009): Narcismus jako jazyk české zahraniční politiky, in: Kořan, Michal (Hrsg.): *Česká zahraniční politika v zrcadle sociálně-vědního výzkumu*, Prag, S. 240-260.
- Sampson, Martin W. III/Walker, Stephen (1987): Cultural Norms and National Roles: A Comparison of Japan and France, in: Walker, Stephen G. (Hrsg.): *Role Theory and Foreign Policy Analysis*, Durham, S. 105-122.
- Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hrsg.): *Blick in die Röhre. Europas Energiepolitik auf dem Prüfstand*, Berlin 2009.
- Saussure, Ferdinand de (1967): *Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft*, Berlin.
- Schäfer, Claudia (2008): *Semi-Präsidentialismus à la polonaise. Zum Einfluss des Regimetyps auf die demokratische Konsolidierung der Republik Polen*, Würzburg.
- Schneider, Werner/Hirsland, Andreas (2005): Macht – Wissen – gesellschaftliche Praxis. Dispositivanalyse und Wissenssoziologie, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy Viehöver (Hrsg.): *Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit*, Konstanz, S. 251-275.
- Schuppert, Gunnar Folke (2008): *Politische Kultur*, Baden-Baden.
- Schwab-Trapp, Michael (2002): *Kriegsdiskurse. Die Politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999*, Opladen.
- Searle, John (1995): *The Construction of Social Reality*, London.
- Siedschlag, Alexander (2006a): Einführung – Sicherheitspolitik als Methode, in: Siedschlag, Alexander (Hrsg.): *Methoden der sicherheitspolitischen Analyse*, Wiesbaden, S. 9-20.
- Siedschlag, Alexander (2006b): Strategische Kulturanalyse, in: Siedschlag, Alexander (Hrsg.) *Methoden der sicherheitspolitischen Analyse*, Wiesbaden, S. 21-48.
- Ślodkowska, Inka (Hrsg.) (2001a): *Wybory 1991. Programy partii i ugrupowań politycznych*, Warszawa.
- Ślodkowska, Inka (Hrsg.) (2001b): *Wybory 1993. Programy partii i ugrupowań politycznych*, Warszawa.
- Sondhaus, Lawrence (2006): *Strategic Culture and Ways of War*, New York.
- Snyder, Jack L. (1977): *The Soviet Strategic Culture: Implications for Limited Nuclear Operations*, Santa Monica.
- Stahl, Bernhard (2006): *Frankreichs Identität und außenpolitische Krisen: Verhalten und Diskurse im Kosovo-Krieg und der Uruguay-Runde des GATT*, Baden-Baden.
- Stegmaier, Mary/Vlachová, Klára (2009): The Endurance of the Czech Communist Party, in: *Politics & Policy* 37 (4): 799-820.
- Strauss, Anselm/Corbin, Juliet (1998): *Basics of Qualitative Research. Techniques and Procedures for Developing Grounded Theory*, London u.a.
- Střítecký, Vít/Drulák, Petr (2010): Závěr, in: Drulák, Petr/Střítecký, Vít (Hrsg.): *Hledání českých zájmů. Mezinárodní bezpečnost*, Prag.
- Sushko, Iryna (2010): *Visa policy and practice of Consulates of the Czech Republic in Ukraine*, Prag, <http://www.migrationonline.cz/e-library/?x=2257474>.
- Szeptycki, Andrzej (2009): *Polityka Polski wobec Ukrainy*, in: *Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej*, S. 156-175.
- Thompson, Michael/Ellis, Richard/Wildavsky, Aaron (1990): *Cultural Theory*, Boulder u.a.

- Tulmets, Elsa (2009): Státy východní dimenze Evropské politiky sousedství v české zahraniční politice, in: Kořan, Michal (Hrsg.): Česká zahraniční politika v roce 2008, Prag, S. 207-221.
- Tulmets, Elsa (2010): Státy východní dimenze Evropské politiky sousedství v české zahraniční politice, in: Kořan, Michal (Hrsg.): Česká zahraniční politika v roce 2009, Prag, S. 204-218.
- Ulbert, Cornelia (2005): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik. Theoretische Ansätze und methodische Herangehensweisen, in: Ulbert, Cornelia/Weller, Christoph (Hrsg.): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik, Wiesbaden, 9-34.
- UNDP (United Nations Development Programme) (2007): Human Development Report 2007/2008, New York.
- Vaculík, Jaroslav (1998): Dějiny volyňských Čechů II (1914-1945), Prag, http://www.scvp.eu/downloads/Dejiny_volynskych_cechu_2.pdf.
- Valenta, Jaroslav (2001): Hat die Tschechische Republik eine Ostpolitik?, in: Ziemer, Klaus (Hrsg.): Schwierige Nachbarschaften. Die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989, Marburg, S. 95-114.
- Varwick, Johannes (2000): Die Reform der Bundeswehr – Konturen und Defizite einer nicht geführten Debatte, in: Gegenwartskunde 3, S. 321-332.
- Viehöver, Willy (2005): Kultur, Diskurs und Ereignis. Die Erklärung kulturellen Wandels zwischen Diskurstheorie und wissenssoziologischer Hermeneutik, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit, Konstanz, S. 199-227.
- Vodička, Karel (2010): Das politische System Tschechiens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Wiesbaden, S. 275-316.
- Votápek, Vladimír (2004): Česká východní politika, in: Pick, Otto/Handl, Vladimír (Hrsg.): Zahraniční politika České republiky 1993-2004. Úspěchy, problémy a perspektivy, Prag, S. 99-108.
- Wæver, Ole (1994): Resisting the Temptation of Post Foreign Policy Analysis, in: Carlsnaes, Walter/Smith, Steve (Hrsg.): European Foreign Policy: The EC and Changing Perspectives in Europe, London u.a., S. 238-273.
- Wæver, Ole (1995): Securitization and Desecuritization, in: Lipschutz, Ronnie D. (Hrsg.): On Security, New York, S. 46-86.
- Wæver, Ole (2000): The EU as a Security Actor: Reflections from a Pessimistic Constructivist on Post-Sovereign Security Orders, in: Kelstrup, Morten/Williams, Michael C. (Hrsg.): International Relations Theory and the Politics of European Integration: Power, Security and Community, London, S. 250-294.
- Wæver, Ole (2001): Identity, communities and foreign policy. Discourse analysis as foreign policy theory, in: Hansen, Lene/Wæver, Ole (Hrsg.): European Integration and National Identity. The challenge of the Nordic states, London/New York, S. 20-49.
- Wæver, Ole (2004): Discursive Approaches, in: Diez, Thomas/Wiener, Antje (Hrsg.): European Integration Theory, Oxford, S. 197-215
- Waltz, Kenneth N. (1993): The Emerging Structure of International Politics, in: International Security 18 (2), S. 44-79.
- Wehling, Hans-Georg (1993): The Significance of Regional Variations: The Case of Baden-Württemberg, in: Berg-Schlosser, Dirk/Rytlewski, Ralf (Hrsg.): Political Culture in Germany, Basingstoke/London, S. 91-100.
- Weichsel, Volker (2000): Westintegration und Rußlandpolitik der Tschechischen Republik, Münster.
- Weichsel, Volker (2004): Atom, Monopol, Diversifikation. Elemente tschechischer Energiepolitik, in: Osteuropa 54 (9-10), S. 180-202.
- Wendt, Alexander (1987): The Agent-Structure-Problem in International Relations Theory, in: International Organization 41 (3), S. 335-370.

- Wendt, Alexander (1999): *Social Theory of International Politics*, Cambridge.
- Wilhelm, Andreas (2006): *Außenpolitik. Grundlagen, Strukturen und Prozesse*, München u.a.
- Wilke, Tobias M. (2007): *German Strategic Culture Revisited. Linking the past to contemporary German strategic choice*, Münster.
- Winter, Thomas (2007): *Polnische Sicherheitspolitik zwischen Souveränität und Integration. Die sicherheitspolitische Kultur und die GASP-/ESVP-Politik der Dritten Republik Polen*, München.
- Winter, Thomas (2009): *Polska kultura bezpieczeństwa narodowego i rola Polski we Wspólnej Polityce Zagranicznej i Bezpieczeństwa oraz Europejskiej Polityce Bezpieczeństwa i Obrony Unii Europejskiej*, in: Fiszer, Józef (Hrsg.): *Polska w Unii Europejskiej – szanse i zagrożenia. Aspekty polityczne, gospodarcze, międzynarodowe i wojskowe*, Warschau, S. 563-582.
- Witulski, Alexander (2002): *Ist die Europäische Union auf dem Weg zu einer Verteidigungsunion?*, Aachen.
- Woyke, Wichard (1986): *Sicherheitspolitik*, in: Mickel, Wolfgang (Hrsg.): *Handlexikon zur Politikwissenschaft*, München, S. 447-450.
- Zaborowski, Marcin (2004): *From America's protégé to constructive European. Polish security policy in the twenty-first century*, Occasional Paper No. 56, European Union Institute for Security Studies, Paris.
- Ziemer, Klaus (2001): *Osten ist nicht gleich Osten. Die Beziehungen Polens zur Ukraine, zu Weißrußland und Litauen*, in: Ziemer, Klaus (Hrsg.): *Schwierige Nachbarschaften. Die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989*, Marburg, S. 57-76.
- Ziemer, Klaus/Matthes, Claudia-Yvette (2010): *Das politische System Polens*, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*, Wiesbaden, S. 209-273.
- Ziemer, Veronica (2009): *Zwischen Europa und Amerika. Polnische Außen- und Sicherheitspolitik nach 1989*, Wiesbaden.
- Zurovchak, John F. (1997): *Cultural Influences on Foreign Policy Decisionmaking: Czech and Slovak Foreign Policy Organizations*, in: Hudson, Valerie (Hrsg.): *Culture and Foreign Policy*, Boulder, S. 125-166.

b) Zeitungsartikel und sonstige Dokumente

- Archiv MZV ČR (2013): *Auskunft per Mail vom 20.3.2013*.
- Český statistický úřad (2013): <http://www.volby.cz/pls/ep2004/ep11?xjazyk=CZ>.
- ČNR (Česká národní rada) (1992b): *Ústavní zákon České národní rady ze dne 16. prosince 1992 – Ústava České republiky*, in: *Sbírka zákonů č. 1/1993, 28.12.1992*, S. 3-16.
- Deutscher Bundestag (1997): *Stenographischer Bericht, 154. Sitzung, 30.1.1997*, Quelle: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/13/13154.pdf>.
- FMZV (Federální ministerstvo zahraničních věcí) (1991c): *Informace o vývoji vztahů mezi ČSFR a Ukrajinou, 6. prosince 1991*, in: *Federální ministerstvo zahraničních věcí (Hrsg.): Československá zahraniční politika, 12/1991, Prag 1991*, S. 1491-1492.
- FMZV (Federální ministerstvo zahraničních věcí) (1991d): *Prohlášení vlády ČSFR k uznání Ukrajiny, 8. prosince 1991*, in: *Federální ministerstvo zahraničních věcí (Hrsg.): Československá zahraniční politika, 12/1991, Prag 1991*, S. 1475.
- FMZV (Federální ministerstvo zahraničních věcí) (1992): *Smlouva o dobrém sousedství, přátelských vztazích a spolupráci mezi Ukrajinou a Českou a Slovenskou Federativní Republikou*, in: *Federální ministerstvo zahraničních věcí (Hrsg.): Československá zahraniční politika, 5/1992, Prag 1992*, S. 485-495.

GW (24.5.1993): Fragmenty pięciostronicowego dokumentu ukraińskiego MSZ: „Wzmocnienie regionalnej stabilizacji i bezpieczeństwa w Europie Środkowo-Wschodniej”.

GW (26.5.1993): Wałęsa, Krawczuk i zaniechana strefa.

GW (7.6.1993): Bezpieczna Ukraina?

GW (18.3.2008): Prezydent mówi Polska, myśli PiS.

GW (17.11.2009): Wojsko trojga narodów.

IMF (2009): World Economic Outlook Database April 2009,
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/01/weodata/index.aspx>.

Kommersant Ukraina (Коммерсантъ Украина) (9.11.2011): Польша намерена упростить украинцам процедуру получения виз.

LN (23.11.2004b): Naše Ukrajina.

LN (24.11.2004b): Ukrajina a ty naše evropské nuly.

LN (27.11.2004b): Ukrajina. Nezájem.

MFD (28.3.1990): Vývoj velmi nebezpečný.

MFD (16.5.1990): Ministr asi vydrží.

MFD (5.2.1993): Dělení měny a budoucnost česko-slovenských vztahů.

MFD (9.2.1993): Nevěřím v kolaps slovenské ekonomiky.

MFD (11.2.1993): Dobré vztahy mezi Prahou a Bratislavou jsou životně důležité pro obě republiky.

MFD (31.12.1994): Česká diplomacie: přešlapování v šedé zóně.

MFD (16.1.1998): Vnitro chce zavést víza pro dvanáct zemí.

MFD (3.5.2004): Dosti bylo české malosti.

MFD (26.6.2004): Topolánek: Přichází naše chvíle.

MFD (29.11.2004): Oranžová revoluce a Česko.

MFD (23.12.2004): Malé vánoční zamyšlení.

MFD (8.1.2005): Gross: Mám za sebou nejtěžší půlrok.

MFD (9.1.2009): Evropané si bez Ruska nezatopí.

MFD (28.3.2009): Diktatura nezodpovědných.

MFD (30.3.2009): Paroubek: Klaus vládu neshodil.

MFD (25.4.2009): Ať si ODS kňučí. Budu tvrdě útočit.

Ministerstvo průmyslu a obchodu ČR (2009): Zpráva o bezpečnosti dodávek zemního plynu za rok 2009, Prag,
<http://download.mpo.cz/get/42075/46995/562260/priloha001.doc>.

MSZ (Ministerstwo Spraw Zagranicznych) (o.D.): Konsulat Generalny Rzeczypospolitej Polskiej w Winnicy – Konsul, <http://www.winnica.msz.gov.pl/pl/konsulat/konsul/>.

MSZ (Ministerstwo Spraw Zagranicznych) (2003): Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland: Non-paper with Polish proposals concerning policy towards new Eastern neighbours after EU enlargement, abgedruckt in: Stefan Batory Foundation (Hrsg): EU Enlargement and Neighbourhood Policy, Warsaw, 85-98.

MV ČR (Ministerstvo vnitra České republiky) (1998) Ústavní zákon ze dne 22. dubna 1998 o bezpečnosti České republiky, in: Sbírka zákonů č. 110/1998, 29.5.1998, S. 5386-5387.

MZV ČR (Ministerstvo zahraničních vztahů České republiky) (2008b): Европейская политика соседства (ЕПС) и восточные соседи: время действовать, in: Европа 2 (27), S. 81-86.

MZV ČR (Ministerstvo zahraničních vztahů České republiky) (o.D.a): Ukrajina – Kontaktní český úřad, http://www.mzv.cz/kyiv/cz/o_velvyslanectvi/velvyslanec/byvali_velvyslanci/index.html.

MZV ČR (Ministerstvo zahraničních vztahů České republiky) (o.D.b): Velvyslanectví České republiky v Ukrajině: Bývalí velvyslanci, http://www.mzv.cz/jnp/cz/encyklopedie_statu/evropa/ukrajina/kontaktni_cesky_urad/index.html.

ONET.pl (6.5.2011): „Na Krymie otwarto nowy konzulat RP“, <http://m.onet.pl/wiadomosci/swiat,0jvwl>.

Państwowa Komisja Wyborczy (2004): Obwieszczenie Państwowej Komisji Wyborczej z dnia 15 czereca 2004 r. o wynikach wyborów posłów do Parlamentu Europejskiego przeprowadzonych w dniu 13 czerwca 2004 r., <http://pkw.gov.pl/g2/i/10/17/10174.pdf>.

Právo (19.2.2004): Proti Saddámovi bylo zapotřebí síly.

Právo (20.9.2004): Rusko čelí zvlášť ničivé vlně mezinárodního teroru.

Právo (12.2.2009): Příběh touhy, chamtivosti a bezpečí.

Právo (25.3.2009a): Topolánek: ODS nepřipustí, aby vládu sestavoval někdo jiný než já.

Právo (25.3.2009b): Bohuslav Sobotka: po červnu vládu odborníků a volby na podzim.

Právo (28.-29.3.2009): Topolánek: novou vládu může vést kdokoliv, pokud budou volby v prvním možném termínu.

Sejm RP (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) (2004b): Głosowanie Nr 9, Posiedzenie 86, Dnia 15-10-2004 Godz. 18:00, <http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/glosowania?OpenAgent&4&86&9>.

SPON (Spiegel Online) (15.9.2007): Überraschender Vorstoß: Sarkozy bot Deutschland Atomwaffen an, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ueberraschender-vorstoss-sarkozy-bot-deutschland-atomwaffen-an-a-505887.html>.

Tygodnik Powszechny 3/2005: Juszczenko jest człowiekiem światłym.